

FREIHEIT FÜR DAS FRIEDENSKOMITEE DER TÜRKEI



**Solidarität Initiative
für Menschenrechte und Demokratie in der Türkei
Duisburg**

**FREIHEIT
FÜR DAS FRIEDENSKOMITEE
DER TÜRKEI**

**Solidarität Initiative
für Menschenrechte und Demokratie in der Türkei**

**Duisburg
Nisan 1987**

Diese Broschüre ist von der
SOLIDARITÄTS INITIATIVE für
Menschenrechte und Demokratie
in der Türkei anlässlich
der zehnjährigen Wiederkehr
der Gründung des
Friedenskomitees der Türkei
erstellt worden.

Duisburg, April 1987

Bankverbindung:

Dresdner Bank AG

G. Doğan Görsev

Konto Nr.: 02 226 017 01

BLZ 350 800 70

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorbemerkung	2
KURZE INFORMATIONEN ÜBER DIE FRIEDENSBEWEGUNG IN DER TÜRKEI	5
Nazım Hikmet-Der große türkische Dichter und Friedenskämpfer	6-7
Der Weg von der Politik der nationalen Souveränität und des Friedens zur Politik der Abhängigkeit und Spannung	8-9
Gesellschaft der Friedensfreunde der Türkei (1950)	10-11
Die Ereignisse, die zur Gründung des Friedenskomitees der Türkei beigetragen haben	12
Gründung des Friedenskomitees der Türkei	13
Ziele und Grundsätze des Friedenskomitees der Türkei	14
Aktivitäten des Friedenskomitees der Türkei	15
DER PROZESS GEGEN DIE FÜHRENDEN MITGLIEDER DES FRIEDENSKOMITEES DER TÜRKEI	16
Die ersten Untersuchungsbefehle und Festnahmen	17
Anklageschrift	20-21
Verteidigung	22-23
Das Urteil des Militärgerichts und das militärische Revisionsgericht	24
Die führenden Mitglieder des Friedenskomitees und die internationale Solidarität	25
Versuche der Friedensbewegung der Türkei, auch ohne eine Organisation Aktivitäten zu entfalten	26

TÜRKİYE SOSYAL TAPIR KURUMU

"Leben,
einzeln, und frei wie ein Baum
und brüderlich wie ein Wald,
das ist unsere Sehnsucht"

—Nazım Hikmet—

**Kurze Information über
die Friedensbewegung
in der Türkei**

Das kleine tote Mädchen

Ich klopf' an deiner Türe an,
–bie wievil Türen ich schon war!–
wenn mich auch keiner sehen kann;
denn die Toten sind unsichtbar.

Ich lebte in Hiroshima.
Das ist zehn Jahre her.
Jetzt bleib' ich für immer sieben Jahr'.
Tote Kinder wachsen nicht mehr.

Zuerst fing das Feuer mein Haar,
dann sind mir die Augen verbrannt,
die Hände –,mein Blut ist verdampft.
Bis ich nur mehr Asche war.

Nichts Liebes mehr tun könnt ihr mir.
Nichts, nicht. Ihr müßt bedenken,
ein Kind ist verbrannt wie Papier.
Ihr könnt ihm nichts mehr schenken.

Leis' klopf' ich an eure Türen.
Gebt mir eure Unterschrift.
Daß es nie mehr Kinder trifft,
daß nie mehr Kinder verbrennen,
und daß sie Bonbons essen können.

Nazım Hikmet

Nazim Hikmet (1902-1963),
Der große Dichter der Türkei,
Mitglied des Weltfriedensrates.
Seine Dichtung, die von seiner
tief verwurzelten Freude am
Leben und seiner Achtung vor
dem Menschen sowie von der
Sehnsucht nach Freundschaft
zwischen den Völkern und von
der Sehnsucht nach einem ge-
rechten Frieden durchzogen
ist, stellte immer eine starke
Inspirationsquelle für die Frie-
denskämpfer in der Türkei dar.



Nazim Hikmet mit Pablo Neru-
da im Weltfriedensrat 1952



Nazim Hikmet bei der Verlei-
hung des Friedenspreises in
Prag 1951

Der Weg von der Politik der nationalen Souveränität und des Friedens...



Der nationale Befreiungskrieg

Die letzten Jahre vor dem vollständigen Zusammenbruch des Osmanischen Reiches waren Jahre des Krieges: 1911 die Schlacht um Tripolis in Libyen, von 1912 bis 1913 die Balkan-Kriege, von 1915 bis 1918 der I. Weltkrieg und von 1919 bis 1923 der nationale Befreiungskrieg. Durch diese Kriege wurden in unserem Land Millionen von Kindern zu Waisen, Millionen von Frauen zu Witwen und Millionen von Menschen verloren ihre Nächsten.

Die als Ergebnis des Befreiungskrieges proklamierte Republik (1923) stärkte die nationale Souveränität durch eine Politik des Friedens.

Unter der Führung Atatürk's strebte die türkische Republik (1923-1938) mit allen ihren Nachbarn vor allem mit der Sowjetunion, die zum siegreichen Ausgang des Befreiungskrieges viel durch materielle und moralische Hilfe beigetragen hatte, und mit Griechenland, mit den übrigen Balkan-Staaten, mit dem Iran und mit den arabischen Staaten friedliche Beziehungen an und schloß zu diesem Zweck mit ihnen Verträge über Freundschaft, über Zusammenarbeit und über (nichtmilitärischen) Beistand ab.

...Zur Politik der Abhängigkeit und Spannung

Nach dem Tode Atatürk und nach dem II. Weltkrieg geriet die Türkei zunächst in die ökonomische und dann in die politische und militärische Abhängigkeit der USA.

In der Phase des weiter angeheizten Kalten Krieges gab die Türkei die kemalistischen Prinzipien (nach Mustafa Kemal Atatürk) der Politik des Friedens auf und ließ sich auf eine auf Spannung und Konfrontation angelegte Politik ein. In dieser Zeit ging die Türkei mit den USA einseitige und ungleiche Beziehungen ein.

Die neue Regierung, die 1950 die Macht übernahm, gab sich viel Mühe, die Türkei, ein Land im östlichen Mittelmeerraum, in die militärische Organisation ferner, nordatlantischer Staaten, die NATO, als Mitglied aufnehmen zu lassen. Ja, sie scheute nicht davor zurück, ein Truppenkontingent von 4500 Soldaten nach Korea in den Krieg zu schicken.

Unter diesen Bedingungen wurde auf die Menschen, die in der Türkei für Frieden, für die nationale Souveränität und für Menschenrechte eintraten, ungeheuer starker Druck ausgeübt.



Behice Boran

*Vorsitzende der
Gesellschaft der
Friedensfreunde
der Türkei (1950)*

Behice Boran, die in den USA promoviert hatte, war Dozentin der Soziologie an der Universität Ankara, bis sie 1946 gezwungen wurde, ihre Lehrtätigkeit an der Universität aufzugeben. 1950 wurde sie zur Vorsitzenden der Gesellschaft der Friedensfreunde der Türkei gewählt. Sie wurde im selben Jahr verhaftet, weil sie als Vorsitzende der Gesellschaft der Friedensfreunde gegen die Entsendung von türkischen Truppen nach Korea protestiert hatte. Sie brachte ihr Kind im Gefängnis zur Welt. Sie wurde zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren und neun Monaten verurteilt, wovon ihr später 30 Monate erlassen wurden.

26 Jahre danach, als am 1. September 1976 in der Türkei der Weltfriedenstag zum ersten Mal legal gefeiert werden konnte, sollte Behice Boran von den Friedenskämpfern der Türkei, als Ausdruck ihrer Dankbarkeit für Behice Borans Bemühungen um den Frieden, mit der Silberplakette ausgezeichnet werden.

Gesellschaft der Friedensfreunde der Türkei (1950)

Die Friedenskämpfer, tief beunruhigt durch das Fortschreiten des Kalten Krieges, die Gründung der NATO und den Korea-Krieg, in dem die Kriegsgefahr Wirklichkeit geworden war, riefen den Weltfriedensrat ins Leben. 500 Millionen Menschen unterstützten den "Stockholmer Friedensappell" durch ihre Unterschrift.

Parallel zum Erstarken der Friedensbewegung auf der Welt wurde in der Türkei im März die Gesellschaft der Friedensfreunde der Türkei gegründet.

Im Juli 1950 beschloß die türkische Regierung, die Bestimmungen der Verfassung mißachtend und ohne die Zustimmung der Nationalversammlung (des Parlaments) eingeholt zu haben, ein Truppenkontingent von 4500 Soldaten nach Korea zu entsenden.

Die Gesellschaft der Friedensfreunde der Türkei wandte sich, um diese Entscheidung der Regierung, die sie als schädlich für den Weltfrieden und als verfassungswidrig betrachtete, zu korrigieren, an die Nationalversammlung und veröffentlichte einen Aufruf an das Volk der Türkei.

Im Juli 1950 wurden die Funktionäre der Gesellschaft der Friedensfreunde der Türkei verhaftet und vor einem Militärgericht unter Anklage gestellt; die Gesellschaft wurde verboten.

So dauerte das Leben der ersten Friedensorganisation in der Türkei nur vier Monate. Viele Organisationen wurden zu der Zeit in der Türkei verboten.

Ereignisse, die zu Gründung des Friedenskomitees der Türkei beigetragen haben

Die Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki im August 1975, unter Beteiligung der Türkei, markiert einen Wendepunkt in der Entspannungspolitik.

Dieser Wendepunkt führte in der Türkei dazu, daß in der Türkei ein politisches Klima entstand, das manche Entwicklung zu mehr Liberalität begünstigte. So konnten 1976 der 1. Mai nach 51 Jahren Verbot und der 1. September, der Weltfriedenstag, nach 27 Jahren Verbot, zum ersten Mal legal gefeiert werden.

Unter den Bedingungen der Entspannungspolitik konnten sich demokratische Massenbewegungen, unter Einbeziehung aller Teile der Gesellschaft, entfalten.

Das Provisorische Komitee, das aus Vertretern von Massenorganisationen bestand und das die Feierlichkeiten anläßlich des Weltfriedenstages am 1. September 1976 unter Einbeziehung breitmöglichster Massen organisiert hatte, wandte sich an die Istanbuler Anwaltskammer, daß sie zum Zustandekommen einer dauerhaften und spezifischen (authentischen) Friedensorganisation Hilfe leisten möchte.

Gründung des Friedenskomitees der Türkei

Am 3. April 1976 wurde im Saal der Istanbuler Anwaltskammer eine Nationale Konferenz abgehalten. An der Konferenz nahmen Friedenskämpfer aus verschiedenen Städten der Türkei unterschiedlicher politischer Überzeugung teil. Auf dieser Konferenz wurde beschlossen, das Friedenskomitee ins Leben zu rufen. In dem auf dieser Konferenz angenommenen Appell hieß es unter anderem:

“Wir, die Teilnehmer dieser Konferenz, rufen alle Schichten unseres Volkes, unbeachtet ihrer politischen Meinung und ihres Glaubens, für die Erringung eines gerechten Friedens auf der Welt und seine dauerhafte Sicherung, zur Solidarität und gemeinsamen Handeln auf”.

Unter den Konferenzteilnehmern befanden sich solche angesehenen Persönlichkeiten wie Herr Ahmet İsvan, Oberbürgermeister von Istanbul, viele bekannte Schriftsteller, Filmschauspieler und -regisseure, Theaterschauspieler und -regisseure, Maler, Wissenschaftler, Angehörige anderer geistiger Berufe, wichtige Gewerkschaftsfunktionäre sowie hohe Staatsbedienstete a.D.

Ziele und Grundsätze des Friedenskomitees der Türkei

Laut seiner Satzung verfolgte das Friedenskomitee der Türkei folgende Ziele: "Die Bedingungen für die Verwirklichung eines gerechten und dauerhaften Friedens zu erforschen, zu fördern, zu verteidigen sowie darüber zu informieren."

Das Friedenskomitee, das sich stets der Verbindung zwischen Frieden und den Menschenrechten bewußt war und das für beide zugleich eintrat, legte vom ersten Tag seiner Gründung an auch größten Wert darauf, innerhalb der eigenen Organisation möglichst viel Demokratie und Offenheit zu praktizieren und die Lösung entstehender Probleme immer durch Dialog anzugehen.

Das Friedenskomitee der Türkei strebte immer danach, eine möglichst breite Beteiligung friedliebender Menschen an Ihren Aktivitäten zu erreichen.

Die Aktivitäten des Friedenskomitees

- Die Legale Existenz des Friedenskomitees dauerte vom April 1977 bis zum September 1980, also nur 41 Monate, die zweite Hälfte dieser Zeit wurde unter dem Ausnahmezustand verbracht.
- Trotz der vielen Hindernisse und Einschränkungen hat das Friedenskomitee viele Veranstaltungen und Demonstrationen organisiert, an vielen internationalen Veranstaltungen teilgenommen und viele Veröffentlichungen erstellt.
- Die Publikationen des Friedenskomitees widersprachen nicht dem Rechtssystem, sodaß bis zum 12. September 1980 keine Veröffentlichung beanstandet wurde.
- Nach dem September Putsch wurden in der Türkei neben allen Gewerkschaften, Berufsorganisationen und Vereinen, auch das Friedenskomitee verboten. Dieses Verbot gilt heute (April 1987) noch.

Der Prozess gegen die führenden Mitglieder des Friedenskomitees der Türkei

Die ersten Verhöre und Verhaftungen

- Im Januar 1981, nach dem Putsch vom 12. September 1980, wies der Kommandat des Ausnahmezustandes den Staatsanwalt an, die führenden Mitglieder des Friedenskomitees zu einem Verhör vorzuladen.
- Im Januar 81 und Oktober 81 verlangte das Militärgericht die Verhaftung der führenden Mitglieder. Dies wurde aber vom Militärgericht, wegen Verfassungswidrigkeit zweimal abgelehnt.
- Im November 81 beantragte der Staatsanwalt zum dritten Mal die Verhaftung. Dieser Antrag wurde am 2. Februar 1982 angenommen und 25 führende Mitglieder des Friedenskomitees verhaftet.



Frau Reha Isvan und der
Vorsitzende der Istanbuler
Anwaltskammer, Orhan
Apaydi, warten auf
die Vernehmung

Die Anklagepunkte gegen die Mitglieder des Friedenskomitees

Der Militärstaatsanwalt verlas im Juli 1983 seine Anklageschrift und forderte gemäß dem Paragraphen 141, der aus Mussolinis Strafgesetzbuch ins türkische Recht übernommen wurde, für alle 28 Angeklagten Gefängnisstrafen zwischen 5 und 8 Jahren.

- "Um eine kommunistische Regierung in der Türkei zu bilden... Einheitsfront" (s. 1)
- "Unsere Bürger in verschiedene ethnische Gruppen zu spalten und diese Spaltung zu propagieren" (s. 2)
- "Aufhetzung zu einem Bürgerkrieg" (s. 2)
- "Durch die Tarnung aller Links-anarchistischen Aktionen unter dem Deckmantel Friedenskampf sollten Bauern, Studenten und Arbeiter aufgehetzt werden." (s. 19)
- "Mit anderen sogenannten demokratische Organisationen bezeichneten anarchistischen Organisationen eine prosowjetische Front zu bilden." (s. 19)
- "Die Bevölkerung zu Straftaten verleiten und aufzuhetzen." (s. 29)
- "Spaltversuche des türkisches Volkes, mit dem Ziel den türkischen Staat zu zerstören." (s. 67)
- "Aktionen durchzuführen, um aus unserem Land eine anarchistische Hölle zu machen." (s. 85)
- "Im Namen des Friedens unsere demokratische Ordnung zu vernichten und an deren Stelle eine prosowjetische, proletarische Diktatur zu errichten." (s. 114)

Einige Beispiele aus der Beweisführung des Militärstaatsanwalt

- Der Militärstaatsanwalt konnte keinen einzigen objektiven Beweis aufzeigen, woraus sich gesetzwidrige Handlungen des Friedenskomitees ergaben.
- Der Staatsanwalt versuchte die zusammenhanglosen Notizen eines Polizisten, die die Gespräche von einigen Mitgliedern beinhalten sollten, als Beweismittel anzuführen.
- Daraufhin forderten die Mitglieder des Friedenskomitees die Tonbänder, die in der besagten Veranstaltung aufgezeichnet wurden, von einer unabhängigen Person hören zu lassen. Diese Forderung wurde aber nicht erfüllt.
- Als Beweis für die Verbundenheit des Friedenskomitees mit der Sowjetunion wurden Kapitel aus dem Testament vom Peter den Großen (1672-1725) in den Verhandlungen verlesen.
- Der Journalist Ali Sirmen nahm im September 1978 in Addis Abeba an einer Konferenz teil, die unter dem Motto stand "Solidarität mit den afrikanischen und arabischen Völkern". Es waren Teilnehmer aus 140 Ländern anwesend. Auf dieser Konferenz vertrat er die Auffassung des Friedenskomitees. Die Ecevit-Regierung unterstützte seine Reise und die Reisekosten wurden vom Außenministerium übernommen. Ali Sirmen wurde wegen seiner Rede angeklagt. (und wurde später zu 8 Jahren Haftstrafe verurteilt)
- Ein Plakat im Versammlungsraum wurde als prosowjetische Haltung angesehen. Bei dem Plakat handelte es sich um ein griechisches Plakat, welches mit einem Sowjetischem verwechselt wurde.
- Eine kleine Broschüre über Chinas Angriff auf Vietnam, das von einer Kommission des Friedenskomitees vorbereitet, und überall frei verkauft wurde, wurde als Beweismittel gegen den Verlagsbesitzer benutzt.

Die ersten 30 Angeklagten

- Mahmut Dikerdem, Vorsitzender des Friedenskomitees, Botschafter i.R.
- Reha Isvan, Englischlehrerin, Ehefrau vom ehemaligen Bürgermeister von Istanbul, Landwirtschaftsingenieurin
- Orhan Apaydin, Rechtsanwalt, Vorsitzender der Istanbuler Anwaltskammer
- Aykut Göker, Vorsitzender der Ingenieurskammer
- Tahsin Usluoğlu, Wirtschaftswissenschaftler
- Doz. Haluk Tosun, Universität Ankara, Hochschullehrer
- Şefik Asan, Gymnasiumsleiter
- Yavuz Çizmeçi, Diplom-Ingenieur
- Aybars Urgan, Diplom-Ingenieur
- Ali Taygun, Theater-Regisseur
- Uğur Kökten, Diplom-Ingenieur, Schriftsteller
- Prof. Dr. Metin Özek, Universität Istanbul, Hochschullehrer
- Niyazi Dalyancı, Direktor des Nachrichtendienstes THA
- Atıf Behramoğlu, Lyriker, Träger des internationalen Lotuspreises
- Medet Serhat, Rechtsanwalt
- Ali Sirmen, Journalist bei der Tageszeitung Cumhuriyet
- Doz. Dr. Gencay Şaylan, Universität Ankara Hochschullehrer
- Ergun Elgin, Diplom-Ingenieur
- Orhan Taylan, Maler, Träger von verschiedenen internationalen Preisen
- Hüseyin Baş, Journalist, (internationale Politik)
- Nedim Tarhan, Abgeordneter der Republikanischen Volkspartei CHP
- Mustafa Gazalci, Abgeordneter der Republikanischen Volkspartei CHP
- İsmail Hakkı Öztürk, Abgeordneter der Republikanischen Volkspartei CHP
- Kemal Anadol, Abgeordneter der Republikanischen Volkspartei CHP
- Nurettin Yılmaz, Parteiloser Abgeordneter
- G.Doğan Görsev, Übersetzer, Verleger
- Semra Özdamar Arın, Schauspieler
- Prof. Dr. Melih Tümer, Dekan, Marmara Universität

Die anderen angeklagten Führungsmitglieder und Mitglieder des Friedenskomitees

- Zusätzlich zu den 30 Erstangeklagten, von denen viele bis zu 3 Jahren inhaftiert worden sind, wurde für weitere Mitglieder und Führungsmitglieder im September 84 ein neues Verfahren eröffnet und ein weiteres Verfahren angekündigt.
- Im zweiten Gerichtsverfahren wurden nahnhaftige Personen angeklagt. 12 Rechtsanwälte, 4 CHP-Abgeordnete, Schauspieler, Schriftsteller, Gewerkschaftler, Ingenieure, Architekten und verschiedene andere Intellektuelle.
- Durch die Anklage von 12 Rechtsanwälten, die bei dem ersten Verfahren als Verteidiger auftraten, wurde die Verteidigung besonders eingeschränkt und die Anklage als Einschüchterung für andere Rechtsanwälte benutzt.



Verteidigungsreden:

Führende Mitglieder des Friedenskomitees, die vor dem Militärgericht unter "Anwendung von Ausnahmezustandsverordnungen", "Kriegsrechtverordnungen" ihre Verteidigungsreden halten, haben in aller Deutlichkeit und Bestimmtheit die Kräfte und Geisteshaltungen, die den Frieden und die Menschenrechte in der Türkei gefährden, aufgezeigt und verurteilt:

Der Vorsitzende des Friedensvereins, Botschafter a.D. Mahmut Dikerdem:

"Die Beschuldigungen in diesem Text können wir nicht ernst nehmen, weil der Text nicht juristisch sondern ein wütend polemisch formulierter Text ist. Im Gegensatz dazu nehmen wie die Geisteshaltung, die die Anklageschrift repräsentiert sehr ernst und sehen es als unsere Aufgabe an, sie vor ihrem Gericht und der Öffentlichkeit bloßzustellen. Denn diese Geisteshaltung möchte die Bemühungen in unserem Land für das Ideal des Friedens in Diskredit bringen und verurteilt wissen." (Aus seiner ersten Verteidigungsrede)

"Dieser Prozeß ist genauso wie die anderen politischen Prozesse vor den Militärgerichten ein Glied einer großangelegten Operation. Die außerordentliche Regierung hat die Absicht, die der politischen und sozialen Ordnung "widersprechenden" Institutionen, dem Land "schädliche" gedankenrichtungen sowie Personen und Einrichtungen, die nach Überzeugung der Regierung als deren Vertreter anzusehen sind, auszuschalten." (Aus seiner letzten Verteidigungsrede)

Reha İsvan, Landwirtschaftsingenieurin, Lehrerin: "Ich war unter den Gründern des Friedenskomitees, weil ich in dem Glauben bin, daß jeder eine besondere Verantwortung gegenüber dem Frieden trägt. Jemandem, der die Welt, ihre Geschichte, die Zukunft der Menschheit mit seinem Verstand begreifen kann, sollte sehr viel an der Idee des Friedens liegen."

"Weil ich für Freiheit, Gleichheit und Frieden eintrete, werde ich auf diese oder jene Weise seit fünf Jahren meiner Freiheit beraubt." (Aus ihrer letzten Verteidigungsrede)

Orhan Apaydin, Rechtsanwalt: (Der ehemalige Vorsitzende der Istanbul Anwaltskammer, Orhan Apaydin, war nach 1980 zwanzig Monate inhaftiert und ist vor Beendigung des Verfahrens aufgrund seines, sich verschlechternden Gesundheitszustandes am 28. Februar 1986 gestorben.)

"Es ist nur als natürlich zu betrachten, daß der nationale Frieden genauso wie der Frieden auf internationaler Ebene und der Krieg als Gegenstück dazu, vor allem Juristen bei der Verteidigung grundlegender Rechte, wie des Rechts auf Leben und die freie Entfaltung des materiellen und geistigen Lebens, angeht."

Haluk Tosun, Elektroingenieur, Mitglied des Lehrkörpers an der Universität Ankara (ODTÜ): "Schon allein der Wunsch von Wissenschaftlern, ihre Arbeit unter besseren Bedingungen auszuführen und damit der Menschheit nützlicher zu sein, kann eine hinreichende Grundlage darstellen, um für den Frieden einzutreten."

Ali Erol Taygun, Theaterregisseur und Schauspieler, Ehrenmitglied des amerikanischen, englischen und japanischen PEN-Clubs: "Mit unserer 2500 jährigen Tradition dürfen wir Kunst und Kulturschaffende niemals von dem Weg des Friedens abweichen. Denn der Stoff der Kunst und der Kultur ist das Leben, der des Krieges der Tod. Die Quelle des künstlerischen Schaffens ist die Liebe zu den Menschen und die Lebensfreude. Läßt sich mit diesen Gefühlen Krieg führen?"

Metin Özek, Prof. an der Universität Istanbul, Mitglied der bundesdeutschen Vereinigung für Psychiatrie/Neurologie und des Psychotherapie Vereins, Mitglied des Gruppenpsychotherapie Vereins USA, Ehrenmitglied der internationalen Ärztevereinigung gegen Atomkrieg: "Für einen Psychiater, der sich darum bemüht, Menschen vor Verhaltensstörungen zu schützen, wenn solche auftreten, diese zu beheben, ist es eine Notwendigkeit, gegen Krieg und Kriegsbedrohung einzutreten."

Orhan Taylan, Maler, Mitglied des Weltfriedensrats: "Ich bin natürlich nicht der erste, in den Weltfriedensrat gewählte Maler. Neben großen Meistern der verschiedensten Kunstrichtungen hatten sehr viele Maler, von Picasso über Matisse bis zu Sommeville in dieser Bewegung ihren Platz. Fügen wir dem noch folgendes hinzu: "Nehmen wir an, Picasso wäre ein türkischer Maler und lebte noch, so würde er hier mit uns, kahl geschoren und in Gefangenenumkleidung, mit der Forderung eines Strafmasses von 8-15 Jahren verurteilt werden."

Nurettin Yılmaz, Abgeordneter in zwei Legislaturperioden (der CHP und als Unabhängiger): "Da die Zukunft und das Glück meines Landes und meines Volkes von Krieg oder Frieden akzentuiert werden kann, war es meine vorrangige Pflicht als Parlamentarier, mich mit Frieden und Krieg auseinanderzusetzen.(...) Und ich bin einer der ersten Parlamentarier in der politischen Rechtsgeschichte der Welt, der aufgrund seiner Führungsfunktion in einem Friedensverein verhaftet wurde."

Semra Özdamar, Filmschauspielerin: "Vor allem, weil ich ein Mensch bin, bin ich ein Friedensfreund. Auch weil ich Künstlerin bin und nicht möchte, daß die in Jahrhunderten geschaffenen Werte mit einem Mal vernichtet werden, bin ich friedliebend. Und weil ich zuletzt auch Mutter bin und nicht möchte, daß ich mein, mit viel Mühen großgezogenes Kind in einem Krieg verliere, bin ich friedliebend."

Die Urteile des Militärgerichts und des militärischen Kassationsgerichtshofes

- Die Anklage gegen das Friedenskomitee erfolgte vor dem Militärgericht, das dem Kriegrecht unterstand, und zu einer willkürlichen Einschränkung der Verteidigung führte.
- Das Militärgericht verschleppte die Freispruchanträge 3 Jahre lang, sodaß die Mitglieder 3 Jahre in Haft verbrachten.
- Das Militärgericht verurteilte im November 1983, 18 von 28 Mitgliedern des Friedenskomitees zu 6 Jahren, 5 Mitglieder zu 5 Jahren Freiheitsstrafe. Die anderen 5 Mitglieder wurden freigesprochen. Neben diesen Gefängnisstrafen wurden Führungsmitglieder zwangsversetzt und verloren nach Beendigung ihrer Strafe einen Teil ihrer Bürgerrechte.
- Der Generalstaatsanwalt des militärischen Kassationsgerichtshofes war anderer Auffassung: Er billigte nur 8 Verhaftungen und für die Restlichen forderte er Freispruch (Juni 1984)
- Der militärische Kassationsgerichtshof machte die Urteile des Militärgerichtes wieder rückgängig, mit der Begründung, die Beweise seien nicht ausreichend. (August 1984)
- Die Akten wurden an das Gericht zurückgeschickt. Das Militärgericht bestand auf dem Urteil. Es bildete sich eine Kommission des Kassationsgerichts. Dieser hob das Urteil noch einmal auf. (Dezember 1985)
- Das Militärgericht nahm die Verhandlung zum drittenmal auf. (April 1987)

Die internationale Solidarität mit dem Friedenskomitee

- Während der Verhaftung der führenden Mitglieder des Friedenskomitees erklärten er Präsident und der Ministerpräsident gegenüber der internationalen Presse, daß es in der Türkei keine politischen Häftlinge gäbe. Daraufhin erklärte Amnesty International die Mitglieder des Friedenskomitees zu Überzeugungsgefangenen und forderte deren Freilassung.
- 23 verhaftete Führungsmitglieder des Friedenskomitees wurden 1984 von einigen Abgeordneten des Europa-Parlaments für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Einige Abgeordnete des US-Parlaments schlugen sie als Kandidaten für den "Kennedy-Menschenrechtspreis" vor.
- Während der Verhaftung erhielten die Mitglieder des Friedenskomitees Solidaritätsgrüße aus aller Welt.
- Die Weltfrauenbewegung organisierte eine Solidaritätskampagne für die einzige verhaftete Frau im Vorstand des Friedenskomitees, Reha Isvan. Diese Aktionen erreichten durch die Unterschriftensammlung für die Freilassung von Reha Isvan anlässlich ihres 60. Geburtstages im Gefängnis ihren Höhepunkt. Die Unterschriften wurden im Juli 1985 in Nairobi der Weltfrauenkonferenz überreicht, wo ihre Freilassung gefordert wurde.
- Die Welt-Psychiatrie-Vereinigung und IPPNW wählten Prof. Dr. Metin Özek zu ihrem Ehrenmitglied.
- Der internationale PEN-Club wählte von den Angeklagten des Friedenskomitees Ali Sirmen, Ali Taygun, Hüseyin Baş zu seinen Ehrenmitgliedern
- Diese und ähnliche internationalen Solidaritätsaktionen zwangen das Militärgericht zur Freilassung der Gefangenen nach drei jähriger Haft.

Die Anstrengungen der organisationslosen Friedensbewegung im letzten Zeitraum

Die zahllosen Aktivitäten und Veröffentlichungen der Friedensfreunde insbesondere im internationalen Friedensjahr, haben die Lebendigkeit und Gedanken der Friedensbewegung in der Türkei bereichert und deutlich gemacht. Hier einige Beispiele:

- Im internationalen Friedensjahr 1986 haben sich 80 Tausend Menschen an einem Friedensfest in der kleinen, 30 Tausend Einwohner zählenden Stadt Dikili, an der Ägäisküste beteiligt.
- Das Buch, "Bir Ses" (Eine Stimme), herausgegeben nach der Freilassung von einem führenden Mitglied des Friedenskomitees Reha Isvan, das auch ihre Gefängnisernerinnerungen; einschließlich der Lebensgeschichte beinhaltet, erzielte innerhalb von zwei Monaten fünf Anklagen und gehörte monatelang zu den meistverkauften Büchern in der Türkei.
- Die Ärzte in der Türkei haben sich gegen einen Atomkrieg organisiert. Bekannte Ärzte des Landes haben den "Ärzteverein zur Verhinderung eines Nuklearkrieges" gegründet, der die Prinzipien von IPPNW, des Nobelpreisträgers von 1985, anerkennt.
- Alle renommierten demokratischen und fortschrittlichen Kunst- und Kulturzeitschriften sowie aktuelle Periodika und fortschrittliche Tageszeitungen haben insbesondere im Friedensjahr dem Thema Frieden breiten Platz eingeräumt. Sie veröffentlichten Tausende von Artikeln und wissenschaftlichen Abhandlungen. Dutzende von Büchern sind erschienen, die Atomkrieg und Abrüstung zum Thema haben.

Committee for Human Rights and Democracy in Turkey



TURKEY

SECOND YEAR OF THE
MILITARY COUP

The Committee for Human Rights and Democracy in Turkey (CHRDT) was formed shortly after the September 12, 1980 Turkish military coup. The purpose of the Committee is to contribute towards the speedy establishment of democratic rights in Turkey. It particularly aims to expose in the West the events in Turkey and especially the anti-democratic actions of the ruling junta.

The CHRDT publishes News From Turkey (NFT). This is a periodical of selected Turkish and Western news items about Turkey, and it includes not only relevant documents and reports of fact-finding missions, but editorials and articles as well. When there are important political or legal events, the CHRDT also sends out press releases.

This booklet, which focuses on the second year of military rule in Turkey, was made possible by the contributions of many friends and concerned organizations. We would especially like to thank the Solidarity Committee with the People of Turkey for its continued support.

For additional copies of the booklet and subscription to News From Turkey, please direct your correspondence to :

NEW YORK
CHRDT
G.O.P. Box 2922
Brooklyn, N.Y. 11202

LOS ANGELES
CHRDT
P.O. Box 67067
Los Angeles, CA 90067

SAN FRANCISCO
CHRDT
P.O. Box 5584
San Francisco, CA 94101

CANADA
CHRDT
165 Spadina Ave.
Suit 26
Toronto, M5T 2C4

TABLE OF CONTENTS

	<u>page</u>
Introduction	1
Chronology of Major Developments	2
Legal Changes	5
Constitutional Dimension	8
Human Rights Violations	10
The Economy	12
Foreign Relations	19
Post-script	21
Appendices	
A. Partial List of Mass Trials	23
B. Selected Examples of Mass Trials	26
C. Torture Letters	31
D. Warning to Students Abroad	35
E. The Resolution of the European Parliament on Turkey	36

INTRODUCTION

September 12, 1982 marked the end of the second year of military rule in Turkey. During the first year of its rule, the junta concentrated its efforts to crush all opposition in the country, legal or illegal. Executions, mass trials, censorship of the mass media reached extents even further than those practiced during the previous military intervention of 1971. Along with the banning of political activities and parties, the parliament was closed down, and the 1961 constitution was annulled. These were followed by the repression of minorities, especially the Kurds, the widespread and systematic use of torture during interrogations, persecution of the progressives and the reduction of the workers' rights.

The second year was marked, however, by long-term plans and attempts of the junta to restructure the fundamental institutions of Turkish society. This was done either by laws passed by the ruling body of five generals, called the National Security Council (NSC), or prepared by the Advisory Assembly, members to which were literally hand picked by the generals.

The approval of the constitution, on the other hand, has automatically elevated General Evren, the head of NSC, to the presidency for the next seven years. Given the fact that the new constitution equips the president with much stronger powers than those authorized under previous constitutions, the reign of the generals is to continue into the foreseeable future. The next step for the junta is to complete the modification of the legal structure of the country by changing the remaining laws, such as those that govern the political parties, elections, workers' rights, etc. At the moment Turkey's future looks very grim indeed for those who value these basic human and democratic rights.

For most concerned U.S. citizens it is difficult to have an overall picture of the situation in Turkey, since the information provided by the U.S. mass media is, at best, incomplete. This shortcoming becomes even more significant in face of the fact that, after Israel and Egypt, Turkey is the third largest U.S. military and economic aid receiving country. Especially after the downfall of the Shah of Iran, Turkey is considered worthy of huge amounts of aid by the U.S. State Department. The Turkish role in the Middle East is expected to become more central in the near future, as the Reagan administration and the Turkish junta develop their "joint" defense partnership, one which will "solely serve American interests in the Middle East," as one former top Turkish defense official put it (Wall Street Journal, 1/12/1983). Furthermore, according to the same article, there is no official mention of the source of money for the modernization of existing Turkish air force bases and establishment of new ones. Since statements made to the effect that these funds will not be included in the U.S. military and economic aid package to Turkey, what is implied is that the alliance will cost the American tax payers millions of additional dollars on top of the existing average of close to \$ 900 million a year.

In this booklet, our main concern has been to document the events on the Turkish side of this partnership. However, we believe that it is not difficult to see the relationship between these events and current developments in the U.S., in particular the dramatic increase in U.S. "defense" spending accompanied by deep cuts in public expenditures which have drastically undermined the standard of living in this country. As these seemingly contradictory trends develop many more come to realize that the U.S. State Department's support for dictatorial regimes means both material and moral impoverishment of the working people here and elsewhere. The booklet, we hope, will also serve to substantiate and enforce this realization.

The booklet is the product of a collective effort. In spite of the advantages of such an arrangement there are inevitable shortcomings, such as overlaps, repetitions and stylistic inconsistencies. We hope that the reader will overlook these problems and that the booklet will fulfill its function.

CHRONOLOGICAL ORDER OF MAJOR DEVELOPMENTS: Sept. 1981 - Sept. 1982

September 1981:

* Violations of human rights continued on an extensive scale. Torture reports accumulated while the government continued to deny the allegations. A hunger strike was staged by imprisoned leftists at Mamak military prison. Their lawyers and the Turkish Bar Association submitted several petitions to the NSC, asking for the improvement of prison conditions and loosening of restrictions; the demands were not even considered.

* Official censorship was imposed on the press. Henceforth, publication of all newspapers and magazines would be monitored by the the Martial Law Commander.

* A draft proposal for the Higher Education Law was announced. This law restricts academic freedom by subjecting all academic activities to the approval of a government appointed committee on higher education. It was opposed by the majority of academicians.

October 1981:

* NSC disbanded the political parties. Evren "justified" this act by stating that the leaders of these parties had continued to make political statements, violating the ban on all political activities. All assets of these parties had been transferred to the treasury earlier.

* Europe reacted severely against the disbanding of political parties. The EEC suspended \$660m of aid to Turkey.

* The Turkish ruling junta named a 160-member Consultative Assembly to prepare the new constitution and election law for Turkey's eventual return to "democracy". The Consultative Assembly initiated its sessions on October 24th. Members were chosen from among 11,640 carefully selected candidates and included former military commanders, governors, bureaucrats and a former prime minister who served after the 1971 military coup.

November 1981:

* Courts imposed several death penalties in trials. NSC sent more than 20 death sentences, handed down by military courts to the Consultative Assembly for final review. Various other military courts, in addition, demanded more than 130 death sentences for members of leftist organizations.

* Bulent Ecevit, former prime minister (Jan. 1978-Oct. 1979), was sentenced to 4 months imprisonment by a martial law court for violating a decree barring political activity. He had criticized the military government's disbanding of the political parties.

* Hans Dietrich Genscher, Federal German Foreign Minister, and Casper Weinberger, U.S. Secretary of Defense, visited Turkey. While Genscher was somewhat critical, Weinberger extended full support to the junta.

December 1981:

* The trial of the Confederation of Revolutionary Worker's Union (DISK) started in Istanbul. DISK is being accused of attempting to overthrow the existing order to establish the rule of one social class over others and engaging in provocative actions. The military prosecutor has demanded the death penalty for 52 leaders of DISK. This is the first time since the coup that a military court has demanded capital punishment for suspects not directly linked to "terrorist" activities. The trial is proceeding under the "war time" conditions.

* Evren announced a time-table for the restoration of "democracy". Elections would be held in the fall of 1983 at the earliest and the spring of 1984 at the latest. And a new constitution would be submitted to a national referendum in the autumn of 1982.

January 1982:

* Mass trials continued in December and January, with defense lawyers having to face many obstacles. One of the most striking violations of the most basic of defendants' rights was the arrest of Orhan Apaydin, the head of the Istanbul Bar Association and the leader of the defense team for DISK.

* Legislation related to the state security courts and emergency cases, which would be put effect after martial law is lifted, was drafted and presented to the Prime Minister. Another measure taken against possible future opposition was the reorganization of the police force and the extension of its reach in preparation for use especially against demonstrators, strikers, etc.

* A 21-member special commission of the Consultative Assembly of the European Parliament returned from a one-week fact-finding tour of Turkey. Its chairman, British Parliamentarian Laborite Tom Arvin, drew attention to the non-democratic environment, restrictions on unions and political parties and to torture. Moreover, the Council of Europe passed a resolution accusing the Turkish military junta of human rights violations, including the torture of political prisoners.

February 1982:

* As a reaction to criticisms from Western Europe, the junta banned all contacts with foreign individuals and organizations, unless specifically authorized by the martial law commander. The visit of foreign delegations would require permission from the junta, as well. Also, the Turkish press was barred from quoting foreign news reports critical of Turkey.

* NSC announced that all members of former political parties, excluding the leaders, secretary generals and General Administrative Council members, would be able to express their personal views on the new draft constitution, without making any references to specific political parties, if requested by the Consultative Assembly Constitution Committee.

* NSC decided to constitute "Ata-Union" to put Atatürkism into practice, obliging all governments to apply its principles. A new more restrictive dress-code was imposed on all civil servants.

* After investigating the facts on Turkey, five European nations-- Norway, Denmark, Sweden, Holland, and France-- started proceedings to bring a case against Turkey before the European Human Rights Commission.

March 1982:

* Mass arrests and trials continued on an extensive scale. 21 new trials started between February 15 and March 31. More than 130,000 suspects were tried and the military prosecutors asked death sentences for 689 of them. All but 2 of these suspects were leftists. Moreover, with the hanging of three left-wing youths, the total number of executions since the coup increased to 13.

* The trials of the Turkish Peace Association and the Republican Peoples' Party were among the two new prominent ones announced. The 44 defendants of the Turkish Peace Committee included Orhan Apaydin, former members of Parliament, journalists, trade union leaders, and other professionals and intellectuals. The Republican Peoples' Party was brought to trial for its close links with DISK and union leaders.

April-May 1982:

* New charges were leveled at Bulent Ecevit. He was accused of criticizing Turkey's military regime in an article in the West German weekly Der Spiegel.

* The Minister of the Interior announced new measures which increase the police force from 50,000 to 120,000 and plan for the construction of new prisons.

June 1982:

* Mass trials continued in the summer and the official figures for the number of detainees increased to 77,000. A military prosecutor demanded 259 death sentences in the Patsa trial, including Prof. Muntaz Soysal, a former vice-chairman of Amnesty International.

* To protest against prison conditions, 2,300 political prisoners in Istanbul Metris prison went on a hunger strike, which was the largest prison protest since the coup.

* Banker Kastelli, Turkey's largest money brokerage firm collapsed and the owner fled to Switzerland, leaving behind \$700-800 million to be paid to thousands of small savers. The government stepped in immediately and released 52 billion Turkish Liras to save the sector.

July 1982:

* The trial of the Turkish Peace Association started. In the continuing DISK trial, union leader Basturk told the military court the details of his torture during his interrogation.

* A 193-article new draft constitution was announced, which severely restricts basic rights and freedoms that are considered to undermine the authority of the state. It received widespread critical reaction from all but business circles.

* The date of the national referendum on the draft constitution was set for November 14th at the latest.

* Turgut Ozal, the "economic czar" of Turkey, and the Minister of Finance, Kaya Erdem, resigned after the collapse of Banker Kastelli. Adnan Kafaoglu replaced Ozal and assured the IMF that Turkey would remain loyal to the austerity measures imposed.

August 1982:

* The draft constitution was discussed at the military appointed National Assembly which approved it in principle and started discussions on specific articles.

* NSC, as a reaction to the rising protests, was forced to relax martial law decrees No. 52 and 65 which banned political comments.

* Curfews imposed after the coup were lifted in all provinces.

September 1982:

* The National Assembly completed discussions on the draft constitution without bringing major changes to it and approved a crucial set of temporary articles which provided that, should the Constitution be approved General Evren automatically would become the president and the NSC the presidential council for the next seven years. To assure a yes vote on the referendum the state embarked on a massive propaganda campaign through the use of TV and radio programs and by putting forth the popular image of Evren before the people. In his speeches, Evren made clear his intentions to crush those who protested the constitution.

LEGAL CHANGES

The National Security Council Communique No.1, broadcast in the morning of September 12, 1980, announced that the Turkish armed forces seized power. The parliament and the government established in accordance with the 1961 constitution were dissolved. It was also proclaimed that the military intervened "to remove obstacles preventing the democratic system from functioning." Under this banner, the National Security Council (NSC) stopped activities of political parties and labor unions, disbanded strikes, prohibited activities of even nonpolitical associations as announced in Communiques No. 7 and No. 15. The NSC "provisionally" assumed legislative and executive power, and it has been engaged in the extensive restructuring of the Turkish State. In addition to communiques, decisions, and decrees, the NSC passed 192 laws in eight months, regarding the constitution, the state machinery, economy, political life, labor, education and civil rights-- a record in the history of the Republic of Turkey. On September 22, 1980 a new government was appointed, but it was made clear by the "Rules of Procedure" that the government was under the control of the NSC.

A new law which was released on October 28, 1980 stated that those provisions contained or to be contained in the communiques and decrees of the Council and the laws adopted or published or to be published which do not conform to the provisions of the Constitution of July 9, 1961 would be considered as constitutional amendments. In case such legislation would not conform to the laws in force, it would be considered as amendments to laws. All journalists and writers were reminded "to avoid political and legal polemics." The freedom of expression, the freedom of assembly, and the freedom of association were suspended for the sake of the "restoration of democracy."

The NSC removed all elected mayors of the country from office on September 29 and dissolved all municipal and provincial assemblies. A great majority of new mayors appointed by the junta were retired generals and colonels. The NSC's Administrative Committee on the Reorganization of Public Administration recommended a new system which would completely abolish municipal elections.

Sweeping legislative changes were made with regard to the authority of the military power especially under Martial Law. A number of laws amending the Martial Law Act gave extraordinary powers to the Martial Law Commanders. These include monitoring the mail, tapping telephone conversations, and demanding the immediate dismissal of any government staff. Martial Law Commanders were authorized to control, censor or disband newspapers, magazines and books, even musical records and commercial tapes, to outlaw activities of political organizations, trade unions and associations, to request dismissal of students and to suspend teaching at high schools as well as at universities. In addition, Martial Law Commanders themselves were subject to review only by the Chief of the General Staff (of the Armed Forces), not by the Prime Minister. According to the changes in the Martial Law Act, the Military Commander was empowered to decide whether a case should be brought before a civil or a military court. On the other hand, on October 7, 1980, the Military Court of Cession concluded that military courts were authorized to investigate "crimes" such as distributing ideological propaganda. Restrictions with regard to the utilization of firearms by the police were significantly relaxed. According to official sources, 115 people were killed in clashes with the police and security forces during the first six months of the regime. It is noteworthy that most members, and especially executives, of the police force were appointed by the former right-wing "Nationalist Front" governments.

Another law passed in September 1980 prohibited the possibility of appealing sentences not exceeding three years. A change in the Martial Law Act effective from November 8, 1980 extended the period of detention without charge to ninety days, forbidding any kind of communication with a lawyer and making it impossible to have a medical examination to determine ill-treatment or torture. Later on, the period of detention was reduced to 45 days.

As part of important developments in shaping Turkey's future, the NSC adopted new anti-democratic and irreversible laws to centralize the state structure. For example, the Supreme Council of Judges and the Supreme Council of Prosecutors were abolished. Members of these councils used to be elected by judges and prosecutors themselves through judiciary organizations, such as the General Assembly of the Supreme Court of Appeals, without government intervention, securing the autonomy of the judiciary. The new law established a modified "Supreme Council of Judges and Prosecutors", whose president is now automatically the Minister of Justice and whose members include the Undersecretary of Justice and even the Personnel Affairs Director of the Ministry. Two principal and two alternate members are chosen by the Head of State. Therefore, government control over the judiciary system, including the appointment, transfer, inspection and punishment of judges and prosecutors, was ensured. In addition, impartiality of the state-owned Radio and Television Corporation and autonomy of the universities were severely curbed. An

ex-general was appointed as General Director of the Radio and Television Corporation. More than 100 senior producers, correspondents and news announcers were purged and sent to irrelevant posts at city ports, civil aviation bureaus, natural disaster institutes, with the order of the Prime Minister, ex-admiral Bulent Ulusu.

Universities, considered influential intellectual institutions, were virtually stripped of their autonomy. Under the new law, a so-called Higher Education Council was formed to control and inspect all aspects of academic life. Eight members of the council were directly appointed by the Head of the State, others were nominated by the government, the Chief of the General Staff and by the Ministry of Education. Only one third of the members were nominated by universities. All nominations were subject to the approval of the Head of the State. Most of the university presidents and deans who were elected by the academic staff according to the former university law were removed. The new administrators were appointed either by the Head of the State or by the government dominated Higher Education Council. Formerly elected executive boards of universities and departments were dissolved and new ones were appointed in a similar manner. The new Higher Education Law forbids all political activities for students and academic members. Membership in a political party or political organization or "an organization with any kind of political affiliations" is outlawed. Written permission from the President of the university is necessary for being a member of an association of any kind.

New regulations on the educational policy, administration, inspection and promotion of academic staff were put into effect, solidifying the control and centralization of higher education by all means. The administrative independence of the universities was eliminated. Students and academic staff engaged in "anarchic or ideological activities" became subject to expulsion from the universities, sometimes based solely on the evaluation of the dean.

Another example of the "reorganization of state structure" is the establishment of a State Inspection Council. Based on a new legislation, this council is empowered to inspect all state organs except the armed forces. In accordance with the law, six members out of the nine on this council were appointed by the Head of the State. Most members are ex-generals, as expected.

The legislation concerning administration, appointment, promotion, inspection and discipline of state employees is also subject to "reorganization" under the authoritarian logic of the military regime. Several committees appointed by the NSC and various ministries are in the process of preparing drafts for legislation on state employees and public administration. As part of "disciplinary regulations", state employees were already told to cut mustaches properly and never to grow beards. Women employees were ordered to wear stockings, keep their hair properly combed and never to wear short or slit skirts.

A new law passed in February 13, 1981 reshaped some articles of the Turkish Nationality Act concerning all individuals engaged in "activities detrimental to the economic or financial structure, security and public order" of the State of Turkey. According to the new legislation, such individuals will be deprived of Turkish citizenship and their property will be confiscated.

In addition to prohibition of strikes, the system of collective bargaining was replaced by compulsory arbitration. Under the law of December 24, 1980, a High Arbitration Board was established; composed of six government and two labor representatives, this board was authorized to obliterate labor contracts. The NSC also changed the law of official holidays abolishing the First of May as a holiday and prohibiting May Day celebrations.

On June 2, 1981 Communique No. 52 prohibited former politicians and the press from discussing the country's political past or future. Because of this communique, the former Prime Minister and leader of the social democratic Republican People's Party (RPP) Bulent Ecevit was jailed twice for making statements in a press conference and writing articles for the German magazine Der Spiegel and a Norwegian magazine. General Kenan Evren, head of the junta, announced on June 12, 1981 that former politicians would not be allowed to participate in the Consultative Assembly or the elections in 1983, claiming that thousands of other Turks could rule the nation better than the former politicians.

With regard to the changes made by the NSC in the economic field, of a total of 123 new laws promulgated within the first six months of its existence, 47 were concerned with the economy. In summary, drastic fiscal and monetary regulations were applied, while increases in salaries and wages were suppressed "in order to cope with inflation". On the other hand, price controls were abolished, interest rates were allowed to float and the currency was continuously devalued. (The economic policy of the military regime and its consequences are discussed in a separate section.)

On October 23, 1981, the Constituent Assembly, responsible for the preparation of a new constitution and legislation regarding political parties and general elections, held

its opening session. This Assembly consisted of the five members of the NSC and the Consultative Assembly. Its formation was consistent with the military's concept of "the restoration of democracy" in Turkey. The Consultative Assembly has 160 members, 40 of whom were "elected" from the provinces. In the election process, appointed governors of each province selected three candidates for every seat in the Assembly and the NSC picked of them as the Assembly member. In effect, the Consultative Assembly does not have legislative powers. The final draft of the Constitution and other laws is subject to the approval of the junta.

Prior to the first meeting of the Consultative Assembly, all political parties were dissolved and their financial assets were confiscated. In his radio announcement regarding this matter, General Evren said that he had "punished all the old parties". The head of the junta announced at a public speech on April 3, 1982 that "the new Constitution will prohibit communism, fascism and a theocratic regime." He mentioned that the NSC would not permit former political figures to lead the new political parties, claiming that "the nation has liberated itself from them and does not want to be led by them".

Under the directions of the NSC a Constitution Committee was elected from among the members of the Consultative Assembly and this committee has prepared a draft constitution fulfilling the wishes of the generals. Of the 15 members of the Constitution Committee, 8 are specialists in law and only 2 of them in the field of constitutional law. The rest include two ex-generals, a medical doctor, an economist, an engineer, an agriculturalist, and the General Secretary of the Confederation of Turkish Employers' Unions. The members' lack of experience and expertise in constitutional law was reflected in the final version of the draft. The rumors are that the draft was prepared by two members of the committee and other members were forced to accept it. The fact that only 2 members of the committee accepted the final version without any reservation has given strength to these rumors.

Only some of the less important articles of the draft were changed in the Consultative Assembly after "fierce" discussions. In the midst of this fervor, Prof. Ergin, a member of the Constitution Committee, resigned from his post in the Assembly. The final draft has received strong criticisms from every segment of society with the exception of the big bourgeoisie. However, the criticisms have failed to induce any changes in the draft. The following section which focuses on the draft constitution will illustrate what the generals have in store for the future of Turkey.

MILITARY RULE IN TURKEY: THE CONSTITUTIONAL DIMENSION

It was obvious that the ruthless economic model imposed on Turkey would have disastrous effects not only on the working class but on the society as a whole. It was also obvious that the implementation of this economic model would have chaotic effects on the political structure and make repression of dissent a necessity. What was not so obvious was the resilient endurance of the class struggle and the silent strength of internal democratic forces in Turkey. This unexpected strength of forces continuing the struggle for economic independence might have been the reason for some necessary changes in implementation of the by now global model of military rule "stabilization".

The stages immediately following the coup were characteristic of the global militaristic model. The dissolution of the parliament, the "suspension" of the constitution, the ban on political activity, the elimination of political parties, associations and trade unions, the arrest of leaders of these institutions, the monopolization of the mass media and exercise of relentless censorship, the elimination of judicial review and academic freedom, and the final blow to universities and other educational institutions as the "sanctuaries of anarchy and dissent" all were carried out in due fashion.

The global model, however, poses two alternatives to the military after the lapse of the initial de facto rule to be enjoyed for a limited period. The first alternative is the continuation of absolute dictatorship at the risk of internal conflict and some external "protest", whereas the far more "popular" alternative is the "return" to democracy, where civilian rule is established through the proclamation of a new constitution and elections.

The first alternative having been made almost impossible both by the unexpected strength of internal forces and intervention by external forces whose decisions to intervene emanated from domestic policy decisions, the generals decided to opt for the second alternative. This decision, however, left them confronting an impossible situation. The "return" to democracy would inevitably result in a return to political parties and elections, which in turn, could lead to the return to power of politicians now either imprisoned or silenced and of parties now banned. The "return" would also necessitate a return to basic constitutional principles such as the supremacy of law, judicial review and other "luxuries" such as human rights, which could be overlooked during the "period of transition".

Such a development would have left the generals at the mercy of the very politicians, lawyers and courts they have suppressed so ruthlessly during this "period of transition". Therefore, the generals decided to design some "minor alterations" in the return to democracy. This decision is reflected in the 1982 Constitution, a document that makes a mockery of the Turkish constitutional tradition and which may be best described as a futile attempt at legalizing dictatorship. Those not familiar with Turkish political and constitutional development will grasp the extent of the blow to political institutions brought about by this document only if they are aware of the basic principles underlying the 1961 Constitution.

The 1961 Constitution, the fourth written constitution in Turkish constitutional history (the earlier ones were the Constitutions of 1876, 1921 and 1924), aimed at achieving a delicately balanced parliamentary system which evolved as the result of a long and bitter national experience. This model is based on a detailed Bill of Rights with such guarantees as separation of powers, autonomous bodies and judicial review practiced by a Constitutional Court, an Administrative Court and a judiciary whose independence has been secured by constitutional safeguards.

The basic principles of the 1961 Constitution, deeply rooted in the Turkish constitutional tradition, were strengthened by twenty years of implementation to create a model of western-style, limited multi-party system which allowed for democratic class struggle, with elaborate court decisions and academic endeavour defining intricate balances to uphold such principles as supremacy of law and pervasiveness of judicial review and to protect such fundamental rights as the freedom of expression, association and religion, as well as economic and social rights such as the right to collective bargaining or the right to strike. Even the protection of small parties and proportional representation in elections have been guaranteed undertaken by the Constitutional Court in order to perpetuate this delicate balance.

The 1982 Constitution replaces this elaborate model with a text that serves to legalize dictatorship. The two basic aims of this document may be summarized as the elimination of the Bill of Rights of the 1961 Constitution and abolition of judicial review and the separation of powers.

The realization of the first aim might have been easily accomplished through the exclusion of such constitutional guarantees as judicial review, but this has not been deemed sufficient to satisfy the contempt for "luxuries" like individual liberties and human rights. The result is a body of bewildering restrictions on fundamental freedoms, which make the 1982 Constitution look even more restrictive than the Ottoman Constitution of 1876. The mere mockery made of such fundamental rights as the freedom of expression and the right to strike can only be paralleled by the clumsy legislative process pursued for preparation of this document and the unintelligible language used throughout the whole, not to mention the way it was presented to the public for a referendum.

The realization of the second aim was accomplished in different stages. The first step was the destruction of the principle of the separation of powers and the delicate checks and balances involved, to create a strong presidency with unprecedented constitutional powers. The next step was the creation of the "constitutional dictator" by disallowing judicial review of all presidential acts and decisions, and by making the president accountable to none. And the final step was the peculiar "election" of General Evren as the first president, for a period of seven years. This was realized through an amendment to the Constitution (article 2) which stated that when this Constitution was proclaimed as the Constitution of the Turkish Republic by popular vote in the referendum, the Head of the NSC and the Head of State on this date would assume the title of President. The pre-determined president was to appoint and dismiss, among others, the Prime Minister, all of the Constitutional Court justices, and members of the High Council of Justices, the Higher Education Council, and members of other important constitutional institutions. There are no checks and balances and no judicial review to stop him.

The "constitutional dictatorship" or the "presidential model" as advertised, was further fortified by the creation of a Presidential Council and by instating the four remaining generals of the NSC as members of this Council. Another important move in the direction of fortification was the removal of autonomy from the Radio-Television Authority and the universities, thus enabling government to manipulate public opinion.

This, together with the imprisonment, torture and, in some cases, annihilation of leading politicians, union leaders, journalists and academicians, and the ban on all activities of political parties and trade unions, amounts to the suppression of any struggle for freedom and democracy, ensuring the creation of a "rose garden with no thorns". This monolithic structure is to preside over "constitutional" and "democratic" government in Turkey for a minimum of seven years, during which basic laws regarding elections and political parties will hopefully be enacted, to enable elections for the Parliament. One must confess that this is a picture that does not leave much room for optimism.

However, if one must end with at least some hope for the future, there is a comment to be made: It has been said of the 1961 Constitution that it was a dress one size too large for Turkish society and that it should be cut to size, especially trimmed down in the area of civil liberties. But those who would like to think that a straight-jacket will fit the Turkish economic and political structure should not be surprised to see this tight military uniform burst at the seams.

HUMAN RIGHTS VIOLATIONS

A massive reorganization of the society, however, cannot be accomplished merely by closing down political parties, dissolving elected bodies, and muzzling the press. It necessarily involves the elimination of individuals who support these institutions and stand for their ideals. Murder, torture, imprisonment and intimidation of large segments of the population thus becomes prerequisite for the military junta to carry out its policies. It is not surprising that public discussion of the reorganization efforts and the abuses of military and security forces has been at minimum due to the formal banning of all political comment and the strict "self-censorship" imposed on the press. Several journalists have been arrested to intimidate and silence others, papers and magazines have been closed and suspended from publication, 150 state TV employees have been internally exiled, the former prime Minister Ecevit has been sent to jail twice for giving interviews in the German and Norwegian press, and finally, in February, foreign journalists and representatives from professional and international organizations were prohibited from contacting their Turkish counterparts without a written permission from the military.

Detention and Torture:

Since the military takeover in Turkey the junta has given contradictory numbers and information about the number of detainees, prisoners, torture cases and the people tortured to death. According to the government statistics in 1981 alone, the authorities have arrested 60,000 people for political reasons and an estimated 47,000 people have been put to trial since the coup in September 1980. Unofficial figures are at least twice the official ones. There have been over 3,000 political trials. Close to 300 of these involve more than 10 people are called "mass trials" (see Appendix A for a partial list). Among the detainees were 102 members of parliament, 92 attorneys and judges, 35 district governors, 1,485 mayors and municipal officials, 6,191 teachers, 6,758 state employees, according to a report given by the International Federation of Human Rights Leagues in Paris. Of the arrested people, 2,075 have been accused of participation in trade union activities. Throughout the country military prosecutors have asked the death penalty for 4,538 people, 139 of which have already been handed down. By September, 1982, 19 persons, 12 of them leftists, were executed; the rest wait for the approval of the Advisory Assembly and the NSC.

Political prisoners are suffering inhuman conditions in numerous civilian and military prisons that are filled far beyond their capacity. They are subjected to a daily routine of beating, intimidation, and psychological torture, such as forced singing of chauvinist songs and recitation of Kemalist texts. Prisoners in many different prisons (Metris and Alemdag in Istanbul, Mamak in Ankara, in Diyarbakir and in Elazig) have gone on hunger strikes to protest torture, prison conditions and to secure contact with their relatives and lawyers. In order to break the hunger strikes, prisoners were subjected to increased repression. As a result of police and soldier attacks, 3 prisoners in Alemdag and 38 prisoners in Diyarbakir died. The 91 young women detainees at Mamak military prison, all facing prosecution for alleged membership in the Communist Party, are standing trial for a hunger strike they staged in July in protesting prison conditions (Turkey Today, May 1982).

Violations of Due Process:

Most of the legal defense has been limited in the trials because of obstacles put forward by the authorities; the defense lawyers have been harassed, and in some cases, lawyers themselves have been tortured. In some instances, the defendants were left without legal defense when their lawyers were thrown out the courts under various pretexts. In the trial of PKK (Workers' Party of Kurdistan) in Erzurum, the defendants were driven out of the courtroom when they refused to identify themselves to protest the torture to which they had been subjected; the trial proceeded in the absence of its defendants, 34 of whom were facing the death penalty (See Appendix B). In one instance, in Elazig, the martial law authorities arrested two lawyers when 9 of their defendants fled the military prison (Cumhuriyet, June 15, 1982). Moreover, there are inconsistencies in the justice handed down by different military courts. For example, Hasan Ulutas who received a 7 year and 6 month jail sentence from the Erzurum military court for distributing leaflets, was given a 6 month sentence by a civil court in Sivas for the same "crime" (Cumhuriyet, June 3, 1982).

Because the military commanders encourage and rely on a large number of informers, for security and intelligence purposes, in many cases, the formal accusations against the defendants are rather questionable. Official announcements indicate that between September 12, 1980 and January 20, 1982, 128,000 letters and calls of denouncement were received by the NSC. Of these, 41,000 were seriously considered and investigated. The junta announced that 73 new prisons are to be built in 33 cities throughout the country.

Soon all political offences will be tried in Emergency State Courts which will be set up in seven major centers and the police force will be increased from 35,000 to 120,000.

Repression is by no means unique to prisons; it affects large segments of the population especially in the the eastern provinces where, as Le Monde reported (3/18/1982), "(repression is) aimed not just at prisoners, but apparently also at a broad segment of the population, the Kurds. The incursions into villages at night ostensibly to look for weapons, the constant harassment by military bureaucrats of people who speak only Kurdish which they are forbidden to use, the care taken to assign to this region only soldiers born in Western Turkey, the military exercises (they look like attempts of intimidation) frequently carried out in these parts, the testimony provided by relatives of prisoners, ex-members of separatist organizations, all lead to the conclusion that the situation in eastern Turkey is far more tense than anywhere else in the country..."

The repression of the junta has also reached abroad. So far, 264 prominent people have been stripped of their Turkish citizenship because they refused to go back to Turkey to face persecution. Turkish workers and students who had been living abroad were not spared either. (For a stern warning to the Turkish students in England see Appendix D.)

The magnitude of democratic, civil, and human rights violations by the military regime in Turkey points to the fact that the junta's political and economic policies cannot take effect without widespread repression, and that the regime itself is neither legitimate nor popular, in view of its continuing need to resort to such brutal means.

THE ECONOMY: IN SEARCH OF A MODEL FOR THE 80's

"Something was obviously wrong with the economic policy. There was either too much or not enough of the IMF's medicine. Turkey's nervous foreign creditors ensured that the country took another dose... In fact it almost drank the bottle. In three stages Turkey made a complete break with its economic past. The first step was an economic package announced on January 24, 1980. Designed by the government of Mr. Suleyman Demirel, it was the brainchild of his finance minister Mr. Turgut Ozal. The second step was the freeing of interest rates on July 1, 1980. And the third was a series of measures introduced after the military takeover on September 12, 1980." ("Turkey: A Survey", The Economist, September 12, 1981)

"In terms of the elimination of shortages, some positive results of the January 24 measures were seen before September 12. However, I can say that had September 12 not taken place, today's results would have been impossible to achieve." (From an interview with Ozal, published in the Turkish weekly Yanki, December 28 - January 3, 1982)

A simple, yet telling account of the succession of events culminating with the coup, and the open testimony of one of the key figures. As The Economist's sub-heading put it, "three steps to haven?" Or was it something else? It certainly was a blue-print for "stabilization", with stories of success echoing in the financial capitals of the world. The good news had to be spread, the euphoria had to be shared. Yet, two and a half years after the implementation of the "first step", and two years past the military coup (the "third step"), the euphoria has vanished to say the least. The Wall Street Journal, reporting on Ozal's resignation in early June 1982, had to admit to the fact that the Turkish economy was in the midst of the deepest recession in its history.

In what follows, we will take a closer look at the developments that mark this radical shift in appraisal of the Turkish economy over the two years since the coup. We will first review the highly publicized "improvements" of the first year in an attempt to balance the score on this point. We will then proceed to the second year of the generals' rule, which, despite sketchy statistical data available at this time, nevertheless demonstrates some of the key aspects of the model proposed for the 80's.

The post-war Turkish economy depicts three major cycles, with the foreign exchange crises of 1958 and 1970 marking the tail ends of periods of approximately seven years of unabated accumulation. The intervening periods correspond to attempts at containment of the balance of payments problem, or the so-called "stabilization" process carried out under the auspices of the IMF. In all three cases, transition to the next growth cycle involves a political crisis, culminating with the military interventions of May 27, 1960, March 12, 1971, and finally September 12, 1980.

The superficial similarities notwithstanding, there were some fundamental distinctions that separate the experience of the 50's from that of the 60's onwards. In the 50's accumulation was fuelled by agriculture, in line with the role defined for Turkey in the Marshall Plan. This was a time during which the conditions for the emergence of monopoly capital in Turkey were created. It also was a time which signalled the beginnings of the urbanization process, which was to become a major force in the 70's and beyond. The Marshall Plan induced, on the one hand, mechanization and commercialization in agriculture and uprooted the peasantry and triggered the rural exodus; on the other hand, it provided the impetus for the early stages of industrialization. A group of landed capitalists were able to amass huge fortunes particularly during the boom years associated with the Korean War, which would later be transferred to food processing, textiles and other consumer goods industries. A second group of capitalists emerged in the urban setting by establishing links with domestic foreign capital, first as their retail outlets and distributors, and later as domestic manufacturers and assemblers under licensing arrangements. These developments in the structure of the Turkish society were accompanied by growing labor awareness and militancy on the one side, and struggle for hegemony within the ranks of the bourgeoisie on the other, triggering and/or exacerbating the political deadlocks that would precipitate the military interventions of 1971 and 1980. The September 1980 coup very much built upon and further developed the experience of 1971; the two years that followed March 12th, 1980 had demonstrated to the industrial bourgeoisie the benefits from military-bureaucratic authoritarianism in the form of suspended union activity and general repression.

The Latest IMF Program:

Approximately eight months before the 1971 military intervention the IMF had imposed its second "stability" programme on Turkey. Curiously enough, exactly the same pattern would emerge when, eight months before the September 12th, 1980 coup,

"On 24th January 1980, the Turkish authorities introduced a new economic stabilization programme which differed from previous programmes in several important respects. In the first instance, the measures announced-- which are to be followed by additional measures, several of which requiring changes in legislation-- aim at correcting structural weaknesses of the Turkish economy over the medium term (such as inadequate exports of goods and services and insufficient inflows of private capital), as well as stabilizing the economy in the short run. Principal objectives are: reducing the incidence of too many direct government controls and introducing instruments which will allow greater emphasis to be put on indirect demand management policies. Policies will be more market-oriented in future, encouraging competition and greater development of private initiative; foreign investment will henceforth be welcome in areas that were effectively closed to it in the past." (OECD, Turkey, April 1980)

The program that OECD kindly attributed to the Turkish authorities was nothing but the third dose of the "IMF medicine", drafted in consultation with the IMF by Demirel's economic adviser, Turgut Ozal. The "first step" was followed in June 1980 by a standby agreement that released funds equivalent to 625 per cent of Turkey's IMF quota, highest multiple ever granted to a country until then. On July 1, interest rate ceiling were abolished as the "second step". With the flashing of IMF's "green light", fresh money began to flow, alongside debt relief. It is interesting to note that of the \$4.4 bil. debt rescheduled over the 1979-81 period by commercial banks and Paris club members --85 per cent of which was owed to private creditors--18 per cent was agreed upon in 1979, 9 per cent in 1980, and 73 per cent in 1981, after the generals were securely at the helm.

The overall package shared all the characteristics of the dominant line of thinking in economics: "new" Monetarism calling for religious adherence to restrained money growth; free-market policies calling for abolishment of price controls and government subsidies as well as continual exchange rate adjustments; and cessation of deficit spending. The IMF was to monitor the developments to make sure that government policies were conforming with the original plan. Although the destocking that followed price control and freeing of interest rates had the immediate effect of eliminating shortages, gargantuan price increases soon squeezed out the buyers. General erosion of purchasing power, intensified struggle of unions and employees' organizations over wages, and inability of the marginal sector and small producers to cope with the conditions all contributed to an atmosphere of discontent. Behind Demirel's protective shield, the fascist movement's unabated frontal attack against the left, the liberals and the intellectuals brought violence to the levels of a mini-civil war. Not only was the "stabilization" program in danger, but an entire range of Western interests were at stake. The time was ripe for the "third step."

Military Takeover And Program Implementation:

The close association between western interests and the "third step" was very much implied by the immediate responses to the news of the coup by the financial circles:

"A feeling of hope was evident among international bankers yesterday that Turkey's military coup may have opened the way to greater stability in regard as an essential prerequisite for a revitalization of the Turkish economy." (Financial Times, September 13, 1980)

And six months after the event, eluding to the unity between international economic and political alliances, The Economist stated:

"The explosive amount of (commercial bank) lending to Turkey in 1975-79 was clearly unrelated to the country's capacity to service it; the banks must have felt protected by Turkey's strategic position within NATO." ("International Banking Survey", The Economist, March 20, 1982)

Following the coup, the generals retained Turgut Ozal as their chief economic aide and began taking the measures necessary for implementing the "stabilization" programme. The first of these was aimed at securing labor discipline. Three days after the coup,

striking workers were ordered back to work, and all forms of work stoppage or slowdown were banned. It was announced that wages would be set according to government guidelines. The second was an income tax adjustment bill that came into effect in March 1981. It was designed on the one hand to augment tax revenue and reduce government deficit, and on the other to give some relief to low income earners. The increase in tax revenue would come from the self-employed (farmers, small entrepreneurs, professionals). Two months later, the 3 per cent fiscal balance tax on revenues of corporations was abolished. Finally, increases in agricultural support prices were confined to only a fraction of the inflation rate, in an attempt to further limit price increases. Having rid itself of all legislative constraints, the military was paving the way for another "golden age of capital".

A year after embarking on their mission, the generals were already being credited with successes on the economic front. The star performer was the inflation rate, which had come down to 40 per cent from over 100 per cent. The 62 per cent increase in export receipts was taken to signal the beginnings of another "Brazilian miracle". Increases in domestic savings and foreign capital inflow were cited as additional signs of improvement. Some lip-service to human rights violations notwithstanding, repressive measures and precipitous decline in working class living standards as well as rising levels of unemployment were simply labelled as "incidental costs of stabilization".

To be sure, the media had their reasons for the positive, and selective appraisal of the generals' rule. A closer look at the events of the two years following the coup, however, reveals the superficiality of these assessments, even within the narrow boundaries of evaluation drawn by the regime's proponents.

The Myth Of Success:

To begin with the price related developments, it is important to note that the reduction in the inflation rate (based, to begin with, on rather dated unrealistic price statistics that do not include many key consumption items) was achieved by further depressing an already depressed economy, and through severe restrictions on nominal income growth. With government controlled wages and salaries registering on the average a 25 per cent increase in 1981, the loss in purchasing power continued, save some minor improvement in the lower income brackets resulting from the income tax reform. As mentioned above, farmers similarly lost ground, with agricultural support prices increasing by 14-40 per cent. As some newspapers put it, while the 1978-79 period was characterized by an increasing shortage of goods, the 1980-81 period was characterized by an increasing shortage of buyers.

Another characteristic of this period was the dramatic rise in interest rates. Following the July 1980 decree, interest rates shot up: The 20 per cent controlled rate on 12-24 month time deposits reached 50 per cent by the end of the year. Lending rates similarly sky-rocketed, with long-term credit costs scaling the 70 per cent figure. With the inflation rate gradually coming down real interest rates became positive, inducing a big surge in savings as money fled from the real state market and gold. Commercial bank deposits increased by 68 per cent in 1981, and bank profits soared.

Alongside this, by far the most significant economic development of the period was shaping up. The liberalization of interest rates unleashed competition in the banking sector, under increasing challenge from secondary money market that had emerged in the inflationary environment of 70's. While banks tried to put a lid on interest rates through "gentlemen's agreements", the self-styled "bankers" operating finance and brokerage houses in the unofficial money and capital market, lured away deposits by promising more lucrative returns and payment plans. Soon, it was clear that a "Ponzi Scheme" had been arrived at. Given the depressed economic conditions, it was impossible to find prospects that would provide the returns to finance the operation. Bankers desperately tried to attract new funds by promising ever higher interest rates, just to be able to pay the interest on previously drawn liabilities.

At this point, the Finance Minister boldly disclosed that the unofficial market was bound to collapse, adding that the government had no intention of "saving the operation or the investors who had gambled by entrusting their money with the bankers". Before 1981 came to a close, the first wave of bankruptcies had already taken place, wiping out an important source of income for small savers, trying to ride the rough times. When the government tried to impose some regulations on the bankers to satisfy bank demands, a second wave of bankruptcies took place. This set the tone for the developments of 1982, to which we will return shortly.

Limits To Export Promotion:

Another area that requires further study is the highly publicized export performance of the Turkish economy in 1981. At first glance, the numbers look impressive: a 62 per cent surge in export earnings over 1980, with an even more dramatic doubling of exports of

processed and manufactured products. Was Turkey on the way to become another Brazil, or South Korea, or Taiwan, to mention a few of the "model" countries?

Similarities with the political "experiences" of these countries notwithstanding, Turkey's export performance reflects certain peculiarities that need mention. The first point has to do with the conditions in the domestic market: Unwilling to keep stocks at the prevailing interest rates, yet unable to find buyers at home Turkish businessmen scrambled to find outlets elsewhere. Lucrative export incentives in the form of selective allocation of cheap credit, tax rebates, and priority access to imports provided added impetus to the export drive. The second pertains to geographical distribution of exports: Increased purchases by Iran, Iraq and Libya constituted 65 per cent of the total increase in exports during 1981. While the increase in exports to the two Gulf countries reflected the war-time needs of their economies-- along this line, it is interesting to know that the uniforms of both armies were manufactured by the same textile company in Turkey-- the figure for Libya had to do with the massive construction effort undertaken by the Ghaddafi regime. With all three countries suffering from the world oil glut, and with the Gulf-war on an uncertain path, this trend may not persist. Libya has recently been having problems in transferring the advances called for in the agreements with Turkish construction companies. The textile company providing uniforms for Iran and Iraq has run into liquidity problems this year and is being bailed out by the government. The effect of the Gulf-war on this incident cannot be ascertained.

The last point regarding exports concerns their composition. From 1980 to 1981, the largest increase in exports occurred in (unprocessed) agricultural products, accounting for 31 per cent of the total increase. Textiles and clothing accounted for another 21 per cent. Considering the unpredictable weather element in agriculture, and the extremely competitive and volatile nature of the world market in textiles, increase of similar magnitude may not be forthcoming. There are some indications that some problems have already been encountered. EEC has imposed a tariff on cotton yarn, and has suspended garment importations until October 15th. Although an agreement is likely to come, it will most likely involve stricter quotas and price concessions by Turkey that will further inhibit exports. These developments have forced more than a dozen companies to halt production, resulting in the lay-off of some 26,000 employees.

Turning over to some frequently overlooked dimensions of economic activity, 1981 fails to provide consistent improvement signals. Thanks to the outlawing of strikes, industrial production in 1981 registered increase in most fronts, as a result of increases in capacity utilization. Restored import capability also had the same effect, especially in manufacturing. As interest rates shot up, investment fell some 10 per cent short of the future. Construction continued its dismal performance. By the end of the year, the highly dubious official unemployment figure stood at 16.7 per cent of an 16 million strong labor force. With some 600,000 new workers coming on the market every year, and little prospect for secure employment, the pressures are enormous. The situation will be aggravated as traditional modes of compensation via family and kinship ties become increasingly difficult to obtain, due to depressed farm incomes and deteriorating conditions in the marginal sector. The economic Darwinism exercised by the government has already taken its toll in the form of record number of bankruptcies, especially in the small business sector. In 1981, a 122 per cent increase in defaulted promissory notes over the previous year was recorded. The figure has already doubled in the first six months of 1982.

Deepening Financial Crisis (Collapse of the Bankers): But it was not only the small fish that was getting hurt. Early in 1982, upon glancing at their profit and loss statements, corporations were shocked to find that their profits had eroded by financial cost 4-7 times labor costs. With the labor problem solved, they turned their attention to the financing problem. In May 1982, a long list of private sector demands was presented to a sympathetic Prime Minister. The list included requests for stringent control of "bankers", lower interest rates, cheap credit for investment, reduced taxes, increased export incentives, subsidies on state produced inputs used by the private sector, allowance for revaluation of already depreciated capital, and return of mines nationalized during Ecevit's tenure to their former owners.

Remaining doubts about the nature of the "heaven" that was in the making were removed by mid 1982, when Kastelli, the largest finance house in the country, went under with liabilities valued at over \$900 mil., a figure equivalent to almost one-tenth of total bank deposits in Turkey. To prevent panic, the government which had stayed on the sidelines until then, announced that all debts of Kastelli were under "state guarantee". It was soon disclosed that Kastelli has marketed some \$530 mil. worth of certificates of deposit put out by eight private and two public banks, alongside some \$280 mil. in private bonds. In the two weeks following the incident, \$310 mil. in low interest Central Bank credits were transferred to the banks involved to help them with their deteriorating liquidity position.

In the wake of the public outcry that resulted, Turgut Ozal and the Finance Minister had to resign. The "Economic Tsar" of Turkey was jumping boat 18 months after the

disclosure of the "January 24 measures" during which time the lira was devalued by 362 per cent, and prices had registered a 152.6 per cent increase.

Monetary dimensions of it set aside, what was significant about the collapse was the fact that Kastelli was the only remaining major finance house outside direct control of a major corporation or a bank. It had a history dating back to the 60's, when Cevdet Ozden, its owner, traded in the public savings bonds that were issued to finance the government's investment efforts. Ozden's rise to the prominent position he had occupied in the unofficial financial market had followed the developments in the Turkish economy. In the late 60's he had diversified into real estate, and later into bonds and securities. His golden years were to come during the inflationary period following the 1977 crisis, when an increasing amount of savings found their way to the curb market. It was also rumored that he had been active in the illegal foreign exchange market which had reached sizeable proportion during the foreign currency shortages of 1977-79 period. Throughout this time, the corporate sector was being increasingly threatened by the growth of the unregulated sector, but had to return to this sector to secure the foreign exchange needs for imports. The banking sector was also going through a transformation, as holding companies scrambled for control of banks, to gain access to a secure source of finance.

Before his collapse, Cevdet Ozden--whose provincial style contrasted sharply with that of the magnates dominating the financial and industrial scene, through the sheer size of his operation, had become a major factor in blocking the efforts of finance capital to suppress interest rates. It is interesting to note that while the government had not blinked an eye during the earlier round of bankers' bankruptcies involving funds estimated at some \$130 mil., it hastily rushed in after the Kastelli incident; a clear indication of its desire to safeguard the interest of finance capital. During the year, the government demonstrated the same zeal in three other incidences, involving two of the largest textile companies and a steel company--it is interesting to note that Turgut Ozal had been the managing director of the steel company in question in the early 70's--all these operations required sizeable infusions of money, which the government undertook without the slightest word of protest from the IMF.

It was clear from the beginning that the reason for the government's involvement had nothing to do with the plight of the 220,000 investors who had deposited their savings with Kastelli. Since Kastelli had provided investors with certificates of deposit issued by banks as well as private sector bonds as collateral, the government had essentially stepped in to save the banks. Initially, no guarantees were offered about interest payments. When criticism mounted, the government announced that an across the board of 25 per cent rate would be applied to all the debt covered by adjustments on the maturity structure. With going bank interest rates of 50-60 per cent, and bond yields of 32-50 per cent of face value, banks and corporations were gaining access to a sizeable fund on extremely favorable terms. This incident is by no means atypical: there are two more well-documented cases of similar conduct. The first involves the sum of \$650 mil. in unpaid required reserves by banks. The second involves some \$190 mil. in unpaid employers' share to the workers' social insurance fund. In both cases, the debtors continue to use the funds by paying negligible interest penalties.

Further concentration in an already oligopolistic structure, complete submission to the needs and wishes of finance capital, super-exploitation of the working class, proletarianization of the urban middle classes and the peasantry, and a sufficient dose of repression--these are the major manifestations of the efforts to draw the model for the 80's. Nevertheless, the financial circles still had anxieties.

IMF Still Dissatisfied:

"Big banks lending to Turkey are now very enthusiastic about Mr. Turgut Ozal, the Finance Minister who has brought about a dramatic market-orientation of his country's economy. But there are to be elections in Turkey in 1984 and Mr. Ozal's career could then be at an end. Whither the Turkish economy then?" ("International Banking Survey", The Economist, March 20, 1982)

With Turgut Ozal already gone, whither the Turkish economy now? At the time of their June appraisal -- Shortly before Ozal left his post -- the IMF was not altogether happy with what it had seen. The Fund's main concern was inflation: Extensive use of export incentives and large unpaid corporate tax balances were found worrisome in terms of their effect on the money supply. The Fund also felt the need to warn Turkey that there would be less official debt relief forthcoming in the future, with the annual figure declining from \$2 billion in 1982 to \$500 million by 1986. Although the export performance was promising, Turkey had to keep in mind that payments on rescheduled debts were to begin in 1983. Increase in domestic savings was seen as a welcome development in this regard. Wage restraint was paying off; hence it was advisable that 1982 wage increases be limited to 30 per cent, and salaries of civil servants should not be raised

by more than 25 per cent. To alleviate the pressure on external borrowing, it was desirable to continue to decrease public investment over the 1983-85 period.

It should be kept in mind that this assessment had come before the collapse of Kastelli. Considering the dimensions of the monetary measures that had to be taken, it is clear that the IMF now has more than a handful to worry about -- if the internal consistency of the "stabilization" program is to be preserved.

Based on the little that can be gathered from the public statements made by Ozal's heir, Adnan Baser Kafaoglu, no radical changes in economic policy are to be expected. Kafaoglu is a seasoned bureaucrat who is known to adhere to interventionist policies, reserving a more active role for the government. With the banking system in disarray, and with 25 firms -- all amongst the top 500 in Turkey -- waiting to be bailed out, he is not going to be short of opportunities to intervene for the 'right' cause. His declared intention to review export incentives and to implement timely tax collection are a long way from providing the ingredients for a long-term solution. For the time being, all indications are that the resumption of accumulation in the Turkish economy is at least several years away.

The Model For The 80's:

What more can be said about the model that is likely to emerge when accumulation is resumed? One thing that is certain is that given Turkey's ties with capitalist world economy, an attempt at inward oriented accumulation without the support of adequate export earnings is bound for failure. The development of a viable, sustained export base, then, is a pre-condition for accumulation. This in turn will require the diversion of resources away from production for the domestic market -- a phenomenon that we are already observing to some extent. But given the dependent nature of peripheral industrialization, and given the constraints that Turkey faces as a late-comer, is it possible to make the big break into the capitalist world economy, to join the likes of South Korea, Taiwan, Singapore, or Brazil?

A thorough answer to this question is beyond our scope. Suffice it to say that it will require the discussion of a herd of issues ranging from the balances in the Middle East, to the skill, pay, and productivity levels of the working class in Turkey, relative to other countries. For our purposes we will briefly focus on trends in international banking, in an attempt to delineate one particular dimension of the constraints that Turkey is facing in the capitalist world economy.

During the decade or so that Turkey saw its external debt grow from \$2 billion to \$17 billion, some profound changes in the core-periphery relations were taking place, not the least of which had to do with commercial bank capital. In 1971, when total lending to "developing" countries was at \$87 billion, private creditors accounted for 34% of the total. This "privatization" of the world financial system meant that the periphery had to borrow at non-concessional, often floating interest rates, and shorter maturities. Consequently, peripheral countries' debt service ratios (interest and principal payments as a percentage of export earnings) went up from an average of 14 per cent in 1973 to 21 per cent in 1981. Some three-fourths of private loans now involve floating interest rates that carry a fixed premium over the London Interbank Offered Rate (LIBOR), which is periodically adjusted according to money market conditions. As The Economist put it, "every knee-jerk in Washington almost immediately kicks the coffers of the developing world." The situation has been worse for the non-oil producing Third World countries, who had to pay interest rates as much as 50 per cent higher than the industrial, OPEC and Comecon countries.

Restructuring International Aid:

In the case of Turkey, between 1971 and 1980, the share of private credits in outstanding loans increased from 7 per cent to 30 per cent with suppliers' share slightly decreasing from 4 per cent to 3 per cent, and share of financial markets climbing from a mere 3 per cent to 27 per cent. During the same period, Turkey's debt service ratio increased from 12 per cent to over 60 per cent, before the debt rescheduling operations in 1980. After rescheduling, Turkey's debt service ratio stood at 45 per cent in 1980, and 35 per cent in 1981. During the first five months of 1982, Turkey paid back \$965 million in debt -- with export earnings of \$2.5 billion after six months, this translates to a debt service ratio in excess of 40 per cent. Assuming an average annual growth rate of 23 per cent in export receipts -- the figure used in OECD forecasts -- and no additional borrowing, the debt service ratio will not fall below 20 per cent until 1986.

According to OECD estimates, in order to register an average Gross Domestic Product growth of 5 to 5.5 per cent over the 1980-85 period Turkey's need for external financing is \$10 billion. If the structural transformation needed for becoming a "semi-periphery" catering to the Middle East is to come about, external financing requirements will be much

higher. At this point, it may help to revisit the "Brazilian miracle": During the 1971-80 period, external debt rose from \$6 billion to \$55 billion. Exports during this time were growing at some 20 per cent annually. To sustain this growth, imports had to grow as well, requiring an increasing amount of external financing. The debt service ratio during this time fluctuated between 40 and 60 per cent. Following the first trade surplus of the decade in 1981, the country now is facing grim prospects, due to the saturation of its traditionally buoyant export markets like Chile and Uruguay.

While the picture that is emerging is clear, it will be incomplete without some comments on foreign investment, which usually is the key factor in facilitating the transformation from a periphery to a semi-periphery. Growth in foreign investment in Turkey was \$334.4 million in 1981 and \$132.7 million in the first half of 1982 (Middle East Economic Digest, July 16, 1982). Considering the fact that total foreign investment between 1970 and January 1980 had been a mere \$540 million (The Economist, Sept. 12, 1981), the increase looks sizable. Unfortunately, the comparison is misleading, due to the fact that most of the movement was not due to importation of capital, but represented uncollected debts -- royalties, profit transfers, etc. -- that had accumulated during the 1978-80 period. The supplement to Euromoney (Feb., 1982) reports that the director of the Foreign Investment Department reckoned that only \$100 million out of the \$300 million represented actual capital inflow. Furthermore, even the inflated amounts represent a negligible portion of the relevant economic aggregates: The figure for 1981 is less than 7 per cent of private investment, less than 3 per cent of total fixed investment, and 0.6 per cent of Gross National Product. Yet, as Arthur D. Little puts it: "Turkey now has one of the most liberal foreign investment programs of any country." Why, then, are foreign investors not cashing in on it?

One possible explanation has to do with the "privatization" phenomenon discussed earlier: As commercial banks take over the role of "financing dependent industrialization", direct investment loses its attraction. Given the term structure of the loans, it is more profitable and less risky to sell industrial equipment, know-how, turn-key plants, etc., on credit, than to undertake the actual investment project. After all, apart from the unexpected crisis in Iran, no country has defaulted since Cuba chose that route in 1962. At worst, the loans are rolled over, and continue to bring in a healthy return thanks to lucrative interest rates. With the exception of Nicaragua and Poland no country has been allowed to reschedule interest payments. While interest payments on private loans start immediately, direct investments require gestation periods before returns begin to materialize. Furthermore, direct investments theoretically run the risk of nationalization -- a phenomenon far more common than default -- and entail possible losses resulting from exchange rate adjustments, of the kind that took place in Turkey during the 1978-80 period.

Based on this discussion, it will not be an exaggeration to argue that international financial capital will be playing an increasingly important role in Turkey's accumulation, no matter what particular path Turkey chooses -- short of moving outside the capitalist world economy. In fact, it is this expectation, or realization, that has induced the eight banks advertising in The Economist to seek new alliances at the world scale. Citibank, one of the giants of the international credit economy, has been operating in Turkey since early 1981. American Express is scheduled to arrive soon. Others will certainly follow. Good news travel faster than ever before in the 80's, mainly due to the scarcity of such news at times of worldwide capitalist crisis. As documented in these pages good news for some, however, has always meant bad news for a majority of the Turkish people in the long run.

FOREIGN RELATIONS

Since the military coup, we have been witnessing closer relations between the junta and the U.S. government while the traditionally strong Euro-Turkish relations have deteriorated. This phenomenon is due in part to domestic economic policies adopted as well as the regional balance. Additionally, there is the effect of the reactions of the Western European countries to the human rights violations in Turkey. Simultaneously, Turkey's role--political as well as economic --in the Middle East has increased to such proportions that it led some observers to conclude that Turkey was to fill a vacuum left by the Iranian revolution. In what follows we seek to shed some light on these seemingly complex developments and to analyze some implications for the future.

The introduction of the IMF-inspired stabilization programme marks the beginning of important political and economic changes in recent Turkish history. Since the stabilization programme, its short term results as well as some predictions for the future have been dealt with in our economy section, it would be sufficient here to note that one of the major policy goals is the creation of an economy based on exports. Such an undertaking requires, among other things, a massive amount of borrowing. While the military coup certainly opened the way to stability-- one major variable as far as international bankers are concerned-- the flow of fresh credit is inhibited by the very steps taken to achieve greater stability. The NSC, immediately after the take over, banned all strikes and imposed strict wage controls. In addition, agricultural support prices were kept below the inflation rate to facilitate the transfer of resources to industry. All of these measures, along with the ever increasing human rights violations left very little doubt as to the real intentions of the generals as far as the future of the political regime in Turkey is concerned.

Western European Response:

In the light of democratic and human rights violations in Turkey, Western European countries tied the materialization of their aid to the condition that the steps to return to democracy be taken rapidly. It would not be incorrect to say that the social democratic nature of many West European countries and their long democratic traditions played a role in instituting such a move (See Appendix E). On the other hand, international organizations such as Amnesty International, and the International Commission of Jurists, and the International Confederation of Free Trade Unions have continued to condemn the junta for various human rights violations. More recently, five European countries, Denmark, France, Holland, Norway, and Sweden, accused the military regime of torture and repression. As a result, the Danish Prime Minister, Jorgenson, was denied a request to visit to Turkey. Turkish-French relations have deteriorated rapidly since the French government publicly expressed sympathy for the Armenians after an Armenian attack to a Turkish diplomat in Paris. In addition, the French had refused to extradite Yilmaz Guney, Turkey's foremost actor film maker, left wing activist, who was in Cannes to claim his award (his film Yol shared the first prize with Costa Gavras' Missing). Finally, the European Council passed a resolution, initiated by socialist members accusing the junta of various human rights violations. The junta's reaction was to ban the former politicians from any contact with foreigners and delegations from the EEC, and various human rights organizations. This reaction may be explained by the constant frustration of the generals with the EEC aid which did not materialize as expected.

Disappointed with their European NATO allies, the generals turned their attention to the strengthening of their relations with the U.S. which has been openly supportive of them. It is well-known that the U.S. government desires "strong and stable" allies regardless of their anti-democratic nature. The U.S. and Turkey started up a joint defense group and in March 1982, the White House increased military aid to Turkey by \$85m, which makes Turkey the third largest recipient of U.S. military aid in the world. Two airports in Eastern Turkey, Van and Diyarbakir, were reconstructed for the dual purpose of stationing AWACS and as bases for the Rapid Deployment Force. These are also suitable posts in the region for the U.S. to further install nuclear weapons. The junta had ordered 300 F-16's and a joint effort is underway to produce jet fighters in Turkey. All of these point to a new development in the Middle East where Turkey has become "an increasingly vital factor for enhancing regional stability and peace". The Generals' Turkey is expected to assume the role of gendarme in the region -- a role previously played by the Shah of Iran. This, together with the volatile nature of the Camp David accords, may have convinced the State Department that it needs to play on more than one horse in the Middle East. In addition, a closer cooperation with Turkey can be used to counter Papandreu's threat of closing down NATO bases on Greek soil, given the delicate Turkish-Greek relations.

Relations With The Neighboring Countries:

Turkey has made huge economic deals with Iran and Iraq, cashing in on the destruction and deprivation caused by the war between these neighbouring countries. Almost 80% of Iran's wheat imports come from Turkey, as well as many other foodstuffs, and some manufactured goods. Construction contracts with Iraq have been enormous. Turkey's exports to Iraq increased from \$135 million in 1980 to \$550 million in 1981 and expected to reach \$800 million by the end of 1982. Other countries in the region, Saudi Arabia, Kuwait and Libya have been employing workers from Turkey totaling 200,000 and recently Jordan asked for Turkish workers. Turkish companies have been doing brisk business and winning substantial construction and building contracts with Libya and others, usually in exchange for oil. Consequently, the junta has gained a freer hand to employ internally and regionally. This stems not only from the economic successes but also from the nature of the political regimes in the Middle East. In other words, in contrast to its relations with Europe, the Turkish junta remained free from criticism by the Middle Eastern countries for its political repression, torture, and human rights violations. What most of these countries, especially the Arab ones, demand from Turkey is that it cut its relations with Israel. To placate her friends in the area, Turkey nominally reduced the level of diplomatic representation to a minimum, nevertheless, still recognizing Israel and keeping relations active. This policy is "understood" by Saudi Arabia and for the time being appears to have pacified the grumblings of the other Arab states. During the invasion of Lebanon, Turkey denounced the attack, once again paying lip service to the Palestinian cause but on the other hand seemed very pleased to learn that Israel captured some political individuals opposed to the oligarchy in Turkey. These individuals were allegedly being trained by the PLO in Lebanon, and Turkey promptly requested a list of names from Israel. To further exemplify the hypocritical attitude of the Turkish government towards the Middle East, two divergent news items that have surfaced about its relations with Iran and Iraq may be noted: There were numerous and detailed reports coming mainly from the West that 8-10 thousand soldiers of the ex-Shah's military were being gathered and trained in Turkey by two former Iranian Generals, Aryana and Ahmed Madani. These soldiers were being readied for a possible assault against the Iranian regime. This allegation was less than wholeheartedly denied by the Turkish officials. At a different level, British intelligence was credited with the planting of the news that the Turkish military aspirations to invade Iraq in order to capture the oil rich areas of Mousoul.

Nevertheless, there is every reason to believe that efforts to revive the Baghdad pact are underway, with the possible inclusion of Egypt. Turkish Prime Minister Uluu has recently offered his services as an intermediary to end the war between Iran and Iraq and has stressed the need for unity in the region against the common enemy, the Soviet Union.

Increasing Turkish involvement in the region has created serious concern in Greece which demanded NATO protection against a possible Turkish military attack. Greek-Turkish relations have long been sensitive because of disputes over Cyprus and over territorial waters. With respect to the latter, Turkey has refused to sign the final declaration of the U.N. International Conference concerning regulations about the oceans and seas claiming that the extension of coastal perimeters would put her at a disadvantage. The prime ministers of both countries have recently visited Cyprus within short intervals, reminding each other once again that their commitments to Cypriots are as firm as ever. Even though the talks between the Cypriot Greeks and Turks are underway, a solution, both sides agree, is not forthcoming in the short run. Greek role in the Balkans and relations with the Soviet Union, in the mean time, has advanced primarily because of social democrat Papandreaou's efforts. To counter this, the head of the junta, General Evren paid official visits to Romania and later to Bulgaria where he had an unusually warm reception and was given the highest state honor.

In summary, in the face of growing opposition to the Turkish military rulers in Europe, Turkey became closely attached and dependent upon the U.S. for military and political support while turning towards the Middle East to solve her economic problems. The Reagan administration has been the most supportive of the junta which is being billed as U.S.'s most dependable and docile ally in the region. Weinberger, in his recent visit to Ankara, displayed his pleasure with the junta by saying "Turkey has become stable and reliable."

POST-SCRIPT

The bulk of this booklet had been completed prior to the November 7th referendum on the draft constitution. Consequently, the events shortly before and following it are not covered in the sections above. To compensate for this shortcoming and to update the publication, we are including a post-script in an attempt to analyze the significance of this event.

On the day following the November 7th referendum, the U.S. mass-media-- newspapers, radio and television alike-- briefly reported that the preliminary results indicated an overwhelming approval of the draft constitution in Turkey. In the face of the overtly repressive measures taken by the junta to realize the desired outcome, most reports, however, could not refrain from adding that opposition to the draft constitution had been banned by the authorities. The passage of the draft constitution as such, was expected. However, when at the final count the official figure for approval was given as 91% of the total votes, even the supporters of the military regime considered this an "overkill" on the part of the junta. Due to the restriction of public debate and the recency of the event we cannot attempt a comprehensive analysis of the social and political reasons behind the high margin of approval of the constitution. However, we will focus our attention on the actions of the junta by outlining the major features of the comprehensive plan executed to shape the outcome.

Being the first and only occasion for the Turkish people to participate in the political process since the coup 2 years ago, the referendum would be assessed as a vote of confidence for the military regime. Though General Evren, addressing the possibility of rejection, was quoted as saying "It will mean that people are happy with us" (Financial Times, 7.27.'82), still a rejection would have had serious repercussions for the military rulers of Turkey. To the extent that the desired outcome was more or less guaranteed, presenting the referendum as a vote of confidence was advantageous to the junta for a number of reasons among which the following were pronounced. First of all, a result favorable to the regime, especially a high margin of approval for the draft constitution, would be an effective ideological tool to be used against external and internal criticism. The Western European countries which suspended economic aid to Turkey because of the military junta's gross violations of human and democratic rights would be pushed into easing their stand and releasing the urgently needed aid package to Turkey. Internally it could be used to confront the mounting criticisms with regard to the sharp decline in the living standards of the working masses. In short, the outcome of the referendum would be used as an indication of the popularity of the regime and as a tool for bolstering its legitimacy.

Secondly, the approval of the constitution with a high margin would not only provide the first step in the institutionalization of the repressive regime in Turkey but also lend a freer hand to the junta in managing the transition to 'democracy'. In the mean time, the generals would proceed to draft the laws governing political parties, general elections, workers' rights, etc. while continuously reminding the opposition of its heavy defeat. In other words, the transition would be no different than the period preceeding it. This would prevent the repetition of the events followed the 1971 junta, when the left was given the chance to strengthen and become the major force against the ruling classes. It seems to us that it is this second point that has lead the junta to claiming a large margin of success in the referendum rather than being satisfied with a modest "victory", once again following the military rulers' tradition of playing big...

When we take a closer look at the details of how this outcome was orchestrated, we observe that the generals did not leave much to chance. First of all, to ensure a high participation rate in the referendum the junta mandated compulsory voter registration. In a country where participation rates in elections has been traditionally very high, widespread absenteeism could easily be interpreted as silent rejection of the draft constitution. More importantly, perhaps, was the fact that those who did not register-- thus, did not vote-- would be sentenced to 3-6 months in prison and would pay fine no less than 5000 Turkish Liras; plus, their rights to be elected and to vote would be suspended for a period of 5 years. This means that these people would be denied any participation in local, general, or by-elections which will shape the actual transition from military rule to a parliamentary regime. Obviously this would be quite a deterrent for anyone who opposed the draft constitution but who saw the elections as the first chance since the coup to participate in the political process.

The above measure became effective, especially in conjunction with two other practices observed in the voting procedures, which aroused widespread public outcry. First of all, the envelopes which contained the color-coded ballots to be cast (blue for 'no' and white for 'yes') were translucent. In response to objections, the election committee made a rather absurd public announcement stating that those who thought that their ballots could be identified should fold their envelopes, in front of the officials, while casting their

votes-- as if the very fact that the folded ballot is not an indication of a 'no' vote in itself. Moreover, in stark contrast to previous procedural rules, the election committee also declared that ballots with names or (identifying) marks on them would be considered valid. This ruling had important consequences especially in small towns and villages where the people would be encouraged by word of mouth to write their names on the white (yes) ballots so that they could be absolved of any association with those opposing the constitution. As we will see below, this sort of psychological intimidation was widespread. Especially for the Kurdish people who have been subjected to severe oppression since the coup, the risk of not doing so would have been very high. Thus, the authorities could close in on the 'blue' votes -- since nobody was likely to write his/her name on a 'no' ballot. Finally, an amendment was adopted by the NSC, regarding the formation and composition of district election councils and polling station committees, which stated that those who were members of any political party or legislative organ on September 11th, 1980 could not be elected for these committees.

Preceding all of these practices which clearly violated the principles of 'secret balloting' was a massive campaign in favor of the draft constitution. On the campaigning front was General Evren, making public speeches throughout the country, hammering in the point that if the draft constitution was not approved there would be a certain return to the pre-September 12th period when, as he put it, terrorism reigned. This message was repeated over and over again on the state controlled radio and television network which broadcast General Evren's public speeches. The efforts of the junta more than overshadowed the public debate that was allowed to take place; though there was the partial lift of the ban on political discussions, this did not include restriction against criticizing the key provisions of the draft constitution or the speeches made by the Head of State. The official offensive on behalf of the draft constitution reached its peak when General Evren, in his Burdur speech, called those "initiating a 'no on the constitution' campaign" traitors, communists, terrorists and separatists. He also demanded that the public report on such persons so that the authorities would deal with them in the same manner that they have dealt with the terrorists.

A scenario enacted since the military takeover--one concerned with elevating of General Evren in the eyes of the public to the level of Kemal Ataturk, considered the saviour of the Turkish nation-- was utilized in the campaign for the draft constitution. General Evren, his popular image bolstered by these efforts, could then tell the people that by voting for the constitution they would, in effect, vote for him. In fact, a temporary clause added to the draft constitution shortly before the referendum stated that the approval of the constitution would automatically result in the election of General Evren as president for a seven year term. For certain sections of the society, this tactic was effective in that Evren's image as a father figure substituted for the 193 articles of the draft constitution, thus diverting the focus of discussion. As a matter of fact, for a while now, General Evren has been playing on this theme by speaking and acting like Ataturk, or even dressing and posing like him for photographers. The increasing popularity of anecdotes on this matter attest to the extent of such orchestrated manipulation of the social psychology.

These propaganda tactics obviously contributed significantly towards the realization of a high margin of approval. However, as decisive, perhaps, were the 'yes' votes of those who opposed the constitution. It has been observed that many thought the feasible way to proceed was to play with the rules of the junta until the restoration of a parliamentary regime; it was argued that only then could the damage done to the tradition of democracy in Turkey be repaired. Lack of information, restrictions on political debate and discussion, political intimidation, arrest of those who opposed the draft, and other tactics mentioned above combined seem to have lead many, who could not afford to take an openly antagonistic stand, to rationalize their choices in this fashion.

As mentioned before, we cannot provide a comprehensive analysis which satisfactorily accounts for the 91% approval rate, due to the scarcity of information. In a country where high school and even junior high school students had been politisized, where more than half a million people marched on May Day rallies before they were banned in 1979, where more than 5 million social-democratic votes had been cast for a party whose leader explicitly opposed the junta and was put in jail for it, where even the pro-government trade union confederation-- the only one allowed to operate-- rigorously opposed the draft constitution, it is very hard to accept the official figure at its face value. Since the referendum, many people have voiced their fear that the generals might now feel themselves in a stronger position and be encouraged to use a heavier hand against dissent. It could also be said that the high margin of approval might equally lead the junta to feel vindicated, secure and thus be inclined to relax the restriction it imposed on the Turkish society. For the time being, however, the generals have not yet completed their self-appointed task and their actions do not leave any room for optimistic expectations.

PARTIAL LIST OF MASS TRIALS

NAME OF THE ORGANIZATION	WHERE ORGANIZATION OPERATED/WHERE TRIAL IS HELD	NO. OF DEFENDANTS	NO. OF DEATH DEMANDS	DATE TRIAL STARTED
ASSOCIATION OF TEACHERS (TOB-DEK)	ANKARA	54	-	2.2.1982
WORKERS' PEASANTS' PARTY OF TURKEY (TIKP)	ANKARA	24	-	1981
WORKER'S PARTY OF TURKEY (TIP)	ISTANBUL	80	-	2.19.1982
COMMUNIST PARTY OF TURKEY (TKP)	ANKARA	205	-	2.16.1982
	ANKARA	215	-	3.12.1982
	IZMIR	16	-	-
	ANTALYA/IZMIR	16	-	3.6.1982
	MERSIN/ADANA	87	-	-
	ADANA	86	-	1.15.1982
	ISTANBUL	98	-	6.15.1982
COMMUNIST PARTY OF TURKEY WORKER'S VOICE (TKP-ISCININ SESI)	ISTANBUL	15	-	2.4.1982
COMMUNIST PARTY OF TURKEY UNITY (TKP-BIRLIK)	ADANA	12	-	4.6.1982
	ANKARA	77	-	-
	ISTANBUL	8	-	-
PROGRESSIVE YOUTH ASSOCIATION (IGD)	ISTANBUL	16	-	-
COMMUNIST PARTY OF TURKEY MARXIST-LENINIST (TIKKO)	IGDIR	65	14	JUNE 1982
	HANAK/ARDAHAN	32	22	4.28.1982
COMMUNIST PARTY OF TURKEY MARXIST-LENINIST/ REVOLUTIONARY PEOPLE'S- UNITY (TKP-ML/DHBIRLIGI)	ISTANBUL			
	GAZIANTEP	49	5	-
COMMUNIST PARTY OF TURKEY/ PARTISAN (TKP-ML/PARTIZAN)	ANKARA	44	16	3.3.1982
COMMUNIST PARTY OF TURKEY/ MARXIST LENINIST (TKP-ML)	ANKARA	20	3	2.11.1982
COMMUNIST LABOR PARTY OF TURKEY (TKP-BIRLIK YOLU)	ISTANBUL	18	4	3.11.1982
REVOLUTIONARY COMMUNIST PARTY OF TURKEY/PEOPLE'S LIBERATION (TDKP-HALKIN KURTULUSU)	ANKARA	52	-	-
	ADANA	36	-	2.12.1982
	AMASYA/ERZINCAN	97	23	MAR. 1982
UNION OF REVOLUTIONARY COMMUNISTS IN TURKEY (TIKB)	ISTANBUL	38	7	-
	ANKARA	14	-	7.10.1982
	ANKARA	8	3	FEB. 1982

NAME OF THE ORGANIZATION	WHERE ORGANIZATION OPERATED/WHERE TRIAL IS HELD *	NO. OF DEFENDANTS	NO. OF DEATH DEMANDS	DATE TRIAL STARTED
PEOPLE'S REVOLUTIONARY VANGUARD (HALKIN DEVRIMCI ONCULERI)	ISTANBUL ERZURUM	99 17	28 14	2. 13. 1982 FEB. 1982
PEOPLE'S LIBERATION PARTY AND FRONT OF TURKEY (THKP-C)	ANTALYA	42	5	4. 27. 1982
UNION OF MARXIST-LENINIST ARMED PROPAGANDA (MLSPB)	ISTANBUL	117	45	-
LIBERATION (KURTULUS)	ISTANBUL ANKARA ANTALYA SINOP ONYE AYBASTI	39 ? 16 91 15 21	9 3 - 17 1 5	- - 6. 12. 1982 - - -
REVOLUTIONARY LEFT (DEV-SOL)	ISTANBUL ISTANBUL AYBASTI	428 559 45	146 85 15	3. 15. 1982 6. 21. 1982 -
REVOLUTIONARY LEFT (DEV-SOL) & REVOLUTIONARY PATH (DEV-YOL)	ERZINCAN	295	70	2. 24. 1982
REVOLUTIONARY PATH (DEV-YOL)	TARSUS/ADANA CEYHAN/ADANA ADANA ISKENDERUN ISKENDERUN ISTANBUL ISTANBUL ANKARA ANKARA ARTVIN/ERZURUM ONYE FATSA/ERZINCAN GİRESUN AYBASTI/ERZINCAN YENİCELTEK/ AMASYA ERZINCAN ERZURUM SALİHLİ/İZMİR NAZILLI/İZMİR İZMİR İZMİR BERGAMA/İZMİR USAĞ/İZMİR	20 38 277 119 121 159 428 574 600 792 64 691 212 143 689 122 199 21 78 168 77 19 26	3 8 126 21 21 30 146 196 300 130 13 259 22 50 64 10 57 5 5 42 10 7 5	2. 4. 1982 2. 9. 1982 2. 29. 1982 2. 24. 1982 2. 25. 1982 3. 12. 1982 3. 15. 1982 2. 26. 1982 2. 26. 1982 3. 11. 1982 - JUNE 1982 - 2. 24. 1982 4. 15. 1982 2. 16. 1982 2. 28. 1982 3. 30. 1982 3. 16. 1982 2. 20. 1982 2. 12. 1982 6. 4. 1982 -
NATIONAL LIBERATION OF KURDISTAN (KUK)	DIYARBAKIR	199	18	2. 25. 1982
KURDISH NATIONAL LIBERATION ORGANIZATION (KAWA)	ISTANBUL İZMİR	44 12	15 -	3. 30. 1982 2. 4. 1982
STRUGGLE (TEKOSIN)	GAZİANTEP	24	3	-
WORKER'S PARTY OF KURDISTAN (PKK)	ADIYAMAN ELAZIG/DIYARBAKIR ERZURUM HARDIN/DIYARBAKIR URFA/DIYARBAKIR DIYARBAKIR	125 136 172 385 101 447	29 24 34 123 ? 97	3. 15. 1982 5. 3. 1982 2. 4. 1982 JUN. 1982 JUN. 1982 APR. 1982

NAME OF THE ORGANIZATION	WHERE ORGANIZATION OPERATED/WHERE TRIAL IS HELD	NO. OF DEPENDANTS	NO. OF DEATH DEMANDS	DATE TRIAL STARTED
CONFEDERATION OF REVOLUTIONARY WORKERS' UNION (DISK)	ISTANBUL	52	52	12. 17. 1982
TURKISH PEACE ORGANIZATION	ISTANBUL	44	-	JUL. 1982
IDEALIST YOUTH ASSOCIATION	AMASYA/ERZINCAN	142	30	-
	AYDIN/IZMIR	30	13	6. 24. 1982
	ANTALYA/IZMIR	27	7	7. 5. 1982

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

TÜSTAV

SELECTED EXAMPLES OF MASS TRIALS

The following includes information on 4 major mass trials which, we think, exemplify violations of due process and the difficulties faced by the defense lawyers and the defense in Turkey under the present regime.

TRIAL OF THE REVOLUTIONARY LABOUR UNIONS' CONFEDERATION (DISK)

The case of the Revolutionary Labour Unions' Confederation, better known by its Turkish acronym DISK, exemplifies the reaction to dissent in Turkey under the present junta. The trial involves 52 leaders of the legal trade union DISK and Ahmet Isvan, former mayor of Istanbul from the Republican People's Party, whose name was later added to the list of defendants. The military prosecutor is demanding the death penalty for the 52 trade unionists and a 5-16 years jail sentence for Mr. Isvan.

Accusations:

The accusations that are directed against DISK are: 1) It is a class organization, advocating the dictatorship of the proletariat and employing revolutionary methods for the purpose, dividing the nation into classes (note that there are several employee associations in Turkey, currently operating). 2) It sees socialism as the only solution for the problems of the Turkish people. 3) It is struggling for peace and against fascism. 4) It is against the invasion of Cyprus by the Turkish forces. 5) It is against imperialist wars and supports the struggles of peoples for freedom. 6) It has relations with international organizations such as the World Federation of Trade Unions. According to the indictment all of the above "crimes" of DISK, which are considered to be signs of communism, prove that DISK was a communist organization.

Background:

Before we quote A. Basturk, the head of DISK, explaining the history of the Confederation, let us state that the overwhelming importance of this trial is that if the 52 leaders are found guilty, then the trial of the rank and file members of DISK will follow suit. No one has yet been able to prove the allegations that DISK has promoted violence; the organization is being charged with exercising the basic democratic rights allowed under the 1961 Constitution, as expressed by Basturk on April 22, 1981 at Bakirkoy court (Istanbul) concerning a suit filed with the aim of closing DISK:

"...this is a case where the political aspect carries great weight and not the legal aspect. This case is contrary to the basic principals of contemporary law and has aimed at the artificial creation of crimes that were never committed. DISK has been founded in accordance with the 'right of association' as set down by article 46 of the constitution (1961) and the trade union rights and freedoms as set by Act No's 274 and 275 and has carried on its activities within the limit of the legislation in force since its foundation. And now, there is an attempt to claim that DISK and all his officers and membership are guilty. As has been stated in the document submitted by the Public Prosecutor, this case will, in the future, put more than 600,000 workers on trial and will adversely affect about 3-4 million people including the families. This is a case with a wide coverage that will produce social and legal results which cannot be corrected afterwards. Turkey wishes to become a full member of the EEC and under such condition, it is a bitter incident that DISK should be put on trial for defending the minimum of the trade union rights as practiced by the trade unions of EEC. ...DISK has opposed anarchy and terror without reservation. While those belonging to DISK, from the workers in the factories to its previous president, have been targets of fascist murders, DISK has on every occasion appealed to those persons and organizations concerned with fighting anarchy and terror... The attempts to show DISK as an organization acting contrary to the Constitution are all in vein. DISK is the independent, democratic class and mass trade union organization of the working class of Turkey. Since the day it was founded in 1967, DISK has

always defended the Constitution , has always carried on its activities within the framework of the Constitution and has had the Constitution as its source. The membership of DISK increased from 30,000 to over 500,000 in 13 years due to the very fact that DISK defended the content of the Constitution of 1961. We have always written, declared and acted openly. The main characteristics of DISK are: it is a mass organization, it is a democratic organization, and it is an independent organization. These are the principles which have made DISK what it is and that lie in the hearts of hundreds of thousands. ... What ever the results of this case may be the principles of democratic class and mass trade unionism of DISK will never be destroyed. Because these principles now belong to the working masses. They have become their part and parcel. We are only too honoured and happy at being members and officers of DISK who have struggled so that the democratic rights and freedoms, in general, and trade union rights and freedoms in particular , would become a reality in Turkey and that there are attempts to prove that we are guilty for this reason. History is the highest judge. History and our working and labouring class will acquit DISK and find it not guilty. We also believe that the independent courts will find us not guilty."

On December 24, 1981, 15 months after their arrest, 52 leaders of the confederation appeared on trial for the first time for offences aiming at undermining and changing the constitutional order. The trial from its very beginning has proven itself to be immensely biased where virtually every conceivable measure is taken to guarantee a guilty verdict. What is all the more alarming in terms of the violations of the due process is the co-operation between the military prosecutor and the military judge. Given the fact that the prosecutor asked for capital punishment, one would expect the greatest care and time would be given to the trials. On the contrary the military prosecutor stated: "...We must finish (the trial) without any trouble. We are adopting the 'war conditions regulations' to finish this trial quickly. This trial will finish soon because there are not any witnesses...." In accordance with this obscure law, the defendants are denied the right to hold a joint defence, and the number of defence lawyers were decreased from 75 to 52, as demanded by the military prosecutor. The judge has gone so far as stating that if the defendants don't conform to rules, they may end up with no legal counsel whatsoever. The following are the most glaring examples of the numerous contraventions of the basic legal principles in this trial. Arrested without any charges brought against them, the defendants have been unable to secure a detailed listing of the offences for which they are being tried. They were not allowed to meet with their lawyers until the first day of their trial, after 15 months of detainment. Often the lawyers' or defendants' statements are interrupted and are not allowed to be completed. Even when the defence is allowed to make statements, what they say is likely not to be recorded in its entirety. All the references to torture been struck off the court records (33 defendants stated that they had tortured in detention). Lawyers have been barred from the court room under various pretexts. And at times decisions regarding the development of the case have been taken by the judge in their absence. For example, a judgement concerning 10 defendants, who had been previously released since it had been determined that no legal basis existed for their detention, was reached like this. Mr. Apaydin, head of the Istanbul Bar Association then, had the following comments to make: "The fact that this action took place while the lawyers were barred from the court room is illegal. We have never seen anything like this. We too are surprised at what is happening in spite of foreign observers. It most likely would have been much worse were it not for these observers. In reality this case is being pursued in the absence of all legality. Every system whether it be democratic, authoritarian or fascist has its own laws. These laws are respected; good or bad, it bases itself upon these laws. But in this case there really isn't any judicial base. Under these conditions it is almost impossible to assure legal defense. However, we will go on even though we too have been threatened."

Mr. Apaydin has been denied permission to leave the country. The denial of this right affects equally all lawyers of DISK and its individual unions, even if these lawyers represented DISK prior to its closure. On several occasions, the prosecutor even threatened to bring legal charges against the lawyers themselves. And indeed, the final blow came with the arrest of 20 of the DISK defense lawyers, including Mr. Apaydin; the pretext was that these individuals belonged to the Turkish Peace Association, which was alleged to have ties with DISK.

YENI CELTEK/DEV-YOL (Revolutionary Path) TRIAL

This trial started on April 15, 1982 at a military court in Amasya. 478 mine workers from the Yeni Celtek area are being tried as well as the members of Dev-Yol from the cities of Suluova, Havza, Merzifon and Vezirkopru. The total number of defendants are 666. The military prosecutor is asking the death penalty for 64 people.

Accusations:

The general accusation points at the begining of the indictment are: 1. Construction of a marxist-leninist, "ideologically coloured organization" with the aim to spread out into branch offices and, through the activities of the militant members, to eliminate the constitution of the Turkish Republic in its whole or in part, or to overturn it or to undertake violent efforts for the total elimination. 2. Participation in above mentioned crimes. 3. To occupy the coal mine of Yeni Celtek with the aim to change or overturn the constitution of the Republic or to eliminate it in a violent way, occupation of the manufacturing plant and the means of production in the name of the organization and to manufacture in the name of the organization, and to be the reason for the closing of the plant. 4. Foundation of a union with the aim to establish the dominance of one social class over another; leading or guiding this union. 5. Membership in such a union. 6. Participation in the ideological occupation of the factory, in illegal strike and the illegal manufacturing action which led to the closing of the factory. 7. Smuggling to deliver weapons and ammunition for marxist-leninist organizations, their militant members. Giving asylum for guilty persons in spite of their being wanted by the government, to help those people, not to inform about their presence. 8. Violence against people, common refusal, rioting against the government, common resistance by gathering more than 5 persons. 9. Murdering a government official, attempted murder of more than one government official, firing with weapons to a police car, attempted murder by bomb throwing, participation in these crimes.

Background:

The union Yeralti Maden-Is (associated with DISK) was founded in 1975. Through 2 strikes in 1976 and 1978, organized by the union, the workers almost realized their demands, except for one which asked that the owner not be allowed to lock out or to stop the production process without a valid reason. In a short period of time the Yeralti Maden-Is grew to represent more than half of the workers.

In 1980 the collective bargaining efforts failed and the employer proceeded with closing the mine, in violation of the official terms and laws. After the plebiscite of April 27, 1980 the strike began. During this time the workers tried to organize the production and distribution by themselves. The mine was working with a surplus, and in the surrounding areas the black market for coal had disappeared.

At the end of July 1980, the daily newspapers Demokrat and Cumhuriyet carried headlines "New Target for an Operation: Yeni Celtek" or "Will Yeni Celtek be the Next One?" In spite of the different political opinions of the two newspapers the conclusion was the same: In this case the employer and the government were acting in a despotic way. Both newspapers printed that soldiers might be ordered to break the strike and to occupy the factory, a way similar to the case of TARIS in Izmir. The wave of arrests after September 12, 1980 shows that military action had already been planned for Yeni Celtek.

All the defendants in this trial as well as some members of their families have been subjected to torture. For example Cetin Uygur, the president of Yeralti Maden-Is arrested in Istanbul on July 10, 1981 was tortured for 66 days. The trial is being conducted under so-called "wartime conditions". In the indictment the Military Prosecutors state that the workers dared to act against the ruling order: "The biggest action carried out in Yeni Celtek is this one: ILLEGAL OCCUPATION AFTER THE PLANT HAD BEEN CLOSED, OCCUPATION OF THE PRODUCTION MEANS, SOCIALIZATION OF THE PRODUCTION IN THE NAME OF THE ORGANIZATION AND ILLEGAL RESISTANCE."

On July 14, 1982 The Confederation of International Free Trade Unions' President Kersten sent a telegram to General Evren, head of the junta, and to the martial law commander in Erzincan. In this telegram Kersten said: "The Confederation of International Free Trade Unions acknowledge that it is in solidarity with the miners of Yeni Celtek who are currently being tried for their lives. The International Trade Union movement is following the continuous violations of the trade union activities that had been won (in the past) in Turkey with anxiety, therefore it demands that the trial be stopped and unionists be set free."

Another major mass trial is currently taking place in Erzincan in the courts of the 3rd Army Martial Law Command. There are 691 defendants in the trial and the military prosecutor is demanding the death penalty for 259 people. Among the defendants are Prof. M. Soysal, former vice-president of Amnesty International, and T. Ongoren, head of the Contemporary Journalists' Association. Accusations, again, focus on undermining the authority of the State and the unity of the nation.

Background:

The significance of this trial stems from the events that took place between October 14, 1979 and July 11, 1980. On October 14, 1979, Fikri Sonmez ran for mayor as an independent candidate in Fatsa, a small town of 25,000 in the eastern Black Sea Coast; he was elected with nearly 60% of the vote. He was the first person elected mayor to any public office in Turkey, after campaigning on a revolutionary platform. He and his supporters were said to be followers of a leftist group called Dev-Yol (Revolutionary Path). The People's Committees that were set up by Sonmez were building roads, controlling food prices, providing electricity and water for the nearby villages and were doing all of this for the people of the town, and Sonmez soon became very popular even with some of the right wing traditionalist segments of the town.

The issue of Fatsa started to be exploited by the right wing newspapers of Istanbul. They fabricated many reports and claimed that Fatsa had become a "liberated leftist zone which even the security forces were unable to enter", and they concluded that if the government did not act quickly other towns and cities would follow suit. This increasing negative propaganda gave Suleyman Demirel, then prime minister from the right wing Justice Party, the chance that he was waiting for. He ordered an army raid on the town on July 11, 1980.

The army troops and the police following the raid arrested about 400 people including the mayor and made house to house searches. These searches were being carried out with the assistance of the local militants of the fascist National Action Party (MHP), who covered their faces and pointed out the progressives in the town. This is just one incident that shows the cooperation between the fascist gangs and the security forces. The town remained under curfew for some time, commando units patrolled the street, and the whole town was cut off from the rest of the country. Mr. Sonmez and his supporters were severely tortured after their arrests.

Mr. Marvin Howe in his report to the N.Y. Times entitled "Turkish Town's Vision of Revolution is Shattered" (July 17, 1980), recorded the following: "... 'He (Sonmez) was a good mayor and got more done for the municipality than all his predecessors put together', said a member of the Justice Party, the conservative group that leads the national government. 'But he ran into trouble when he and his supporters started to spread the revolution.' He welcomed reporters to his home during the curfew but asked them not to disclose his name. Within a few months, the Justice Party member said, the mayor and his 11 People's Committee had changed the system. The town had been trying to get some roads opened for 15 years, for example, and mayor Sonmez did it by bypassing the laws. The mayor grew so popular that if there had been an election this spring (1980), he and his team would have won 90% of the votes, according to the Justice Party source..."

In the 26 months that followed these events, Sonmez and his supporters were in jail waiting for their trial. They have been subjected to torture again and again and torture has left some of them crippled. Now 259 of them, including Sonmez, are facing the death penalty for such crimes as to have provided water and electricity, controlled the food prices and constructed roads....

PKK/DIYARBAKIR (Workers' Party of Kurdistan):

The repression of the Kurds that had been continuing in Eastern Turkey for decades was stepped up after the 1980 military coup and reached unbearable proportions. Since the coup an estimated 80,000 Kurds have been arrested and hundreds are known to have died in army and police raids in towns and villages. Those who have been arrested are accused of being members of illegal Kurdish nationalist and socialist organizations such as PKK (Workers' Party of Kurdistan), KAWA (Kurdish National Liberation Organization), KUK (National Liberation of Kurdistan), and Tekosin (Struggle). Because the official Turkish ideology does not acknowledge the existence of the Kurds there are no legal Kurdish organizations.

In the Diyarbakir military prison alone there are over 4,000 prisoners. Prisoners are subjected to severe torture, which resulted in the death of number of them. 300 of these prisoners are women many of whom have been raped in addition to being subjected to other torture methods. The general conditions in Diyarbakir prisons are much worse than the ones in the western provinces. One of the continuing trials in Diyarbakir is known as Diyarbakir/PKK. In this trial there are 447 defendants and the death penalty is being demanded for 97 of them.

On March 15, 1982, after the brutal torture of Mazlum Dogan, a leading member of the PKK, the other prisoners here went on a hunger strike. On March 21, Dogan was found strangled to death in his cell. On the same night soldiers attacked the 35th and 37th barracks where most of the leading members of the PKK were held and opened fire. As a result 38 people died, although until now the names of only 13 people could be verified. After the massacre the Martial Law Commander stopped all visits to the prison and no one was allowed even to come close to the neighbourhood. When relatives of some of the prisoners protested the situation, an estimated 200-250 people were arrested in the neighbouring town of Batman.

In many cases families and relatives of the prisoners have also been beaten and tortured. The lawyers who accepted to defend the PKK members have themselves been arrested and tortured. The last remaining lawyer in the case was Huseyin Yildirim. The following is an extract from the Amnesty International appeal dated January 1982:

"Amnesty International is gravely concerned about the safety of Huseyin Yildirim, a Kurdish lawyer, who was taken into custody in Diyarbakir in eastern Anatolia in October/November 1981. Reports received by Amnesty International in December 1981 indicated he had been tortured and there were fears for his life. Amnesty International has now received a report that Huseyin Huseyin Yildirim is in a coma and that his brother has donated two litres of blood for him. It is not yet known whether he has been transferred to a hospital. Huseyin Yildirim was the only remaining lawyer in Diyarbakir able and willing to defend about 2,000 members of the PKK who are on trial or to be tried, charged with crimes ranging from murder to banditry. When the trial of 447 members of the PKK opened in Diyarbakir in April 1981 the military prosecutors demanded the death sentence for 97 of the defendants; the minimum sentence requested was five years. Many of the defendants said in the court that they had been tortured and according to a report in the Washington Post of 4/14/1981, one 20 year old youth "appeared barely able to stand." It is believed that these defendants are now without a lawyer. According to reports, when Mr. Yildirim's brother went to ask the authorities in Diyarbakir for information about his brother, he too was detained and tortured but subsequently released. On the information received by Amnesty International, the only reason for Huseyin Yildirim's detention appears to be his defence of his clients; he was not himself a member of any organization."

ANONYMOUS TORTURE LETTER

I was picked up from work by civil police, having been told that I had to make a deposition concerning an event and that I would be released immediately. I was taken to the Police Headquarters and handed over to the police on duty on the 6th floor. I was registered, searched, and told to go in (to a room). 25-30 people were standing with their bodies facing the wall, with their heads lifted towards the ceiling, leaning against the wall with only one finger to support themselves. They had been blindfolded with torn off (from pieces of material on which slogans had been written) strips of cloth. The police on duty asked:

-Why did you come?

-I don't know.

-What do you mean "I don't know" you son of a bitch? They did not pick you up at a mosque, did they? Let's see you stretch your hands.

He hit my hands, legs and back with his carefully painted stick on which was written 'demon of hell'. When he got tired, he told me to go into another room. So I passed through this room where 25-30 people were standing by the wall to a large hall (wide and long) where 70-80 people were sitting on the benches talking. As soon as I entered, they expressed their sympathy. I learned that this was the detention center of the First Division for people associated with minor offences. Persons accused of major crimes (in their judgement, of course) were held at the Second (police) Division and at the DAL group. I also learned that those who were blindfolded had just gotten back from torture and those sitting in this hall had either gone through torture and were waiting to be taken to Mamak, or they were the newcomers waiting to be tortured.

That night I fell asleep while I was psychologically preparing myself for torture. Because I did not have seniority, I could not find a bench space. I slept on the concrete floor. I woke up when my name was called. It was 3:00 am. I was blindfolded and I was sure that I was being taken to be tortured. We took the elevator to the first floor. Here, they took off the blindfold. We got into a van. They told me we were going to my house. I gave directions. We knocked on the door for half an hour. Nobody was there. I went to sleep when we got back. I was anxiously waiting to go back home the next day so that my family would know and not worry. I was called again at 16:45. Again, I was blindfolded. We took the elevator first then the stairs. I sensed that we had gone down to the basement. A policeman was dragging me by the arms. We went through a door. Someone kept crying out. Every once in a while, the crying would cease and he was asked questions. Then, the crying would start again. I had to listen to another being tortured for about half an hour. His cries ceased and they said, "Dress him." Obviously, it was my turn. I was wondering what they would ask me, because I did not know why I was being detained. They took me by the arms and walked further. I waited 10-15 more minutes there. Then I heard a woman's voice saying, "You were going to play a tape for me. I came to hear that." The ones who took me there said they had a better job for her to do. The footsteps got closer to me.

-Hey you! Which organization did you belong to?

-I do not belong to any organization.

-Why, you son of a bitch! All of them are the same.

First they say they do not belong to any organization, later it turns out that they had killed 2-3 people.

Are you married or single?

-Married.

-Did you ever get a beating from a broad?

-No.

-Tell the truth, sonny.

-We respect each other. Let alone beating, we don't even use offensive language to each other.

-Now you will know how it feels to get a thrashing from a woman. Go on, girl.

(She hits me)

-Is it nice, sonny?

Then about 5-6 people were beating me up arbitrarily. They pounded my jaws, chest, stomach randomly, until they got tired. I fell down. They started kicking. I can't tell how long it went on like this. Blood was flowing from my mouth and nose. I was having difficulty breathing. They stopped for a little while.

-Tell us which organization you belong to.
 -I don't belong to any organization.
 -Tell us about your life.
 -I was born in ... and raised ... etc.
 -You damn ass! You did not tell us how you joined the organization, what you were involved in, whom you killed.
 -Such things didn't happen. That's why I didn't tell you.
 -Don't tire us sonny. We know everything. We didn't bring you here for the fun of it. We have all the information but we'd like to hear it from you.
 -I don't have anything to say. You tell me so I will know.
 -This ass doesn't appreciate kindness. Take off his clothes.

(I was stripped naked.)

-Get him on the table.

(They did so.)

-Hang him up.

Two people took my arms and tied them with cables to a stick. When they were through with the cables, one of them tied a wire to my thumb and the other tied one to my penis.

-Bring that sulfuric acid, too. Let's pour over him.
 Let him burn.
 -Here, pal. Just pour it. We didn't pay for it, after all.

They poured water to my thumb which had the wire tied to it and to my penis. Just then, they applied an electric current to my whole body. My whole body contracted. I felt immense pain and cried out as loud as I could. They pulled away the table from under my feet. I was now suspended in mid-air. The entire weight of my body was being supported by my arms which were tied with the cable. As they applied the electric current, I would scream. Then, they would ask,

-Tell us which organization you are from?
 -I am not from any organization.

These questions went on and on. I removed the wire from my thumb with the help of my other fingers. They got very angry. They put the wire in my mouth, all around my body and to my anus and continued to apply the electric current. At this point, I was angry as well as they were. They were cursing at me, increasing the voltage. And I was cursing back:

-You dogs, bastards, sons of bitches. You are civil servants just like me. Aren't you ashamed of torturing me?

After sometime, my mouth got all dried up. I wasn't able to move my tongue. I was extremely thirsty. My arms and hands were swollen and were aching as if I was being poked with needles. The wires had cut my arms which felt like they were burning. But, now I was feeling confident that I would be able to survive, thinking that if this was the torture, one could stand it. They applied some more electric current. First I rattled instead of speaking. Then, I let my head dangle with no sound. They called my name a couple of times, no reaction; so they stopped, thinking I passed out. They applied some more electric current. When they realized I wasn't in any shape to speak, they took me down. I wasn't able to stand up. My hands were swollen like logs. My fingers wouldn't move. They roughed me up for 10-15 minutes. As they hit me, I was starting to feel better. After a while, I became able to move my fingers, but, I was still unable to comprehend. They put my clothes on. Two people, one on each side, held me by the arms and took me to the 6th floor. They handed me over to the police on duty. They placed a notice on my back reading, "No food and water for 6 hours."

I don't know how long I stood there with my hands on the wall. I must have fallen asleep. Three days later they took me down again and applied the same method. By that time, I got used to it. Until the 28th day, every 3-4 days, they took me down and applied the same torture. During the torture on the 28th day, I sensed that they had lost their hope. I was interrogated on the 35th day and waited for my wounds to heal. On the 45th day, they sent me to Mamak military prison.

For some reason, they only beat me and applied electricity. On my other friends, 'falaka,' 'cat,' 'Palestinian type hanging', extraction of nails, extinguishing cigarettes were the methods used. Since 'falaka' is a well-known method, it is not necessary to describe it here.

'Cat'-- The person is completely undressed. He/she is put in a sack together with a cat. While the cat is trying unsuccessfully to get out, it scratches the person all over with its nails, leaving bloody wounds.

'Palestinian type hanging'-- They tie the hands behind and hang the person by the hands. The entire weight of the body is carried by the hands. Then, when somebody is made to pull the person down by the feet, putting on him the extra weight, the muscles of the arms are dislocated and tendons are ripped. The arms are dislodged from their sockets and hang limply. At best, you can't move your arms for 15 days; you can't use them.

Hanging by the feet-- The person is hung from the ceiling by the feet. The head is made to suspend just above the hole of a toilet.

Pulling out nails-- Toe nails are pulled out with a pair of pliers. For example, when I was there, Vedat Erol's toe nails were pulled out for having been the Dev-Yol representative from Hatay.

Extinguishing cigarettes-- Cigarettes are extinguished on various parts of the body.

Other than these, the following methods are applied: Forcing one to eat salt; forcing one to walk on salt when feet have open sores; forcing one to carry others on his back; cold baths; and, twisting of testicles. The last one was applied to me. When giving electric shocks, if they got mad, someone would tightly hold a testicle in his palms and twist it-- it causes excruciating pain. These are the methods that are applied when taken down to the torture-chamber. There are also methods used by the guards on duty while at the detention center.

In the detention section of the First Division, 3-4 policemen stand guard each day. 9-12 policemen alternate, each being on duty once in every 3 days. All of them are especially chosen from among fascists. They arbitrarily interrogate the prisoner who is brought to the First Division for the first time. When I was there, the following happened frequently:

Every morning, at the time when the guards changed, the allegiance to the flag was recited and the National Anthem was sung. During the singing everyday, a couple of people were beaten with the claim that they weren't singing with sincerity. There is one incident I just can't forget. Three students had been brought from Hacettepe University. One of them was a native of Tunceli. He drew the attention of a fascist policeman, Ömer Cicek, from Adana-Kozan. When the singing of the Anthem was over, he called the fellow and asked:

-Are you a Turk?

-Yes.

-Is there Turkish blood running in your veins?

-Yes.

-Then, why aren't you singing our National Anthem with glory?

-I am singing, sir.

-You're not, you son of a bitch. If you had been, why would I have picked you out of a crowd of 120?

-I am singing, sir.

-Where are you from?

-From Tunceli.

-Why, you son of a bitch, you're a gypsy. And you say you are a Turk?

Having said this, he beat him in front of a 120 people until the stick in his hand broke off.

THE FOLLOWING IS THE STATEMENT OF ZEHRA SAVASKAN MADE TO TURKEY NEWSLETTE
LONDON, (MAY, 1982)

It was the first day of the 12 September 1980 fascist junta. I was detained for being a member of a trade union which was legal at that time. I was brought to the First Division of the police headquarters at Gayrettepe. At the entrance they blindfolded me and took me upstairs. The swearing of policemen and comrades shouting "I don't know" mixed with sobbing. For a long time I waited blindfolded listening to the sounds of torture. After some hours I was taken down to the cell where there were seven more women comrades.

The first thing that attracted my attention was a 12 year-old young revolutionary. Then I met a 9 months-pregnant woman, and several student and worker comrades. After a while they brought and left a comrade. She was unconscious, her legs and arms were not functioning due to electricity applied during torture.

Sleeping at night was impossible; there were seven people in a 2 meter by 1 meter cubicle so we could not even sit down. The noises of torture could be heard from the cell. Tortures were purposely carried on outside the cell also, comrades whose bones had been broken during torture were kept groaning outside the cell. The 12 year-old comrade had a nervous breakdown due to torture and was waking up nights. She was crying, "They are calling my name, they will take me to torture again." At any time of the night any of us could be taken blindfolded to torture, or a comrade who had been under torture for nights might be brought in and left unconscious.

A woman who had been kicked and had electricity applied to her vagina lost her baby. Another woman comrade who had been tortured for a long time was dragged in one night, fainted and was left. After several days when she had gained consciousness she told us that electricity had been applied to her teeth, ears and all the sensitive parts of her body. Because of that she had difficulty hearing. They had kept her under cold water after undressing her; there were burns due to electricity applied to sensitive parts of her body. She had been raped by several drunken policemen. Her hands and feet were torn and bleeding from falaka*. All her body was swollen and there were accumulations of water and pus due to whipping. She had been made to drink a thick soup which tasted salty but she did not know what else it contained. For days she could not speak or eat.

To some comrades staying in special single cells, even water was not given. Since they were locked in the cells next to the toilet they had to lay in the water leaking from it.

After one week in custody they had completed their investigations in my absence. It was my turn to be seen. First they loudly called my name and then covered my eyes with a bloody blindfold. They took me to one of the torture rooms upstairs. In every torture room different torture groups were carrying on their work. The torturers (from their voices I thought there were four of them) asked me about people whom I did not know. When I said I did not know they said "you will recollect soon" and put me on the falaka. When I lost consciousness because of the pain, they held my arms, lifted me up and made me jump. They continued questioning me by kicking my feet, which were swollen from torture, with their heels. Then they put me on the falaka (my feet and hands) again. When they were asking questions they were also slapping me. At one time they squeezed my throat and said if I did not speak they would kill me just like so many others they had killed. When they felt that I was about to faint they took me back to the cell. They continued with the same methods every day or every other day.

At the end while I was still blindfolded they made me sign a paper. I did not know what it was about but they said it was my statement. When I was taken to the court (this was also a kind of torture room) I saw other comrades who had been picked up.

When one new comrade was brought to the cell we asked her why they had brought her in and she said, "I was arrested in the 1970 coup. Since they knew my name and address they brought me in again." When I left the lair of the fascists in order to go to the court I understood that if revolution is delayed until 1990's then I would be back here again.

Zehra Savaskan was active in recruiting and organizing workers in trade unions in Turkey before the coup. (Zehra Savaskan is a pseudonym).

*Falaka is a routinely-applied torture in which the victim is made to lie down and the soles of the feet are beaten with sticks and rods of varying thickness, producing painful corrugated swellings.

FOLLOWING WARNING WAS RECENTLY ISSUED TO TURKISH STUDENTS IN GREAT BRITAIN BY THE STUDENTS' INSPECTORATE AND CULTURAL ATTACHE AT THE TURKISH EMBASSY IN LONDON

You are all undoubtedly aware of the great crisis with which our country has been confronted in recent years, a crisis which threatened the continuity of our state and the integrity of our country, as you are aware of the efforts that have been exerted to rescue the country from these conditions and create a soundly-based system. It is possible that our country will turn into a stable political system and become a strong state. There do in fact exist such circles which carry out activities against our country in the region for which the London Students' Inspectorate of the Turkish Republic is responsible. Some of these activities may on first glance appear to be innocent and interesting. But we are convinced that you, our young people, having reached a certain degree of education, will, on the basis of your feelings of responsibility and national pride, immediately grasp the true aim of these activities and will not be made a tool to serve these aims. On the other hand, we believe it useful to remind you once again of the laws and regulations which organize and make possible your studies abroad and advise you to adopt a careful attitude towards these activities. The following, for example is one such regulation which governs the study of Turkish students in foreign countries: "Anyone who acts in a manner harmful to the respectability and honour of Turkish citizenship or studentship by the standards according to which such activities would be deemed to the country by the state, or takes part in such activities... anyone who engages in activities harmful to the respectability and honour of Turkish citizenship or studentship... anyone who insists in his refusal to follow the instructions of the Inspectorate or other Turkish Representative Institutions... anyone who, according to the effective laws and regulations in Turkey, can no longer sustain the title of student... will be deprived of his student status and be ordered to return home."

Keeping all these circumstances in mind, we take the opportunity to remind you to act with consideration in the face of activities with such declared or undeclared aims, to refrain from any such involvement and to act in accord with, and inform your friends of this announcement, and wish you success with your studies.

Student's Inspectorate
and Cultural Attache
England Region

ON FRIDAY, 22nd JANUARY A MEETING OF THE EUROPEAN PARLIAMENT
IN STRASBOURG PASSED THE FOLLOWING RESOLUTION CONDEMNING
THE JUNTA IN TURKEY

The European Parliament,

- Deeply disturbed by the news that the death sentence has been requested for 52 leaders of the DISK trade union in Turkey,

- having regard to the thousands of arrests on the grounds of dissension, the dissolution of the political parties and trade union organisations, the execution and the torture of political prisoners,

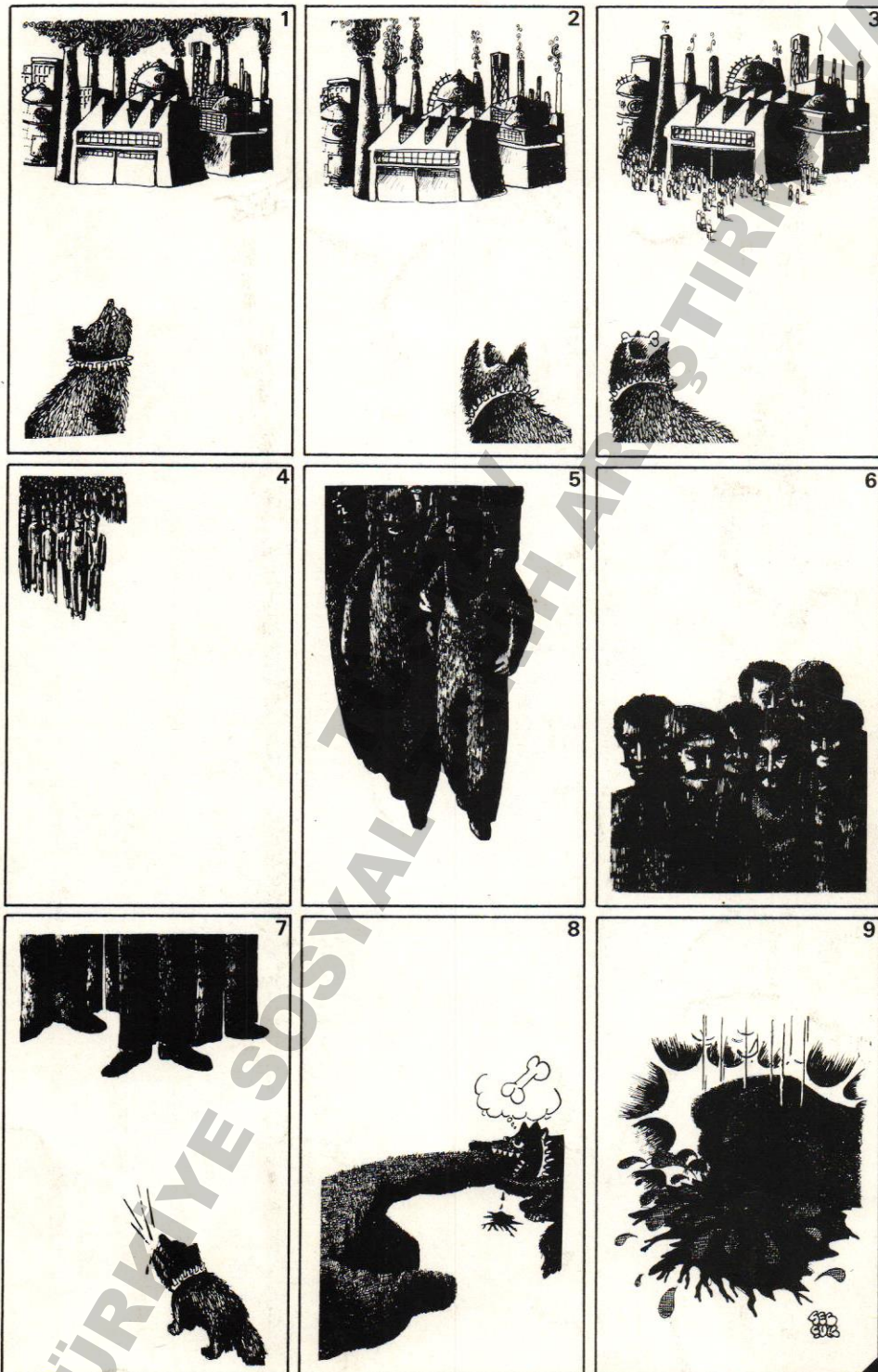
- whereas after the coup d'etat of 12 September 1980 the Turkish military regime has shown no serious desire to restore civil and democratic freedom,

- having regard, therefore, to the lack of credibility of the regime repeated claims by the regime in power in Turkey that it intended gradually to restore democracy,

1. Reaffirms its strong condemnation of the military coup d'etat in Turkey;
2. Condemns the present violence and in particular the mock trial now under way in Istanbul of leaders of the democratic forces;
3. Calls for the immediate release of the political detainees, the re-establishment, in full freedom, of the democratic and trade union organizations and the restoration of the Turkish democratic institutions;
4. Reiterates its request to the Commission and the Council to suspend the Community's financial aid to Turkey until such time as respect for human and civil rights and democratic liberties is once again assured in Turkey;
5. Requests its President and the President of the Council to take action to help the 52 trade union leaders whose life is in danger and to seek their release;
6. Requests the Foreign Ministers meeting in Political Cooperation to condemn the violations of human rights in Turkey;
7. Decides not to renew the mandate of its Members on the Joint Parliamentary Committee of the EEC-Turkey Association until such time as the Turkish Grand National Assembly has been freely elected in a secret ballot by direct universal suffrage and has taken office;
8. Instruct its President to forward this resolution to the Council, the Commission and the governments of the Member States.

Stoppt die ‚Grauen Wölfe‘

Deutsche und Ausländer gemeinsam gegen Faschismus



Dokumentation des Terrors der „Grauen Wölfe“
in Westberlin

Zweite erweiterte Auflage
„Neue Enthüllungen“
„Neue Widerstandsformen“
„Parlamentsdebatte“

Inhalt:

Unterstützer

Vorwort

- | | |
|--|---------|
| 1. „Graue Wölfe“ in der Türkei | S. 3- 6 |
| 2. Struktur der Auslandvertretung der MHP | S; 7 |
| Zusammenarbeit von MHP und CDU/CSU | S; 8- 9 |
| Zusammenarbeit von MHP und NPD | S.10 |
| Asyl für „Graue Wölfe“ | S.11 |
| 3. Chronologie des Auftretens der „Grauen Wölfe“ in Westberlin | S.13-34 |
| Türkische faschistische Läden in Westberlin | S.35-37 |
| Religiös-fanatische, pro-faschistische Läden in Westberlin | S.38 |
| Liste der Koran-Schulen in Westberlin | S.39 |
| Türkische Faschisten besuchen die BRD | S.41 |
| Türkische Faschisten in der BRD | S.41 |
| Türkische Faschisten in Westberlin | S.42-43 |
| 4. Widerstand gegen „Graue Wölfe“ | |
| Demonstrationen und Kundgebungen | S.46-50 |
| Rock gegen „Graue Wölfe“ | S.51-52 |
| Gewerkschaften gegen „Graue Wölfe“ | S.53-55 |
| Parlamentsarbeit der Alternativen Liste | S.56-63 |
| / Bürgerliche Parteien zu „Grauen Wölfen“ | |
| Neo-Nazis in Kreuzberg | S.64-66 |
| Pressepiegel | S.67-70 |

Literaturhinweise

Impressum

Herausgeber: Initiativkomitee gegen türkische Faschisten, Langenscheidstr. 3, 1000 Berlin 62

1. Auflage: 1-2000

2. Auflage: 2001-5000

Das Initiativkomitee trifft sich Dienstags, 19 Uhr, in Berlin 62, Langenscheidstr. 3, Dokumentationen können dort **gegen Vorkasse** bestellt werden.

Preis: 4,- DM + 1 DM Porto, bei Mehrfachbestellungen per Nachnahme.

Geld bitte auf das Postscheckkonto Berlin-West Kto-Nr. 176539-103

Buchladenvertrieb über Galerie EXpress, Wissmannstr. 44, 1 Berlin 44, Tel. 030/623 60 27

Druck: Oktoberdruck

Satz: Gegensatz

Vorwort

Seit dem Besuch des türkischen Faschistenführers Türkes im Oktober 1978 in der BRD und Westberlin stiegen die Gewalttaten seiner „Grauen Wölfe“-Kommandos sprunghaft an.

Schlägereien, Drohbriefe an türkische Arbeitervereine und Schüsse auf türkische Demokraten - wie Anfang Juni in Rüsselsheim - gehören mittlerweile in Westdeutschland zum Alltag. In keinem uns bekannten Fall wurden „Graue Wölfe“ als Täter von Anschlägen oder Übergriffen von der Polizei ermittelt und verurteilt.

Ursache für den faschistischen Terror ist die sich ständig zuspitzende Situation in der Türkei, die sich auf Westeuropa und speziell die BRD auswirkt.

Seit dem Türkes-Besuch stabilisieren die türkischen Faschisten ihre Auslandsstützpunkte, um bei einer stärkeren Verfolgung in der Türkei sichere Operationsfelder in Westeuropa zu haben.

Mit Hilfe ihrer Auslandsstruktur können ihre in der Türkei steckbrieflich gesuchten Kader geschützt werden und neue Kräfte für den Einsatz in der Türkei organisiert und ausgebildet werden.

Die Polizei von Hannover erklärte, daß allein in den letzten Monaten 150 Ausländer türkischer Herkunft, politisches Asyl beantragt haben. Vor dem Hintergrund der Mitgliederstärke der türkischen Faschisten in Westdeutschland - die Schätzungen bewegen sich zwischen 20- und 48 000 (!) - ist nicht zu erwarten, daß sie den Terror gegen ihre fortschrittlichen Landsleute unterlassen werden.

Diese Dokumentation soll die Arbeitsweise und den Terror der türkischen Faschisten und ihrer Tarnorganisation, speziell in Westberlin, aufzeigen, und allen Antifaschisten Informationen geben, die für den Kampf für ein Verbot der Tarnorganisationen der „Grauen Wölfe“ unerlässlich sind.

Initiativkomitee gegen türkische Faschisten, Westberlin



Terror der „Grauen Wölfe“ in der Türkei

Wichtigster Mann der türkischen faschistischen „Nationalistischen Bewegungspartei“ (MHP) und der „Grauen Wölfe“-Kommandos ist ihr „Führer“ Alparslan Türkeş.

Die MHP entstand 1969 aus der „Partei der Republikanischen Bauernation“.

Bei den Wahlen gelang es der MHP nicht, Erfolge zu erzielen, was eine Verankerung in der Bevölkerung gezeigt hätte. Deshalb baute Türkeş die MHP auf anderen Wegen zu der Kraft auf, die sie heute in der Türkei ist.

Menschen, die sich der MHP in den Weg stellten, wurden oft von „Grauen Wölfen“-Kommandos ermordet. 1978 gingen mindestens 800 politische Morde auf das Konto der „Grauen Wölfe“!

Ein Schwerpunkt der MHP war seit ihrer Gründung die Jugendarbeit. Die MHP-Jugendorganisation (MHP Gençlik Kollari) bildete die Grundlage für den Aufbau der „Grauen Wölfe“-Kommandos.

Die „gewonnenen“ Jugendlichen müssen eine paramilitärische Ausbildung in mehr als 20 Lagern in der Türkei absolvieren. Mit dieser Ausbildung sollen diese Jugendlichen in der Lage sein, linke und demokratische Organisationen zu bekämpfen und den „Kommunismus“ zu zerschlagen.

Die MHP hat das Ziel, in der Türkei einen Umsturz herbeizuführen und ein „Großtürkisches Reich“ zu errichten, in dem alle Türk-völker vereinigt sind. Dieses Ziel soll durch einen Staat, der hierarchisch nach dem Führerprinzip aufgebaut ist, erreicht werden. Alle anderen Nationalitäten, die auf dem Gebiet des „Großtürkischen Reiches“ leben, sollen vernichtet werden.

Die MHP bezeichnet sich öffentlich als „nationalsozialistisch“. Ihr Vorsitzender Türkeş war Verbindungsmann der GeStaPo in der Türkei: Heute schließt er oft seine Veranstaltungen mit dem „Hitlergruß“.

Bisher wurde die MHP trotz ihrer Ideologie und ihrer terroristischen Gewalttaten nicht verfolgt. Das liegt u.a. daran, daß die MHP von 1975 bis Ende 1978 im Rahmen der „Nationalistischen Front“ (MC) an der türkischen Regierung beteiligt war. In dieser Zeit war Alparslan Türkeş stellvertretender türkischer Ministerpräsident.

Während die Faschisten an der Regierung beteiligt waren, wurden von ihnen Verbindungsleute in wichtige Positionen des türkischen Staates eingeschleust.

Die Lehrerausbildung wurde sogar völlig von der MHP kontrolliert. Das führte u.a. dazu, daß faschistische Lehrer in die westeuropäischen Staaten geschickt wurden, um dort als Botschafts- oder Konsultslehrer Kinder zu „unterrichten“.

Mitglieder der „Grauen Wölfe“ arbeiten noch heute an leitender Stelle in der „Abteilung für besondere Kriegsführung“, die als „Konterguerilla“ bekannt ist. Diese Spezialeinheit ist besonders für den Einsatz gegen Linke vorgesehen.

Zwischen der „Konterguerilla“ und dem US-Geheimdienst CIA bestehen enge Verbindungen; die „Konterguerilla“ wurde unter Anleitung des CIA aufgebaut und ausgebildet.

Heute besteht in der Türkei die Situation, daß trotz einer sozialdemokratischen Regierung der Einfluß der MHP im Staatsapparat fortbesteht.

Nach dem die Ecevit-Regierung Anfang 1978 gegründet wurde, setzte sich der faschistische Terror fort. Am 16. März 1978 wurden in der Universität Istanbul durch eine Bombe 7 Studenten ermordet. Die DISK (Gewerkschaftsföderation der Türkei) hatte am 20. März einen zweistündigen Generalstreik angeordnet. Mitte April versuchten die Faschisten ein Massaker in Malatya auf die Bevölkerung der Stadt; sie wurden aber zurückgeschlagen. Am 3. September 78 hatten die Faschisten einen Angriff geplant, der aber durch den Widerstand der Bevölkerung nicht verwirklicht werden konnte.

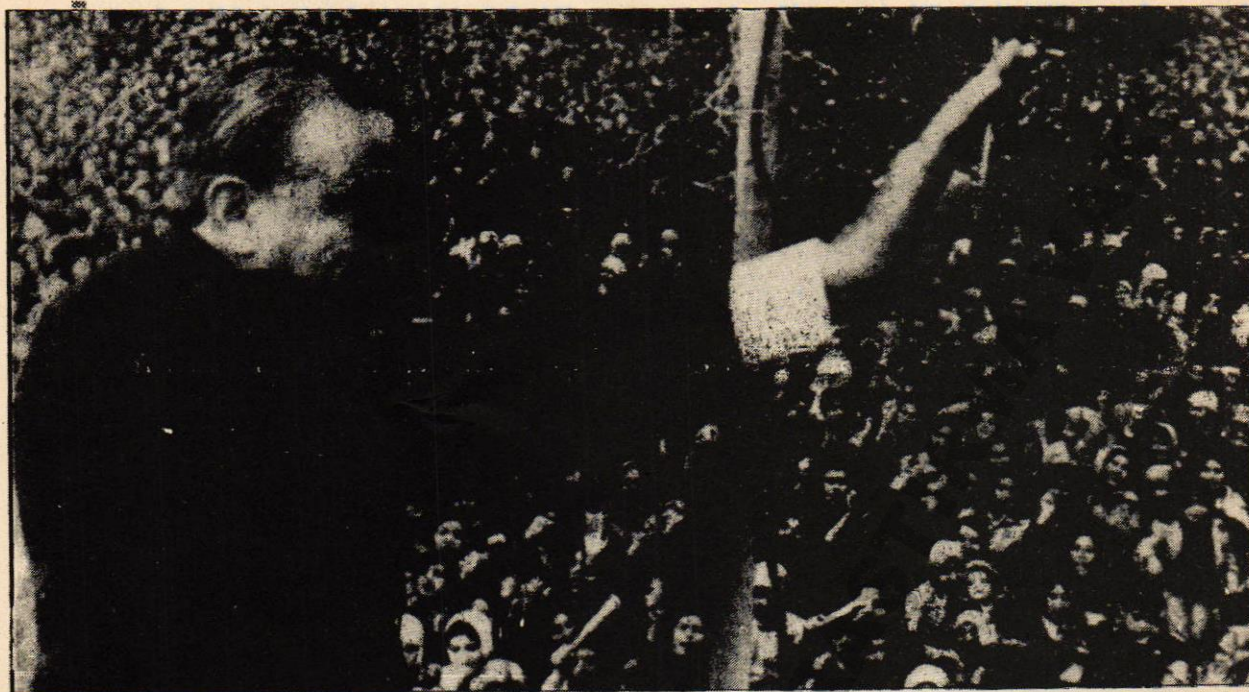
Diese Reihe ließe sich fortsetzen. Das Massaker in K. Maras Ende 1978 war der Höhepunkt des faschistischen Terrors. Die faschistischen Banden überfielen am 22.12.78 den Trauerzug für die vor zwei Tagen ermordeten fortschrittlichen Lehrer. Mit Zurufen „Tod den Kommunisten“ und „Keine islamische Beisetzung für die Kommunisten“ nahmen sie den Zug ins Kreuzfeuer ihrer weitreichenden Gewehre und griffen mit Schlagstöcken, Messern und Dolchen an. Danach teilten sich die faschistischen „Grauen Wölfe“ in Gruppen und gingen in die verschiedenen Wohnviertel der Stadt. Sie drangen in die Wohnungen ein und erschossen linksgerichtete Bürger ohne Rücksicht auf Kinder und Alte mit ihren sämtlichen Familienangehörigen auf bestialische Weise. Diesen Massaker der faschistischen Banden fielen hunderte von Menschen zum Opfer und es gab Tausende Verletzte, darunter Hunderte von Schwerverletzten.

Tausende von Geschäften und Gebäuden von Anhängern der ‚Republikanischen Volkspartei‘ (CHP) und fortschrittlicher Organisationen und Gewerkschaften, wurden von faschistischen „Grauen Wölfen“ der MHP in K. Maras geplündert, verwüstet und in Brand gesteckt.



„Wo auf der Welt ein Türke vorhanden ist, da fängt unsere Staatsgrenze an. Türke, du besitzt die Fähigkeit, von Mittelasien bis zum Balkan noch viele weitere Kaiserreiche zu gründen. Dies wird die Türken in der Türkei zur Bewegung bringen.“

A. Türkes: Notizen für Idealisten



Türkes' önceki gün Erzurum'da ve dün de Erzinan'da kalabalık bir halk kitlesi tarafından dinlendi... (FAX-ERZURUM-F. YENIGÜL)

«İşkencecilerden, sırtını Ecevit'e dayayan uşaklardan hesap sorulacak» **TÜRKEŞ** «Bu iktidar ömrünü

aus: „Tercüman“, 8.10.79

In den 60er Jahren kam dann ein anderer Mann hoch, bis dahin Geschäftsmann und Vertreter von amerikanischen Firmen, der die Politik von Menderes weiterführen sollte: Demirel, der Chef der konservativen Gerechtigkeitspartei wurde 1965 Ministerpräsident.

Von da an erstarkte aber zunehmend eine sozialistische antiimperialistische Bewegung unter den Arbeitern und Studenten. Als Demirel auch nach brutalen Einsätzen der Staatsgewalt diese Kräfte nicht bremsen konnte, brachte das in- und ausländische Kapital 1971 das Militär an die Macht, das ohne Rücksicht auf Verfassung und Gesetze gegen jegliche Opposition vorging, während Demirel in den Augen der Bourgeoisie eine weiße Weste behalten sollte.

Von 1975 bis 1977 war er wieder Regierungschef. Die Unterdrückung der Opposition vor allem der Linken überließ er seinem stellvertretenden Ministerpräsidenten Türkes, dessen „Graue Wölfe“ sich in Geheimdienst und Polizei festsetzten und dort aktiv wurden, wo selbst „law and order“ oppositionelle Arbeiter, Bauern und Studenten nicht einschüchtern konnten. In dieser Zeit verschlimmerte sich die Außenhandelsituation drastisch, es wurde wertmäßig dreimal mehr eingeführt als ausgeführt! Eingeführt wurden insbesondere Rüstungsgüter, Wahlgeschenke und Luxusartikel. Kein Wunder also, daß man Kredite brauchte.

Die Türkei ist nicht von jeher ein Spielball der Imperialisten gewesen. Zu der Zeit allerdings, als der Staat noch „Osmanisches Reich“ hieß und vom Sultanat regiert wurde, hatte die Oligarchie das Land systematisch ausverkauft. Gegen Zahlung von Schmiergeldern hatten sie seit 1535 den ausländischen Gesellschaften große Privilegien bei Einfuhr und Handel eingeräumt, mit dem Erfolg, daß die einheimische Wirtschaft stark auf Importe ausgerichtet war. Wegen der daraus entstandenen hohen Auslandsverschuldungen ging das Land pleite, mußte 1876 offiziell den Bankrott erklären und sich von einer internationalen Schuldenkommission, die aus Vertretern der Gläubigerländer zusammengesetzt war, regieren lassen.

Allmählich regte sich der Widerstand gegen diese Beherrschung durch das ausländische Kapital. In einem Befreiungskrieg unter der Führung des Mustafa Kemal Pascha, genannt Atatürk, wurden die stationierten ausländischen Truppen besiegt und hinausgeworfen; 1923 wurde die Republik Türkei ausgerufen.

Eines der wichtigsten sogenannten kemalistischen Prinzipien war der Nationalismus. Wirtschaftlich führte er zur Nationalisierung ausländischer Firmen, radikalen Einschränkungen von

Einfuhren und Begünstigung einheimischer Investitionen. Politische Folgen dieses Nationalismus war allerdings die Leugnung von ethnischen und klassenmäßigen Unterschieden.

Dieser bürgerliche Antiimperialismus brachte für ca. 20 Jahre der Türkei eine gewisse politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit.

Nach dem 2. Weltkrieg, als die USA nach neuen Betätigungsfeldern für ihr Kapital suchten, sagte die durch Atatürks Wirtschaftspolitik gestärkte Bourgeoisie sich von den kemalistischen Prinzipien los und öffnete das Land den ausländischen Investitionen und Einfuhren. Die Amerikaner verfolgten offen den Plan, die Industrialisierung der Türkei zu stoppen und über eine massive Förderung der Landwirtschaft durch den Marshallplan die Türkei in ein Agrarland zu verwandeln. Sie verkauften den Türken z.B. massenhaft landwirtschaftliche Maschinen, so daß die wichtigen Gebiete Anatoliens mit einem Schlag einen Mechanisierungsgrad erreichten, zu dem die BRD erst 5 bis 10 Jahre später kam.

In den 50er Jahren war die Türkei schon so an das Ausland verschuldet, daß eine große Bewegung der Bevölkerung und im Militär 1960 den Ministerpräsidenten Menderes wegen seiner Politik des Ausverkaufs stürzte und als Verräter hinrichten lassen konnte.

die Tageszeitung 11.10.79

Rechtsruck in der Türkei

Demirels Comeback und die „Nationalistische Front“

Von unserem Mitarbeiter

Ankara, im April

Aus einer zähen, sich über sechs Monate hinziehenden politischen Krise ist Süleyman Demirel als neuer Regierungschef hervorgegangen. Seine erst zehn Wochen alte „Nationalistische Front“ aus vier konservativen Parteien hat also die Verantwortung übernommen.

Bestimmt macht sich dieser gewiefte Routinier über die Schwierigkeiten, die ihn erwarten, keine Illusionen. Seit der kostspieligen Zypernintervention und angesichts der internationalen Ölkrise ist die finanzielle Lage der Türkei mehr als kritisch. So schrumpfte ihre einst, dank Zuwendungen der Gastarbeiter, komfortable Devisendecke bereits von zwei Milliarden Dollars auf „offiziell“ anderthalb zusammen und die politische Linke, einschließlich der Genossenschaften und der sich kräftig entwickelnden Gewerkschaften, steht ihm negativ gegenüber. Deswegen dürfte die politische Unruhe wachsen, auch innerhalb der Studentenschaft, die überhaupt nur während der Regierungszeit des sozialdemokratisch orientierten Vorsitzenden der „Republikanischen Volkspartei“ (185 Sitze) Bülent Ecevit zum Bürgerfrieden bereit war.

Nicht zuletzt hatten Revolten der akademischen Jugend 1971 zum Ultimatum des Militärs und zur Absetzung Demirels geführt, der seit 1965 ununterbrochen regiert hatte. Die sehr machtbewußte Armee mißtraut ihm weiter. War auch Ecevit lange Zeit beileibe nicht der Liebling der Generalität, weil er als einziger Politiker am Militärregime Kritik zu üben gewagt hatte, so änderte sich das nach der geglückten Zypernintervention. Heute würden diese Kreise ihn als Ministerpräsidenten bei weitem bevorzugen.

Die stärkste Hausmacht

Für Demirel handelt es sich wohl an erster Stelle um das in der Türkei so wesentliche Gesichtswort. Seit er auf unruhlichste Art die Starrolle auf der politischen Bühne aufgeben mußte, ist sein ganzes Streben darauf gerichtet, sie wieder zu verkörpern. Kein anderer Türke verfügt über eine vergleichbare Hausmacht. Am 14. Oktober 1974 wurde er mit 1308 gegen nur 76 Stimmen zum Parteivorsitzenden wiedergewählt. Dieser einst bettelarme Kleinbauernjunge, der nur dank Stipendien studieren konnte und als tüchtiger Diplomingenieur und „König der Staudämme“ ein angesehener Mann war, kann nach Belieben Gefälligkeiten erweisen. Heute ist die Familie Demirel eine der reichsten des Landes, wie viele behaupten die drittreichste, und verfügt über entsprechende Beziehungen. Selbst die Tatsache, daß seine Brüder in aufsehenerregende Korruptionsaffären verwickelt waren, schadete ihm kaum. Eher schon nahm man dem langjährigen Vertreter einer großen amerikanischen Firma die ausgeprägte pro-Washington-Linie übel, von der er mindestens rhetorisch etwas abgerückt ist.

Wirtschaftskreise, die Ecevits wahrhaft maßvolle Reformpläne ablehnen, bevorzugen Demirel mit seinem beinahe Manchester-Liberalismus. Nichtsdestoweniger gab ein Industriekapitän im vertrauten Gespräch zu: „Für uns ist Demirel besser, für die Nation wäre es Ecevit.“ Genau realisiert der Vorsitzende der „Gerechtigkeitspartei“ die große Ausstrahlung dieses politischen Hauptkonkurrenten, der dazu noch ein glänzender Redner ist. So wäre es heute ausgeschlossen, Ecevit in einer Wahl zu besiegen, deren vorzeitige Ausschreibung Demirel deswegen ängstlich ablehnte. Nur über die „Nationalistische Front“ kann er die Macht noch einmal erlangen. Dann bleibt halt die Hoffnung auf den „Ministerpräsidentenbonus“.

Schon spricht man von Konflikten innerhalb der „Nationalistischen Front“. An Gemeinsamkeit ist wenig genug vorhanden: Die Unterstützung der Privatinitiative zum Nachteil des Staatsdirigismus, die Furcht vor einer Realisierung der überfälligen, gesetzlich beschlossenen Bodenreform sowie vor einem gerechteren Steuersystem und der Kampf gegen die illegale und legale Linke, einschließlich der „Republikanischen Volkspartei“.

Vermutlich am leichtesten dürfte es Demirel mit der „Republikanischen Partei des Nationalen Vertrauens“ (12 Sitze) haben. Sie bildet die rechte Mitte und besteht aus Dissidenten der „Republikanischen Volkspartei“, denen Ecevit zu links ist. Nun, ihr Vorsitzender Turhan Feyzioğlu macht aus seinem Herzen keine Mördergrube. Unumwunden gibt er zu, die Partei habe keinen anderen Wunsch, als in jeder Regierung vertreten zu sein.

Hart ist die Nuß, die da „Partei der Nationalen Bewegung“ (3 Sitze) heißt. Oberst Alpaslan Türkeş, ihr Führer, war Nationalsozialist und bekennt sich weiter als Rassist. Berühmt sind seine Schlägertrupps, und sie stehen initiativ und provokativ hinter den neuen Studentenkrawallen, die bereits Menschenopfer kosteten. Während des Ecevit-Besuches in der Bundesrepublik hielt Türkeş politische Gegenkundgebungen der „Partei der Nationalen Bewegung“ unter den Gastarbeitern ab.

Professor Necmettin Erbakan ist der zweitwichtigste Mann, der nun die Regierung tragenden „Nationalistischen Front“. Mit einer Million zahlender Mitglieder — Freimaurer und Zionisten bleiben ausgeschlossen — hält seine „Nationale Heilspartei“ den Rekord. (48 Sitze oder 12 Prozent der Stimmen.)

Präsident Korutürk hatte lange die Wiederernennung Demirels hinausgezögert, weil sich dann aus Gründen parlamentarischer Arithmetik auch Erbakan nicht vermeiden läßt. Als Stellvertreter des Ministerpräsidenten brachte er das Kabinett Ecevit zum Scheitern. Erbakan verfolgte seine eigene Zypernlinie, die auf die Eroberung der ganzen Insel abgestimmt war und überhaupt die des Regierungschefs an Radikalität bei weitem übertraf. Er verhinderte auch Ecevits offizielle Reise nach den skandinavischen Staaten.

Einst war Erbakan Doktorand an der Aachener Technischen Hochschule und später Forschungsmotor für den einen luftgekühlten Panzermotor für die neue deutsche Bundeswehr mitentwickelt. Dann machte er sich als Universitätsprofessor und Vorsitzender des Ankaraner Verbandes der Industrie- und Handelskammern einen Namen.

Von religiösem Fanatismus erfüllt, ist Erbakan mehr an Moscheen und religiösen Lehranstalten als weltlichen Schulen interessiert — obgleich jedes dritte Dorf noch keine eigene Schule besitzt und die vorhandenen Schichtunterricht einmuren mauen. Auch die La der Hodschas (Dorlgeistlichen) kann ihm n hoch genug sein. Hingegen läßt Erbakan d akute Lehrermangel kalt.

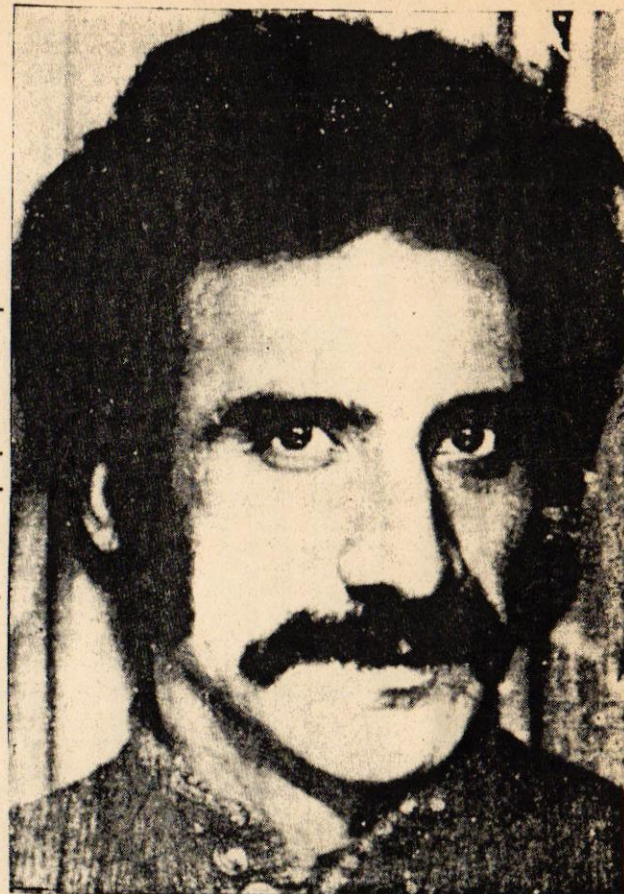
„Quelle der Unmoral“

Verschleierte Frauen genießen seine besondere Hochachtung. Selbst die Scheria, das alt islamische Recht der Wüste, wird von Erbakan gepriesen, einschließlich der Bestimmung, den geringsten Diebstahl mit öffentlichem Abbalen einer Hand zu ahnden. Ausländischer Tourismus ist als „Quelle der Unmoral“ verdächtig. Endlich möchte er die verfassungsmäßig laizistische Türkei dennoch zu einem integrierten Teil der islamischen Völkerfamilie machen und die Kontakte mit der arabischen Welt noch enger gestalten.

Nach ihrem letzten Parteikongreß hatte die „Gerechtigkeitspartei“ in ihrer Resolution unmißverständlich solchen Elementen den Kampf angesagt, die die Türkei ins Mittelalter zu rückführen wollen. Wie sie dieses Prinzip in eine Koalition mit Erbakan unter einem Hut bringen will, bleibt Demirels Geheimnis. Aufmerksam beobachtet die „Nationalistische Front“ die Tendenz zur Gründung neuer Linksparteien, die einmal die Stimmen der fortschrittlichen Elemente zersplittern und Ecevit schwächen könnten. Sie selbst will eine Änderung des Wahlgesetzes durchpeitschen. Gemeinschaftslisten der vier Front-Parteien sollen dort, wo Ecevit Hochburgen besitzt, neue Realitäten schaffen. Vorerst muß allerdings abgewartet werden, wie lange sich dieses seltsame Konglomerat aus einander widerstrebenden Kräften und Interessen hält. Mehrheitlich sind da die Prognosen der Mittelostkenner nicht übermäßig optimistisch.

Alfred Joachim Fischer

Neset Danis wurde auf einer öffentlichen Veranstaltung 1974 in Hamburg von türkischen Faschisten ermordet. Er hatte zusammen mit anderen gewerkschaftliche orientierten Türken versucht, den „Verein türkischer Arbeitnehmer in Hamburg und Umgebung“ zu übernehmen. Der bei dem Gemetzel anwesende türkische Arbeitsattaché soll geschrien haben: „Schlagt zu! Schlagt zu! Die Kommunisten sind da. Wer seinen Gott liebt, der soll die Kommunisten erschlagen!“



Afer Özcanoglu



Kazim Gelgi

Die Mörder laufen noch frei herum !

Struktur der Auslandsorganisation der MHP in Westeuropa

Anfang der 60iger Jahre wurden von den westeuropäischen Industriestaaten Millionen ausländischer Arbeiter geworben. Den größten Teil dieser ‚Gastarbeiter‘ stellten türkische Kollegen.

Die türkischen Faschisten nutzten die isolierte und sozial schlechte Situation ihrer Landsleute aus, und begannen, einen Teil von ihnen in sogenannten ‚Kulturvereinen‘ zu organisieren.

Diese Aktivitäten, die die türkischen Faschisten vor allem in der BRD entfalteten, begannen nach Angaben hoher MHP-Funktionäre, noch vor Gründung der MHP schon Mitte der 60iger Jahre.

Später wurden offizielle MHP-Auslandsvertretungen gegründet, die auf Beschluß des türkischen Verfassungsgerichtes 1976 geschlossen wurden: Türkischen Parteien ist es nicht erlaubt, offiziell Auslandsorganisationen zu unterhalten.

Die MHP-Auslandsvertretungen wurden formal aufgelöst, es änderte sich jedoch nichts, da die Organisationsstrukturen erhalten blieben.

In der MHP-Parteizentrale in Ankara ist ein Generalinspekteur für die Partei in Europa zuständig. Er ist auch Vorsitzender des MHP-Europarates. Der Sitz dieses Europarates (‚Zentralkomitee‘) ist in Westdeutschland, der größten MHP-Auslandsvertretung. Außerdem gibt es noch Vertretungen in den Niederlanden, Österreich, Frankreich und Belgien.

Einen genauen Überblick über die Mitgliederstärke der MHP und ihrer Tarnorganisationen in Westeuropa gibt es nicht.

Die Mitgliederstärke in der BRD wurde 1976 auf 48 000 geschätzt. Eine Dokumentation des ‚Evangelischen Pressedienstes‘ (epd) gibt die Zahl der Mitglieder in der BRD auf 5000 und die Sympathiesantenzahl mit 25 000 an. Selbst wenn die Angaben der MHP übertrieben sind, so hat sie doch die stärkste Auslandsorganisation aller ausländischen Bevölkerungsgruppen.

Entwicklung der MHP in der BRD und Westberlin

1970 tauchten in Westberlin zum ersten Mal Flugblätter auf, die auf die Existenz türkischer faschistischer Gruppen hinwiesen. Westberlin scheint die Keimzelle für den Aufbau der MHP in der BRD gewesen zu sein.

Nach 1970 wurde die Parteiorganisation der MHP zügig ausgebaut. 1976 gab es sechs autonome Sektionen in Westberlin, Hannover, Köln, Mannheim, Stuttgart und München mit weiteren 60 Stützpunkten, die sich in Westdeutschland verteilten.

Die Zentrale war bis Ende 1975 in Ludwigshafen, später in Köln. Hier fand 1975 der 2. MHP-Generalkongress für die BRD statt, an dem 2000 Delegierte und MHP-Führer Türke teilnahmen. Nach diesem Kongress wurde die MHP-Auslandsorganisation verstärkt ausgebaut.

Gleichzeitig mit der Gründung von Parteibüros baute die MHP 1975 ihre Jugendorganisation ‚Ülkücü Gençlik‘ (Idealistische Jugend) auf. Ihre offizielle Existenz ermöglichte ihren Anhängern, offener aufzutreten. Es kam zu ersten Meldungen von Gewalttätigkeiten, Drohungen usw., die von ‚Grauen Wölfen‘ begangen wurden.

1976 wurde in den Medien oft von Übergriffen der ‚Grauen Wölfe‘ berichtet, und es kam zu parlamentarischen Anfragen, die von staatlicher Seite verharmlosend beantwortet wurden.

Der DGB und demokratische türkische Arbeitervereine legten Dokumente vor und forderten das Verbot der MHP-Auslandsorganisation.

Die öffentliche Debatte in der BRD führte dazu, daß die türkische Regierung sich mit der MHP-Auslandsorganisation beschäftigte, und daraufhin ein Ermittlungsverfahren gegen die MHP einleitete.

Ermittelt wurde auch wegen folgendem Ausspruch von Alparslan Türke: *„Die mir in Verwahr gegebene Klage trage ich auf meinem Schoß. Ich werde unbekümmert meinen Weg gehen. Folgt mir... Wenn ich umkehre - erschießt mich... erschießt auch den, der von meinem Weg abgeht“.*

Nach dem Verbot der MHP-Auslandsorganisation, wurden die MHP-Büros abgemeldet und es wurde versucht, die Fortexistenz dieser Partei zu leugnen.

Entwicklung der MHP in der BRD seit 1976

Als die MHP-Auslandsorganisation verboten war, schaffte sie sich Tarnorganisationen.

Wie schon erwähnt, wurden in den 60iger Jahren keine offiziellen MHP-Auslandsvertretungen errichtet, sondern sogenannte ‚Idealisten‘- und ‚Kulturvereine‘ gegründet. Unter diesem Deckmantel führte die MHP nach 1976 ihre Organisation weiter.

Im Verfassungsschutzbericht von 1977 heißt es dazu: *„Wie in den vergangenen Jahren waren an den Ausschreitungen mit tätlichen Auseinandersetzungen vorwiegend linksextremistische und nationalistische Türken beteiligt. Mitglieder und Anhänger der türkischen ‚Partei der Nationalistischen Bewegung‘ MHP in der Bundesrepublik sind... seit Sommer 1977 in türkischen ‚Idealistenvereinigungen‘ und ‚Islamischen Kulturzentren‘ politisch tätig. Wegen ihrer nationalistischen Agitation kam es 1977 zu heftigen Auseinandersetzungen mit Linksextremisten, die teilweise zu tätlichen Ausschreitungen führte.“*

Necati Uygur, ein hoher Funktionär der MHP in Westdeutschland, bestätigte 1978 eine Frage des WDR, ob es MHP-Tarnorganisationen gäbe: *„Ja, gibt’s schon. In Ulm, Stuttgart, Essen, Köln, Duisburg, Düsseldorf, Berlin, Aachen und überall. Ich bin der Koordinator von denen.“*

Im Sommer 1978 wurden die ‚Idealistenvereine‘ in Westeuropa unter ein zentrales MHP-Kommando gestellt. In Köln wurde der Dachverband der türkischen Faschisten ‚Türk Federasyonu‘ gegründet. Ihr Vorsitzender war LOKMAN KONDAKCI, persönlicher Auslandsreferent des Faschistenführers Türke. Seit dem 18.6.1979 ist M. Serdar Celebi Vorsitzender der ‚Türk Federasyonu‘. Celebi ist Herausgeber der Zeitung ‚Hasret‘.

Zusammenarbeit zwischen MHP und CDU/CSU

Franz Josef Strauß und die türkischen Faschisten

Bisher lag ein geheimnisvoller Schleier über einem Treffen zwischen Franz Josef Strauß und dem Vorsitzenden der türkischen faschistischen „Partei der nationalistischen Bewegung“, MHP, Alparslan Türkeş. Jetzt konnte er gelüftet werden. Dahinter verbirgt sich ein unglaublicher Skandal.

Der Vorfall und Hintergrund: Mehr als eine Woche lang hielten sich Alparslan Türkeş, und eine Delegation seiner Partei, Ende April bis Mitte Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Zentrales Anliegen der türkischen Rechtsradikalen: ein Treffen mit Franz Josef Strauß, den Alparslan Türkeş schon seit langem verehrt.

Am 1. Mai 1978 war es in München dann soweit. Ein Geheimgespräch fand statt, von dessen Existenz eigentlich niemand etwas erfahren sollte. Am 3. Mai erklärte dann, aber erst nach hartnäckigem Nachfragen, der CSU-Pressesprecher Rosenberg, „daß ein reines Informationsgespräch zwischen Strauß und Türkeş stattgefunden habe“. Doch zu dem Inhalt „sei nichts zu sagen“. Heute will der CSU-Pressesprecher nichts mehr von seiner damaligen Aussage wissen. „Meines Wissens hat kein Gespräch stattgefunden.“ Er und die CSU wissen, warum sie das Treffen jetzt ableugnen. Denn es war überhaupt kein „reines Informationsgespräch“!

Anfang in Bayern

Alparslan Türkeş und seine beiden Begleiter unterhielten sich – so war danach zu erfahren – mit Franz Josef Strauß zuerst über die „kommunistische Gefahr, die man gemeinsam bekämpfen muß“. Dann kritisierten die Gesprächspartner den US-Präsidenten Jimmy Carter, der, nach den Worten von Franz Josef Strauß, die stärkste Waffe der USA gegen ihre Freunde sei.

Und endlich war man beim Thema. Strauß sagte dem Vernehmen nach den MHP-Politikern zu, daß in Zukunft für die MHP und die „Grauen Wölfe“ ein günstiges psychologisches Klima in der Bundesrepublik mit entsprechender Propaganda geschaffen werden und zudem die politische Stellung der MHP in Europa verbessert werden müsse, damit die MHP hier in einem besseren Licht erscheine. Bayern soll der Anfang sein.

Inwieweit finanzielle Unterstützung von seiten der CSU gewährt werden wird, ist nicht bekannt. Bekannt ist aber die folgende Äußerung des CSU-Pressesprechers: „Selbstverständlich unterhalten wir auch zu türkischen Parteien und po-



CSU-Führer Strauß (l.), Faschisten-Führer Türkeş

litischen Vereinigungen Beziehungen. Und diejenigen, die unserer politischen Auffassung entsprechen, denen gewähren wir auch Unterstützung.“

Das Gespräch (Dauer: 60 Minuten) hat nach übereinstimmenden Erklärungen der türkischen Teilnehmer in „herzlichem Ton“ stattgefunden. So zumindest sagte es Murat Bayrak, der zweite Gesprächsteilnehmer neben Alparslan Türkeş. Murat Bayrak wiederum ist der Besitzer einer Textilfabrik in Istanbul und derjenige, auf dessen Betriebsgelände die „Kommandos Graue Wölfe“ ausgebildet werden.

Geliebte „Graue Wölfe“

Der Führer der Kommandos „Graue Wölfe“ ist Alparslan Türkeş. Seine „geliebten Grauen Wölfe“ (Alparslan Türkeş in seinen Anfeuerungsreden zu den Killerkommandos) werden in Istanbul durch den ehemaligen Kriegsrechtskommandanten von Istanbul, Ex-General Mehmet Unlutürk ausgebildet. Auf dem Lehrplan stehen: „Mord, Sabotage, Brandstiftung, Sprengstoffattentate“. Ausbildungsort in Istanbul ist das Betriebsgelände von Murat Bayrak.

Kurze Zeit übrigens, nachdem Alparslan Türkeş sein Vorbild Franz Josef Strauß aufgesucht hatte, wurde in Frankfurt, und zwar am 17. und 18. Juni 1978, eine „Europäische Föderation“ der türkischen Faschisten gegründet. 70 rechtsradikale Vereine sind dort organisiert. Sitz ist Köln, Florastraße 33–35. So schnell können Beschlüsse in die Tat umgesetzt werden!

Ein Hitler-Fan

Wer nun sind eigentlich Türkeş, seine MHP und die „Grauen Wölfe“, die von Strauß unterstützt werden?

1917 wurde Alparslan Türkeş, dessen eigentlicher Name Hüseyin Feyzuallah ist, auf Zypern geboren. Sein Kampf gilt der Errichtung einer „nationalsozialistischen Großtürkei“. In diesem größtenwahnsinnigen Staatsgebilde sollen die 100 Millionen Türken, ob sie nun in der UdSSR, in China, Bulgarien oder Griechenland leben, zusammengefaßt werden. Vorbild für Türkeş ist das „Großdeutsche Reich“. 1944 galt er daher schon als der Führer der pantürkischen Bewegung, die für ein solches Reich kämpfte. Da verwundert es auch niemanden, daß ihn die Gestapo zu ihrem Favoriten in der Türkei machte. Am 9. 10. 1944 schrieb die Gestapo an das „Auswärtige Amt“: „Bisher bestanden aufgrund ihrer Haltung gute Verbindungen zu Alparslan Türkeş, Absolvent einer Offiziersschule und Führer der pantürkischen Bewegung.“

Am 30. April 1978 hielt sich Türkeş denn auch in der Bundesrepublik nicht nur auf, um Strauß zu besuchen, sondern um den „Todestag von Adolf Hitler zu feiern“, meldete die Tageszeitung „Politika“.

500 tote Gegner

Nazis und Hitler, bis heute werden sie in unzähligen Veröffentlichungen der Türkeş-Fanatiker verherrlicht, sind auch in praktischer Hinsicht Vorbild für den „Basbug“, den „Führer Alparslan Türkeş“. Nach SS-Organisationsmuster wurden seit

1969 seine Kommandos „Graue Wölfe“ und die „Blitzkommandos“ aufgebaut. Paramilitärisch organisiert, sind sie diejenigen, die für die Ziele von Alparslan Türkeş kämpfen: „Gegen Zionisten, Imperialisten, Kapitalisten, Kommunisten und die Demokratie“ (Alparslan Türkeş). Mehr als 500 linke Oppositionelle, Arbeiter, Schüler, Studenten, Staatsanwälte und Bauern, haben die Kommandos in den letzten drei Jahren ermordet.

Von 1974 bis Ende 1977 war Türkeş an der Regierungskoalition der „Nationalistischen Front“ beteiligt. Das hatte den Vorteil, daß ihn die Polizei, der Geheimdienst MIT und teilweise das Militär bei seinen Aktionen unterstützen. Gemeinsam wollen sie eine demokratische Erneuerung der Türkei verhindern. Mit Demokratie hat Türkeş übrigens wenig im Sinn. „Nicht was die Logik und der freie Gedanke weist, ist das Richtige, sondern was der Führer befiehlt.“ Und sein Vize in der Partei, der Abgeordnete aus Elazığ, Mehmet Tahir, meint: „Für die MHP ist es gleichgültig, ob sie in der Regierung ist oder nicht. Wir herrschen so oder so.“

Da wundert es nicht, daß die „Kommandos Graue Wölfe“ bzw. die militärische Femeorganisation „Konter-Guerilla“ schon mehrmals versuchte, den Sozialdemokraten Bülent Ecevit zu ermorden.

Woher hat der türkische Faschistenführer aber sein Geld? „Geld bekommen wir“, so erklärte ein Vorstandsmitglied der MHP in trautem Gespräch mit Journalisten, „vom CIA“. Das ist aber nur die eine Quelle, die bis heute sprudelt. Die andere ist der Schmuggel, vornehmlich von Opium, Waffen und Zigaretten. Und schließlich werden Türkeş und seine Kommandos von Industriellen finanziert, die Angst vor Reformen in der Türkei haben.

Einer ist der schon erwähnte Murat Bayrak, der an dem Gespräch mit Strauß teilgenommen hatte. Ein anderer ist der Besitzer der Tageszeitung „Tercüman“, Kemal Ilicak. Sein Bruder, Sehal Ilicak, leitet die Geschäfte der europäischen Ausgabe von „Tercüman“, die in Zeppelinhelm bei Frankfurt gedruckt wird. Kemal Ilicak hatte im Jahr 1974 dafür gesorgt, daß Türkeş und seine MHP ins Kabinett des konservativen Demirel aufgenommen worden ist. Und die Spalten von „Tercüman“ sind bis heute für die faschistische Propaganda der MHP geöffnet.

Querverbindungen

Chefideologen der türkischen Faschisten sind denn auch Mitarbeiter der Zeitung „Tercüman“. Die europäische Ausgabe von „Tercüman“ unterstützt ebenfalls offen die Auslandsorganisationen der MHP, die allein in der Bundesrepublik über 5000 Mitglieder zählen. Hier ist beispielsweise der Heilbronner Korrespondent ein verantwortlicher Leiter der MHP im süddeutschen Raum.

Es gibt noch weitere interessante

Querverbindungen. In München wohnt ein MHP-Verantwortlicher, Hasan Oralay. Fast jedes Jahr besucht Alparslan Türkeş ihn in seinem Haus in der Volpinistraße 30a. Oralay ist Angestellter des CIA-Senders „Radio Liberty“. In der Abteilung für Sendungen zu den „Tataren“, betreibt er nach Aussagen zweier Radio-Liberty-Mitarbeiter ständig „antisemitische und faschistische Hetzpropaganda“. Günstig ist es bei dieser Figur, wenn man sich auf den Chefredakteur der Zeitung „Tercüman“, Dogan Pursün, beruft. Dann schwindet das Mißtrauen.

Morddrohungen

Für wen und was soll in der Bundesrepublik nach Ansicht von Strauß ein „günstiger Boden“ geschaffen werden? Wohl doch nur für die MHP in Europa. Der MHP-Verein in Dinslaken verteilte ein Flugblatt, in dem zu lesen ist: „Ich rufe das türkische Volk zum Kampf gegen die Demokratie auf, die auf den Straßen verkauft wird.“ Oder in Berlin verkünden die MHP-Tarnorganisationen: „Es lebe das Türkentum, der ganzen Welt. Hoch die Nationalsozialisten. Unser Nationalismus ist der Türkei-Nationalismus.“ Der MHP-Verein in Stuttgart gar verkündet offen: „Unser Kampf, für den wir unser Blut opfern, gilt den kommunistisch unterwanderten Gewerkschaften und den dort arbeitenden Türkenfeinden.“ Die „Grauen Wölfe“, die in den Tarnorganisationen der bundesdeutschen MHP organisiert sind, arbeiten inzwischen auch zunehmend mit europäischen und bundesdeutschen neofaschistischen Organisationen zusammen. Verbindungen dieser Art gibt es in Frankfurt und München.

Die Aufgabe, die die Türkeş-Fanatiker in der Bundesrepublik haben, ist einer Dokumentation der „Arbeiterwohlfahrt“ zu entnehmen: „... mit allen Mitteln die Andersdenkenden zum Schweigen zu bringen und ein nationales und faschistisches Bewußtsein unter den türkischen Arbeitern zu erreichen. Die Anhänger der MHP üben Gewalt dabei aus.“ Und: „Ihr Angriffsziel sind Gewerkschaften, Fernseh- und Rundfunkanstalten, demokratische Vereinigungen türkischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“.

Im WDR weiß dazu eine Redakteurin zu sagen, daß „nach jeder kritischen Sendung hier Morddrohungen der ‚Grauen Wölfe‘ eingehen“. In Berlin haben sie gegenüber einem bekannten linken Türken eine Kindesentführung angedroht, Flugblattverteiler sozialdemokratischer Organisationen werden zusammengeschlagen. In Hagen rufen die „Grauen Wölfe“ offen zum Mord auf. „Meldet uns die Verräter, wir rechnen mit ihnen ab.“ Und dann hetzen die türkischen Faschisten besonders gegen die deutschen Gewerkschaften, vornehmlich die IG Metall.

Sie arbeiten mit Denunzierungen,

mit Bedrohungen, um eine „nationalistische Gewerkschaft“ aufzubauen, so wie sie es in der Türkei bereits getan haben – „mit dem Rücken lehrend an die widerlichen Gewerkschaften, die als Agenten des Imperialismus dienen“. Wobei die Zeitung „Tercüman“ hofft, „daß der Kampf der türkischen Arbeiter sicher mit dem Sieg enden wird“.

Und diese Faschisten, auf deren Konto 500 Morde und unzählige Attentate gehen, sollen jetzt offenbar von Franz Josef Strauß unterstützt werden!

Riegel vorschieben

Um was es Franz Josef Strauß geht? Sicher dürfte sein, daß er in Europa eine rechte Front gegen die „Sozialisten und Kommunisten“ aufbauen will. Und da ist ihm jeder Bündnispartner recht.

Ob dieser Kampf erfolgreich sein wird, hängt daher davon ab, ob Türkeş und seine Freunde rechtzeitig bekämpft werden. In der Türkei hat die seit Anfang des Jahres regierende sozialdemokratische Regierung von Bülent Ecevit – viel zu zaghaft und ängstlich – damit begonnen. Türkeş und seine „Grauen Wölfe“ suchen daher Unterstützung im Ausland, und zwar dort, wo ihre geschichtlichen und gegenwärtigen Vorbilder sind: in der Bundesrepublik. Dem gilt es einen Riegel vorzuschieben.

Jürgen Roth

aus „Metall“ 6. September 1978



Wer sind die „Grauen Wölfe“?

Hüseyin Feyzullah alias Alparslan Türkeş (Der Türke) ist Führer der Partei der Nationalen Bewegung (MHP), die mit vierzehn Abgeordneten von insgesamt 450 im türkischen Parlament vertreten ist.

Laut „Tagesspiegel“ war der 61-jährige früher Nationalsozialist und bekennt sich auch weiter als Rassist. „Der Spiegel“ nennt ihn einen Faschisten, der auf den Bürgerkrieg zusteure. Dabei kann er auf seine Eliteverbände zurückgreifen, die sich „Graue Wölfe“ nennen. Ihnen werden in der Türkei zahlreiche Morde zugeschrieben.

aus „ÖTV-Dialog“, Dezember 1978

Zusammenarbeit von NPD und MHP

NPD/MHP-Kontakt bereits seit 1970

Wurde erstmals durch einen Brief (28.7.77) des Vorsitzenden der MHP Türke an seine Parteifreunde in der BRD der Kontakt zur NPD bekannt, wo er die „unbedingte Aktionseinheit mit der NPD“ forderte (siehe vollständiger Abdruck AK 151), so wurde jetzt bekannt, daß dieser Kontakt bereits seit 1970 besteht. Der damalige NPD-Vorsitzende Adolf von Thadden antwortete auf einen Brief von Türke, in dem er sich über die „fundamentalen Gemeinsamkeiten“ der beiden Parteien freute mit der Beteuerung, daß auch sie (NPD) den Wunsch habe, die „freundschaftlichen Beziehungen auszubauen“. (Abdruck siehe Kasten). Ein Austausch von Jugendgruppen sollte aufgebaut werden. Wobei anzumerken ist, daß in der Türkei die türkischen „Idealisten Jugendvereinigungen“ (Ülkücü Ocakları) in Kommandolagern der MHP sowohl ideologisch als auch im bewaffneten Kampf ausgebildet werden und wesentliches Rekrutierungsfeld der MHP für den militant faschistischen Kampf sind. „Erstaunlich“ bleibt die Tatsache, daß kein Verfassungsschutzbericht der nachfolgenden Jahre diese Tatsache erwähnte.

Ausländerkommission
Ankara, 28.7.1977

Alparslan Türke
Partei der Nationalistischen
Bewegung
Vorsitzender

An den Vorstand des Exekutivkomitees der Partei der Nationalistischen Bewegung in Deutschland

Werte Gesinnungsfreunde,

... Ich möchte den Parteiorganisationen im Ausland und den Hilfsvereinen für Ihre Hilfe während des Wahlkampfes danken, insbesondere für die finanzielle Unterstützung aus Deutschland, wo Menschen unserer Rasse am stärksten vertreten sind, auch für den auf meinen Namen gekauften PKW und für die Mitglieder der Idealistenjugend, die zur Unterstützung unserer Sicherheitskräfte aus Deutschland gekommen sind, um Wachdienst zu tun, außerdem den Tausenden nationalistischer Türken, die in die Heimat zurückkehrten, um von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. ...

Die weitere dauerhafte und positive Entwicklung unserer Partei in der Türkei erfordert eine Aktivierung unserer Landsleute, die in Deutschland arbeiten und studieren, die beschleunigte Tätigkeit des Vorstandes des Exekutivkomitees der MHP in Deutschland sowie der autonomen Sektionen in Kempten, Berlin, Hannover, Köln, Mannheim, München und Stuttgart. In den obengenannten Städten und Regionen sind Bemühungen um die Organisation Bedeutung beizumessen; um die vorgesehenen Ziele zu erreichen, sind unbedingt die Aktionseinheit unserer Partei und der NPD sowie deren Er-

Antwortbrief Adolf von Thadden aus dem Jahre 1970 an MHP-Führer Türke

„Lieber Türke!

Ich habe mich sehr über Ihren Brief gefreut. Ich danke Ihnen für Ihre lobenden Worte über mich und meine Partei. Ich bin erfreut zu hören, daß unsere beiden Parteien gleiche Ziele haben ... Es gibt fundamentale Gemeinsamkeiten zwischen unseren Parteien. Ich bin sicher, daß auch Sie den Wunsch haben, unsere freundschaftlichen Beziehungen auszubauen und zu verstärken. Deshalb habe ich Ihre Vorschläge bezüglich des weiteren Ausbaus der Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien mit Freude zur Kenntnis genommen. Wir haben einstimmig beschlossen, einen Austausch von Jugendgruppen in Gang zu bringen. ... Ich möchte Sie recht herzlich als meinen persönlichen Gast in Deutschland empfangen. Es wäre mir ein Vergnügen, mit Ihnen über die Probleme unserer Länder zu sprechen und nach Wegen gegenseitiger Unterstützung zu suchen.“ (Übersetzung entnommen aus INFO-Türk, Sept. 1979 auf türkisch veröffentlicht in „CHP den Haberler“, 16.8.79)

fahrung und Arbeitsmethoden auszunutzen. Den von der Zentraleitung der MHP gesandten Anweisungen ist dabei Folge zu leisten.

Die Organisation unserer Partei muß auf breiter Basis vorstatten gehen, mit Hilfe der gegründeten Sondernmannschaften müssen in den Gemeinschaftswohnungen, Arbeitsplätzen, Quartieren und Klubs noch mehr Bücher, Broschüren und Drucksachen verbreitet werden, die MHP-Ideologie propagieren. Grundelemente unserer Propaganda sind die Argumentation und die Wiederholung. Indem man sich auf die bisher erzielten Erfahrungen und gemachten Bemühungen stützt, sind mit den Seitenorganisationen der Partei im Ausland wie den Bozkurt Atatürk („Grauer Wolf Atatürk“), Türkische Vereine, dem Nationalistischen Türkischen Arbeiterverein und den Idealistenvereinen engere Kontakte zu knüpfen und dieses rationaler auszunutzen. In dieser Hinsicht gebe man den ausgebildeten Mannschaften Unterstützung. Schließt die türkische Jugend in Deutschland zusammen um die nationalistische und Türkismusedologie und zieht die Vertrauenswürdigsten zu Parteimitgliedern heran.

Als Gegengewicht gegen die Versuche derer, denen die Erfolge und der Schwung der MHP ein Dorn im Auge ist, sie mit Hilfe der linken Presse aufzureiben, und gleichzeitig,

um nicht die Aufmerksamkeit der örtlichen Behörden auf sich zu lenken, ist es notwendig, die Parteiaktivitäten so zu betreiben, als hätte man das Vereinsrecht vor Augen. Um in diesem Zusammenhang den Sicherheitskräften keine Trümpfe in die Hand zu geben, ist es notwendig, daß sich Kommandos und Idealisten (bei der Einschüchterung von kommunistischen Elementen und bei der Anwendung einiger Maßnahmen gegen die Leser linker Zeitungen wie Cumhuriyet, Politika, Vatan usw.) an die Anordnungen und Wünsche der Parteizentrale vom 21. März 1977 halten, sie sich einschränken und danach vorgehen.

Den Idealisten und Nationalisten, die bis zum Ende des Jahres aus Deutschland in die Heimat zurückkehren, werden auch in der Heimat für die Parteidienste nutzbringende, einträgliche Arbeitsplätze zugesichert.

In letzter Zeit hat die Kampagne zur finanziellen Unterstützung der MHP unter unseren Stammesgenossen mehr als den erwarteten Erfolg gebracht. Für die Erfüllung dieser edlen nationalistischen Pflicht danke ich noch einmal und wünsche Ihnen neue Erfolge bei allen Ihren Bemühungen.

Mit freundlichen Grüßen!
gez. Alparslan Türke
Vorsitzender der MHP

aus „Arbeiterkampf“ 2. April 1979

Strauß



NEIN DANKE!

ISBN 3-88305-007-5

100 S.
D 91
7,50

Sontheimer Rede u.
Ant DGB-Papier
im Wortlaut

„Ich bin ein Deutschnationaler und
fordere bedingungslosen Gehorsam“
Strauß im CSU-Hauptquartier vor Ge-
treuen.

Aus dem Inhalt:
Skandale und Affären pflastern seinen
Weg
Strauß und die Internationale des
Terrors
Strauß – ein Faschist?
Die „Sontheimer Rede“.
Anti-DGB-Papier im Wortlaut
u. v. a. m.

„Graue Wölfe“ erhalten in Westdeutschland Asyl

Im monatlich in Brüssel erscheinenden Informationsblatt „Info-Türk“, wird berichtet, daß in der Türkei steckbrieflich gesuchte Kader der MHP in die BRD „einsickern“.

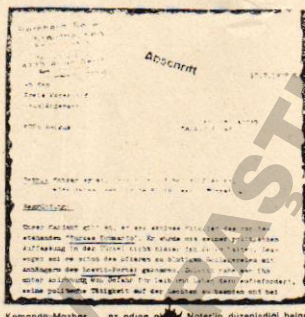
„Andererseits fliehen alle, in Terrorakte verwickelten und identifizierten Grauen Wölfe unverzüglich nach Zypern oder in europäische Länder. Fluchtmöglichkeiten werden ihnen von der Anti-Guerilla-Abteilung des Generalstabsquartiers der türkischen Streitkräfte gewährt. Einige extrem rechts gerichtete westdeutsche Rechtsanwälte geben ihnen Rechtshilfe, damit sie als politische Flüchtlinge in der BRD anerkannt werden. Zwei dieser Rechtsanwälte sind, nach Berichten türkischer Zeitungen, die Herren Beckmann und Volker aus Hannover.

Jeder „Graue Wolf“, dem die Flucht aus der Türkei gelingt, wird zunächst vom örtlichen Idealistenclub (Tarnorganisation der faschistischen MHP - Anm. d. Verf.) in der Bundesrepublik empfangen und dann an die beiden Rechtsanwälte verwiesen.

Die Polizei von Hannover erklärt, daß allein in den letzten Monaten 150 Personen türkischer Nationalität die Gewährung politischen Asyls beantragt haben.“

Am 16.11.78 veröffentlichte die türkische Tageszeitung „Cumhuriyet“ den Asylantrag eines Mitglieds des „Türkes Kommandos“.

Sığınma hakkı isteyenler “Türkeşçi Komandoları” dediler



ya da sığınma hakkı isteyen komandolar, “kendilerinden sağ siyasal eylemlerine son vermeleri ve sol eylemler arasında yer almaları” istendiği için Türkiye’yi terk ettiklerini ileri sürüyor.

NOTAR
Bernhard Seiler
E KRAUTHAUSEN
Rechtsanwälte
Gerichtsstr. 20
An den
Kreis Warendorf
-Ausländeramt-

ABSCHRIFT

17.7.1978

4720 Beckum

Asylverfahren
Mahzar Ayvaz

Betr.: Mahzar Ayvaz, Harkost.13 bei Akif Akyar
4730 Ahlen, geb. 10.10.1951 in Usak/Türkei

Begründung:

Unser Mandat gibt an, er sei aktives Mitglied des rechtsstehenden "Türkes Kommando". Er würde mit seiner politischen Auffassung in der Türkei nicht hinter dem Berge halten. Deswegen sei es schon des öfteren zu blutigen Schlägereien mit Anhängern der Ecevit-Partei gekommen. Zuletzt habe man ihm unter Androhung von Gefahr für Leib und Leben dazu aufgefordert, seine politische Tätigkeit auf der Rechten zu beenden und bei

Dieser Antrag auf Asyl wurde vom Notar Bernhard Seiler ausgestellt. In dieser Weise versuchen sehr viele "Graue Wölfe" in der BRD Unterkunft zu finden. Diese Kommandos werden in der Türkei steckbrieflich gesucht, wegen ihrer Teilnahme an unzähligen Mord- und Terroraktionen.

Kurz berichtet

Asylsuchende. In unserer Stadt halten sich gegenwärtig etwa 3000 Asylbewerber auf. Davon kamen allein im Juli 906 nach Westberlin. Fast die Hälfte (406) waren Araber. Im Vergleich zum Jahresbeginn ist die Zahl der Pakistaner und Inder gestiegen. Im Januar kamen 18 Pakistaner und 39 Inder, im Juli 228 Pakistaner und 70 Inder. Daneben baten im Juli 63 Türken um Asyl. (Die „Wahrheit“ vom 23.8.79)

Türkische Faschisten und Heroin-Handel

Ende 1977 schlug die Düsseldorf-Kripo gegen das Reisebüro „Anadol“ und seine Kunden zu. Ein Dutzend Türken wurden verhaftet. Ein paar der kleineren Bandenmitglieder gestanden. Die Reisebüro-Gang hatte fast einen Zentner Heroin in die Bundesrepublik geschmuggelt.

Neben den Großhändlern, die aus persönlicher Geldgier Heroin vertrieben, waren aber auch noch andere Leute in das Drogen-Geschäft eingestiegen. „Wir haben in letzter Zeit immer wieder Hinweise erhalten“, erklärte der Rauschgift zuständige Leiter des Kriminaldirektor beim Bundeskriminalamt, Erich Strass, „daß auch rechtsextremistische Türken hinter dem Heroin-Handel stehen.“

In der Türkei gibt es zwei ultrarechte Parteien: Die „Nationale Heilspartei“ (MSP) und die „Nationale Bewegungspartei“ (MHP). Beide haben ihre Anhänger in der Bundesrepublik in Hunderten von Vereinen straff organisiert.

Die deutsche Tarnorganisation der faschistischen MHP sind die „Grauen Wölfe“. Diese 20 000 Mitglieder starke Organisation kümmert sich nach außen hin nur um kulturelle und religiöse Belange. In Wirklichkeit unterstützen sie auch terroristische Anschläge gegen sozialdemokratische Politiker in der Türkei.

Mitglieder der „Grauen Wölfe“ hatte der türkische Nachtclub-Besitzer Ismail Cakir als Leibwache, als er 1979 von Berliner Rauschgift-Fahndern hochgenommen wurde. Cakirs Nachtclub „Efes“ in der Schöneberger Hauptstraße war den Heroin-Jägern bereits lange Zeit als Umschlagplatz bekannt. Im Januar 1978 hatte die Westberliner Kripo ein Großhändler-Treffen im „Efes“ beobachtet, doch als sie später zusehung, fand sie nur ein kleines Briefchen Heroin. Die Berliner Fahnder beobachteten das Treiben im „Efes“, weiter aus der Entfernung, und im Juli 1979 waren sie erfolgreicher. Gestützt auf die Aussagen zwei kleinerer Heroin-Handler aus dem Gefängnis, nagelten sie den „wichtigsten Heroinhändler Berlins“ (so ein Polizeisprecher) fest.

Bei der damit verbundenen Beschlagnahmeaktion fanden die Polizisten auch einen Ordner mit Quittungen. Danach hatte Cakir in den letzten fünf Jahren rund 500 000 Mark unversteuert an Geschäftspartner und ultrarechte Türkenevereine überwiesen.

Genährt wurden die Mutmaßungen über die Verbindung zwischen Heroingeschäft und rechtsextremistischen Parteien auch durch die Verhaftung des 58-jährigen Heroin-Händlers Halit Kahraman im Oktober 1978. Kahraman war der Chef des in Duisburg angeklagten türkischen Gastarbeiters Gündüzhah gewesen und mit diesem zusammen verhaftet worden. In Kahramans Wagen fand die Kripo 3,5 Kilo Heroin. Kahraman belastete bei seiner Aussage vor der Polizei einen türkischen Politiker schwer - Necmettin Erbakan.

Erbakan war bis 1977 Stellvertreter Vize-Premier gewesen und ist heute Vorsitzender der Nationalen Heilspartei MSP. Das ist nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes eine rechtsextremistische Organisation, die auch für blutige Terroranschläge in der Türkei verantwortlich gemacht wird.

Der ehemalige MSP-Abgeordnete Kahraman sagte vor der deutschen Polizei folgendes aus: Mitte August begab ich mich zur Parteizentrale der MSP in Ankara. Als ich Erbakan in dem Büro antraf, machte er mir im Verlauf des Gesprächs folgendes Angebot: „Er könne mir Heroin verkaufen. Er sagte, daß man damit in Deutschland viel Geld verdienen könne. Erbakan erklärte mir stundenlang vom Verkaufspreis pro Kilogramm Heroin 20 000 Mark zu. Ich fragte ihn, woher er denn das Heroin beziehe. Erbakan lachte und sagte, wer er denn eigentlich sei. Er sei nicht irgendwer, er sei doch kein Kleiner, man stelle das Heroin selber her.“

Doch auch nachdem Kahraman hochgegangen war, passierte Erbakan nichts. Das deutsche Ermittlungsverfahren gegen ihn wurde eingestellt. Möglicherweise wird Erbakan demnächst wieder türkischer Vizepremier, wenn sich der sozialdemokratische Ministerpräsident Ecevit nicht mehr halten kann.

Bis jetzt kann das Bundeskriminalamt vor Gericht nicht beweisen, daß türkische Extremisten Waffen und Anschläge aus dem Rauschgift-Business finanzieren, denn die Tipgeber trauen sich nicht, vor Gericht auszusagen. Sie fürchten die Hinrichtung durch Feme-Kommandos.

Deshalb schnitt sich auch der Kahraman-Komplex Gündüzhah im Duisburger Gerichtssaal die Kehle auf. Und nachdem der Berliner Nachtclub-Chef Ismail Cakir verhaftet worden war, ging bei seiner Anwälte ein anonymes Schreiben ein: „Er braucht sich nicht auf die Milde der deutschen Gerichte verlassen. Sollte man ihn an die Türkei ausliefern, wird er dort mit dem Tode bestraft werden. Dank unserer guten Verbindungen haben wir das schon mit der türkischen Staatspolizei ausgehandelt.“

Die türkische Staatspolizei ist ebenso wie der Zoll, der Geheimdienst und ein Großteil der türkischen Ministerialbürokratie in der Hand der Ultrarechten.

Drei Zentner Stoff im Diplomaten-Wagen

So konnte es auch kommen, daß im Sommer 1977 der „größte Heroin-Hersteller der Türkei“ (Berliner Kripo), İzzet Sarıyar, nach vier Wochen Haft in Ankara eine persönliche Amnestie bekam. „Da dürfen doch wohl Spekulationen über den politischen Hintergrund erlaubt sein“, so der Berliner Rauschgift-Fahnder Hartmut Kellner zum STERN.

Sarıyar war seit einem Jahrzehnt der fähigste Heroin-Chemiker in der Türkei gewesen. Er hatte die neuen Küchen in der Türkei aufgebaut und ein chemisches Verfahren zur Herstellung von Heroin erfunden, das dem Bundeskriminalamt noch heute Respekt abnotigt.

Sarıyar, in der Branche als „Dr. İzzet“ bekannt, hatte schon Ende der 50er Jahre für den Heroin-Nachschub über Marseille nach den Vereinigten Staaten gesorgt. Er wußte beispielsweise davon, daß der rechtsradikale MHP-Senator Kudret Bayhan mit einem Diplomatenpaß und 146 Kilogramm Rohopium in einem Auto unterwegs war, als er 1972 auf dem Wege nach Marseille von der französischen Polizei geschnappt wurde. Wert des Giftes im Diplomaten-Wagen: rund 100 Millionen Mark.

Als „Dr. İzzet“ immer öfter Nachrichten erhielt, daß die von ihm geschickten Transporteure in deutschen Gefängnissen landeten, wollte er sich selbst um den deutschen Millionen-Markt kümmern. Er reiste im Dezember 1977 in die Bundesrepublik ein. Mitte Februar 1978 verhaftete ihn die Frankfurter Kripo im Hotel „Apollo“ auf Zimmer 53 um zwei Uhr nachts.

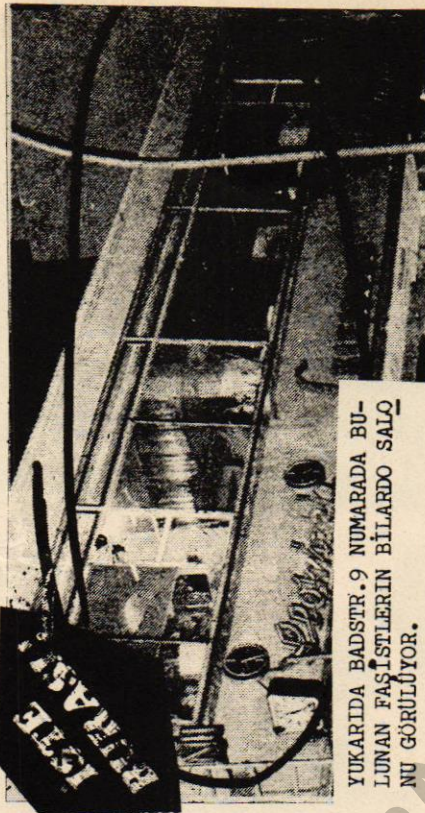
„STERN“-Artikel von Gaby Weber und Peter Neuhauser vom 15.10.79



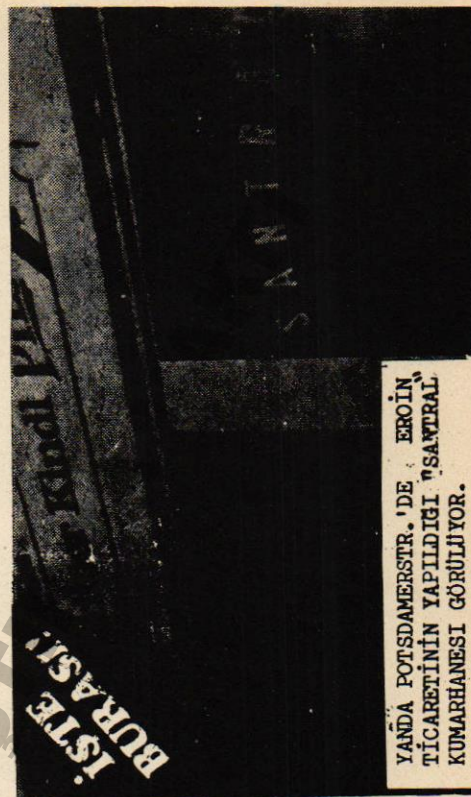
Ismail Cakir
Sein Neffe
Nisazi Cakir



Ismail Cakir, der Besitzer des FHS, eines türkischen Nachtclubs in der Schöneberger Hauptstraße und Besitzer eines Exportgeschäfts in der Potsdamerstr., wurde mit seinem Neffen wegen Heroinhandels verhaftet. Als Kellner stellte er bekannte türkische Faschisten ein. Bleibt die Frage, ist Heroinhandel eine Einnahmequelle für die türkischen Faschisten. Ein MHP-Abgeordneter wurde vor wenigen Jahren in Frankreich festgenommen — ebenfalls wegen Heroinhandels!



YUKARIDA BADSTR. 9
NUMARADA BULUNAN
FAŞİSTLERİN BİLARDO SALONU
GÖRÜLÜYOR.



YANDA POTSDAMERSTR. 'DE EROİN
TİCARİTİNİN YAPILDIĞI 'SAVTRAL'
KUMARHANESİ GÖRÜLÜYOR.

Chronologie des Auftretens der „Grauen Wölfe“ in Westberlin



DER TOTE AUF DEM BEYAZITPLATZ

ort liegt ein Toter,
in Junge von neunzehn Jahren,
unter den Sternen bei Nacht,
in Tage unter der brütenden Sonne
auf dem Beyazitplatz in Istanbul.

in Toter liegt dort,
in der Hand ein Lehrbuch und einen Traum,
— er träumte ihn kaum —
cunzehnhundertsechzig im Wind des April
auf dem Beyazitplatz in Istanbul.

ort liegt ein Toter,
den man erschöß,
und das Blut, das aus seiner Wunde floß,
blühte wie eine rote Nelke auf seiner Stirn
auf dem Beyazitplatz in Istanbul.

in Toter liegt dort,
und sein Blut wird solange in die Erde rinnen,
bis die Männer meiner Nation in Waffen
mit Freiheitsliedern
den mächtigen Platz zu erobern beginnen.

BEYAZIT MEYDANINDAKİ ÖLÜ

Bir ölü yatıyor
ondokuz yaşında bir delikanlı
gündüzleri güneşle
geceleri yıldızların altında
İstanbulda Beyazit meydanında.

Bir ölü yatıyor
ders kitabı bir elinde
bir elinde başlamadan biten rüyası
bin dokuz yüz altmış yılı nisanında
İstanbulda Beyazit meydanında.

Bir ölü yatıyor
vurdular
kurşun yarası
kızıl bir karanfil gibi açmış alnında
İstanbulda Beyazit meydanında.

Bir ölü yatacak
toprağa şıp şıp damlayacak kanı
silâhlı milletim hürriyet türküleriyle gelip
zaptedene kadar
büyük meydanı.

N. Hikmet

Graue Wölfe/MHP-Veranstaltung in der „Neuen Welt“

Veranstaltung von 800 Türken und etwa 50 „Grauen Wölfen“.

„In der Vorhalle stolzierten mit ‚Graue Wölfe‘-Abzeichen besteckte Nadelstreifenanzüge herum. Auf dem Büchertisch lagen ein paar Pfund-sagen-wir-Literatur. Unter anderem die ‚Notizen für einen Idealisten‘ des MHP-Ideologen Necdet Sevinç: ‚Das Ziel ist, den nationalen Staat zu gründen, der für ein paar Haare eines Türken die ganze Welt opfern wird.‘ Noch eine Textprobe: ‚Ein türkischer Nationalist kann den Frieden nur dann lieben, wenn er ein Mittel für neue Kriege wird und sonst niemals!‘ (Extra-Dienst, 28.7.78). Die Veranstaltung begann mit ‚Grüße(n) von unserem Führer Alparslan Türkeş‘ und ‚Grüßen der tapferen Grauen Wölfe, die ihr Leben im heiligen Kampf für eine große Türkei gegeben haben!‘ (ED, 28.7.78).

Anschließend wurden Berichte von der Heimatfront gegeben und sich Mut gemacht: ‚Der jüdische Bluteigel, die griechische Laus, das rote Ungeziefer, sollen Angst vor uns haben!‘ (Berliner Stimme-SPD, 22.7.78).

Als Redner traten der Vorsitzende des „Türkischen Jugendverbandes“ (Türk Genç) in Westberlin, FIKRET SAHIN und LOKMAN KONDAKCI auf.

Kondakci ist Gründer und Vorsitzender des europäischen Dachverbandes der türkischen Faschisten, der „Türk Federasyonu“, und persönlicher Auslandsreferent des türkischen Faschistenführers Türkeş.

Anwesend auf der Veranstaltung waren außerdem IHLAN HANCER, Vorsitzender des Westberliner „Büyük Ülkü Denergi“ (Großer Idealverein) und Generalsekretär der „Türk Federasyonu“.

(Alle Angaben nach Extra-Dienst, 28.7.78 und Berliner Stimme, 22.7.78).

Obwohl nach Artikel 20 (2) der Westberliner Verfassung „Rassenhetze und Bekundung nationalen und religiösen Hasses“ unter Strafe zu stellen ist, ist uns von der Absicht, die Veranstaltung zu verbieten oder die Organisatoren zu bestrafen, nichts bekannt.

‚Graue Wölfe‘ heulen weiter

Rechte Türken in Berlin

Mit strammer Haltung und dumpfem „Kriegsgesang“ machten sich etwa 50 Mitglieder der rechtsradikalen türkischen Organisation „Graue Wölfe“ Mut: „Der jüdische Bluteigel, die griechische Laus, das rote Ungeziefer sollen Angst vor uns haben!“ Redner gaben den 800 versammelten Gastarbeitern die neuesten Kriegsberichte von der Heimatfront und versprachen, ihr Blut fließen zu lassen für die heilige Sache.

Die Veranstaltung in der „Neuen Welt“ am 15. Juli war allerdings ganz anders angekündigt worden: für 10 Mark Eintritt sollte türkischen Bürgern ein Folklore-Programm geboten werden. Gastgeber war ein türkischer Jugend- und Studentenverband. Türkische Journalisten waren nicht zugelassen, das Fotografieren der „Wölfe“ war verboten.

Das Gastarbeiter zu politischen Veranstaltungen mit Folkloreversprechungen gelockt werden, ist nicht neu. Neu allerdings war der Auftritt Lokman Kundakci, des Führers der neugegründeten Föderation aller rechts-extremen türkischen Tarnvereine in Westeuropa. Am 18. Juni dieses Jahres hatten sich 64 von ihnen mit insgesamt 22 000 Mitgliedern in Frankfurt zusammengeschlossen, 38 weitere sollen folgen. Drei von ihnen haben ihren Sitz in Berlin:

○ Die „Türk Genç“, deren Vorsitzender Fikret Sahin die Zeitung „Der dritte Weg“ herausgibt;

○ Die „Türk Ocagi“, die einst vom „Grauen Wolf“ Osman Nuri Kurt gegründet wurde. Kurt war Betriebsrat bei Siemens;

○ Der „Große Ideal-Verein“, ein extremer Ableger des schon genügend extremen „Orcagi“. Dessen Vorsitzender ist İhna Hancer, der gleichzeitig Generalsekretär der neuen Föderation ist.

In den Namen der rechten Vereine sind meist die Begriffe „Kultur“ oder „Ideal“ enthalten, Tarn- und Schlüsselwörter für die faschistische Partei des türkischen Blut- und Bodenführers

Türkeş. Offizieller Zweck der Vereine in der Bundesrepublik: Kulturelle und soziale Betreuung der türkischen Landsleute. Für den Führer Kundakci sind dies aber nur „Tagesprobleme“ — eigentlicher Zweck des Kampfes Befreiung der Türkei von Kommunisten und Sozialdemokraten.

Mit der Neuformierung rechtsradikaler Bünde in der Bundesrepublik scheint eine neue Runde im inner-türkischen Kampf auf deutschem Boden eingeleitet zu sein. Während der Amtszeit der reaktionären Demirel-Regierung konnten sich Türkeşs Fußtruppen mehr oder minder offen auch hierzulande politisch betätigen: Noch im Januar beispielsweise ließen zwei türkische Lehrer im Berliner Staatsdienst ihre Schüler an Weddinger Schulen vor einem Türkeş-Bild jeden Morgen stramm stehen. Seit der Sozialdemokrat Ecevit in der Türkei die Regierung übernommen hat, müssen sich die Extremisten in den Untergrund zurückziehen.

Den „Grauen Wölfen“ ist die Rolle zugeordnet, im Kampf um die Türkei die „Deutschlandfront“ zu halten — wenn es sein muß auch mit Gewalt.

Paul Glaser

aus „Berliner Stimme“ 22. Juli 1978

★ ★ ★

September 1978

„Im September 78 wurden Zeitungsverkäufer des demokratischen Vereins (gemeint ist der ‚Verein der Arbeiter aus der Türkei e.V.‘)...in Berlin Wedding (Markt hinter dem Bezirksamt) bei der Polizei wegen angeblicher Schlägereien angezeigt und kamen mit der Polizei zum Vereinslokal, Bellermannstr., und haben sich in Anwesenheit der Polizisten auf türkisch darüber unterhalten, daß der ‚Chef‘ des Vereins (gemeint ist der 1. Vorsitzende Ali Dogan) umgebracht werde.“ (aus ‚Anzeige gegen drei rechtsextremistische Vereine‘, Frühjahr 79).

Wedding

★ ★ ★

Am türkischen Generalkonsulat am Kurfürstendamm, Ecke Joachim-Friedrich Str. wurde die Schmiererei angebracht: „Die Vorstandsmitglieder des Vereins, Bellermannstr. 17 werden umgebracht“. Diese Morddrohung ist vor allem gegen Ali Dogan gerichtet, dem 1. Vorsitzenden des „Vereins der Arbeiter aus der Türkei e.V.“ (alle Angaben nach „Anzeige gegen drei rechtsextreme Vereine“, Frühjahr 1979).

Von einer Ermittlung und Verurteilung der vermutlich rechtsextremen Täter ist uns nichts bekannt.

★ ★ ★

28.10.78

Kreuzberg

Veranstaltung mit dem türkischen Faschistenführer TÜRKES in der „Neuen Welt“ vor rund 2000 Anwesenden.

Bereits 4 Stunden vor dem Eintreffen von Türke, veranstalteten seine Anhänger eine Kundgebung auf dem Platz vor der „Neuen Welt“.

Als Türke um 16 Uhr in einem grauen Mercedes (Kennzeichen B-SW 330) in der „Neuen Welt“ eintraf, wurde er von einem frenetischen Haufen mit „Basbug Türke“- (Führer Türke) Rufen empfangen. Anwesend waren MHP-Spitzen aus der BRD und der Türkei, u.a. GÜN SAZAK, Organisator der „Grauen Wölfe“ in der Türkei, auf deren Konto 1978 über 800 politische Morde gingen. Sazak begrüßte die Westberliner CDU-Leute ULRICH BRINSA, sowie ECKEHARD LINDEMANN, Bezirksbürgermeister von Charlottenburg und den Fraktionsvorsitzenden der CDU Steglitz, HANS-JOACHIM LANGE.

LOKMAN KONDAKCI, Chef des europäischen türkischen Faschistendachverbandes „Türk Federasyonu“ sowie die Konsultslehrer AVUI KILIC (Neukölln) und ISMAIL GÜLER (Tiergarten) sorgen für die „innere Sicherheit“ der Faschisten vor den etwa 300 antifaschistischen Gegendemonstranten.

In seiner Rede bezeichnete Türke den sozialdemokratischen Regierungschef Ecevit als eine „Marionette der Kommunisten“. Er kündigte an, daß die „Kommunistischen Hunde“ zerschmettert werden.

Unter den Rufen „Führer Türke“ schloß er die Veranstaltung mit dem Hitler-Gruß.

Von Überlegungen des Innensenators, die Veranstaltung zu verbieten und die Organisatoren zu bestrafen, ist uns nichts bekannt. Im Gegenteil!

Dort, wo die „Grauen Wölfe“-Ordner nicht reichten, reihten sich Westberliner Polizisten ein, um die Gegendemonstranten in Schach zu halten! (Angaben nach „Berliner Stimme“, 4.11.78/„Zitty“, 17.11.78/„ÖTV-Dialog“, Dezember 78)

Bedenken des Innensenators ❖ Zusammenstöße befürchtet

Proteste gegen türkische Nationalisten-Veranstaltung

■ Zusammenstöße zwischen rechtsgerichteten Türken und Demonstranten befürchtet die Polizei bei einer Veranstaltung, die heute mittag in der „Neuen Welt“ in der Hasenheide stattfindet. Trotzdem konnte sich Berlins Innensenator Peter Ulrich (SPD) nach mehrstündiger Prüfung „trotz schwerer Bedenken“ nicht entschließen, die Kundgebung der rechtsradikalen türkischen „Partei der nationalistischen Bewegung“ mit ihrem Führer Alparslan Türke zu verbieten.

Eine Reihe von Protesterklärungen sind im Laufe der letzten Tage beim Innensenator gegen das Auftreten von Türke in Berlin eingegangen. Denn Türke gilt auch als Befehlshaber der „Grauen Wölfe“, die sich als rechte

Terror-Organisation sowohl in der Türkei als auch in der letzten Zeit in Deutschland hervortaten.

Der Berliner DGB nahm in einer Presseerklärung „mit Bestürzung zur Kenntnis, daß die rechtsradikale Par-

tei eine als folkloristische Darbietung getarnte Veranstaltung durchführen“ könne. Auch die Kreuzberger SPD protestierte.

Türkische Arbeiter- und Studentenvereine kündigten eine Gegendemonstration zur Türke-Veranstaltung an. Sie beginnt um 12 Uhr 30 am Hermannplatz und führt an der „Neuen Welt“ vorbei zur Yorkstraße.

Mehr als vier Stunden beriet Innensenator Peter Ulrich gestern Abend im Kreise seiner Fachbeamten über ein mögliches Verbot der Veranstaltung der Nationalisten zum Jahrestag der türkischen Staatsgründung. Er kam zu dem Schluß, daß es „für ein Verbot nach dem Versammlungsgesetz keine rechtliche Handhabe gibt, da die Veranstaltung im geschlossenen Raum stattfindet“. Die Polizei werde jedoch die Vorgänge aufmerksam beobachten und „Anhaltspunkte für strafbare Handlungen“, etwa der Völkerverhetzung, mit Hilfe der Straf- und Ausländergesetze beantworten.

Alparslan Türke, der sich auch als „Der Führer“ bezeichnen läßt, tritt auf politischen Veranstaltungen als „Beschützer des Islams und der nationalen Ehre der Türkei“ auf. Amnesty international berichtete 1976 über seine MHP-Partei: „Laut Zeugenaussagen und eigenen Veröffentlichungen ist es

das Ziel der MHP in der Bundesrepublik, den Kampf gegen die Linken in der Türkei hier fortzusetzen und die hier lebenden Türken gewaltsam auf die nationale Linie der MHP zu bringen.“

Um einem möglichen Verbot der Organisation in Deutschland zu entgehen, tarnen sich Türke Anhänger häufig als Arbeiter-, Religions- und „Idealisten“-Vereine. Nach der heutigen Veranstaltung in der „Neuen Welt“ reist Türke nach Dortmund weiter, wo morgen zu einer Versammlung zum türkischen Nationalfeiertag mehr als 15 000 Zuschauer erwartet werden.

MICHAEL BOHM

aus „Der Abend“, 28.10.1978



Türkes-Besuch

FÜHRER DER "GRAUEN WÖLFE" IN BERLIN !

Nach Zeitungsmeldungen kommt der Vorsitzende der türkischen faschistischen Partei MHP, Türkeş, nach Berlin, um am 28.10. um 14.00 Uhr in der "Neuen Welt" zu sprechen.

Wir haben bei den Behörden protestiert und den Verbot dieser Veranstaltung gefordert.

Die faschistische MHP entpuppt sich mehr und mehr als eine Bande, die Morde organisiert und ausführt. Hunderte von hinterhältigen Morden an Studenten, Arbeitern, Intellektuellen, Fortschrittlichen und Sozialisten gehen auf ihr Konto. Bombenanschläge auf Versammlungen, Maschinenpistolensalven in Volksmassen hinein, Verhetzung von Massen auf andere Teile der Bevölkerung und vieles mehr kennzeichnen die "politischen" Aktivitäten der MHP und ihrer Nebenorganisationen.

In mehreren Städten wird vom Staatsanwaltschaft gegen sie ermittelt. Mehrere Mörder sind gefasst worden, die zugegeben haben, mit bereitgestellten Waffen und auf Befehl Morde begangen zu haben.

Viele Mörder sind u.a. in die BRD geflüchtet. Sie tragen dazu bei, faschistische Aktivitäten zu entfalten. Sie stellen eine Gefahr nicht nur für fortschrittliche Arbeiter aus der Türkei, sondern gegen alle fortschrittlichen Kräfte dar. In einem Treffen mit Strauss Anfang Mai 78 hat Türkeş von ihm die Zusage bekommen, dass das politische Klima der BRD für sie günstiger gestaltet werden soll. Daraufhin gründeten die Faschisten eine Föderation, in der die einzelnen Vereine zusammengefasst wurden. Zur Zeit gibt es in Berlin 4 faschistische Vereine. Der Besuch von Türkeş ist ein Versuch, Berlin zu einem Zentrum türkischer Faschisten zu machen.

DAS MUSS VERHINDERT WERDEN !

Protestiert gegen den Auftritt des Mörders Nr. 1 der Türkei ! Fordert den Verbot der Veranstaltung ! Fordert den Verbot von faschistischen Organisationen und die Ausweisung der "Funktionäre"

DEM FASCHISMUS KEINEN FUSSBREIT !

KOMMT ZUR PROTESTKUNDGEBUNG : HERMANNPLATZ 28.10.78 12.30

DEMONSTRATION : " " " 14.00

Richtung Mehringdamm

Verein der Arbeiterjugend der Türkei e.V.

Kottbusser Damm 79 1-61 Tel.: 691 70 11

- Heftige Proteste gegen den Berlin-Besuch von Türkeş
- Türkeş traf sich heimlich mit verantwortlichen Politikern der CDU

- Türkeş, der den Ministerpräsidenten Ecevit als eine Marionette der kommunistischen Organisationen bezeichnete, meinte: 'Den letzten Staat der Türken werden wir nicht den Kommunisten überlassen.'

- Es wird berichtet, daß sich der Vorsitzende der MHP, Alpaşan Türkeş, dessen Besuch in Berlin heftige Proteste verschiedener Organisationen und Vereine hervorrief, heimlich mit den Verantwortlichen der Berliner CDU traf und u.a. mit dem Präsidenten des Berliner Senats, Peter Lorenz, gemeinsam Mittag gegessen hat.

Türkeş-Besuch stieß auf heftigen Protest vieler deutscher und türkischer Organisationen. DGB verwertete die Genehmigung der Türkeş-Veranstaltung als einen Ohnmachtsanfall der SPD-Verantwortlichen. Die türkischen Vereine antworteten mit Gegen-demonstrationen und Flugblättern auf diese Herausforderung der Grauen Wölfe.

Unter strenger Geheimhaltung traf Türkeş in Berlin ein. Genauso geheim war sein Treffen mit den CDU-Politikern, was in politischen Kreisen zu interessanten Deutungen führte. Nach den Gesprächen des Generalsekretärs der CHP, Mustafa Ustüdag, mit den SPD-Politikern, wird dieses Treffen von Türkeş mit der CDU als ein Versuch gewertet, sich in Deutschland einen Partner anzuschaffen. Beim Gespräch war Gün Sozak, ehemaliger Minister der Demirel-Regierung und stellvertretender Vorsitzender der MHP, mit anwesend.

Als sich Türkeş mit den CDU-Politikern traf, demonstrierten verschiedene türkische Organisationen vor der 'Neuen Welt'. Auf ihren Ruf 'Mörder Türkeş, Raus aus Berlin!' antworteten die MHP-Sympathisanten mit demonstrativem Beifall. Als Türkeş gegen 16.00 Uhr unter strengen Schutzmaßnahmen seiner Leute durch die Hintertür den Saal betrat, tobte der Saal mit 'Boşbüğ Türkeş (Führer Türkeş)!' Rufen.

Türkeş griff in seiner Rede heftig die Ecevit-Regierung an. Ecevit sei eine Marionette der kommunistischen Organisationen und die jetzige Regierung halte ihre Befehle von der TCP (Türkische Kommunistische Partei) und seiner Nebenorganisationen. Den letzten unabhängigen Türkenstaat werden sie den Kommunisten nicht überlassen. Ihr Kampf gelte dem Schicksal der türkischen Nation.

Den rasenden Beifall seiner Anhänger erwiderte Türkeş mit Hebung seiner rechten Hand. Nach seiner 25-minütigen Rede verließ Türkeş unter strengen Schutzmaßnahmen den Saal.

Die Polizei überließ den Ordnungsdienst weitgehend den etwa 100 grauen Wölfen, die Ketten bildeten, sogar den Verkehr regelten und Hautachen resuchern den Bowlingbahn den Zutritt verboten. Nur wo die Absperrung der Karate-Türken nicht reichte, reichten sich Deutsche Polizisten ein in die Kette, um das Häufchen linker Demonstranten in Schach zu halten.

Dem Mitarbeiter der BS wurde übriggend der Zutritt verweigert. Türken mit Ordnerplakette erklärten, die SPD weil ohnehin kommunistisch unterwandert, von Moskau gekauft, man wolle solche Leute nicht dort haben. Drei CDU-Mitglieder wurden dagegen als Ehrengäste begrüßt. Die Abgeordneten Lindemann und Brins sowie der Fraktionsführer der Steglitzer BVV Lange. Weil nun kein Christdemokrat fromm genug sein kann, um bei rechten Türken nicht als Ungläubiger zu gelten, wurde in der Vorstellung erklärt, auch sie glaubten an den einzigen Allah: in Beispiel für Ahnungslosigkeit: der Abgeordnete Lindemann erkundigte sich was denn den ewige Ruf 'Basbug' zu bedeuten habe und er soll, so wird berichtet zusammengezuckt sein, bei der Übersetzung 'Führer'.

aus 'Hürriyet', 30.10.78

Türkes-Besuch

Mündliche Anfragen

3. Abgeordneter
Krüger
(F.D.P.)

für die 96. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin
am 9. November 1978

Rechtsextremistische Veranstaltungen von Türken

Ich frage den Senat:

1. Wie beurteilt der Senat die Veranstaltung in der "Neuen Welt", in der der Chef der rechtsextremistischen türkischen Partei der Nationalen Bewegung aufgetreten ist?

2. Ist dem Senat bekannt, daß an dieser Veranstaltung auch Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin offiziell teilgenommen haben, obwohl in der Versammlung zu Gewaltanwendung und Terror aufgefordert worden sein soll?

Ausländische Rechtsextremisten in Berlin

Ich frage den Senat:

1. Welche Fälle sind aus diesem Jahr bekannt, in denen Repräsentanten rechtsextremistischer Parteien des Auslandes in Berlin an Veranstaltungen teilgenommen haben?

2. Ist es dabei zu nachweislichen Äußerungen oder Aktivitäten gekommen, die mit unserer Verfassung nicht vereinbar sind?

3. Ist dabei, und gegebenenfalls mit welchem Erfolg, Kontakt zu Vertretern des Berliner politischen Lebens gesucht worden?

4. Welche rechtlichen Handhaben hat der Senat, um gegen das Auftreten ausländischer Rechtsextremisten vorzugehen?

Punkt 3. Rechtsextremistische Veranstaltungen von Türken

13.25 Uhr

Auf die Frage - aha, hört, hört! (betr. CDU-Teilnehmer)

Ulrich: dem Senat sind 4 Veranstaltungen bekannt geworden. dabei handelt es sich ausschließlich um Veranstaltungen von Türken. Die 1. am 9.4., die 2. am 25.5. beide in der Neuen Welt.
Großer Idealer Kreis Türkische Kultur

1x 800 Teilnehmer
1 x 1.500 Teilnehmer

3. Veranstaltung in der Waldbühne - 3.200 Teilnehmer
daran haben ehemalige Abgeordnete und türkische Minister rechtsextremistischer Parteien teilgenommen.

In der Neuen Welt am 28.10.1978
wurde veranstaltet wegen des 55. Jahrestages der Gründung der Republik
MHP - Türkes - fanatisch, religiös, rechtsextremistisch
Es wurde sorgfältig geprüft, ob ein Verbot möglich war.
Für ein evtl. Verbot wurde Kontakt mit dem Minister des Inneren in Nordrhein-Westfalen aufgenommen

Türkes-Besuch

Nach den bisherigen Erkenntnissen wurde dort zwar nicht zur Gewaltanwendung und zum Terror aufgerufen, wie teilweise berichtet wurde. Infolge dessen habe ich ...

Zwischenfrage zu der Teilnahme der CDU-Abgeordneten.

Ich habe auch der Presse entnommen ...
Sie werden ~~xxxxxxx~~ Verständnis dafür haben, daß der Senat diese Vorgaben nicht zu kommentieren bereit ist.

Frage, ob der Senat den Führer-Gruß nicht als strafbare Handlung ansieht!

Ich habe gebeten, daß alle Aktionen, die dort stattgefunden haben sollen aufzuschreiben und die dann geprüft werden.

Schmitz: Können Sie bestätigen, daß als er noch gemeinsam mit ... die Regierung gebildet hat, mit der Regierung vertrauensvoll zusammen gearbeitet hat.

Lindemann: Kann der Senat bestätigen, daß andere Straftaten begangen wurden?

Kommentar zum Ausweichen des Senats überflüssig



Ein Kommando junger Türken sorgt mit erhobener Faust für aggressive Stimmung: „Die Grauen Wölfe kommen“.



Faschisten vor der ‚Neuen Welt‘. Im Vordergrund (3. von rechts an der Absperrung) steht Lokman Kundakci.





Faschisten vor der ‚Neuen Welt‘. Faschistenführer Türkcs im Auto. Die Autonummer ist B-SW 330. 25.11.1978 Wedding

Eine Gruppe türkischer Frauen beantragte einen Raum im Freizeitheim der „Arbeiterwohlfahrt“ in der Lützowstraße, um den türkischen Frauenverein „Türk Kadın“ zu gründen. Es kamen zunächst 5 Türkinnen und 10 Türken, einer von ihnen trug das Parteiabzeichen von der MHP des „Führers“ Türkcs. Eine Stunde später erschienen etwa 40 Mitglieder rechtsextremer türkischer Vereine mit einer Fahne, Flugblättern und Abzeichen der „Grauen Wölfe“, darunter der Führer von „Türk Genç“ FIKRET SAHIN (Wedding) und der Konsultslehrer ALI RIZA ERGÜN. Erst nach lautstarken Auseinandersetzungen und Rangeleien mit Mitarbeitern der AWO gelang es, die Faschisten hinauszudrängen. (alle Angaben nach ‚Berliner Stimme‘ v. 2.12.78)

Etwa vierzig „Graue Wölfe“ und deren Unterstützer haben am letzten Sonnabend versucht, in das gerade neu eröffnete Freizeitheim der Arbeiterwohlfahrt in der Lützowstraße einzudringen. Erst nach lautstarken Auseinandersetzungen und Rangeleien gelang es AWO-Mitarbeitern, die Rechts-Türken hinauszudrängen.

Der Vorfall verlief nach dem üblichen Tarn-Schema, aufgebaut auf die Unkenntnis der Deutschen: Eine Gruppe türkischer Frauen beantragte einen Raum im AWO-Haus, um eine Gründungsversammlung für einen Verein abhalten zu können. Es kamen aber nur fünf Türkinnen und etwa zehn Türken — einer von ihnen mit dem Parteiabzeichen der Rechtsextremen MHP des „Führers“ Türkcs. Eine Stunde später kam man dann zur Sache — etwa vierzig Mitglieder türkischer Rechtsvereine kamen mit Fahne, Flugblättern und Abzeichen der „Grauen Wölfe“ (alles Brüder und Verwandte der fünf Frauen, wie sie behaupteten); unter ihnen der Führer von „Türk-Gensch“, einem Verein mit Sitz in der Weddingener Voltastraße, der kürzlich als Mitveranstalter der Türkcs-Kundgebung in der „Neuen Welt“ auftrat, sowie der Konsultslehrer Ali Riza Ergün.

Graue Wölfe gründen neue Tarnvereine

Rechte Terroristen bitten in Deutschland um Asyl

Das Programm des neuen Frauenvereins „Türk-Kadin“ klingt harmlos mythisch. Die edlen türkischen Frauen werden aufgerufen, sich auf ihre eigentliche Rolle zu besinnen: Die Mutterschaft. Im Geiste der sagenhaften Urmutter Kutlu Hatun sollen sie ihre Kinder erziehen, „damit ihr später nicht die Mutter eines Vaterlandsverrätters seid“; mit Beschwörungen der islamischen Moral und des „rechten Weges“ endet das Programm.

Als Anschrift des Vereins wird ebenfalls Voltastraße 33 angegeben, wo „Türk-Gensch“ residiert. Im Büro dieses Vereins hängt eine große Wandkarte, auf der das türkische Reich noch von Wien bis Südrubland reicht; auch die Chronik des Nieder-

gangs ist darauf verzeichnet — letztes Glied in der Kette ist die jetzige Ecevit-Regierung. „Türk-Gensch“ gehören eine Reihe „Grauer Wölfe“ an.

Die Aktivitäten der rechten Vereine kommen nicht von ungefähr. Seit einer Woche sind die „Grauen Wölfe“ in der Türkei als terroristische Vereinigung verboten. Schon stellten einige von ihnen Asylanträge in Deutschland. Begründung: Sie würden von der sozialdemokratischen Ecevit-Regierung verfolgt. Die Vereine versuchen unter dem Deckmantel von Folklore- oder sozialen Beratungsangeboten unter ihren Landsleuten Anhänger zu gewinnen. Ab und zu rekrutieren sie ihren Nachwuchs auch mit Gewalt.

Die reaktionäre „Gerechtigkeitspartei“ des abgehalfterten ehemaligen türkischen Regierungschefs Demirel beschreitet in Berlin inzwischen ähnliche Wege mit derselben Tarnung. Zu ihrer Unterstützung wurde ein „Verein zum Schutze der türkischen Nationalisten“ gebildet. Die Gerechtigkeitspartei hatte in Deutschland bisher noch keinen Ableger.

Paul Glaser

aus ‚Berliner Stimme‘ v. 2.12.78

★ ★ ★

Der 1. Vorsitzende des ‚Vereins der Arbeiter aus der Türkei, e.V.‘ Ali Dogan wurde wiederholt anonym angerufen und bedroht mit den Worten: „Berlin wird euer Grab sein“. (Alle Angaben nach ‚Anzeige gegen drei rechtsextreme Vereine‘, 30.3.79). Von der Ermittlung der Täter und ihrer Bestrafung ist uns nichts bekannt.

★ ★ ★

Dezember 1978

Die Aufschrift „Berlin wird euer Grab sein“ ist an der Fabrikwand der AEG-Werke, Hussitenstr. angebracht. „Beerdigt“ werden sollen Mitglieder des demokratischen ‚Vereins der Arbeiter aus der Türkei, e.V.‘. (Angaben nach ‚Anzeige gegen drei rechtsextreme Vereine‘, 30.3.79).

★ ★ ★

26.12.78

Kreuzberg

Es wurden die Scheiben vom Laden des ‚Türkischen Demokratischen Arbeitervereins‘ in der Manteuffelstr. 102 eingeworfen. (Angabe nach ‚Extra-Dienst‘, 5.1.79/‚Spandauer Volksblatt‘, 16.2.79)
Von der Ermittlung und Bestrafung der vermutlich rechtsextremen Täter ist uns nichts bekannt.

★ ★ ★

Ende 1978/Anfang 1979

Westberlin

Gegen das Massaker von Faschisten in Kahramanmaras/Ost-Türkei haben alle türkischen demokratischen Vereine Demonstrationen durchgeführt. Ende 78/Anfang 79 erhielten sie zwei vervielfältigte Drohbriefe.

„Einer der Drohbriefe - ‚Wir werden Rache an euch nehmen‘ - war unterschrieben mit ‚Rache-Brigade‘ und CENGIZ AYAN (1). „Das verstärkt Gerüchte, daß sich der in der Türkei steckbrieflich gesuchte Ayan in der Bundesrepublik oder Berlin aufhält.“ (2). (Angaben nach ‚Berliner Stimme‘ (1), 17.2.79/‚Spandauer Volksblatt‘ (2), 16.2.79).

Rechte Drohbriefe gegen türkische Arbeitervereine

Fanatiker kündigen Racheakte gegen ihre Landsleute an

Der „Demokratische Arbeiterverein der Türkei“ in Kreuzberg und der „Kultur- und Hilleverein der Arbeiter der Türkei“ in der Schöneberger Manteuffelstraße erhielten Anfang Januar acht Drohbriefe. Wenige Tage vorher waren in dem Laden des Arbeitervereins in der Manteuffelstraße 102 die Fensterscheiben eingeworfen worden.

Einer der Briefe war unterschrieben mit „Freiheitskommandos der freien Türken“. Es hieß darin: „... werden in die Häuser der rechten und linken Roten Bomben legen. Wir werden unseren Kampf mit schärfsten Methoden weiterführen und euch Rote zur Strecke bringen. In Kürze werdet ihr von uns hören, ihr gottlosen Kommunisten! Mit der Kraft, die Allah uns verleiht, werden wir an die Sache gehen und euch auf den richtigen Weg bringen oder wir werden eure Leichen auf die Straßen schleppen.“

Grund für diesen „Warnbrief“ an die „Anhänger des demokratischen Arbeitervereins“: „Eure Flugblätter über die Ereignisse im Kahramanmaras, die ihr in Spandau verteilt habt, haben uns, die türkischen Arbeiter, betrübt.“

In Kahramanmaras richteten „Graue Wölfe“, die Jugendorganisation der rechtsextremen „Partei der nationalistischen Bewegung“ (MHP) unter ihrem Führer und Hitler-Verehrer Turkesch, und aufgeputschte Anhänger Ende letzten Jahres ein Massaker unter den ihnen Links-Verdächtigen an, bei dem nach inoffiziellen Schätzungen 500 bis 600 Menschen ermordet wurden.

In einem anderen Drohbrief wird

ebenfalls auf den Protest gegen das Massaker Bezug genommen und dann nach wirren Worten angekündigt: „Wir werden Rache an euch nehmen.“ Unterschrieben ist der Brief mit „Die sich zum Türkentum bekennende Rachebrigade / Cengiz Ayhan.“

Das verstärkt die Gerüchte, daß sich der in der Türkei steckbrieflich gesuchte Ayhan in der Bundesrepublik oder Berlin aufhält. Die „Rachebrigade“ wurde im Sommer letzten Jahres in Kahramanmaras ausgehoben — gleichzeitig mit der „Armee zur Feltung der gefangenen Türken“ (ETKO), deren Ziel die „Heimführung aller in der Welt lebenden Türken ins Großtürkische Reich“ war. Führer der ETKO war der Sohn des MHP-Abgeordneten der Stadt Kahramanmaras, Jusuf Öztas, der für das Massaker als verantwortlich gilt.

Kommentar der bedrohten türkischen Arbeitervereine: „Sowohl in der Türkei, als auch in der Bundesrepublik und West-Berlin haben die Aktivitäten der MHP und ihrer Tarnorganisationen zugenommen, hier besonders seit Turkeschs letztem Besuch Ende Oktober 1978.“

H. J. B.

Spandauer Volksblatt

16. FEB. 1979

Drohbrief I (Übersetzung)

Seien wir bereit zum Kampf gegen diejenigen, die aus K. Maras, Sivas, Elazig, Malatya, Kars, Adana und Istanbul ein Meer von Blut gemacht und unser Volk barbarisch ermordet haben, die roten Imperialisten, die Revisionisten der neuen Zaren.

Das Blut der Moslems, das in K. Maras geflossen ist, wird euch alle von der Weltoberfläche hinwegschwemmen. Ihr alle, Agenten und Söldner der Revisionisten der neuen Zaren, werdet eines Tages überall nach Löchern suchen, um euch zu verstecken. Die Verbündeten des Grabgespenstes Mao mit seinen vorstehenden Zähnen und die CIA werden euch nicht retten können. Bis jetzt habt ihr eure Taten vertuschen können: Ihr habt die Aleviten aufgehetzt, daß sie mit dem Feuer ihrer Zigaretten die Haut der Moslems verbrennen, ihr hindert die Moslems am Fasten und habt 1.200 erschießen lassen.

Ihr habt einen künstlichen Faschismus geschaffen. Endlich sieht man euer blutiges Gesicht. Euer Bestreben, die Kurden, die der türkischen Rasse angehören, als eine andere Nation zu bezeichnen und einen Staat im Osten zu gründen, zusammen mit den Armeniern in Aktion zu treten, um das türkische Volk zu spalten, wird euch erwürgen.

Ihr könnt demonstrieren soviel ihr wollt, ihr könnt Flugblätter drucken soviel ihr wollt, ihr könnt Plakate kleben soviel ihr wollt. Das türkische Volk wird eines Tages den heiligen Krieg gegen euch alle führen. MIT (Anm.: türkischer Geheimdienst) weiß genau, daß ihr die befreiten Gebiete Tunceli (Anm.: Dersim, eine kurdische Provinz im Osten der Türkei) als Waffenlager benutzt und dort die prügeln den Guerilleros ausbildet. Die Antwort auf euren Guerillakrieg wird unbedingt der Konter-Guerillakrieg sein. Ihr müßt wissen, daß 45 Millionen des türkischen Volkes (Anm.: davon ca. 1/4 Kurden) Konter-Guerilleros sind. Ihr armen Betrogenen werdet für die Massaker zur Rechenschaft gezogen werden. Eure Angriffe in Deutschland werden Schritt für Schritt verfolgt.

Der einzige Führer, Demokrat, Freiheitskämpfer, der Retter des türkischen Volkes ist Türke. Eure Mäuler, aus denen Schimpfworte tropfen, eure Vereine, deren Schaufenster von euch mit schmutzigen Worten versehen werden, werden nicht verhindern, daß der Sieg denen gehören wird, die an den Islam glauben. Die Soldaten Mohammeds, des Größten, werden um Allahs Willen an euch für das geflossene Blut, Rache nehmen.

Seid ihr nicht diejenigen, die Elazig, Kars, Sivas, K. Maras und Malatya verwüsteten?

Der KGB verbreitet in Deutschland sowohl nazistische wie anti-nazistische Propaganda. Er spielt selber Nazi und unterstützt auf der anderen Seite den Anti-Nazismus. Ihr seid als KGB-Agenten sowohl Faschisten als auch Kommunisten. Ein Teil von euch wird von der CIA, von SAVAK und von KAWA geführt. Ihr betrügt illegale Arbeiter, gebt ihnen Geld, damit sie Flugblätter verteilen.

Ihr seid diejenigen, die überall die MHP angreifen. Es ist der Polizei bekannt, daß ihr diejenigen seid, die am Leopoldplatz am Markt 3 Werktätige, die Angehörige der MHP sind, mit 170 Leuten hinterhältig angegriffen und krankenhausesreif geschlagen habt. Glaubt ihr, daß ihr mit der Unterstützung von Menschenfressern aus Afrika und vom KGB das türkische Volk retten könnt?

Wir werden Rache an euch nehmen. Wir gehören mit Aleviten zusammen. Ihr braucht sie nicht aufzuhetzen. Es reicht! Ihr müßt endlich einsehen, daß es in der Türkei keinen faschistischen Terror, sondern nur kommunistischen Terror gibt. Ihr seid keine Demokraten. Ihr seid die Institutionen, die Feinde der Demokraten sind.

Alles für den Türken nach dem Bedürfnis des Türken.

Es lebe der wachsende Kampf des türkischen Volkes gegen die roten Faschisten.

Mögen Aleviten, Sunniten und Kurden einig sein.

Nieder mit den revisionistischen Agenten der Russen.

Der Weg des Türken

Die sich zum Türkentum bekennende Rache-Brigade

Cengiz Ayhan

intikam tugayından bir alevi Ali



Türkiye İşçi Gençlik Derneği
(Jugend verein)

Kottbusserdamm 79

1000-Berlin 61

Drohbrief II (Übersetzung)

Berlin, den 28.12.1978

AN DIE ANHÄNGER DES DEMOKRATISCHEN ARBEITERVEREINS!

Eure Flugblätter über die Ereignisse in K. Maras, die ihr in Spandau verteilt habt, haben uns, die türkischen Arbeiter, betrübt. Deshalb haben wir einstimmig beschlossen, euch diesen Warnbrief zu schicken.

Welche Meinung ihr auch vertretet, betrachten wir euch doch als Menschen. Dasselbe erwarten wir auch von euch. Die ersten Sätze eures Flugblattes beweisen, daß ihr parteilich seid. Ihr versucht, Menschen eures eigenen Blutes auf übelste Weise zu provozieren. Unser Vaterland wurde mit dem Blut unserer Vorfahren befreit. Dieses geschah nicht, um es ins Joch einer Supermacht zu treiben. Welche Meinung wir auch vertreten, so sollten wir dadurch nicht die Einheit unseres Landes und die Souveränität unserer Nation gefährden. In diesem Lande können alle Weltanschauungen im Rahmen der Gesetze diskutiert werden, die Gesetze dürfen nicht überschritten werden. Wenn man außerhalb dieser Gesetze agieren sollte, dann muß das auf demokratischem Wege geschehen. Nicht jedoch durch eine rote Revolution und gar nicht durch einen rechten Putsch.

Mit diesem Flugblatt wollt ihr erreichen, daß die Ereignisse in K. Maras auch hier wiederholt werden. Ihr wollt, daß rechts gegen links und Alevit gegen Moslem kämpft. Wir sind gänzlich gegen solche Vorhaben und wenn es sein muß, werden wir als gläubige Türken diese Handvoll von gottlosen roten Verrätern, die unser Land verkaufen wollen, eine Lektion erteilen. Es ist unsere Aufgabe, unseren Nachkommen ein gutes Erbe zu hinterlassen.

Die Urheber der Ereignisse in Maras können keine anderen sein, als die Roten, die unser Land ins Joch Rußlands bringen wollen. Sie kamen zusammen mit den alevitischen Mitbürgern, die Särge der beiden Lehrer tragend, mit roten Fahnen in die Moschee. Was suchen die Leichen der Menschen, die zu ihren Lebzeiten versuchten den Islam zu vernichten und die Moscheen zu zerstören, im heiligen Haus Allahs. Nicht einmal die Erde würde ihre Leichname annehmen. Schickt eure Leichen nach Moskau, da werden sie in Museen ausgestellt. Während ein Christ Hochachtung für die Gebetshäuser empfindet, wollt ihr Roten sie zerstören. Ihr müsst wissen, daß das Regime, das ihr euch so sehr wünscht, sich zuerst von solchen Dienern wie ihr säubern würdet. Geht nach Ostberlin und seht euch das an, ihr Islamfeinde mit gewaschenen Gehirnen. Es muß euch noch in den Kopf gehen, daß wir als ehrliche, gläubige, türkische Bürger dieses Landes euch nicht überlassen werden. Die Rechten werden es auch nicht bekommen. Die Türkei gehört den Türken und so wird es bleiben. Vergeßt das nicht, ihr Roten!

Glaubt ihr, daß eure Generation etwas Gutes für dieses Land, für die Menschheit bringt! Ihr Trottell! Ihr könnt nichts außer Blut riechen. Dieses Land, diese Nation werden wir bis zum letzten Blutstropfen gegen eure allseitigen Angriffe verteidigen. Dafür haben wir dem türkischen Volk unser Versprechen gegeben. Ihr verkauften, gottlosen Roten!

Falls in Westdeutschland und in Berlin solche provokatorischen Flugblätter weiterhin verteilt werden, werden wir in die Häuser der rechten und linken Roten Bomben einlegen. Wir werden unseren Kampf mit schärfsten Methoden weiterführen und euch Roten zur Strecke bringen. In Kürze werdet ihr von uns hören, ihr gottlosen Kommunisten!

Mit der Kraft, die Allah uns verleiht, werden wir an die Sache gehen und euch auf den richtigen Weg bringen oder wir werden eure Leichen auf die Straßen schleppen. Das ist unser gutes Recht! Ihr roten Vaterlandsverräter, mit euch sprechen wir, laßt den falschen Weg, sonst wissen auch wir nicht, wie euer Ende aussieht! Das ist die erste und auch letzte Warnung!

FRIEDENSKOMMANDOS
DER FREIEN TÜRKEN

Liebe Tazen!

LEBEN
WIE EIN BAUM
EINZIGARTIG UND FREI
UND WIE EIN WALD
BRÜDERLICH
DAHIN GEHT UNSERE SEHNSUCHT.

... das was hier in Berlin, an einem dieser warmen Nachmittage. Ich saß bei offenem Fenster am Schreibtisch im Türkenviertel des Weddings. Und plötzlich standen sie am Fenster, neun Türken, jünger als ich, sicher keines älter als 19. Der Älteste fragte mich, wozu ich das türkische Gedicht vor mir Fenster gehängt hätte. Ich hatte es in der Taz gelesen, auf Karton abgeschrieben und frage zurück: "Wieso? Was ist falsch an dem Gedicht?" - "Das ist kommunistisch", antwortete er, "das muß weg." - "Wir mögen keine Kommunisten" sagte einer, "Umbringen" an anderer. Ihre Haltung war nicht aggressiv, sondern von einer bedrohlichen Ruhe. Sie würden wiederkommen, wenn ich das Plakat nicht abnehme - und sie würden mich nochmal drinn bitten.

Ich hab's abgenommen, will mir nicht die Fenster einwerfen lassen. Ich weiß nicht, wie ernst die Drohung zu nehmen ist, aber ich will weiter hier im Wedding leben. Ich weiß nicht, wie stark der türkische Faschismus schon ist - aber ich sehe, daß die Ruhe trügt.

Martin Kevne
Gravestr. 18
1/65



17.3.79

Kreuzberg

Demonstration von 1300 Anhängern der reaktionär-faschistischen 'Islamischen Jugend' und des 'Türkischen Kultur- und Solidaritätsvereins'.

Die Teilnehmer konnten unter Polizeischutz offen zum 'Heiligen Krieg' gegen Andersdenkende aufrufen.

Gegen diese Zusammenrottung hatten mehrere demokratische türkische Vereine protestiert. Sie wiesen darauf hin, daß in der Türkei nach ähnlichen Vorfällen bei einem Massaker 200 Menschen ermordet wurden. Nach einem Verbot durch die Polizei, die die 'öffentliche Ordnung' gefährdet sah, genehmigte ein Verwaltungsgericht die Demonstration. (Angaben nach 'Tagesspiegel', 17./18.3.79, 'Berliner Morgenpost', 17.3.79, 'BZ', 17.3.79, 'Spandauer Volksblatt', 17.3.79, 'Wahrheit', 19.3.79).

Türkische Demonstration für „Heiligen Krieg“ verboten

Polizei befürchtete Gewalttaten — Hinweis auf Vorfälle in der Türkei

Der Polizeipräsident hat gestern eine für heute mittag angemeldete Demonstration der rechtsgerichteten türkischen 'Islamischen Jugend der Nationalen Sicht in Europa, Sektion Berlin' verboten. Die Teilnehmer wollten vom Hermannplatz zum Kreuzberger Heinrichplatz ziehen und zum 'Heiligen Krieg' (Dschihad) aufrufen. In der Türkei war es im vergangenen Jahr nach ähnlichen Aufrufen in mehreren Städten zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen gekommen. Das Verbot der Demonstration solle gewalttätigen politischen Auseinandersetzungen entgegenwirken, heißt es in einer Erklärung der Senatsinnenverwaltung und der Polizei.

In dem Aufruf der Demonstrationsveranstalter heißt es in einer kurzen deutschen Übersetzung des türkischen Textes: 'Du, Muslim, beteilige dich an der Demonstration zum Aufruf zum 'Heiligen Krieg'. Wir möchten auch dich beim Weltstreit zur Verbreitung von Allahs hochgeschätztem Namen von Herz zu Herz unter uns sehen. Alle Brüder, die sagen können, 'Gott sei Dank, ich bin ein Muslim', sind zu der Demonstration eingeladen...' Nach Schätzungen der Veranstalter wurden rund 1000 Teilnehmer erwartet.

Gegen diese Demonstration hatten mehrere türkische Vereine protestiert. Sie forderten ein Verbot und wiesen in einer Presseerklärung darauf hin, daß in der Türkei nach ähnlichen Aufrufen bei einem Massaker 200 Menschen ermordet worden seien. Die Demonstration stelle eine unmittelbare Bedrohung Andersdenkender dar und sei 'eine Volkshetze gegen die kurdische Bevölkerung'.

Auch die Senatsinnenverwaltung und die Polizei beziehen sich auf jene bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen des vergangenen Jahres. Es habe sich die konkrete Gefahr verdichtet, daß die Aktionen in der Türkei sich auf West-Berlin übertragen. In West-Berlin leben rund 85 000 Türken. Als Veranstalter der Demonstration gab sich gegenüber der Polizei ein 'Türkischer Kultur- und Solidaritätsverein' aus, der als Motto der Kundgebung nannte: 'Beistand für die Muslims in aller Welt'.

Mit der gestern veröffentlichten Entscheidung ist zum erstenmal in diesem Jahr eine Demonstration verboten worden. Letztmals geschah dies am 8. Dezember vergangenen Jahres. Eine Anti-Schah-Kundgebung war mit der Begründung untersagt worden, daß der vorweihnachtliche Einkaufsverkehr sonst zusammengebrochen wäre. (Tsp)

Der Tagesspiegel

17. MRZ. 1979

Um gewalttätigen politischen Auseinandersetzungen zwischen Türken in Berlin entgegenzuwirken, hat der Polizeipräsident eine für heute angemeldete Demonstration des 'Türkischen Kultur- und Solidaritätsvereins e. V.' verboten, die vom Hermann- zum Heinrichplatz in Neukölln führen sollte.

Wie der Innensenator und der Polizeipräsident gemeinsam erklärten,

Demonstration der Türken verboten

sei in Flugblättern, die als Einladung zu der Demonstration verteilt wurden, zum 'Heiligen Krieg' aufgefordert worden. Unter dem Vorzeichen des Aufrufs zum 'Heiligen Krieg' sei es im vergangenen Jahr in der Türkei zu gewalttätigen, bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen gekommen.

Die Gefahr der Übertragung dieser Auseinandersetzungen habe sich zu einer konkreten Gefahr für die öffentliche Sicherheit in Berlin verdichtet, erklärte die Polizei.

Wie das VOLKSBLATT berichtete, hatten kürzlich türkische Arbeitervereine Drohbriefe von radikalen türkischen Gruppen erhalten. In den Briefen waren Gewalttaten angekündigt worden, falls Protestaktionen gegen rechtsextreme Aktionen nicht unternommen würden.

'Spandauer Volksblatt', 17.3.79

„Heiliger Krieg“ verhindert

Berlin, 17. März

Innensenator Peter Ulrich und Polizeipräsident Klaus Hubner haben eine Türken-Demonstration verboten. Ab 13 Uhr wollten die Ausländer heute in Neukölln und in Kreuzberg zur Ausrufung eines 'Heiligen Krieges' in der Türkei aufrufen. Die Polizei befürchtete Krawalle.

'BZ', 17.3.79

Verwaltungsgericht hob Verbot türkischer Demonstration auf

Ohne Zwischenfälle verlief gestern eine Demonstration der rechtsgerichteten türkischen 'Islamischen Jugend der Nationalen Sicht in Europa, Sektion Berlin', die vom Hermannplatz zum Kreuzberger Heinrichplatz führte. Wie berichtet, hatten Senatsinnenverwaltung und Polizeipräsident die Demonstration, bei der zum 'Heiligen Krieg' aufgerufen werden sollte, verboten. Der Veranstalter legte jedoch Widerspruch ein, dem das Verwaltungsgericht gestern vormittag stattgab. Im Gegensatz zur Polizeibehörde sah das Gericht eine unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht. Die Polizei hatte bei der Begründung ihres Verbots erklärt, nach ähnlichen Aufrufen sei es in der Türkei zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen gekommen. An der Demonstration, die rund zwei Stunden dauerte, nahmen 1300 mit Transparenten versehene Personen teil. Das Motto der Demonstration lautete: 'Beistand für die Muslims in aller Welt.' (Tsp)

'TSP', 18.3.79

Die „Grauen Wölfe“ demonstrierten doch

Obwohl die für Sonnabend angemeldete Demonstration des reaktionär-faschistischen 'Verbands für Türkische Kultur und Solidarität' ursprünglich vom Innensenator verboten worden war, konnte diese aufgrund einer Entscheidung des Obergerichtes dennoch stattfinden.

Obwohl den zuständigen Behörden bekannt zu sein scheint, daß es sich bei dieser Organisation offensichtlich um die berüchtigten 'Grauen Wölfe' der türkischen faschistischen MHP-Partei handelt, konnte diese Zusammenrottung unter Polizeischutz offen zum 'heiligen Krieg' aufrufen. Sechs demokratische türkische Organisationen hatten zuvor darauf hingewiesen, daß mit derartigen Aufrufen zum 'heiligen Krieg' in der Türkei Mordaktionen vorbereitet werden, und die Behörden aufgefordert, diese Demonstration zu verbieten.

'Wahrheit', 19.3.79

Türkische Flugblattverteiler in Neukölln wurden von einer Horde von 40 Leuten mit Ketten, Schlagstöcken, Gummischläuchen usw. zusammengeschlagen. Es gab dabei 4 Verletzte.

Von Ermittlungen und Bestrafung der Täter ist uns nichts bekannt. (Angaben nach „Arbeiterkampf“ Nr. 153, 14.5.79)

★ ★ ★

30.3.79

Wedding

Auf den Laden des „Vereins der Arbeiter aus der Türkei e.V.“ in der Bellermannstr. 17, wurden um 0.35 Uhr zwei Schüsse abgefeuert, als dort 7 Leute Zeitungen verpackten. Die Geschosse blieben dicht neben dem Fenster in der Hauswand stecken und wurden aus einem langsam fahrenden Auto abgegeben.

Der 1. Vorsitzende des Vereins, Ali Dogan, stellte Anzeige gegen drei Vereine, die als MHP-Tarnvereine in Westberlin bekannt sind und Anzeige gegen Unbekannt.

Nach einer Mitteilung, die Ali Dogan daraufhin von der Polizei erhielt, ist es unsicher, ob die Staatsanwaltschaft von sich aus Anklage erhebt, da unsicher ist, ob dies im öffentlichen Interesse liegt.

Dem Verein in der Bellermannstraße wurde geraten, den „Privatklageweg“ zu gehen.

Von einer Ermittlung der Täter ist uns nichts bekannt.

(Angaben nach „Tagesspiegel“, 6.4.79/„Spandauer Volksblatt“, 6.4.79/„Anzeige gegen drei rechtsextreme Vereine“, 30.3.79/Presseerklärung des „Vereins der Arbeiter aus der Türkei e.V.“/Antwort der Polizei)

Nach zwei Feuerüberfällen: Strafantrag gegen Graue Wölfe

Schmiererei am türkischen Generalkonsulat: „Berlin wird Euer Grab sein“

Seit einigen Monaten häufen sich in der Bundesrepublik und West-Berlin gewalttätige Anschläge gegen Vereine der „Föderation türkischer Arbeiter in Deutschland“ (ATIV). Hinter diesen Anschlägen wird die Partei der Nationalen Bewegung des Alpaslan Türkeş (MHP), bekannt unter dem Namen „Graue Wölfe“, vermutet.

Gewalttätige Aktionen gegen Mitglieder der Föderation wurden bisher aus Rüsselsheim, Velbert, Stuttgart und Bremen gemeldet. Auch in Berlin kam es in den letzten zwei Monaten zu zahlreichen Angriffen.

Wie das VOLKSBLATT bereits berichtet hat, fielen in der vergangenen Woche im Wedding erstmals Schüsse gegen türkische Einrichtungen. Neben dem „Kultur- und Solidaritätsverein“ in der Burgsdorfstraße war der „Türkische Arbeiterverein“ in der Bellermannstraße Opfer der bewaffneten Anschläge.

Drei Monate zuvor ging an diese Vereine, wie berichtet, ein Drohbrief,

in dem es unter anderem heißt: „Wir werden unseren Kampf mit den schärfsten Methoden weiterführen und Euch Rote zur Strecke bringen. In Kürze werdet Ihr von uns hören, Ihr gottlosen Kommunisten! Mit der Kraft, die uns Allah verleiht, werden wir an die Sache gehen und Euch auf den richtigen Weg bringen oder wir werden Eure Leichen auf die Straße schleppen.“

Der Vorsitzende des „Türkischen Arbeitervereins“, Ali Dogan, stellte jetzt aufgrund des letzten Anschlages einen Strafantrag gegen drei rechtsextrem bekannte Organisationen der MHP: gegen den „Großen Kulturverein“, den „Türkischen Arbeiter- und Jugendverein“ und das „Türkenzentrum Berlin“. In der Strafanzeige werden Indizien angeführt, die nach Meinung Dogans und der ihn vertretenden Anwälte auf einen Täterkreis schließen lassen, der den benannten Organisationen angehört.

So sei Dogan von seinem MHP-Anhänger bei der Arbeit tätlich angegrif-

fen worden. Außerdem habe der türkische Arbeiterverein im Dezember letzten Jahres einen Drohbrief von den betreffenden MHP-Organisationen erhalten, in denen angekündigt wurde, daß die angeblich von Kommunisten in Karamanmarc getöteten Moslems von einem türkischen Rachekommando gerächt würden. Neben den wiederholten anonymen Anrufen mit der Drohung „Berlin wird euer Grab sein“, sei auch eine Schmiererei am Türkischen Generalkonsulat vom Oktober 1978 ein weiteres Indiz für den besagten Täterkreis. Dort war zu lesen: „Die Vorstandsmitglieder des Vereins Bellmannstraße werden umgebracht werden.“

Der „Türkische Arbeiterverein“ setzte sich bislang für ein Verbot der MHP-Organisationen ein. Weiter will er, wie auch die anderen Vereine der ATIV an die verantwortlichen Stellen der Bundesrepublik und West-Berlin appellieren, den in der letzten Zeit sehr zahlreich eingewanderten MHP-Anhängern kein Asyl zu gewähren.

Spandauer Volksblatt 6. APR. 1979

Schlüssé auf türkisches Geschäft Staatsschutz ermittelt

Zwei Schüsse gaben unbekannte Täter gestern morgen auf das Wedding'sche Geschäft eines 25jährigen Türken, Vorsitzender des sozialdemokratisch orientierten „türkischen Arbeitervereins“, in der Bellermannstraße ab. Die Kugeln schlugen in eine Wand ein. Die Schützen entkamen in einem Auto, dessen Lichter sie ausgeschaltet hatten. Die Ermittlungen wurden von der Abteilung Staatsschutz der Kriminalpolizei aufgenommen. (dpa)

THDB Berlin örgüt binası saldırıya uğradı

BERLİN, (Hürriyet) - Türkiye Halkçı Devrimci Birliği Batı - Berlin Örgütü kimliği bilinmeyen kişilerce saldırıya uğradı. Gece yarısı Oranien Str. 22'deki örgüt lokali camlarını çekiç darbeleriyle tuz buz eden saldırganların polisçe arandığı bildirildi.

Geçtiğimiz yıl da örgüt lokali giren kimliği belirlenemeyen kişilerin çeşitli yazı alemlerini çaldıklarını bildiren THDB - Batı Berlin Örgütü Genel Sekreteri Öğretmen Neşet Kaplan, „Şimdi ikinci kez saldırıya uğradık. Demokrasi düşmanı kişilerin yaptığı saldırıyla ilgili tüm ipuçlarını polise bildirdik. Di-

leğimiz suçluların biran önce yakalanmaları.“ şeklinde konuştu. Türkiye Cumhuriyeti'nin kurucusu Ulu Önder Mustafa Kemal Atatürk'le, Başbakan Bülent Ecevit'in de büyük boy fotoğraflarının asılı bulunduğu lokalin giriş kapısındaki camları kıran kişileri gören yurttaşlarımızın en yakın polis karakoluna veya Oranien Str. 22'deki örgüt lokali bilgi vermelerini isteyen THDB Genel Sekreteri Neşet Kaplan, „Demokrasi düşmanları gerek ülkemizde, gerekse yurt dışında halkımızdan, işçilerimizden layık oldukları cevabı alacaklar.“ dedi.

aus „Hürriyet“, 6.4.79

aus „Tagesspiegel“, 31.3.79

RECHTSANWALT

RAINER FROMMANN
WOLFGANG MEYER-FRANCK
LUTZ SEYBOLD
MICHAEL TSCHERCH
HELGA WULLWEBER
RECHTSANWÄLTIN

FROMMANN MEYER-FRANCK SEYBOLD TSCHERCH WULLWEBER
RECHTSANWÄLTE MALLERSTRASSE 104, 1000 BERLIN 65

Polizeipräsident in Berlin
Direktion 1
Pankstr. 23
1000 Berlin 65

Abschrift

Berlin, den 12. März 1979 (Matthias Woddert)
Einfach beschieden (Jahar Saban Emekcioglu)

Telefon: 461 10 14/5
Sprechstunden: Mo. Fr. 16. 17.30 Uhr, außer mittwochs
und nach Vereinbarung (Dienstag Mo. Fr. 10. 11.00 Uhr)

Postcheckkonto Berlin 826 13-102
Berliner Bank Konto Nr. 3 349 355 300

Bei Antwort bitte
angeben

Beglaubigt:

Rechtsanwalt

Namens und im Auftrag des Vereins der Arbeiter aus der Türkei, e.V.,
Bellermannstr. 17, 1000 Berlin 65, vertreten durch den 1. Vor-
sitzenden Ali Dogan, gleiche Adresse, Mieter des Ladenlokals in
obiger Anschrift (Vereinslokals) - Vollmacht füge ich bei -
erstatte ich wegen des auf obiges Vereinslokal verübten Feuer-
überfalls vom heutigen Tage, 0.30 Uhr,

STRAFANZEIGE

und stelle

STRAFANTRAG

aus allen infrage kommenden rechtlichen Gesichtspunkten.

Die Strafanzeige richtet sich gegen die dringend verdächtigen

1. noch unbekannten Mitglieder dreier als rechtsextrem bekannter
Vereine, die mit der berüchtigten faschistischen Organisation
MHP (Partei der Nationalen Bewegung des Alpaslan Türkeş) zu-
sammenarbeiten: (bekannt unter dem Namen "Graue Wölfe"):
 - 1.1 BüyüK Ulkü Dernegi (Großer Kulturverein
Ackerstr. 104, 1000 Berlin 65;
 - 1.2 Türk İsci Ve Gençlik Dernegi (Türkischer Arbeiter- und Jugend
Verein, Voltastr. 33, 1000 Berlin 65;
 - 1.3 Berlin Türk Ocagi (Türkenverein zum Berlin)
Wiener Str. 19, 1000 Berlin 36;
2. noch nicht bekannten Vorstandsmitglieder aller drei Vereine;
3. sowie gegen Unbekannt.

Die politische Gegnerschaft ergibt sich daraus, daß der anzeigende
Verein ein demokratischer Arbeiterverein ist und deshalb die oben
genannten faschistischen Organisationen in der Zeitschrift der
Föderation der Arbeitervereine, KÜcadele, im Rahmen einer Kampagne

mit dem Ziel eines Verbots dieser faschistischen Organisationen
bekämpft hat.

Ein Mitglied des Vereins zu 1), Saban Öcer, zu erreichen über das
Druckhaus Tempelhof, hat den ersten Vorsitzenden Ali Dogan, als
dieser noch an derselben Arbeitsstelle arbeitete, tödlich ange-
griffen - u.zw. aus politischer Feindschaft gegenüber der de-
mokratischen Gesinnung des Herrn Ali Dogan - und er wurde damit
bedroht, daß er ihn zur Rechenschaft ziehen werde. Dieser Vorfall
ereignete sich am 26.1.79 und ist gegenwärtig Gegenstand einer
arbeitsrechtlichen Auseinandersetzung vor dem Arbeitsgericht Berlin
Dogan ./.. Druckhaus Tempelhof -34 Ca 62/79-.

Im September 78 wurden Zeitungsverkäufer des demokratischen
Vereins des Anzeigenden in Berlin Wedding (Markt hinter dem
Bezirksamt) bei der Polizei wegen angeblicher Schlägereien
angezeigt und kamen mit der Polizei zum Vereinslokal, Bellermann-
str., und haben sich in Anwesenheit der Polizisten auf Türkisch
darüber unterhalten, daß der "Chef" des Vereins (gemeint mit
der 1. Vorsitzende Ali Dogan) umgebracht werde.

Etwa Anfang Oktober 78 war am Türkischen Generalkonsulat,
Kurfürstendamm, Ecke Joachim-Friedrich-Str., eine Schmiererei
angebracht: "Die Vorstandsmitglieder des Vereins, Bellermannstr.17,
werden umgebracht werden."

Im Dezember 78 erhielt der anzeigende Verein einen Drohbrief der
oben genannten faschistischen Vereine, in dem angekündigt wurde,
daß die angeblich von Kommunisten in Karamanmaraş getöteten Moslems
gerächt werden würden durch ein türkisches Raketenkommando. Ablichtung
dieses Drohbriebs anbei.

Der 1. Vorsitzende wurde wiederholt anonym angerufen mit der
Drohung: Berlin wird euer Grab sein. Dies ist auch als Schmiererei
an einer Fabrikwand der AEG, Hussitenstr. angebracht und kann heute
noch gelesen werden.

Es ist dringend an der Zeit, die notwendigen Schritte einzuleiten,
damit die in der Türkei bereits herrschenden Zustände (Hunderte
von politischen Toten während der letzten Jahre in wachsender Zahl)
nicht auch in Berlin und der Bundesrepublik geschaffen werden.

(Frommann)
Rechtsanwalt

Anzeige gegen rechtsextreme Vereine,
30.3.79

Antwort der Polizei ...

Ullrich 14 46/40523/79
(Dienststelle - Teilgenoss Nr.)

(Die Antwort Angabe dieses Aktenzeichens enthalten)

Herrn/Frau/Fräulein

Verein der Arbeiter aus der

Türkei

Berlin 65 (11),

Bellermannstr. 17

Tel. 405 - 1 App. 40 394
Anzeigender:

1. Vorsitzender des

Ali Dogan

Betr.: Anzeige gegen Unbekannt!

Es handelt sich um Sachbeschädigung an der Fensterscheibe.
Tatort: 1/65, Bellermannstr. 17

Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr!

Der angezeigte Sachverhalt stellt sich als Privatklagedelikt dar, bei dem die Staatsanwaltschaft nach Stellung eines Strafantrages, den Sie als Berechtigter innerhalb von drei Monaten nach Bekanntwerden der Tat und des Täters stellen können, nur dann Klage erheben wird, wenn dies im öffentlichen Interesse liegt.

Sofern der Tatbestand einer Körperverletzung gegeben ist, bei dem die Staatsanwaltschaft auch ohne Vorhandensein eines Strafantrages öffentliche Klage erheben kann, wird der Vorgang zunächst zur Entscheidung über das Vorliegen besonderen öffentlichen Interesses der Staatsanwaltschaft übersandt.

Unabhängig davon haben Sie jedoch die Möglichkeit, gemäß § 374 ff Strafprozeßordnung ohne vorherige Anrufung der Staatsanwaltschaft den Privatklageweg zu beschreiten. In diesem Fall wenden Sie sich bitte an den für den Wohnsitz des Beschuldigten zuständigen Schiedsmann.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Auftrag

SCHOSSE AUF VERSAMMLUNGSRÄUME TÜRKISCHER DEMOKRATEN UND PATRIOTEN!

Nach den Massakern der Faschisten in der Türkei, verschärfen die Faschisten ihre Angriffe auch in Westdeutschland und Westberlin auf türkische Demokraten und Patrioten. Denn der Kampf des türkischen Volkes gegen Ausbeutung und Unterdrückung wächst täglich.

Das Ziel der Faschisten ist, den Kampf der türkischen Demokraten und Patrioten in Westdeutschland und Westberlin zu zerschlagen. Zunächst überfielen sie Flugblattverteiler auf der Straße und verwickelten sie in Schlägereien. Jetzt gehen sie dazu über, auf Versammlungslokale der fortschrittlichen türkischen Massenorganisationen zu schießen..

So haben sie zuerst auf das Lokal des türkischen Arbeitervereins geschossen und drei Tage später auf die Räume des türkischen Kultur- und Solidaritätsvereins. Da sich die Schießereien nachts ereigneten, wurde niemand verletzt.

Heute schießen die Faschisten auf unsere Versammlungsräume, morgen auf unsere Wohnungen!

Um die Provokationen der Faschisten zurückzuschlagen, müssen sich die Demokraten und Patrioten zusammenschließen und ihre organisierte Kraft gegen die Faschisten ins Feld führen.

Arbeiter, Werktätige!

Zu den Überfällen der Faschisten dürfen wir nicht schweigen. Ihre Angriffe auf die demokratischen Organisationen sind Angriffe auf das türkische Volk, das in Westdeutschland und Westberlin für sein Brot arbeiten muß. Wir müssen unsere Wachsamkeit und Entschlossenheit verstärken. Alle Arbeiter und Werktätige, die den gerechten Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung unterstützen, müssen verhindern, daß die Schießereien der Faschisten weiter zunehmen.

Wir protestieren gegen die faschistische Schießerei auf den türkischen Kultur- und Solidaritätsverein und fordern Euch auf, diesen Protest zu unterstützen.

VERBOT ALLER FASCHISTISCHER ORGANISATIONEN!

Die Angriffe der Faschisten können den gerechten Kampf des türkischen Volkes nicht verhindern!

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Vorstand des Kultur- und Solidaritätsvereins, Burgsdorfstr. 13, 1-65
Eigendruck im Selbstverlag

3.4.79

Wedding

Mehrere Schüsse wurden in der Nacht vom 3.4.79 zum 4.4.79 auf die Schaufensterscheibe des türkischen ‚Berliner Kultur- und Solidaritätsvereins‘ in der Burgsdorfstraße abgegeben. Personen hielten sich glücklicherweise während des Überfalls nicht im Vereinslokal auf.

Die Abteilung ‚Staatsschutz‘ der westberliner Polizei hat angeblich Ermittlungen aufgenommen, war aber nach Angaben des Tagespiegels vom 6.4.79 „noch“ zu keinen Ergebnissen gekommen.

(Angaben nach ‚Tagesspiegel‘, 6.4.79/‚Spandauer Volksblatt‘, 6.4.79/‚Arbeiterkampf‘, Nr. 153 14.5.79)

Türkische Faschisten wollen Blutbad

Mit einer in der BRD bisher nicht bekannten Brutalität und Kaltblütigkeit sind türkische Faschisten („Graue Wölfe“) in den vergangenen Wochen gegen linke und demokratische Landsleute in Westberlin vorgegangen.

Nachdem am 24. März türkische Flugblattverteiler in Neukölln von einer 40köpfigen Horde faschistischer Schläger brutal mit Ketten, Schlagstöcken, Gummischläuchen usw. zusammengeschlagen worden sind, wobei es vier Verletzte gab, wurden Anfang April zwei türkische Vereinslokale beschossen und auf ein weiteres ein Brandanschlag verübt.

– Am 30. März wurden zwei Schüsse auf den Arbeiterverein ATIF in Wedding gefeuert, als dort sieben Leute Zeitungen verpackten. Die Geschosse blieben in der Hauswand dicht neben dem Fenster stecken und wurden aus einem langsam fahrenden Auto heraus abgefeuert.

– Der zweite Anschlag wurde am

4.4.79 auf die Vereinsräume von „Halkin Kurtulus“ am Leopoldplatz verübt. Hier waren es sieben Schüsse in das nicht besetzte Vereinslokal. Auch aus einem fahrenden Auto.

– Am 17.4. wurde versucht, die Vereinsräume eines weiteren fortschrittlichen türkischen Vereins in Brand zu stecken. Es wurde ein Brandsatz an der Tür befestigt, der aber rechtzeitig gelöscht werden konnte.

Antifaschistische Demonstration in Westberlin

Aus Anlaß der sich häufenden faschistischen Überfälle riefen alle fortschrittlichen türkischen Vereine in Westberlin sowie die „Antifaschistische Front“ und der KB zu einer Demonstration am 21.4. auf.

An dieser Demonstration beteiligten sich ca. 800 Antifaschisten, zum überwiegenden Teil Türken. Während

der Demo versuchten die Faschisten an mehreren Stellen die Demonstrationsteilnehmer zu provozieren, indem sie ihre Hetzparolen riefen und dabei auch noch von der Polizei geschützt wurden.

Nach der Demonstration erhielt ein fortschrittlicher türkischer Verein, den die Faschisten bisher noch nicht angegriffen hatten, mehrere telefonische Drohungen: „Als nächstes seid ihr dran“, „Wir beobachten euch ständig“ und „Wir werden auf jeden Fall auch morden“.

Wie ernst diese Drohungen zu nehmen sind, beweisen die Anschläge der letzten Wochen, die signalisieren, daß die türkischen Faschisten auch in der BRD nicht davor zurückzucken, ihre Bürgerkriegsstrategie zu verfolgen.

Türkei-Kommission

aus „Arbeiterkampf“, 14.5.79

4.4.79

Kreuzberg

Gegen Mitternacht wurden die Scheiben des Ladens des ‚Progressiven Volksvereins‘ (türkische Sozialdemokraten) in der Oranienstraße eingeschlagen.

Der Verein stellte Strafanzeige. Von einer Ermittlung der Täter ist uns nichts bekannt.

(Angaben nach ‚Flugblatt der Antifa-Front‘, 22.5.79)

10.4.79

Kreuzberg

Nachts wurde das Büro des ‚Bundes der Werktätigen aus der Türkei‘ in der Naunynstraße in Brand gesteckt.

Der Brand richtete zum Glück keinen großen Schaden an.

Von einer Ermittlung der Täter ist uns nichts bekannt.

(Angaben nach ‚Flugblatt der Antifa-Front‘, 22.5.79)

17.4.79

Es wurde versucht, die Vereinsräume eines fortschrittlichen türkischen Vereins in Brand zu stecken. Es wurde ein Brandsatz an der Tür befestigt, der aber rechtzeitig entdeckt und gelöscht wurde.

Von einer Ermittlung und Bestrafung der Täter ist uns nichts bekannt.

(Angaben nach ‚Arbeiterkampf‘ Nr. 153, 14.5.79)

Aus Anlaß der sich häufenden faschistischen Überfälle riefen alle westberliner fortschrittlichen türkischen Vereine, so wie die 'Antifaschistische Front' und der KB (Kommunistische Bund) zu einer Demonstration auf.

Während der Demonstration versuchten türkische Faschisten an mehreren Stellen die Demonstrationsteilnehmer zu provozieren, indem sie ihre Hetzparolen riefen. Dabei wurden sie von der Polizei g e s c h ü t z t !!!

(Angaben nach 'Arbeiterkampf' Nr. 153, 14.5.79)

★ ★ ★

22.4.79

Nach der Demonstration gegen die Überfälle türkischer Faschisten am 21.4., erhielt ein bisher verschonter fortschrittlicher türkischer Verein telefonische Drohungen: „Als nächstes seid ihr dran, wir beobachten euch ständig, wir werden euch auch ermorden.“

Von einer Ermittlung und Bestrafung der Täter ist uns nichts bekannt.

(Angaben 'Arbeiterkampf' Nr. 153, 14.5.79)

★ ★ ★

28.4.79

Wedding

Samstag Mittag wurden Flugblattverteiler des 'Berliner Kultur- und Solidaritätsvereins' von bewaffneten Faschisten am Leopoldplatz angegriffen. Mehrere Antifaschisten wurden schwer verletzt. Von einer Ermittlung der Täter ist uns nichts bekannt.

(Angaben nach 'Flugblatt der Antifa-Front', 22.5.79)

★ ★ ★

3.5.79

Kreuzberg

Im 'Berlin Türk Ocagi', Wiener Str. 19, fand eine von 100 Türken besuchte Feier 'Tag des Türkentums' statt. „Gefeiert wurde der 3. Mai 1944, der Tag, an dem der jetzige Vorsitzende der 'Nationalistischen Bewegungspartei' (MHP) und Chef der Killerkommandos 'Graue Wölfe', Türke, einen Rechtsputsch versucht hatte. Türke wurde verhaftet und ein paar Monate später von der deutschen Gestapo freundlich erwähnt. (Anm. d. Verf.: In einem Brief an das Auswärtige Amt). Gefeiert wurde also der Beginn des türkischen Faschismus (!).“

(Zitiert nach 'Neue', 15.5.79)

★ ★ ★

4.5.79

Kreuzberg

Auf dem Kreuzberger Türkenmarkt wurden 40 Mitglieder antifaschistischer Ausländergruppen von etwa 100 türkischen Faschisten angegriffen. Nach der Gebetsstunde in der benachbarten Mevlana-Moschee (am Kottbusser Tor) fielen die Anhänger der Partei MHP und NSP mit Schlagstöcken, Fahrradketten und langen Messern über die antifaschistischen Türken her, und verfolgten sie durch die Straßen. Nach Augenzeugenberichten dauerte die Schlägerei 20 Minuten. 15 Antifaschisten mußten mit z.T. schweren Verletzungen ins Krankenhaus. Die Polizei beobachtete die Auseinandersetzung von Beginn an, griff aber nicht ein. Erst auf Drängen einiger Türken wurden die Personalien von 10 Besuchern der Moschee festgestellt.

(Angaben nach 'TAZ', 10.5.79)

Türkische Faschisten greifen an

Berlin, 9.5. (taz). Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Ausländern werden in der Öffentlichkeit entweder totgeschwiegen oder als „Sippenstreit“ dargestellt. Solange Türken Türken verprügeln, kümmert sich keiner drum. Von den folgenden Vorfällen stand kein einziges Wort in der Presse - auch wir erfuhren erst jetzt davon.

Am letzten Freitag wurden rund 40 Mitglieder antifaschistischer Ausländergruppen auf dem Kreuzberger Türkenmarkt von Faschisten angegriffen. Nach der Gebetsstunde in der benachbarten Moschee fielen etwa 100 Anhänger der Rechtsparteien VMSP und MHP mit Fahrradketten, Schlagstöcken und langen Messern über die Mitglieder der Ausländergruppe her und verfolgten sie durch die Straßen. Nach Augenzeugenberichten dauerte

die Schlägerei etwa 20 Minuten. 15 Antifaschisten mußten mit z.T. schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden. Obwohl ein Polizist den Beginn der Auseinandersetzung beobachtete, griff die Polizei nicht ein. Erst auf Drängen einiger Türken stellte die Polizei die Personalien von 10 Besuchern der Moschee fest, aus der ein Teil der Angreifer gekommen war.

Einen Tag später drohten die Faschisten mit einem neuen Angriff. Wieder mit Fahrradketten und Schlagstöcken bewaffnet vertrieben sie linke Flugblattverteiler. Die Polizei sah seelenruhig zu, wie sie danach ihre Angriffswerkzeuge im Kofferraum verstaute.

Nach mehreren Anschlägen auf Büros von Ausländergruppen in den letzten Wochen waren dies die bisher brutalsten Angriffe von faschistischen Gruppen. Sie bestätigen die Befürch-

tung, daß sich unter dem Druck der politischen Verhältnisse in der Türkei immer mehr Faschisten und professionelle Schläger nach Deutschland absetzen und Berlin als Ausgangsbasis für verstärkte Aktivitäten nutzen.

Der Bericht von diesen Übergriffen hat mich ziemlich betroffen gemacht. Ich hatte bisher wenig wahrgenommen, wie sehr Angriffe von rechts - vor denen wir uns fürchten - für Türcinnen und Türken neben uns schon Realität geworden ist. Nachdenklich gemacht hat mich insbesondere die wohl richtige Einschätzung der Betroffenen, daß sie sich ohne Hilfe von Deutschen nicht gegen diese Welle von Gewalt schützen können. Schon allein unsere Beteiligung bei der Öffentlichkeitsarbeit kann für fortschrittliche Ausländer(innen) ein Schutz sein, denn bisher haben sich die Rechten aus politischen Erwägungen noch nicht getraut, auch Deutsche anzugreifen, um nicht ein Eingreifen der Behörden zu erzwingen.

200 wohlorganisierte türkische Faschisten überfielen mit Zaunlatten und Gummiknüppeln türkische Flugblattverteiler. An der Massenschlägerei nahmen 60 Personen teil, es gab 2 Verletzte. Bei den angreifenden Faschisten wurden Flugblätter der 'Islamischen Jugend' gefunden, die schon am 28. März auf einer Demonstration zum 'Heiligen Krieg' gegen Andersdenkende aufgerufen hatte. Die anrückende Polizei sah der Massenschlägerei zu, griff aber nicht ein. Auf Drängen von Antifaschisten wurden lediglich 2 Jugendliche festgenommen, gegen die nun wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt wird. Ob die beiden tatsächlich verurteilt werden, ist sehr fraglich.

(Angaben nach 'Neue', 15.5.79)

TÜRKISCHE RECHTSEXTREMISTEN VERPRÜGELTEN LANDSLEUTE

Polizei und Staatsschutz vergaßen sich zu bücken

Von Hans-Jürgen Blume

BERLIN/WEST. — „Allah! Allah!“ schreiend überfielen rund 200 rechte türkische Islam-Fanatiker am Freitag eine Handvoll maoistisch orientierter Landsleute, die im Westberliner Bezirk Kreuzberg Flugblätter verteilten. Die nach Augenzeugenberichten wohlorganisierte Ideologie- und Religionsmittlung per Zaunlatte und Gummiknüppel muß bei der angerückten Polizei das Gefühl ausgelöst haben, einem für exotische Völker bekanntlich typischen, mehr zwischenmenschlichen Temperamentsausbruch beizuwohnen.

Jedenfalls verhielt sie sich entsprechend. Nämlich so gut wie gar nicht. Man nahm lediglich zwei Jugendliche (15 und 17 Jahre jung) fest, gegen die wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt wird, registrierte 60 Beteiligte und zwei Verletzte. Eingang in den Polizeibericht fand die Massenschlägerei nicht als solche und schon gar nicht als politische.

Von der Möglichkeit, daß die Prügel mit politischem Ziel verteilt worden sein könnten, erfuhren KriPo und Staatsschutz erst von zwei Journalisten. Dabei wäre es für die Polizei nicht schwierig gewesen, sich selbst ein Bild vom politischen Hintergrund zu verschaffen — wenn sie etwa sich nach Flugblättern gebückt oder nichtbeteiligte Augenzeugen befragt hätte.

Gefunden hätte die Polizei dann gleiche und ähnliche Flugblätter zu denen, die die 'Islamische Jugend e.V. Berlin' (Skalitzerstr. 135, Berlin 36, Tel. 61 4705 54) schon am 17. März bei einer Demonstration zum Aufruf

zum 'Heiligen Krieg' und auch danach stehenden Moslems jeden Freitag Betstunde verteilt hatte. Die NEUE berichtete am 28. März über das schriftlich fixierte Feindbild des der fanatisch-religiösen rechten 'Nationalistischen Heilspartei' (MSP) nahestehenden Vereins: gegen Freimaurer, den 'russischen Faschismus' und den 'jüdischen Kapitalismus'.

Seit dem — dann wieder gerichtlich aufgehoben — Verbot dieser Demonstration gab es am Kottbusser Tor jeden Freitag — an diesem Tag jeweils werden Flugblätter verteilt — mit wöchentlich wachsender Beteiligung Streitigkeiten — bis zum vorläufigen Höhepunkt am 4. Mai.

Dem Überfall außerdem vorangegangen war am 3. Mai eine von rund 100 Türken besuchte Feier zum 'Tag des Türkentums' in den Räumen des 'Türk ocagi' in der Kreuzberger Wiener Straße 19. Gefeiert wurde der 3. Mai 1944, der Tag, an dem der jetzige Vorsitzende der 'Nationalistischen Bewegungspartei' (MHP) und Chef der Killerkommandos 'Graue Wölfe', Türke, einen Rechts-Putsch versucht hatte. Türke wurde verhaftet und ein paar Monate später von der deutschen Gestapo freundlich erwähnt. Gefeiert wurde also der Beginn des türkischen Faschismus. 'Türk ocagi' ist einer der drei Westberliner Mitgliedsvereine in der Europa-Föderation der türkischen Faschisten, die im letzten Jahr — immer 'Graue Wölfe'-Embleme zeigend — unter anderem den Großstadt-Trip ihres Bührers ('Basbug') Türke organisiert hatten.

Die Massenprügelei am 4. Mai zog sich hoch zum Kottbusser Tor, wo im 'Neuen Kreuzberger Zentrum' die der MSP nahe-

Die durch die Presse bekanntgewordenen, in letzter Zeit eskalierenden Aktivitäten der türkischen Rechtsradikalen beginnen langsam auch bislang vergebens gesuchte politische Reaktionen hervorzurufen: Die Bundesregierung gibt sich zumindest mal besorgt, geschehen am 8. Mai.

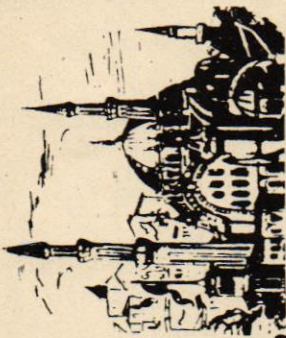
Für Westberlin interessant ist ein auf der SPD-Kreisdelegiertenversammlung (KDV) zu Zehlendorf am Tag der Massenprügelei bei einer Stimmenthaltung angenommener Antrag: 'Wir fordern den Senator für Inneres, Peter Ulrich, auf, jedes weitere Auftreten des türkischen Rechtsextremisten-Führers ... Alparslan Türke in Berlin und der Bundesrepublik zu verhindern.' Zugleich fordern sie 'die Auflösung aller zur Gewalt auffordernden extremistischen Organisationen, z.B. der Gruppierungen, Kulturvereine und Zeitschriften, die der MHP-Partei Türke's nahe stehen'. Der Innensenator möge 'entsprechende Verbote auch auf der Innenministerkonferenz' vorschlagen. 'Sozialdemokraten dürfen nicht gleichgültig bleiben, wenn die sozialdemokratische Reformregierung der Türkei in dieser Weise von extremistischen Gewalttätern auch von deutschem Boden aus gefährdet wird.'

Pointe: Der aufgeforderte Innensenator Peter Ulrich ist selbst Mitglied dieser KDV, ergriff zum Thema das Wort und stimmte für die Annahme des Antrags. Möge er das seinen Beamten erzählen.

aus 'Neue', 15.5.79



Veranstaltung des religiös-fanatischen „Islam Kultur Merkezi“. Offenbar mit Billigung des Charlottenburger Bezirksamtes konnte die Veranstaltung in den Räumen der Schiller-Oberschule, Schillerstr. 125-127 stattfinden.



BÜYÜK DİNİ KONFERANSA

DAVET.....

Senelerini İslâm'a feda etmiş Türkiyemizin çeşitli yerlerinde uzun yıllar resmi hizmetlerde bulunan eski İsparta, Tekirdağ, İst. Çatalca merkez vaizliklerinde bulunmuş ve halen İslâm Kültür Merkezi Münih ve çevresi baş imamı
DEĞERLİ DİN ADAMI

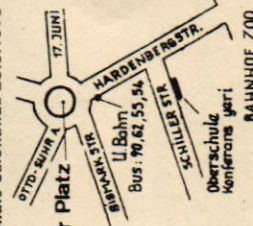
AHMET ŞİMŞEK

İSLÂM KÜLTÜR MERKEZİ SÜLEYMANİYE CAMİİ VE KUR'AN-I KERİM KURSUNUN
Davetlisi olarak Berlin'de Ernst - Reuter Platz' daki Schiller Oberschule Salonunda 20.5.1979
pazar günü saat 1400 de

BESERİYETİN KURTULUŞU :

İLİM, İMAN, İBADET ve İHLASDIR.

Konulu konferansını verecektir.



Ernst-Reuter Platz
Schiller Str. 125/127
1000 Berlin 12
U-Bahn Ernst Reuter Platz

SCHILLER OBERSCHULE
Schiller Str. 125/127
1000 Berlin 12
U-Bahn Ernst Reuter Platz

HANIMLAR İÇİN VAAZ-I NASHİHAT
Muhterem ilocamız 19.5.1979 Cumartesi saat 1500 de Hüttenstr. 3, 1000 Berlin 21 deki
SÜLEYMANİYE CAMİİ'nde yalnız hanımlara VAAZ-ı nashihatta bulunacaktır.

İSLÂM KÜLTÜR MERKEZİ
SÜLEYMANİYE CAMİİ ve KUR'AN-I KERİM
KURSU
İDARE HEYETİ

BÜTÜN MÜSLÜMAN HANIMLAR DAVETLİDİRLER.

Hüttenstr. 3
1000 Berlin 21
Tel.: 392 87 33

Ulaşım vasıtaları: U-Turmstr. Bus 1.23.24.70.72.89

4./5.7.79

Kreuzberg

In der Nacht zum 5. Juli wurde die Fensterscheibe des „Treff- und Informationsortes für türkische Frauen“ in der Lausitzer Straße eingeworfen.

Die Täter — türkische Jugendliche — wurden einen Tag später gesehen, als das faschistische „Berlin Türk Ocagi“ in der benachbarten Wiener Straße betraten. „Für die Polizei ist die zerbrochene Fensterscheibe lediglich ein Privatklagedelikt, an dessen Verfolgung kein öffentliches Interesse besteht“ („Courage“, September 1979).

Seit diesem Anschlag wird der „Treff- und Informationsort“ kontinuierlich von „Grauen Wölfen“ beobachtet.

Anschlag auf Treffpunkt für türkische Frauen



Wer kennt sie?

Faschisten vor dem „Treff- und

Informationsort für türkische Frauen“

Bereits zum zweitenmal innerhalb einer Woche wurden Scheiben einer Kreuzberger Beratungsstelle des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes eingeworfen. Nach Darstellung der Polizei, warfen unbekannte Täter in der Nacht zum Donnerstag gegen 23 Uhr mit Steinen auf zwei Fenster der Familienberatungsstelle in der Lausitzer Straße 6, in der auch ein „Treff- und Informationsort für türkische Frauen“ untergebracht ist.

Sozialarbeiterinnen, die im Rahmen eines Forschungsprojektes der FU in der Beratungsstelle arbeiten, vermuten, daß es sich hier um Aktivitäten rechtsradikaler Türken handeln könnte.

Von der zuständigen Polizeidirektion war zu erfahren, daß für den Verdacht der Frauen „keine handfesten Anhaltspunkte“ vorliegen. Derartige Vermutungen bestünden aber schon länger. Der Fall werde jetzt von der Kriminalpolizei weiter bearbeitet. ank

aus: „Spandauer Volksblatt“, 6.7.79

14.7.79

Tiergarten

Veranstaltung zur „Befreiung der gefangenen Türken“. Gemeint mit „gefangenen Türken“ sind türkische Minderheiten, besonders in der Sowjetunion, die „heim ins Reich“ geholt werden sollten. Veranstalter waren die westberliner MHP-Tarnvereine „Türk Genç“, Berlin Türk Ocagi“ und „Büyük Ülkü Derneği“. Es wurde der Film „Wann wird die Sonne wieder scheinen?“ (Güneş ne zaman dogacak?) gezeigt, der in der Türkei Anlaß für das Massaker von Kahramanmaraş war und seitdem verboten ist. „Inhaltlich propagiert der Film die Ideologie des „Turanismus“, der für ein Großtürkisches Reich „Turan“ in Analogie zum Großdeutschen Reich Hitlers eintritt. Der Film, sein „Held“ ist ein faschistischer Aktivist, fordert zu Gewalttaten gegen politisch Andersdenkende und hetzt gegen religiöse, rassische und politische Minderheiten“ („Neue“, 18.7.79).

Anwesend auf der Veranstaltung war der Chef des westberliner „Christlichen Gewerkschaftsbundes“ (CDU-nahe), Petrowski, und Mitglieder der faschistischen „Wiking-Jugend“.

Wegen der Veranstaltung war es zu Protestaktionen des „Initiativkomitees gegen türkische Faschisten“ und der Alternativen Liste gekommen. An einer Demonstration vor der „Taverne“ nahmen etwa 400 Antifaschist(innen) teil. Der Senat bzw. das Bezirksamt Tiergarten hielten es nicht für nötig die Veranstaltung zu verbieten, obwohl allein der faschistische Film den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt. Die Veranstaltung wurde von starken Polizeikräften vor den antifaschistischen Gegendemonstranten geschützt. (Angaben nach: „Neue“, 18.7.79, „TAZ“, 16.7.79, „Tagesspiegel“, 14.7.79, „Wahrheit“, 14. + 16.7.79, „Arbeiterkampf“, Nr. 159, 6.8.79)

Demonstration vor Versammlung türkischer Rechtsextremisten

aus „Tagesspiegel“, 14.7.79

Veranstaltung am Lützowplatz — Einstweilige Verfügung abgewiesen

Vom Verwaltungsgericht wurde gestern ein Antrag zweier Rechtsanwältinnen auf eine einstweilige Verfügung gegen eine türkische, rechtsradikale Veranstaltung in der „Taverne“ am Lützowplatz abgewiesen. Die Versammlung, die von dem Groß-Idolisten-Verein, dem Berliner Türkenverein und dem Studenten- und Jugendverein der Türken organisiert wird, soll heute um 18 Uhr beginnen. 1000 Teilnehmer werden erwartet. Die Alternative Liste Umweltschutz sowie die Initiative gegen türkische Faschisten hatte ein Verbot dieser Versammlung gefordert, deren Veranstalter nach Ansicht dieser beiden Gruppen zu den Tarnorganisationen der sogenannten Grauen Wölfe gehören.

Die Veranstaltung steht unter dem Motto „Befreiung der verbannten Türken“ beziehungsweise „Abend der gefangenen Türken“. Als „Gefangene“ bezeichnen rechtsradikale Gruppen in der Türkei in anderen Staaten lebende türkische Minderheiten, beispielsweise in dem zur Sowjetunion gehörenden Turkmenistan. Im Rahmen der heutigen Veranstaltung soll auch ein Film gezeigt werden, der in der Türkei selbst verboten ist. Er erfüllt nach Darstellung der Alternativen Liste den Tatbe-

stand der Volksverhetzung. Den drei Veranstaltern werfen die Alternativen vor, an mehreren Überfällen auf Flugblattverteiler beteiligt gewesen zu sein. Die Aufführung des Filmes wurde in Kiel gerichtlich verboten. Eine gleichartige Anordnung der Stadt Rüsselsheim wurde vom Oberverwaltungsgericht in Darmstadt wieder aufgehoben.

Die Initiative gegen türkische Faschisten sowie die AL haben gestern zu einer Gegendekundgebung aufgerufen, die heute um 17 Uhr 30 an der Taverne am Lützowplatz stattfinden soll. Ein Sprecher des Innensensors erklärte gestern gegenüber dpa, nach geltendem Recht sei ein Verbot der Veranstaltung nicht möglich. Der Sprecher der polizeilichen Staatsschutzabteilung erklärte, es gebe keine Anhaltspunkte für eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Die Gewerkschaft der Polizei bedauerte inzwischen, daß es keine Rechtsgründe gebe, die Veranstaltung zu verbieten. Der der Polizei zufallende Schutzauftrag „bedeutet keinesfalls eine Identifizierung mit den Zielen“ der „rechtsextremen“ türkischen Vereine heißt es weiter. Die Gewerkschaft warnte vor Anwendung von Gewalt. (Tsp)

Von geschändeten Schwestern und dem Ruf der Grauen Wölfe

Bericht über eine lange türkische Nacht in der Taverne am Lützowplatz

Graue Propaganda gegen die politische Linke in der Türkei bestimmte die bislang größte Veranstaltung rechtsradikaler türkischer Gruppen am vergangenen Sonntagabend in der Taverne am Lützowplatz. Einen der propagandistischen Höhepunkte bildete die Hetzrede des ehemaligen Vorsitzenden der „Grauen Wölfe“, der unter anderem erklärte, die Anhänger des türkischen Rechts-Politikers Türkeş müßten damit rechnen, daß Kommunisten Frauen vor den Augen ihrer Brüder vergewaltigen. Zuvor war in einem mit heftiger Erregung vorgetragenen Gedicht eines vorgeblichen Augenzeugen Rache und Vergeltung für die angebliche Ermordung seines Freundes durch linke Terrorgruppen gefordert worden.

Solche Töne fanden Anklang beim überwiegend familiären Publikum. Frauen, Kinder, stolze Väter, weit über 1000 Teilnehmer ließen sich bereitwillig auf das mit viel Geschrei veranstaltete Gefühlbad ein. Mit von der Partie waren auch die Wiking-Jugend und der stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft im Christlichen Gewerkschaftsbund, Wolfgang Petrowski. Er verstand es sogar, auch auf türkisch Sympathien bei seinen Freunden zu verschaffen.

Für aggressive Einlagen sorgte im Verlauf der Veranstaltung wiederum der ein etwa 30köpfiges Kommando junger Türken, die mit geballter Faust die Ankunft der „Grauen Wölfe“ prophezeiten. Die Grauen Wölfe kommentierten: „Die Grauen Wölfe kommentieren! Auch Kinder stimmten ein in den Takt der Parolen.“

Ein türkischer Dolmetscher am Tisch übersetzte die p-kanten Feinheiten der populärsten Darbie-

teil des Programms war der Film „Wann wird die Sonne scheinen“, ein äußerst brutaler antikomunistischer Propagandafilm, der bereits in einigen westdeutschen Städten kurzzeitig verboten worden war.

Nicht zuletzt um zu verhindern, daß dieser Film gezeigt wird, hatten sich Anhänger linker Gruppen vor der Veranstaltung zu einer Gegendemonstration zusammengelunden. Ein riesiges Polizeiaufgebot mit Wasserwerfer war dafür eingesetzt, eine Konfrontation zu verhindern und den ruhigen Ablauf der über sechsstündigen Versammlung in der „Taverne“ zu gewährleisten. In zwei Schichten richteten sich die Beamten auf diese Aufgabe ein.

Das Pflichtbewußtsein reichte so weit, daß zwei Polizisten bereitwillig der Aufforderung eines türkischen Ordners folgten, um zu verhindern, daß dem VOLKSBLATT kurz vor Beginn des Films der Zutritt gewährt würde. Sie beteuerten sich darauf, daß die Veranstalter das Hausrecht hätten — einen Verantwortlichen fragten sie allerdings nicht — Ein türkischer Funktionär begründete die Einlassverweigerung damit, daß das VOLKSBLATT nicht wohlwollend genug über besagte Organisationen berichtet hatte. LR

aus: „Spandauer Volksblatt“, 17.7.79

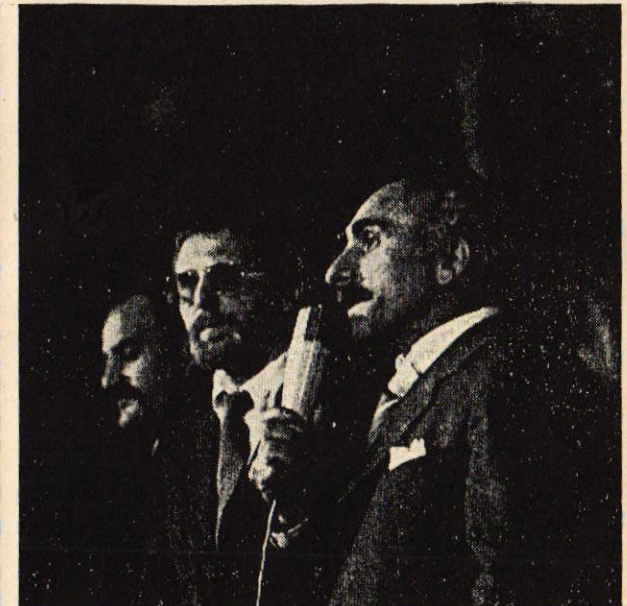
ESİR TÜRKLER GECESE'ne sende katıl !..



YER: TAVERNA LÜTZOW PLATZ
ZAMAN: 14.7.79
SAAT: 18.00 de
ULAŞIM: Otobüsler 16.69, U-BAHN WITTENBERG PLATZ



Dramatisch trägt ein türkischer Rezipient „Poesie“ über den Feind vor.



In der Mitte zweier maßgeblicher Funktionäre rechtsgerichteter Türkenorganisationen: Wolfgang Petrowski vom Christlichen Gewerkschaftsbund.

Spandauer Volksblatt 17.7.79

15.7.79

Tiergarten

In der Nacht der Faschistenveranstaltung wurde ein Westberliner auf dem Weg in eine Diskothek vor der „Taverne“ von „Grauen Wölfen“ angepöbelt, und als „Judensau“ und „Schwules Schwein“ beschimpft.
(Angabe nach: „Spandauer Volksblatt“, 3.8.79)

★ ★ ★

15.7.79

Kreuzberg

Auf dem Pressefest der SEW-Zeitung „Wahrheit“ in und vor der „Neuen Welt“ gibt es einen Bombenalarm. Das Gelände muß evakuiert werden, bevor sich herausstellt, daß es sich bei den „Bomben“ um „Attrappen“ handelt. Später „informierte“ ein anonymes Anrufer, daß die „Grauen Wölfe“ die Bombenattrappen legten.
(Angaben nach: „Wahrheit“, 16.7.79)

Von einer Ermittlung der Täter durch die Polizei ist uns nichts bekannt.

Spontanes Kampfmeeting am Abend:

Schmitt: Jetzt erst recht Schluß mit Neonazismus!

Westberlin (DW-W. Ba.). Das Pressefest läuft am späten Sonntag nachmittag auf vollen Touren. Überall eine Bombenstimmung, da marschieren die ersten Polizisten auf: zur Bombenstimmung kommt ein Bombenalarm. Ein Anrufer „informierte“, daß die „Grauen Wölfe“ auf dem Festplatz der Neuen Welt ihre besonderen Visitenkarten – wie sich später herausstellt Attrappen – hinterlegt hätten. Gut zwei Stunden standen die Pressefestbesucher wie ein Mann (siehe unten). Danach geht das Fest weiter – weitaus politischer noch als zuvor. Die Teilnehmer sind zusammengedrückt.

aus: 'Wahrheit', 16.7.79

★ ★ ★

28.7.79

Auf einer Protestkundgebung gegen das Verbot des „Progressiven Frauenverbandes der Türkei“ photographierten laut Angaben der Polizei Mitglieder der „Grauen Wölfe“ die Kundgebungsteilnehmer.
(Angabe nach: „dpa“, „Wahrheit“, 30.7.79, „Tagesspiegel“, 29.7.79)

★ ★ ★

1.8.79

Kreuzberg

In der Nacht zum 1. August wurde der Rolladen des „Treff- und Informationsortes für türkische Frauen“ in der Lausitzer Straße mit den Initialen der faschistischen MHP beschmiert.
(Angabe nach: „Courage“, September 79)

Von der Ermittlung der Täter durch die Polizei ist uns nichts bekannt.

Türkische Faschisten

Die Aktivitäten und Anschläge türkischer Faschisten in der BRD nehmen zu und lassen auch Frauen nicht aus. In der Nacht vom 4. zum 5. Juli wurde die Fensterscheibe des Treff- und Informationsortes für türkische Frauen in der Lausitzer Straße in Berlin-Kreuzberg eingeworfen. Die Personenbeschreibung von Nachbarn paßt auf Jugendliche, die am nächsten Tag in den Vereinsräumen des „Türkischen Idealistenverbandes“ – einer rechtsradikalen Vereinigung –, um die Ecke in der Wienerstraße gesehen wurden. Für die Polizei ist die zerbrochene Fensterscheibe lediglich ein Privatklagedelikt, an dessen Verfolgung kein öffentliches Interesse besteht. Seitdem beobachten Gruppen von Jugendlichen des Idealistenverbandes, wer den Frauenladen besucht, verfolgten eine Mitarbeiterin bis in die U-Bahn, andere Jugendli-

aus: 'Courage', September 79

che erkundigten sich, ob sie auch an einem Deutschkurs im Treff- und Informationsort teilnehmen könnten, oder wenigstens ihre Schwester. In der Nacht zum 1. August schließlich bemalten sie den Rolladen des Ladens mit den Initialen der faschistischen türkischen MHP. Der Idealistenverband ist die Jugendorganisation dieser nationalen Bewegungspartei. Sie nennen sich so, seitdem sie unter dem berüchtigten Namen „Graue Wölfe“ in der Türkei verboten wurden. Dort sind sie verantwortlich für Bombenanschläge, Morde und das Massaker in der Stadt Kahramanmaraş im Dezember 1978, bei dem fast 1.000 Menschen umgebracht wurden. Hier in der BRD und in Westberlin organisieren sie sich in Karateclubs, „Kultur“-vereinen und Schachclubs.

Cornelia Mansfeld

★ ★ ★

Am Abend des 2. August kam es in der kreuzberger Naunynstraße zu einer von dem MSP-Mitglied **Kamil Kuzu** provozierten Auseinandersetzung mit der türkischen Sozialdemokratin **Zehra A. Kuzu**. *Zehra schlägt zu, aufs Auge, den Arm, wirft Zerah zu Boden und tritt ihr mit den Füßen in den Bauch. Eine Freundin kann die Polizei benachrichtigen. Zerah wird ins Krankenhaus gebracht, geht gegen ärztlichen Rat nach Hause, weil sie ihre Kinder nicht allein lassen will. Zwei Tage später hat Zerah eine Fehlgeburt.* (TAZ, 27.8.79)

Bis heute wurde der religiöse Fanatiker Kuzu nicht verurteilt und in den Knast gesteckt!

Angst davor, in ihre Wohnung zurück zu gehen: „Diese Leute! Erst machen sie in der Türkei alles kaputt und jetzt hier auch. Die sollen mich doch so leben lassen, wie ich will. Ich hab in meinem Leben noch kein Kopftuch getragen. Und wenn es heiß ist, trage ich ein kurzes Kleid. Warum soll ich meine kleine Tochter nicht im Bikini herumlaufen lassen? Sie verlangen, daß sie ein Kopftuch trägt. Ich schicke meine Kinder nicht in die Koran-Schulen, das ist doch reiner Aberglaube. Die Leute glauben, wenn wir zu Gott gehen, dann schickt Gott Geld, ha! Nein, meine Kinder sollen später selber entscheiden, ob sie glauben wollen oder nicht. Natürlich wissen die auch, daß ich auf der Seite von Ecevit bin und Mitglied im HDB (sozialdemokratischer Verein). Dann drohen sie: „Du bist Kommunist. Wenn Erbakan (der Parteiführer der MSP) an die Regierung kommt, seid ihr dran!“

Für Zehra ist es das zweite Mal, daß sie Angst haben muß vor der Gewalt von Männern. Vor zwei Jahren ist sie vor den Mithandlungen ihres Mannes ins Frauenhaus geflohen. Noch lange Zeit danach war sie krank. Als sie sich eine eigene Wohnung nahm, bedrohte ihr Mann sie weiter. Erst seit er in der Türkei ist, weil er in Berlin polizeilich gesucht wird, fühlt Zehra sich wieder sicher. Als sie vor drei Monaten in ihre neue Wohnung zog, ahnte sie nicht, daß sie bald wieder Angst haben muß, bloß weil sie so lebt, wie es für uns selbstverständlich ist. „Ich weiß nicht, was ich machen soll. Ich habe Angst. Sie werden meine Kinder und mich nicht in Ruhe lassen!“



Kein Kopftuch mehr zu tragen – ein Verbrechen
Foto: Uta Grimmer

Dieser Artikel ist der TAZ entnommen. Die TAZ (Tageszeitung) ist kein feministisches Blatt und hat sicherlich auch gar nicht diesen Anspruch. Aber sie ist ein handfester Versuch, in diese trübe Medienlandschaft ein wenig Wind (und Engagement und Wahrheit und Humor) zu bringen. Die TAZ-ler/innen sind ungenutzte Linke, marschieren nicht im Gleichschritt und treten manchmal auch arg daneben. Sie sind ein recht heterogener Haufen, was seine Nachteile, aber auch Vorteile hat. Keine Zentrale, kein Konzern, kein Ölscheich kann der TAZ reinreden. Höchstens der „Sitzer“, die Setzerin, der/die in den TAZ-Spalten unerschränkt ihre Kommentare zu den Artikeln zu platzieren pflegen. Die TAZ erscheint seit dem 14. April dieses Jahres, druckt heute täglich 30 000 Exemplare und verkauft 22 000. Der TAZ geht's wie der Emma: sie braucht Geld zum Überleben, denn abstruse Quellen sprudeln bei ihr nicht. Darum ihre Kiste: abonnieren oder spenden TAZ (Konto: „Freunde der alternativen Tageszeitung e.V.“, Nr. 16 69 102, Postfach 100, Berlin West). Wer die TAZ kennenlernen will, kann sie für 20 Mark einen Monat lang abonnieren: TAZ, Watsstr. 11/12, 1000 Berlin 65.

Wie eine Deutsche

Türkische Faschisten und islamische Organisationen gehen auch in der Bundesrepublik immer offener und brutaler gegen ihre Landsleute vor. Besonders Frauen haben sie im Visier. Es reicht schon, wenn eine das Kopftuch nicht mehr tragen will ... Neulich warfen Türken sogar die Fenster Scheiben einer Beratungsstelle für türkische Frauen in Berlin-Kreuzberg ein. Zehra wagt als erste, sich öffentlich zu wehren.

Du stinkst wie eine deutsche Frau! Du bist keine Türkin mehr! Du schickst Deine Kinder nicht in die Koranschule! Du trägst kein Kopftuch. Ich werde Dich umbringen, wenn Du Dich weiter so anziehst und Deine Kinder nicht in die Moschee schickst!“

Mit diesen Worten stellte sich am 2. August ein Nachbar der Türkin Zehra den Weg, als sie ihre Freundin zur Tür brachte. Seit ihrem Einzug vor drei Monaten wird Zehra, die allein mit ihren drei Kindern lebt, von ihren türkischen „Landsleuten“, fanatischen Anhängern der rechtsextremen, streng islamischen MSP, bedroht. Auf telefonische und schriftliche Morddrohungen ist Zehra schon gefaßt. Am Abend des 2. August kommt es darüber zu einer Auseinandersetzung. Als ihr Nachbar sie als Nutte beschimpft, wird Zehra heftiger und gibt ihm zurück: „Paß Du auf Deine eigene Frau auf!“

Der Nachbar schlägt zu, aufs Auge, auf den Arm, wirft Zehra zu Boden und tritt ihr mit den Füßen in den Bauch. Eine Freundin kann die Polizei benachrichtigen. Zehra wird ins Krankenhaus gebracht, geht gegen ärztlichen Rat nach Hause, weil sie ihre Kinder nicht allein lassen will. Zwei Tage später hat Zehra eine Fehlgeburt. Heute, fast vier Wochen später, liegt sie immer noch im Krankenhaus. Hier im Krankenhaus fühlt sie sich wenigstens sicher. Sie hat

aus: „Emma“, Oktober 79

4.8.79

Kreuzberg

Kurz vor 17 Uhr erschien ein deutscher Junge im „Bund der Werktätigen der Türkei“ mit einem schuhkartongroßen Paket. Die Anwesenden wurden mißtrauisch und riefen unsere „Freunde und Helfer“. Diese mochten freilich das Paket auch nicht öffnen, und transportierten es ab, um einen Sprengstoffspezialisten hinzuziehen.

Schließlich landete der geheimnisvolle Karton bei der politischen Polizei. Mitglieder des „Bundes der Werktätigen“, die sich nach dem Inhalt erkundigten, wurden unfreundlich abgewiesen.

(Angaben nach: „TAZ“, 15.8.79)

5.8.79

Kreuzberg

Einen Tag später wurde im „Bund der Werktätigen“ ein Flugblatt gemacht, das den Bomben(attrappen)-Anschlag öffentlich machen sollte.

Dabei erschienen zwei Mannschaftswagen voll Polizisten, die angeblich von einem anonymen Anrufer wegen einer Schlägerei herbeigerufen wurden.

Nachdem sich die Polizisten vom Gegenteil überzeugt hatten, zogen sie wieder ab, ohne das Flugblatt zu beschlagnahmen, was der anonyme Anrufer wohl gehofft hatte.

„So schnell gaben die Anrufer aber nicht auf. Um zwei Uhr nachts erhielt ein palästinensischer Freund des Türken, der sich bei der Polizei nach dem Verbleib des Paketes erkundigt hatte (!!!), einen Anruf: eine anonyme Stimme drohte, ihn, seinen Freund und die anderen Mitglieder des Vereins würden umgebracht, wenn sie den Vorfall veröffentlichen würden“ (Zitat und Angaben nach: „TAZ“, 15.8.79).



Neuer Terror der „Grauen Wölfe“



9./10.8.79

In der Nacht zum 10. August wurden die Scheiben des „Vereins der Arbeiterjugend der Türkei“ am Kottbusser Damm mit einem Katapult eingeschossen.
Von der Ermittlung der Täter durch die Polizei ist uns nichts bekannt.
(Angabe nach: „TAZ“, 15.8.79)

Kreuzberg

9./10.8.79

In derselben Nacht wurde ein türkischer Jugendlicher, der als Flugblattverteiler einer linken türkischen Organisation bekannt war, vor der „Islamischen Jugend“, Skalitzer Straße 135, krankenhaussreif geschlagen. Das rechtsextreme Überfallkommando war aus der Moschee herausgestürzt.
(Angaben nach: „TAZ“, 15.8.79)
Von der Ermittlung der Täter durch die Polizei ist uns nichts bekannt.

Kreuzberg

GRAUE WÖLFE GREIFEN AN

Ende Juni kam es an der Kurt Löwenstein Schule zu Vorfällen, für die die Grauen Wölfe bzw. dieser Organisation nahestehende Personen verantwortlich gemacht werden.
Die Grauen Wölfe sind berüchtigt als militante, faschistische Jugendorganisation, die durch brutale Aktionen und nationalistische Hetzreden von sich reden macht. In der Türkei, von der diese faschistische Bewegung ausgeht, finden die Grauen Wölfe und ähnliche Gruppierungen begeisterte Anhänger; wohl wegen der chaotischen wirtschaftlichen und politischen Lage.

20.6. Der Lehrer X geht mit einer Klasse in den Jahn-Park. Der Bruder einer Schülervereinerin (beide stehen nach eigenen Angaben den Grauen Wölfen nahe) fährt mehrmals mit seinem Hündchen in die Schulkolonne und fragt den Lehrer: „Kennen Sie mich nicht, ich kann alles machen.“

25.6. Am Morgen sind die Klassen des Lehrers X und eines Kollegen verwüstet.

27.6. Ein ehemaliger Schüler erscheint an der A.L.S. Schule und droht der Schulleitung mit Gegenmaßnahmen bei einer Entlassung des Lehrers B.

28.6. Schulfremde Schüler stören wiederholt den Unterricht des Lehrers A, um diesen einzuschüchtern.

2.7. Der Klassenraum des Lehrers X wurde erneut aufgebrochen, ebenso der Raum eines türkischen Kollegen.

Am 24.6. wurde von den Lehrern der A.L.S. Schule eine Erklärung abgegeben, in der die Vorfälle geschildert wurden und um ein klärendes Gespräch verbunden mit weitergehenden Maßnahmen gebeten wurde.
Der Rektor lehnte es bis zum 29.6. ab, den Brief an die Schulaufsicht weiterzuleiten; erst nach dem Einschreiten von Schulrat Ernst schickte er das Schreiben am 2.7. ab.
Nun endlich bot der Personalarzt seine Unterstützung an und schlug ein gemeinsames Gespräch mit Stadtratsmann Schulrat Ernst, Schulleiter, Personalarzt und Kollegium an.
Außer dem Personalarzt und den Kollegen erklärte sich niemand zum Gespräch bereit.

Für die bedrohten Lehrer mußte ein Begleitschutz organisiert werden, da sie seit der Gesamtkonferenz ständig bedroht und auf der Straße beobachtet werden.

Razzien bei linken

türkischen Vereinen

Angesichts der verstärkten Überfälle der faschistischen „Grauen Wölfe“ in West-Berlin mutet es wie ein Scherz an, daß nun — statt die Faschisten zu verfolgen — der linke „Türkische Arbeiterjugendverein“ und der „Kultur- und Solidaritätsverein Berlin“ am 14. September von der Polizei durchsucht wurden.

Bei den Razzien — der Durchsuchungsbefehl war übrigens schon am 15. August ausgestellt worden — beschlagnahmte die Polizei im „Arbeiterjugendverein“ 57 „Schlagwerkzeuge“. „Vom Sprecher des Arbeiterjugendvereins wurde dazu (auf einer Pressekonferenz — Anm. AK) erklärt, daß mehrere der gefundenen Stöcke Requisiten für ein Theaterstück über den türkischen Bauernaufstand seien, das von Vereinsmitgliedern gespielt werde. ... Die gefundenen Tisch- und Stuhlbeine (sien) für den Sperrmüll bestimmt gewesen.“ („Tagesspiegel“, 21.9.79).

Der Leiter des Westberliner „Staatschutzes“, Ganschow, gab zwar zu, daß die Razzien wenig neue „Erkenntnisse“ gebracht haben. Trotzdem hat der „Arbeiterjugendverein“ nach dieser Einschüchterungsaktion nun mit einem Prozeß zu rechnen.
Antifa-Kommission
Westberlin

aus: „Arbeiterkampf“, 1.10.79

Bezirksgruppe Kreuzberg

Die Aktivitäten der faschistischen „Grauen Wölfe“ der türkischen MHP finden kein Ende.
Der jüngste Vorfälle ereignete sich auf einer „Türkei heute“ Informationsveranstaltung im Rahmen einer antifaschistischen Woche im Jugendfreizeitheim Blücherstraße.
Ein als solcher bekannter Jugendlicher der „Grauen Wölfe“ machte sich Notizen über die Veranstaltung. Freizeitheimbesucher versuchten die Spitzeltätigkeit zu verhindern und nahmen ihm sein Notizbuch weg.

Der „Graue Wolf“ holte die Polizei, die gleich mit acht Mannschaftswagen anrückte, und denunzierte 2 türkische Jugendliche. Sie sollten ihn beraubt und zusammengeschlagen haben. Unsere „Freunde und Helfer“ nahmen dann die beiden Jugendlichen mit zur Wache, als es zu Handgreiflichen Auseinandersetzungen kam. Von der Wache wurden sie zur Friesenstr. gebracht und vom „Staatschutz“ verhört, insgesamt über 20 Stunden festgehalten. Tags darauf, nach ihrer Freilassung, wurde noch einmal der Vorsitzende der türkischen Jugendorganisation / Manteuffelstraße verhaftet.

Nach Aussagen der Jugendlichen wurden sie extrem ausländerfeindlich behandelt und sogar geschlagen, sowie nach ihrer politischen Überzeugung gefragt („Ihr seid doch Kommunisten“). Andere Jugendliche, die lediglich zur Veranstaltung wollten wurden von der Polizei gehindert mit den Worten: „Was wollt ihr denn bei der kommunistischen Veranstaltung“.
Fakt ist, daß es sich um eine von Erziehern und Jugendistischen staatlicher Jugendfreizeitheime (JFH) vorbereitete Veranstaltung handelt, deren Träger das Bezirksamt Kreuzberg ist.

Dieses forsche Vorgehen der Polizei aufgrund einer Denunziation der „Grauen Wölfe“ ist kein Einzelfall: Im September wurde die Räume zweier demokratischer türkischer Organisationen durchsucht und Mitglieder verhaftet.

Auf einer VV im JFH Reichenbergstr. bei einer Diskussion über „Graue Wölfe“ kam plötzlich ein KOB und fragte, wer die Polizei geholt habe, es gäbe hier Auseinandersetzungen und geheime Veranstaltungen.
Nicht vergessen sind die Polizeieinsätze im „Jodelkeller“ und auf dem U-Bahnhof Mehringdamm, anlässlich einer Antifa-Demo.

Zu Recht bringen die Jugendlichen und Erzieher ihre Entrüstung über das parteiische Eingreifen der Polizei und die Frechheit der türkischen Faschisten in Presseerklärungen zum Ausdruck.

Im krassen Gegensatz zum — über alle Verhältnismäßigkeiten — hinausgehende bereitwilligen, antikommunistischen Einsatz der Polizei, steht die Reaktion der Strafverfolgungsbehörden und anderer parlamentarischer Institutionen und Parteien, gegenüber faschistischen Aktivitäten.

So leugnet Bürgermeister Pietschker in der BVV vom 27.5. noch den „wachsenden Rechtsradikalismus in Kreuzberg“, wenige Monate später, am 20. Oktober, mußte die Polizei, im Anschluß an eine Demo des Initiativkomitees gegen türkische Faschisten, 35 Neonazis der Wiking-Jugend proforma verhaften.

SPD-Parteifreund Ulrich (Innensenator) rechtfertigt die Inaktivität der Polizei mit „Rücksichtnahme auf eine mögliche Regierungsbeteiligung der Türkei-MHP“ (Berliner Stimme). Allerdings „sobald wir irgendwo Ansätze haben, aus denen sich eindeutige Fakten nachweisen lassen, wird die Innenministerkonferenz sicher ein Verbot (der „Grauen Wölfe“) aussprechen“.

Unsere Erachtens liegen genug „Fakten“ vor, so wurde unlängst ein in der Türkei gesuchter Führer der MHP in Frankfurt verhaftet, wo er über Jahre unbehelligt lebte und agierte.

Allerdings besteht meist laut Aussagen der Polizei, „kein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung“, so wurde z.B. die Anzeige der schwangeren Z. Akin wegen Körperverletzung gegen K. Kuzu (ein MSP-Mitglied), der sie so zusammengeschlagen hatte, daß sie eine Fehlgeburt hatte, von der Staatsanwaltschaft eingestellt!

Auch Bundesminister Vogel konstatiert: „Die zunehmende Zahl neonazistischer Aktivitäten in der Bundesrepublik wird... weiter steigen“ sei aber „noch nicht alarmierend“.

Rücksichtnahme auf eine Demirel/Türkes Regierung ist keinesfalls geboten, hat doch Demirel kaum an der Regierung, bereits durch das „Kriegsverwaltungsgesetz“ folgende demokratische Organisationen und Zeitungen verboten:

„Der fortschrittliche Jugendverband (IGD), der über 70 Filialen und über 30 Tausend Mitglieder hat. Gegen den Vorstand wurden Ermittlungen eingeleitet.“

Der Chefredakteur der fortschrittlichen Tageszeitung „Politika“, Aydın Engin, verhaftet.

Der Vorsitzende des Allgemeinen Lehrerverbandes der Türkei, TOB-DEK, Gültün Gazioglu und weitere Vorstandsmitglieder verhaftet.

Zwei Ausgaben der Tageszeitung „Politika“ beschlagnahmt.

Schon vorher wurde bereits durch die Kriegsverwaltung: Schießbefehl erlassen, Versammlungs-Demonstrations- und Streikrecht aufgehoben.

Demokratische Organisationen wie IKD (Fortschrittlicher Frauenverband) und demokratische Publikationen, wie die Zeitschriften URUN, Savas Yolu, Roja Welat u.a. verboten.

Die 1. Mai-Kundgebung in Istanbul verboten.
Die Repressalien gegen das kurdische Volk verstärkt.
(Angaben aus Flugblatt Türkischer Demokratischer Arbeiterverein e.V. vom 12.11.79)

Offensichtlich werden alle diese „Fakten“ vor allen Dingen in Westberlin gelehnet, um nicht aktiv werden zu müssen und damit ganz klar eine Anti-faschistische Position einzunehmen. Da nützen auch die leeren Worte Ulrichs nicht: „Er sei grundsätzlich gegen jede Form des Faschismus ob in Chile oder der Türkei“ (auf einer Veranstaltung im Jugendfreizeitheim Naunynstraße).

Wir wollen endlich Taten sehen, sowohl Verbote und Strafrechtliche Verfolgung der Faschisten, als auch vorbeugende Maßnahmen, wie „Aufklärungsarbeit“ an Schulen und Jugendeinrichtungen. Keinesfalls aber Behinderung solcher Antifa-Aktivitäten durch Polizei und Repression gegen die Veranstalter (z.B. Berufsverbot).

Türkische Faschistische Läden in Westberlin

„Berlin Türk Ocagi“, Wiener Str. 19 / 1000 Berlin 36, tel. 612 76 24

Das „Berlin Türk Ocagi“ muß als Hauptquartier der „Grauen Wölfe“ in Westberlin betrachtet werden.

Bis vor kurzer Zeit residierte hier der Führer der Westberliner „Grauen Wölfe“, Osman Nuri Kurt.

Im Fenster dieses Ladens wurde offen für eine Veranstaltung mit dem türkischen MHP-Abgeordneten Ali Gürbüz geworben. Dazu muß man wissen, daß die MHP vom türkischen Verfassungsgericht und den westdeutschen Behörden im Ausland verboten ist; folglich darf für sie nicht geworben werden.

Am 3. Mai 79 versammelten sich im „Berlin Türk Ocagi“ hundert rechtsextreme Türken, um den Putschversuch des türkischen Faschistenführers Türkeş im Jahr 1944 zu feiern.

Mitglieder des „Berlin Türk Ocagi“ beteiligten sich nachweislich an Überfällen auf demokratische türkische Flugblattverteiler am Kottbusser Damm und in Neukölln.



„Türkentum-Feier“ in „Berlin Türkocagi“

Führende Mitglieder dieses Vereins sind:

- Selahattin Ataselim
- Nihat Bilen
- Murat Gündüz

Neben der „Berlin Türk Ocagi“ ist ein „Spor Satranc Kulübü“ (Türkischer Schachverein), der ebenfalls diesem Verein gehört.

Das „Karate Studio“ in der Wiener Str. 12 wurde auch von Faschisten eröffnet und arbeitet mit „Berlin Türk Ocagi“ zusammen.



**- Organisator des Überfalls
4.5.79 am Kottbusser Damm**



Werbung für eine MHP-Veranstaltung im Fenster des „Berlin Türk Ocagi“

X **Büyük Ülkü Dernegi (Grosser Idealverein), Ackerstr. 104, 1/65**

Mitglied der „Türk Federasyon“ (war an der Organisierung der Türkes-Veranstaltung vom 28.10.78 in der ‚Neuen Welt‘ beteiligt)

X **Türk Öğrenci ve Gençlik Dernegi (Türk Genc)**

Türkischer Studenten- und Jugendverein, Voltastr. 33, 1000 Berlin 65, tel. 463 10 33

Türk Kadın

* versuchte Gründung am 25.11.78 im AWO-Freizeitheim in der Lützowstraße scheiterte nach Rangelei
- Kontaktadresse des Vereins ist TÜRK GENÇ, Voltastr. 33, 1 Berlin 65



S A T Z U N G

des Türkischen Studenten- und Jugendvereins Berlin

§ 1

Der Verein führt den Namen **Türkischer Studenten- und Jugendverein Berlin**, abgekürzt **TÖGD-Berlin**. Das Vereinssymbol stellt einen auf einem Berg stehenden Wolf dar, dessen Kopf sich an einem Vollmond befindet. Dieser Vollmond wird von 16 Sternen umrahmt; innerhalb des Vollmonds stehen die Worte "TÜRK ÖĞRENCİ ve GENCLİK DERNEĞİ". Das bedeutet auf deutsch: **Türkischer Studenten und Jugendverein**.

Folgende faschistische Zeitschriften wurden von „TÜRK GENÇ“ erworben:

SENİN ESERİN OLAN
DERGİLERİ OKU-OKUT

★ TÜRK-GENÇ

„Junger Freund“
★ GENÇ ARKADAŞ

„Heimweh“
★ HASRET
„Idealverein“
★ TÖRE
★ ÜLKÜ - BİR

„Mein tapferer Bauer“
★ POL - BİR
★ DEVLET

„Schülerzeitung“
★ YİĞİT - KÖYLÜM

★ LİSELİ - GENÇ
★ ÜLKÜ-DANIŞIN GURBETÇİYE

ALMANCA KURSU
DAVKATLIK

HİZMETİ

★ NAKLİYE

ABONE YERİ:

1000 BERLIN 65 VOLTA STR. 33

Gründungsprotokoll

Zu der heutigen Gründungsversammlung des Türkischen Studenten und Jugendvereins Berlin sind erschienen:

1. Herr Fikret SAHİN, 1 Berlin 30, Blumenthalstr. 8
2. Herr Yüksel AKSAKAL, 1 Berlin 20, Brunsbüttelerdamm 181
3. Herr Ramazan ÖZTÜRK, 1 Berlin 36, Adalbertstr. 93
4. Herr Ahmet CALISKAN, 1 Berlin 36, Görlitzer Str. 43
5. Herr İsmail KANRAMAN, 1 Berlin 65, Brüsseler Str. 45
6. Herr Mustafa CAN, 1 Berlin 44, 65, Neue Hochstr. 44
7. Herr Kemal DOĞU, wohnhaft 1 Berlin 44, Maybachufer 7

Die Erschienenen beschließen hiermit die Gründung des Türkischen Studenten und Jugendvereins Berlin mit dem Sitz in Berlin 30, Blumenthalstr. 8.

Sie genehmigen die ihnen vorgelegte und in der Anlage beigefügte Satzung.

Die aus den Gründern bestehende Mitgkiederversammlung wählt folgende Herren und Damen in den Vorstand:

1. Herrn Fikret SAHİN als 1. Vorsitzenden
2. Herrn Yüksel AKSAKAL als 2. Vorsitzenden
3. Herrn Ramazan ÖZTÜRK als Schriftführer
4. Herrn Ahmet CALISKAN als Kassensführer
5. Herrn İsmail KANRAMAN, Leiter der Abteilung Kultur
6. Herrn Mustafa CAN als Leiter der Abteilung Sport.

Berlin 44, den 1. Juni 1978

Fikret SAHİN

Yüksel AKSAKAL

İsmail KANRAMAN

Mustafa CAN

Ahmet CALISKAN

Kemal DOĞU

A. Caliskan

M. Kemal Doğu

İsmail Karaman

Ramazan Öztürk

Fikret Sahin

Mustafa Can

Ahmet Caliskan

Religiös-fanatische, pro-faschistische Läden in Westberlin

Türkischer Kultur- und Solidaritätsverein e.V., Oranienstraße, 1 Berlin 36

- Führte eine pseudoreligiöse Kampagne gegen den Film „Mohammed, der Gesandte Gottes“
- Veranstalter der Demonstration zum „Heiligen Krieg“ am 17.3.79

Islamische Jugend e.V., Skalitzer Str. 135, 1 Berlin 36, tel. 614 70 54

- Flugblattverteiler des Vereins ‚Arbeiter-Jugend der Türkei‘ wurden in neukölln von ‚Grauen Wölfen‘ und Mitgliedern dieses Vereins mit Ketten und Schlagstöcken angegriffen (24.3.79)
- Überfall auf Flugblattverteiler am 11.5.79 am Kottbusser Damm



Das ist der Organisator des Überfalls
vom 24.3.79

Harun Resit Tüylüoglu

(Vorsitzender der Islamischen Kultur Zentren)

Beuelsweg 15 5 Köln 60
Tel: 0221/ 733726



Im juni 1970 tauchten sie zum
erstenmal in der bundesrepublik
und in Westberlin auf, die flugblät-
ter des religiös-nationalistischen
„Türkischen Kultur- und Solidari-
tätsvereins“. Ihre sprache war von
anfang an deutlich genug. Solange
darin von einer „islamisierung
der deutschen“ die rede war,
mochte man an das vokabular
christlicher missionsgesellschaften
denken, die ja auch die chris-
tianisierung aller moslems auf
ihre fahnen geschrieben haben.
Nachdenklich muß hingegen stin-
men, wenn die hinter dieser be-
wegung stehenden kräfte von
einem „zweiten befreiungskrieg“
sprechen, der „gegen eine hand-
voll kommunisten, freimaurer,
zionisten, volksfeinde und ungläu-
bige“ geführt werden müsse, ein
kampf, für den „hunderttausende
türkischer moslemischer arbeiter
und studenten in Europa organi-
siert“ seien: „Auf, daß die rufe
des muezzins eines tages in Ber-
lin die horizonte zerreißen und bis
in den siebten himmel aufsteigen.“

Im Flugblatt des Vereins für Koranschulen in Westberlin heißt es u.a.:

"Die türkischen Kinder, die ohne eine nationale und religiöse Kultur aufwachsen, müssen aus den Händen kommunistischer Lehrer und Priestererzieher gerettet werden. Denn der Feind nähert sich in hinterhältiger Verkleidung.

Sobald du die freundliche Maske herunterreisst, taucht dahinter ein hässliches Kommunistengesicht, ein christlicher Missionar oder ein jüdischer Agent auf".

Liste der Koranschulen in Westberlin

1. **Fatih Camii Cemiyeti**
Skalitzer Str. 100, 1 Berlin 36
Vorsitzender: Mehmet Agacan
2. **Mevlana Camii Cemiyeti**
Reichenbergerstr. 192, 1 Berlin 36
Vorsitzender: Bilal Demirbas
3. **Berlin Türk Sehittligi**
Colombia Damm 122-124, 1 Berlin 61
Vorsitzender: Osman Nuri Yigit
4. **Mehmet Akif Camii Cemiyeti**
Kolonie Straße 5, 1 Berlin 65
Vorsitzender: Osman Zorlu
5. **Haci Bayram Camii Cemiyeti**
Prinzen Allee 25-26, 1 Berlin 65
Vorsitzender: Arslan Tastan
6. **Spandau Yeni Camii Cemiyeti**
Jagow Straße 15, 1 Berlin 20
Vorsitzender: Mustafa Demir
7. **Moabit Ayasofya Camii Cemiyeti**
Stromstraße 32, 1 Berlin 21
Vorsitzender: Ahmet Fidan
8. **Mevlana-Moschee**
Reichenberger Str. 192, 1 Berlin 36
9. **Murat Pasa Camii Cemiyeti**
Naumannstraße, 1 Berlin 62
Vorsitzender: Ahmet Inan
10. **Eyüp Sultan Camii Cemiyeti**
Gartenstraße 1, 1 Berlin 65
Vorsitzender: (Yöneticisi) İlhan Hancer
11. **Yunus Emre Camii Cemiyeti**
Utrechtterstraße 37, 1 Berlin 65
Vorsitzender: Dursun Elbir
12. **Türk Kültür ve Yardımlasma Cemiyeti**
Oranienstraße, 1 Berlin 36
Vorsitzender: Muharrem Evereklioglu
13. **Islam Merkezi Cemiyeti**
Böckstraße 41, 1 Berlin 61
Vorsitzender: Abdullah Halis Mevlevi
14. **Ulu Camii**
Wiener Straße 12, 1 Berlin 36



Vereinigung zur Förderung und Unterstützung der türkischen Kinder und Jugendlichen in Berlin (West) e.V.
- 1. Vorsitzender ist Dr. İhsan Erbas
- 2. Vorsitzender war Ali Uzun

Am 7. März stellte sich in Berlin die neugegründete „Vereinigung zur Förderung und Unterstützung der türkischen Kinder und Jugendlichen in Berlin (West) e.V.“ mit einem Presse-Cocktail der Öffentlichkeit vor. Ziel dieser Vereinigung ist es, ... den im Ausland lebenden türkischen Kindern ... eine Erziehung angedeihen zu lassen, die verhindert, daß sie ihr nationales Bewußtsein verlieren.“
Zu diesem Zweck sollen türkische Schulen und Kindertagesstätten, eine türkische Erziehungsstiftung und eine Berufsschule in Berlin gegründet werden. Weiter ist geplant, Arbeitsplätze an türkische Jugendliche zu vermitteln.

Die „Vereinigung“ benutzt hier die ausländerfeindliche Politik deutscher Behörden, die an Arbeitslosigkeit und Analphabetentum unter den türkischen Jugendlichen nichts ändert, um gutgläubige Eltern zur Unterstützung zu bewegen.

Aus den Anwesenden auf dem Presseempfang — meist Mitglieder der türkischen Oberschicht — darf auf ein ansehnliches Finanzpolster der „Vereinigung“ geschlossen werden. Trotzdem will der Verein nach Aussagen des 2. Vorsitzenden und Pressesprechers Ali Uzun Gelder bei Senatsstellen beantragen.
Ali Uzun ist längst kein Unbekannter mehr. Unter der Regierung der „Nationalistischen Front“ (1974-1977) war er Erziehungsrat für die BRD und West-Berlin. Sämtliche wichtigen Positionen im türkischen Erziehungsministerium waren damals von

Graue Wölfe im Schafspelz wollen Türkenkindern helfen



Türkische Kinder mit faschistisch orientiertem Bilderbuch

Mitgliedern der faschistischen MHP besetzt. Ali Uzun war dafür verantwortlich, daß MHP-Anhänger als Konsultslehrer (vom türkischen Konsulat ausgesuchte Lehrer an bundesdeutschen Schulen) in die BRD eingeschleust wurden.

1978 wurde Uzun von der Regierung Ecevit (CHP) wegen Verstoß gegen das „Neutralitätsgebot“ des türkischen Beamten-gesetzes von seinem Posten abberufen. Er kehrte als Tourist wieder nach Berlin zurück und wurde am 9.1.1979 vom Volksbildungsstadtrat in Charlottenburg, Rössler (CDU), als Lehrer an der Schlesien-Oberschule eingestellt.

Dies ist beileibe nicht das einzige Beispiel bundesdeutscher Behördenblindheit gegenüber türkischen Rechtsextremisten: An der Kurt-Löwenstein-Oberschule im Berliner Stadtteil Neukölln (verantwortlich Stadtrat: Böhm/SPD) unterrichtet Safa Bayraktar. Er war bis 1976 Konsults-lehrer, kehrte dann 1977 nach Berlin zurück und wurde gleich zum Vorstandsmitglied des „Idealistenvereins“, einer Tarnorganisation der „Grauen Wölfe“, gewählt.

Klaus-Dieter Walter

Nach Angaben des Senators für Kultur, Dieter Sauberzweig, wird geschätzt, daß es in Westberlin ca. 60 Korankurse gibt.

MILLI GÖRÜŞ
AVRUPA İSLÂMCI GENÇLİK TEŞKİLATI

A.I.G.T.
BERLİN SANCAGI
1977

Skalitzer Straße 135, 1000 Berlin 36

FETİH GÜNÜNE
DAVET.....!

M.S.P. Konya Milletvekilimiz millet meclisi gurup sözcüsü

Sn: **SENER BATTAL**

26. Mayıs 79 Cumartesi saat 1800 de
Berlin Milli Görüş Teşkilatı ve İslamci Gençlik Sancagının daveti üzerine
NEUE - WELT'te yapılacak olan FETİH GÜNÜNE katılmak üzere Ber-
line gelecektir. Bütün vatandaşlarımız davetlidirler.

FETİH GÜNÜ PROGRAMI:

- 1 - KUR'AN - İ KERİM İLE AÇILIŞ
- 2 - SENER BATTAL'IN KONUŞMASI
- 3 - BAYRAK PİYESİ (Üç perdelik)
- 4 - İSLAMCI GENÇLERİN SPOR GÖSTERİLERİ
- 5 - ŞİİRLER
- 6 - İLAHİLER
- 7 - FİLM GÖSTERİSİ
- 8 - KUR'AN - İ KERİM ve KAPANIS

HANIMLAR İÇİN YERİMİZ AYRI.

Mevlana Moschee, Reichenberger Str. 192

Rechts der zum Islam übergetretene
deutsche Abdullah



MEVLANA CAMİ'İNDEKİ KONFERANSTA HAZIR BULUNANLAR...



"ALMAN ABDULLAH" İLGİ ÇEKEN KONUŞMASIN' YAPIYOR...

Türkische Faschisten besuchen die BRD

Batman, Ali

- Führer des „Verbandes der Idealisten“, der Muttergesellschaft der „Grauen Wölfe“
- Hält sich oft in der BRD auf
- 1969 erschoss Batman einen Medizinstudenten und wurde deswegen verurteilt („Totschlag“)
- 1974. Vorzeitige Entlassung aus der Haft durch eine Amnestie des Sozialdemokraten Ecevit

Bayhan, Kudret

- Ex-Senator der MHP
- Wurde 1973 in Frankreich wegen Heroinschmuggels festgenommen

Bayrak, Murat

- MHP-Funktionär in der Türkei
- Auf dem Gelände seiner Textilfabrik in Istanbul werden „Graue Wölfe“-Kommandos ausgebildet
- Bayrak nahm am 1. Mai 1978 an einem Treffen zwischen Franz-Josef Strauß und dem türkischen Faschistenführer Türkeş teil

Güner, Agah Oktay

- Sekretär des MHP-„Führers“-Türkeş
- „Chefideologe“ der MHP
- Im Februar 1979 nahm Güner an der Generalversammlung von „Türk Federasyon“ (Dachverband der westeuropäischen MPH-Tarnvereine) in Schwarzenborn/BRD teil und hielt dort eine Rede.

Kabaklı, Ahmet

- Chefredakteur der faschistischen Tageszeitung „Tercüman“
- Besuchte im November 1978 den westberliner „Büyük Ülkü Dernegi“ (Großer Idealverein)

Sazak, Gün

- Stellvertretender „Führer“ der MHP
- Gilt als Organisator der „Grauen Wölfe“ in der Türkei
- Begrüßte am 28.10.1978 auf der Türkeş-Veranstaltung in der westberliner „Neuen Welt“ die CDU-Leute Lindemann, Brinsä und Lange
- Nahm im Februar 1979 an der Generalversammlung der „Türk-Federasyon“ in Schwarzenborn/BRD teil.

Yildiz, Rifat

- War ab September 1977 der 1. Vorsitzende eines MHP-Tarnvereins in Hamburg-Ottensen
- Im Herbst 1978 ging Yıldiz in die Türkei, um dort einen hohen Posten bei der MHP zu übernehmen

Türkische Faschisten in der BRD

Altaylı, Enver

- Nach dem Abitur ging er zur Offizierschule in Ankara
- Teilnahme am Putschversuch der İnönü-Regierung am 21. Mai 1962 und 22. Februar 1963
- 1968 Promotion an der Kölner Universität
- Wurde wegen seiner rechtsradikalen Haltung von der „Deutschen Welle“ entlassen.
- 23.6.76 Bezeichnete sich in der Fernsehsendung „Monitor“ als Oberinspekteur der MHP für Europa
- Verantwortlicher Redakteur der MHP-Zeitung „Hergün“

Ayvaz, Mahzar

- In der Türkei Mitglied des „Türkes-Kommandos“
- Verwickelt in der Türkei in „blutige Schlägereien“
- Beantragt am 17.7.78 in der BRD (4720 Beckum/Kreis Warendorf) politisches Asyl

Celebi, M. Serdar

- Herausgeber der Zeitung „Hasret“
- Wurde am 18.6.1979 Vorsitzender der „Türk-Federasyon“
- Hielt eine Rede auf der Kölner MHP-Demonstration: „Kommunisten raus aus dem WDR“

Kundakci, Lokman

- Hielt am 15.7.78 eine Rede auf einer MHP-Veranstaltung in der westberliner „Neuen Welt“
- Organisator und Redner auf der Türkeş-Veranstaltung in der „Neuen Welt“ am 28.10.1978
- Besuchte im November 1978 den „Büyük Ülkü Dernegi“ in Westberlin

Oraltay, Hassan Volpinistraße 30a, 8000 München

- MHP-Verantwortlicher des CIA-Senders „Radio Liberty“. Betreibt hier ständig antisemitische und faschistische Hetzpropaganda
- Wird fast jedes Jahr vom MHP-„Führer“ Türkeş in seinem Münchener Haus besucht

Öz, Ramazan

- Generalsekretär der „Türk-Federasyon“
- Verantwortlicher Redakteur der Zeitung von „Türk Federasyon“, „Hasret“ (Sehnsucht)
- Schrieb am 20.5.1979 ein internes Rundschreiben anlässlich der MHP-Demonstration in Köln

Özgüz, Ali Rızan

- Ehemaliger Erziehungsrat der konservativ-faschistischen MC-Regierung in der Türkei
- Wurde als Abteilungsleiter am nordrhein-westfälischen Landesinstitut für Lehrerfortbildung eingestellt, obwohl er 1978 von der sozialdemokratischen CHP in die Türkei zurückgerufen worden war.



Enver Altaylı



Lokman Kundakei war

Oberguru der faschistischen

Auslandsorganisation der MHP



M. Serdar Celebi,

seit 18.6.79 Vorsitzender der
'Türk Federasyon'
und Herausgeber
der Zeitung 'Hasret'

Türkische Faschisten in Westberlin

Akman, Necmi I.

- Funktionär des „Berlin Türk Ocagi“

Aksoy, Bedii

- Funktionär des „Berlin Türk Ocagi“

Ateselim, Selahattin

- Vorsitzender des „Berlin Türk Ocagi“
- Förderte den Aufbau einer MHP-nahen Moschee und übergab dem Vorsitzenden der „Ulucami“-Moschee den Schlüssel zur Eröffnung

Ayan, Cengiz

- Ermordete in der Türkei einige Fahrgäste eines Linienbusses
- Wird in der Türkei steckbrieflich gesucht
- Führer einer faschistischen „Rache-Brigade“
- Unterschrieb Ende 1978/Anfang 1979 in Westberlin einen Drohbrief an alle türkischen Arbeitervereine
- Mitte September wurde er in der Türkei verhaftet

Balkan, Fevzi

- Funktionär des „Berlin Türk Ocagi“

Bayraktar, Safa

- Mitglied des „Büyük Ülkü Derneği“
- Organisierte im Frühjahr 1977 einen Kongreß der „Grauen Wölfe“ in Westberlin mit
- War bis Mitte 1979 Lehrer an der Neuköllner Löwenstein-Oberschule

Bilen, Nihat

- Führendes Mitglied des „Berlin Türk Ocagi“

Cahshars, A.

- C. gründete am 1.6.1978 „Türk Genç“ mit.

Cakir, Ismail (Cakiroglu?)

- Besitzer des Schöneberger Nachtclubs EFES
- Stellte als Kellner bekannte türkische Faschisten ein
- Hielt „ab und zu“ eine Rede für den MHP-„Führer“ Türkes
- Wegen Heroinhandel verhaftet
- Wurde nach seiner Verhaftung von den faschistischen türkischen Zeitungen „Anadolu“ und „Tercüman“ verteidigt

Cakir, Niyazi (Cakiroglu?)

- Wurde zusammen mit seinem Onkel Ismail Cakir wegen Heroinhandels verhaftet

Caliskan, Ahmet Görlitzer Str. 43, 1000 Berlin 36

- 1.6.1978: Can war Gründungsmitglied und Kassenführer von „Türk Genç“

Can, Mustafa Neue Hochstr. 44, 1000 Berlin 65

- 1.6.1978: Can war Gründungsmitglied und „Leiter der Abteilung Sport“ (Karateausbildung u.ä.!) des MHP-Tarnvereins „Türk Genç“

Celik, Ertugrul K.

- Ehemaliger Funktionär des ersten Auslandsvereins der MHP
- Mitglied der faschistischen „Vereinigung zur Förderung und Unterstützung der türkischen Kinder und Jugendlichen in Berlin (West)“
- Funktionär des „Berlin Türk Ocagi“

Celik, Rafet

- Ehemaliger Vorsitzender des „Berlin Türk Ocagi“

Dogu, Kemal Maybachufer 7, 1000 Berlin 44

- 1.6.1978: Dogu ist Gründungsmitglied von „Türk Genc“

Erbas, Dr. Ihsan

- Vorsitzender der „Vereinigung zur Förderung und Unterstützung der türkischen Kindern und Jugendlichen in Berlin (West)“
- Inhaber einer Marketing-Firma und einer Obst- und Gemüseladenkette

Ergün, Ali Riza

- Konsultslehrer im Wedding
- War am 25.11.78 bei einer Rangelei im AWO-Freizeitheim in der Lützowstraße dabei
- Leitete (im Frühjahr 1979?) die westberliner Generalversammlung des MHP-Tarnvereins „Büyük Ülkü Derneği“

Güler, Ismail

- Konsultslehrer in Tiergarten
- War am 28.10.78 zuständig für die „innere Sicherheit“ auf der Türkes-Veranstaltung in der westberliner „Neuen Welt“

Gündüz, Murat

- Führendes Mitglied des „Berlin Türk Ocagi“

Hancer, Ihlán

- Ehemaliger Generalsekretär der „Türk Federasyon“
- Vorsitzender des „Büyük Ülkü Derneği“ (Großer Idealistenverein)

X Karaman, Ismail Brüsseler Str. 45, 1000 Berlin 65

- 1.6.1978: Karaman ist Gründungsmitglied und „Leiter der Abteilung Kultur“ im „Türk Genc“

Kars Mehmet

- Wurde von Ali Uzun als Konsultslehrer eingestellt
- Leitete (im Frühjahr 79?) die westberliner Generalversammlung des „Büyük Ülkü Derneği“

Kilic, Avni

- War am 28.10.78 zuständig für die „innere Sicherheit“ auf der Türkes-Veranstaltung in der „Neuen Welt“
- Leitete (im Frühjahr 79?) die westberliner Generalversammlung des „Büyük Ülkü Derneği“

Kurt, Osman Nuri

- Früherer Betriebsrat bei Siemens
- Veröffentlichte einen Aufruf in der faschistischen Tageszeitung „Tercüman“, wo er „alle führenden Leute der rechtsstehenden Organisationen zu einem Kongreß“ aufrief
- 1978 Angehöriger des dreiköpfigen Beratergremiums der MHP in Europa
- Ehemaliger Führer der westberliner Kommandos der „Grauen Wölfe“
- Seit längerem Untergetaucht
- Ehemals führendes Mitglied des „Berlin Türk Ocagi“

Kuzu, Kamil

- 2.8.1979: Während einer von Kuzu angezettelten Schlägerei mit der türkischen Sozialdemokratin Zehra A. schlug er Zehra aufs Auge, auf den Arm, warf sie zu Boden und trat ihr mit den Füßen in den Bauch. 2 Tage später hatte Zehra eine Fehlgeburt.

Nalbant, Ibrahim

- Vorsitzender der von der MHP unterstützten „Ulucami“-Moschee
- Erhielt Mitte Juli 1979 den Schlüssel zur Eröffnung der Moschee vom Vorsitzenden des „Berlin Türk Ocagi“, Selahattin Ateselim

Öcen, Saban

- Arbeitet im Druckhaus Tempelhof
- Bedrohte am 26.1.79 den Vorsitzenden der ATIF tödlich

Özel, Hüseyin

- Westberliner Generalbevollmächtigter des MSP-nahen Istanbuler Ittihat - Verlages
- Drucker und „Chef“ der Ittihat-Druckerei in der Kreuzberger Eisenbahnstraße 16

Öztürk, Ramazan

- 1.6.1978: Öztürk ist Gründungsmitglied und Schriftführer des MHP-Tarnvereins „Türk Genc“

Parlar, Kemal

- Kapitalist in Westberlin
- Führt eine Zeitlang die westberliner MHP

X Sahin, Fikret Voltastraße 33, 1000 Berlin 65 Tel.: 463 10 33

- Ehemaliger Vorsitzender des „Türkischen Studenten- und Jugendvereins“ („Türk Genc“)
- Hielt am 15.7.1978 eine Rede auf der MHP-Veranstaltung in der „Neuen Welt“
- War am 25.11.1978 dabei bei einer Schlägerei im AWO-Freizeitheim in der Lützowstraße

Sevimli, Serafettin

- Vorsitzender des „Türk Genc“
- 5.5.1979: Rede auf der „Türkentums-Veranstaltung“ in den Räumen des „Berlin Türk Ocagi“ unter den Parolen „Führer Türkes“ und „Nationalistische Türkei“. An der Wand des Versammlungsraumes hing ein Türkes-Bild. In seinem Redebeitrag sagte Sevimli, daß „unsere Bewegung die Bewegung (ist), die die Welt-Menschheit in Ordnung bringt“

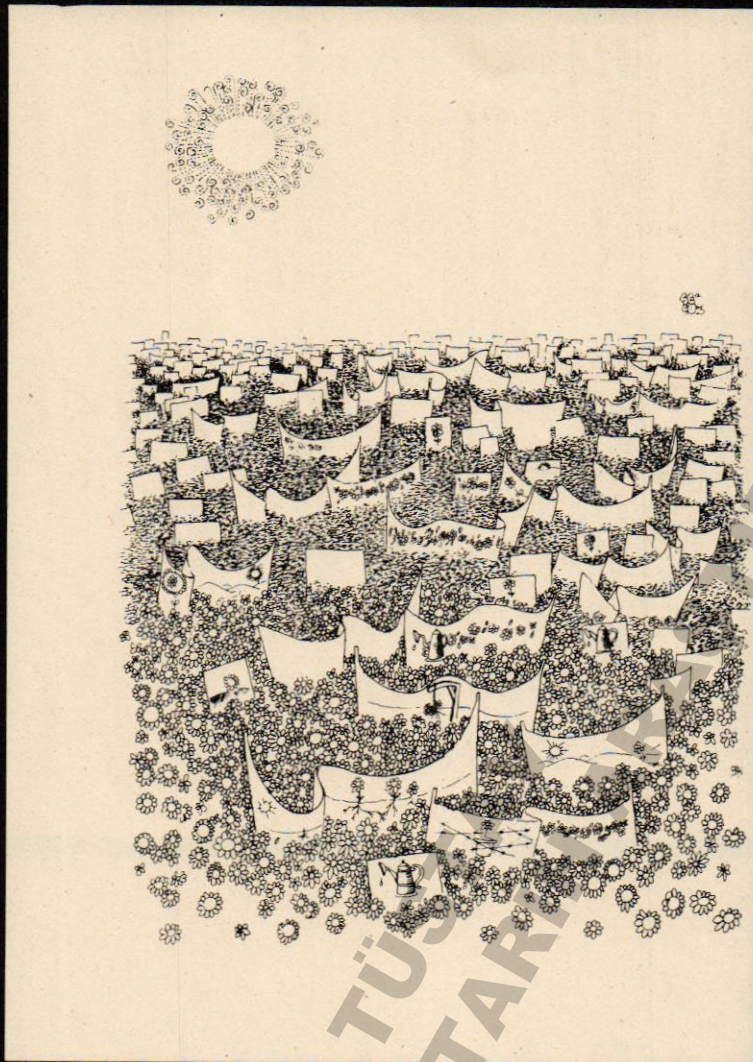
Uzun, Ali

- Lehrer an der Charlottenburger Schlesien-Oberschule
- Ehemaliger 2. Vorsitzender der „Vereinigung zur Förderung und Unterstützung der türkischen Kinder und Jugendlichen in Berlin (West)“
- Veranstaltete im „Internationalen Congress Centrum“ ein Seminar mit dem Inhalt einer reaktionären und faschistischen Ausbildung in der Türkei

Yilmaz, Miktat

- Funktionär des „Berlin Türk Ocagi“

Widerstand gegen



die „Grauen Wölfe“

*Die furchtbaren Hände auf deine Wunden gepreßt,
mit blutig zerbissenen Lippen
mußt du den Schmerz ertragen.
Hoffnung ist jetzt nur ein nackter, grausamer Schrei.
Wir werden mit unseren Fingernägeln
den Sieg aus dem Boden kratzen,
und nichts wird vergeben.
N. Hikmet*

TÜRKİYE HALKÇI DEVRİMCİ FEDERASYONU - A' RUPA

HDF

Föderation progressiver Volksvereine der Türkei in Europa

Federation of progressive popular associations of Turkey in Europe

Federation des rassemblements progressistes populaires de Turquie en Europe

Berlin 36, den 7.4.1979

AN DIE DEMOKRATISCHE ÖFFENTLICHKEIT !

Betr.: Verstärkte faschistische Angriffe auf demokratische Personen und Organisationen

Seit einiger Zeit ist mit Bedauern und mit Besorgnis die Tatsache zu beobachten, dass die türkischen faschistischen Kräfte in der BRD und in West-Berlin sich verstärkt organisieren. So schlossen sich im hessischen Schwarzenborn am 4.2.1979 108 Vereine zu der faschistischen "Föderation der türkischen Idealistenvereine in Europa" zusammen. Trotz heftiger Proteste aus den Reihen der fortschrittlichen Kräfte und der Gewerkschaften wurden die Faschisten von einem starken Polizeiaufgebot geschützt. Es ist zudem eine ironische Tatsache, dass auch dieses Zusammenreffen als Kulturveranstaltung getarnt wurde.

Diese verstärkte Organisationstätigkeit kann man von den erhöhten faschistischen Angriffen und Provokationen in den letzten Tagen keinesfalls unabhängig betrachten. Als ein Glied in dieser langen Kette von Angriffen wurde am 4.4.1979 der Vereinslokal der Progressiven Volkseinheit der Türkei in Berlin-West, in dem sich auch die Zentrale der HDF befindet, überfallen. In der Nacht vom Dienstag auf den Mittwoch wurden alle Fensterscheiben des Vereinslokals eingeschlagen. Dieser letzte Angriff ist ein klarer Beweis dafür, dass der faschistische Terror in der Türkei, dem allein im Jahre 1978 mehr als 1000 Menschen zum Opfer fielen, auch auf die im Ausland lebenden Arbeiter und Studenten übertragen werden soll.

Die Forderung der HDF, die das demokratisch linke Gedankengut unter unseren Landsleuten in Europa zu verbreiten und zu organisieren versucht, lautet deshalb: DIE FASCHISTISCHEN TARNORGANISATIONEN IN DER BRD UND IN WEST-BERLIN MÜSSEN VERBOTEN WERDEN.

Wir erwarten von der demokratischen Öffentlichkeit, von den demokratischen Parteien und Organisationen, dass sie diese Forderung konsequent unterstützen und sich mit ihr nicht nur in Worten, sondern auch in Taten aktiv solidarisieren.

HDF - Vorstand

FIDEF

INFORMIERT

Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD e.V.

AUFRUF ZUR DEMONSTRATION und PROTESTKUNDGEBUNG

Der DGB-Kreis Köln, die Kölner Jungsozialisten, die Organisationen HDF und FIDEF der türkischen Arbeitnehmer in Köln, rufen die Bürger der Stadt Köln zu einer gemeinsamen Demonstration und Protestkundgebung gegen die am Sonntag, den 20. Mai in Köln stattgefundene sogenannte 'Anti-WDR'-Demonstration der türkischen "Idealisten-Vereine" auf.

Bei diesen türkischen "Idealisten-Vereinen" handelt es sich um eine Tarnorganisation der vom Alpaslan Türkeş geführten türkischen "Partei der nationalistischen Bewegung". MHP, besser bekannt unter dem Namen "Graue Wölfe". In der Türkei versuchen diese Kreise durch offenen und brutalen Terror die demokratisch gewählte Regierung des sozialdemokratischen Ecevit zu stürzen.

In der Bundesrepublik verbreiten die Anhänger Türkeşs, der von der IG Metall nach einem Frankfurter Urteil Faschist genannt werden darf, ein Klima der Angst und des Schreckens unter ihren Landsleuten. Diesem Zweck diene auch ihre Hetz-Demonstration gegen die türkische Redaktion des WDR, auf der offen auf Flugblättern und Transparenten zum Sturz der demokratisch gewählten türkischen Regierung aufgerufen wurde.

Dieses politische Skandal erfordert eine angemessene Antwort!

Bringen wir unseren Protest dagegen zum Ausdruck, daß türkische Faschisten offen und legal unter Hetz- und Lügenparolen in Köln demonstrieren können, während eine Gegendemonstration der Kölner Jungsozialisten verboten wurde.

- Demonstrieren wir für ein sofortiges Verbot der Tarnorganisationen der türkischen Faschisten in der Bundesrepublik !
- Für sofortige polizeiliche Ermittlungen gegen diejenigen Demonstrations Teilnehmer, die offen als "Graue Wölfe" aufgetreten sind !
- Für sofortige Ausweisung der für Hetz- und Lügenpropaganda verantwortlichen Organisatoren aus der Bundesrepublik !

Abmarsch zur Demonstration:

MITTWOCH, 30 MAI 1979 17.30 Uhr, KÖLN Ebertplatz

Protestkundgebung:

Um 18.30 Uhr, Offenbachplatz



Faschisten raus aus Kreuzberg

Seit den Massakern der Faschisten im letzten Dezember in der Türkei verstärken diese Banden auch in der BRD und Westberlin ihre Angriffe auf türkische Demokraten und Patrioten. Ihr Ziel ist Zerschlagung aller fortschrittlichen Aktivitäten unserer ausländischen Kollegen und Kommilitonen, sowie die Verhinderung des gemeinsamen Kampfes der deutschen und ausländischen Bevölkerung für die eigenen Interessen.

Dabei tun sich besonders die "Grauen Wölfe" hervor, die Jugend- und Kommandoorganisation der türkischen Nazi-Partei "MHP" unter Führung von A. Türke. Nachdem die Grauen Wölfe in der Türkei verboten wurden intensivieren sie jetzt ihre Tätigkeit in der BRD und bei uns in Berlin. Dabei finden sie nicht nur Unterstützung bei der NPD oder dem CSU Führer Strauss, was wohl niemanden verwundert, sondern sie konnten sogar am vorigen Sonntag in Köln unter dem Polizeischutz des Landes NRW eine Demonstration gegen den WDR durchführen, während eine Gegenkundgebung verboten wurde.

Hier die letzten Vorfälle in Berlin:

4.5. Am Freitag kurz nach 17 Uhr überfielen ca. 100 Faschisten und religiöse Fanatiker am Kreuzberger Markt Flugblattverteiler der fortschrittlichen Arbeitervereine d. Türkei. Die mit Messern und Knütteln bewaffneten Faschisten schlugen 10 Kollegen so zusammen, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Am Kottbusser Tor wurden danach türkische Frauen provoziert, weil sie keine Kopftücher trugen.

Die ganzen Vorfälle machen deutlich, daß die deutschen und türkischen Antifaschisten sich gemeinsam gegen den Terror zur Wehr setzen, und ein Verbot der Grauen Wölfe und ihrer Tarnvereine durchsetzen müssen. Das Recht auf freie Meinungsäußerung auf der Straße können wir nur selbst verteidigen. Weder deutsche noch ausländische Faschisten werden es uns nehmen können. Treten wir gemeinsam mit den türkischen fortschrittlichen Arbeitervereinen den Faschisten entgegen, und setzen wir in der Praxis unser Recht auf Flugblattverteilen durch.

KOMMT AM FREITAG 25.5. UM 16.45UHR ZUM KREUZBERGER MARKT KOTTBUSSE DAMM/AYBACHUFE

Deutsche und Ausländer gemeinsam gegen den Faschismus

46

DER SCHWUR

ZEITUNG DER NR.1 JHRG.1
ANTIFASCHISTISCHEN FRONT W.BERLIN
DEUTSCHE U. AUSLÄNDER

-,20 DM

GEMEINSAM GEGEN FASCHISMUS

Im Dezember 1978 meldeten Presse und Fernsehen ein unglaubliches Massaker in der osttürkischen Stadt Kahramanmaraş. Dabei wurden über 500 Menschen brutal ermordet. Der Führer der türkischen Nazi-Partei MHP Türke drohte an, daß sich so etwas auch in anderen Städten wiederholen könnte.. Die Jugend- und Kommando Organisation der MHP, die Grauen Wölfe sind verantwortlich für Hunderte von Morden, Bombenanschlägen und Verbrechen an aufrechten Demokraten, Gewerkschaftler und besonders Sozialisten. MHP-Mörder aus der Türkei finden hier in der BRD und Westberlin Unterschlupf. Sie setzen hier ihren Terrorismus fort: Im Wedding schossen sie durch die Scheiben türkischer Arbeitervereine am 30.3. und 28.4. Am 24.3. und am 28.4. griffen die MHP Terroristen Flugblattverteiler in Neukölln und am Leopoldplatz an. Bilanz: 7 türkische Kollegen im Krankenhaus. Warum das alles? Der MHP-Führer Türke (Sein Vorbild A.Hitler.) will eine Nationalsozialistische "Großtürkei", wo alle Türken, die in anderen Ländern leben (Sowjet-Union, Bulgarien, China, Griechenland.) "heim ins Reich" geholt werden sollen, wie bei Hitler und Verbindungen zum CIA dürfen natürlich nicht fehlen. Und es gibt zu

viele in Deutschland, die dabei noch helfen, an der Spitze F.J. Strauß. Sein Pressesprecher sagte nach dem Geheimtreffen: "Selbstverständlich unterhalten wir auch zu türkischen Parteien und politischen Vereinigungen Beziehungen. Und diejenigen, die unserer politischen Auffassung entsprechen, denen gewähren wir auch Unterstützung." Ein weiterer Freund der Grauen Wölfe: K.H. Hoffmann, 1963 wegen Waffenschmuggel in der Türkei verhaftet, heute Chef der "Wehrsportgruppe" in Nürnberg, die zahlreiche Terror-Angriffe auf Demonstrationen unternommen haben und unbehelligt von der Polizei den Kriegproben mit scharfen Waffen.

Die europäische Ausgabe der Zeitung "Tercüman" unterstützt die Auslandsorganisationen der MHP, genauso wie viele türkische Geschäftsleute, die ein Terror Klima gegen Demokraten und linke begrüßen. Diese Organisationen gefährden das friedliche Miteinander der Ausländer in Deutschland und in besondere hier in Berlin. Die türkischen Demokraten sollten der Solidarität aller Demokraten in der BRD sicher sein.

Eigendruck im Selbstverlag
V.i.S.d.P.: Hans Kobrich
Mariannenplatz 1a 106

Graue Wölfe hinter Gitter!

Die Aktivitäten von Faschisten aus der Türkei nehmen ständig zu. Höhepunkt war ein Überfall auf Demokraten, die am Kottbusser Damm Flugblätter verteilten. Mit Ketten und Messern haben diese Faschisten 10 Flugblattverteiler krankhausreif geschlagen. Gegen diese Faschisten führen wir eine Kundgebung durch. Für ein Verbot der 'Grauen Wölfe' und aller anderen faschistischen Vereine aus der Türkei.

**Kundgebung am 6.7., 17 Uhr
Kottbusser Damm gegenüber Bilka**



Obwohl die deutsche Presse nicht sehr viel darüber berichtet, hört und liest man gelegentlich Nachrichten wie: „Türkische faschistische Graue Wölfe haben Vereinslokale angegriffen“ oder „Türkische religiöse Fanatiker griffen Flugblattverteiler an“. Wer sind nun diese „türkischen Faschisten“ und „türkischen religiösen Fanatiker“, die das friedliche Zusammenleben der Türken und Deutschen in Westberlin, besonders in letzter Zeit, erheblich gefährden, die eine Atmosphäre des Terrors und der Angst verbreiten? Welche Absichten und politischen Ziele verfolgen diese Gruppen, die durch ihre antidemokratischen und gewalttätigen Verhaltensweisen von sich hören lassen?

Die hauptsächlich unter dem Namen „türkischer Idealisten-Verein“ auftretenden Gruppen sind Nebenorganisationen der als faschistisch bekannten türkischen Partei MHP (Nationalistische Bewegungspartei). Die MHP ist mit Alparslan Türkesh an der Spitze nach dem Führerprinzip organisiert. Die Grauen Wölfe sind die als Mordkommandos berüchtigte Jugendorganisation der MHP. Wirft man einen Blick in das Programm und die Veröffentlichungen dieser Partei, dann ist das die Rede von „reinrassigen, heldenhaften Türken“ auf der einen Seite und vom „menschentressenden, minderwertigen Schwarzen“ auf der anderen, da ist weiter die Rede von der „Befreiung und Vereinigung aller Türken auf der Erde“ und von der „Gründung einer reinrassigen türkischen Großmacht, die über alle Völker herrscht“.

Diese wenigen Zitate genügen, um die rassistische, nationalistische, die völker- und menschenfeindliche Ideologie dieser Partei zu erkennen. Tag für Tag gehen brutale Morde an demokratischen und sozialistisch gesinnten Arbeitern und Studenten in der Türkei auf das Konto dieser Partei. Ihre Absicht ist es, mit solchen Mitteln ihre faschistische, terroristische Diktatur zu errichten. Daß die Türkei weder jetzt noch in Zukunft wirtschaftliche und militärisch in der Lage sein wird, eine Großmacht im Sinne der MHP zu werden, ist wohl jedem klar. Trotzdem ist Alparslan Türkesh kein Spinner, denn die wahre Aufgabe solcher faschistischen Organisationen in der Türkei besteht darin, Handlanger für alle ausländischen Mächte zu sein, die an der Ausplünderung der Türkei mitbeteiligt sind. Heu-

te versucht die MHP mit ihrer Ideologie neue Anhänger und weiteren Einfluß zu gewinnen, versucht sie, mit Mord und Einschüchterungen ihre Gegner zum Schweigen zu bringen. Wenn morgen die Situation für die „ausländischen Investoren“ brenzlich wird, steht die MHP bereit, um mit „bewährten Methoden“ wieder Ruhe und Ordnung zu schaffen. Da viele Mitglieder dieser Organisation wegen Mordes in der Türkei gerichtlich „verfolgt“ werden, haben sich die, denen dort der Boden zu heiß wurde, ins Ausland abgesetzt. Besonders in der Bundesrepublik und in Westberlin ist deren Zahl als Asylbewerber rapide gestiegen. Daneben reisen viele von ihnen auch illegal ein und finden Arbeit und Unterschlupf bei ihren Gesinnungsfreunden. Durch diesen Zustrom begünstigt bauen die Faschisten aus der Türkei hier ihre Organisationen weiter aus. Wie die letzten gewalttätigen Aktionen dieser Gruppen in Westberlin zeigen, wollen sie nun auch hier ihre Terroraktionen fortsetzen.

Nun zu den „gewalttätigen religiösen Fanatikern“. Diese Gruppe, die oft als „Islamischer Kultur-Unterstützungsverein“ legal in der Öffentlichkeit auftritt, steht der religiösen, fanatischen Partei MSP (Nationale Heilspartei) nahe oder ist deren Auslandsorganisation.

Erklärtes Ziel dieser Partei ist die Errichtung einer reaktionären, totalitären Ordnung, in der angeblich die Gesetze des Koran regieren und alle bürgerlich-demokratischen Rechte abgeschafft sind. Um dieses, ihr politische Ziel, zu erreichen, scheuen sie auch keine Gewalttätigkeiten. Indem sie die aufrichtigen religiösen Gefühle vieler politisch wenig aufgeklärter Menschen ausnutzen, hetzen sie diese gegen die fortschrittlich, demokratisch und sozialistisch gesinnten Mitbürger auf. Frauen, die sich modern gekleidet in der Öffentlichkeit zeigen, werden von ihnen belästigt, beschimpft und sogar tätlich angegriffen. Neben dem normalen Schulunterricht lassen sie ihre Kinder noch Korankurse besuchen. Dort werden die Kinder mit unzeitgemäßen Moralvorstellungen indoktriniert und zu religiösen Fanatikern erzogen, die sich anderen Kindern gegenüber feindlich und aggressiv verhalten. Der Senat unterstützt die Durchführung dieser Korankurse, indem er keinen Türkischunterricht anbietet, der demokratische Inhalte vermittelt. Alle Eltern, die wollen, daß ihre Kinder nicht als Analphabeten in die Türkei zurückkehren, haben keine andere Möglichkeit, als sie zu den Korankursen zu schicken.

Was wir scharf verurteilen, ist die offensichtliche Zusammenarbeit dieser gewalttätigen Gruppen mit der CDU, CSU. Als der von aktiven Anhängern als „Führer“ gefürchtete und geachtete Vorsitzende der faschistischen MHP am 28.10.78 hier in Westberlin in der „neuen Welt“ auftrat, waren die CDU-Mitglieder des Abgeordnetenhauses Ekkehard Lindemann und Ulrich Bräse sowie der Sieglitzer CDU-Bezirksverordnete Hajo Lange anwesend. Als der damalige, als MHP-Mitglied bekannte, Beirat für Erziehungsangelegenheiten türkischer Kinder am Westberliner Generalkonsulat der Türkei Ali Uzun wegen seiner faschistischen Umtriebe vom Erziehungsministerium abberufen wurde, stellte ihn der Charlottenburger Bürgermeister Lindemann als Senatslehrer ein.

Aber auch von SPD und FDP im Senat wird nichts gegen diese Faschisten unternommen. So kann es nicht weiter mit Unwissenheit begründet werden, wenn faschistischen Turnvereinen Turnhallen zum Training zur Verfügung gestellt werden. Vom Senat wurde nichts gegen die Einreise von Türkesh unternommen, werden auch weitere Veranstaltungen türkischer Faschisten geduldet.

Es liegt im Interesse aller demokratisch gesinnten Menschen, keine Faschisten aus der Türkei in der Bundesrepublik und Westberlin zu haben. Z. B. stellten sich beim letzten Stahlarbeiterstreik in NRW Türken aus faschistischen Turnvereinen als Streikbrecher zur Verfügung und damit gegen die streikenden Kollegen!

Deshalb fordern wir den DGB auf, nach den Sommerferien eine breit angelegte Demonstration für das Verbot der Grauen Wölfe und aller anderen Faschisten-Vereine aus der Türkei durchzuführen.

Bevor die „Grauen Wölfe im Schlafspelz“ und ihre verbündeten religiösen Fanatiker ihre Bürgerkriegsstrategie auf unser Land ausweiten, rufen wir

alle demokratisch gesinnten Menschen auf, sich entschieden gegen diese Terroristen zu stellen.

Wußten Sie schon...?

daß die Times den Streik ihrer Drucker durch Ausweichen auf die Tercünan-Druckerei (einer extrem rechten türkischen Tageszeitung) zu brechen suchte. Durch Kampfmaßnahmen konnte dies verhindert werden.

daß Ismail Cakir, der Besitzer des EFES, eines türkischen Nachtclubs in Schöneberg, wegen Heroinhandel verhaftet wurde. Als Kellner stellte er bekannte türkische Faschisten ein. Bleibt die Frage, ist Heroinhandel eine Einnahmequelle für die Faschisten aus der Türkei. Ein anderer MHP-Abgeordneter wurde vor wenigen Wochen in Frankreich festgenommen - ebenfalls wegen Heroinhandels! daß Alparslan Türkesh, der „Führer“ der MHP, 1944 Verbindungsmann der NSDAP in der Türkei war.

daß Verbindungen zwischen der MHP und der NPD bestehen. In einer Anweisung an seine Gesinnungsfreunde in Deutschland fordert A. Türkesh dazu auf, von der Erfahrungen der NPD zu lernen.



Antifaschismus muß an Taten gemessen werden



Am 18. August 1979 dieses Jahres machte eine türkische Gruppe, die es ablehnt im Initiativkomitee gegen türkische Faschisten mitzuarbeiten, in Kreuzberg eine eigene Demonstration gegen die faschistische MHP-Partei und für die Legalisierung ihrer eigenen Organisation in der Türkei. Wir begrüßen die antifaschistische Aktivität dieser Organisation, aber wir fragen sie: Glaubt Ihr, daß Ihr den antifaschistischen Kampf alleine, ohne uns führen könnt. **Unsere Spaltung ist unsere Schwäche! Nur gemeinsam sind wir stark!**

Neue Eskalation der Gewalt

Von Hans-Jürgen Blume

WESTBERLIN. – Samstag, am 18.8., demonstrierten rund 300 Türken in Westberlin ihre Forderung nach einem Verbot der rechtsradikalen „Nationalistischen Bewegungspartei“ (MHP) und ihrer Terrorkommandos „Graue Wölfe“ in der Türkei und der Bundesrepublik.

Organisator des Marschs durch Kreuzberg war der „Türkische Demokratische Arbeiterverein“. Gleichzeitig fanden in verschiedenen westdeutschen Städten Protestkundgebungen gegen die unvermindert anhaltende Mordserie vor allem der „Grauen Wölfe“ statt, deren Bomben, Revolver und Messern täglich drei bis fünf Menschen zum Opfer fallen. Angesichts des Ausmaßes dieser Gefahr ist unverstänlich, was seit einiger Zeit bei der türkischen Linken, zumindest in Berlin, zu beobachten ist: Arbeiteten bis zum Frühling diesen Jahres die verschiedenen Organisationen und Vereine noch zusammen, fand man unter jeder Presseerklärung nahezu alle aufgeführt und gingen sie auch gemeinsam auf die Straßen, so scheinen einige in den letzten Monaten einen „Preis des besten Antifaschisten“ – so ein türkischer Kollege – gewinnen zu wollen.

Als am 14. Juli die drei rechtsradikalen Berliner Türken-Vereine mit Staraufgebot in der „Taverne“ Eigen-PR betrieben – dabei war auch das CSU-Mitglied und stellvertretende Vorsitzende des Christlichen Gewerkschaftsbundes (CGB), Petrowski, versammelte sich zum Protest gerade noch ein gutes Hundert Demonstranten, die Hälfte vielleicht Türken. Wohl weil sie anderen Vereinen zu „spontan“ oder „chaotisch“ waren, waren diese gleich zuhause geblieben.

Einladung vergessen

Kaum anders am letzten Samstag: „Wir rufen alle Demokraten und fortschrittliche Menschen und Organisationen auf, sich mit dem Kampf der Demokraten der Türkei zu solidarisieren und unsere Aktionen zu unterstützen.“ – hieß es auf dem Flugblatt des „Arbeitervereins“. Indes: An die anderen türkischen Vereine war man nicht herangetreten. Deren Mitglieder saßen abends stinksauer in ihren Treffpunkten. Viele hätten mitgemacht, – waren aber nicht eingeladen worden, es war nicht „ihre“ Demonstration.

Dabei waren die Türken mit ihrer Zusammenarbeit erfolgreich: Nicht zuletzt ihr gemeinsames Vorgehen hat die MHP und die „Grauen Wölfe“ auch in der deutschen Öffentlichkeit in kurzer Zeit sehr bekannt – und es den Faschisten schwer gemacht, weiterhin im Dunkeln zu agieren.

Zusammenarbeit wäre besonders jetzt vonnöten, da sich dem rechten Spektrum seit der iranischen Revolution immer mehr türkische Islam-Fanatiker zugesellen. Am Tag vor der Demonstration des „Arbeitervereins“ – am von Khomeini proklamierten „heiligen Palästina-Tag“ – zogen etwa 1500 Personen, vor allem Türken, aber auch Pakistani und Iraner, zum Kottbusser Tor, wo sich, im „Neuen Kreuzberger Zentrum“, die türkische „Mevlana“-Moschee befindet. Mit von der Partie die „Islamische Jugend v.v.“ (der türkischen rechts-religiösen „Nationalistischen Heilspartei“ (MSP) nahestehend), die schon im März zum

„Heiligen Krieg“ aufrief, und mit dabei auch die MSP-nahe „Nationale Sicht“. Vor dem Kottbusser Tor wurde „Palästina den Muslimen“ gefordert, und ein Redner währ der Ansicht, daß die Juden schon immer die Feinde des Osmanischen Reiches



gewesen und überhaupt für alles verantwortlich seien: für den Kommunismus und für den Faschismus.

Die türkische Tageszeitung „Hürriyet“ meldete am 17.8., daß eine Frau – Mitglied der türkischen Regierungspartei CHP nahestehenden HDB – von einem Nachbarn, dem „MSP-Anhänger“ Kamil K. verprügelt wurde, weil sie ihre Kinder nicht in die Koranschule schickte. Die im vierten

Monat schwangere Frau mußte in ein Berliner Krankenhaus und verlor bei einer Frühgeburt ihr Kind.

„Beten“ und Prügeln

Die politische Richtung vieler türkischer Islam-Fanatiker läßt sich indes nicht nur an Flugblättern und Schlägereien – darunter eine Massenprügelei am 4. Mai vor der „Mevlana“-Moschee gegen eine Handvoll maoistischer Flugblattverteiler – erkennen: Die „Hürriyet“ meldete am 27. Juli, daß der Vorsitzende des Freundeskreises der kurz zuvor eröffneten „Ulucami“-Moschee, Ibrahim Nalbant, vom Vorsitzenden des benachbarten „Türk-Ocagi“, Selahattin Ataselim, den Schlüssel zur Moschee erhalten habe. In der Moschee würde allerdings keine Politik betrieben werden, zitierte die „Hürriyet“. – Das „Türk-Ocagi“ ist eins der drei Berliner Mitgliedsvereine in der Europa-Föderation der türkischen Rechtsradikalen, die – immer „Graue Wölfe“-Embleme zeigend – unter anderem im letzten Jahr die Großstadt-Tournee des Führers („Basbug“) Türkei, MHP-Vorsitzender, organisiert hatte.

Die MHP könnte in der Türkei wohl verboten werden. Im Zuge des Mammutprozesses in Adana um das Massaker Ende letzten Jahres in Kahramanmaraş und durch diverse Ermittlungen wegen politischer Morde wurde und wird der faschistische Untergrund durchsichtiger. Türkische Kollegen meinen, daß die Regierungspartei CHP unter Ecevit zur Zeit besonders deshalb kein Verbot will, weil Wahlen bevorstehen, und Ecevit befürchtet, daß die MHP-Wähler bei einem Verbot zur rechts-konservativen „Gerechtigkeitspartei“ (AP) Demirels schwenken, und dieser einen für den Fortbestand der CHP-Regierung gefährlichen Stimmenzuwachs bescheren könnten. Am 14. Oktober wird in 28 der 67 Provinzen, wie alle sechs Jahre, ein Drittel der Senatoren in direkter Wahl neu gewählt.

Angst und Identitätsverlust

Die neue Eskalation rechter Türken-Gewalt gegen Landsleute, die sich seit etwa zwei, drei Monaten in der Bundesrepublik ankündigt, ist nicht nur eine Reaktion der Faschisten auf die ihnen drohende Illegalität, und auch nicht nur Folge des Wunsches rechts-religiöser Führer, die iranische Revolution zu vervielfältigen. Eine genauso große Rolle dürfte die Angst vieler türkischer Eltern vor der Entfremdung von ihren Kindern spielen. Die hier aufgewachsene sogenannte „2. Generation“ ist jetzt in einem Alter und einer Anzahl, daß die Folgen der unentschiedenen Ausländerpolitik sehr deutlich werden. Die Eltern sehen, daß ihre eigenen Wertvorstellungen, ihre Kultur nicht den Erfahrungen ihrer Kinder entspricht und daß die Kinder hierzulande in Schule und Beruf keine Chance haben. Den Rückgriff auf klare, autoritär bis brutale Interpretation islamischer Wertvorstellungen zur Rettung der eigenen und der Identität ihrer Kinder erleben wir zur Zeit. Dieser verzweifelte Versuch, ausgenutzt und geschürt von der politischen Rechten, wird gegen den Einfluß der Landsleute offensiv verteidigt, die, da sie fast alle hier bleiben werden, dafür arbeiten, auch hier eine Chance zu bekommen.



AUFRUF

WANN SIND SIE DAS LETZTE MAL MIT EINEM SCHLACHTERMESSEK BEDROHT WORDEN ?

Oder mit Holzknütteln? Oder mit Ketten? Oder mit Messern? Das ist einigen Mitbürgern am helllichten Tage und auf offener Straße, auf dem Kottbusser Damm passiert. Mehrmals, z.B. am Freitag, den 4. Mai, und es wurde nicht nur gedroht, nein, denn die 60 bis 80 terroristischen Gewalttäter haben 10 unserer Mitbürger (vielleicht war Ihr Arbeitskollege auch dabei?) übel zugerichtet, daß sie ins Krankenhaus mußten. Einige kamen glimpflicher davon. Polizisten waren in der Nähe. Sie griffen nicht ein. Dabei haben diese Leute nur eines ihrer einfachsten Rechte ausgeübt: Ihre Meinung unter die Leute zu tragen, auf bedrucktem Papier. Um wen handelt es sich? Es sind Mitglieder türkischer Arbeitervereine, die Flugblätter verteilt haben und daraufhin mißhandelt worden. Hier eine kleine Auswahl der in West-Berlin bekanntgewordenen Vorfälle: 30.3. Vier Schüsse durch die Scheiben des Vereins der Arbeiter aus der Türkei. Sieben Kollegen waren im Laden.

3.4. Sieben Schüsse in die Räume des Kultur- und Solidaritätsvereins in Berlin.

4.4. Die Fensterscheiben des türkischen Vereins Progressive Volkunion wurden zertrümmert.

10.4. Brandanschlag auf einen Verein in der Naunynstraße.

28.4. Angriff mit Schlagwaffen auf türkische Flugblattverteiler am Leopoldplatz.

4.5. Überfall auf Flugblattverteiler auf dem Kottbusser Damm. Zehn Opfer mußten ins Krankenhaus.

Am 11.5. praktische Solidarität: Eine Reihe deutscher Antifaschisten sind am Kottbusser Damm und verhindern weitere Überfälle.

... Und ringsum Schweigen ... Was tun?

Die Polizei? Fahndung nach diesen Gewalttätern? -- Nein, zwei Personalien wurden festgestellt, das ist alles.

Und die Presse? Schlagzeile auf der ersten Seite? -- Nein, verschweigt es vollkommen oder bringt nur einen drei Zeilen Artikel unter "ferner liefern".

Die Behörden? Schließen sie die Läden dieser Faschisten? Verboten sie ihre Vereine? -- Nein, sie lassen höchstens ein Spruch los, tun so, als wären die Überfallenen Kollegen an ihren Verletzungen selber schuld.

Aber es wird nicht mehr geschwiegen!

Wenn die türkischen "Grauen Wölfe" und ihre MHP-Partei in der Türkei beinahe JEDEN TAG einen oder mehrere politische Gegner ERMORDEN und dieses faschistische politische Gangstertum auf Berliner Straßen fortsetzen, mit den Elementen, die in der Türkei ermordet haben und hier auch noch POLITISCHES ASYL erhalten, dann muß eingegriffen werden.

Wir wollen keine neue SA auf unseren Straßen, keine deutsche, keine türkische, gar keine!

Jeder, der auf die Unterstützung fortschrittlicher Kollegen z.B. im Streik angewiesen ist:

Jeder, der keine Faschisten in unserer Stadt dulden will;

Jeder, der die türkischen Kollegen nicht im Stich lassen will, sollte zu unserer Kundgebung kommen.

KUNDGEBUNG AM 8.6.79 Freitag um 17⁰⁰ - Verbot aller faschistischen Organisationen und Vereine!

Kottbusser Damm/Ecke Maybach Ufer

Initiativkomitee gegen türkische Faschisten

V.i.S.d.P.
Hans Köbrich

Mariannenplatz 1a

1000 Berlin 36



Faschistenläden in Kreuzberg müssen geschlossen werden

Faschisten aus der Türkei (MHP) überfallen zusammen mit religiösen Fanatikern (NKP) in der letzten Zeit immer häufiger Flugblattverteiler fortschrittlicher Arbeitervereine aus der Türkei. Diese Faschisten schrecken nicht davor zurück, auf Läden dieser Arbeitervereine zu schließen oder einen eins Bomben zu schicken. Die Faschisten aus der Türkei können in Kostborlie von den Behörden geduldet samt legal Vereinsrechte aufrechterhalten. Es geht so: wir als Antifaschisten, wo sie für ihre Überfälle trainieren können.

Kaum sind in der Presse die Berichte über Neonazis an Westberliner Schulen verurteilt, stört die Wikingerjugend (neonazistische Jugendorganisation) eine antifaschistische Filmveranstaltung. Der Überfall auf das Weißbierhaus geht auch auf das Konto der Wikingerjugend. In der Gitschiner Straße haben sie einen Keller zum paramilitärischen Training eingerichtet.

WIR FORDERN DIE SCHLIESSUNG ALLER DIESER FASCHISTENLÄDEN:

- dem Keller der Wikingerjugend in der Gitschiner Straße 91
- einem NKP-Laden in der Oranienstraße
- einem von Faschisten aus der Türkei betriebenen Judoverein in der Wiener Str.
- einem als Schachklub getarnten Laden der Grauen Wölfe in der Wiener Straße

FÜR EIN VERBOT DIESER UND ALLER ANDERER FASCHISTENVEREINE!

Da diese Faschistenläden vom Senat geduldet werden, müssen wir selbst etwas dagegen tun!

DEMONSTRATION

gegen deutsche und türkische Faschistenläden

SAMSTAG, den 20.10.79 10 Uhr
Blücherplatz / Hallesches Tor

UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG:

(in Verbindung mit einer Spendensammlung zum Zwecke einer Anzeige im "Tagespiegel" oder andere Zeitungen)

Hiermit protestiere ich gegen das immer brutalere und offenere Auftreten fanatischer türkischer Faschisten, die z.T. unter religiösem Deckmantel jetzt auch schon im Ausland, d.h. besonders in der BRD und Westberlin, agieren und erkläre mich bereit, dabei zu helfen, eine breitere Öffentlichkeit darüber herzustellen.

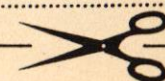
Ich bin damit einverstanden, daß meine Unterschrift im Rahmen einer Anzeige der "Alternativen Liste" veröffentlicht wird!

Name.....

Anschrift.....

Vorname.....

Unterschrift.....



„Besichtigung“ von türkischen Faschistenläden

Am 20. Oktober fand in Kreuzberg eine Demonstration gegen den Terror der türkischen Faschisten statt, an der sich 450 Antifaschisten beteiligten. Die Demonstrationsroute verlief entlang der einschlägig bekannten Treffpunkte westberliner und türkischer Faschisten.

Vom Laden der „Wiking-Jugend“ (Gitschiner Str. 91) ging es zur religiös-fanatichen „Islamischen Jugend“ (Skalitzer Str. 135), einem rechttradikalen türkischen Buchladen (Oranienstr.), und abschließend zum „Berlin Türk Ocagi“ (Wiener Str. 19), einem Hauptquartier der türkischen Faschisten in Westberlin.

Vor jedem Faschistentreff wurde angehalten und über Lautsprecher Informationen über die Läden gegeben.

Haltgemacht wurde auch vor dem Kreuzberger Haus, wo die schwangere türkische Sozialarbeiterin Zehra A. vom türkischen Faschisten KAMIL KUZU mißhandelt wurde und daraufhin eine Fehlgeburt erlitt.

Bei der Abschlußkundgebung kam eine Horde vermummter „Grauer Wölfe“ aus dem „Berlin Türk Ocagi“ und paradierte provozierend vor ihrem Laden. Die Faschisten fotografierten und filmten die Antifaschisten und nahmen ihre Reden auf Tonband auf. Diese neue Art des Widerstandes - Faschistentreffs und einzelne Faschisten öffentlich zu denunzieren - fand im Fernsehen, dem Rundfunk und der Presse Beachtung. Berichte standen im „Tagesspiegel“, der „Neuen“ und der „Tageszeitung“. In den ZDF-Nachrichten wurde kurz berichtet, daß „500 Türken gegen den Terror vor türkischen Rechtsextremisten demonstrierten“.

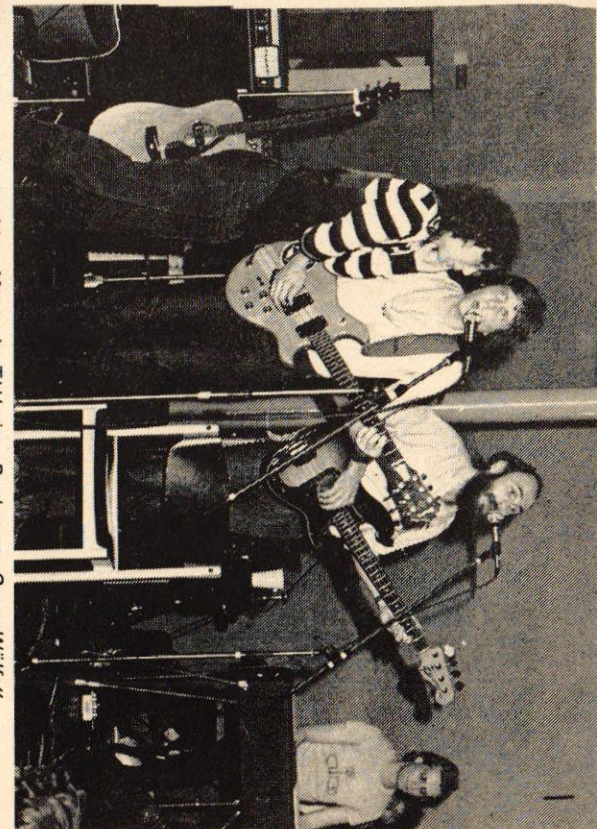
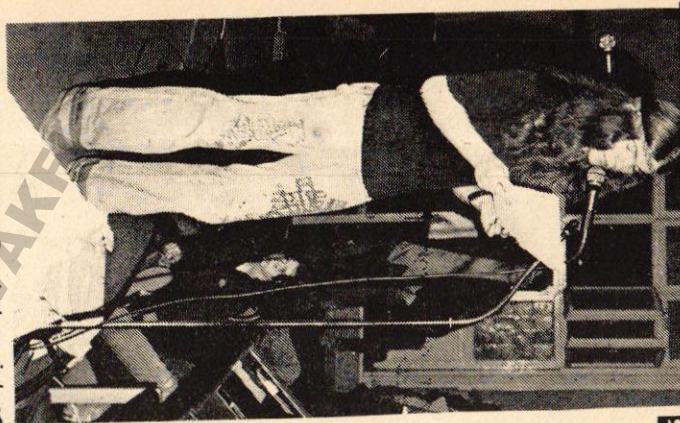
Der Rundfunksender RIAS hatte zwei Tage hintereinander zur Beteiligung an der Demonstration aufgerufen.

Hübsch war auch, daß noch am selben Abend der Schlupfwinkel der „Wiking-Jugend“ von der Polizei durchsucht wurde, nachdem es dort eine Schlägerei gegeben hatte. Die vorläufig festgenommenen Faschisten wurden - wie üblich - inzwischen wieder freigelassen. Ein Verfahren wegen des gefundenen NS-Hetzmateriels wurde gar nicht erst eröffnet.

Nicht einmal zu solchen „Alibi-Razzien“ hat sich die Polizei bisher gegenüber türkischen Faschistenläden aufgerafft...



Demonstration gegen türkische und westdeutsche Faschistenläden



Eine antischistische Resolution wird gelesen

Satansbraten“ in der Alten Mensa der TU beim „Rock gegen Graue Wölfe“

Stoppt die Grauen Wölfe !



Die „Grauen Wölfe“ sind die militante Jugendorganisation der faschistischen türkischen Partei MHP, die ein großtürkisches Reich errichten will. In letzter Zeit vermehren sie verstärkt ihre Angriffe gegen andersdenkende Menschen in der Bundesrepublik und West-Berlin. Allein in unserer Stadt haben sie in den letzten Monaten mehrere Menschen verletzt: am Sonntag, den 24.3.1979 in Neukölln, Karl-Marx-Str. ein Angriff mit 40 Leuten, am 28.4.79 im Wedding, Leopoldplatz ein Angriff mit 30 Leuten und am 4.5.79 in Kreuzberg, Maybachufer mit ca. 100 Leuten. Die Angegriffenen, Flugblattverteiler oder Passanten, wurden teilweise schwer verletzt. **Türkische Faschisten, verbunden mit religiösen Fanatikern, verbreiten eine Atmosphäre des Terrors!**

Die Faschisten aus der Türkei verschaffen sich Einfluß auf ihre Landsleute auf dem Wege der Koran-Schulen und Karate-Kursen bei Jugendlichen und über faschistische Vereine und Moscheen bei den Erwachsenen. Nachdem in Bremen und in Dortmund türkische Vereine versuchten, Streiks des Deutschen Gewerkschaftsbundes gewaltsam zu brechen, verabredeten die faschistische türkische Partei MHP und der CGB (Christliche Gewerkschaftsbund) Zusammenarbeit für die Zukunft.

Nach der Todestagsfeier von Hitler am 30.4.78 traf der Anführer der Faschisten Türkisch am 1.5.78 geheim mit dem Vorsitzenden der CSU, F.J. Strauß, zusammen. Seitens der CSU wurde eine Unterstützung nicht demontiert. Auch der Westberliner CDU-Chef Lorenz traf am 28.10.78 mit Türkisch zusammen. Die Zusammenarbeit von staatlichen Stellen und Faschisten nimmt zu: ein türkischer Faschist wurde in Charlottenburg als Lehrer eingestellt, und Schulräume wurden in Charlottenburg an graue Wölfe zur Verfügung gestellt. Aus einem Brief von Türkisch an den westniederrheinischen Ableger seiner Faschistenpartei MHP geht hervor, daß eine Zusammenarbeit mit der NPD angestrebt wird, bzw. schon existiert. Jugendliche der militant-faschistischen „Wiking-Jugend“ wurden auch bei einer Veranstaltung türkischer Faschisten in der Taverne am Lützowplatz am 14.7.79 gesehen.

Auf das Konto der Grauen Wölfe, deren Hauptunterstützer und organisatorische Helfer immer wieder beim CIA lokalisiert werden, gehen hunderte von Morden und Linken in der Türkei. **Auch in der Bundesrepublik in Rüsselsheim – sind die ersten Schüsse gefallen!!!** Bevor die Grauen Wölfe „im Schafspelz“ und ihre Verbündeten ihren faschistischen Terror auf die Bundesrepublik und West-Berlin ausdehnen, rufen wir alle demokratisch gesinnten Menschen auf, entschieden gegen diese Terroristen Widerstand zu leisten.



Kommt zur Veranstaltung: 13.10.

Rock gegen Graue Wölfe mit den Musikgruppen **WACHOLDER, SOUTHERN COMFORT und SATANSBRATEN.**

Es gibt Informationen über türkische Faschisten und Dias aus der Türkei.

Unkostenbeitrag: 4.- DM

Die Veranstaltung wird unterstützt von:

Jungsozialisten (LV Berlin), SJD-Die Falken (LV Berlin), FDJW-Kulturensemble, Junge Presse Berlin, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, GIM, KJVD, KB, SSB, Alternative Liste Berlin, Sozialistische Jugendzeitung Thing, Antifa-Gruppe der AHA, Allgemeine Homosexuelle Arbeitsgemeinschaft, Initiativkomitee gegen türkische Faschisten, **Veranstalter: ESG in Zusammenarbeit mit der Initiative „ROCK GEGEN RECHTS e.V.“ Arbeitsgruppe West-Berlin**

Kontakt: Rock gegen Rechts c/o Uwe Jahn, 1 Berlin 65, Ludentzstr. 11 Tel. 451 28 32 V.i.S.d.P.: Siehe oben.

LOVE MUSIC



HAVE

RACISM!



aus: „Zitty“

Musikalischer Gegenschlag

Den meisten Berlinern ist es bisher noch ziemlich wurscht, wenn sie fast täglich von politischen Morden und Terroranschlägen in der fernen Türkei lesen – weit, weit weg, dieses „exotische“ Land! Doch die Gleichgültigkeit schwindet immer schneller, seit dessen innenpolitische Spannungen auch unter den zigtausend in unseren Mauern lebenden Türken zu einer explosiven Situation geführt haben. Mordbriefe und Schlägereien, Überfälle und neuerdings auch Anschläge mit Schußwaffengebrauch gehen allerdings nicht auf das Konto „der Türken“ schlechthin, sondern ihre Spuren führen meist in ein und dieselbe Ecke: ultrarechte, religiös-fanatische Ableger der türkischen Faschistenpartei MHP („Partei der Nationalistischen Bewegung“) terrorisieren ihre in Berlin arbeitenden Landsleute, wenn auch noch nicht so ungeniert wie zu Hause.

Dort haben die MHP und ihre besonders militante „Graue Wölfe“-Organisation bereits Hunderte von Gewerkschaftlern, Bauern und Intellektuellen ermordet und wollen die sozialdemokratische Ecevit-Regierung im Zuge einer wachsenden Rechts-Links-Polarisierung aus dem Amt hebeln. Seit die türkischen Sozis vorsichtig zurückschlagen, die MHP mit Verbot bedrohen und auf die Mordkommandos der „Grauen Wölfe“ zögernd Jagd machen, weichen deren Aktivisten immer mehr ins Ausland aus, beispielsweise nach West-Berlin. Um auf das ungehinderte Treiben der „Grauen

Wölfe“ in unserer Stadt aufmerksam zu machen, dem Polizei und Staatsanwaltschaft bisher hilflos oder desinteressiert zuschauten, holen die hiesigen „Rock gegen Rechts“-Gruppen am 13. Oktober zum musikalischen Gegenschlag aus. Ab 20 Uhr treten in der Alten Mensa der TU unter dem Motto „Rock gegen Graue Wölfe“ die Bands Wacholder, Southern Comfort und Satansbraten auf. Zwischendurch gibt's jede Menge Informationen, Dias und Kebab aus dem vorderasiatischen Land.

Die beim „Verein der Arbeiterjugend der Türkei“ und im „Kultur- und Solidaritätsverein“ organisierten demokratischen Türken werden die Berliner Jugendlichen über das weitgehend kriminelle Treiben der „Grauen Wölfe“ bestens informieren, die inzwischen auch an einzelnen Berliner Schulen ihre Zungen rauhhängen lassen. So wird man unter anderem erfahren, daß die MHP und ihre mittelalterlichen Ableger ganz ernsthaft um die Wiedererrichtung eines osmanischen Großreichs bemüht sind und die Grenzen der Türkei auf Landkarten von Wien bis weit nach Südrußland verlaufen lassen. MHP-Ideologe Necdet Sevinc schreibt in einem Büchlein, das man im Festsaal der Neuen Welt bei einer folkloristisch getarnten Propagandaveranstaltung erwerben konnte: „Ein türkischer Nationalist kann den Frieden nur dann lieben, wenn er ein Mittel für neue Kriege wird, und sonst niemals!“

Auch eine vielköpfige Abordnung der deutsch-nationalen Wiking-Jugend ließ sich in der Neuen Welt blicken und war in bester Gesell-

schaft. Die „Grauen Wölfe“ und ihr rechtslastiger Bündnispartner „Türk Genç“ („Türkischer Jugendverband“) haben's aber nicht nur mit der Theorie – ihre Schlagkraft in „praktischen Dingen“ stellen sie jüngst zur Genüge unter Beweis: schon im letzten Jahr wurde das Domizil des türkischen „Kultur- und Solidaritätsvereins“ in der Weddinger Burgsdorfstraße von Rechtsextremisten beschossen, ebenso der „Türkische Arbeiterverein“ in der Bellermannstraße 17.

Seitdem reißt die Welle von Drohbriefen gegen Vereinsmitglieder und den 1. Vorsitzenden Ali Dogan, nicht mehr ab. Grundtenor: „Berlin wird Euer Grab sein.“ Auf das türkische Generalkonsulat am Ku'damm wurde die Parole gesprüht: „Die Vorstandsmitglieder des Vereins Bellermannstraße 17 werden umgebracht.“ Am 28. April dieses Jahres wurden Flugblattverteiler des „Kultur- und Solidaritätsvereins“ von bewaffneten Rechts-Türken am Leopoldplatz angegriffen und einige schwerverletzt. Am 5. Mai überfallen dann einhundert nationalistische Schläger etwa vierzig Landsleute auf dem Kreuzberger Türkenmarkt mit Schlagstöcken, Fahrradketten und Messern. Nach Augenzeugenberichten gibt es regelrechte Menschenjagden in den Straßen. Fünfzehn Personen, meist Mitglieder der antifaschistischen Türkenvereine, werden schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht.

Eine sehr informative Broschüre über die Aktivitäten der „Grauen Wölfe“ kann jeder beim Initiativkomitee gegen türkische Faschisten, 1000 Berlin 62, Langenscheidstr. 3, anfordern.

Jochen Metzner

Rock gegen Rechts – ein schöner Erfolg in Hannover

Am 6.10. fand das Abschlussfestival von zwei Rock-gegen-Rechts-Wochen statt: Den Anfang macht das RgR-Konzert am 22.9. (organisiert von der SDAJ) mit 1.500 Besuchern, danach zwei Antifa-Wochen mit Filmen und Diskussionen in Jugendzentren, der Ausstellung „Frauen und Faschismus“ dem „Mobilen Rhein-Main-Theater“ („Gearbeitet wird, was auf den Tisch kommt“), und vieles mehr.

Trotz verschiedener Angriffe von Behörden, Stadtverwaltung und CDU und trotz weitgehender Verschiebung der Presse (bis auf NDR II und „Stadtpost“) – 2.500 vorwiegend Jugendliche kamen zum RgR-Festival am 6.10. Es war ein buntes, tolles Fest mit den hannoverschen Rockgruppen

Heartbreaker, Spätlese, Store-Evil, Quick-Nick-Band, Caligari, Kalt-Wetter-Front und Checkpoint Charly auf der Rockbühne (letzte hatten ihr „Schwein Franz Joseph“ mitgebracht).

Obwohl die Aktionseinheit von 30 Organisationen und Initiativen sowie vielen ÖTV-Gewerkschaftern sich nicht zu einem Aufruf gegen Strauß (der uns am 24. November heimsuchen will) einigen konnte, war die Halle voll von Anti-Strauß-Parolen und hunderte von Anti-Strauß-Klebern und -Ansteckern kamen an die Jacken.

Ein einziger gemeinsamer Redebeitrag (AE und Musiker) wandte sich gegen die Neonazis, gegen „Albrechts Privatfunk-Pläne“ und forderte dazu auf, nicht abzuwarten, bis ein Strauß die Verhältnisse seiner chilenischen Kumpels hier einführt.

Antifa-Kommission/KB Hannover

aus: „Arbeiterkampf“, 29.10.79

Rock gegen Rechts auch in Gelsenkirchen

Eine neugegründete Initiative „Aktion gegen Rechts“ in Gelsenkirchen bereitet ein umfangreiches Programm verschiedener Aktionen, Veranstaltungen etc. vor, um unterschiedlichste Bereiche von Repression, staatlicher Gewalt, Neonazismus usw. darzustellen und Protest dagegen zu verbreiten. „Die Kandidatur von Strauß“, so der Aufruf der Initiative, „setzt der Rechtsentwicklung die Spitze auf“. Für den 2. bis 4. November ist ein großes „Rock-gegen-Rechts“-Konzert in Gelsenkirchen angekündigt; am 17. November soll eine Podiumsdiskussion mit Ernst Volland und Günter Wallraff zum Thema „Zensur“ stattfinden.

Nähere Informationen:
Klaus Farin
Velsenstraße 20
4660 Gelsenkirchen-Buer

Rock & Solidarität

FRANKFURT. Die Initiative „Rock gegen Rechts“ plant für den 7. Dezember 79 eine Veranstaltung unter dem Thema „Solidarität mit den ausländischen Kollegen“. Die Veranstaltung findet im Volksbildungsheim Frankfurt statt (Eschenheimer Anlage 40). Ab 17 Uhr spielen: Frankfurter Rock Session, Kurdische Folklore, New Born Life, Kurdisches Theater, Bohrmaschine Bornheim, Cono Sur (Chilenische Folklore), Michael Sagmeister Band, Kurdische Volksänger.





„Graue Wölfe“ mit Folklore getarnt

Der DGB fordert Verbot türkischer faschistischer Organisationen

Als der türkische Faschistenführer und Chef der Killer-Kommandos „Graue Wölfe“, Alparslan Türkeş (61), am 28. Oktober 1978 West-Berlin und danach bis zum 1. November die Bundesrepublik heimsuchte, popelten Behörden und Politiker ein wenig in ihren Gedächtnissen; wollten aber außer der üblichen Lücke partout nichts Schlimmeres finden. Protest, vor allem gegen die Faschisten-Großveranstaltungen am 28. in der „Neuen Welt“ (2000 Fanatiker) und am 29. in der Dortmunder „Westfalenhalle“ (10 000), blieb dem DGB vorbehalten.

Der schon von der Gestapo geschätzte Türkeş, Vorsitzender der faschistischen „Partei der nationalistischen Bewegung“ (MHP), ließ seinen Partei-Vize Gün Sazak sich eine besondere Freude daraus machen, in der „Neuen Welt“ die CDU-Abgeordneten Eckard Lindemann, Ulrich Brinssa und den Steglitzer CDU-Chef Hans Joachim Lange zu begrüßen. Türkeş schloß die Veranstaltung, wie üblich, mit dem Führer-Gruß.

Am 1. Mai dieses Jahres begegneten sich Türkeş und F. J. Strauß „herzlich“ und im geheimen. Laut der rechtsextremistischen Tageszeitung „Tercüman“ vom 3. November 78 war Türkeş während seiner jüngsten Großstadt-„Tournée“ in Bonn und zweimal in München mit der Christen-Union in Kontakt getreten. Die vermehrten schwarzen Kontakte und Auslandsreisen des Hitler-Verehrers Türkeş korrespondieren mit der sich langsam verändernden innenpolitischen Situation in der Türkei.

Die MHP war ab 1973 mit drei Parlamentsitzen (heute hat sie 16 der 450) und zwei Ministerstühlen an den beiden Regierungen der „Nationali-

stischen Front“ unter Demirel beteiligt. Sie eroberte mit brutalem Terror der „Grauen Wölfe“ und dem CIA im Hintergrund trotz ihrer Splitter-Größe den gesamten Staatsapparat.

Am 1. Januar dieses Jahres übernahm eine Koalition unter dem „Sozialdemokraten“ Ecevit die Regierung und begann — viel zu lau — gegen die „Wölfe“ vorzugehen. Seitdem Türkeş immer mehr isoliert wird — es ist denkbar, daß seine Organisationen in Kürze verboten werden — eskaliert der Terror.

Über 800 politische Morde allein in diesem Jahr gehen fast ausschließlich auf das Konto der „Grauen Wölfe“ (1977: 319; 1976: 109). Die linksliberale „Cumhuriyet“ meldete am 22. November, daß die MHP-Spitze von der türkischen Staatsanwaltschaft vorgeladen worden ist. Grund: Sie hatte Ecevit aufgefordert, die Regierung an die Armee abzugeben. Ebenfalls am 22. November entschied ein türkisches Gericht in erster Instanz das Verbot der türkischen „Ulku Ocaglari Dernegi“ — „Wölfe“ im „Idealisten“-Pelz, wie in der Bundesrepublik.

Der Bundeshauptvorstand der IG Chemie befürchtete, daß der Türkeş-Besuch „Auftakt blutiger Überfälle der Grauen Wölfe auch in der Bundesrepublik wird“. Der nordrheinwestfälische DGB-Vorsitzende Bleicher forderte, wie verschiedene Einzelgewerkschaften, demokratische Organisationen und Persönlichkeiten vergangen, das Verbot der Werbung für Ultra-Rechts wegen Völkerverhetzung: „Die sogenannten Grauen Wölfe terrorisieren seit langem demokratisch gesinnte Landsleute und verbünden sich auch mit deutschen Neonazis.“

Türkische Zeitungen berichten, daß in der Türkei steckbrieflich gesuchte „Wölfe“ beginnen auszureisen, um in der Bundesrepublik Asyl-Anträge zu stellen. Die nach SS-Muster organisierten Kommandos schufen sich am 18. Juni 1978 einen Dachverband, die „Föderation der demokratischen Idealistenverbände in Europa“. Versammelt sind hier 65 „Wolfs“-Vereine, davon 53 aus der Bundesrepublik, drei aus West-Berlin. Ihr Vorsitzender, Lokman Konakci, gab am 16. Juli 1978 in einem Interview die Mitgliedszahl an: 22 000.

Es ist zu befürchten, daß die türkischen Faschisten in Westdeutschland die Exil-Zentrale für ihren Terror vorbereiten. Eine Blut- und Angstspur ziehen sie hier schon seit 1973 hinter sich her: Mord, Knüppelereien, erpreßte Gewerkschaftsaustritte...

Die Tarnorganisationen der „Wölfe“, die „Idealisten-“, „Kultur-“ und ähnliche Vereine, müssen endlich verboten, ihre Mitglieder ausgewiesen werden. Das ist die Mindestforderung nach Schutz für die 1,2 Millionen Türken in der Bundesrepublik, meist Ecevit-Anhänger.

Hans-Jürgen Blume

aus „ÖTV-Dialog“, Dezember 78



Dramatisch trägt ein türkischer Rezipient „Poesie“ über den Feind vor.



In der Mitte zweier maßgeblicher Funktionäre rechtsgerichteter Türkenorganisationen: Wolfgang Petrowsky vom Christlichen Gewerkschaftsbund.

IG-Metall fordert Maßnahmen gegen rechtsradikale Türken

Berlin, 3.10. (DGB). Mitglieder rechtsradikaler türkischer Organisationen wenden in letzter Zeit immer häufiger und offener Gewalt gegen demokratische Türken an. Diese Tendenz war Inhalt eines Gesprächs, das Innensenator Ullrich gestern mit türkischen Gewerkschaftsfunktionären führte.

Eine türkische Kollegin schilderte, wie sie beim Lesen ihrer IG-Metall-Zeitung in der U-Bahn von zwei Männern beobachtet und daraufhin angesprochen wurde. Ihr wurde gesagt, daß niemand mit türkischem Blut in den Adern so ein Kommunistenblatt lesen dürfte. Ihr wurde schließlich die Zeitung aus der Hand gerissen und mit Gewalt gedroht, für den Fall, daß man sie noch einmal mit so einer Zeitung sehen würde. In einem anderen Fall verteilten Türken vor den Toren des AEG-Werkes in der Brunnenstraße Flugblätter mit rechtsradikalem Inhalt. Türkische Kollegen, die es ablehnten, sich die antidemokratischen Texte in die Hand drücken zu lassen, wurden auf der Stelle verprügelt.

Der Senator wies im Laufe des Gesprächs darauf hin, daß die geschilderten Fälle zu wenig konkret seien und zeitlich zu weit zurück lägen, um jetzt direkte Maßnahmen zu ergreifen. Er bot aber für die weitere Behandlung des Problems seine Hilfe an. Überlegungen, wie man diesen Umtrieben langfristig ein Ende bereiten kann, wurden seitens des Senators bislang noch nicht angestellt.

Die IG Metall betrachtet den sich ausbreitenden rechtsradikalen Terror in unserer Stadt als ein ernsthaftes Problem, und fordert die türkischen Mitbürger auf, dieses Auftreten rechtsradikaler Organisationen schnell den zuständigen Stellen zu melden.

aus: „TAZ“, 5.10.79

Spanischer Volksblatt 12.7.79

Der DGB-Kreis Frankfurt fordert:

vom Bundestag, von der Hessischen Landesregierung und vom Frankfurter Magistrat:

1. Verpflichtung zur Behandlung des Faschismusproblems im Geschichts- und Politikunterricht aller Schulen.
2. Besondere Berücksichtigung der Rolle des Faschismus in der deutschen Geschichte und des Neofaschismus in Presse, Funk und Fernsehen.
3. Verhinderung jeglicher Nazi-Propaganda, einschließlich des für den 17. Juni 1979 erneut geplanten NPD-„Deutschland-Treffens“!
4. Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten zur Bekämpfung neofaschistischer Organisationen und Aktionen; Auflösung neofaschistischer Organisationen, wie z.B. des „Kampfbund Deutscher Soldaten“ der „HIAG“, der NPD und der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ entsprechend Artikel 139 des Grundgesetzes und Artikel 158 der Hessischen Verfassung!
5. Keine Verjährung von Nazi-Massenmorden; Beitritt der Bundesrepublik zur UNO-Konvention über die Unverjährbarkeit von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Aus den Beschlüssen des 11. IG-Bau-Kongresses (IV)

Verbot neofaschistischer Organisationen gefordert

Westberlin (DW-Mr.). In mehreren Anträgen und Entschließungen wurde auf dem 11. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden das Verbot aller neonazistischen Organisationen gefordert. Die Delegierten einigten sich auf den Antrag 100 der 10. Bundeskonferenz Junger Gewerkschafter.

Der Beschluß — Antrag 100 — lautet:

„Der Bundesvorstand wird aufgefordert, sich für das Verbot aller SS-Traditionsverbände und anderer Nachfolgeorganisationen, ein Verbot aller nazistischen Literatur an Schulen und öffentlichen Einrichtungen, ein Verbot aller neonazistischen Organisationen, wie der NPD und ihrer Jugendorganisationen, die Entlassung aller Berufssoldaten aus der Bundeswehr, die an SS-Traditions- und anderen neofaschistischen Treffen teilnehmen, einzusetzen.“

Gefordert wird auch, daß der DGB eine möglichst zentrale antifaschistische Demonstration einleitet. Die IG BSE soll Schulungen und Informationsveranstaltungen anbieten und entsprechendes Material zur Verfügung stellen.

Zur Begründung dazu heißt es:

„Die SS-Verbände sind wegen ihrer Verbrechen gegen die Menschlichkeit vom internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg verurteilt worden. Ihre Tätigkeit steht im Gegensatz zu den Gesetzen vieler Länder. Trotzdem haben sich SS-Formationen erneut konstituiert und tragen wieder die Kriegs- und Feldzeichen ihrer alten Einheit.“

Gegen die ausdrücklichen Bestimmungen des Grundgesetzes werden NS-Propagandamaterialien im Buch- und Schallplattenhandel verbreitet.

Die NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ hat in Wattenscheid und Kamen ein „Ausbildungslager“ eröffnet, wo Jugendliche faschistisch indoktriniert und verhetzt werden. — Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen.“

aus: „Wahrheit“, 12.11.79

eine neonazistische provokation – aber doch viel mehr ...

WERNER DRAKE / MICHAEL SCHRODER

Es fällt schwer, in kurze das wichtigste darzustellen – ein termin jagt den anderen: presskonferenzen, interview, fernsehaufnahmen, zeitungsaufnahmen, artikel, natürlich auch schule – es ist etwas passiert: Neonazis stören Holocaustdiskussion.

Trotzdem müssen wir unsere einschätzung an einer anderen stelle beginnen, nicht am abend der provokation, sondern bei unserer täglichen arbeit gegen die repressions. Eine fixierung auf die tatsache, so schlimm sie auch war, so tief sie uns getroffen hat, muß uns jetzt auffordern, über die vorgeschichte nachzudenken.

herbst 78

Die landeskommission gegen politische diskriminierung be-schließt auf bitten der galerie 70, zwei diskussionsabende zum thema „rechtsradikale anbelang schulern“ durchzuführen. Unser vorstand unterstützt dies und übernimmt die schirmherrschaft für die ausstellung.

Von „Holocaust“ wissen wir zu diesem zeitpunkt noch nichts. Unser eher als spärlich zu beziehendes material über „rechtsradikalen“ wird durch recherchierten langsam erweitert.

„Holocaust“ bricht herein. Und mit „Holocaust“ all die fragen und die seit jahren ver-

schlechte betroffenen über unsere eigene geschichte. Parallel dazu zeigt uns die galerie 70 einen ausschnitt der heutigen realität: neonazismus – neofaschismus, egal welcher begriff nun stimmt – die betroffenen wächst, empörung macht sich breit, gibt es tatsächlich organisierte neonazistische truppen?

anfang – mitte februar 79

Der erste diskussionsabend in der galerie wird für uns, die wir den abend vorbereiteten, zu einem entscheidenden ereignis. Unser diskussionsvorbereitung hinfällig, in überfüllten räumen diskutieren die anwesenden über alles, was ihnen neu oder nicht, einfallt.

Nach über 3 stunden diskussion sind wir uns einig: keine diskussion in der letzten zeit hat soviel fragen offengelassen wie diese: fragen über fraktionen werden notiert, ein weiterer diskussionsabend kann vielleicht etwas klärung bringen. Ein diskussionsabend mit schulern wird gewünscht, natürlich, was soll dem im wege stehen?

mitte februar bis anfang märz 79

Der schulenrat schweigt zur schirmherrschaft, fotografieraktion der polizei (bz 3/79), der erste steinwurf in die

deutschland verhaftet und verurteilt. Damals schrieb das programm seiner organisation folgendes:

- „Der neue turkismus ist rassistischer nationalismus.“
- „Die reinheit des blutes der nation muß geschützt werden.“
- „Die nicht zur turkischen rasse gehörenden völker müssen vertrieben werden.“

Der sturz der regierung am 27. mai 1960 führte zu einer begrenzten demokratisierung

BLZ 4/79

che treffpunkt geworden ... neonazis machen schlagzeilen. Hörfunk, presse und fernsehen, alle sind da, morgens um 6 uhr bittet man uns zum interview, die schlagzeile wird gesehen ... und gefunden. Auch herr rasch betritt die galerie, ein grund sich mal sehen zu lassen. Das fernsehen läßt uns im haus der kirche noch einmal erzählen: hier sahen wir ... dann kamen sie ... angst ... usw.

Wir sind inzwischen sehr nachdenklich geworden, ein fader geschmack bleibt zurück: sechs neonazis sorgen für schlagzeilen, wo bleiben die schlagzeilen über die fotografieraktion der polizei? sechs neonazis sorgen für schlagzeilen, die behinderungen und storkationen, welche die ausstellung begleiten, wer erwähnt sie? Kollegen,

unser arbeitskreis in der landeskommission hat seine arbeit begonnen. Unser ziel: eine dokumentation und evtl. eine veranstaltung im juni. Deshalb:

macht euch die mühe und re-cherchiert nach allem was braun und braunlich riecht. Schreibt alles auf und schickt es an die geschäftsstelle, gerade nach der wahl muß es doch heißen ... jetzt erst recht!

die MHP (Nationalistische Bewegungspartei) und ihr einfluß auf das bildungswesen in der Türkei und der Bundesrepublik Deutschland

SUREYYA TURHAN

Als oberst nahm türkes an dieser militärischen aktion teil. Er wurde später als komitee militärischen komitee ausgeschlossen und ins ausland geschickt, weil er die unterstützung der aktion für seine eigene machtergreifung auszunutzen versuchte.

Nach seiner ruckkehr in die türkei trat er in eine partei ein, die 1969 sich unter dem namen „Nationalistische Bewegungspartei“ an den wahlen beteiligte. Die ziele dieser partei werden in dem buch

schaffen und die türken sind zu diesem zweck bestimmt.“

... die türkische außenpolitik muß vom einfluß der lösung „rieden im lande, ich bin ein ideeller soldat. Wenn wir die prinzipien des soldatenseins annehmen, wird uns das die führung der massen erleichtern. Wenn es nötig ist, muß man, um die nation zu retten, ein paar köpfe rollen lassen.“

Die regierung der „Nationalistischen Front“ –koalition schickte die konsultationslehrer mit diesen aufgaben in die bundesrepublik bzw. nach berlin. Darüber hinaus sollten diese konsultationslehrer die türkischen lehrer, die vom Senat eingestellt worden waren, be-spitzeln. Es ist in der türkei kein geheimnis mehr, daß der erziehungsrat der türkischen regierung in berlin – Ali Uzun – regelmäßig während seiner amtszeit berichte über türkische kollegen angefer-tigt und an die türkische regierung gesandt hat.

Im mai 1976 erklärte der staatssekretär für lehrschu-len im bildungsministerium: „Wir müssen alle nationalisten sein. Der lehrer, den ich aus-bild, muß nationalist sein, der schüler, den ich ausbilde, muß nationalist sein. Die ideellen und materiellen werte der tür-kischen nation können nur so bewahrt werden. Wir wollen unsere aktiven nationalisten, unsere tüchtigen nationalisten, daß es 150.000.000 türken gibt. So etwas zu verschweigen, darf nicht aufgabe un-ser erziehung und der türki-schen nationalisten sein. Ich

„notizen für einen idealisten“ wie folgt beschreiben:

... das ziel ist, den nationen staat zu gründen, der für ein paar eines türken die ganze welt offen wird und durch die befreiung unserer besetzten terri-torien gemeinsam mit allen unseren rassenossen die befreiungsbewegung aller unter kapitalistischen und kommunistischen knecht-schaft unterdrückten nationen zu organisieren. Gott hat, ihm die u.s. türken er-

als leiter betrachte auch als mitkämpfer. So lange ich bin, kann auch niemand schaden, aber wenn jemand fehler macht, ist es mein vorrecht, ihm den kopf einzuschlagen. Ich bin kein soldat, aber ich bin ein ideeller soldat. Wenn wir die prinzipien des soldatenseins annehmen, wird uns das die führung der massen erleichtern. Wenn es nötig ist, muß man, um die nation zu retten, ein paar köpfe rollen lassen.“

Die regierung der „Nationalistischen Front“ –koalition schickte die konsultationslehrer mit diesen aufgaben in die bundesrepublik bzw. nach berlin. Darüber hinaus sollten diese konsultationslehrer die türkischen lehrer, die vom Senat eingestellt worden waren, be-spitzeln. Es ist in der türkei kein geheimnis mehr, daß der erziehungsrat der türkischen regierung in berlin – Ali Uzun – regelmäßig während seiner amtszeit berichte über türkische kollegen angefer-tigt und an die türkische regierung gesandt hat.

Im mai 1976 erklärte der staatssekretär für lehrschu-len im bildungsministerium: „Wir müssen alle nationalisten sein. Der lehrer, den ich aus-bild, muß nationalist sein, der schüler, den ich ausbilde, muß nationalist sein. Die ideellen und materiellen werte der tür-kischen nation können nur so bewahrt werden. Wir wollen unsere aktiven nationalisten, unsere tüchtigen nationalisten, daß es 150.000.000 türken gibt. So etwas zu verschweigen, darf nicht aufgabe un-ser erziehung und der türki-schen nationalisten sein. Ich

„notizen für einen idealisten“ wie folgt beschreiben:

... das ziel ist, den nationen staat zu gründen, der für ein paar eines türken die ganze welt offen wird und durch die befreiung unserer besetzten terri-torien gemeinsam mit allen unseren rassenossen die befreiungsbewegung aller unter kapitalistischen und kommunistischen knecht-schaft unterdrückten nationen zu organisieren. Gott hat, ihm die u.s. türken er-



Auch wenn türkische konsultationslehrer bestreuen, sich an der vermittlung des Chinesen der Kulturen zu beteiligen, so ist dies in der türkei ein tabu. In der türkei ist es ein tabu, sich an der vermittlung des Chinesen der Kulturen zu beteiligen. In der türkei ist es ein tabu, sich an der vermittlung des Chinesen der Kulturen zu beteiligen.

aus: Blickpunkt 12/1978

Alparslan Türkeş ist ein Faschist

Gericht weist Gegendarsel-faschistengruppen des türkischen Alparslan Türkeş gegenüber der Zeitung „METALL“ zurück.

Frankfurt am Main – Die IG Metall darf weiterhin behaupten, daß Alparslan Türkeş, Vorsitzender der Partei der Nationalisten (MHP) ein faschist ist und seine partei in der Bundes-republik Tarnorganisationen des Landesgerichts Frank-furt wie nach einer mündli-chen verhandlung ein gegen-darstellungsbegleichen von Alparslan Türkeş gegenüber der Zeitung „METALL“ zu-rück, die diese aussage ge-troffen habe.

„METALL“ hatte in der ausgabe Nr. 23 vom 15. november 1978 in einem Ar-tikel unter der Überschrift: „Endlich verbietet“ unter

na: Solidarität, DGB-Jugendzeitschrift

Nachdem die konsultations-lehrer einige zeit in deutschland ge-arbeitet hatten, berichteten kollegen über die verheeren-den verhaltensänderungen und le-schüler, belegten dies und lei-teten es dem senator für schulwesen zu. In der presse konnte man/frau lesen, daß diese konsultationslehrer den gro-ßen kongreß der „Grauen Wölfe“ (jugendorganisation der MHP) organisiert und durch-geführt haben. Die türkische tageszeitung „Tercüman“ vom 19.8.1977 nannte sie in einem artikel namentlich. Ei-nen dieser namentlich genann-ten lehrer wurde 1978 vom Bezirksamt Neukölln einge-stellt.

Nachdem der ehemalige türki-sche erziehungsrat Ali Uzun von der jetzigen sozialdemo-kratischen türkischen regie-rung zurückbeordert worden war, kündigte er in der türkei und bewarb sich für den deut-schen schuldienst in berlin. Im januar 1979 stellte ihn das Bezirksamt Charlottenburg ein

- Nennen Sie 5 bucher, die Sie zuletzt gelesen haben!
- Glauben Sie an den regie-rungsplan?
- Sind Sie für eine geburtenkontrolle?
- Welche zeiten lesen Sie?
- Wie heißt der heilige, der in Antakya begraben liegt?
- Wie heißt der heilige, der in Antakya begraben liegt?
- Won antakya begraben liegt?
- Linke oder rechte?
- Welches sind die bucher, die Sie führer und welche ver-lage veröffentlichten sie?



Alternative Liste

Für Demokratie und Umweltschutz

PRESSE-ERKLÄRUNG

Zu den verstärkten Aktivitäten neo-nazistischer Gruppen und türkischer Faschisten in Berlin, ihrer Duldung durch die Alliierten, den Senat und die etablierten Parteien.

Die ALTERNATIVE LISTE - Für Demokratie und Umweltschutz - sieht mit Besorgnis die zunehmenden Aktivitäten von neo-nazistischen Gruppen und türkischen Faschisten, ihre verstärkte Zusammenarbeit in dieser Stadt. Die AL wirft den Alliierten, dem Berliner Senat und den etablierten Parteien vor, diesem faschistischen Treiben tatenlos zuzusehen, nichts dagegen zu unternehmen, daß sich hier ein faschistisches Zentrum entwickelt. Die AL wendet sich an die demokratische Öffentlichkeit, an die demokratischen Organisationen dieser faschistischen Entwicklung entgegen zu wirken und auf die in dieser Stadt Verantwortung tragenden Politiker Druck auszuüben, energisch gegen dieses faschistische Treiben vorzugehen.

Hier in Berlin haben sich die PARTEI DER NATIONALISTISCHEN BEWEGUNG (MHP) mit ihrer Schlägerorganisation GRAUE WÖLFE und die religiös-fanatischen, faschistoide NATIONALE HEILSPARTEI (MSP) organisiert. Hinzu kommt die reaktionäre faschistoide Strömung der ISLAMISCHEN KULTURZENTREN, die über Moscheen die türkischen Arbeitnehmer und über Koranschulen Jugendliche und Kinder in ihrem Sinne beeinflussen und im April 79 zum Heiligen Krieg aufgerufen haben. Diese Organisationen unterhalten Büros als Vereinsräume getarnt, Läden z.B. in der Ackerstraße, Wienerstr., Voltastr. Painestr. und Oranienstraße. Diese Organisationen können mit Duldung der etablierten politischen Verantwortlichen in dieser Stadt z.B. folgende Aktionen unternehmen:

- 24.3. Flugblattverteiler des Vereins Arbeiter-Jugend der Türkei wurden in Neukölln von GRAUEN WÖLFEN und Mitgliedern der MSP mit Ketten und Schlagstöcken angegriffen. Fünf Menschen mußten ärztlich behandelt werden.
- 30.3. Nachts um 3 Uhr wurde 7 mal durch die Fensterscheibe der Versammlungsräume des Kultur- und Solidaritätsvereins Berlin im Wedding in der Burgsdorferstr. geschossen.
- 4.4. Gegen Mitternacht wurden die Fensterscheiben des Büros des Progressiven Volksvereins der Türkei in der Kreuzberger Oranienstraße eingeschlagen.
- 10.4. Nachts wurde das Büro der Werktätigen aus der Türkei in der Kreuzberger Naunynstraße in Brand gesteckt.
- 28.4. Mittags wurden am Leopoldplatz im Wedding Flugblattverteiler des Kultur- und Solidaritätsvereins von bewaffneten Faschisten angegriffen. ~~IXXIX~~ Sie wurden verletzt, Platzwunden mußten

Kuno-Fischer-Straße 15, 1000 Berlin 19, Telefon 3214717

genäht, einem wurde der Arm ausgekugelt.

- 4.5. Flugblattverteiler der fortschrittlichen Arbeitervereine aus der Türkei wurden von ca. 100 Faschisten und religiösen Fanatikern in Kreuzberg am Kottbuser Damm/Ecke Maybach-Ufer während des Marktes überfallen. Die mit Messern, Ketten und Knüppel bewaffneten Faschisten schlugen 10 türkische Kollegen so zusammen, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Ein Bauchstich, mehrere Platzwunden, Gehirnerschütterungen und Blutergüsse mußten behandelt werden. Selbst unbeteiligte Passanten wurden bei diesem Überfall nicht verschont. Z.B. wurde ein Kind aus einem Kinderwagen geschleudert, mit Füßen getreten und lag blutend auf der Straße.
- 5.5. Gegen Mittag versammelten sich erneut 30-50 Faschisten, die erneut gegen Flugblattverteiler und Zeitungsverkäufer von einem türkischen Arbeiter-Verein vorgingen. Die türkischen Anti-Faschisten mußten in die U-Bahn flüchten und konnten sich nur gegen die faschistische Übermacht wehren, indem sie von innen die Türen zuriegelten.

In Berliner Großbetrieben wie z.B. AEG, SIEMENS, MERCEDES werden Betriebsräte, die sich u.a. gegen die neo-nazistischen und faschistischen Aktivitäten einsetzen, von faschistischen ausländischen "Kollegen" unter Androhung von äußerster Gewalt einzuschüchtern versucht.

Im Berliner Kongreßzentrum dürfen türkische Faschisten ein Seminar mit dem Inhalt einer reaktionären, faschistischen Ausbildung für Arbeiterkinder aus der Türkei veranstalten. Einer der Veranstalter war Ali Wzua, früher im Beirat für Ausbildung und Erziehungsangelegenheiten der NATIONALISTISCHEN FRONT, heute Lehrer im Bezirk

Die AL erwartet von einem Josef Strauß, der sich am 1. Mai 78 geheim mit dem faschistischen Führer Türke, dem Vorsitzenden der PARTEI DER NATIONALISTISCHEN BEWEGUNG (MHP), getroffen hat, nichts anderes. Die AL ist aber empört, daß Berliner Politiker, die sich angeblich so für Demokratie und Freiheit einsetzen, mit diesem Faschisten Türke und seiner Bewegung Kontakte haben. So z.B. der Steglitzer CDU-Fraktionsvorsitzende Lange, der am 28.10.78 auf einer als "Kulturveranstaltung" getarnten Parteiversammlung der MHP mit Türke teilnahm, die mit dem Hitlergruß endete. So z.B. der Berliner CDU-Vorsitzende, der sich an diesem Tag ebenfalls mit Türke traf.

Als Skandal empfindet es die AL, daß der Ausschuß des Bundestages zu seinem Hearing zur Lage der ausländischen Kinder am 24.4. als einzige Vertreter die reaktionären, faschistoiden ISLAMISCHEN KULTURZENTREN eingeladen hat.

Die AL fordert die Alliierten, den Senat und die etablierten Parteien auf die faschistischen Organisationen zu verbieten, die als Kulturzentren getarnten Büros aufzulösen.

Die AL erwartet, daß gegen die faschistischen GRAUEN WÖLFE und ihre Vereine vom Senat vorgegangen wird.

Die AL ruft alle Demokraten und demokratischen Organisationen und Gruppen dieser Stadt auf, in einem breiten Bündnis sich zusammenzuschließen, um zu erreichen, daß neo-nazistische und faschistische Organisationen, deutsche und ausländische, verboten, ihre offenen und als Kulturvereine getarnten Büros und Läden geschlossen werden, daß ihnen keine Räume mehr vermietet werden.

ALTERNATIVE LISTE
Für Demokratie und Umweltschutz

4. Parlamentsarbeit der Alternativen Liste /
Bürgerliche Parteien zu „Grauen Wölfen“



ALTERNATIVE



Statt Verbot der Faschisten:

Ergebnisse von großen Anfragen zu Aktivitäten türkischer und deutscher Faschisten in Kreuzberg)

Nach dem großen Wahlerfolg der erstmals zu der Abgeordnetenhaus-Wahl am 18. März 1979 angetretenen **Alternativen Liste** - in Kreuzberg wählten uns 4478 (6,9%) Wahlberechtigte - zogen auch in Kreuzberg 3 Bezirksverordnete (BV) ins kommunale Parlament (Bezirksverordnetenversammlung, BV) ein.

Dabei stellte sich im ersten halben Jahr **parlamentarischer Arbeit** die große Anforderung an unsere Bezirksverordneten, sich von jahrelanger z.T. hartgesottener **außerparlamentarischer Erfahrung** auf ein völlig neues Feld politischer Arbeit umzustellen.

Angesichts des immer offeneren Auftretens v.a. türkischer Faschisten in Kreuzberg, mit blutigen Auseinandersetzungen, wurde von uns der Versuch unternommen, über den **außerparlamentarischen Druck** hinaus - Demonstrationen, Bürgerforum und Presseerklärungen - das Bezirksamt und die drei bürgerlichen Parteien durch eine **große Anfrage** in der Bezirksverordnetenversammlung vom 27. Juni 79 mit diesen Ungeheuerlichkeiten zu konfrontieren und zu eingreifenden Maßnahmen aufzufordern.

Nachdem die bereits dokumentierten Vorfälle, sogar über Westberlin hinaus, bereitwillig von der **Presse** aufgegriffen worden waren, konnte diese Auseinandersetzung von den bürgerlichen Parteien nicht mehr heruntergespielt werden - so ließ sich z.B. die SPD-Fraktion es nicht nehmen, der **AL-Anfrage** (Drucksache Nr.16) nachzuziehen mit einer deckungsgleichen Anfrage (Drucksache Nr. 18)!!!

SPD versteht die Welt nicht mehr

Besonders erschreckend war die den Anfragen folgende Aussprache, zu der sich lediglich als Vertreter des Bezirksamtes (BA) Bürgermeister Pietschker (SPD), die SPD Begründung der Anfrage), die FDP und die AL zur Diskussion meldeten. Die CDU zog es vor, überhaupt keine Stellung zu beziehen! Die Aussprache zeigte eine völlige Unkenntnis der bürgerlichen Parlamentarier über Ursache und Hintergrund der Konflikte.

Allein die SPD wagte eine Alibi-Erklärung, die es ihr leicht macht, nicht vor der eigenen Türe zu kehren: „Die Ursache liegt in der **innenpolitischen Situation in der Türkei**“, „es entstehen Situationen, die an die deutsche Situation unmittelbar vor 1933 erinnern“ und „Ich bin der Auffassung...daß...**Links- und Rechtsradikale sich zu gemeinsamer Wirkung gegen die Demokratie hochschaukeln**“ (Pietschker).

Hierbei handelt es sich scheinbar um astreine SPD-Schulung, Innensenator Ullrich vertritt haargenau den gleichen Standpunkt:

„Es handelt sich hier um politische Auseinandersetzungen, die ihren Ursprung in der Türkei haben und die jetzt auch auf Deutschland überschwappten“ (Berliner Stimme, 79)

Allerdings benennt er auch gleich das Dilemma: „Wir haben ja schon die große Schwierigkeit, die Vorgänge in der Türkei selbst voll zu begreifen und zu verstehen“

Die altbewährte **Taktik: rechts = links** stellte sich als Allgemeingut der drei bürgerlichen Parteien dar, nur der Bezirksverordnete der AL, Dirk Schneider, kontierte Pietschker:

„Eine Anfrage nach linksradikalen Tendenzen wäre nicht so pauschal und ungenau beantwortet worden“ (alle Zitate Mitschrift der Sitzung)

Glauben statt Wissen!

Nun gut, eine wissenschaftliche Analyse hatten wir nicht verlangt (noch nicht!), doch auch zur Frage der **Asylanten** und der **Koran-Schulen** war Pietschker schwach auf der Brust. Seit Okt. 78 sollen 421 Türken, meist Kurden, politisches Asyl beantragt haben. Wieviel davon in Kreuzberg gemeldet sind bleibt unklar, u.a. wegen der Zuzugssperre und „einer ganzen Reihe administrativer Gründe.“

Kein Wort zum Inhalt der Asylanträge, wo doch nachweislich Faschisten mit eben ihren faschistischen Aktivitäten beantragen, weil sie sich von der sozialdemokratischen Regierung Ecevit verfolgt fühlen!?

Auf jeden Fall:

„Dem BA gegenüber haben sich keine Türken zu faschistischen Ansichten bekannt.“

Und ganz lapidar:

„Dem BA ist die Tätigkeit von Koran-Schulen nicht bekannt“ (Pietschker)

Aber nicht vertragen, den vom zunehmenden Terror Betroffenen verspricht Pietschker:

„Die Befürchtungen (türkischer Demokraten) nehmen wir sehr ernst“:

Wie ernst, wurde jedoch sehr schnell klar:

„Das BA glaubt, daß ihm alle türkischen politischen Arbeitsgruppen in Kreuzberg bekannt sind. Eine ausreichende Zuordnung ...in... ist für das BA nur bedingt und nicht ohne jedes Risiko von Mißverständnissen möglich.“

Warum das BA faschistisches Treiben nicht als solches werten will, wollen wir weiter unten aufzeigen, zunächst zur spezialdemokratischen Einschätzung der Szene, wozu Pietschker erst in die Türkei fahren mußte:

„Habe mich vor Ort sachkundig gemacht ... bereits vorhandene Erkenntnisse ... ausgewertet und in die Praxis umgesetzt.“

Innensenator Ulrich kann es sich leisten, seinen Apparat zu benutzen:

„Wir beobachten türkische extremistische Organisationen, ob von links oder rechts, durch den Verfassungsschutz und die Polizei“ „die Polizei bemüht sich gemeinsam mit dem Verfassungsschutz die Lage zu analysieren“, „Es bestehen keine direkten Verbindungen zu türkischen Sicherheitsorganen... Hier stützen wir uns auf die Analysen des Auswärtigen Amtes“

Daß trotz Spesenreisen und fortlaufend ausgebautem Polizeiparagrafen die **Erkenntnisse relativ gering** sein sollen, wird noch durch die Bewertung der vermeintlichen Fakten bekräftigt. Auf eine im Anschluß an die Aussprache von der FDP gestellten Anfrage zu deutschen Faschisten (Drucksache Nr.17) mutmaßte Pietschker:

„Seit Januar 79 ... gibt es keine besonderen Aktivitäten rechtsradikaler Gruppen“

„Wir glauben auch nicht, daß man in Berlin und im Bezirk Kreuzberg von einem wachsenden Rechtsradikalismus in der deutschen Bevölkerung reden kann.“

Allerdings muß sich die FDP auch den Vorwurf gefallen lassen, daß sie ihre Anfrage nicht sehr ernsthaft vorbrachte (dazu später), sodaß sich außer Pietschker bezeichnenderweise nur noch die CDU bequeimte, die Aktivitäten der Neonazis herabzuspielen:

„Veröffentlichungen (Bundesinnenministerium) stellen fest, daß der Rechtsextremismus noch relativ unbedeutend geblieben ist.“ (BV Krüger)

Tsp.
11.10.77

Bericht über extremistische Ausländer-Gruppen vorgelegt

Nur eine geringe Minderheit der Ausländer in der Bundesrepublik betroffen

Bonn (AP). Nur eine verschwindend geringe Minderheit der vier Millionen in der Bundesrepublik lebenden Ausländer hat sich extremistischen Gruppierungen angeschlossen. Die Aktivitäten dieser Gruppen belasten jedoch die Beziehungen der Bundesrepublik zu den Heimatländern. Diese Folgerungen hat der Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses Wernitz (SPD) aus dem Bericht des Bundesinnenministeriums über den Ausländerextremismus in der Bundesrepublik gezogen.

Wernitz erklärte gestern im Pressedienst der bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten in Bonn, die extremistischen Aktivitäten der Ausländer und ihre sicherheitsgefährdenden Bestrebungen bedürften sorgfältiger und intensiver Beobachtungen. Die gesetzlichen Möglichkeiten des Staates reichten jedoch aus, den Ausländerextremismus in Grenzen zu halten.

Anhaltende Aktivitäten palästinensischer Untergrundorganisationen und eskalierende

Nach dem Bericht, den der Innenausschuss im Sommer wegen der Aktivitäten von Irannern gegen ehemalige Agenten des Schah-Geheimdienstes Savak angefordert hatte, gibt es in der Bundesrepublik 145 extremistische Ausländerorganisationen mit insgesamt 93 000 Mitgliedern. Im vergangenen Jahr waren es 146 Organisationen mit 81 500 Mitgliedern. Den Mitgliederzuwachs hatten so Wernitz, im wesentlichen die orthodox oder national-kommunistisch orientierten Gruppen und die Organisationen der ausländischen „Neuen Linken“.

Wernitz wies vor allem auf die Abwehrmöglichkeiten des Staates gegenüber den Aktivitäten der extremistischen Ausländer hin. Die Sicherheitsbehörden könnten als Extremisten bekannte Ausländer an den Grenzen zurückweisen. Zur Palette staatlicher Möglichkeiten gehöre auch eine Ausweisung oder

KOMMUNALPOLITIK

Lippenbekenntnisse im Kommunalparlament

Authentisches Material der

Ohne besondere **Kenntnisse der Ursachen** und eine äußerst **mangelhafte Einschätzung** der Aktivitäten ist die Konsequenz natürlich die **Ignoranz gegenüber den Fakten**. Pietschker erklärt vier Vorfälle als offiziell:

1. Neue Welt 13.5.: türkischer Kulturverein
2. Maybachufer 4.5.: Verletzungen
3. Im Zusammenhang damit: Skaltitzer Str.
4. Adalbertstr.: Schlägereien.

Allen erscheint das ein bißchen mager, die FDP (BV Bischoff) muß zugeben: Die „Tätigkeit läßt sich ja nun leider nicht mehr leugnen“ und konstatiert: „Pietschker traut sich nicht alles zu sagen was er weiß“.

Dirk Schneider (AL) traute sich und machte bewußt,

„Daß jetzt die AL ... praktisch die Arbeit, die das BA leisten sollte, nachholen soll ...“ was er dann auch tat, indem er die „Fakten“ ergänzte:

- 4.4. HDF: Fensterscheiben
- 26.12. demokr. Arbeiterverein Manteuffelstr.
- 2.1. Drohbriebe an Zängiz Ajan
- 18.3. Flugblattverteiler bedroht
- 4.5. Maybachufer: Welche Verletzungen?
- Berlin Türk Ocag, Wienerstr. 19
- Islamische Jugend, Skaltitzerstr. 135

Weiter forderte er das BA auf, daß jetzt „ein intensiver Bericht folgen müßte und auch wirklich intensivere konkretere Vorschläge, was man da machen muß.“

Doch diese **Informationen von Betroffenen** wollte Pietschker nicht anerkennen; „Sie haben ... hier nur Verdächtigungen vorgebracht, keinen einzigen Fakt.“

Stattdessen bekundete er eindringlich seinen festen Glauben in die **Erkenntnisse der Polizei** und warf der AL vor:

„Sie fordern Maßnahmen, vom Staat, aufgrund von Unterlagen, die nicht rechtskräftig, nicht beweisbar sind, und die keine Unterlagen ergeben, um einem Gericht oder einer anderen Institution dieser Stadt um und dieses Landes eine echte Grundlage zu geben, gegen bestimmte Dinge vorzugehen“

Die Fakten der AL sind also keine, weil: „Flugblätter und Drohungen sind ... keine Beweismittel“

Im Gegensatz dazu selbstherrlich Pietschker: „Ich habe über **authentisches Material** berichtet ... was mir heute früh aufgelistet worden ist, von der Polizei, an eingegangenen Strafanzeigen“

Sein »was ich nicht weiß macht mich nicht heiß«-Resümee:

„Es liegen keine andere Fakten vor als die hier genannten“ (seine natürlich) und:

„Es bleibt mir nichts weiter übrig, als sie alle aufzurufen, nicht nur Vermutungen und Verdächtigungen an mich heranzutragen, sondern Fakten.“

Dummerweise nahm dann die FDP in ihrer Anfrage zu den Neonazis Pietschker beim Wort und führte 7 Fälle auf:

1. Kaiserstein (Karstens/ CDU-Wahlkampf)
2. Sonderschule / Judenfeindlichkeit
3. Zelterschule / dito
3. Überfall auf ein Lokal Görlitzer Str.
5. Wicking Jugend / Gitschiner Str.
6. Gedenkbibliothek / Nazi-Literatur
7. Rockergruppe / Film / ZDF

Polizei oder der Betroffenen?

Hier zeigte sich eindeutig die **Willkürlichkeit** mit der Vorfälle entweder zu „Fakten“ oder zu „Vermutungen“ erklärt werden. Nennt die AL „Fakten“, sind das für Pietschker keine, nennt der Koalitionspartner „Fakten“, so bedankt er sich bei Bischoff über „zusätzliche Informationen, die mir bisher von anderen Institutionen, die an sich zur Überwachung solcher Aktionen aufgerufen sind, nicht zugänglich gemacht wurden“ und will sie in seinen Bericht aufnehmen! Na, ja, eine Hand wäscht die andere!!!!

Gegenüber Faschisten - statt Peitsche ...

Fordert die SPD (BV Wegner) noch die „ganze Strenge des Strafrechts“, „umfassende notwendige Maßnahmen“ gegenüber dem faschistischen Treiben, so sieht Pietschker (SPD) in staatstragender Funktion das bereits anders:

„Das BA hat nur begrenzte Möglichkeiten“ „keine öffentliche Feststellung über politische und gesetzeswidrige Handlungen, von ausländischen Gruppen, die nicht gerichtsrelevant belegbar sind“ ... „oder in schwebenden Verfahren stehen“

Allerdings folgt noch ein Statement:

„Das BA gerügt selbstverständlich alle Maßnahmen, die zu einer Bekämpfung ... führen einschließlich eventueller Verbote“.

Doch dabei bleibt es auch, denn bei **Verboten** ist das BA wieder aus dem Schneider, nicht kompetent genug:

„Hierbei stoßen wir noch auf zusätzliche Rechtsgrenzen“. Bestätigt wird das mit einem Verbotsantrag des Senators für Inneres bezüglich einer Veranstaltung „von Rechtsgruppierungen“ in der Neuen Welt, dem „von den Gerichten nicht gefolgt wurde“.

Statt Verbote wurde von der Polizei und dem BA „Arbeits- und Einflußformen ... entwickelt ... die sich weitgehend als wirksam erwiesen haben ... nicht nur ... Eingreifen in Konflikte, sondern auch weitgehend auf das Vorfeld der Konfliktverhütung“. Damit sind wohl die im Anschluß an die Auseinandersetzung am Maybachufer aufgestellten Mannschaftswagen gemeint!?

Personelle Konsequenzen haben die Auseinandersetzungen kaum gehabt, „zwei Täter ... wurden festgenommen ... das Ergebnis (der Ermittlungen) der Staatsanwaltschaft zugeleitet.“

Unterm Strich bleibt mal wieder gar nichts, **Keine Kenntnis der Ursachen, Ignoranz gegenüber den Fakten und jetzt Kompetenzschwierigkeiten**. Die FDP leistet wieder Schützenhilfe: „Bei Einordnung (der Gruppen in rechts oder links) sind Verfahren im Anschluß möglich ... Pietschker will Verfahren vermeiden ... zu Recht, ... hat Angst ..., daß dieses so passiert.“

Wir sind da anderer Meinung, **Verfahren** sind nicht nur möglich, sondern **dringend notwendig**. Oder sollen wir warten, bis die Angst so groß ist, wie bei der Neuköllner Schulbehörde, die einen als Faschisten bekannten türkischen Lehrer nicht entlassen will, weil es Morddrohungen gegeben hat???

Trotz zaghafter Kritik am großen Bruder: „BA hat Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit mit Innenssenat und Ausländerbehörde soll besser zusammenarbeiten.“

Dann fällt die FDP vollends hinter ihre eigene öffentlich vertretene Position zurück, „die Frage von Verboten kann auch nicht gerade die Lösung sein“ ... „z.B. das Verbot der Grauen Wölfe verboten in der Türkei, verboten bei uns. Das hindert die natürlich nicht, was zu tun...“ Sie gründen einen „Tarnverein ... oder man trifft sich halt in geheimen Zirkeln“.

Hier irrt die FDP (Bischoff) bezüglich des Verbots ganz gewaltig! Pietschker wischt die Kritik lässig vom Tisch: Für mich ist die „Zusammenarbeit mit anderen Institutionen selbstverständlich ... korrekte Pflichterfüllung“

Bloß diese Institutionen, speziell der Innen-senat, ziehen es vor, **Rücksicht zu nehmen auf Türkisch**, Vorsitzender der in der Türkei nicht verbotenen MHP, Mutterpartei der Grauen Wölfe.

„Wir müssen nüchtern sehen, daß der von uns im Hinblick auf seine politische Überzeugung in den rechtsextremistischen Bereich zuzuordnenden Türkisch noch vor einigen Jahren stellvertretender Ministerpräsident in der Türkei war und bei einer Änderung der politischen Verhältnisse durch eine Neuwahl wieder in die türkische Regierung eintreten könnte“. Wie recht er hat!!!

Also bitte nicht so voreilig mit Verboten, es könnte ja eine „demokratische Mehrheitspartei“ treffen! Der Innensenator hat da dezentere Methoden, im **Vorfeld der Konfliktverhütung**:

„Auf der einen Seite werden wir mit Sicherheit keine Türken-Polizei schaffen, sondern wir werden türkische Mitbürger auch bei der Polizei einstellen“ Wir haben ja schon die besonderen Kontaktgruppen, die AG für Ausländer ... z.B. in Kreuzberg“

Und zum **Verbot der Grauen Wölfe** - unter Hinweis auf einen Verbotsantrag für die „Heilige-Kriegs-Demonstration“, „das Verwaltungsgericht hat das nicht akzeptiert. Der Graue Wolf als Jugendorganisation der MHP wird sicher nach den jetzt vorliegenden Erkenntnissen nicht verboten werden können...weil wir nur verbieten können, was sich gegen unsere Rechtsordnung richtet“!!!

Und wieder das spezialdemokratische **Problem mit den Fakten**:

„Sobald wir irgendwo Ansätze haben, aus denen sich ganz eindeutige Fakten nachweisen lassen, wird die Innenministerkonferenz sicher ein Verbot aussprechen.“ (Ulrich)

Fortsetzung von Seite

Als wenn nicht schon genug „eindeutig Fakten“ vorhanden wären, diese Dokumentation spricht für sich. Muß es erst wieder ein Blutbad geben, eh man unter dem Druck der Proteste einschneidende Maßnahmen ergreift? Tatsächlich war es so bei Hamburger Giftmüllskandal, aber auch bei der Westberliner **Wiking-Jugend** oder in München, wo ein Mitglied von Devici Yol auf offener Straße erschossen wurde. „Das Hauptgewicht sollte jedoch nicht bei der Negation und Verboten liegen, sondern z.B. in der Aufklärung und bei der Förderung demokratischer Ausländerorganisationen.“

Wurden noch in dieser BVV die Aktivitäten der Jungfaschisten herabgespielt, so mußte man bereits im Oktober, also nur drei Monate später, Polizeimaßnahmen ergreifen, weil „das Kind bereits in den Brunnen gefallen war.“

Aber auch ohne generelle gesetzliche Richtlinien, wie etwa Verbote, gibt es offensichtlich schon heute eine Reihe administrativer Maßnahmen, die den Handlungsspielraum der Faschisten einengen könnten. So spricht die FDP von „Konzessionen bei Lokalen“ (Kaiserstein) und bedauert, daß das BA „selbst keine Kompetenzen zu haben scheint in diesem Bereich“.

Pietschker bestätigt Kompetenzen; spricht von „Konsequenzen bei Übertretung unserer Auflagen“ und „nach Interventionen des BA unter Hinweis auf gewerbliche Konsequenzen gibt es ... keine Treffen ... mehr!“

Doch dann wieder SPD-Schulung:

„Polizeiliche Einwirkungen ... sind nur bei Feststellung bestimmter Verdachtsmomente für ungesetzliche Handlungen möglich.“

Beim Kaiserstein hat das offensichtlich gereicht!!! Nachdem die AL bereits im Wahlkampf erreichte, daß dieser Faschistentreff seine Funktion als Wahllokal verlor!

In diesem Punkt sind sich wieder alle bürgerlichen Parteien einig, sogar die CDU (BV Krüger) fordert auf:

„extremistische Bestrebungen, sowohl von rechts als auch von links, ... aufmerksam zu beobachten und in begründeten Verdachtsfällen auch das Einschreiten der Sicherheitsbehörden notwendig machen.“

...Zuckerbrot — der leeren Worte!

SPD-Wegner fordert noch das BA auf:

„seinen Teil zu übernehmen ... den Faschisten die Entfaltungsmöglichkeiten zu nehmen, ... auf dem Jugend- und Schulsektor u.a. durch verstärkte Zusammenarbeit mit den demokratischen türkischen Organisationen unseres Bezirks.“

Pietschker wirft sich dann gleich in die Brust:

„Das BA hat als einziges BA dieser Stadt eindeutig und nachdrücklich auf die Gefahren politischer Radikalisierung ... hingewiesen“ (er meint bestimmt die Linken!?) „Das Hauptgewicht sollte jedoch nicht bei der Negation und Verboten liegen, sondern z.B. bei einer Aufklärung und bei der Förderung demokratischer Ausländerorganisationen“.

Wie es mit der Förderung aussieht, beweisen die Polizeiüberfälle auf die demokratischen Türkenvereine (siehe S.) Mit der Überzeugung ist es konkret auch nicht so weit her, zwar „das BA versucht ... durch positive Maßnahmen dem Rechtsradikalismus den Boden zu entziehen“ als Beispiel führt er Veranstaltungen an, wie die Wesbenjani-Ausstellung, Staek, Moro/-Chile und die „Aufklärende Arbeit unserer Schulen und der Jugendpflege“ — aber

Herausgeber:
Der Senator für Justiz, Salzburger Straße 21-25, 1000 Berlin 62.

Redaktion:
Salzburger Straße 21-25, 1000 Berlin 62; Fernruf: 7 83 33 80.

Verlag:
Kulturbuch-Verlag GmbH, Passauer Straße 4, 1000 Berlin 30;

Fernruf: 2 13 60 71.

Bezugspreis:
Vierteljährlich 52,— DM einschl. 6,5% Umsatzsteuer

bei sechswöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende.

Laufender Bezug und Einzelhefte durch den Verlag.

Preis dieses Heftes 2,60 DM und 0,40 DM Versandspesen

(Postcheckkonto Berlin West Nr. 8750-109).

Druck:

ICB 3533

Verwaltungsdruckerei Berlin, Kohlflurter Straße 41-43, 1000 Berlin 36.

23 223.

Kulturbuch-Verlag GmbH, Passauer Straße 4, 1000 Berlin 30

Postvertriebsstück - A 3227 AX - Gebühr bezahlt

1752

Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin 35. Jahrgang Nr. 67 11. Oktober 1979

Alliierte Kommandantur Berlin

BK/O (79) 12

26. September 1979

Betrifft: NPD Propaganda

Die Alliierte Kommandatura Berlin ordnet in Ausübung ihrer Verantwortlichkeit für die Erhaltung der öffentlichen Ordnung folgendes an:

1. Die öffentliche Zurschaustellung oder öffentliche Verbreitung von Büchern, Flugschriften, Anschlägen, Abzeichen oder anderen handschriftlichen oder gedruckten Schriften, die durch oder im Auftrag der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) veröffentlicht, gedruckt oder hergestellt werden oder deren Ziele fördern, wird hierdurch verboten.
2. Im Sinne dieser Anordnung umfaßt der Begriff NPD alle nationalen, regionalen oder lokalen Organisationen der NPD sowie alle dieser angegliederten Organisationen.
3. Die zuständigen Senatsbehörden werden die notwendigen Maßnahmen zur Gewährleistung der Durchführung dieser Anordnung treffen.
4. Diese Anordnung bleibt bis zum 31. März 1980, Mitternacht, in Kraft.

Für die Alliierte Kommandatura Berlin

Michel Perrin

Vorsitzführender

Amtierender Stellvertretender Kommandant

unseres Wissens hat es an Kreuzberger Schulen noch keine Antifa-Wochen gegeben, erst jetzt vom 12.-16. Nov. findet eine in den Jugendfreizeitheimen statt, allerdings völlig aus Eigeninitiative der betroffenen Jugendlichen und Erzieher der Heime und Kollegen der Jugendförderung.

Auch Innensenator Ulrich meint, „man müsse „viel mehr tun, als diese Fragen nur allein mit polizeilichen Maßnahmen beantworten.... Wir dürfen uns auch nicht schlicht ... zurückziehen auf die Polizei ... sondern wir müssen das Problem in seiner wirklichen Komplexität erkennen.... Daß es auch eine Herausforderung an die Sozialdemokratische Partei ist, mehr vielleicht als an die Polizei, sich um Fragen zu bemühen, ob es nicht Ansätze auch z.B. über die Gewerkschaften gibt, die politische Formation gerade der türkischen Mitbürger mehr auf demokratische Parteien auszurichten.“

Aha, daher weht der Wind! Die FDP muß gleich wieder in die Bresche springen und appelliert an die „Solidarität der Demokraten“: Es müßten „alle Parteien ... einfach mal so ein bißchen Überzeugungsarbeit ... leisten“ auch die CDU, die dann freilich nicht mehr den Charlottenburger Bürgermeister Lindemann zu einer Türkesch-Veranstaltung in der Neuen Welt schicken dürfte. Sie forderte auf, „alle zusammenzuhalten“ und endlich das **kommunale Wahlrecht für Ausländer durchzusetzen!**

Das geht natürlich zu weit, die SPD muß relativieren, zwar spricht Ulrich gegen „amerikanische Verhältnisse“ also Ghetto-Bildung und darum „darf Integration nicht heißen, daß wir die kulturelle Eigenart der Türken zerstören, indem wir ihnen nicht die Chance geben, ihre eigene regilöse und kulturelle Grundlage für sich selbst zu schaffen und danach zu leben.“

Und auch die SPD/Kreuzberg hat die Forderung nach **kommunalem Wahlrecht** schon seit 72 in ihrem (Langzeit-) Programm, doch dazu weiter Ulrich:

„... dazu gehören Verfassungsänderungen. Wichtiger ist ... zuerst einmal die Einbeziehung der türkischen Mitbürger in entsprechende Entscheidungsvorgänge, das bedeutet nicht sofort Wahlrecht.“

„Niemand von uns wünscht sich dann sicher eine rechtsradikale türkische Partei, die hier bei den Kommunalwahlen aufrückt, gar vor dem Hintergrund eines Verbots der NPD“ (Die NPD ist in Westberlin seitens der Alliierten befristet verboten. s.S.)

Also zusammengefaßt ist das Ergebnis der Anfragen, daß die Mehrheitsparteien weder Kenntnisse über die Ursachen der Auseinandersetzungen haben, noch die Fakten der Betroffenen anerkennen, statt dessen in die Neutralität und Objektivität der Polizei und Gerichte vertrauen und alle Forderungen nach polizeilichen Maßnahmen und Verboten nichts als Lippenbekenntnisse sind, wie Dirk Schneider (AL) richtig bemerkte.

Auch Dirk Schneiders Vorwurf, daß das BA auch „keine Aufklärungsarbeit an Schulen“ betreiben würde, konterte Pietschker integrativ:

„... daß Sie sich mit dem BA als eine Arbeitsgemeinschaft fühlen sollten, die eben Substanz als Entscheidungsgrundlage zusammenträgt und nicht nur als unverbindlicher Ankläger und Kontrolleur.“

Mal abgesehen davon, daß es schließlich die gesetzliche Aufgabe der BVV ist, das BA zu kontrollieren und nicht etwa Arbeitsgemeinschaft zu sein, so haben wir doch immerhin nicht nur durch die Mitarbeit an dieser Dokumentation „Substanz als Entscheidungsgrundlage“ zusammengetragen. Das mußte auch Pietschker anerkennen, er bestellte gleich 30 Exemplare für seinen Verein.

Mehr Substanz scheint jedoch zuviel, da neue Anfragen der AL zur letzten BVV aus „formalen Gründen“ abgewiesen wurden, da wieder keine „Fakten“ genannt wurden (s.S.).

Umstritten, aber nicht ausgeschlossen, war eine Idee in der AL-Bezirksgruppe Kreuzberg, durch einen gemeinsamen „Untersuchungsausschuß“ aller Parteien doch mal unsere Fakten zur „Substanz“ aller BVV-Fraktionen zu machen!!!

P. Ulrich (AL Kreuzberg)

Drucksache Nr. 16

G r o ß e A n f r a g e

Wir fragen das Bezirksamt:

1. Wie viele und welche gewalttätigen Aktivitäten rechtsradikaler türkischer Gruppen sind dem Bezirksamt im Laufe des Jahres 1979 bekannt geworden?
2. Welche rechtsradikalen Organisationen von Türken in Kreuzberg sind dem Bezirksamt bekannt, was sind ihre Aktivitäten, welche Versammlungsorte benutzen sie und wer sind die Vermieter dieser Räume?
3. Welches sind die Ursachen für die zunehmenden Gewalttätigkeiten zwischen rechtsradikalen türkischen Gruppen und Landsleuten und was gedenkt das Bezirksamt dagegen zu tun?
4. Welche Rolle spielen die Koranschulen in diesem Zusammenhang, wie viele gibt es in Kreuzberg mit wie vielen Schülern?
5. Hat das Bezirksamt dafür Sorge getragen, daß an den Schulen mit hohen türkischen Schülerzahlen über die Ansichten rechtsradikaler türkischer Gruppen Aufklärungsarbeit geleistet wird?
6. Sind dem Bezirksamt Türken bekannt, die sich offen zu faschistischen Ansichten bekennen, wenn ja, was wurde gegen sie unternommen?
7. Sind dem Bezirksamt Türken bekannt, die sich an den bewaffneten Überfällen auf Flugblattverteiler am Kottbusser Damm beteiligt haben, wenn ja, welche Maßnahmen wurden gegen sie ergriffen?
8. Wie viele Ausländer aus der Türkei haben seit dem Sommer 1978 in Berlin um politisches Asyl nachgesucht und sind derzeit in Kreuzberg ansässig?
9. Wie steht das Bezirksamt zu der Forderung nach einem Verbot rechtsradikaler türkischer Organisationen, insbesondere der militanten "Grauen Wölfe" und ihrer Tarnorganisationen?

Berlin, den 12. Juni 1979

Für die Fraktion der AL

Dirk Schneider

Gretel Grimm

- A N F R A G E -

Wir fragen das Bezirksamt:

Warum hat das Bezirksamt sich nicht dafür eingesetzt, die Veranstaltung des türkischen "Großen Idealistenvereins", hinter dem sich u.a. die faschistische Organisation der "Grauen Wölfe" verbirgt, am 14.7.1979 in der 'Taverne' am Lützowplatz zu verhindern?

Für die Fraktion der Alternativen Liste

Anne Ochsenknecht

Ortwin Zeitlinger

Antrag der Zehlendorfer SPD

Antrag 40/1/79

Kreis Zehlendorf

Der Landesparteitag möge beschließen:

Wir fordern den Senator für Inneres, Peter Ulrich, auf, jedes weitere Auftreten des türkischen Rechtsextremisten-„Führers“ und „Hitler-Fans“ (Tagesspiegel) Alparslan Türkeş in Berlin und der Bundesrepublik zu verhindern. (Die internationale Liga für Menschenrechte „Berlin“, DGB- und SPD-Politiker haben in dieser Angelegenheit bereits an den Senator appelliert.)

Zugleich fordern wir die Auflösung aller zur Gewalt auffordernden extremistischen türkischen Organisationen, z. B. der Gruppierungen „Kulturvereine“ und Zeitschriften, die der MHP-Partei Türkeşs nahe stehen.

Im Interesse der öffentlichen Sicherheit – und der Sicherheit der Großteils mit der sozialdemokratischen Regierung Ecevit sympathisierenden türkischen Bewohner Berlins – dürfen Türkeş-Sympathisanten in Berlin nicht weiterhin mit kriegerischen, gewalttätigen, antisemitischen und rassistischen Parolen auftreten. Dies ist – laut SPD-Organ BERLINER STIMME – wiederholt geschehen.

Wir fordern den Senator für Inneres ferner auf, entsprechende Verbote auch auf der Innenminister-Konferenz vorzuschlagen und auf eine präzise Wiedergabe der genannten Vorfälle und Aktivitäten im Verfassungsschutzbericht des Bundesministers des Inneren zu drängen.

zum Landesparteitag 16.6.79

aus „Berliner Stimme“, 26.5.79

„Besonders“ erfreut hat uns der Kreuzberger Bezirksbürgermeister Pietschker (SPD), der die Dokumentation „brennend interessant“ fand und gleich 20 Stück bestellte. Sollten unsere Informationen über türkische Faschisten besser sein als die vom „Verfassungssch(m)utz“...?!

W. 21.9.79

Merkwürdige Polizeiaktionen gegen demokratische Vereine

Von Hari WINZ

Am 14. August erschienen in den Räumen des türkischen Kultur- und Solidaritätsvereins Berlin am Kottbusser Damm uniformierte Polizisten und Beamte des „Staatschutzes“. Sie suchten Waffen und fanden keine. Fündig wurde die Truppe wenige Stunden später in der Langenscheidtstraße in Schöneberg. Dort besitzt der Verein Arbeiter-Jugend der Türkei e.V. einen Laden. Gegen Quittung wurden nach der Razzia 57 waffenähnliche Gegenstände beschlagnahmt: eine Hacke, verrostete Säbel, Stuhlbeine, längliche Hölzer, Gerümpel.

Die „Waffen“ haben ihre Geschichte. Die Hacke stammt aus einem türkischen Schacht, wo sie einem Westberliner Türken als Gastgeschenk der Bergarbeitergewerkschaft übergeben wurde — ihr Symbol. Hier sollte sie versteigert werden, um die Kasse des Jungarbeiter-Vereins aufzustocken. Dem kamen die „Staatschützer“ zuvor. Mitgehen ließen sie auch verrostete Säbel, die von der Theatertruppe des Vereins als Bühnenrequisiten benutzt wurden — in einem Stück, das einen türkischen Bauernaufstand im 2. Jahrhundert schildert. Mit Thea-

ter, sagen die Betroffenen, ist es vorläufig aus — ohne Säbel. Dafür wird's mit dem Heizen in dem Schöneberger Laden schwieriger: Zu Brennholz zerlegte Tische und Stühle liegen als Beweismittel bei der Polizei. Sie waren offenreife geworden, nachdem die Türken von einer Schule ausrangiertes Mobiliar billig erstehen konnten. Soweit mutet die Aktion wie eine Posse an. Hinter ihr steht aber Ernstes.

Die faschistische Jugendorganisation „Graue Wölfe“, auch in Westberlin vertreten, plant neue Aktionen — Denunzierung von demokratischen Organisationen gehen solchen Absichten traditionell voraus. Das Ziel, erklärten am Mittwoch Vertreter der betroffenen Vereine vor Journalisten, ist klar. Die fortschrittlichen Organisationen sollen kriminalisiert, ihre Mitglieder eingeschüchtert werden. Auf „Hinweise“ von Faschisten reagiere der „Staatschutz“ sorgsam. Wenn er sich auch die Festlegung der „richtigen Zeit“ für die Durchführung der Razzien nicht nehmen ließ.

Der Durchsuchungsbefehl des Amtsgerichtes Tiergarten für den Hacken- und Hölzer-Klau in Schöneberg stellte die Justiz bereits Mitte August aus. Das spektakuläre Abholen der „Waffen“ erfolgte jedoch erst vier Wochen später. Grund genug zu der Vermutung, daß ein hoher türkischer

Staatsbeamter, der sich zu Gesprächen mit dem Senat in der Stadt aufhielt (das erfährt „Die Wahrheit“ aus zuverlässiger Quelle), nichts von der Polizeijustiz-Aktion unter dem Aktenzeichen 352 Gs 1962/79 mitbekommen sollte.

Gegen die „Grauen Wölfe“ zeigen sich die Behörden von ihrer „mächtigen“ Seite. Obwohl ausreichend Dokumentationen vorliegen, sind Namen „nicht bekannt“, werden Waffen (richtige Schußwaffen wohlgeordnet), „nicht gesehen“, eingeschlagene Gesichter und Schaufenster vom Kontaktbereichsbeamten „böswilligen Nachbarn“ zugeordnet. Hier und da „beobachtet“ die Polizei die terroristische Faschisten-Szene, eingegriffen wird jedoch selten. Kein Wunder auch, bei dieser Rückendeckung: Als Faschistenführer Türkes in Neukölln eine Kundgebung abhielt, lauschten Vertreter des „Christlichen Gewerkschaftsbundes“, mittlere Chargen der „Jungen Union“ und Fanatiker aus der neonazistischen „Wiking-Jugend“ einträchtig dessen Worten.

Seitdem nehmen Überfälle auf Demokraten zu, wählen selbst in der Türkei steckbrieflich gesuchte Faschisten Westberlin als sicheren Unterschlupf und werden mehr und mehr Filialen der Terroristen gegründet: als Koran-Schulen und Moscheen getarnt.

Durchsuchung bei linken Ausländervereinen

Berlin, 19.9. (taz) Während türkische Faschisten und fanatische islamische Gruppen offen bewaffnet vor den Augen der Polizei gegen ihre Landsleute vorgehen, obwohl schon seit längerem bekannt ist, daß die „Grauen Wölfe“ in ihren als Kulturzentren getarnten Treffpunkten und Moscheen Waffen lagern, geht die deutsche Polizei gegen demokratische und linke türkische Gruppen vor. Ausgerechnet bei ihnen werden jetzt die Waffen gesucht, die von anderen auf offener Straße gegen sie eingesetzt werden.

All diese Gegenstände hatte der Arbeiterjugendverein bei einem schon öfter aufgeführten Theaterstück über Bauernaufstände benutzt und im Laden aufbewahrt. Nach Angaben des Staatschutzes sollen sie jedoch bei Auseinandersetzungen auf der Straße eingesetzt worden sein. Man werde jetzt die einzelnen Mitglieder des Vereins vernehmen.

Die Vereine vermuten, daß die Ermittlungen und die Durchsuchung ähnlich wie bei der CISNU ein erster Schritt zur Kriminalisierung und zum späteren Verbot der demokratischen ausländischen Organisationen sein soll.

Rückfragen der taz beim Staatsschutz ergaben, daß aufgrund einer Anzeige einer Privatperson ein Verfahren eingeleitet worden sei. Bei der Durchsuchung habe man zwar keine Schußwaffen, aber andere gefährliche Werkzeuge gefunden wie Tischbeine, Metallketten, Hartgummistöcke und eine Spitzhacke.

★ ★ ★

61

aus: „Tagesspiegel“, 21.9.79

Linksgerichtete Türkenvereine von der Polizei durchsucht

Gruppen erheben Vorwurf politisch einseitiger Ermittlungen

In den polizeilichen Durchsuchungen der Vereinsräume des „Vereins der Arbeiterjugend der Türkei e.V.“ und des „Kultur- und Solidaritätsvereins Berlin“ am 14. September sehen die beiden linksorientierten türkischen Gruppen einseitige Ermittlungen des Staatschutzes, weil rechtsgerichtete Vereine unbeteiligt geblieben seien.

In einer Pressekonferenz erhoben Sprecher beider Vereine gestern den Vorwurf, daß die Polizei die „demokratischen Vereine kriminalisiert und eingeschüchtert“, gegenüber den rechtsgerichteten „Grauen Wölfen“ und ihren Tarnorganisationen aber untätig bleibe. Anlaß des Durchsuchungsbeschlusses des Amtsgerichts Tiergarten war eine Anzeige wegen des Verdachts auf unbefugten Waffenbesitz gegen die beiden Vereine.

Während die Durchsuchung des Kultur- und Solidaritätsvereins in der Burgdorfstraße im Wedding negativ — also ohne Waffenfunde — verlief, stellte die Polizei beim Verein der Arbeiterjugend der Türkei am Kottbusser Damm in Kreuzberg 57 Schlagwerkzeuge, aber keine Schußwaffen, sicher. Vom Sprecher des Arbeiterjugendvereins wurde dazu erklärt, daß mehrere der gefundenen Stöcke Requisiten für ein Theaterstück über den türkischen Bauernaufstand seien, das von Vereinsmitgliedern gespielt werde. Die ebenfalls beschlagnahmte Spitzhacke sei das symbolische Arbeitsgerät der türkischen Bergarbeitergewerkschaft, während die aufgefundenen Tisch- und

Stuhlbeine für den Sperrmüll bestimmt gewesen seien.

Generell wurde von beiden Sprechern anhand einer Dokumentation „Stoppt die Grauen Wölfe“ der Vorwurf erhoben, daß Anzeigen aus dem linken Spektrum der türkischen Vereine — unter anderem aufgrund von Schüssen auf ein Vereinslokal und wegen des Einwerfens von Fensterscheiben — bei der Polizei zu keinem Ergebnis führten und ähnliche Durchsuchungen rechtsgerichteter Vereine bisher nicht stattfanden.

Der Leiter der Staatsschutzabteilung der Polizei, Ganschow, räumte auf Anfrage des Tagesspiegels gestern zwar ein, daß hinsichtlich des Verdachts auf unbefugten Waffenbesitz die Durchsuchung „nicht viel gebracht habe“ und daß beide Vereine „bisher polizeilich nicht aufgefallen“ sind. Gleichzeitig wandte er sich jedoch entschieden gegen den Vorwurf, der Staatsschutz würde zwischen linken und rechten Türken-Vereinen unterscheiden. Dieser falsche Eindruck könne allenfalls dadurch entstanden sein, daß sich die Anzeigen der linksgerichteten Vereine allgemein gegen Unbekannte gerichtet hätten und bei solch einer unbestimmten Personenangabe kein richtiger Durchsuchungsbeschuß zu erlangen sei. Bei den Durchsuchungen vom 14. September habe es sich jedoch um eine konkretisierte Anzeige gegen Tatverdächtige der beiden Vereine gehandelt, auf Grund derer der Durchsuchungsbeschuß ergangen sei. (Tsp)

Türken Polizei durchsucht Vereinsräume

Berlin, 21.10. (taz) „Am 24. September erlebten die Türken in West-Berlin ein beispielloses Vorgehen der Polizei.“

Am frühen Morgen, um ca. 6 Uhr, wurde in die Räume des „Türkischen Demokratischen Arbeitervereins e.V.“ am Paul-Lincke-Ufer in Kreuzberg von Beamten der Polizei und des „Staatschutzes“ eingebrochen. Laut Aussagen von Nachbarn drangen 6 Personen in die Vereinsräume ein und durchsuchten diese. Zu dieser Zeit hielt sich niemand im Verein auf.

Zur selben Zeit wurde in die Wohnungen von drei Mitgliedern des Vereins von bewaffneten Polizisten eingedrungen und diese durchsucht sowie die Mitglieder des Vereins in Handschellen abgeführt. Einer von ihnen, der zu dieser Zeit auf seiner Arbeitsstelle war, wurde vom Arbeitsplatz geholt und in Handschellen abgeführt.

In der Begründung des Durchsuchungsbefehls des Amtsgerichtes Tiergarten heißt es für das Vorgehen bezüglich des Vereins, daß es um die „Auffindung von Beweismitteln“ und für die Festnahme der Mitglieder, um „Mordversuch“ gehe. Im polizeilichen Protokoll heißt es dazu, daß lediglich ein Messer mit Holzgriff (ein Brotmesser) gefunden und mitgenommen wurde. Die drei von der Polizei mitgeführten Mitglieder des Vereins wurden 10 bis 12 Stunden in Zellen festgehalten, bzw. verhaftet und unbekannten Personen zur Identifikation vorgeführt (bei diesen Zeugen handelt es sich offensichtlich um „Graue Wölfe“).

Laut Angaben der Polizei soll im August dieses Jahres eine Schlägerei mit „Grauen Wölfen“ stattgefunden haben.

bei der eine Person schwer verletzt worden sei. Angeblich sollen die drei Mitglieder des Vereins in diese Schlägerei verwickelt gewesen sein. Es liege, so die Polizei, eine entsprechende Anzeige vor.“ Aus dem Brief des Türkischen Demokratischen Arbeitervereins e.V. Wir werden über die weitere Entwicklung dieses „Falles“ berichten — eben auch, weil er inzwischen kein „Einzelfall“ mehr ist.

Taz, 4.10.79



Dieses Foto brachte ein türkischer Arbeiter aus seiner Heimat mit nach Westberlin. Es zeigt einen Bergarbeiter mit seinem typischen Handwerkszeug, das auch Symbol seiner Gewerkschaft ist. Der „Staatschutz“ überlegte wochenlang — dann schlug er zu: Die Hacke wurde als Waffe beschlagnahmt.

Straffreiheit für den türkischen Schützen in München?

Der Skandal um den türkischen Sicherheitsbeamten (siehe: AK 164 S. 2), der bei einer Verfolgungsjagd auf angebliche türkische „Attentäter“ einen völlig unbeteiligten Passanten schwer verletzt hatte, geht weiter: nach den bisherigen Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft kann der Täter nicht belangt werden! Denn: „Als höherer Beamter des Generalkonsulats und Inhaber des weissen Kommandos wird er gemäß Art. 13 Abs. 1 des Grundgesetzes, der die Straffreiheit gewährt, die in Dienstausübung verübt werden“ (SZ 16.10.79). Dies sichert ihm die Wiener Konvention von 1963 zu, sowie die bilateralen Ver-

einbarungen zwischen der BRD und der Türkei. Der Staatsanwalt geht also, ohne mit der Wimper zu zucken, davon aus, daß das Vorgehen des türkischen Sicherheitsbeamten wohl als „Dienstausübung“ angesehen werden müsse, da er für die Sicherheit des Generalkonsulats München verantwortlich gewesen sei.

Um das Verhalten des Sicherheitsbeamten in der Öffentlichkeit zu rechtfertigen, wird in der gesamten Presse dessen „persönliche Stellungnahme zitiert: Kurz zuvor sei eine Bombenordnung eingegangen. Ferner sei gerade die Nachricht von der Ermordung des Sohns des türkischen Botschafters in den Niederlanden eingetroffen. Deswegen habe er die beiden Männer (die er für Attentäter hielt) auf jeden Fall festhalten wollen (In Wirklichkeit hatten sie Flakke geklebt!). Besonders maßgebend ist, daß wegen dieses „besonderen Schutzes“ des Diplomaten die Möglichkeit des Verhaftens, Schädensersatz zu erhalten, sehr gering sind.

„Zwar läuft die Ermittlungseigenschaft wegen Körperverletzung noch, wird aber, so Stocker (Übersetzungswort), in Kürze eingestellt werden. Der Ausgang dürfte nur (i) für das Opfer wegen eventueller zivilrechtlicher Ansprüche von Interesse sein.“

Schadenersatz und Schmerzensgeld kann der Verletzte eventuell beim Freistaat Bayern geltend machen, bei dem das Konsulat akkreditiert ist! Einmal Wolfgang Weinstadt räumt einem solchen Verfolger allerdings nur geringe Chance ein. Vermutlich wird man sich darauf berufen, daß kein Vorfall gegeben war. Diese Frage ist vorläufig noch nicht abschließend beantwortet. Schadenersatz könnte der Verletzte auch nach dem Gesetz für die Opfer von Gewalteinbrechen beantragen, wobei der Erfolg freilich gleichfalls zweifelhaft ist“ („Münchener Merkur“ 16.10.79).

Auch wenn Ministerialdirektur Huber nach den aktuellen Ereignissen den Begriff „Dienstausübung“ für preliebar hält, auch wenn in der „Süddeutschen Zeitung“ in einem Kommentar über die „Entbehrlichkeit“ eines solchen Sicherheitsbehalters nachgedacht wird, so ist dies nichts anderes als makaber angesichts eines Rückenschusses, der die Wirbelsäule des (völlig unbeteiligten) Passanten nur knapp verfehlt!

Modell Türkei für die BRD – nein Danke!

aus: „Arbeiterkampf“, 29.10.79

„WER EINEN KOMMUNISTEN TÖTET, KOMMT INS PARADIES“
Türkische Faschisten in der BRD



Amtsgericht Tiergarten
Geschäftsnummer:
352 Gs 1962/79

1 Berlin 21, den 15. 8. 1979
Turmstraße 91
Fernruf: 39 40 11, App. 678

Beschluß

In der Ermittlungssache gegen

unbekannte Mitglieder der
türkischen Arbeiter und Jugend Vereinigung
Kottbusser Damm 79,
1000 Berlin 61

wegen unbefugten Waffenbesitzes

wird auf Antrag der Staats - ~~an~~ - Anwaltschaft Berlin
vom 3. 8. 1979 gem. §§ 103, 105 StPO die Durchsuchung
der Geschäftsräume der
türkischen Arbeiter und Jugend Vereinigung
Kottbusser Damm 79,
1000 Berlin 61

angeordnet, da Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen
ist, daß die Durchsuchung zum Auffinden von Beweismitteln
führen wird, nämlich von Waffen.

Die Beschuldigten sind eines Vergehens nach den alliierten
Waffenbestimmungen hinreichend verdächtig.

Bezeichnet: Fischer
Richter am Amtsgericht
Ausgefertigt
Justizangestellte

2. Bürgerforum der Alternativen Liste Stoppt die „Grauen Wölfe“ – Deutsche und Türken gemeinsam gegen Rechts



Wußten Sie schon, daß sich in der Wiener Str. 19 türkische Faschisten treffen? Im „Berlin Türk Ocagi“ treffen sich die berüchtigten „Grauen Wölfe“, unter anderem um zu planen, wie demokratische Türken eingeschüchtert und bedroht werden können.

Der ehemalige Berliner Führer der „Grauen Wölfe“ (auf deren Konto 1978 in der Türkei über 800 Morde gingen!), Osman Nuri Kurt, residierte längere Zeit im „Berlin Türk Ocagi“.

Im Fenster dieses Ladens wurde offen für eine Veranstaltung mit dem türkischen MHP-Abgeordneten Ali Gürbüz geworben. Dazu muß man wissen, daß die MHP (Nationalistische Bewegungspartei – türkische Faschisten) vom türkischen Verfassungsgericht im Ausland verboten ist; folglich darf für sie nicht geworben werden.

Am 3. Mai versammelten sich im „Berlin Türk Ocagi“ 100 rechtsgerichtete Türken, um den Putschversuch des türkischen Faschistenführers Türkeş im Jahr 1944 zu feiern. Türkeş bekannt sich zur Ideologie Adolf Hitlers und schließt seine Veranstaltungen oft mit dem „Hitlergruß“.

Mitglieder des „Berlin Türk ocagi“ beteiligten sich nachweislich an Überfällen auf demokratische türkische Flugblattverteiler am Kottbusser Damm.

Der „Berlin Türk Ocagi“ arbeitet mit der religiös-fanatischen „Islamischen Jugend e.V.“ aus der Skalitzer Str.

135 zusammen. Rund 100 Mitglieder dieses Vereins überfielen am 4. Mai am Kottbusser Damm türkische Flugblattverteiler mit Messern, Fahrradketten, Gummischläuchen, Zaunlatten und ähnlichem. Mehrere Flugblattverteiler mußten verletzt ins Krankenhaus.

Die „Islamische Jugend“ war ein Veranstalter der Demonstration am 17.3.79, auf der sie zum „Heiligen Krieg“ gegen alle Andersdenkende aufrief. Bei Demonstrationen dieser Art, gab es Weihnachten 1978 in der Türkei fast 1000 Tote!

Am 17.4.79 wurde an der Tür eines fortschrittlichen türkischen Vereins ein Brandsatz befestigt, der zum Glück rechtzeitig entdeckt wurde und gelöscht werden konnte.

Anfang des Jahres erhielten alle fortschrittlichen türkischen Vereine Drohbriefe von einer „Rachebrigade“ des in der Türkei gesuchten Mörders Cengiz Ayan. In diesen Drohbrieffen hieß es unter anderem: „Wir werden unseren Kampf mit den schärfsten Methoden weiterführen, und Euch Rote zur Strecke bringen. In Kürze werdet Ihr von uns hören, Ihr gottlosen Kommunisten! Mit der Kraft, die uns Allah verleiht, werden wir an die Sache gehen und Euch auf den richtigen Weg bringen oder Eure Leichen auf die Straße schleppen.“

Die immer mehr zunehmenden Terrorakte der türkischen „Grauen Wölfe“ dürfen wir in Zukunft nicht mehr dulden.

**Die ALTERNATIVE LISTE lädt ein:
am 6. Juli 1979, 19.00 Uhr
in die Amerika-Gedenkbibliothek (U-Bahnhof Hallesches Tor)
zum 2. Bürgerforum über den Terror der „Grauen Wölfe“**

Geplant sind:

- Berichte über die „Grauen Wölfe“ in der Türkei und Hintergrundinformationen, wie die „Grauen Wölfe“ massenweise in Westdeutschland einsickern.
- Berichte über den Terror und das Auftreten der „Grauen Wölfe“ hier.
- Diskussion über unsere Aktivitäten gegen die „Grauen Wölfe“.
- Forderungen an Bezirksbürgermeister Pietschker (SPD), der zum Bürgerforum eingeladen ist.
- Nachrichten aus dem Bezirk und der Bezirksverordnetenversammlung. Insbesondere: Was können wir gegen die drohende Mieterhöhung tun?

Alternative Liste

Für Demokratie und Umweltschutz

P R E S S E - E R K L Ä R U N G 1 Berlin , 1.10.79

der Bezirksgruppe Kreuzberg

zum Terror der Grauen-Wölfe und islamischer Fanatiker gegen fortschrittliche türkische Frauen:

- "In der Nacht vom 4. zum 5. Juli 79 wurde die Fensterscheibe des Treff- und Informationsortes für türkische Frauen in der Lausitzerstraße in Berlin Kreuzberg eingeworfen" (nach Courage, September 79)
- "In der Nacht zum 1. August schließlich benalten sie (Jugendliche des "türkischen Idealistenverbandes" Wienerstraße) den Rolladen des Ladens mit den Initiativen der faschistischen türkischen MIP" (Courage, Cornelia Mansfeld)
- Am Abend des 2. Augustes kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Zehra A. (Mitglied der soz. dem. HDF) im Hausflur ihrer Wohnung in der Kreuzberger Naunynstraße:

"Der Nachbar schlägt zu, auf's Auge, auf den Arm, wirft Zehra zu Boden und tritt ihr mit den Füßen in den Bauch. Eine Freundin kann die Polizei benachrichtigen. Zehra wird ins Krankenhaus gebracht, geht gegen ärztlichen Rat nach Hause, weil sie ihre Kinder nicht alleine lassen will, zwei Tage später hat Zehra eine Fehlgeburt" (Taz, vom 28.08.79)

Selbst nach längerem Krankenhausaufenthalt findet die Belästigung jedoch noch kein Ende. Der Nachbar und seine MSP-Helfershelfer, gegen die Zehra eine Anzeige gestellt hat, bedrohen sie im Haus, auf der Straße, lassen die Klingel nicht zur Ruhe kommen und drohen telefonisch sogar mit Mord: "Wenn Du die Anzeige nicht zurückziehst, bringen wir Dich um!"

Zehra, die nach Mißhandlungen seitens ihres Ehemanns schon einmal ins Frauenhaus floh, lebt jetzt mit ihren drei Kindern alleine. Arbeitslosigkeit und ablaufende Aufenthaltserlaubnis sind weitere Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hat.

Die Alternative Liste übernimmt daher, angesichts des ständig wachsenden Terrors faschistischer türkischer Gruppen, die Patenschaft für Zehra A. und fordert u. a. das Bezirksamt in Kreuzberg auf, geeignete Schritte zu unternehmen, Zehra praktisch zu helfen und die Faschisten an ihrem Treiben zu hindern!

Initiativkomitee gegen türkische Faschisten.
AJ-Vertreter:

1 Berlin 61

Vertrieb

Telefon 25 55 - 25 90

Ihr Zeichen Ihr Schreiben Unser Zeichen 1 Berlin 61 den 1.10.1979

Betr.: Dokumentation über den Terror der "Grauen Wölfe" in Westberlin

Sehr geehrte Damen und Herren!

In der Anlage übersenden wir Ihnen ein Probeexemplar der 1. Auflage unserer Dokumentation über die Arbeitsweise und den täglichen Terror der faschistischen türkischen Tarnorganisation "Graue Wölfe".

Das immer brutālere und offenere Auftreten fanatischer türkischer Faschisten, jetzt auch im Ausland, d. h. besonders BRD und Westberlin, macht es u. E. notwendig, darüber eine breitere Öffentlichkeit herzustellen.

Beweiskräfte Dokumente belegen eine enge Zusammenarbeit ausländischer Gruppen mit deutschen Faschisten und sogar mit s. g. "demokratischen Mehrheitsparteien". Öffentlichkeit alleine kann daher nur der erste Schritt zur Verhinderung weiterer Ausschreitungen sein.

Als weitere praktische Maßnahme sieht das "Initiativkomitee gegen die türkischen Faschisten" den Zusammenschluß aller antifaschistischen und demokratischen Gruppen und Einzelner an konkreten Punkten, sowie eine kontinuierliche Auseinandersetzung über Inhalte und Methoden des gemeinsamen Widerstandes.

Wir möchten Sie daher bitten uns mitzuteilen, ob Sie gewillt sind, a) eine Anzeige (Anlage) über die Dokumentation zu veröffentlichen

b) einen eigenen Beitrag für eine Neuaufgabe zu schreiben
c) als Unterstützer der Dokumentation aufgeführt zu werden

Hochachtungsvoll

i. A.

SSPIEGEL / BERLINER TEIL

35 rechtsradikale Jugendliche vorübergehend festgenommen

Staatsschutz beschlagnahmte Waffen und Propagandamaterial

35 Mitglieder der rechtsradikalen Wiking-Jugend wurden am Wochenende vorübergehend vom politischen Staatsschutz festgenommen. Die Polizei griff am Sonntagabend zu, als in der Gitschiner Straße in Kreuzberg zwei Personen von etwa 20 Mitgliedern der Neonazis angegriffen worden waren. Bei einer Durchsuchung des Keller-Ladens, den die Wiking-Jugend in der Straße als Treffpunkt unterhält, wurden mehrere Waffen und NS-Propagandamaterial beschlagnahmt. Nach Angaben eines Augenzeugen haben die Jugendlichen während der Auseinandersetzung auch Schüsse, vermutlich aus einer Gaspistole, abgegeben. Dies konnte der Staatsschutz auf Anfrage allerdings nicht bestätigen. Alle Festgenommenen befinden sich inzwischen wieder auf freiem Fuß.

Wie Staatschutzleiter Kittlaus gestern mitteilte, waren unter den Festgenommenen acht Wiking-Jugendmitglieder aus dem Raum Hamburg und aus Essen. Aus den bisher spärlichen Aussagen ginge hervor, daß diese zur Unterstützung der Berliner Organisation angereist waren, da am Sonntagabend eine Demonstration gegen türkische Faschisten und gegen die Wiking-Jugend in Kreuzberg stattfand. Die Demonstranten, laut Polizeiangaben etwa 400 Personen, hielten auch eine kurze Kundgebung vor dem Treffpunkt der Wiking-Jugend in der Gitschiner Straße 90 ab. Der Einsatz starker Polizeikräfte, so Kittlaus, habe dabei Zwischenfälle verhindert.

Bereits wegen Überfalls verurteilt

Bei der Durchsuchung des Kellers sowie von insgesamt 36 Wohnungen in Berlin und im Bundesgebiet wurden Sprengschüre, Klapp- und Fallmesser, Gas- und Schreckschußpistolen, eine Übungshandgranate, ein Seitengewehr, eine Stahlrute, eine asiatische Schlag- und Würgewaffe sowie NS-Propagandamaterial sichergestellt. Unter den im Keller des Hauses festgenommenen Personen befand sich auch der sogenannte Gauführer der Wiking-Jugend Berlin, Ralf Ollmann. Wie ein Staatschutzsprecher bestätigte, waren auch zwei der jüngsten wegen eines Überfalls auf einen Journalisten verurteilten Wiking-Jugendlichen unter den Festgenommenen. Ebenfalls befanden sich Jugendliche darunter, die am 14. September ein Jugend-Wohnkollektiv in der Wilhelmstraße 9 in Kreuzberg überfallen hatten.

Nach Angaben von Kittlaus wird die Zahl der Mitglieder der Berliner Organisation auf etwa 30 geschätzt. Ihr Alter liege zwischen 15 und 25 Jahren. Die soziale Herkunft der vorwiegend aus Schülern und Lehrlingen bestehenden Mitgliedschaft gehe „quer durch die Gesellschaft“.

Verfahren eingeleitet

Seit Jahresbeginn registriert der Staatsschutz eine gewisse Zunahme gewalttätiger Aktivitäten bei der Berliner Wiking-Jugend. Wie mitgeteilt wurde, beobachtete man den Treffpunkt in der Gitschiner Straße schon längere Zeit. Auch im Zusammenhang mit dem Überfall auf das Jugend-Wohnkollektiv sei man bereits auf den Laden aufmerksam gemacht worden. Eine Durchsuchung habe bis zum Sonntagabend noch nicht stattgefunden. Gegen die teilweise konspirativ arbeitenden Mitglieder der rechtsradikalen Organisation ist jetzt ein Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperver-

letzung und unbefugten Waffenbesitzes eingeleitet worden.

Anwohner in der Straße berichten, die Wiking-Jugendlichen zeigten sich öfters in schwarzen Schafstiefeln, schwarzen Lederjacken, blauen oder braunen Hemden und Halstüchern. In der Nacht von Freitag auf Sonnabend seien sie „Patrouille“ um den Block gegangen. Vor dem Laden seien schon des öfteren Passanten von den Jugendlichen angepöbelt worden. (Tsp)

Neonazistische Schmierereien an Lichtenrader Schule

Mit antisemitischen Parolen und Symbolen ist in der Nacht zum 21. Oktober die Fassade der Lichtenrader Gustav-Heinemann-Gesamtschule beschmier worden. Mit Spraydosen wurden unter anderem die Schriftzüge „Nieder mit den Juden“ und „Ab in die Gaskammern“ sowie Galgen mit erhängten Menschen in schwarzer Farbe auf die Wand gesprüht. Die Schulleitung vermutet, daß die Schmierereien im Zusammenhang mit einer Ausstellung unter dem Thema „Juden in Berlin“ stehen, die am Montag vom Vorsitzenden der Berliner Jüdischen Gemeinde, Galinski, eröffnet wurde. Die Schmierereien waren am Sonntag morgen von Lehrern und Schülern entdeckt worden, die noch an der Ausstellung arbeiten wollten. Die Schulleitung erstattete Anzeige bei der Polizei und ließ die Schmierereien noch am Sonntag entfernen. Zuvor wurden sie fotografiert und als Beispiel für Antisemitismus in die Ausstellung eingegliedert. Diese soll nach Auskunft des verantwortlichen Lehrers anhand von 450 Ausstellungsstücken zeigen, was Berliner Juden in den vergangenen drei bis vierhundert Jahren für die Stadt geleistet haben.

Schulsenator Rasch äußerte Bestürzung über den Vorfall. In einer Pressemitteilung empfahl er den Besuch der Ausstellung, die deutlich mache, welche hervorragende Rolle im wissenschaftlichen, kulturellen und politischen Bereich die jüdischen Mitbürger in der Vergangenheit in Berlin gespielt hätten. Rasch wies auf den für den 9. November vorgesehenen „Antifaschistischen Tag“ hin. Wenn sich möglichst viele Berliner Oberschulen zu Veranstaltungen an diesem Tag entschließen könnten, wäre dies eine angemessene Antwort auf die antisemitischen Schmierereien, erklärte der Senator. Dem Staatsschutz lagen gestern Abend noch keine Hinweise auf die Täter vor. Dies erklärte ein Sprecher auf Anfrage. (dpa)

aus: 'Tagesspiegel', 23.10.79

20 Radikale schlugen zwei junge Männer zusammen

Keller der Wiking-Jugend ausgehoben

Die Kripo hat in der Gitschiner Straße in Kreuzberg einen Versammlungskeller der rechtsradikalen sogenannten „Wiking-Jugend“ ausgehoben und 35 Mitglieder vorübergehend festgenommen. Kurz vorher hatten etwa 20 von ihnen zwei junge Männer auf der Straße überfallen und zusammen geschlagen. Im Keller und in den Wohnungen der

Wiking-Mitglieder in Berlin, im Raum Hamburg und im Ruhrgebiet wurden NS-Abzeichen, Hakenkreuz-Embleme, Schreckschuß- und Gaspistolen, ein Seitengewehr, eine Übungshandgranate, ein Beil und andere Waffen gefunden. Der Staatsschutz ermittelt unter anderem wegen Landfriedensbruchs.

Überfall auf dem Friedhof

Die 69jährige Edith E. aus Reinickendorf wurde auf dem Städtischen Friedhof an der Gothardstraße in Reinickendorf von einem etwa 14jährigen Jungen zu Boden gestoßen. Er entriß ihr die Handtasche mit Schlüssel und Ausweispapieren.

Im Bus zog er die Pistole

Der 19jährige Mark H. aus Spandau randalierte in der Suozstraße in Charlottenburg im BVG-Bus der Linie 94. Dabei fuchtelte er mit einer Schreckschußpistole herum. Der Busfahrer alarmierte über Funk die Polizei.

Wiking-Jugend knüppelte zwei Antifaschisten nieder

35 vorübergehend Festgenommene schon wieder auf freiem Fuß

Westberlin (DW/dpa). Nach einer Demonstration gegen neofaschistische Aktivitäten in der Stadt ist es am Sonntagabend zu einem schweren Zwischenfall mit Angehörigen der Neonazi-Organisation „Wiking-Jugend“ gekommen. 35 vorübergehend festgenommene Personen sind inzwischen schon wieder auf freiem Fuß gesetzt worden. Gegen sie wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Vor einem der Polizei seit langem bekannten Treffpunkt der Neonazis waren zwei Antifaschisten von Angehörigen der Wiking-Jugend zusammengeschlagen und gefährlich verletzt worden. Vor der von Zeugen alarmier-

ten Polizei flüchteten die Jungfaschisten in die Räume ihrer Organisation. Bei einer anschließenden Durchsuchung wurden Gas und Schreckschußpistolen sowie Schlagwaffen gefunden. Nach Mitteilungen des Leiters der Abteilung Staatsschutz der Westberliner Polizei stehen Mitglieder der Wiking-Jugend unter dem Verdacht, im September am Überfall auf eine Wohngemeinschaft in Westberlin beteiligt gewesen zu sein.

In der Nacht zu Sonntag wurden in Westberlin und in Städten der BRD 35 Wohnungen überprüft und dabei rechtswidriges Material nazistischer Art sichergestellt. W. 23.10.

Schlag gegen „Wiking“

Durchsuchungen bei „rechter“ Jugend-Organisation

Zu einem überraschenden Schlag gegen die rechtsgerichtete sogenannte „Wiking-Jugend“ hat am Wochenende die Kriminalpolizei ausgehört. Wie vom Berliner Staatsschutz mitgeteilt wurde, durchsuchten Beamte in Berlin, im Raum Hamburg und im Ruhr-Gebiet 35 Wohnungen von Angehörigen dieser Organisation.

Dabei sei in erheblichen Mengen „rechtswidriges“ Material sowie NS-Abzeichen und Hakenkreuz-Embleme gefunden worden.

35 Personen, die insgesamt bei dieser Aktion festgenommen wurden, sind inzwischen wieder auf freiem Fuß gesetzt worden. Gegen sie wird aber ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Wie bekannt wurde, war das auslösende Motiv für diese überraschende Aktion ein Zwischenfall am Samstagabend, bei dem in Kreuzberg eine Person von zehn Männern um-

ringt, niedergeschlagen und mißhandelt worden war.

Die zehn Männer waren danach in einen Keller geflüchtet, in dem später Schreckschuß-Gas- sowie Stichwaffen gefunden wurden.

Abend 23.10.

Neofaschistische Aktivitäten in Westberlin nehmen zu

Dokumentation über Westberliner Neonazis

(DW-ME). Unter dem Titel „Nazis in Berlin“ haben die der FDP nahestehenden Jungdemokraten (Judos) am Freitag der Öffentlichkeit eine Dokumentation vorgelegt, die über neofaschistische Gruppen in der Stadt Auskunft gibt. Genannt werden unter anderem die NPD, die NSDAP, die Wikingjugend, das Freikorps Deutschland, die Gruppe Stahlhelm und die Kampfgruppe Großdeutschland. Die Dokumentation, die auch ein Ausdrucks ist, wie wenig ernst es die öffentlichen Stellen mit der Verfolgung neofaschistischer Organisationen nehmen, soll über den Buchhandel, in Kinos, Gaststätten und Universitäten vertrieben werden.

Zwei Jahre wurden die Aktivitäten neofaschistischer Gruppen gesammelt

und dargestellt, wie — trotz alliierter Verbot und antifaschistischem Verfassungsauftrag — Versammlungen beispielsweise der NPD, abgehalten werden konnten. Der Staatsschutz griff nicht ein! Namen von Führern neofaschistischer Organisationen werden genannt, die faktisch in unserer Stadt freies Geleit haben.

Allein im ersten Halbjahr 1977 soviel bekanntgewordene neofaschistische Vorfälle wie im ganzen Jahr 1978 sollten mehr als nachdenklich stimmen. Die Demonstration des DG und die Kundgebung der VVN zur Antikriegstag haben bewiesen, daß eine breite demokratische Öffentlichkeit bereit ist, gemeinsam diese Kräfte entgegenzutreten.

Wahrheit 27.10.79

Neue Gesetze erwogen

Vogel will gegen Neonazis vorgehen

BERLIN (ddp/NEUE). — Zur Bekämpfung neonazistischer Aktivitäten sind nach Ansicht von Bundesjustizminister Vogel einige Gesetzesänderungen nötig. Wie die Bundesministerin für Familie, Jugend und Gesundheit, Antje Huber, ist Vogel der Meinung, daß neben Gesetzen und Verboten neonazistischer Propaganda die politische Auseinandersetzung im Vordergrund stehen müsse.

Als eine strafrechtliche Lücke bezeichnete Vogel die Tatsache, daß zwar die Verwendung und Verbreitung von Gegenständen mit NS-Emblemen verboten sei, nicht aber die Herstellung, Vorratung oder Einfuhr. Diese Gesetzeslücke muß nach Ansicht von Vogel geschlossen werden. Eine weitere Gesetzesänderung hält Vogel für erforderlich, um gegen die „Deutsche Nationalzeitung“ vorgehen zu können. Er verwies aber auf ein Urteil des Bundesgerichtshofs, wonach die Leugnung oder Verharmlosung der Judenmorde auch eine Beleidigung für die Nachfahren der Verfolgten darstellt. W. 23.10.79

Indizierungsanträge gegen Nazipropaganda

BERLIN (ddp). — Seit Anfang 1978 haben Bund, Länder und Gemeinden 55 Anträge auf Indizierung von nationalsozialistischen und kriegsverherrlichenden Schriften gestellt. Wie Bundesministerin Antje Huber berichtete, müsse neben dem Verbot dieser Materialien aber eine intensive und umfassende Auseinandersetzung mit dem „Phänomen“ des Nationalsozialismus besonders in den Schulen stehen. W. 23.10.79

Es ging um Faschismus, aber Strauß wurde das Thema

Diskussion der IG-Metall-Jugend mit Ingeborg Drewitz, Bernt Engelmann und Peter Ulrich

Daß es hierzulande neofaschistische Tendenzen gäbe, war Minimal-Konsens unter den rund 200 zumeist jugendlichen Teilnehmern an einer Diskussion über „Neofaschismus“, zu der die Gewerkschaftsjugend in der Berliner IG Metall am Montagabend eingeladen hatte. Podiumsgäste im Gewerkschaftsraum von Kreuzberg waren Innensenator Peter Ulrich, die Schriftsteller Bernt Engelmann und Ingeborg Drewitz und der Journalist Manfred Rixin.

Über Ursache und Erscheinungsform und Bedingtheit neofaschistischer Tendenzen gab es freilich unterschiedliche Ansichten. Diese reichten vom Kapitalismus als einem angeblichen Teil des Faschismus über die Besetzung maßgeblicher Ämter und Positionen durch Unverbesserliche und Schuldbeladene aus dem Nazireich, Ausländerfeindlichkeit und im Vergleich zur Freiheit höher bewerteten staatlichen Ordnungsdenken bis zu militanten Gruppen nach Art der Wiking-Jugend und dem Vorwurf an Sicherheitsorgane, sie seien „auf dem rechten Auge blind“.

„Zynismus des Vergessens“

Die Schriftstellerin Drewitz vertrat in einem vorgelesenen Essay über „Abbau demokratischer und sozialer Rechte“ die Ansicht, in Deutschland sei die Vergangenheitsbewältigung nicht gelungen, es gebe hierzulande „zu wenige, die sich gegen den Zynismus des Vergessens auflehnen“.

Der Journalist Rixin sieht seit der Holocaust-Sendung Anhaltspunkte für eine freilich spät kommende literarische und dokumentari-

sche Würdigung der jüngsten Geschichte, worfür noch vor ein paar Jahren wenige Verleger den Mut aufgebracht hätten. Der Redner nannte es ein Versagen der Justiz in der zweiten deutschen Republik, daß sie die nationalsozialistischen Verbrechen viel zu spät ahnde.

„Unterschätzte Gefahr“

Der zeit- und geschichtskritische Sachbuchautor Engelmann brachte den Namen des bayerischen Ministerpräsidenten und Unions-Kanzlerkandidaten, Strauß, in Themenzusammenhang. Dieser habe eine Ideenverbindung zwischen Sozialismus und Nationalsozialismus öffentlich hergestellt, worin Engelmann eine Absicht sieht für eine „Verbindungslinie zwischen Opfern und Henkern“. Dem setzte der Redner in einem historischen Exkurs ein anderes „Bündnis“ entgegen, das er als „Vorläufer der CSU“ sieht: Aus Angst vor demokratischer und sozialistischer Entwicklung hätten Klein- und Großbürger sich mit den Nazis verbunden. Heutige Dachorganisation für den Neofaschismus sei ein „Deutsches Kulturwerk europäischen Geistes“, dessen Präsident bis vor kurzem noch Richter am obersten bayerischen Landgericht gewesen sei. Immer wieder kam er auf Strauß zu sprechen und sagte: „Ich glaube, wir unterschätzen die Gefahr, die dieser Mann und seine Freunde darstellen, wenn sie das Sagen haben“. Rixin maß den Kanzlerkandidaten an eher sozialdemokratischen Ansprüchen und kam zum Ergebnis, daß er diesen nicht entspreche.

Innensenator Ulrich, ehe er etwas sagen konnte von einigen Zuhörern als „Knüppel-

Ulrich“ bezeichnet und mit Schimpfwörtern bedacht, warnte davor, Strauß als „Buhmann der Nation“ hinzustellen und empfahl eine argumentative Auseinandersetzung mit ihm. Auch das trug ihm lautstarkes Mißfallen einiger junger Leute ein. Ulrich sagte dann, militante Gruppen und deren Aktivitäten dürften nicht unterschätzt werden. Sie seien in der derzeitigen Stimmungslage zu schaffen oder auszunutzen, in der der Ruf nach dem undemokratisch „starken Manne“ laut werde.

In so einer Situation müsse man damit rechnen, daß rechtsradikale Gruppen sehr rasch zu einer schlagkräftigen Organisationsform fänden. Eine Faschismusgefahr sei latent immer da, zum Beispiel in Form von Ausländerfeindlichkeit und bei geschürter Furcht vor Kriminalität verbunden mit großer Unsicherheit und dem Ruf nach dem starken Mann.

An die Toleranz appelliert

Als dann ein Redner in der Wahl Carstens zum Bundespräsidenten unter tosendem Beifall von einer „Beleidigung der Bürger“ sprach, warf ein junger Zuhörer die Bemerkung in den Raum: „Er wurde demokratisch gewählt“. Diese Bemerkung lenkte auf den jungen Mann und offenbar mit ihm gekommene andere junge Leute den Verdacht der Versammlung, bei denen handele es sich um Neonazis. Die Situation, gekennzeichnet von aggressiven Sprechchören — „Nazitypen raus!“ — wurde vom Diskussionsleiter und von Engelmann durch Hinweise auf Toleranz gerettet. Die Verdächtigen verließen kurz vor Diskussionsende unter vielen bösen Blicken den überfüllten Saal.

Neofaschismus-Diskussion in der Galerie Bungalow

Von Marius EMMERICH

48 Prozent der Jugendlichen in Bayern sind für einen Diktator, wenn er nur fähig ist. 42 Prozent der Bevölkerung meinen, man sollte auch die guten Seiten der Hitlerdiktatur berücksichtigen. 30 Prozent wiederum bedauern, daß die erste Strophe des Deutschlandliedes nicht gesungen werden darf. Eine Umfrage eines Meinungsforschungsinstitutes ergab, daß das Sympathienpotential der Rechten in Bayern nahezu ein Drittel der Gesamtbevölkerung umfaßt.

Die verstärkten neofaschistischen Umtriebe und solche Fakten haben das Jugendfreizeitheim „Galerie Bungalow“ veranlaßt, im Rahmen ihrer antifaschistischen Tage eine Veranstaltung unter dem Titel „Faschismus — nein danke“ durchzuführen. Gekommen waren Vertreter der drei Abgeordnetenhaus-Parteien sowie Vertreter der VVN — Verband der Antifaschisten und der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste.

Der beeindruckende Lichtbildervortrag „Rechtsextremismus — keine Gefahr für unsere Demokratie?“ von der Aktion Sühnezeichen zu Beginn der Veranstaltung zeigte nicht nur die ständig wachsende Zahl organisierter neofaschistischer Organisationen auf, sondern beschäftigte sich auch mit dem weiten Umfeld des Sympathisantenkreises, das bis ins Lager von CSU-Abgeordneten hineinreicht. Die „Deutsche Nationalzeitung“ (Organ der rechtsextremen Deutschen Volkspartei), die mit Schlagzeilen operiert „a la „6 Millionen Juden vergast — die Lüge des Jahrhunderts“, ist die viertgrößte Wochenzeitschrift der BRD. Fast an jedem Kiosk ist sie auch bei uns erhältlich, obendrein oft an

exponierter Stelle ausgehängt. Gleiches trifft auf die Zeitschrift „Das dritte Reich“ zu, die als illustrierte im Glanzdruck sich einen seriösen Anstrich zu geben versucht. Das Buch „Die Auschwitalüge“ von dem Neonazi Christphers ist mit 600 000 Auflage auf dem Markt. Punkrockgruppen, wie etwa die Gruppe „Kiss“, haben in ihrem Repertoire regelrechte Nazishows.

„In dreißig Jahren sage niemand, ich habe nichts gewußt, denn wir haben es gewußt.“ Dieser eindringliche Appell zum Schluß der Diaschau leitete die Diskussion ein.

Die vorwiegend jugendlichen Besucher nutzten die Gelegenheit, BVV-Abgeordnete einmal persönlich zu befragen, und scheuten sich nicht, unbequeme Fragen zu stellen. Alle drei Abgeordneten bedauerten den Besuch des chilenischen Außenministers Cubillos in der BRD. Der CDU-Abgeordnete Dr. Hartmann verstieg sich sogar darin, sich bezüglich dieses Besuches auf die Oppositionsrolle seiner Partei zu berufen. Die mehrfach in der Diskussion angesprochene Erinnerung an Äußerungen seiner Parteifreunde Strauß, Dregger und Co. machten deutlich, daß Antifaschismus nicht in Worten, sondern an Taten zu messen ist. Die Teilnahme des heutigen Charlottenburger Bürgermeisters Ekkehard Lindemann an der faschistischen Veranstaltung der „Grauen Wölfe“ in der „Neuen Welt“ im vergangenen Jahr unterstrich dies noch einmal.

Das „Hilfskomitee südliches Afrika“, inszeniert von den NPD-Mitgliedern Dewus und von Thadden, führt in seinen Reihen auch den Namen des CDU/CSU-Geschäftsführers der Bun-

destagfraktion. Ziel ist die Erhaltung der Apartheid. Die zahlreichen und hohen Wirtschaftskredite an Argentinien, Chile, das Schahregime, auch legale und halblegale Waffengeschäfte wurden von einem Abgeordneten der FDP lakonisch so kommentiert: „Der Schlüpferrumm wurde manchmal gedehnt.“ Der SPD-Abgeordnete meinte gar, daß Waffengeschäfte der BRD nicht stattfinden.

Immer wieder wiesen Jugendliche aus dem Publikum auf den Abbau der demokratischen Rechte hin, der bereits Anfang der fünfziger Jahre einsetzte. Das Verbot der KPD 1956 in der BRD, die Notstandsgesetzgebung und schließlich die Praxis der Berufsverbote wurden als eine Linie zur Unterdrückung fortgeschrittener Kräfte aufgeführt, während Alt Nazis sich in hohen Regierungsämtern tummelten oder noch tummeln (Globke, Kiesinger, Lübke, Filbinger, Carstens). „Das Volk weiß manchmal gar nicht, wieviel es für Verbrechen zahlt“, meinte eine Besucherin.

Angeichts dieser Ausführungen wirkten die „antifaschistischen Töne“ der drei Herren aus der BVV — so ehrlich sie individuell vielleicht gemeint waren — nicht überzeugen und echt, wo doch jede der drei Rathausparteien mehr oder weniger viel Schmutz auf ihrer Weste trägt. Der Unvereinbarkeitsbeschuß der SPD gegenüber der VVN-Mitgliedschaft, auf der anderen Seite aber die erlaubte Mitgliedschaft in der SS-Nachfolgeorganisation HIAG ist eines der skandalösen Beispiele dafür. Der SPD-Geschäftsführer Bahr glaubt gar, durch einen HIAG-Unvereinbarkeitsbeschuß der „Sache unangemessenes Gewicht zu verleihen“. Dergleichen Bedenken sind ihm bei der Abgrenzung nach links allerdings nicht gekommen.

Die VVN-Vertreter wiesen auf das Entschädigungsgesetz hin. Der Paragraph 6, Absatz 2, schließt die Mehrzahl der Verfolgten — die Kommunisten — aus; die Wiedergutmachungen sind, wenn sie überhaupt gezahlt werden, erschreckend gering. In scharfer Anklage führte eine Antifaschistin die Praxis dieses Paragraphen näher aus. Der Instanzenweg dauert oft mehr als 10 Jahre, obendrein — bei positivem Entscheid — legt die Behörde in vielen Fällen dann Berufung ein. Einfacher geht es dagegen mit den Pensionsrenten ehemaliger Faschisten. Der Beamtenparagraph 131 läßt viele der ehemaligen Schreibtischtäter in den Genuß dieser Pensionen kommen.

„Sie stehen mit vollen Segeln auf der antifaschistischen Seite“, sagte ein jugendlicher zum Schluß der Diskussion zu den Vertretern der bürgerlichen Parteien, „was tun denn nun ihre Parteien konkret?“ Diese Frage blieb unbeantwortet. Oder waren die Beispiele aus dem Publikum

Lebendiger Diskussionsabend mit Schülern in der Galerie '70

Wirklich nur zufällig? — Vom Neofaschismus unter der Jugend

(DW — M. E.). „Das sind Ideen, mit denen man sich identifizieren kann.“ So Lutz, 23 Jahre, stellvertretender Landesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten Westberlin über seine Organisation, die genau wie ihre Mutterpartei NPD trotz Verbot in unserer Stadt ihr Unwesen treibt. Dieses und vier weitere Tonband-Interviews mit organisierten neofaschistischen Jugendlichen leiteten den Diskussionsabend „Rechtsextremismus“ in der Galerie '70 ein.

Betroffenheit zeichnete sich auf den Gesichtern der Besucher der Galerie ab bei den Tonband-Darstellungen von 13- bis 20-jährigen Jugendlichen, warum sie Mitglieder neofaschistischer Organisationen geworden sind; Betroffenheit und Sorge um die Zukunft dieser jungen Leute, „Bund heimattreuer Jugend“, „Wiking-Jugend“, „Junge Nationaldemokraten“

— alle haben das gleiche Schema, sich ihren Nachwuchs zu ködern. Anknüpfend an den in unserer Gesellschaft oft nicht erfüllten Bedürfnissen junger Menschen, wird ihnen ein vorerst vordergründig unpolitisch erscheinendes „Alternativprogramm“ geboten.

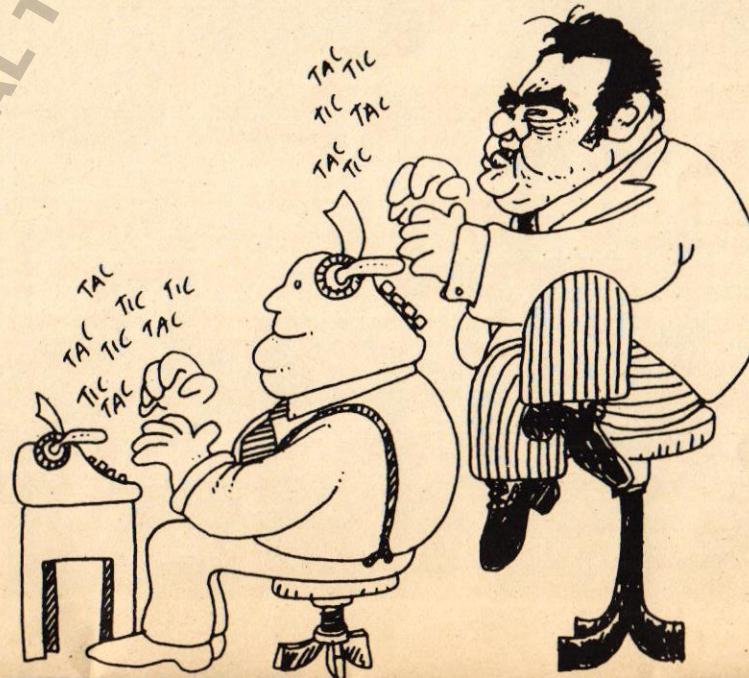
Ist es wirklich nur rein zufällig, wenn sich Jugendliche politisch organisieren? Dazu wurden in der anschließenden Diskussion viele Feststellungen getroffen. Die besten Antworten gaben Altersgenossen der gehörten Interviewpartner: Zuerst noch schüchtern, dann aber immer lebhafter äußerten 16-jährige Schüler ihre Beobachtungen und Eindrücke.

„Demokratie ist für uns im Alltag nicht erlebbar; das ist nur Gerede. Das Recht auf Meinungsfreiheit oder — für uns fast noch wichtiger — das Recht auf Arbeit gibt es real nicht“, meinte einer der Schüler. Negatives Autori-

tätsleben, schlechte Vermittlung der Geschichte, Vorprägung durch das Elternhaus oder die Umwelt wurden als weitere mögliche Momente genannt, die Jugendliche an solche Organisationen heranzuführen.

Dabei wollten es aber die Schüler nicht belassen. Vorschläge für einen altersgemäßen und der Wirklichkeit entsprechenden Geschichtsunterricht wurden gemacht. Warum fehlen aktuelle Bezüge zum Faschismus — beispielsweise Chile oder Südafrika? Wird im Geschichtsunterricht bewußt manches nicht genannt?

Die Antwort auf diese Frage gab einer der anwesenden Schüler selbst: Die gleichen, die dem Faschismus damals zur Macht verholfen, lassen auch heute noch nicht in ihren Bestrebungen nach, ihn wieder aufleben zu lassen.



JUGEND GEGEN RECHTS

Wie Ihr vielleicht gelesen, gehört oder sogar erlebt habt, hat die Zahl der Bedrohungen und Gewalttätigkeiten durch rechtsextremistische Jugendorganisationen, wie z.B. der Vikingjugend oder der Grauen Wölfe, erschreckend zugenommen. **DARUM WOLLEN WIR A.S. S.I.N.E.S. REAGIEREN!** In der Woche vom 12.-16. November findet deshalb eine Veranstaltungsreihe "Jugend gegen Rechts" in den Kreuzberger Jugendfreizeitheimen statt.

Montag, den 12. November

CHILE - VOR UND NACH DEM PUTSCH - Film und Berichte von chilenischen JFH-Mitgliedern - Friedlichstraße 2
Beginn: 18.00 Uhr

Dienstag, den 13. November

FILMVORFÜHRUNG
Nachbarschaftsheim Urbanstraße 21
Beginn: 18.00 Uhr

Mittwoch, den 14. November

TÜRKER! - HEUTE
JFH Blücherstraße 46 (GOS)
Beginn: 18.00 Uhr

Donnerstag, den 15. November

BEGEGNUNGEN MIT FASCHISMUS
Haus der Familie-Friedrichstraße 114
Eitzentrass
Beginn: 18.00 Uhr

Freitag, den 16. November

ABSCHLUSSVERANSTALTUNG
Haus der Jugend Bücklerpark
Beginn: 18.00 Uhr

VERANSTALTUNGEN DER KREUZBERGER JUGENDFREIZEITHEIME

-Titel: Sein oder Nichtsein
Einführung und anschließende
Diskussion

-Pils, Dias und Berichte von türkischen
Mitbürgern und Mitarbeitern
-Folkloristische Darbietungen
-Ausstellung

-Vorführung einer Videoaufnahme der
Jugendsendung "Denkdatei" vom 30.10.79
-Thema: Auseinandersetzung mit Faschismus
-Gespräch mit Vertretern der VVN
-Berichte von Gruppen die Polen besuchten
-Ausstellung
-Musikalisch-geselliger Ausklang

-Auftritt der Polit-Rockgruppe
"Satanstraten"
-Berichte über Vorfälle in türkischen
Frauenläden in der Luisenstraße
-Informationen über die "Grauen Wölfe"
-Berichte über den Vorfall im "Thomas-
Weißbaker Haus"
-Informationen über die Vikingjugend
-Auftritt der Musikgruppe "Rotkehlchen"
-Gespräch über die aktuelle Situation
der Jugend in Kreuzberg mit
Günter König (Stadttrat für Jugend/Sport)
Klaus Rabe (Aktion Sühnezeichen)
Detlef Prinz (DGB Jugend)
Vertreter der VVN
-Auftritt der Rockgruppe "Southern Comfort"
-Fazit

Wir möchten Euch herzlich einladen,
Sagt auch Euren Freunden Bescheid und kommt massenhaft!

V.i.S.d.P. Bezirksrat Kreuzberg
Aktivierung Jugend und Sport
Friedrichstraße 4-11
1000 Berlin 61



YÜZLERCE GENÇİMİZİN KATILDIĞI "TÜRKER! HEUTE" GECE'SİN BİR ANTİFASİST GÖSTERİ OLDU!

Presseerklärung der betroffenen Jugendlichen

(An Innensenator Ulrich über Stadtrat König)

Bei der Veranstaltung am Mittwoch, den 14.11.79, "Türker! heute" im JFH in der Gesamtoberschule Blücherstraße 46 im Rahmen der antifaschistischen Woche aller Kreuzberger Jugendfreizeitheimen ist gestern abend folgendes vorgefallen: 2 Anhänger der faschistischen Gruppierung "Graue Wölfe" mischten sich unbemerkt unter die Besucher und machten sich Notizen über das Anschauungsmaterial. Veranstalter und der größte Teil der Besucher hielten sich zu diesem Zeitpunkt im großen Saal auf, wo eine Diskussion im Gange war. Plötzlich entstand Unruhe, da Polizisten das JFH betraten und zwei Türken mitnahmen. Die Erzieher versuchten, die Leute im Saal beisammenzuhalten und informierten uns dann über den Zwischenfall.

Es stellte sich heraus, daß die "Grauen Wölfe" zuvor die Polizei benachrichtigt hatten und angaben, daß sie von 20 Leuten verfolgt, beraubt und schließlich zusammengeschlagen wurden. Doch waren Anzeichen einer Schlägerei nicht zu sehen.

Für die zwei Türken, die von der Polizei mitgenommen wurden, bedeutet dieser Eingriff der "Grauen Wölfe" erstens 24 Stunden Haft, Verhör, welches jedoch mit sprachlichen Schwierigkeiten verbunden ist und sofern dieser Vorfall weitere Ausmaße annehmen wird, eventuelle Kündigung vom Arbeitsplatz bzw. Lehrstelle.

Wir fordern die sofortige Rücknahme der eingeleiteten Maßnahmen.
Wir fordern das Verbot der "Grauen Wölfe" und aller anderen faschistischen Gruppierungen für Kreuzberger Jugendfreizeiteinrichtungen, da den Mitgliedern jedes Mittel recht ist, um Veranstaltungen zur Aufklärung über den Faschismus zu stören und die Jugendarbeit zu behindern.



Faschistische Provokation

Jugendveranstaltung in Kreuzberg sollte gesprengt werden

Türkische Faschisten versuchten am Mittwoch, eine Veranstaltung zu sprengen, die im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Jugend gegen Rechts" der Kreuzberger Jugendfreizeitheimen in der Blücherstr. 46 stattfand. Sie hatten das Ziel, über die Aktivitäten türkischer faschistischer Organisationen in der Türkei, in der Bundesrepublik und in Westberlin zu informieren.

Mit dem offensichtlichen Auftrag, dies zu verhindern, hielten sich drei türkische Faschisten in dem Jugendfreizeitheim auf. Einer von ihnen, bereits mehrfach verurteilter Jugendfreizeitheim aufgrund seiner Verbindungen zu den "Grauen Wölfen" verwiesen, wurde auch diesmal hinausgeworfen, nachdem er versucht hatte, Jugendliche zu provozieren. Laut Zeugenaussagen: "Diese war nicht das erste Mal, daß die Westberliner Polizei auf Demonstrationen türkischer Faschisten so schnell und gründlich reagiert. Bereits im September dieses Jahres drang die Polizei aufgrund faschistischer Demonstrationen in die Räume des Türkischen demokratischen Arbeitervereins ein, verhaftete drei seiner Mitglieder und ließ diese verurteilen - offensichtlich von Mitgliedern der 'Grauen Wölfe'."

Kennzeichen Reaktion wärend der Behörden erfolgte jedoch auf Briefe und schriftliche Forderungen, mit denen sich türkische Demokraten und ihre Organisationen konfrontiert sahen. Die Polizei griff bisher nicht ein, wenn türkische Demokraten auf offener Straße beim Flugblattverleihen von Faschisten zusammengeschlagen wurden.

Auf der Veranstaltung wurde darauf hingewiesen, daß faschistische Organisationen verstärkt versuchen, in den Jugendfreizeitheimen Fuß zu fassen. Überzeugt nicht allein, um ihre Propaganda zu verbreiten und Mitglieder zu werben, sondern öffneten sich auch, um den Markt für Rauschgift zu erweitern.

Eine von Veranstaltungsteilnehmern spontan verfaßte Protestresolution gegen den Vorgang wurde dem Veranstalter nach intensiven in mehreren Schulen - so in der Fritz-Karsten-Schule in Neukölln - von vielen Schülern und Lehrern unterschrieben.

Wahrheit, 14.11.79 A.S.



SON DAKIR!!! SON DAKIR!!! SON DAKIR!!!
Fasist provokatorül polis iste böyle korudu. At-kili olan fasist kışkırtıcıdır.

Kurtuluş

Verbot neofaschistischer Organisationen gefordert

"Graue Wölfe" randalierten in Kreuzberg

(DW-A.S.) Am 16. November fand die Abschlusssveranstaltung der antifaschistischen Woche "Jugend gegen Rechts" der Kreuzberger Jugendfreizeitheimen im "Haus der Jugend" im Bücklerpark statt.

Neben Auftritten verschiedener Rockgruppen wurde über die Aktivitäten der neofaschistischen "Vikingjugend" und der türkischen faschistischen "Grauen Wölfe" informiert. Mitglieder eines türkischen Frauenladens und des "Thomas Weißbaker-Hauses" berichteten von Überfällen und Bedrohungen durch diese Organisationen.

In der Diskussion wurde auf die Untätigkeit der Behörden zur Unterbindung faschistischer Aktivitäten hingewiesen - obwohl genügend Beweismaterial über die Hintermänner dieser

Organisationen vorhanden sei. Die Teilnehmer der Veranstaltung forderten ein sofortiges Verbot der "Grauen Wölfe" und wirkliche Maßnahmen zur Unterbindung neofaschistischer Aktivitäten. Der Forderung nach einem Verbot schloß sich auch der anwesende Bezirksstadtrat König (SPD) an.

Wie nötig dieses Verbot ist, zeigen Vorfälle, die sich parallel zur Veranstaltung ereigneten. Etwa 30 Mitglieder der "Grauen Wölfe" - unter ihnen einige, die bereits im Laufe der antifaschistischen Woche eine Veranstaltung störten - randalierten in einem Lokal in der Oranienstraße. Ebenfalls auf ihr Konto sollen eingeworfene Fensterscheiben in der Carl-von-Ossietzky-Oberschule gehen.



Alternative Liste Für Demokratie und Umweltschutz

PRESSE - ERKLÄRUNG

1 Berlin, 19.11.79

der Bezirksgruppe Kreuzberg

zum jüngsten Terror der "Grauen Wölfe" (KHP)

Wie bereits bekannt ereigneten sich im Rahmen einer "Antifaschistischen Woche" vom 12. - 16.11.79 der Abteilung Jugendförderung des Bezirksamtes Kreuzberg in den Kreuzberger Jugendfreizeitheimen folgende besorgniserregende Vorfälle:

- **Mittwoch**, den 14.11. denunzierte ein jugendlicher, türk. "Grauer Wolf" zwei türkische Jugendliche des JFH, die ihn "zusammengeschlagen und beraubt haben sollen".

Die Polizei nahm übereifrig die beiden über 24 Stunden fest, verhörte sie und behandelte sie erkenntnisdienlich. Der Vorsitzende des Türkischen Jugendvereins wurde am 15.11. ebenfalls festgenommen. Paß - linke-Uffer Nr. 43.

- **Freitag**, den 16.11. überfiel eine Terrortruppe von ca. 20 - 30 jugendlichen "Grauen-Wölfen" ebenfalls das JFH-Blücherstr., schlug dort auf eine Honorarkraft (Iga K.) ein, der gerade noch das Fenster schließen konnte. Daraufhin schlugen sie 10 Fensterscheiben des JFH ein. Der anwesende Schulleiter erstattete Strafanzeige!

- Wenig später marschierte dieser Trupp durch ganz Kreuzberg und war auch nach Zeugenaussagen im Haus der Jugend Bücklerpark, wo z.Z. die Abschlusveranstaltung stattfand. Von der Vorbereitungsgruppe angeforderter Polizeischutz mußte den Trupp benrckt haben!

- Vom HdJ zog die Schlägerbande zur türkischen Diskothek "Kerheba" (So 36), wo sie ebenfalls Stühle, Spiegel, Flaschen zerstörten und einen Mitarbeiter blutig schlugen!

Vor dem Hintergrund dieser Ereignisse mußten die auf der Abschlusveranstaltung anwesenden Diskussionsteilnehmer - Klaus Rabe (Aktion Sühnezeichen), Hajo Keller (DGB), Kuchenbecker (IGM) und v.a. der Stadtrat für Jugend u. Sport Günter König (SPD) den Verbotforderungen zustimmen. Die Alternative Liste wird jetzt, nachdem eine Anfrage vom Terror der "Grauen Wölfe", im Ältestenrat der BVV zur letzten BVV "aus formalen Gründen" abgewiesen wurde (Krause /Pietschker) zur nächsten BVV-Sitzung erneut Maßnahmen in Form einer Dringlichkeitsanfrage fordern.

i.A.

Stoppt die „Grauen Wölfe“

Alternative Liste

Wahrheit, 19.11.79

Stoppt die „Grauen Wölfe“

Deutsche und Ausländer gemeinsam gegen Faschismus



Dokumentation des Terrors der „Grauen Wölfe“ in Westberlin

Das Initiativ-Komitee gegen türkische Faschisten ist mit einer Dokumentation an die Öffentlichkeit getreten. Die Dokumentation soll die Arbeitsweise und den Terror der türkischen Faschisten und ihrer Tarnorganisation, speziell in Westberlin, aufzeigen und allen Antifaschisten Informationen geben, die für den Kampf für ein Verbot der Tarnorganisationen der „Grauen Wölfe“ unerlässlich sind.

Kontaktadresse: Langenscheidstraße 3, 1/62.

aus: „Neue“

Stoppt die „Grauen Wölfe“

Über die Aktivitäten türkischer Faschisten in Westberlin (Courage 9/79 berichtete vom Anschlag auf den Treffpunkt für türkische Frauen) ist eine ausführliche Dokumentation erschienen, die unter anderem über Struktur und Organisationsformen der „Grauen Wölfe“ und ihre Verflechtungen mit deutschen Gruppen, sowie über Möglichkeiten des Widerstands Auskunft gibt. Die Broschüre ist für drei Mark plus eine Mark Porto (in Briefmarken oder auf das Postscheckkonto Berlin-West 176539-103) zu bestellen beim Initiativkomitee gegen türkische Faschisten, Langenscheidstr. 3, 1000 Berlin 62.

aus: „Courage“, 11/79

Dokumentation

Stoppt die „Grauen Wölfe“

Seit Ende letzten Jahres steigen die Aktivitäten der türkischen Faschisten in der BRD ständig an. Ihre Zahl wird inzwischen auf 20.000 oder mehr geschätzt. Anzeichen dafür sind immer mehr Gewalttaten, Drohbriefe, Schlägereien und sogar Schüsse auf türkische Demokraten - wie Anfang Juni in Rüsselsheim.

Das „Initiativkomitee gegen türkische Faschisten“ Westberlins dokumentiert in einer Broschüre die Aktivitäten der türkischen Faschisten in der BRD und Westberlin, die Presseberichterstattung und den Widerstand gegen diese faschistischen Umtriebe.

In jüngster Zeit stabilisieren die türkischen Faschisten ihre Auslandsstützpunkte, um bei einer stärkeren Verfolgung in der Türkei sichere Operationsfelder in Westeuropa zu haben. So können ihre in der Türkei steckbrieflich gesuchten Kader geschützt und neue Kräfte für den Einsatz in der Türkei organisiert und ausgebildet werden.

Die Broschüre „Stoppt die 'Grauen Wölfe'“ ist für DM 3,- zu bestellen bei: Initiativkomitee gegen türkische Faschisten,

Langenscheidstr.3,
1000 Berlin 62

aus: „TAZ“, 10.8.79

Eine Dokumentation über den Terror der „Grauen Wölfe“ in Westberlin hat die AL-bezirksgruppe Kreuzberg herausgegeben. Interessenten wenden sich bitte an die Alternative Liste, Boeckstraße 39, 1000 Berlin 61.

aus: „Berliner Lehrerzeitung“
GEW, 1.11.79

Stoppt die „Grauen Wölfe“

Blickpunkt

Schlägereien, Drohbriefe an türkische Arbeitervereine und Schüsse auf türkische Demokraten — wie Anfang Juni in Rüsselsheim — gehören mittlerweile in Westdeutschland zum Alltag. In keinem Fall sollen „Graue Wölfe“ als Täter von Anschlägen oder Übergriffen von der Polizei ermittelt und verurteilt werden. Diese Dokumentation soll die Arbeitsweise und den Terror der türkischen Faschisten und ihrer Tarnorganisation, speziell in Westberlin, aufzeigen, und allen Antifaschisten Informationen geben, die für den Kampf für ein Verbot der Tarnorganisationen der „Grauen Wölfe“ unerlässlich sind. Herausgeber: Initiativkomitee gegen türkische Faschisten, Langenscheidstr. 3, 1000 Berlin 62, Preis: 3,- DM.

Franz Josef Strauß und die türkischen Faschisten



CSU-Führer Strauß (L), Faschisten-Führer Türkei „Metall“ 6. Sept. 1978

Dokumentation des Terrors der „Grauen Wölfe“ in Westberlin

Graue Wölfe führen „unsichtbaren Krieg“

Wann wird Hitler-Verehrer Türke das Handwerk gelegt?

Von Aysel SUMER

Im Rahmen der Initiative „Rock gegen rechts“ findet am 13. Oktober in der Alten TU-Mensa das Konzert „Rock gegen Graue Wölfe“ mit namhaften Westberliner Gruppen und Künstlern statt. Dieser Veranstaltung ist um so größere Aufmerksamkeit zu schenken, als faschistische türkische Organisationen ihre Aktionen in der BRD und in Westberlin immer brutaler und massiver durchführen. Dabei beschranken sie sich nicht auf Drohbriefe und anrufen gegenüber demokratischen türkischen Vereinen und Personen, in zunehmendem Maße werden auch Schußwaffen von ihnen eingesetzt. So wurde in der Nacht vom 21. September das Wohnhaus des Vorsitzenden der „Föderation türkischer Arbeitervereine in der BRD e. V.“ (FIDEF), Hasan Özcan, von „unbekannten“ Tätern beschossen. Die Ermittlungen der Polizei verliefen bisher ergebnislos.

Auch in Westberlin wurde die Polizei wiederholt auf Anschläge gegen Büros demokratischer türkischer Vereine aufmerksam gemacht. Diese Anschläge sowie Einschüchterungsversuche und tätliche Angriffe gegen türkische Landsleute haben seit dem spektakulären Besuch von Faschistenführer Türke im Oktober letzten Jahres, wo er unter anderem in der „Neuen Welt“ neben 2000 Anhängern auch die CDU-Abgeordneten Lindemann, Brinas und Bage begrüßen konnte, in einem erschreckenden Ausmaß zugenommen. Laut Innenminister Ulrich haben allein 1978 vier „Folklorefestivals“ religiöser Fanatiker, zusammen mit den Rechtsextremisten organisiert, in unserer Stadt stattgefunden.

Die häufigen Besuche von Arpaslan Türke, der in verschiedenen Städten des Bundesgebietes und in Westberlin seine Anhänger zum Kampf gegen Kommunisten, Gewerkschafter und Christen aufhetzt und die organisatorischen Fäden zur NPD und CDU/CSU spinnt, kommen nicht von ungefähr. Seine „Liebe zu Deutschland“ hat Tradition. Türke's politische Laufbahn begann während des 2. Weltkrieges. In einem Schreiben der OKW Ausland/Abwehr vom 15.10.44 taucht Türke als einer der wichtigsten Verbindungsmänner Hitler-Deutschlands in der Türkei auf.

In organisierter Form trat der Neofaschismus in der Türkei erst ab 1965 auf, als Türke eine kleine Rechtspartei übernahm und diese zur neofaschistischen „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP) formierte. Neben dem Parteiparagrafen, der

wurde auch der Islam auf die Parteifahne geschrieben. Auf dem Parteikongreß 1965 erklärte Türke, daß „der Islam die Religion der türkischen Nation“ sei. Damit wurde versucht, den Einfluß der Partei auf intellektuelle, Beamte, Offiziere, bürgerliche Jugendliche und auch auf die Arbeiterklasse auszudehnen.

Höhepunkt der politischen Laufbahn des Hitler-Verehrers Türke war während der Regierungszeit der reaktionären Nationalistischen-Front-Regierung 1975-1977, in der er den Posten des stellvertretenden Ministerpräsidenten innehatte. Dank dieses Postens war es für die MHP möglich, Schlüsselstellungen in Armee, Polizei und im Staatsapparat zu besetzen. Nach dem Scheitern der Koalition 1977 ging die MHP dazu über, neben gezielten Entführungen und Morden demokratischer Persönlichkeiten, die Terroranschläge nach der Hit-and-run-Methode durch ihre paramilitärisch ausgebildeten Kommandos ausüben zu lassen. Schüsse aus fahrenden Autos auf Passanten, Bombenattentate auf belebte Plätze und Cafés sollen ein Klima der Angst schaffen und den Weg für einen rechten Putsch ebnen. Allein im Juni 1979 fielen diesem Terror 96 Menschen in der Türkei zum Opfer.

Diese bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen finden als „unsichtbarer Krieg“ auch in der BRD und in Westberlin statt. Die Ausmaße sind für Außenstehende kaum einschätzbar, denn betroffene Arbeiter, Lehrer und Familien schweigen oft aus Angst vor weiteren Gewalttaten der Faschisten.

Nach Angaben von MHP-Funktionären begannen diese bereits in den 60er Jahren damit, türkische Landsleute in sogenannten „Kulturvereinigungen“ zu organisieren, bevor die Partei selbst Anfang der 70er Jahre als organisatorische Kraft in Europa auftrat. Dies konnte sie offiziell nicht lange, da laut türkischer Verfassung Auslandsorganisationen von Parteien verboten sind. So ließ sich die MHP am dem Vereinsregister in Kempten streichen und „tauchte unter“. Die Mitglieder und Sympathisanten arbeiteten jedoch mit veränderter Arbeitsweise weiter. Dazu bemerkte die „Süddeutsche Zeitung“ am 4. Juli 1978: „Damit verschwanden zwar Name und Adresse der Partei, nicht jedoch ihre Aktivisten, die eine Zeitlang untertauchten, um sodann in neuer Umgebung die alte Arbeit wieder aufzunehmen. Auf einmal waren sie Vorsitzende oder Mitarbeiter von so genannten „Arbeitsgruppen“.“

Mit diesem Schlachtruf wurden im Dezember letzten Jahres in der osttürkischen Stadt Kahramanmaraş Hunderte von Menschen bestialisch ermordet. Warten unsere Behörden mit dem Vorhaben der MHP und ihre 2.100

„Türkischen Idealisten Verein“ in Bochum. Überhaupt sind die Gebetsräume und Moscheen jetzt zu einem Hauptbetätigungsfeld der Rechtsradikalen geworden, die mehr als früher den Kontakt zu streng islamischen und ultrakonservativen Gruppen suchen.“

Durch das Ausscheiden der MHP aus der Regierung in Ankara 1977 und die zaghaft einsetzende Bekämpfung rechter Gewalttaten durch die Regierung Ecevit fiel der MHP-Auslandsorganisation größere Bedeutung zu. So wurde der Aufbau einer europäischen Föderation beschleunigt und im Juni 78 die „Föderation der demokratisch-idealistischen Türkenvereine in Europa“ gegründet. Auch drei Westberliner türkische Vereine sind Mitglied dieser Föderation.

Neben Kontakten zur CDU/CSU wird die „Aktionseinheit mit der NPD“ gefordert. In einem Schreiben von Türke vom 28.7.77 an die Parteiorganisation heißt es: „... um die vorgegebenen Ziele zu erreichen, sind unbedingt die Aktionseinheit unserer Partei und der NPD sowie deren Erfahrungen und Arbeitsmethoden auszunutzen.“

Das Ziel wird in einem Flugblatt der Grauen Wölfe vom 3.12.1977, adressiert an „Alle Antikommunisten und Antifaschisten“ (sic!), formuliert: „Wiederaufbau der Türkei im Sinne des Islam... und die Unterstützung des Befreiungskampfes der unterdrückten islamischen Turk-Völker, z. B. 60 Millionen in der Sowjetunion, 20 Millionen in China, 14 Millionen im Iran sowie im Irak und Osteuropa.“

Diese Kampfansage wird in 14 Moscheen und ca. 30 Korankursen in Westberlin verbreitet und propagiert. Letzter Höhepunkt dieses Propagandafeldzugs war die Veranstaltung am 14.6.79 in der Taverne am Lutzwitzplatz, die von verschiedenen rechtsextremistischen türkischen Organisationen durchgeführt wurde. Mit von der Partie waren die neofaschistische Wikingjugend und der stellvertretende Vorsitzende der CDU-nahen Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Wolfgang Petrowsky. Zusammen mit rund 1000 Teilnehmern tauschten sie den Angriffen auf die Ecevit-Regierung und antikommunistischer Greuelpropaganda, die von dem Schlachtruf „Die Grauen Wölfe kommen!“ begleitet war.

Mit diesem Schlachtruf wurden im Dezember letzten Jahres in der osttürkischen Stadt Kahramanmaraş Hunderte von Menschen bestialisch ermordet. Warten unsere Behörden mit dem Vorhaben der MHP und ihre 2.100

aus: 'Tat', 20.4.79

So wüten die „Grauen Wölfe“

Türkische Faschisten in der Bundesrepublik

Nach der Ermordung von Neset Danis 1974 in Hamburg und einer Reihe weiterer Gewalttaten, über die in der Presse schon berichtet wurde, kamen nach dem Türkisch-Besuch im Herbst 1978 folgende hinzu:

— Unmittelbar nach der Demonstration mit Türkisch in der Westfalenhalle verfolgten drei Autos mit „Grauen Wölfen“ einen Bus, mit dem eine Gruppe von Türken zu der Gegendemonstration der FIDEF gekommen war. In einer

Tankstelle konnte der Busfahrer die Polizei verständigen, so daß die Autos wieder wegfuhr. Bevor sie gingen, drohten sie den Businsassen: „Auch euer Ecevit kann euch nicht mehr vor uns retten! Uns schützt die deutsche Polizei!“ „Wir werden euch ausrotten!“

— Am Abend der Westfalenhallendemonstration terrorisierten die „Grauen Wölfe“ in Duisburg ihre Landsleute in einem Café, als diese den Besuch von Türkisch zu kritisieren wagten. Es kam zu einem Handgemenge ohne ernsthafte Folgen, weil das Zahlenverhältnis zugunsten der demokratischen Türken war.

— In einem Aufenthaltsraum der Fa. Hoesch, Dortmund, griff ein „grauer Wolf“ einen türkischen Kollegen mit einer Flasche an, weil er mit seinen Beschimpfungen über die Teilnehmer einer Gegen-Türkisch-Demonstration nicht einverstanden war. Es kam zu keinen ernsthaften Verletzungen.

— In Herne wurde ein Türke, der auch als Folkloresänger bekannt ist, von den „Grauen Wölfen“ angegriffen, als er die Zusammenarbeit mit ihnen ablehnte. Er konnte nur durch „Zucht aus dem Haus, in dem er festgehalten wurde, dem Tod entkommen.

— In Hamburg wurde ein türkischer Kollege, der am Bahnhof die Zeitung „Cumhuriyet“ kaufte, von „Grauen Wölfen“ umzingelt. Nach einem Verhör, warum er denn nicht die nationale „Tercüman“ lese, wurde er von mehreren „Grauen Wölfen“ verprügelt und schwer verletzt.

— In Walldingen wurde ein Türke in einer Gaststätte von den „Grauen Wölfen“ erstochen. Er wurde schon seit langem von den „Grauen Wölfen“ verfolgt. Die acht Angreifer befinden sich noch auf freiem Fuß.

— In Stuttgart griffen zwei Brüder die einschlägig als „Graue Wölfe“ bekannt sind, ihr Opfer an, nachdem sie es zuvor als „Kommunist“ und „Feind des Islam“ beleidigt hatten. Dabei war ihr Opfer der Gründer des dortigen „Islamischen Vereins“, der aber zunehmend unter den Einfluß der MHP geriet und jetzt den Namen „Nationalistischer Türkischer Kulturverein“ trägt. Er hatte aus diesem Grund seine Mitarbeit eingestellt.

— In Hilden wurde ein älterer



Türke verprügelt, nachdem man ihn zuvor beschimpft hatte, weil er die Zeitung „Milliyet“ las. „Ihr Kommunisten werdet alle vergast“, „Hitler hat es mit euch richtig gemacht“ waren einige der Äußerungen der Angreifer.

— In Duisburg-Huckingen wurde eine Reihe von türkischen Kollegen von den „Grauen Wölfen“ bedroht: Falls sie weiterhin die Streikversammlungen der IG Metall und der FIDEF besuchten, könnte ihnen was passieren. Sie deuteten Bombenanschläge auf das Streiklokal an.

— In Mannheim schlugen die „Grauen Wölfe“ auf einen ihrer früheren Mitarbeiter ein, weil er nicht mehr mit ihnen arbeiten wollte.

— In einer westfälischen Kleinstadt wurde der türkische Sozialbetreuer mit Morddrohungen traktiert, als er die Unterstützung der von der MHP kontrollierten Koranurse ablehnte.

— In einer Zeche in der Nähe von Dortmund wurde ein türkischer Bergarbeiter von einem „Grauen Wolf“ unter Druck gesetzt, seiner Organisation beizutreten. Wenn er das nicht täte, würde man aus Dortmund „Freunde“ holen, die ihn „erledigen“ würden.

— In Aachen wurde der aktive Mitarbeiter des Türkischen Arbeitervereins tätlich angegriffen. Die Täter, die ihm seit langem auf der Spur waren, konnten entkommen.

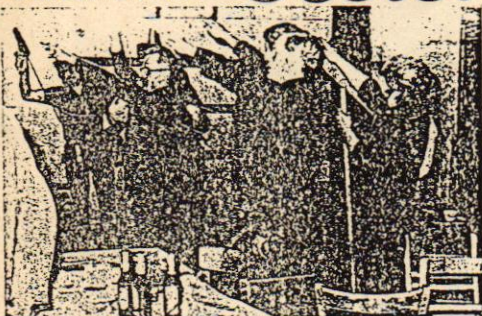
— Ein bekannter Anhänger von Türke, der bereits seit Jahren alle Andersdenkenden als „Kommunisten, Nichtgläubige und Verleumdungen“ beschimpft und die Griechen in seiner Zeitung als „Hurensohn“ bezeichnet hat, bietet jetzt auch als „Religionsunterricht“ getarnt Koranurse an, die vom zuständigen Schulrat wärmstens empfohlen werden!



Bücher

Nazi-Terror im Rhein/Main- Gebiet

• DOKUMENTATION •



Eine Stadt für Koffer

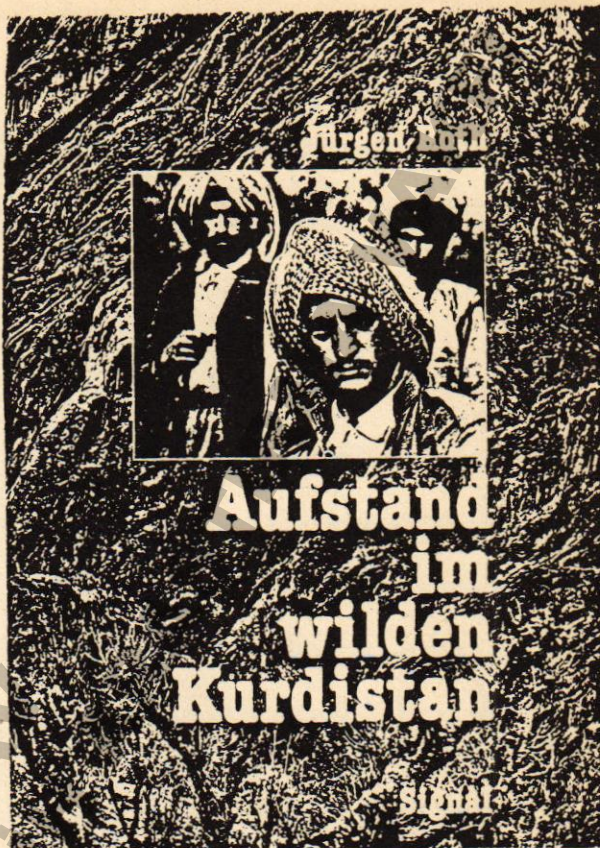
Zum Ende des 19. Jahrhunderts wurde die Stadt Mainz als Zentrum der rheinischen Industrie ausgebaut. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde die Stadt als Zentrum der rheinischen Industrie ausgebaut. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde die Stadt als Zentrum der rheinischen Industrie ausgebaut.

den Schulen und Lehrstellen Werte wie Ordnung, Pünktlichkeit und Gehorsam wichtiger sind als Nachdenken, Widerstand und Toleranz.

Ein Mensch, der sich selbst klein, dünn und schwach fühlt, in in jedem Maße empfänglich für eine Herrschaftsansprüche, dann ist er ein Nazi. Er ist ein Nazi, er ist ein Nazi, er ist ein Nazi.

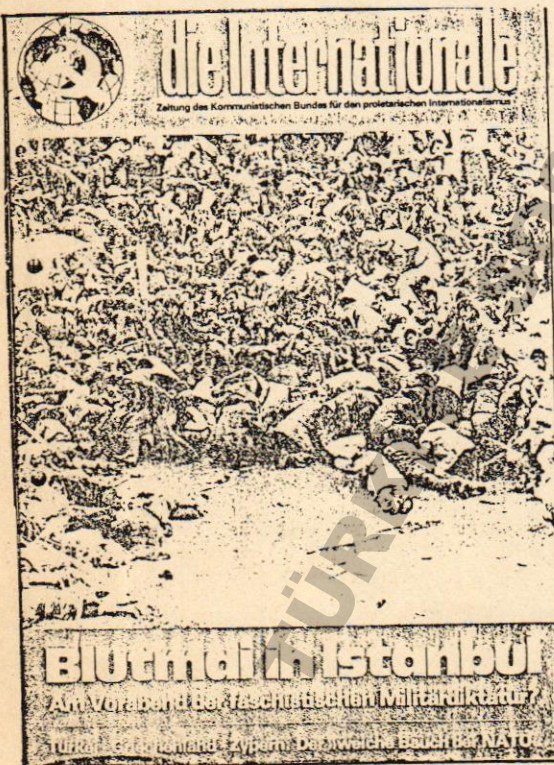
Bekanntlich, daß sich die Gefühle der Deutschen den Juden gegenüber geändert haben, habe ich, bis auf wenige Ausnahmen, für Linienbeschreibungen. Von einem Volk, das für seine eigenen Kinder keine Mitleid aufbringt, kann man nicht Verständnis für das Leid eines anderen Volkes erwarten.

Lesen Sie weiter: Frankfurt, Döring, 1970, 11
"Frankfurter Rundschau", 2.6.78



Aufstand im wilden Kurdistan

Signal



die Internationale

Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus

Blutmai in Istanbul

Am Vorabend der faschistischen Militärdiktatur

Türkei, Griechenland, Zypern, das weiße Bosphorus, NATO

Inhaltsverzeichnis	Seite
Vorwort	3
Türkei	
Karte Türkei	4
Türkei: Blutmai in Istanbul	
Faschistischer Anschlag forderte 38 Tote und über 200 Verletzte	5
Stellungnahme von »Bagimsiz Türkiye« (TEP), »Kurtulus« und »Emegin Birgisi« zum Blutbad am 1. Mai	14
Parlamentswahlen in der Türkei	
Am Vorabend der faschistischen Militärdiktatur?	16
Stellungnahme von »Birikim« zu den Wahlen	23
Für eine unabhängige, demokratische und sozialistische Türkei	24
DISK (Konföderation revolutionärer Arbeitergewerkschaften)	24
TOB-DER (Lehrergewerkschaft)	29
Arbeiterpartei der Türkei (TIP)	32
Die Partei der Werktätigen (TEP)	36
»Devrimci Gençlik« (»Revolutionäre Jugendföderation«)	37
Griechenland	
Karte Griechenland	40
Griechenland: Der Sturz des Faschismus und die Linke	41
»Unruhe« in der Griechischen Linken	42
Spaltung der »OMLE«	42
Sozialistiki Poria (Sozialistische Bewegung) (Griechenland)	43
O.K.D.E. (Trotzkisten)	45
Rolf Pohle in Griechenland:	47
Ein Lehrstück für das griechische Volk	48
Zypern	
Imperialisten setzen Zypern-Teilung durch	53



Andrea Baumgartner-Karabak
Gisel Landesberger

Die verkauften Bräute

türkische Frauen
zwischen Kreuzberg
und Anatolien

aktuell
oro
oro

STOPPT DIE GRÄUEN WÖLFE

Verbot
aller faschistischen
Tarnorganisationen

Veröffentlichungen zum Antifaschistischen Kampf

Russell - Reihe Band 1 184 Seiten, Buchformat, Jan. 78 ISBN: 3-88305-001-6	DM 10,-
Russell - Reihe Band 3 208 Seiten, Buchformat, Mai 78 ISBN: 3-88305-003-1	DM 13,50
Russell - Reihe Band 4 Erscheint im Nov. 78 ISBN: 3-88305-004-0	
Russell - Reihe Band 5 240 Seiten, Buchformat, März 78 ISBN: 3-88305-005-9	DM 14,-
"Kampf dem Faschismus" Nachdrucke von Texten aus den 20er und 30er Jahren 293 Seiten, Buch, 2. Auflage Okt. 76	DM 11,-
"Droht ein neuer Faschismus?" Nachdruck von Artikeln aus dem Arbeiterkampf 297 Seiten, Buch, Dez. 76	DM 9,50
"Hamburg: Faschisten eine Abfuhr erteilt!" Dokumentation zu den Ereignissen am 14./15. Mai 1977	
36 Seiten, A 4, Mai 1977	DM 2,-
"Hamburg: Stadt mit Herz für Faschisten" Dokumentation: Zehn Jahre Begünstigung der NSDAP-Umtriebe	
64 Seiten, A 4, April 78	DM 3,50
"Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden?" Dokumentation einer Podiumsdiskussion 56 Seiten, A 4, Juli 77	DM 4,-

Verlag J. Reents, Lärchenstr. 75, 2000 Hamburg 50 Tel. 435320
Postcheckkonto 2405 95 203 PSCHA Hamburg
Drechner Bank 4518378 BLZ 200 800 00
Lieferung nur gegen Vorauskassa

Frankfurter Rundschau

vom 13. Oktober 1979 schreibt:

Gegen die Finsternis in den Köpfen der Menschen

Nazim Hikmet, "Menschenlandschaften"

Dem Hamburger Reents-Verlag kommt das Verdienst zu, sich in der Bundesrepublik als erster um das in seiner Heimat lange verbotene Werk des türkischen kommunistischen Schriftstellers Nazim Hikmet zu kümmern.

Norbert Ney, auch ein Autor (bisheriges Hauptwerk: „Sterilisation des Mannes — das geringste Übel“), und Um...

NAZIM HIKMET



MENSCHENLANDSCHAFTEN

Der Volksdichter Nazim Hikmet (1902-1963) gilt als einer der bedeutendsten Schriftsteller nicht nur in der Türkei sondern auch in der Weltöffentlichkeit. Sein fünfteiliger Roman in Versform „Menschenlandschaften“ schildert die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Türkei aus der Sicht der verschiedenen Menschen.

Bisher erschienen Band 1 und Band 2
Band 3 in Vorbereitung

Rechts Buch
196 Seiten
Vollständiges mit Abbildungen
DM 15
ISBN 3-88305-022-9

Rechts Buch
120 Seiten
Vollständig mit PP-Zeit
DM 14
ISBN 3-88305-021-0

Rock gegen Rechts

Hier sind die ROCK GEGEN RECHTS-Kontaktadressen, für Leute, Interessenten und solche, die sich nur informieren wollen. Die ROCK-Zeitung ist bei diesen Adressen erhältlich.

ROCK GEGEN RECHTS/Berlin

c/o Uwe Jahn
Lüderitzstrasse 11
1000 Berlin 65
Tel.: 030/4 51 28 32

ROCK GEGEN RECHTS/Hamburg

c/o Thomas Loeck
Falkenrd 57
2000 Hamburg 20
Tel.: 040/ 46 26 54

ROCK GEGEN RECHTS/Wedel-Pinneberg

c/o Marion Lück
Hinter der Küche 2
2000 Wedel
Tel.: 041 03/ 46 35

ROCK GEGEN RECHTS/Oldenburg

c/o Alhambra
Hermannstr. 83
29 Oldenburg
Tel.: 0441/ 152 29 (Heiko)

ROCK GEGEN RECHTS/Hannover

c/o Raschplatzpavillon
Lister-Meile 4
3000 Hannover 1
Tel.: 05 11/ 32 45 58 (Thomas)

ROCK GEGEN RECHTS/Hildesheim

c/o Dietmar Lutz
Katharinenstr. 5
31 Hildesheim
Tel.: 05131/ 59 14 64 (Nils)

ROCK GEGEN RECHTS/Braunschweig

c/o Sabine Prange
Chemnitzstr. 7
33 Braunschweig
Tel.: 0531/ 67 91 (Werner)

ROCK GEGEN RECHTS/Marburg

c/o Peter v. d. Forst
Brunnenquell 15
3551 Lahatal 3
Tel.: 064 23/ 67 91 (Werner)

ROCK GEGEN RECHTS/Dortmund

c/o KCR
Dortfelder Hellweg 32
46 Dortmund 1
Tel.: 0231/ 17 51 11 (Donnerstags KCR)

oder 0231/ 12 88 42 (Bernd)

ROCK GEGEN RECHTS/Aktionsbündnis

c/o Club Voltaire
Kleine Hochstraße 5
6000 Frankfurt 1

ROCK GEGEN RECHTS/Frankfurt

c/o Club Voltaire
Kleine Hochstr. 5
6000 Frankfurt 1
Tel.: 0611/ 59 14 64 (Nils)

oder 0611/ 29 39 54 (Claus)

Initiative WORT GEGEN RECHTS

u. d. Kulturkommission der AGAV
c/o Norbert Ney
Postfach 656
7000 Stuttgart 1

ROCK GEGEN RECHTS/München

c/o Thomas Gelin
Georgenstr. 123
8000 München 40
Tel.: 089/ 195 021/22 (Thomas)

ROCK GEGEN RECHTS/Nürnberg

c/o Hermann Gimpel
Lutherstr. 36
9000 Nürnberg

„DIE ZEIT IST NICHT GE-
KOMMEN,
NIEMAND DARF DIE FAH-
NEN FALTEN
WAS WIR HÖREN IST DAS
HEULEN DER SCHAKALE
SCHLIESST EUCH FEST ZU-
SAMMEN, KINDER
DIESER KAMPF IST GEGEN
FASCHISMUS
DIESER KAMPF IST FÜR
FREIHEIT“

N. Hikmet

**DEMOKRASİ VE
ÖZGÜRLÜK İÇİN**

**TÜRKİYE
İLE
DAYANIŞMA**

türkiye ile dayanışma bülteni
ADRES 33 RUE DE LA GRANGE AUX BELLES 75010 PARIS

3

**TÜRKİYE SOSYAL
TÜSTAV
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI**

s. 2, 3, 4

Türkiye Barış Komitesi Yöneticilerinin Tutuklanması
ve Yükselen Tepkiler.

s. 5 CHP Yöneticileri Hakkında Soruşturma Açılıyor.

Ankara TKP Davasında Sorgulara Başlandı.

s. 6, 7, 8, 9 Türkiye Haberleri.s. 10, 11 DİSK Haberleri.s. 12, 17 Türkiye Demokrasi Güçleriyle Uluslararası Dayanış-
ma Haberleri.

**TÜRKİYE SOSYAL
TÜSTAV
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI**

TÜRKİYE BARIŞ KOMİTESİ YÖNETİCİLERİNİN TUTUKLANMASI VE YÜKSELEN TEPKİLER

Yurtdışında bulunan Türkiye Barış Komitesi Genel Sekreteri Enis Coşkun ve sekiz yöneticisi, tutuklamaları protesto eden ortak bir bildiri yayınladılar. Bildiride özetle şu görüşlere yer veriliyor: "Askersel yönetim altında bulunan Türkiye'de, Dünya Barış Konseyi üyesi ve Türkiye Barış Komitesi Başkanı eski büyükelçi Mahmut Dikerdem başta olmak üzere, barış hareketinin 44 yöneticisi hakkında tutuklama kararı verildi..."

"Tutuklular, Cenevre anlaşmasının savaş esirlerine tanıdığı haklardan bile yoksun, birbirleriyle konuşmaları, gülmeleri dahi yasaklanmış olarak 4 metre karelik hücrelerde altışar kişi halinde en kötü koşullar altında bulunuyorlar. Böylesi ağır koşullarda özgürlüklerinden yoksun olarak tutulan bütün bu insanların Türkiye ve dünya halkları için, barışı içinde birarada yaşam istemek ve bu uğurda çalışmaktan başka hiçbir suçları yoktur..."

"Topraklarında yeniden kan ve ateş görmek istemeyen tüm insanları, barış ve yaşam adına ortak davamızda ve tutuklanan arkadaşlarımızın özgürlüklerine kavuşmaları savaşımında ellerini birleştirmeye çağırıyoruz."

Enis Coşkun, Türkiye Barış Komitesi Genel Sekreteri, hukukçu, Mehmet Karaca, Türkiye Barış Komitesi Başkanlık Kurulu üyesi, sendikacı;

Tektaş Ağaoğlu, Türkiye Barış Komitesi Başkanlık Kurulu üyesi, yazar;

Oya Baydar, Türkiye Barış Komitesi Başkanlık Kurulu üyesi, yazar;

Gültekin Gazioğlu, Türkiye Barış Komitesi Başkanlık Kurulu üyesi, TÖB-DER Genel Başkanı;

Yaşar Arıkan, Türkiye Barış Komitesi Genel Yönetim Kurulu üyesi, sendikacı;

Cemal Kırıl, Türkiye Barış Komitesi Genel Yönetim Kurulu üyesi, sendikacı;

Metin Denizmen, Türkiye Barış Komitesi Genel Yönetim Kurulu üyesi, sendikacı;

Zülal Kılıç, Türkiye Barış Komitesi Genel Yönetim Kurulu üyesi, İKD Genel Sekreteri.

TUTUKLAMA KARARI VERİLEN TÜRKİYE BARİŞ KOMİTESİ YÖNETİCİLERİ

Mahmut Dikerdem, eski büyükelçi, TBK Başkanı;
Orhan Apaydın, İstanbul Barosu Başkanı;
Gencay Saylan, ODTÜ Öğretim Üyesi;
Ali Sirmen, Cumhuriyet Gazetesi yazarı;
Ataol Behramoğlu, Yazarlar Sendikası Genel Sekreteri;
Medet Serhat, avukat;
Metin Özek, İstanbul Üniversitesi Tıp Fakültesi Profesörü;
Niyazi Dalyancı, gazeteci;
Uğur Kökten, mühendis;
Ergun Engin, mühendis;
Ali Taygun, tiyatrocu;
Aybars Ungan, mühendis;
Yavuz Çizmeci, mühendis;
Şefik Aşan, öğretmen;
Haluk Tosun, ODTÜ Öğretim Üyesi;
Aygut Göker, TÜTED Genel Başkanı;
Tahsin Usluoğlu, memur;
Erdal Atabek, Türk Tabipler Birliği Başkanı;
Hasan Fehmi Mavi, TÜSDER Başkanı;
Reha İsvan, eski İstanbul Milli Eğitim Müdür Yardımcısı;
Nurettin Yılmaz, CHP milletvekili;
İsmail Hakkı Öztörün, CHP milletvekili;
Nedim Tarhan, CHP milletvekili, KÖY-KOOP Başkanı;
Orhan Taylan, ressam;
Hüseyin Baş, gazeteci;
Enis Coşkun, avukat, TBK Genel Sekreteri;
Tektaş Ağaoğlu, yazar;
Kemal Anadol, CHP milletvekili;
Oya Baydar, yazar;
Gültekin Gazioğlu, TÖB-DER Genel Başkanı;
Mehmet Karaca, MADEN-İŞ Genel Başkanı;
Nefize Akyelik, mühendis;
Yaşar Arıkan, HURCAM-İŞ Yürütme Kurulu Üyesi;
Sait Aydoğmuş, GIDA-İŞ Genel Sekreteri;
Mehmet Bulut, TEKSTİL Sendikası Yürütme Kurulu Üyesi;
Cüneyt Başbuğ, doktor;
Metin Denizmen, BANK-SEN Genel Başkanı;
Mustafa Gazalcı, CHP milletvekili;

Zülal Kılıç, İKD Genel Sekreteri;
Cemal Kıral, MADEN-İŞ Ege Bölge Temsilcisi;
Sedat Özkol, mühendis;
Nadir Akgün, ekonomist;
Karabey Kalkan, mühendis;
Melih Tümer, İstanbul Siyasal Bilimler Y. O. Profesörü.

Türkiye Barış Komitesinin 44 yöneticisini kapsayan bu tutuklama kararına karşı girişilen protesto hareketleri:

- TBK Genel Sekreteri Enis Coşkun, Fransız Barış Hareketinin Paris'te toplanan Ulusal Konseyine katılarak bir konuşma yaptı. Fransız Barış Hareketi Ulusal Konseyi tutuklamaları kınayarak, tutukluların derhal serbest bırakılmasını isteyen bir telgraf gönderme kararı aldı.

- Dünya Barış Konseyi Sekreterliği konuyu ivedilikle gündemine aldı, tutuklamaların son bulması için cuntaya başvuru kararı aldı. Ayrıca, tüm ulusal Barış Komitelerinin kampanyalar örgütlemeleri için bilgilendirilmeleri de kararlaştırıldı.

- Başta Finlandiya, Yunanistan, ABD, Federal Almanya, İsveç, İngiltere ve Hollanda Barış Komiteleri olmak üzere dünya barış güçleri, dayanışma ve tutuklanan yöneticilerin özgürlükleri için eylemler göstermeye başlamışlardır.

Hergün giderek artan sayıda protesto telgrafları Ankara'ya ve Büyükelçiliklere gönderilmektedir. Tüm barıştan yana insanlar TBK Yöneticilerinin serbest bırakılmaları için elele verip, seslerini yükseltiyorlar.

TÜRKİYE BARİŞ KOMİTESİ YÖNETİCİLERİNİN TUTUKLAMALARA KARŞI İTİRAZI SIKİYÖNETİM MAHKEMESİNCE REDDEDİLDİ

Red kararında özetle şöyle deniliyor: "NATO'ya, silahlanma yarışına karşı çıkılması; İstanbul Barosunun Barış Konferansına sunduğu raporda "soğuk savaşta ısrar etmenin mümkün olmadığını" belirtmiş olması; Türkiye Barış Komitesinin üyesi olduğu Dünya Barış Konseyinin daha önce Londra'da yapılmış olan bir dayanışma konferansında "Türkiye'nin Kıbrıs'a müdahalesinin emperyalizmin hazırladığı yabancı bir saldırı olarak" nitelenmiş olması ve Kıbrıs'tan tüm yabancı askerlerin çekilmesi kararının alınması Türk Devletinin ve hükümetinin

nufuzunu kırıcı, memleketin asayişini bozucu suçlar olduğundan denilerek tutuklamaların devamına karar verildiği" bildirilmektedir.

CHP YÖNETİCİLERİ HAKKINDA SORUŞTURMA AÇILIYOR

Bildirildiğine göre, CHP'li 132 yönetici ve milletvekili hakkında soruşturma açılıyor. Bu nedenle CHP Genel Başkanı Bülent Ecevit'in yurtdışına çıkma ve pasaport isteme girişimi askersel yönetim tarafından reddedildi. Ayrıca Ecevit'in yerli ve yabancı basına verdiği demeçlerden ötürü soruşturma açıldı.

Bu arada, Ecevit'in yazarlığını yaptığı Arayış dergisi, Ankara Sıkıyönetim Komutanlığı tarafından süresiz olarak yasaklandı. Arayış dergisi, bir yılı aşkın bir süredir yayın hayatını sürdürüyordu.

Federal Almanyahın Der Spiegel dergisinin 22 Mart tarihli sayısında Ecevit'in bir yazısı çıktı. Ecevit yazısında, Türkiye'deki anti demokratik uygulamalara değinerek "milli güvenlik konseyinin uygulamalarıyla gerçek anlamda bir demokrasiye dönülmesi olanaksızdır. Milli Güvenlik Konseyi, Atatürkçü görüşlere ters düşmüştür. Çünkü, Atatürk, siyasi güçle askeri gücü birbirinden ayırmıştır. " diyerek yazısını şöyle bitiriyor: "Askeri yönetim tüm solu, bu arada CHP'yi hedef almıştır."

Ecevit'in bu yazısından dolayı askeri mahkeme soruşturma açmıştır. Ayrıca, MGK başkanı Evren son konuşmasında Ecevit'i "jurnalci"likle suçlayarak gerekli işlemlerin yapılacağını söyledi.

ANKARA TKP DAVASINDA SORGULARA BAŞLANDI

215 kişilik Ankara TKP davasında kadın tutuklulardan Fethiye Çetin tutukevindeki baskı ve insanlık dışı uygulamalardan sözettiği için kendisine konan görüşme yasağının kaldırılmasını ve tutukevi yöneticilerinin duruşma salonundan çıkarılmasını istemesi üzerine askerler tarafından tartaklanarak dövüldü.

Ayrıca, tutuklulardan Çağatay Günel, emniyetteki işkenceler sonucu başından yara aldığını ve hakime verdiği ifade sırasında bile yanında siyasi polisin olduğunu açıkladı. Tutuklulardan Şeyh Hamit Ceren ise, hücrede saatler boyu ayaklarından asılarak, erkeklik organına ve parmak uçlarına elektrik verildiğini

ve zorla TKP üyeliğini kabule zorlandığını söyledi.

Askeri yargıç tarafından konuşmaları sık sık kesilen tutuklular, oturum boyunca güvenlik güçlerince tartaklandılar.

52 İLERİCİ DEMOKRAT TKP ÜYELİĞİ SUÇLAMASIYLA TUTUKLANDI

Geçtiğimiz günlerde, Ankara'da 52 demokrat, TKP üyesi olmakla suçlanarak tutuklandılar. Tutuklanan kişilerin Ankara ve çevresinde gizlice ve çok sayıda bildiriler dağıttıkları, Kurucu Meclisi protesto amacıyla yola pankart astıkları bildiriliyor.

İSTANBUL TİP DAVASI AÇILIYOR

TİP kurucuları, yöneticileri ve parti üyelerinden oluşan 80 kişi hakkında İstanbul Sıkıyönetim Komutanlığı Askeri Mahkemelerinde dava açılıyor. Davanın gerekçesinde "Marksist-Leninist çalışmalar yapmak, illegal (!) bir parti olmak" suçlaması yapılıyor. 10 yıldan 36 yıla kadar hapis cezası istenen tutukluların ilk duruşması 15 Nisan günü açılıyor.

İGD ÜYESİ 16 GENÇ ÇEŞİTLİ HAPİS CEZALARINA ÇARPTIRILDI

İlerici Gençler Derneği İstanbul yöresinde çerçevesinde örgüt çalışmalarına katılmakla suçlanan 16 genç çeşitli hapis cezalarına çarptırıldılar. Ceza süreleri 6 ay ile 12 yıl arasında değişiyor.

İDAM EDİLENLERİN SAYISI 14'E YUKSELDİ

Mart ayı içinde, 4 kişi daha idam edildi. 13 Mart sabahı İzmir'de Necati Vardar (İşçi), Seyit Konuk (İşçi), Ethem Coskun (Birleşik Maden-İş İzmir Temsilcisi) idam edildiler. Ayrıca, idam cezaları kesinleşen 5 kişi de asılmak için cuntanın onayını bekliyor.

Diğer yandan, askeri mahkemelerde idam istemleri sürekli artıyor. 12 Mart'ta İstanbul'da başlayan 159 sanıklı Dev-Vol davasında 30 kişinin idamı isteniyor. Yine 15 Mart'ta başlayan 428 sanıklı Dev-Sol davasında da 146 kişinin idamı istendi.

CUNTANIN ADALET BAKANI CEZAEVİ SAYISININ AZGELDİĞİNİ SÖYLÜYOR

Adalet Bakanı Cevdet Mentеш "Türkiye'de varolan tutukevlerinin, tutuklu sayısına göre az olduğunu ve daha seksen cezaevinin yapılmasının gerekli olduğunu" söyledi. Diğer yandan, yaygın politik tutuklamalardan dolayı birçok okul ve öğrenci yurdu, kışla ve askeri mahkeme haline dönüştürülmüş bulunuyor.

15 KİŞİNİN İŞKENCE İLE ÖLDÜRÜLDÜĞÜ HÜKÜMETÇE KABUL EDİLDİ

Uluslararası Af Örgütünün, Türkiye'de 77 kişinin işkence sonucu öldüğüne ilişkin haberini yanıtlamak zorunda kalan devlet Bakanı İlhan Özturak "zaman zaman bazı işkence olaylarının meydana geldiğini ve 15 kişinin işkence sonucu öldüğünü söyledi. Ancak, sistematik olarak süren işkenceden dolayı yüzlerce politik tutuklunun öldürüldüğü biliniyor.

Bu arada, mahkemeleri süren 20 işkenceci, suçsuz bulunarak (!) görevlerinin başına döndüler.

Aşağıda, Uluslararası Af Örgütünün işkencede öldürülen 77 kişi üzerine çıkardığı belgeyi yayınlıyoruz.

amnesty international section française

EXTER-E

SF 82 G 093

secrétariat national
18, rue Théodore Duck - 75015 Paris - Tél. : 557 65 65
Télex : Amnesty 200931 F - CCP n° 30.180.16 U La Source

PARIS, le 1er Mars 1982

PERSONNES QUI SERAIENT MORTES EN DETENTION PREVENTIVE
DEPUIS LE 12 SEPTEMBRE 1980 EN TURQUIE

Zeki YUMURTACI
Zeynel Abidin CEYLAN
Saden CAZETECİ
Ali İKAN
Rafet DEMİR
Ahmet FEYZİOĞLU (ou VEZİROĞLU)
Gulden ERDEN
Nehmet DİMLERER
Sukir BAC
Hasan İskender OZMEN
Gengis AKSAKAL
İbrahim ESKİ
Metin İKSİY
Yasar OKUCUOĞLU
Sait SİMSEK
Cefar DAGDOĞAN
Munzur GECCEL
Nuhul İNER
Kenan KURSOY
Sinan KARACALI
Hulusi TALAK
Halil TALDOĞAN
Safilma Sahin DOKUYUCU
Abdurrahman (ou Abdullah) PEKSOYL
Bedrettin SİMAK
Leçip KUTLU
Hasan Hüseyin DAMAR
Kemal YALVAC
Ahmet DEMİR
Ergün SEM
Ali ÇEKMEKÇİ
Emir ALKAN
Feridun YILMAZ
Nehmet SANI
Ahmet SAKIN
Metin SERTBULAK
Nahen HERNERCIÖĞLU
Ataman İNCE
Hasan DÖNMEZ

Mustafa CEVİK
İrfan ÇELİK
Ali ÇAKMAKLI
Hüseyin KARAKAS (ou KARAKIS)
Oner AKTAS
Nehmet CİRELİ
Ekrem EKSI
Ahmet KARLANGAC
Hasan KILIC
İlhan ERDOST
Sukru GEDİK
Süleyman ÖLMEZ
Ercan KOCA
Davud ELİNDOLU
Mustafa SAHİN
Nehmet DAC
Necdet BOZKURT
İlyas GÜLEK
Eyup AKKURT
Nehmet Ali KILIC
Osman KARADUMAN
Osman TASTERKİN
Cemil KIRPİRDANMAZ
Hasan GAZOĞLU
Sadiye YAVUZ
Osulp ÖNEREN (ONER)
Sabri KANDENİR
Abdurrahman ÇECEN
Cemil KIRBATIR
Bemestan OGUZ
Cevit OZER
Fuat GURBUZ
Gursoy RUSTEN
Unsal BEYDOĞAN
Nehmet GUMUS
Sherif YAZAN
Süleyman CİHAN
Behadir DUMANLI

Il s'agit des prisonniers morts en détention préventive dont fait état le
journaliste de presse du 21 Janvier 1982. Source : Secrétariat International.
Document communiqué à la Commission des Droits de l'Homme de l'Assemblée Générale de l'ONU le 17 Mars 1982.

AHMET İSVAN HAKKINDA DAVA AÇILDI

Eski İstanbul Belediye Başkanlarından CHP'li Ahmet İsvan hakkında "DİSK'le ideolojik amaç birliği içinde olmak ve 1 Mayıs gösterilerinde DİSK'e yardımcı olmak" gerekçesiyle 6-16 yıl arası hapis istemiyle dava açıldı. İsvan, 17 aydan beri hakkında hiçbir dava açılmadan sorgusuz sualsiz tutuklu bulunuyordu.

BASIN MENSUPLARINA YÖNELİK SALDIRILAR ARTIYOR

İlerici Yurtsever Gençlik Gazetesi Sorumlu müdürü ve İGD üyesi Erhan Tuskanbir yazısından ötürü 7,5 yıl daha hapis cezası yedi. Böylece kesinleşen cezası 30 yılı aşmış bulunuyor.

Birlik Yolu gazetesi sahibi Ali Robuş komünizm propagandası yaptığı gerekçesiyle 10 yıl, Kitle Sosyalist Dergisi Yazı işleri Müdürü Feyzullah Özer ise 1,5 yıl ağır hapis cezalarına çarptırıldılar.

SİNEMA VE ÖZEL TİYATROLAR DEVLET DENETİMİNE ALINIYOR

Kültür ve Turizm Bakanlığı yetkililerinin açıklamalarına göre, özel tiyatro ve sinemalara devletin katkısını (!) sağlamak ve bu kuruluşların yapıtlarının devlet denetim ve iznine bağlanmasını öngören bir yasa tasarısı hazırlanıyor. Yasa tasarısına göre, özel tiyatro ve sinemalar devlet düzenine aykırı film ve oyun sergileyemeyecekler, butür oyunlar engellenecekve bu amaçla yeni bir "denetleme kurulu" oluşturulacak.

DGM'LER YASALAŞIYOR

Devlet Güvenlik Mahkemelerinin yeniden kurulmasına ilişkin yasa tasarısı tamamlanmış olup önümüzdeki günlerde Başbakanlığa sunulacağı bildirildi. Bilindiği gibi, bu antidemokratik mahkemelere karşı DİSK savaşım vermiş ve onun yasalaşması önlenmişti.

CUNTANIN EKONOMİ POLİTİKASI

Türkiye'de çıkan günlük Cumhuriyet gazetesinin yaptığı bir araştırmaya göre; 1981 yılında işçilerin gerçek ücretleri, 1963 yılındaki satın alma gücünün altına düştü. Şu anda enflasyon % 55 civarındadır.

16 yıllık bir işçinin ortalama ücretinin 11.000 TL olduğu Türkiye'de, istatistiklere göre 4 kişilik bir ailenin sadece mutfak masrafı 18.853 TL'dir.

Fiyat artışlarında Türkiye, OECD ülkeleri arasında, Kasım 1980-82 tarihleri arasında %32'lik bir artışla ikinci sırada yer almaktadır. Temel gereksinim maddelerinin hemen hepsi son aylarda, %20-30 arası zam görmüştür. Konut, ilaç fiyatları halkın alım gücünün çok üstündedir. İki sene önce 20 TL olan ilaç, bugün 82 TL olmuştur.

Askersel diktatörlük tarafından atanan, çoğunluğu işveren ve işveren yanlılarından oluşan Yüksek Hakem Kurulu 2650 toplu sözleşmeyi bekletmektedir. Ayrıca, işverenlere "işçilere ücretsiz izin" uygulama hakkı vererek lokavta gözyummaktadır.

Bugün ülkemizde işsizlik 5 milyonun üzerinde olup, yığınlar cuntanın ekonomi politikasından dolayı açlıkla pençeleşmektedir.

ABD TÜRKİYE'YE ASKERSEL YARDIMI ARTTIRIYOR

ABD Silahlı Kuvvetler Komitesi Başkanı Senatör J. Tower "ABD 1983'te Türkiye'ye 815 milyon dolar yardım yapacak"dedi. Bunun 465 milyon doları askersel, 350 milyon doları ise ekonomik yardım adı altında yapılacak. Ancak, Pentagon yetkililerinin verdiği bilgiye göre, Reagan yönetiminin 1983 yılında Türkiye'ye yapacağı askersel yardım 1 Milyar doları aşacak. Başkan Reagan, Bu yardımlara karşılık Türkiye'nin ortadoğuda ABD stratejisinde yer almasını ve gerektiğinde çıkar bölgesi ilan ettiği petrol ülkelerine karşı kurulan "çevik güçler" için Türkiye'den üs sağlamayı amaçlıyor.

disk haberleri

DİSK DAVASI

DİSK davası 14 Nisan'da yapılacak duruşmayla devam edecek. Bu nedenle Nisan ayı içinde, dünyanın birçok ülkesinde DİSK yöneticileriyle dayanışma gösterileri yapılacak.

DİSK YÜRÜTME KURULU ÜYESİ KEMAL DAYSAL'IN 1 MAYIS ÇAĞRISI

Daysal, uluslararası sendikal örgütlere ve avrupadaki Türkiyeli örgütlere birer mektup göndererek 1 Mayıs'ta Türkiye'deki sendikal özgürlükler isteminin dile getirilmesini istedi. Mektupta devamla şöyle deniliyor: "DİSK iddianamesinde askeri savcının 1 Mayıs uluslararası işçi sınıfının birlik, mücadele ve dayanışma günü kutlamalarını da suçmuş gibi göstermeye yeltenirken ve 52 arkadaşımızın idam edilmek istenmesi bizim açımızdan 1 Mayıs'ın önemini daha da arttırmaktadır. "...Dünyadaki tüm sendikaları arkadaşlarımızın idamdan kurtarılması ve sendikalarımız üzerindeki yasakların kalkması için 1 Mayıs'ta dayanışmanızı daha da yükseltin."

Daysal'ın mektubunun ekinde 1 Mayıs'ta dile getirilmesi istenen belgeler şöyle sıralanıyor:

- DİSK yöneticilerine özgürlük!
- 52'leri kurtaralım!
- Sendikal yasaklar kalksın!
- DİSK ve bağlı sendikaları açılsın!
- Sendikaların mal varlıkları geri verilsin!
- İşçilere özgürce sendikal örgütlenme hakkı!
- Türk-İş'e konan sınırlamalar kaldırılсын!
- Özgürce Toplu sözleşme ve grev hakkı!
- Genel grev hakkı istiyoruz!
- Tüm politik tutuklular serbest bırakılсын!
- İşkencelere sonverilsin, işkenceciler cezalandırılсын!
- Faşist cinayet sebekelerinden hesap sorulsun!
- Anayasa konusunda işçilere söz hakkı!
- Anayasa referandumunu ve genel seçimlerde yurtdışındaki işçilere oy hakkı verilsin!
- Her türlü düşünce ve örgütlenme hakkına konan yasaklar kaldırılсын!

disk haberleri

NEDEN İDAM EDİLMEK İSTENİYORLAR?

DİSK DAVASI SAVCISININ İDDİANAMESİNDEN ALINTILAR (3)

"DİSK ana tüzüğünde, "emekçilerin tüm haklarını alabilmesi yalnız mesleki mücadeleyle mümkün değildir. Bunun yanı sıra, anayasadaki demokratik haklarını kullanarak siyasi mücadele yapmaları da gereklidir. " denilmektedir. Görülüyor ki, DİSK'in amacı ideolojiktir. Amaç sosyalizme ulaşmaktır. (s. 46)

"DİSK, giriştiği devleti yıkma mücadelesinde müsait bir zemin teşkil ettiğini anladığından hatta zaman zaman anayasayı korumak istediğini iddia edecek kadar ileri gitmektedir." (s. 104)

" Bütün ülkelerin işçileri birleşin; selam olsun faşizme, emperyalizme ve şovenizme karşı mücadele edenlere; selam olsun bağımsızlık, demokrasi ve sosyalizm kavgasını sürdürenlere; yaşasın işçi sınıfının uluslararası birlik ve dayanışması; yaşasın işçi sınıfı ve DİSK; yaşasın sanlı 1 Mayıs demek suretiyle sıkıyönetim idaresini ve yasaklarını dahi bilintizam çığneyerek marksist-leninist ideoloji istikametinde kitleleri devlete hüşumete ve savaşa yöneltmiştir. " (s. 120)

D İ S K Y Ö N E T İ C İ L E R İ N E

Ö Z G Ü R L Ü K !

uluslararası dayanışma

SOVYETLER BİRLİĞİ SENDİKALAR MERKEZ KONSEYİNİN 17. GENEL KURULU MOSKOVADA TOPLANDI (16-20 Mart)

5025 delege ve 130 ülkeden 320 yabancı konunun katıldığı kongrede; SBKP Genel Sekreteri ve Yüksek Sovyet Prezidyumu Başkanı L. Brejnev bir konuşma yaptı. Brejnev'in konuşmasında avrupa'de nükleer füzelerin dondurulması ile ilgili tek yanlı moratoryum açıklaması uluslararası planda büyük yankı uyandırdı.

Sovyet Sendikaları Merkez Konseyi Başkanı Şalayev'in kongreye sunduğu raporda sovyet emekçilerinin başarı ve kazanımları anlatılıyor ve dünya barışına verilen önem belirtiliyor. Ayrıca raporda DİSK'le tam bir dayanışma içinde oldukları vurgulanıyor ve 52 DİSK yöneticisinin idam istemiyle yargılanmaları protesto ediliyor.

Kongreye, Türkiye'den DİSK yürütme Kurulu üyesi K. Daysal ve Türk-İş Genel Başkan Vekili Emin Kul katıldı

Daysal yaptığı kongre konuşmasında Türkiye'deki bugünkü durumu ve sovyet emekçilerinin Türkiye işçi sınıfıyla yaptıkları dayanışmaya büyük önem verdiklerini belirterek tüm sendikalar-dan dayanışmalarını daha da yükseltmeleri için çağrıda bulundu.

Sovyetler Birliği Sendikaları Merkez Konseyi Genel Kurulu, dünyadaki tüm sendikalara bir barış çağrısı yayınlayarak barış için savaşımın günümüzdeki büyük önemine değiniliyor.

DSF'NİN TELGRAFI

General Kenan Evren
Milli güvenlik Konseyi
ANKARA

DSF 260 milyon üyesi adına İstanbul Barosu Başkanı ve insan hakları anlaşmalarına aykırı olarak yargılanan DİSK yöneticilerinin savunma avukatı ile 43 diğer Türkiye Barış Komitesi yöneticilerinin tutuklanması karşısında duyduğu derin endişeyi belirtir, tüm politik tutukluların ve sendikacıların derhal serbest bırakılmasını talep eder.

- DSF'nin haftalık yayın organı FLAŞ özel bir sayısını Türkiye ve DİSK davasına ayırdı. Bu özel sayı aynı zamanda türkçe olarak ta yayınlandı.

uluslararası dayanışma

- Uluslararası Tekstil Deri İşçileri Sendikaları Birliği Sekreteri Antoine Herrero, DSF ve UIS adına 26 Ocak-5 Şubat arası Türkiye'de incelemelerde bulundu. Başürk'le görüşmesine izin verilmeyen Herrero, Takkeci ile görüşerek davayı protesto etti. Tutuklu aileleriyle de görüşen Herrero, Ankara'da CHP'li ve KÖY-KOOP yöneticilerinin davasına katıldı.
 - Uluslararası Demokratik Hukukçular Derneği, 26 Şubat'ta yayınladığı bildiride, İstanbul Barosu Başkanı Apaydın'ın ve diğer birçok avukatın tutuklanmasını protesto ederek, tutuklanan diğer Barış Komitesi Yöneticileriyle beraber hepsinin serbest bırakılmasını istedi. UDHD aynı zamanda Birleşmiş Milletler ve Avrupa kuruluşlarına başvurarak Türkiye'ye karşı ceza önlemleri alınmasını istedi.
 - Dünya Barış Konseyi, 26-28 Şubat'ta Atina'da toplanan konferansta Türkiye Barış Komitesi Başkanı ve üyelerinin tutuklanmalarına karşı derin tepkisini belirterek derhal serbest bırakılmalarını istedi. DBK Başkanı Romes Sandra'nın imzaladığı bildiri de, dünyanın her tarafında barışın kardeşleri Türkiye'de özgürlük ve barışa karşı girişilen saldırıların sonbulmasını istiyor dedi.
 - Dünya Demokratik Gençlik Federasyonu Bürosunun 8 Şubat'ta yaptığı toplantıda Türkiye ile ilgili bir bildiri yayınlandı. Bildiride askersel yönetimin Türkiye'deki ekonomik ve toplumsal kargaşalığın sorumluluğunu işçi sınıfı ve onun ileri sendikal örgütü DİSK'e yükleme amacıyla olduğu belirtilerek tüm özgürlüklerin yokedildiği anlatılıyor. DDGF Bürosu DİSK davasının uluslararası boyutlarının öneminin altını çizerek, gericiğin ve emperyalizmin Türkiye üzerindeki emellerinin bir sonucu olduğu saptamasını yapıyor.
- AVUSTRALYA - Avustralya Sendikaları Konseyi ve Avustralya Endüstriyel Yapı işçileri Sendikası, DİSK yöneticilerinin idamla yargılanmalarını protesto amacıyla dayanışma eylemleri için karar aldı.

uluslararası dayanışma

PORTEKİZ

- Portekiz Genel İşçi Sendikaları Konfederasyonu, Ulusal İntersendikal Bürosu 3 Mart 1982 gün Türkiye'deki duruma ilişkin geniş bir basın açıklaması yayınladı.

Açıklamanın birinci bölümünde Türkiye'ye giden Doktor J. B. Moura'nın raporundan bahsediliyor. İkinci bölümde, DİSK davası Portekiz'deki Faşist rejim mahkemelelerine benzetilerek Türkiye'de insan hakları beyanname-sine uygun davranılmasının sağlanması için baskı oluşturma çağrısı yapılıyor. Üçüncü olarak Barış Konseyine yönelik tutuklamalar protesto edilerek dayanışma belirtiliyor.

YUNANİSTAN

- Yunanistan Barış Komitesi bir duyuru yayınlayarak, Türkiye Atina Büyükelçiliğine bir protesto telgrafı çekti. Duyuru ve telgrafta tutuklamalar kınanarak, tüm barıştan yana örgüt ve kişilerin dayanışmalarını daha da yükseltecekleri belirtiliyor.

İSVEÇ

- 14 Mart günü İsveç Sosyal Demokrat İşçi Partisi ve İsveç Sendikalar Konfederasyonu'nun girişimiyle Stokholmda "Türkiye'deki Demokrasi Güçleriyle ve Disk yöneticileriyle dayanışma" toplantısı yapıldı. Toplantıda Sosyal Demokrat Parti Başkanı Olef Palme, Türkiye'ye ziyaret yapan avukat Tomhas Rothpeffer ve DİSK avukatlarından Yücel Top sözaldılar. Konuşmacılar Türkiye'deki Sendikal hakların kısıtlanmasını, insan haklarının çiğnenmesini kınayarak toplantı sonunda Evren'e bir protesto mektubu gönderdiler.

- İsveç Barış Komitesi Yürütme Kurulu üyesi John Takman Evren'e bir telgraf göndererek, Barış Komitesi yöneticilerinin tutuklanmasını protesto etti.

F.ALMANYA

- Alman Sosyalist İşçi Gençliği'nin 6-8 Mart tarihleri arasında Düsseldorf'ta yapılan 7. kongresi, Türkiye üzerine bir dayanışma kararı alarak, DİSK ve Barış Komitesi yöneticilerine, ilerici gençliğe yönelik saldırıları kınadı.

- Kongrede bir konuşma yapan İGD Genel Başkanı A. Muhtar Sökücü " Türkiye'deki demokratik güçler üzerindeki baskıları anlatarak, SDAJ'ın gösterdiği dayanışmaya büyük değer verdiklerini " söyledi.

uluslararası dayanışma

FRANKURT (M) Bilim Emekçileri Sendikası, 19 Mart tarihinde DGB salonunda, Türkiye Demokrasi Güçleriyle dayanışma için bir toplantı düzenledi. Toplantıda sendikanın Frankurt şube Başkanı HOYSER bir konuşma yaptı. Ayrıca toplantıya, DİSK Genel Yönetim Kurulu üyesi Murat Tokmak, TÖB-DEĞENEL Başkanı Gültekin Gazioğlu ve T. Barış Komitesi yöneticisi yazar Oya Baydar katıldılar.

- F. Almanya antifaşistler derneği, yayınladığı bir bildiriyle TBK yöneticilerinin tutuklanmasını kınadı.
- Opel Fabrikasında Yapılan Türkiye ile dayanışma toplantısına çok sayıda türk, kürt, alman ve yunan işçi katıldı. Toplantıda DİSK Genel Yönetim Kurulu üyesi Yasar Arıkan bir konuşma yaptı.
- FİDEF, Nazım Hikmet'in 80. doğum yıldönümü nedeniyle Köln'de bir gece düzenledi. Ayrıca Nazım Hikmet'in 80. doğum yıldönümü F. Almanya'nın birçok kentinde kutlanacak.

BELÇİKA

- 13 Şubat'ta Belçika'daki Türkiyeli örgütlerin ortak girişimiyle, DİSK'in 15. yıldönümünü kutlamak ve 52 DİSK yöneticisinin idamla yargılanmasını protesto etmek amacıyla Brüksel'de Türkiye Büyükelçiliği önünde bir gösteri düzenledi. Elçiliğin önünde yapılan mitinge çok sayıda işçinin yanı sıra belçikalılar da katıldı.
- Uluslararası Hukukçular Birliği Belçika Şubesi, 27 Mart'ta Brüksel'de "Türkiye'de insan hakları ve savunma hakkının durumu" konulu bir toplantı düzenledi. Ayrıca, Wallonie bölgesinde 28 Mart-10 Nisan tarihleri arasında Türkiye'yle ilgili bir dizi konferans düzenleniyor.

FRANSA

- CGT Val D'oise bölge birliği adına Genel Sekreter X. Bordet Bastürk'e bir dayanışma telgrafı çekti. Telgrafta "52 DİSK yöneticisinin kurtarılması için dayanışmayı daha da yükselteceğiz" deniliyor.
- FTÖB Lyon Şubesinin girişimi sonucu Lyon'daki çeşitli öğretmen, işçi ve öğrenci sendikalarının katılımıyla "Türkiye halkı ve DİSK'le dayanışma haftası" gerçekleştirildi. Hafta boyunca bildiriler dağıtılarak imza kampanyası açıldı. Toplanan imzalar Türkiye Lyon Konsolosluğuna iletildi.

uluslararası dayanışma

- Fransız Komünist Gençliği, Türkiye Gençliği ve demokratik güçleriyle dayanışma için Bobigny'de bir toplantı düzenledi. Toplantıda JC yöneticileri ve İGD Genel Başkanı A. Muhtar Sökücü birer konuşma yaptılar.
- FKP Saint Denis Federasyonuna bağlı Creno Noclin hücresi Türkiye ile ilgili bir bildiriği yaygın biçimde dağıtarak, Evren'e bir protesto telgrafı çekti.
- CGT Paris Bölgesi DİSK sorgulamalarının başlayacağı 14 Nisan'ı protesto günü ilan etti. Bu protesto gününde çeşitli biçimlerde yaygın eylemler koyma kararı alındı.
- CGT Bouches du Rhone bölgesi birliği 4 Mart'ta yaptığı basın açıklamasında Türkiye'deki askersel diktatörlüğün, işçi sınıfına ve emekçi halka karşı baskıları CGT'nin protesto ettiği ve dayanışmasının daha da yükseltileceği belirtiliyor. Bu açıklama üzerine Birlik üyesi işçiler çok sayıda protesto mektubunu Marsilya Türkiye Konsoloslukuna gönderdiler.
- Paris banliyösü Boulogne Billancourt'ta 24000 işçinin çalıştığı ve diğer yandan Le Havre bölgesinde 10000 işçili Sandovil Renault Fabrikalarında Türkiye ile dayanışma mitingleri yapıldı. Bu mitinglerde, MADEN-İŞ Genel Başkanı Mehmet Karaca ile Ege Temsilcisi Cemal Kırıl katıldılar.

İNGİLTERE

- 3 Mart 1982 günü Londra'ya gelen DİSK Genel Yönetim Kurulu Üyesi ve MADEN-İŞ Genel Başkanı Mehmet Karaca ile TEKSTİL Sendikası Genel Başkan Vekili ve DİSK Genel Yönetim Kurulu yedek üyesi Selahattin Uyar İngiliz İşçi partisi milletvekilleriyle bir görüşme yaptılar. Görüşmede DİSK yöneticileri Türkiye'deki askersel yönetimin son uygulamalarını ayrıntılı olarak anlattılar.

21 İngiliz İşçi Parti'li parlamenter Türkiye'deki tutuklamalara ilişkin olarak parlamentoya aşağıdaki önergeyi verdiler:

"Bu parlamento Türkiye Barış Komitesinin 42 yöneticisinin... tutuklanmasını kınar ve türk yetkililerinin tutuklananları serbest bırakmasını ve adigeçen ülkede sendikal ve demokratik hakların onarılması için çağrıda bulunur. " deniliyor.

DİSK yöneticileri 4 Mart günü Uluslararası Af Örgütürün

uluslararası dayanışma

genel merkezini ziyaret ettiler.

DİSK yöneticileri Avrupa Konseyi üyesi ve Türkiye'ye giden komisyonun başkanı Tom Urwin ve İngiliz İşçi Partisi Uluslararası Bölüm Sorumlularıyla da görüş-
tüler.

Biğer yandan DİSK yöneticileri İngiliz İşçi Sendi-
kaları Konfederasyonu TUC'un genel merkezinde, TUC
Genel Başkanı Alan Sapper, Genel Sekreter yardımcısı
Norman Willis ve Uluslararası Bölüm Sorumlularıyla
görüş-
tüler. Görüşmelerden sonra ortak bir deklaras-
yon yayınlandı.

Deklarasyonda özetle şöyle deniliyor:

"... TUC temsilçileri temel sendikal hakların ve
diğer demokratik özgürlüklerin yeniden sağlanması i-
çin çalışma kararlılığında olan DİSK'e desteklerini
ifade ettiler... Temsilciler bütün yargılanan ve
gözaltına alınan sendikacılar serbest bırakılincaya
kadar Türkiye'nin yalıtılması ve ona hertürlü yar-
dımın kesilmesi için demokratik hükümetler üzerinde
uluslararası sendikal hareketin baskı yapmasını des-
teklediklerini ifade ettiler. "

FLİLİSTİN, NAMİBYA ve GÜNEY AFRIKA HALKLARIYLA DAYANIŞMA İÇİN ULUSLARARASI SENDİKAL KONFERANS TRİPOLİ'DE YAPILDI (24-27 Mart)

Konferansa 100'ü aşkın ülkeden 255 delege katıldı. Ayrıca Dünya
Sendikalar Federasyonu ve Dünya İş Konfederasyonu başta olmak üzere
birçok uluslararası sendikal örgüt te hazır bulundu.

Konferans, İsrail siyonizmiyle, Güney Afrika ırkçılığının aynı ide-
olojik köklerden kaynaklandığını ve her iki baskıcı rejimin de
arkasında ABD emperyalizminin bulunduğunu net bir şekilde ortaya
koydu. Konferans ayrıca aldığı bir kararla ABD emperyalizminin Lib-
ya Arap Sosyalist Cemahiriyesine karşı girdiği provokasyonları
siddetle protesto etti.

Konferansa Katılan DİSK Yürütme Kurulu üyesi Kemal Daysal konuşma-
sında, "Konferansın Libya halkıyla başlıbaşına bir dayanışma eylemi
olduğunu" belirterek özetle şöyle dedi: "Reagen yönetimi yakındağuda
yeni bir stratejik uzlaşma yaratma çabasındadır. Bu, bölge halklarına
karşı ana tehdidin, saldırgan ve işgalci politikasıyla siyonist isra-
il rejiminden değil, Sovyetler Birliğinden geldiği yalanını dayat-
mak amacına yöneliktir. "

TURKEY

INFORMATION BULLETIN

Turkey Solidarity Campaign 12 Autumn 1983

30p



FATSA:

A TOWN ON TRIAL

CONTENTS

Editorial: Election farce	page 2
Turkey poised for Gulf war role	3
The junta's show trials	5
Politics without politicians	6
<i>Special Report — Fatsa</i>	
Defendants silent strike	7
Fatsa: self-government on trial	8/9
Solidarity takes off	10
Ismail Besikci, champion of Kurdish rights	11
Turkey News Review	12
News from the TSC	14
We remember Nazim Hikmet 1902-1963	16

Turkey Information Bulletin is the publication of the Turkey Solidarity Campaign. Correspondence should be sent to BM Box 5965, London WC1N 3XX.

Subscription rates for the bulletin:
 Individuals in Britain £2
 Individuals in Europe 2.50 (11 DM)
 US and elsewhere £3.50 (8 dollars)
 Institutions double the above.

Bulk subscription rates:
 5 per issue £7.50 pa
 10 per issue £15.00

STOP PRESS

Turkey to get British nuclear reactor!

Britain's National Nuclear Corporation (NNC) is set to supply Turkey with its first nuclear reactor, to a design superseded in Britain in the mid-1960s. Both the Department of Trade and the NNC have confirmed that the deal is on provided the financing of the project can be finalised. It would bring the first sale abroad of a major British designed reactor since the early 1960s.

According to NNC spokesman, Richard Marshall, "The Turkish authorities have indicated that they definitely want a 350 megawatt (MW) magnox type gas cooled reactor. If the financing is sorted out we can start building a nuclear power station as soon as possible."

NNC is also seeking international loans on behalf of the Turks to the tune of "several hundred million pounds." The Turkish Electricity Authority (TEK) is putting up the rest of the estimated cost of £500 million (at current prices) for the nuclear station alone.

Part of the deal includes a guaranteed five year renewable export contract with NNC and British Nuclear Fuels Ltd to supply most of the natural uranium needed to fuel the reactor.

(from *Guardian* 11/6/83)

Elections without politicians

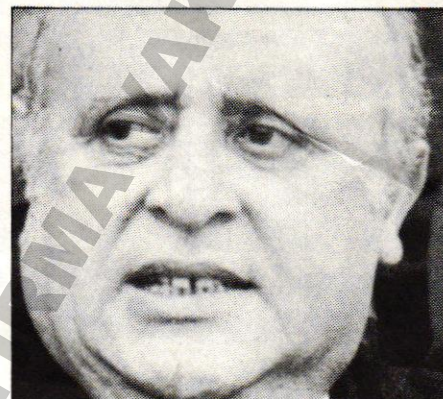
Editorial

The Turkish junta's 'democracy offensive' has run into trouble. General Evren, junta head, has threatened that elections promised for November 6th this year will be postponed. Just days after the announcement of the formation of political parties to contest the elections, the dictatorship banned the Great Turkey Party (GTP). The party had already emerged as having a potentially large support in any forthcoming election and enjoyed the active backing of former four-times Prime Minister, Suleyman Demirel and his colleagues. Together with the banning of the GTP 16 well known political personalities including Demirel have been arrested and imprisoned at Cannakkale, near the Dardanelles. The houses in which they are being kept have been rented on two year contracts.

The junta's 'democracy offensive' started last year with a plebiscite on the Constitution. It was aimed at those of Turkey's Western Allies who balked at the dictatorship in NATO's ranks. The election was the second, crucial stage in the offensive. The rigid restrictions governing the parties permitted to participate in this election are explained in detail on page 6. Briefly, any power invested in this legislature would be conditional on the approval of General Evren, already elected President for seven years in the constitutional plebiscite with enormous powers. Further, political parties would need 10% of the vote to gain representation and the military has the power to veto candidates. The intention was to create some kind of two party regime where one party, the property of the military, had a permanent majority while the other, also the property of the military, remained in opposition. Thus both the continuation of military rule and the shameless approval of Western governments would be secured. Yet even the tiny space opened to civil politics by this plan was enough to generate intolerable contradictions for the junta.

The General's favoured proxy, the National Democracy Party, led by a retired General, Orhan Sunalp, could not satisfy the aspirations of thousands of civilian politicians loyal to their traditional leaders.

The GTP was founded with its name a slogan of Demirel's old Justice Party and its symbol, a hand. This was too provocative for the junta. 'We know where that party (the GTP) obtained its emblem,' said Evren, 'Their first choice was a bee. A bee is the emblem of the school from which that ex-Party leader graduated. Then they changed their emblem to a hand. Where a citizen will go to vote, and



Suleiman Demirel

take the stamp to mark his choice, well you know the stamp is made of iron. Press the iron on the hand emblem and you get an iron-hand (*Demir-el in Turkish*). That is why they chose that sign. What do they think we are? Idiots?'

The GTP's rapid support from former Justice Party politicians was clear warning to the junta that it was not their tame animal. After two weeks of existence the GTP was banned, charged with 'dividing the military' (its head was also a retired general, General Essener) and being a continuation of a previous party. We should be under no illusions about the GTP. It was a party of the extreme right, including prominent denizens of the neo-fascist National Action Party. Its demise, however, is part of the dilemma of the junta's 'democracy offensive'. There can be no politics without politicians nor politicians without politics. The junta have spelt out the resolution to this dilemma: the continuation of military repression in perpetuity.

For those pundits who chose to accept the junta's version of events (and whitewash the brutality of the regime) the abolition of the GTP is almost a second military coup. For those following the facts and analysis of previous issues of the Turkey Information Bulletin it accords entirely with our view: the 'return to democracy' is a lie! It is time to renew our intransigent opposition to the dictatorship. In this country there are things we can do: refugees from Turkey should be granted immediate political asylum, the peace movement should be alerted to Turkey's bristling armoury of NATO weapons and its proven willingness to go to war. For those in Turkey we must continue to fight for the release of all political prisoners, an end to torture and hangings, and for a return to a society where human and democratic rights are respected. The Turkish and Kurdish people deserve nothing less.

Turkey poised for Gulf war role

AS THE Turkish Army proceeds with its campaign to remove the last traces of Kurdish nationalist dissent in the eastern part of the country, it has been disclosed in Ankara that Turkish military units have crossed the border into neighbouring Iraq to carry out operations against Kurdish fighters in the mountain heartland of the Kurdish resistance. In a statement confirming the raid, the Turkish Foreign Ministry said on 27th May that the objective for the mission was the pacification of an area 'which had become one with no peace and security where armed bandits were roaming'.

In the official jargon of the military Junta in Turkey 'armed bandits' is a clear reference to the Kurdish resistance, which has consistently been a prime target of the Generals' military crackdown since they took over in September 1980. The Kurdish resistance, in comparison with the Turkish Left and labour movement based in the industrial cities, has posed a more intractable focus of opposition to military rule in Turkey, and the Generals fear that unless it is thoroughly crushed and suppressed it will re-emerge after the elections, providing impetus to other opposition forces. At the time of the referendum campaign for the new constitution, Kurdistan was put under heavy military occupation, and there were repeated missions against pockets of resistance.

The Generals claimed the latest operation against the Kurdish resistance, the biggest and most spectacular to date, was ordered in retaliation for an ambush on a Turkish army patrol in the east of the country two weeks before in which two Turkish soldiers were killed and three wounded. However, a number of factors point to an attempt by the Junta to preempt a future armed uprising in the area, by intercepting Iranian Kurds in transit through Turkey to fight against Iraq. According to the *Guardian* on 28th June, unofficial sources in Ankara had revealed that the fighting occurred when 7,000 Kurds crossed into Turkey from Iran on their way to engage the forces of the war-torn Ba'athist regime in Baghdad.

Whatever the specific pretext for the operation, the very fact that Turkish troops, including elite commando and airborne brigades, struck into Iraqi territory against Kurds fighting the Iraqi regime, indicates the enlarged military role the Turkish Junta has arrogated for itself in the Gulf region. As signaled by the stony silence about the mission on Baghdad radio and television, the Turks must have acted with the tacit, but more probably, full consent of the Saddam Hussein dictatorship. The raid was doubtless intended to relieve the hardpressed Iraqi army from the

onerous task of policing its northern border, allowing the Baghdad regime, which has close links with Ankara, to divert urgently needed troops to the Iranian front.

The Turks appear to have acted with the unconstrained blessing of NATO and the United States. Anxious to prevent an Iranian victory in the Gulf war, the Western powers have for months been pressing the Generals into closer military collaboration with Iraq. In public the Junta have been keen to deny and disclaim co-operation with the Iraqi regime, stressing neutrality in the Gulf conflict, but in private they have been constantly yielding ground to the powerful Western and Arab lobby — a fact embarrassingly revealed when an Iraqi military helicopter crashed at Ankara's Esenboga airport on 8th April with Iraqi military officials on board. With the raid into Iraqi Kurdistan it now seems that Turkey has become the guarantor of Iraq's northern frontier area.

In Washington, Pentagon planners are convinced that an expanded Turkish military role is vital to the preservation of United States power and influence in the Near East. Both as a frontline with the Soviet Union and as a bridgehead to the Gulf it is an indispensable and strategically convenient forward base and arsenal for a potential American military intervention in the Gulf region, should a serious challenge to Western interests ever emerge. As one congressional assistant summarized the situation in the *Washington Post* on 7th November 1982: 'You can't pick a better place than Turkey for defending the Persian Gulf.'

From the standpoint of the Pentagon you could not find a more suitably located springboard for military operations against Iran, were the imperilled regime of Sad-

dam Hussein to suffer a punishing defeat in the Gulf war or inwardly collapse from the pressures exerted on a besieged society. The eastern border of Turkey is within 500 miles of the Iranian capital of Teheran and, more importantly, about 500 miles from Iran's largest oil refinery at Abadan. Indeed, with today's advanced technology, bases in eastern Turkey bring American bombers within a few hours flying time of every Iranian city.

As no Gulf state, including Oman, will tolerate a high profiled and permanent American military presence for fear of generating internal unrest, the US Defence Department has come to depend on the loyalty and assistance of the Turkish military for strategic positioning and the logistical back-up for taking over the Gulf's oilfields and holding them in an emergency. In fact, Turkey may already have been the secret launchpad for a raid against Iran. The Iranian regime has persistently claimed that the mission to release the Teheran Embassy hostages, which ended in a desert fiasco, was mounted from Incirlek airbase near Adana. Egypt, the only other contender, has neither the proximity to the theatre of conflict nor the required military facilities with which NATO has generously endowed Turkey.

The Junta, as expected, remains naturally chary and apprehensive about the United States using their territory for intervening in the Gulf conflict. The country is currently gaining enormous advantages from the sidelines. Since the outbreak of the Gulf war in 1980 Turkish trucks and roads have played an increasing role in supplying the two belligerents with critical imports made inaccessible through their own war-damaged ports. The commercial activity provided by the



F15 jet fighter, part of NATO's arsenal

war has benefitted the Junta with windfall profits and valuable hard currency to offset debts. It is an advantage the country rulers do not intend to gratuitously throw away without adequate compensation.

The Reagan Administration has been reluctantly obliged, against its better instincts, to bribe the Junta away from their perch of neutrality with the prospect of massive increases in military and economic aid. As the American columnist Jack Anderson shrewdly observed in the *Washington Post* on October 24th 1982: 'The Turks, of course, are not unaware of their strategic importance to US policy in Europe and the Middle East. They have demanded a price for their co-operation — increased military aid.' The Administration duly delivered on 4th February when a budget was put before Congress for approval doubling military aid to Turkey from \$402.7 to \$759, well above increases planned for other countries.

The extra money is earmarked for a major modernisation programme for the Turkish armed forces supervised by the United States. The programme will include the replacement of old and obsolete equipment with brand new weaponry. Particular emphasis is being placed on the purchase of new warplanes for the Turkish forces, notably US Airforce F-16 fighters and US Navy F-18 fighter-bombers. In return the United States has received permission from the Junta to upgrade or build three bases in the east of the country near the border with Iran — Mus, Bateman and Erzurum — and right to seven other bases in the country.

The agreement detailed in an October 1982 Memorandum of Understanding between Turkey and the United States, made no specific reference to overtly American use of the bases for the deployment of American forces in the Gulf area. According to the terms of the accord, NATO will hold and operate the airfields for NATO forces. In the *International Herald Tribune* on 5th November, US Ambassador to Ankara, Robert Strausz-Hupe, stressed that the bases would 'fall within entirely the NATO framework and are intended to facilitate the implementation of NATO plans for the event of an armed attack on our Turkish ally'.

His remarks were echoed by Turkey's Defence Minister Haluk Bayulken. Keen to deflect suspicions that the bases will be used for the United States in the event of a conflict with Iran, he told an interviewer on 4th November that the agreement on the airbases was linked to NATO's Quick Reaction Force, a poor imitation of the United States Rapid Deployment Force (now renamed the United Central Command). He even pointed out that the \$18 million funding for the retention of the bases came from NATO's Asia Fund. Yet there remains not the slightest doubt, beyond the duplicity, that the US will station substantial military forces at these

bases geared precisely to an intervention in the Gulf area. As the *Economist* observed in a commentary on 11th December 1982: 'the Americans are clearly counting on the Turk's support in any crisis'.

The Rapid Deployment Force, which was initiated by former President Carter to undertake American intervention in the region, is widely expected to become the main beneficiary of the agreement. Since it was first formed as an elite task force in 1979, following the disaster of the hostage mission in Iran, the Force's size and responsibilities in American strategy have expanded dramatically, outstripping the capacity of the main headquarters base on the tiny Indian Ocean atoll of Diego Garcia. To cope with its increased role, the Force's commander, General Robert Kingston, and his supporters in Washington are pressing for forward bases in Turkey.

If the RDF does ever come to Turkey, and the preparations are currently underway, the military build-up could indeed be



Kurdish freedom fighters in Iraq

staggering. The Force has at its disposal 200,000 highly trained troops and a formidable and sophisticated array of weaponry, including three aircraft battle carriers (note that Golcuk and Izmir naval bases have undergone modernisation), B-52 bombers and the three crack divisions — the 82nd Airborne division, the 101st Airborne Division (Air assault), the 24th Infantry Division (mechanised) and the 6th Combat Brigade (Air Cavalry). Most military analysts believe the Force will begin to deploy in Turkey within the next few years. Commented Mehmet Ali Birand, chief diplomatic correspondent of *Milliyet* 'We all know very well, whether Turkey acquiesces or not, that the Rapid Deployment Force will come'.



'Apache' Attack helicopter

The impending move of the Rapid Deployment Force to Turkey has gone together with a shift in strategy toward close military co-operation with the forces of allied states in the region. To quote the highly classified Defence Budget 1984-88 Fiscal Guidance, revealed by the *Chicago Tribune* on 18th January 1983: 'US conventional forces, in conjunction with those of our allies, should be capable of putting at risk Soviet interests, including the Soviet homeland'. The report added: 'To achieve these goals we must allocate a disproportionately larger investment to this region, and we must upgrade our capabilities to project forces to, and operate them in, the region. We should also urgently increase and improve the capabilities of friendly indigenous forces.' It stressed the importance of a 'close strategic connection' between NATO forces in Greece and Turkey with the Persian Gulf by providing forces that can be used'.

Seen in the context of a confrontation between the RDF and Iran, or more implausibly the Soviet Union, the consequences of the switch in strategy could be enormous. An American intervention from eastern Turkey could have grave implications. Given the scale of the RDF's task Turkish forces would inexorably be drawn into the vortex. An even worse scenario is that, if Turkey does become embroiled in a military conflict in the Middle East, other NATO members are obliged to aid and assist. The raid into Iraq against Kurdish insurgents sets a dangerous precedent and indicates that the ominous and dangerous process has already begun, but the real question is where the new military role will end.



Badges with the above design are available from TSC. One for 20p & sae, or 6 for £1.

Show trials continue

30,054 convicted for 'political crimes' with sentences ranging from 5 years imprisonment to capital punishment, since the imposition of military rule. 14,180 presently standing trial on similar counts. These are the official figures of the military junta. Huge as they are they still do not show the full extent of the number of people being handled by military justice. Since the coup 170,958 people have been interned for periods between 45 and 90 days. A yet unknown quantity have been imprisoned for periods of under 3 years to which there exists no right of appeal. There are also those whose trial has not started yet. And even when people do get released at the beginning or end of the trial they still may have spent up to 3 years or more in military jails.

It is, however the mass trials that are of most concern to the regime. It is mainly through these trials that tortures inflicted on the prisoners, the methods used in obtaining depositions, the arbitrary basis on which people are brought to trial and the restrictions placed on the right of defence — all of which add to a complete miscarriage of the due procedures of justice — become known to the outside world. Trials such as that of Fatsa in which the socialist mayor and a sizable proportion of the town's population stand accused of overthrowing the state, the trials of trade unionists and most notably the leaders of DISK (The Revolutionary Trade Union Confederation), the underground miners trial, that of the Peace Association have brought to the attention of world public opinion the terrible situation of political prisoners in Turkey. Not all trials receive the same attention. Small trials especially of left-wing organisations go unnoticed by the European press and yet most of the executions that have already been carried were the result of such trials. Presently mass trials of such organisations are either reaching their final stages or have recently been concluded. The Diyarbakir trial of 562 alleged members of the Kurdish Workers Party (PKK) for instance ended with 35 death sentences and 340 sentences of imprisonment for between 5 to 36 years. 178 people were released in that trial including 3 MP's, having been found not guilty, of course only after having endured 3 years of imprisonment in the military prison and torture. It should also be remembered that leading members of PKK were murdered during their internment. Similarly other mass trials of the Turkish and Kurdish revolutionary organisations are being hastened through by the military regime. Clearly the military would prefer to enter the next phase of political developments in Turkey having resolved most of these trials and with its most vocal opponents sentenced to long stretches of imprisonment.

We show in the tables some of the ongoing mass trials and those that have already been concluded. Of course it should be clear to the reader that these only represent the tip of the iceberg. Given that the total number of cases being seen by the military courts is 41,107 it will be a long time before the full scale of the human suffering caused by the dictatorship becomes known.

A Report on the Political Trials

A West German commission of jurists visited Turkey during March 27 and 5 April of this year with the aim to investigate on the spot the political trials. The commission was led by Dr.

Helmut Kramer (a High Court Judge) and attended the trial of Dev Yol in Ankara on March 23, 1983 and April 4, 83; the Kurdish trials in Diyarbakir on March 30 and 31; the underground miners trial in Yenicelek on April 1 and the trial of the Turkish Workers and Peasants Party (TIKP) on the 4th of March. In their recently published report they explain that they completed their investigations under very difficult conditions and reached their conclusions only after having discussed the issues with numerous lawyers and judges in Turkey. Their finding are as follows:

1. *Depositions are taken under torture.* Nearly all those standing trial stated that they had been tortured. It was also possible to note this from their appearances. Depositions extracted under torture are used in the indictments. As long as those standing trial are unable to prove that they have been tortured their depositions given to the police are accepted to be true. On the other hand a medical report to the fact that they have undergone torture can only be given by the prison medical officer.

difficult for defendants to know about the questioning of other defendants and generally about the state of the trial.

5. *The principle of an independent judiciary is not being maintained.* The presiding judge in a trial can be withdrawn at any stage of the trial. In these cases all previous parts of the trial have to be gone over again. It is also not possible for the defendants to ask for the Judge to be withdrawn due to his suspected bias in a case.

6. *During their custody defendants are continually mistreated.* All the defendants are held in custody under the status of private soldiers. In the mornings they undergo military training. They are forced to learn by heart the speeches of Atatürk. No one has full knowledge about the conditions within the prisons. Our request to visit a prison was categorically refused.

7. *The Courts in Diyarbakir are even harsher.* In courts where the Kurds are standing trial the intimidation and pressure on the defendants is more acute. And their right of defence is further curtailed through various means. For instance due to the rule that defendants are not allowed

Continuing Large Trials

Trial name	Number standing Trial	Death Penalty Requested	Place
DISK	2000	63	Istanbul
Miners (Yeni Celtek)	1000	90	Yeni Celtek
Fatsa	770	268	Amasya
Dev-Yol	611	188	Ankara
PKK	620	-	Gaziantep
PKK	378	21	Mardin
Dev-Sol	392	114	Istanbul
MLSPB	177	4	Istanbul
Dev-Yol	870	-	Artvin
Dev-Yol	180	16	Kars

The recently concluded trial of the PKK (Kurdish Workers Party) in Diyarbakir resulted in 35 death sentences, 359 imprisonments and 179 defendants were released.

2. *The defendants means to consult with their lawyers are extremely restricted.* During the 45 days of internment the defendants do not have the right to consult their lawyers. Following this period meetings with lawyers are limited to between 3 and 10 minutes. These consultations are witnessed by a soldier empowered to bring it to an end when he sees fit to do so. Under these conditions it is impossible for a lawyer to find out about prison conditions. And during trials it is strictly prevented for the defendants to talk to their lawyers.

3. *The possibility for the defendants to study the trial documents is very restricted.* The general practice on this issue especially in trials with a large number of defendants is for the court to select the material to be given to the accused. Apart from this it is made quite difficult through various ways for the defendant to see the indictment for which they stand trial.

4. *The right to be present in one's own trial is not observed.* In large trials defendants are brought to trial in small groups. This makes it

to move their hands during the hearing it is not possible for them to take any notes on the proceedings.

8. *Lawyers are kept under pressure and the right to defend restricted.* Lawyers are permanently under the threat of being removed from the hearing, arrested, and tortured. A lawyer sent off from two hearings is not allowed to attend the case further. They are liable to stand trial themselves for what they say in the court room. It is estimated that there are approximately 50 lawyers standing trial as a result of their defence in courts. A lawyer from Ankara was attacked by unknown persons last year and subsequently arrested and tortured for 30 days. He was asked to agree not to disclose that his defendant had undergone torture. Another lawyer was imprisoned for 30 days for having given an interview to a foreign journalist. As a result of this policy of intimidation it is said that there remains only about 150 lawyers left in Turkey who are willing to accept the defence of political cases.

A clumsy caricature of democracy

Since the military coup in September 1980, the Turkish authorities have argued that they are engaged in a process of 'transition to democracy'. The military regime would serve this purpose and the generals would be the guardians of this transition.

When one considers the scale of the violation of human rights in Turkey: the persecution of tens of thousands of people for their beliefs, the widespread torture during interrogation, the execution of political prisoners, one cannot help but express wonder at this charade of a 'process of restoration of democracy'. Nevertheless, in the West, the junta's propaganda has found a certain sympathy and it is our duty to analyse this process in detail. During the last few months, new legislation on political parties, trade unions and elections have confirmed the old adage: "the past reflects the present as well as the future!"

Leaving the discussion on the law on trade unions to another article, we shall attempt to highlight some characteristics of the law on political parties.

It is clear from the first glance that the legislation was prepared with two aims in mind. First, to prevent the establishment of any party which might be even in slight contradiction with the official ideology. Second, to force the political parties permitted to exist to be highly elitist, anti-democratic and isolated from their electoral base. Further, the legislation has made the leaders of all parties extremely vulnerable to the authority of the executive and juridical bodies of the state.

Let us see how these intentions have been expressed in juridical language: No party is allowed to be built on a class basis (Articles 5 & 78), or have any attitude critical towards the principles of Kemalism or of Mustafa Kemal himself (Art. 84 & 85). Any criticism directed at the period prior to or after September 12th 1980 or at the activities of the National Security Council itself (the junta) is considered to be a political crime punishable by the

closure of the party (Art. 97). Any reference to the issue of minorities living in Turkey or even to mention that there are minorities living in Turkey likewise (Art. 81).



Former social democrat PM, Bulent Ecevit

Further restrictions have been included to eliminate parties other than officially accepted ones. First, it is compulsory to organise in at least 34 of the cities of Turkey (ie half) in order to participate in elections (Art. 36). If any party fails to participate in two consecutive elections it will be closed down. If the reader is beginning to wonder just how many times a party could be closed down, Article 95 answers the question. According to this article, once your party is closed down — whatever the reason might have been — so is your political career. Well, not quite, you can always enrol in one of the still legally existing parties! If you happen to have been a leader or a 'leading cadre' of the closed down party, you cannot establish a new party for ten years, nor can you take any leading position in another party.

Membership of any political party is proscribed. Judges, prosecutors,

members of the higher court, university teachers, civil servants and others employed in public enterprises (except workers), bank officers, full time officers of charity organisations, students, members of the armed forces, and all sorts of criminals cannot join a party (Art.11a,b). Besides, political parties are not permitted to have affiliated bodies devoted to the problems of youth or women as these activities are considered damaging to the unity of the nation.

Finally, according to the new legislation, parties cannot convene conferences of more than 800 delegates (Art.14) — thereby limiting the representation of party members at party conference. Even the above Articles are not considered secure enough for the time being and a series of provisional articles have been added. For instance, the National Security Council has given itself the right to veto any candidate in the election, and cancel his/her candidature at any time up to the announcement of the election results! Long lists have already been published in the official gazette of those not permitted to take part in political activity.

In light of the evidence, therefore we can conclude that the new regime being built under the new constitution and election laws will be no more than a clumsy caricature of democracy. In fact, considering the immense powers of the Head of State and various non-elected bodies it is a compliment to call the new Turkish state even a republic.

The attempt to create weak and easily controllable political parties in order to have a so-called 'stable' regime will inevitably have a boomerang effect. In fact the proliferation of political parties and the banning of one of them already is evidence of this (see p2). It can be safely argued that not only are the claims of the generals to be re-establishing democracy a charade, but also the new political system will prove to be far from the stable system that the generals are counting on.

Conditions in the prisons

A recent suicide of a prisoner at the Metris Prison near Istanbul highlights the conditions of the Turkish prisons today. Metris prison is renowned for its extremely harsh treatment of prisoners. It was the scene of major hunger strikes in the past year. These strikes were the only way through which the prisoners could raise their voice against daily beatings, torture and lack of proper food. It was only through a wide international campaign that at the end of their protest action conditions slightly ameliorated in the prison. Only for a short time did this situation last. And following the suicide of Hakkı Hocaoglu the situation in the prison has once again deteriorated badly. Hakkı Hocaoglu aged 21, was arrested on 14th March 1980 and taken to the police station and from there to Selimiye Prison. Subsequently he also

stayed in Salmalilar and Metris prisons. He killed himself in Metris using his trousers and shirt.

During his time in prison he received verbal threats from police officers and was also subjected to physical torture on many occasions. As a protest, he took part in two hunger strikes, one for fifteen and the other for twenty five days. As a result he developed strong pains in the eyes and the ears. The prison doctor was uninterested. He petitioned the authorities. He started going insane, and finally on 11th Nov 1982 he took his own life using his trousers and shirt.

Following his death the military governor of the prison has imposed extremely severe disciplinary practices on the prisoners. All outdoor breaks have been halted, windows of prison cells have been painted with black paint, all papers, and pens have been forcibly taken

away. Similarly all shaving implements have been collected. Recent visitors describe the conditions of the prisoners as being very poor. They have not been able to get hair cut or been able to shave for months and due to the total lack of sanitary facilities they appeared to their families to be in a most difficult position. None of them have fully recovered from the effects of their last hunger strikes, mainly due to total lack of medical care and nutritious food. Recently following a petition of the prisoners' families to the prison governor, the governor imposed a two week ban on visits, visits which are allowed normally only once a week and for 5 minutes.

While the generals pretend to be "returning to democracy" and attentions are diverted to this farcical process we must struggle so that the fate of tens of thousands of political prisoners is not forgotten.

Fatsa: a town on trial

This Special Report is about the successful campaign being waged in this country by the Turkey Solidarity Campaign in defence of the townspeople of Fatsa. So far that campaign has resulted in five local councils adopting the 759 Fatsa defendants as a gesture of solidarity. In the London Boroughs of Islington and Hackney, the Councils have done much more. They have determined to campaign on the issue of Fatsa in the local community and to send representatives on the international delegations being organised by CEDRI (see page 10) to observe the trial in progress. The Councils have jointly issued an appeal to their local citizens to sponsor a delegate asking for 800 people to come forward with £1. But you don't have to live in Hackney or Islington to support this appeal. Send all monies to Cllr. Pat Longman, Islington Town Hall, Upper Street, London N1. Cheques payable to 'Fatsa Fund'. Help us to save the lives of the people of Fatsa.

Defendants stay silent

This is a summary report by Dutch journalists who visited the trial of the Fatsa defendants on the first two days of the trial, January 12th and 13th this year. They were accompanied by the Dutch lawyer, Frits Koers and translator, Peter Hovingh. Since this time the trial has proceeded without the co-operation of the 759 defendants most of whom have refused to speak in their own defence in protest at their treatment and the denial of their rights of defence.

1 The Indictment in the Fatsa Trial

is about 600 pages. There is a long description of Mayor Fikri Sönmez and how he became elected. In the indictment there are 18 specific accusations against him. Some of them can be summarised as below:

- To form workers (peoples) committees,
- to employ revolutionaries in council work
- to allow the formation of revolutionary womens organisations in Fatsa
- to urge people, mainly small traders, shopkeepers ... to protest against governmental decisions in 1979.
- to allow the use of council vehicles by "activists"
- to allow revolutionary songs to be sung in his presence.
- to form people's courts
- to give ideological talks, seminars ... in village common rooms
- to permit the printing of revolutionary posters using the council's facilities
- to urge people to put up barricades

when the military operations started in July 1980.

In the indictment, there are 90 cases of killings, supposedly committed by the defendants. However the Mayor of Fatsa is not specifically accused of participating in any of them. The main accusation to be put against him is, 'to form a system based on the idea of "self-governing", consequently to destroy the constitutional Turkish state with the aim of forming a Marxist-Leninist state.' (Note that the latter accusation is very common in Turkish trials against left-wingers and according to Turkish laws, punishment is death sentence). The death sentence is being asked for for Fikri Sönmez alongside 268 defendants, out of a total of 759

2 Description of the trials

First Day (12 January 1983)

Court is established in a military area in Amasya. Roads leading to this place were under strict control by the military. Hundreds of people, relatives or defendants, were waiting behind the barbed wire to get inside.

Lawyers and journalists were the first to be allowed into the courtroom. We were thoroughly searched. Later on defendants handcuffed to each other and with shaved heads, were brought in. Female defendants occupied the first seats.

After a while only a certain number of relatives were allowed to get in. There were 760 defendants and 70 relatives. A soldier started to shout, explaining how they were to behave properly in the court room.

Defendants were calm. They did not show any signs of fear despite the harsh treatment by the soliders (the whole courtroom was full of soldiers).

Lawyers were more courageous. They stated to us that "their relations with their

defendants are very restricted. Defendants have no access to the files concerning them, and most of them still do not know what the accusations against them are. Furthermore, lawyers are allowed to see only certain pages of the files. A lawyer (an ex-social democrat MP) told us that the detainees were subjected to very bad treatment in prison.

Eventually, judges appeared in the courtroom. They were mainly military judges, with a few exceptions. The trial started with the inspection of presence or absence of defendants. Names were shouted and 760 defendants answered one by one "here".

After an interval, the trial started again. Judges were reading the names of defendants. Defendants were supposed to step up and answer questions such as "name ... address ... occupation ... age ...".

First name was Yusuf Atasoy. He started to complain about the bad treatment they were receiving ... heavy restrictions on relatives visiting the prison ... restricted relations with lawyer ... bad physical conditions in prison ...

The judge interrupted claiming that it was not the right time to complain. Atasoy did not give in and said "We have tried every possible way to make our complaints known. Nothing has changed so far ... Before the trial started, newspapers published heavy accusations and false stories against us ... this court is acting with prejudices ..." He refused to obey the court rules saying, "as long as you do not listen to our complaints, I will not answer your questions." The judge told him to leave the court. At that moment hundreds of defendants stood up and wanted to leave the court as a protest. Atasoy was grabbed by soldiers and dragged out of the court room. After a short argument, the majority of the defendants left the courts, handcuffed. Others who stayed repeated the same complaints and refused to follow the court rules. Only a limited number of defendants answered the questions. These were the ones who were not detained in prison and did therefore not have the complaints of the others. The majority (all residents of Fatsa, teachers, farmers, workers, shopkeepers ...) have already spent 2½ years in prison before the trial started.

Second Day

With the same procedures, the trial started its second day. However there was silence in the court unlike yesterday. We asked the military officers in the court why the defendants had ended their protest. The replies we received were mostly sarcastic. But one of them said: "Courts have the right to take lawful action against those who want to cause difficulties." We asked, "Did you give disciplinary punishment to Yusuf Atasoy?" "What do you mean? .. No, no! No oppression was used against them. Probably, they will never be put on trial again ... As you can see their main aim is to sabotage the trial. They have no real complaints ... Trials in Turkey and the judicial system in general is one of the most modern ones in the world."

Later on, in the court, Atasoy's lawyer told us that Yusuf Atasoy and his brother were subjected to torture. When we wanted to meet him to talk about it more, he refused to talk to us. He said it would be too dangerous for him and the defendants if he openly explain about tortures, etc... We were advised to get information from other sources, and organisations.

The military takes its revenge



FATSA, Turkey. A small town of 25,000 inhabitants on the Black sea coast. No different from thousands of other Anatolian towns. Except that since January 12th this year, 759 of its inhabitants have been on trial. They are charged with turning the municipal administration of Fatsa into a 'Commune'. The military prosecutors are asking for the death sentence for 261 of the defendants. It is the largest mass trial in Turkey's recent history.

It was in October 1979, in municipal elections, to general surprise and against the dominant bourgeois parties, that Fikri Sonmez, a tailor, was elected as mayor, with the sole support of organisations of the left such as Devrimci Yol (Revolutionary Way). He had a 65% majority. The programme of the new municipality was radical, democratic and successful. Road repairs, house buildings, provision of cheap transport, new provision for water and electricity as well as sewage were implemented. Municipal workers' wages were increased by between 150% and 350% and differentials abolished.

'Peoples Committees' rapidly became the sovereign bodies of administration and decision-making. People from all political viewpoints participated in these bodies except for members of the neo-fascist National Action Party (better known by the name of its military goon squads, the 'Grey Wolves') who were excluded. Recording Fatsa's achievements in an interview with the bourgeois daily, *Hurriyet*, Sonmez said: "Previously the municipality had an income of 12 million Turkish Lira (TL) in 8 months. We have increased this to 23 million TL in 3 months ... we have established a municipality of the people. The monies required are collected by the people. There is no compulsion. Everything we do is done collectively. We completed the work of paving the town's streets in the space of 6-7 days as a result of a campaign to which thousands of people have contributed. Normally the work would have taken 4 years ... The people are really administering themselves ... Here there is room only for those who work, who sweat." (10th July 1980)

The Fatsa experience gained widespread support throughout Turkey. In May 1980, to mark the completion of the roads — a victory for the community, Fatsa hosted a huge festival of 'popular culture'. It lasted ten days and saw the participation of one hundred thousand people. As Sonmez said, "the people of Fatsa have created their own administration. The real problem is the people's acquisition of the habit of self-government for when we are not here."

The counter-offensive of reaction was unleashed on July 13th 1980. It had been prepared in Ankara. The establishment newspapers were already carrying headlines, "Red terror in Fatsa", "Fatsa, the red base!". Fatsa was effectively embargoed. Food and supplies stopped being delivered. Hazelnuts, the main product of the town, could no longer be



The army move in

sold outside. Fatsa reacted by organising a hazelnut festival involving thousands of sympathisers from the rest of the country. It took on the character of a mass political demonstration against the government.

But Fatsa could not withstand the terror that was about to come. Even during the election campaign there had been two attempts on the life of Fikri Sonmez. Since his election, Fatsa had achieved objectives the traditional parties had come nowhere near achieving, and this in the context of the immense economic and institutional crisis gripping Turkey since the late 1970's. On July 13th, two months before the military coup, the army surrounded Fatsa. Their intention: "to put the town in order". A statement was issued in the form of a joint declaration by the local representatives of all the establishment parties, including the representative of the ruling conservative Justice Party, that the town was well in order. Nevertheless, the army moved in and occupied the town. An all-day curfew was introduced while the army used hooded fascists, some of them wanted for serious crimes, to identify left-wingers. The municipal government was dissolved. One thousand people were arrested on that day. In the months following the extreme right provoked bloody confrontations which led to ninety deaths. Naturally, when the army seized power, Fatsa was a principal target. A further twelve deaths and three thousand arrests were the result.

Fikri Sonmez addresses a rally in Fatsa



The Fatsa trial is important for its size and as a symbol of resistance to military rule; it is not, however, exceptional. More than one hundred thousand political prisoners, widespread torture, four thousand people — mostly youths — facing the death penalty, thirty already hanged; this is the barbarous reality of the bastion of NATO's southern flank — the Turkish military junta.

The TSC has chosen to campaign in solidarity with the Fatsa defendants for two reasons. First, because we campaign for the release of each and every political prisoner in particular those from the labour movement and its allies (this is of course the majority). Second, because we feel that Fatsa has a special significance. A town and a community are on trial in Fatsa. Fatsa was in the forefront of a social movement in Turkey before the coup. A social movement in which the workers and the poor people decided to solve the tremendous crisis in their country in their own interests and not in those of the bosses. In our view the labour movement in this country should see itself as part of that social movement. To the joke 'democracy' offensive of the junta, we should respond with our democracy. Fatsa was such a response and its image of self-administration is etched indelibly into the history of Turkey. Our job is to see that it is also etched into Turkey's future. The people of Fatsa, for daring to rise up against the established order, the junta will never let them forget. We should be equally determined that they are not forgotten by the international solidarity movement.



The courtroom in Amasya

3rd Anniversary of Turkey's coup (12th September 1980)



Saturday 10th September:

public meeting

2:30

Hackney Town Hall, Mare St, E8

speakers from Hackney and Islington Councils, DISK, and others

video from Fatsa, British premiere

This meeting will mark the launch of the pamphlet on Fatsa to be produced by the London borough councils of Islington and Hackney. It will also be the premiere of a video from Fatsa. We hope too that we shall have available a representative from one of the delegations which have visited the trial this year.

Sunday 11th September:

The TSC will be organising a contingent on the demonstration to be held in London to mark the 10th anniversary of the military coup in Chile.

There will also be a social event and a vigil during the weekend, details to follow.

Fikri Sonmez' statement to the court

FATSA Trial 12/5/83

Fikri Sönmez said that the allegations against him were very serious and continued: "It is the very first time that a Mayor is being tried in Turkey for being either a member or leader of a clandestine organisation. The prosecutor has written into his indictment the identical assertions being made in the right wing press. From the first to the last page of the indictment it is me that is being charged. Yet all my acts were done in the name of the people. During the three years I have been held in prison there has been a sustained campaign by the right wing press against me. Some state officials have also spoken on this. And these allegations have also been included in the indictment.

"This campaign has been maintained in spite of the decrees no. 52 and 70 of the National Security Council (decrees banning

discussion of pre-coup political personalities — TIB). The authorities have closed their eyes to this campaign. As mayor of Fatsa there is no act of which I am unable to give an account of. I have been waiting three years for this opportunity. However, my right of defence must be allowed fully. I learned the date of the trial from a newspaper. I and all those in this case should be brought to trial together. If the point is to sentence a mayor no matter what then there is nothing more I can say. But if it is the truth that is wanted then all 700 standing trial should be brought to the hearing so that they can tell under what conditions, how and why they gave their depositions.

"Today I am a man convicted in the press and public opinion. I do not believe that giving a deposition under these conditions today will either clarify my own position or that of this case."

Explaining that the country is in a period of transition Fikri Sönmez went on: "Clearly this period of transition will also affect this court. I trust your integrity but this event goes beyond your court."

At this point the Judge interrupted Fikri Sönmez and pressed him to make a full deposition. Fikri Sönmez closed his remarks by saying: "I am being tried in the Fatsa-Dev Yol trial. If all those standing trial are brought to this court, I will then give a full deposition. Otherwise I do not believe that anything I say will clarify the allegations." Although further pressed by the Judge he refused to say anything more.

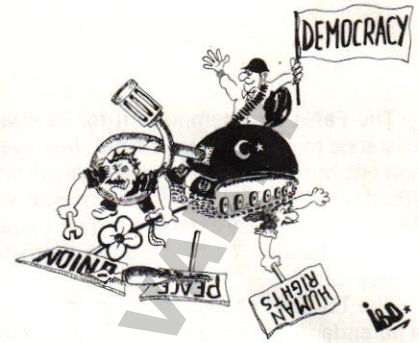
Following the questioning of other suspects, 15 more were released bringing the total number released from internment to 114.

Solidarity takes off

The campaign to defend Fatsa is an international one. It is co-ordinated from Switzerland by CEDRI (European Committee for the Defence of Refugees and Immigrants, see last issue of *TIB*). The campaign has attempted to stimulate a massive groundswell of municipal support for the beleaguered townspeople of Fatsa. Town councils throughout western Europe have passed a resolution condemning the Fatsa trial and calling for the release of the defendants. Hundreds of local councils from towns and cities all over Europe have taken this step. In Britain, through the Turkey Solidarity Campaign, the councils of Barnsley, St Helens, West Yorkshire County Council and the

London boroughs of Hackney and Islington have added their voice to the international outcry. Hackney and Islington have gone several steps further, as the motion on this page reveals. The campaign in these boroughs, which together with Haringey (whose council is also due to twin) constitute the area in Britain where the majority of Turkish people live, involves an active attempt to send a representative on the international delegation being organised by CEDRI. Further, the councils have agreed, in collaboration with the TSC, to publicise their decisions widely in their localities and to produce a pamphlet to this end.

The campaign in Hackney and Isl-



ington was initiated by the TSC in January during a visit to this country by two prominent exiled trade unionists from Turkey, Yucel Top and Gultekkin Bekdemir. Yucel Top is DISK's official representative in Europe (DISK, the Confederation of Revolutionary Unions, Turkey's second largest union federation — now banned). Gultekkin Bekdemir is general secretary of Yeralti Maden Is (Underground Miners Union) a union which sprang up from the struggles at the Yeni Celtek mine (see *TIB* 11) in the Fatsa region. Yeralti Maden Is is now banned. In a meeting with representatives from Hackney, Islington and Haringey Councils held during their visit Gultekkin put the case of the Fatsa defendants.

It was this meeting which was the catalyst for the campaign. Despite some good progress, there is still a long way to go before the Fatsa defendants are released. The campaign continues.

To add your voice to the campaign, contact the TSC, BM Box 5965, London WC1N 3XX.

An interview with Gultekkin Bekdemir and Yucel Top on the trade unions in Turkey will appear in a forthcoming issue of the Bulletin.



Left to right: Cllr. Babullal (Islington), Gultekkin Bekdemir, Cllr. Kendall (Hackney), Yucel Top, Cllr. Zissimos (Haringey)

Below we republish the text of the motion passed at the meeting of Hackney Council on 27th April 1983. A nearly identical motion was passed by Islington Council the day before.

We are deeply concerned for the wellbeing of all groups within our community. This of course includes the ethnic minorities of which the Turkish Group is the fourth largest. Turkish is the commonest second language in Hackney Schools (data from the 1978 National Dwelling and Housing Survey).

A delegation from the Turkish Solidarity Campaign, which includes representatives of the Hackney Turkish Community came to this council in January to inform us of the situation in Turkey, and in Fatsa in particular and to express its concern at the persecution of socialists there. The trials are now taking place.

On May 4th, a meeting will be held in the Assembly Hall here to express this community's concern at the threatened deportation of two Turkish Socialists, one of whom, Nesat Tolunay, lives in Hackney.

In the light of these events, which are of

direct concern to a significant group of Hackney residents, many of whom will have relations in Turkey or would be in danger themselves if they went to Turkey, we consider it appropriate to associate ourselves with the aims of the Turkish Solidarity Campaign.

We recommend:

(A) 'That the Council agree to adopt the beleaguered townspeople of Fatsa and in addition resolves to:

(i) Issue a Press Statement to publicise this decision, ensuring that copies are sent to among others the Turkish Embassy in London, Head of the Turkish junta, General Kenan Evren, the Council of Europe, Members of the European Parliament, Labour Party NEC, TUC, European Trade Unions Congress and the Association of Metropolitan Authorities.

(ii) To publicise this decision locally by touring an exhibition about Fatsa around the local libraries and in the Town Hall.

(iii) Write an article explaining this decision in the Hackney Herald.

(iv) Support organisations whose aim is to support the Turkish people against the dictatorship.

(v) Assist with the production of a pamphlet on Fatsa in collaboration with other Councils and the Turkey Solidarity Campaign.

(vi) Circulate other Councils about this case urging them to adopt this resolution.

(vii) Assist with the sending of a delegation to observe the trial in Fatsa as a matter of urgency, e.g. by urging the Labour Party to consider this issue.

(viii) To review present policies in the light of this resolution'.

(B) That any expenditure arising from the above matters be incurred by the Council pursuant to the provision of Section 137 of the Local Government Act 1972, the Council being satisfied that the expenditure is in the interests of some or all of the inhabitants of the borough with the reservation that total expenditure should not exceed £500.

Ismail Besikci, champion of Kurdish rights

Ismail Besikci has been a thorn in the side of the Turkish establishment for a very long time. His courageous defence of the rights of Kurdish people and unrelenting critique of the repressive measures taken against them by the State, has earned both the deep sympathy and respect of an oppressed people as well as progressive people in Turkey and the world over and, on the other hand, the malicious hatred of the Turkish ruling classes. To stifle his voice they have time and time again taken recourse to sentence him to imprisonment. Recently a military court has even gone to the length of trying him for a letter he had written while in prison. The trial resulted in his being sentenced again, for 10 years.

For Ismail Besikci it all began in the mid-sixties during his doctoral studies. His subject was related to Eastern Turkey and his travels led him to the 'discovery' of a tightly kept state secret. He 'uncovered' a people within Turkey, with a population estimated around 7-8 millions, whose very existence was (and still is) categorically denied by the Turkish state.

His findings in relation to the Kurds would not be acceptable either to his academical seniors or to the judges. In fact the eventual publication of his thesis would cost him his post as lecturer in the University of Political Sciences (Ankara) and result in his first imprisonment.

This did not deter Ismail Besikci. In fact he would espouse the cause of the Kur-



Ismail Besikci



Kurdistan

dish people with increased determination and struggle henceforth to expose the harsh realities of the origins of their repression.

The Kurds in Turkey were not always an oppressed people. In the days of the Ottoman Empire they were a recognised ethnic society and the areas in which they lived known as Kurdistan. During the early 20's they made common cause with Turkish forces fighting for a republic and proved to be their main ally in the process that led to the creation of the Republic of Turkey. Once the new Republic had stabilized itself however, promises made to the Kurds were quickly put aside. The Kurds were robbed of their expectations of an autonomous state. The year of 1926 witnessed the first major Kurdish uprising and was followed by successive waves of revolts. Kurdish rebellions continued up to 1938 but were put down by the Kemalist dictatorship. Kurdish losses amounted to many tens of thousands. Their villages were pillaged, their leaders hanged and many forced to leave their homeland. Nor would the Kemalist dictatorship be satisfied with the military defeat inflicted on the Kurds and the establishment of an on-going repression in the areas inhabited by them.

It would attempt to erect a new state version of history to justify its motives and brutal measures. The "Turkish History Thesis" launched in 1932, by attributing to the Turkish race the origins of mankind and all human civilisations would serve a double purpose. An intense nationalism could be bolstered and, the despotic rule of Mustafa Kemal now renamed as Atatürk (Father of Turks) maintained over the Turkish people. The existence of Kurds as a separate entity could now be denied with the authoritative support of 'History'. The debate was closed. The

Kurdish language and culture was banned. A law existed until 1950 that penalised every spoken Kurdish word with 5 kuruş (cents). The Kurdish national costume was banned because it had subversive connotations. A policy of forced assimilation towards the Kurds went hand in hand with the total denial of their existence.

Besikci untiringly investigated every aspect of the official version of Turkish history and succeeded in unmasking its myths and falsifications. He brought to light aspects of Turkish political history totally unknown to new generations: the "Forced Immigration Law" applied to the Kurds, the nature of the one party regime led by Atatürk, the farcical concepts behind the "Turkish History Thesis". And he challenged the academic community in Turkey for their hypocrisy and their role in propagating views with no scientific foundation, clearly fabricated to serve an ideological purpose.

Professor after professor denounced him as a dangerous heretic, while Turkish courts passed sentences on practically each one of his books which has resulted in his sentences since 1970 adding up to 25 years. His first indictment of '68 stated "He does not accept that the Kurds are of Turkish origin." 15 years later Besikci has still not accepted. And in all those years has fought every aspect of the injustice forced on the Kurds.

We have learned a lot from Besikci. A whole generation of socialists today understand the necessity to fight for the democratic freedoms of the Kurds and recognise their just claim to self-determination. Besikci you have not yielded, neither will we. The struggle continues. And our minimum demand is to end the oppression of Kurdistan, bring down the junta and obtain the release of all political prisoners.

THE MILLENNARY CULTURE OF THE 20 MILLION KURDS IN THE NEAR EAST IS IN DANGER OF DYING

Banished, suffering a systematic destruction from the States which have divided the Kurdish nation, this unique part of the world's cultural heritage thus incurs the risk of disappearing for ever. Confronted with this peril, the Kurdish artists, writers, historians and linguists now living in exile in Europe, aware that a people deprived of its culture is doomed to die slowly, have just created a Kurdish Institute to prevent the genocide of their culture. Faced with the silence and inactivity of international organisations (UNO, UNESCO, etc), the Kurdish people whose very existence is threatened, needs the help of other people.

Your cooperation is vital.

I wish to participate in the action of rescuing the Kurdish culture. I send a check for FF. for account of the Institut Kurde.

I wish to receive a documentation and information bulletin from the Institut Kurde.

INSTITUT KURDE DE PARIS
Boîte Postale 66 - 75662 PARIS
CEDEX 14
CCP 573895 E PARIS

NEWS REVIEW

Jan 6 Death sentences passed on Duran Bircan and Ali Aktas (*Anatolian News Agency* 6.1.83)

- A total of 15,597 people were under arrest for martial law violation on 30th October 1982, according to official sources, 7,294 serving prison terms, 861 detained. From the time the Junta took over to Nov. 82, courts handled 39,130 cases; 9,452 acquitted, 13,512 convicted, over 6000 still being heard. 113 sentenced to life imprisonment and 98 sentenced to death. 16 death sentences executed. Of inmates in military prisons, 2,861 classified as right-wingers, 13,195 left-wingers and 4,563 as secessionists (Kurds). (*ANA* 6.1.83).



Fatsa trial in Amasya

Jan 12th Fatsa trial begins; 740 initially indicted (*ANA* 14.1.83) Defendants protest by refusing representation and defence. Some don't identify themselves. Charged with attempting to overthrow the established order.

Jan 13th Fatsa trial defendants rise to 759, with 263 death sentences demanded. (*ANA* 14.1.83).

Jan 14th Trial 737 members of Yeni Celtek Miners Union continues in Amasya. (*ANA* 14.1.83).

At Konya, court sentences seven members of Dev Yol from Karsehir to prison sentences of 23 years (*ANA* 14.1.83).

- Orhan Aldikacti, Chairman of constitution committee, announces that newly formed political parties must freeze their membership three months before elections in future (*Ankara Agency* 15.1.83).

Jan 17th Plane crashes at Ankara airport; 46 die (*Guardian* 17.1.83).

Jan 18th *Chicago Tribune* prints details of Pentagon's Fiscal Defence 1984-88 Budget Guidance report. Suggest Turkish role in Gulf intervention (18.1.83).

Jan 19th West Germany delivers first shipment of new Leopard tanks to Turkish Army (*ANA* 19.1.83).

Jan 22nd Ahmed Isvan, former Mayor of Istanbul, freed from DISK trial (*Times* 24.1.83).

Jan 23 *Los Angeles Times* says the Higher Education Council has banned students from wearing beards because of association with Islam.

Jan 24 *Cumhuriyet* and *Milliyet* newspapers closed down by Istanbul 1st Army Martial Law Command

- Consultative Assembly passes 10 new clauses of political parties law (*ANA* 24.1.83)

Jan 25 Junta announces plan to demolish shanty towns built after 2nd June 1981. (*ANA* 25.1.83).

- Police detain 16 member of Kadiri religious sect in Izmir (*ANA* 25.1.83).

Jan 26 Istanbul Martial Law Court jails two Turkish journalists, Oktay Gonensin, Editor in Chief of *Cumhuriyet*, and Oktay Akbal, a columnist for *Cumhuriyet* for three months for trying to influence voters during the referendum campaign (*Times* 27.1.83).

- Meeting of security officials and governors of 16 provinces ends in Ankara (*ANA* 26.1.83).

Jan 27 Council of Europe decides against expulsion of Turkey. British Labour Party rep. Peter Hardy, votes for expulsion (*Guardian* 28.1.83)

Feb 2 Soviet Union agrees to extend gas pipeline to Turkey (*Financial Times* 3.2.83)

Feb 4 Trial begins of 16 officials of Rubber and Plastic Industries Union.

- Trial concluded of Dev Yol in Adana; three sentenced to 11 years, 18 acquitted for lack of evidence. (*ANA* 5.2.83)

Feb 5 Bill against land inheritance formulated (*ANA* 5.2.83)

Feb 7 Justice Minister, Cevdet Mentes resigns (*ANA* 7.2.83)

Feb 8 Evren speaks in Agri and Erzurum about army and democracy (*ANA* 8.2.83)

- Winter military exercises around Mount Zado, codenamed General Kurtcebe Noyan 83, begin; Third Army participating. (*ANA* 9.2.83)

Feb 9 Evren attends General Kurtcebe Noyan-83 military manoeuvres (*ANA* 9.2.83)

- Junta dismisses 11 prominent university professors for 'communist sympathies'; list of 94 sent to regional martial law commands (*WP* 10.2.83)

Feb 11 General Kurtcebe-Noyan-83 military exercises end (*ANA* 9.2.83)

Feb 15 Iraq's Deputy Prime Minister, Taha Yasin Ramadan, arrives in Ankara for talks with Uluu (*Ankara Home Service* 15.2.83)

- Rifat Beyazit appointed new Justice Minister (*AHS* 15.2.83)

- Dr. Yalcin Kucuk, a leading economist and lecturer, jailed for eight years for publishing the book 'For a New Republic'. (*Guardian* 7.2.83)

Feb 16 Debate on political parties law begins at Consultative Assembly; Orhan Aldikalti introduces Bill (*AHS* 16.2.83)

- *Guardian* announces that four senior lectures have been dismissed in Istanbul in purge of academics. 220 dismissed to date (16.2.83)

Feb 21 Junta issues communique no. 30, warning former politicians from encouraging political activity (*ANA* 21.2.83)

Feb 23 Turkish actress Isik Yenersu prosecuted for reciting Nazim Hikmet poems in Paris (*Guardian* 24.2.83)

Feb 24 Erbakan, leader of the national Salvation Party, jailed for four years by Junta (*Guardian* 25.2.83)

- Junta says EEC will release £446 million of suspended aid after elections (*Guardian* 25.2.83)

March 1 Military prosecutor in Istanbul demands six years for Hayko Mawel Eldamir, an Armenian lecturer, for anti-state propaganda (*ANA* 1.3.83)

- Columnist Ahmet Kabakli, from *Tercuman* daily, acquitted in Istanbul (*ANA* 3.3.83)

- EEC foreign ministers continue to suspend aid to Turkey, despite pressure from West Germany and Britain (*Guardian* 2.3.83)

- Twenty members of Nurist sect arrested in Izmir during religious meeting (*AHS* 2.3.83)

March 3 Golcuk army and navy Martial Law Command passes death penalty of four members of Turkish Peoples Liberation Party and Front (Abdullah Vebi, Isvan Zafar, Cengiz Okhan, Mustafa Yesin (*AHS* 3.3.83)

- New law on political parties ratified by Consultative Assembly. Bans setting up of communist parties; students not allowed to participate in politics (*AHS* 3.3.83)

March 7 Junta proposes 3 free trade zones for Turkey, accordingly to the *Wall Street Journal* on 8.3.83

- At least 67 miners killed in explosion in mine on black coast (*New York Times* 8.3.83)

- Trial of Nadir Nadi, Editor of *Cumhuriyet* begins in Istanbul. Indicted for printing article defending cultural institutions, Trial attended by Oliver MacGregor, observer from British Press Council (*NYT* 4.3.83)

March 9 Pit explosion death rise to 86 (*Daily Telegraph* 9.3.83)

- Turkey's Ambassador to Yugoslavia assassinated by Armenians (*WP* 10.3.83)

- Reagan asks Senate Foreign Relations committee to double military aid to Turkey from \$400 million to \$755 million (*WP* 10.3.83)

March 10 26 members of Sunni Naksibendi sect arrested in Adana during religious service (*AHS* 10.3.83)

March 12 Law decreed redefining role of Gendarme in Turkey. Put under the authority of the Chief of the General Staff (*AHS* 12.3.83)

March 13 Evren speaks in Antakya. Attacks religious sectarianism of Sunnis, Shias, Bektashisms, Naksidendism, Nurism (*AHS* 13.3.83). Later, in Mersin, warns against old parties forming proxy parties during elections.

March 14 Consultative Assembly adopts Bill on state security which provides for special courts to deal with offences against the state. The new courts will be set up in Adana, Ankara, Erzurum, Istanbul, Izmir, Kayseri, Konya and Malatya for political offences (*AHS* 14.3.83)

- Sea Wolf naval-air exercises begin in Sea of Marmara and Eastern Mediterranean, commanded by Navy Commander in Chief Admiral Vahit Atakin and includes warships and subs. (*AHS* 14.3.83)

March 15 Istanbul Martial Law prosecutor demands sentences from 5 to twenty years for six intellectuals accused of membership of

the TKP. Includes author Ataol Behramoglu, and theatre producer Ali Taygum (*Philadelphia Inquirer* 16.3.83)

March 17 Turkey signs agreement on technical co-operation with Pakistan (*Xinhua News Agency* 18.3.83)

March 18 Foreign Minister Ilter Turkman hold talks with Lebanese government on returning socialist exiles (*AHS* 18.3.83)

● Yilmaz Guney sentenced to seven and a half years for communist propaganda in Istanbul (*NHS* 18.3.83)

March 21 Junta bans local media from reporting protest resignations from universities (*FT* 21.3.83)

● Martial Law Court in Erzurum acquits 34 members of the Revolutionary Communist Party; Izmir Martial Law court sentences 3 members of Revolutionary Liberation to death (*ANA* 22.1.83)

March 28 According to the *New York Times*, Junta is drawing up tighter restrictions on the press.

March 30 Turkish Foreign Minister Ilter Turkman discusses relations with Syrian Foreign Minister, Abdul Khadam (*Emirates News* 30.3.83) Nadir Nadi pleads guilty at press trial in Istanbul (28.3.83 in *NYT*)

April 1 IMF agrees to one year standby loan of £164.25 million for Turkey (*FT* 2.4.83)

April 6 Military exercises codenamed General Cemal Gursel-83 begin at Aegean Army headquarters in Izmir (*AHS* 8.3.83). Martial Law authorities sack 40 professors and 200 faculty members in the country's 27 universities (*EN* 7.4.83)

April 8 Ecevit turns up at Socialist International in Lisbon, Portugal

● Iraqi military helicopter crashes after shortly taking off from Ankara's Esenboga airport. Diplomats express surprise at presence of Iraqi airforces in Turkey (*Gulf Times* 9.4.83)

● Military exercises codenamed General Cemal Gursel-83 end with review by Evren. National Security Council visit new military school at Maltepe (*AHS* 8.4.83)

● Books and films by Yilmaz Guney banned in Turkey (*AHA* 8.4.83)

April 10 Speaking in Denizli, Evren warns former political leaders to stay out of preparation for new political parties (*Gulf Times* 11.4.83)

● Junta bans 35 publications, (*ANA* 10.4.83)

April 12 1.6 million Turks living in West Germany, Bonn government reveals (*International Herald Tribune* 13.4.83)

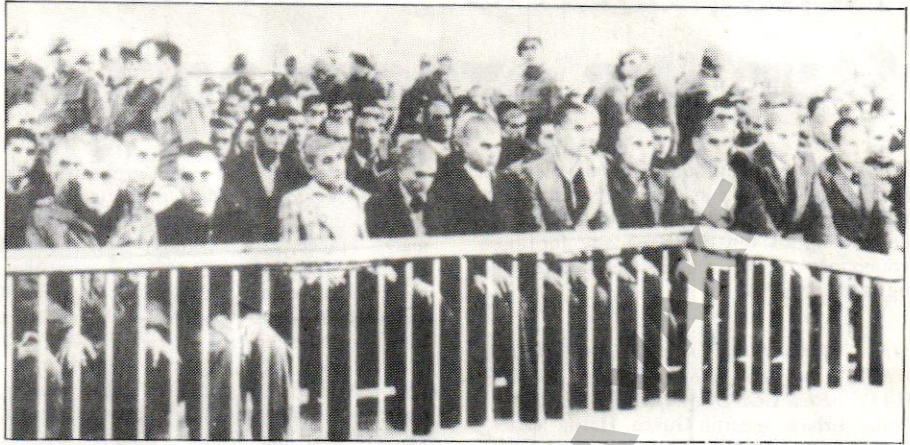
● *Scotsman* discloses that, in another pit explosion in March, 9 miners died and 40 were missing at Kozlu.

● Trial of 620 Kurds started in Diyarbakir

April 15 Istanbul Military Court sentences Tamer Kayas, former Editor of banned TKP newspaper, *Politika*, to seven years in prison (*Newsline* 14.4.83).

April 15 Prime Minister Bulent Ulusu says he will remain Prime Minister until elections (*AHS* 15.3.83)

● Aegean Army claims to have captured 15 members of Dev-Yol in 'security' operations in



PKK trial in Diyarbakir

Usak since 17 March; also adds that it has detained six members of Activist Socialist Youth Union in Izmir last month (*AHS* 15.4.83)

● Yilmaz Guney's trial stopped because stripped of citizenship (*ANA* 15.4.83)

● Evren in Usak announces guidelines for elections (*NYT* 17.4.83)

April 20 Golcuk Court of Fleet and Army Martial Law Command imposes death sentences on Hayati Ozkun and Nazim Silaci, members of Dev Yol, for 'manslaughter' and setting up an illegal organisation in Bursa (*AHS* 20.3.83)

April 21 *Voice of the Turkish Communist Party* reports that Central Committee member Mustafa Hayrullahoglu Deniz was tortured to death in November 1982

● British House of Commons Defence Committee, led by Sir Timothy Kitson, arrives in Turkey to discuss arms supplies with Defence Minister Haluk Bayulken (*AHS* 21.4.83)

April 22 Swedish Prime Minister Olaf Palme arrives in Turkey on fact finding mission (*AHS* 22.4.83)

April 24 Junta announces that it will permit the formation of new political parties, but old ones will stay banned and former politicians forbidden (*NYT* 25.4.83) Parties must have branches in half of Turkey 67 provinces and win no less than 10 per cent of the vote for representation

April 25 Labour Ministry announces that 1,500,000 Turks in West Germany have resident permits; 122,000 Turkish workers unemployed in West Germany

● Consultative Assembly discusses Bill for elections (*AHS* 25.4.83)

April 26 US Assistant Secretary of State for Europe, Richard Burt, refuses to link aid to Turkey with withdrawal from Cyprus in talks with Cyprus government (*Nicosia Home Service* 26.4.83)

● Saudi Defence Minister Prince Sultan, holds military negotiations with Turkey; visits Golcuk naval base (*AHS* 26.4.83)

April 29 Evren announces elections will be held on Nov. 6th 1983, unless unforeseen circumstances arise (*DT* 3.4.83)

May 2 7 people sentenced to death in the PKK trial of Bircirk. 21 imprisoned.

May 6th In northern Cyprus, Turkish Cypriot leader Rauf Dentas proposes declaration of independence for northern state (*Times* 7.5.83)

May 10 Date of applications for new political parties commences.

May 16 First political party to be formed

under new laws formed; the Nationalist Democracy Party by former General Turgut Sunalp, a trusted colleague of Evren's and ex-ambassador to Ottawa (*Times* 17.5.83)

May 17th NATO exercises for eastern Turkey announced at Casteau in Belgium (*Guardian* 19.5.83)

May 20 Applications submitted for the formation of three new political parties: Turgut Ozal's Motherland Party; Necdet Calp's Peoples Party (supposedly centre-left) and Musamettin Cindoruk's Great Turkey Party (*Guardian* 21.5.83)

May 24 Turkish troops, including crack commando battalions, cross into Iraq in a major operation against the Kurdish resistance, clearly with the complicity of the Ba'athist regime in Baghdad. 3,000 to 4,000 troops said to be involved in the mission. Foreign Ministry explained that the aim was to 'pacify' the area (*Sunday Times* 29.5.83)

May 30 30 Leaders of the Teachers' Association (TOB-DER) goaled for sentence of 5 years.

● Selcuk Durak and Halil Esendag executed.

May 31 Junta refuse the application to form the Great Turkey Party and orders the detention of 14 politicians involved in setting it up, including the former Prime Minister Suleyman Demirel. Justifying the decision, Evren said the organisation was a reincarnation of the old Justice Party of Demirel's which is outlawed by the Junta. It would have been a rival to the General's preferred Nationalist Democracy Party of Sunalp. (*Times* 1.6.83)

June 3rd *Times* announces that 300 Kurdish nationalists killed in Turkish military raid into Iraqi Kurdistan. Turkish and Iraqi army said to have acted in close co-operation throughout the operation which centred around the Habur River area.

June 4 Law regulating forced residence up to 5 years of "people with no fixed address" and "of a suspicious nature" in areas specified by military authority passed. (*Official Gazette*)

June 6 National Security Council vetoes 3 founding members of the National Democratic Party

June 7 7 founding members vetoed from both the Popular Party and the Motherland Party

● 12 members of PKK (Kurdish Workers Party) arrested. Caught with cassette tapes of separatist propaganda (*Ankara Home Service*)
● News magazine "Yeni Yanki" (New Echo) issue banned (*Anatolia Agency*)

News from TSC

Stop the executions!

The TSC is requesting support for the following international campaign being organised from Paris. Get your MP and MEP to support the commuting of the death penalty for these young men. Copies of letters of support should be sent to the TSC.

THE TURKISH REVOLUTIONARIES WHOSE NAMES ARE GIVEN BELOW HAVE BEEN CONDEMNED TO DEATH:

Ahmet Erhan, Sadettin Guven, Harun Kartal, Tayfun Ozkok, Baki Altin, Aslan Sener Yildirim, Ahmet Fazil.

These people were members of the DEV-SOL organisation and have been accused of being involved in the assassinations of Nihat Erim, a former prime minister of 1971-73 period and Mahmut Dikler, chief of police in Istanbul. The death sentences were ratified by the Consultative Assembly at the beginning of April. The executions still have to be approved by the National Security Council. When this approval is given it will be a matter of hours before the executions are performed.

Amnesty International launched a worldwide campaign on the 11th of April to halt the executions.

In the last session of the European Parliament, between 17-20 May 1983, the representative members of the following countries, Denmark, France, Greece, Italy, Israel, United Kingdom, Georges Sutra de Germa, Alf Lomas, MC Vayssade, Nicole Pery, Gerard Ihail, Win Griffiths, Pierre Bernard, Dieter Rogalla, Bob Cohen, Altiero Spinelli, P Arfe, Aldo Bonaccini, M Gizolamo, Jiri Pelikan, P Veronni.

Katharina Focke, Hellmut Sieglerschmidt, Ann Clwyd, Dieter Schinzel, Gerd Walter, Beate Weber, Leonido Kyrka, Elseslammerich, Luciano Castelline, Ferrero, Roland Boyes, K Nilolaon, Georges Sutra de Germa, Alf Lomas, MC Vayssade, Nicole Pery, Gerard Ihail, Win Griffiths, Pierre Bernard, Dieter Rogalla, Bob Cohen, Altiero Spinelli, P Arfe, Aldo Bonaccini, M Gizolamo, Jiri Pelikan, P Veronni.

The lives of the seven people depends on the international response to the executions in Turkey.

HALT THE EXECUTIONS IN TURKEY STOP THE MASSACRE OF HUMAN AND DEMOCRATIC RIGHTS IN TURKEY

Committee for the Defence of the
Democratic and Human Rights in Turkey

British Protests against Repression In Turkish Universities

When two representatives of the Turkish Military Government's Higher Education Council (YÖK) visited Britain recently, they received a very lukewarm welcome. For members of British universities protested vigorously against their visit and argued that Britain should not be supporting people who are conducting a witch-hunt against left-wingers in Turkish universities.

Dr Kemal Guruz and Dr Yahya Tezel, both from Ankara, were in Britain at the invitation of the British Council. One of their aims was to recruit blackleg labour. British academics were to be hired to come to Turkish universities and in effect to take over the jobs of the many Turkish university lecturers who have been sacked by the Military Regime.

Unfortunately for Dr Guruz and Dr Tezel, the British Council document giving their itinerary was leaked to members of TSC, who were able to circulate all the institutions which Guruz and Tezel were due to visit. As a result, they received a very critical reception and had to answer awkward questions about repression in Turkish universities.

Thus the visit backfired, and through the 'Times Higher Education Supplement' and the Association of University Teachers a large number of British academics have been alerted to the political persecution of their colleagues in Turkey.

Victory

Nesat and Selim win political asylum!

April saw a victory for the campaign to win political refugee status for two left wing activists and members of Dev Yol (Revolutionary Way), Nesat Tolunay and Selim Duzgun. Supporters of the 'Friends of Nesat and Selim' committee whose three month campaign was the driving force behind the overturn of the decision of the Home Office, issued a statement shortly after the victory was known. They claimed that the decision meant implicit recognition by the Thatcher government that the military government abused human rights and could not be trusted to deal fairly towards its citizens.

One reason for the importance of Nesat and Selim's victory is that they are the first cases of political asylum being granted to individuals who were active in the militant rank and file of the Turkish socialist and democratic movement. Nesat Tolunay was a Dev Yol activist in the western town of Usak agitating for his party's policies among the workers and peasant farmers of the region. Similarly, Selim Duzgun, a Kurd by nationality, was involved in campaigning for Kurdish national rights and propaganda on behalf of Dev Yol among the students in the Pulumur high school in Turkey Kurdistan. Members of the TSC were active in the campaign.

Further information on the case can be obtained from Friends of Nesat and Selim, c/o South Islington Law Centre, 131/133 Upper Street, London N1.



Nesat Tolunay

Tower Hamlets Day of Solidarity

April 17th witnessed an extremely successful Day of Solidarity with Turkey organised by Tower Hamlets Trades Council. Over 70 people attended an event featuring a showing of the film by Yilmaz Guney, *Sürü (the Herd)* and a meeting with speakers from the TSC, the trades council, and Bob Wright from the executive committee of the AUEW (Engineering workers' union).

Useful Addresses

Campaign for the Defence of the Turkish Peace Association

13 Bolton Walk, Andover Estate, London N7.

Committee for the Defence of Armenian Political Prisoners

13 Southwark Street, London SE1

CEDRI European Committee for the Defence of Refugees and Immigrants

Missionsstrasse 35, Postfach, CH-4002 Basel, Switzerland

Committee for the Defence of Democratic Rights in Turkey

29 Parkfield Street, London N1

European Nuclear Disarmament (END)

227 Seven Sisters Road, London N4

Has recently published a Special Report entitled 'Turkey, Peace on Trial!' Cost 90p + p&p.

Friends of Nesat and Selim

c/o South Islington Law Centre, 131/133 Upper Street, London N1.

Kurdistan Solidarity Committee

Box 30, 29 Islington Park Road, London N1 1QB

KSC produces a regular news bulletin entitled 'Kurdistan News and Comment'. UK Subscription rate £3.00 pa.

Solidarity Committee for Trade Union Rights and Democracy in Turkey

General Secretary: Cahit Baylar, 16 Sperling Road, London N17 6UH.

Launched on May Day 1983. Chairperson — Alex Kitson, T&GWU, Vice Chairperson Ken Cameron, FBV, steering committee composed of prominent British and exiled Turkish Trade Unionists.

Solidarity — DISK Newsletter

Available from Yucel Top, Editor, c/o ISE, Boulevard de l'Imperatrice 66, 1000 Brussels, Belgium.

This is the publication of the DISK Liaison Office in Brussels, and is available in English.

UK Campaign for the Defence of DISK

c/o 32 Ickburgh Road, London E5

World University Service (UK)

20 Compton Terrace, London N1 2UN. Tel: 226 6747.

WUS is an educational charity working for economic and social justice. Publication: 'WUS News' which carries articles on the restrictions on academic freedom in Turkey. Welcomes information and comments from academics and students.

SUPPORT THE TSC!

The Turkey Solidarity Campaign is a broad-based, democratically organised campaign. It attempts to bring together all those who wish to work for common solidarity aims. It has regular National Co-ordinating Meetings in which members, sponsors and representatives of our affiliated organisations participate, and where all decisions concerning the running of the campaign are formed. Many trade union branches, trades councils and Labour Party branches are affiliated to the Turkey Solidarity Campaign and play an active part in its organisation. Both they, and the British and Turkish individuals who support the aims of the campaign, agree that a solidarity campaign must, by its nature, be organised openly in this way.

Local committees organise

meetings on the issue of Turkey, send speakers to trade union, Labour Party, trades council and other meetings, arrange exhibitions and other publicity events and carry out fund raising events.

The Turkey Solidarity Campaign is always in need of financial support, for the production of the Turkey Information Bulletin, newsletters, petitions, posters and for administrative expenses and so on.

Without your help, the job of publicising what is really happening in Turkey, and of building support for the peoples of Turkey becomes impossible.

Please help us by joining the Turkey Solidarity Campaign and by subscribing to the Turkey Information Bulletin.

WE ARE FIGHTING FOR:

- an end to military rule in Turkey/Turkish Kurdistan. An end to martial law and the special military courts set up to terrorise the masses. Solidarity with the Turkish and Kurdish masses in their struggle against the military junta.
- the release of all political prisoners.
- the full freedom of all democratic institutions and organisations, including trade unions, to organise and carry on activity in Turkey.
- an end to torture and capital punishment.
- opposition to NATO's reactionary role in Turkey.
- an embargo on all shipments, military supplies and economic aid to the army junta.

Affiliates

Bakers, Food and Allied Workers' Union
Labour Party Young Socialists
(National Committee)
ASTMS Charing Cross Branch
ASTMS Edinburgh University Branch
ASTMS London Publishing 516 Branch
ASTMS Merseyside Community Branch
ASTMS Oxford Publishing 251 Branch
ASTMS South Yorks Health Service Branch
AUEW Manchester North District Committee
Battersea and Wandsworth Trades Council
Camden Trades Council
COHSE Nether Edge Branch (Sheffield) (1240)
Co-operative Retail Services, London Region Political Committee
CPSA DHSS South East London Area Branch
CPSA Scottish Office Branch
Edge Hill College Students Union
Edinburgh and District Trades Council
Elswick Committee of Shop Stewards (Vickers Ltd)
Enfield-Edmonton Trades Council
Green Lanes Branch, Tottenham CLP
Hackney Teachers Association
Hillhead North LP
Kingshead Branch, Hackney CLP
Kingston and District Trades Council
Kurdistan Solidarity
Leamington and Warwick Trades Council
Leeds Trades Council
Leeds University Students' Union
Mapesbury Branch, Brent East CLP
Mid Cheshire Trades Council
Muswell Hill Branch CLP
NALGO City of Liverpool Branch
NALGO South Tyneside Branch
Newcastle North LPYS
Newcastle North CLP
Newcastle Trades Council
North Defoe Branch, Hackney North CLP
NUPE Northern Region
NUT Group at William Patten Infant's School, London
Oxford and District Trades Council
Oxford NUJ
Rochdale CLP
Rotherham District Trades Council
Strathclyde University Labour Club
SWSO Leeds University Branch
SWP Leeds District
S.W. Wolverhampton LPYS
TGWU (ACTSS) 1/1409 Branch
TGWU (ACTSS) 1/524 Branch
TGWU 5/833 Blackwells Oxford Branch
TGWU BL Cowley Assembly Plant 5/293 Branch
TGWU Leicester 5/287 Branch
Tower Hamlets LPYS
Tower Hamlets CLP
Tower Hamlets Trades Council
Walkley LP Branch (Sheffield)
Wallasey CLP
Wallasey LPYS
Waltham Forest Trades Council

Financial Appeal

The Turkey Information Bulletin is entirely financed by sales and the activities of the Turkey Solidarity Campaign. We need readers' support to continue the fight to overthrow the junta. Why not send us a donation and/or subscribe to this bulletin. Rates are published below. Monies payable to the Turkey Solidarity Campaign. Your support can help save lives in Turkey.

*A donation to the TSC of £50 has been received by
ASTMS' No5 Divisional Council*

Sponsors

Joe Ashton MP
Norman Atkinson MP
Richard Balfe MEP
Tony Benn
Sydney Bidwell MP
Roland Boyes MEP
Lord Finner Brockway
Duncan Campbell
Bob Cryer MP
Arthur Davidson QC MP
Martin Flannery MP
Peter Hain
Stuart Holland MP
Les Huckfield
Ted Knight
Ron Knowles, (NUJ)
Ken Livingstone
Joe Marino (BFAWU)
Joan Maynard MP
Reg Race
Jo Richardson MP
Ernie Roberts MP
Dennis Skinner MP
Nigel Stanley (LCC)
Gavin Strang MP
Peter Tatchell
Pat Wall
Audrey Wise
Bob Wright (AUEW)

LOCAL COMMITTEES

For news of the TSC Committee active in your area, contact them at the addresses listed here:

CAMBRIDGE

c/o Mrs C. Millbank, 3 Pretoria Road, Cambridge

EDINBURGH

Box 27, 43 Candlemaker Row, Edinburgh EH1 2QB

GLASGOW

Box 5, 488 Great Western Road, Glasgow

LEEDS

c/o TUCRIC, 6 Blenheim Terrace, Leeds 2

LONDON

BM Box 5965, London WC1N 3XX

MANCHESTER

c/o 49 Windsor Road, Levenshulme, Manchester 19

MERSEYSIDE

c/o 16 Church Road, Wallasey, Merseyside L44 6JE

NEWCASTLE UPON TYNE

c/o 115 Westgate Road, Newcastle upon Tyne NE1 4AG

NORWICH

BM Box 5965, London WCIN 3XX

OXFORD

c/o 65 Lonsdale Road, Oxford

SHEFFIELD

c/o S. Morley, 86 Nether Edge Road, Sheffield S7 1RX

Individual Membership.....	£3 p.a.
Local Organisations/trade union branches.....	£5 p.a.
District Organisations/trades councils.....	£10 p.a.
National Organisations.....	£25.00 p.a.

We remember Nazim Hikmet

1902 - 1963

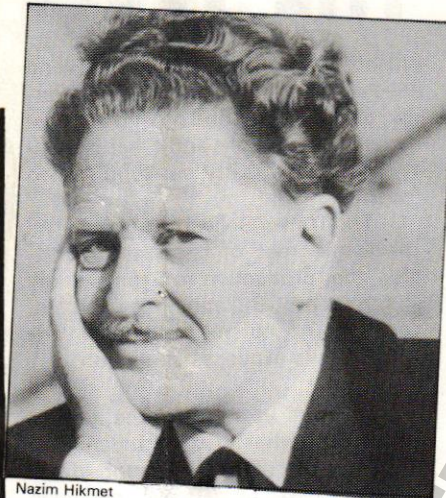
June 3rd is the 20th Anniversary of the death of the great Turkish poet Nazim Hikmet. He will be remembered and commemorated in most countries in the world but not in his own country. His books are not allowed to be printed or sold in Turkey; even keeping them is an offence under the present regime. But people of Turkey will remember him; they would know his poems by heart;

Nazim Hikmet describes himself in the preface to his collected poems: "I am a poet who is proud of dedicating his heart, his mind, his pen, and his whole life to his people" on the other hand he says "this poet applauds all peoples' determination to fight to achieve their national liberation, social justice and peace, regardless of their race, geography, or nationality". He continued, "the roots of my poems is my country, but with its branches I tried to reach to all lands east, west, south and north and to all civilisations and to the whole world". His poems have been translated into every major language.

Nazim Hikmet was born in Salonika. His father was a publisher, his mother a painter. He wrote his first prize winning poem when he was 17. The same year he was expelled from the Naval school in Heybeliada, after a protest in the school-ship he and some others decided to leave allied-occupied Istanbul for free-Anatolia to join the resistance. In 1921 he decided to study in Moscow. In 1924 he returned to Turkey to face, within a year, a witch-hunt against communists. He was given a 15 years prison sentence and escaped to Moscow again.

In 1928, the 15 year prison sentence was reversed and he decided to return to Turkey, but he was not given permission. Therefore, he decided to enter without a visa and was arrested in the town of Hopa, near the Russian Border. After this date Nazim spends most of his life in Turkey in prison. His first sentence was over a poem he wrote about the transport workers strike in 1929 in Istanbul: "A city which lost its voice" While serving this sentence another case was opened in 1933 against him for communist propaganda for which the death penalty was asked. He describes this experience in a poem to his wife:

*My Love
in your last letter you say
my head is aching
my heart is stunned
if they hang you
if I lose you
you say
I cannot live
But you can my love*



Nazim Hikmet

*my image disperses in the wind
like a thick, black smoke.
Of course you will live
the red-haired sister of my heart
mourning the dead
in the twentieth century
at the most lasts a year.
Death
a dead man at the end of a rope, swinging
but oddly enough
my heart doesn't accept
this kind of death
You must
be sure, my beloved,
that if a poor gipsy's hairy hand
that resembles a black spider
is going to put the noose
round my neck
well, those who're waiting to see fear in my
blue eyes
will look at nazim in vain
in the twilight of my last morning
will see my real friends and you,
and only the bitterness
of an interrupted song
shall I take to my grave.
My wife
My good-hearted
golden bee
with eyes sweeter than honey
whyever did I write to you
they're pressing for my hanging?
The trial has only just begun
and they don't really pluck your head
like a turnip.
Come, now, take no note of all that.
Such possibilities are far-fetched.
if you have any money
buy me a pair of flannel pants,
the sciatic pains have started again,
And do not forget
a prisoner's wife must always think
beautiful thoughts.
(Bursa Prison, November 11th 1933)*

In 1938 he was again sentenced by military courts to two sentences totalling 28 years for inciting army and Navy cadets to spread communism. He remained in prison until 1950 when after a massive national and international campaign and a hunger strike he was amnestied. In prison he met and influenced many notable writers and painters of Turkey. He earned money to

send to other fellow-prisoners and his wife by setting up a weaving cooperative and selling the products outside the prison. He was able to continue writing in prison and produce some of his best works.

Once he was free he fled the country: From 1951 onwards his main campaign was in the peace movement. He attended the World Peace Council in 1952 and 1962. He received the Lenin Peace Prize in 1953 and travelled all around the world. He wrote poems about the arms race and the consequences of atomic weapons. After his death on the third of June 1963 he continued to be a vital influence in Turkey and his name is a symbol of freedom and peace and social justice.

One of his most popular poems is about the effect of the atom bomb dropped on Hiroshima called "Japanese fisherman".

The Japanese Fisherman

*He was a young Japanese fisherman
who was killed by a cloud over the sea.
I heard his song from his friends
one golden evening by the Pacific.*

*"We have caught fish that's deadly to eat,
and our flesh is deadly to touch.
This vessel is a black coffin
and its deck is deadly to board.*

*We have caught fish that's deadly to eat,
and our flesh rots and falls to pieces,
not all at once but little by little.
We have caught fish that's deadly to eat.*

*Now our hands are deadly to touch,
these hard-working, faithful hands,
washed by the salt and the sunshine.
Now our hands are deadly to touch,
our flesh rots and falls to pieces,
not all at once but little by little.
Now our hands are deadly to touch.*

*My almond-eyed darling,
you must forget me.
This vessel is a black coffin
and its deck is deadly to board.
Over our heads passed the cloud.*

*My almond-eyed darling, you must forget me.
Do not embrace me, O my rose!
You will only catch death from me.
My almond-eyed darling,
you must forget me.*

*This vessel is a black coffin.
My almond-eyed darling,
you must forget me.
The child that you will get from me
will be worse than a rotten egg.
This vessel is a black coffin
and this is a sea of death."
HUMAN BEINGS, OY! WHERE ARE YOU?
WHERE ARE YOU?*

(1956)

INITIATIVE

Solidarität mit den Demokraten der Türkei

Peter Heinrich, Betriebsrat, Herten
Michael Höhn, Pfarrer, Gummersbach
Klaus Liebe-Harkort, Prof. Dr., Bremen
Karl-Heinz Stommel, Betriebsratsvorsitzender, Duisburg
Klaus Thüsing, MdB, Bonn

c/o Karl-Heinz Stommel
Postfach 100 682
4100 Duisburg
Konto Michael Höhn
Stadtsparkasse Duisburg
Kto.-Nr. 210 - 003240



TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Forum:**Gegen Ausländerfeindlichkeit —
Solidarität mit ausländischen Arbeitern!****Düsseldorf * Gesamtschule Kikweg****Sonntag, 21. März '82****DOKUMENTATION****INHALT:**

Vorwort	Seite
Aktuelle Aspekte der Ausländerpolitik Prof. Dr. Klaus Liebe-Harkort	Seite
Militärdiktatur in der Türkei und die Situation unserer Mitbürger aus die- sem Land Bundestagsabgeordneter (SPD) Klaus Thüsing	Seite
Ausländerfeindlichkeit - Erscheinungen, Wesen und Alternativen Schriftsteller Peter Schütt	Seite
Situation der Ausländer im Bereich der Bildung und Ausbildung Dr. Johannes Meyer-Ingwersen	Seite
Arbeitsbedingungen und Arbeitslosigkeit der ausländischen Kolleginnen und Kol- legen Journalist Gerd Siebert	Seite
Zur Wohnungsproblematik ausländischer Arbeiter Ute Jochimsen	Seite
Organisierung politischer und praktischer Solidarität	Seite
Protestentschließung an die Botschaft der Türkei	Seite
Offener Brief an Bundeskanzler Schmidt	Seite
Protest gegen ausländerfeindliche Politik Schreiben an die Bundestagsfraktionen	Seite

Bestellungen an
Initiative
c/o
Karl Heinz Stommel
Pf. 100682
4100 Duisburg 1

Preis 3,00 DM

Verlag: Eigenverlag
Druck: ASTA-Duisburg
Duisburg 1982
Bei Nachdruck bitten
wir um Belegexemplare
viSdP.: Horst Martin
Duisburg

"Stoppt Tierversuche - Nehmt Türken!" so stand es in grellen Farben auf der Wand am Worringer-Platz in Düsseldorf zu lesen. Die, die solche rassistischen und faschistischen Parolen schmieren, spaßen nicht. "Ausländer raus" ist die Parole ihrer Taktik, mit der sie hoffen ihre blutige Vergangenheit wieder Gegenwart werden lassen zu können. Man sage nicht, sie seien nur ein kleines unwichtiges Grüppchen. Wir klagen sie bereits heute des Mordes an ausländischen Mitbürgern an und wissen um ihre Mittäterschaft und Drahtzieherei bei gewalttätigen Angriffen auf Arbeiter ausländischer Herkunft. Der braune Sumpf, alte und neue Nazis sehen in der andauernden Krise in der BRD, sehen in der Tatsache, daß über 2 Millionen Menschen arbeitslos sind und mindestens ebensoviele als Familienangehörige indirekt betroffen sind, eine Chance, eine Basis in der Masse der Bevölkerung unseres Landes zu gewinnen. Natürlich bedienen sich dabei die Neonazis ihres weitverzweigten organisatorischen Netzes. Aber gerade in jüngster Zeit erhalten die Ewiggestrigen verstärkt verdeckten und offenen Flankenschutz von reaktionären Unternehmerkreisen, durch bestimmte Medien und von Teilen der CDU/CSU.

Krise und Massenarbeitslosigkeit sind auch Anlaß für die Bundesregierung und die Länderregierungen sich von der seit 1972 propagierten Integrationspolitik abzusetzen. Man erinnert sich nun wieder, daß man eben nur Arbeitskräfte gerufen hatte und ist heute nicht mehr bereit, die menschlichen Konsequenzen daraus zu ziehen. Die Ausländerfamilienpolitik der Regierung bedeutet Familientrennung oder gar Familienzerstörung. Kinder dürfen nicht bei ihren Eltern wohnen. Ehepartner müssen ge-

trennt leben. Wollen Familien zusammenleben, so bleibt ihnen nichts anderes übrig, als die Bundesrepublik zu verlassen und in die Herkunftsländer zurückzukehren. Die Ausländerfamilienpolitik belegt anschaulich, wie die Regierenden versuchen, unseren ausländischen Kollegen das Leben derart zu erschweren, daß sie freiwillig unser Land verlassen, Abgespeist vielleicht mit ein paar tausend Mark, einem Bruchteil der ihnen zustehenden Rentenbeiträge. Exportierte Arbeitslosigkeit - wie gehabt! Die Bundesregierung verletzt dabei das Grundgesetz, ignoriert die UNO-Menschenrechtserklärung ebenso, wie die Schlußakte von Helsinki. Sie läßt zu, daß Neofaschismus und Ausländerhetze ungestört gedeihen. Die SPD-Landesregierung in NRW läßt die neonazistische "Bürgerinitiative Ausländerstop" unbehelligt agieren, während CDU-Stoltenberg die Verfasser des rassistischen "Heidelberger Manifest" grüßen läßt.

Hetze und ausländerfeindliche Politik trifft alle Ausländer; soll Ausländer und Deutsche treffen, gegeneinander ausspielen und spalten. Aber gerade heute richten sich die Angriffe gezielt auf die Arbeiter und Familien aus der Türkei. Sie sind besonders häufig den Anfeindungen ausgesetzt: "Orientale", "Nicht-Europäer", "Integrationsunfähige" und "Integrationsunwillige". Diese Tatsache verpflichtet uns als Demokraten, die besonders in Solidarität mit den Demokraten der Türkei - sowohl in der Türkei, als auch in der Bundesrepublik - stehen, zu einem Forum

"Gegen Ausländerfeindlichkeit - Solidarität mit
den ausländischen Arbeitern - Solidarität mit den
Demokraten der Türkei"

einzuladen. Wir betonen dabei die Notwendigkeit des gemeinsamen

Kampfes aller ausländischen und deutschen Demokraten.

Mit der vorliegenden Broschüre dokumentieren wir die Reden und Referate der eingeladenen Fachleute, Journalisten und Politiker, gehalten am 21. März 1982 in der Gesamtschule Kikweg in Düsseldorf.

Wir wiederholen und bekräftigen an dieser Stelle, was wir im Oktober 1980 in unserem Initiativaufruf "Solidarität mit den Demokraten der Türkei" sagten:

"Es darf nicht geschehen, daß unsere ausländischen Mitbürger angesichts wachsender Krisenerscheinungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu Sündenböcke gestempelt werden! Solidarität tut not!... Solidarität mit unseren Kolleginnen und Kollegen aus der Türkei in Schule und Betrieb!"



Prof. Dr. Klaus Liebe-Harkort

Was kommt noch alles?

Hat nicht vor kurzem ein Politiker, ein Ministerpräsident, ein Landesvater in aller Öffentlichkeit gesagt, die Familienzusammenführung bei Ausländern würde drastisch eingeschränkt und hätten sich zukünftig an den Normen der europäischen Kleinfamilie zu orientieren?

Diese Meldung ging durch Rundfunk und Presse, nach den Debatten um die Ausländerpolitik im Bundestag, nachdem die Erlasse zur Beschränkung der Familienzusammenführung von der Bundesregierung empfohlen und von allen Bundesländern übernommen worden waren, nachdem also kein ersichtlicher Anlaß mehr bestand, die Ausländer im Zusammenhang mit Sparmaßnahmen, Arbeitslosigkeit und Krise erneut zu nennen.

Da sagt also ein einflußreicher Politiker, die Familienzusammenführung hätte sich in Zukunft an den Normen europäischer Kleinfamilien zu orientieren, es hieße also Abschied nehmen von der orientalischen Großfamilie.

Zwei gezielte Lügen stecken in einer solchen Aussage:

Vorstellungen werden erweckt nämlich

1. als wäre je die Großfamilie Maßstab für die bisherige Praxis der Ausländerverwaltung in Sachen Familienzusammenführung gewesen, als hätte es je eine gesetzliche Grundlage dafür gegeben,
2. als würde in Zukunft, nachdem die Ausländer nun jahrelang genutzte Privilegien aufgeben müssen, eine Familienpolitik für Ausländerbetrieben, der unsere Maßstäbe und Gewohnheiten eines Familienlebens zugrunde lägen.

Millionen Lesern und Hörern werden nicht nur Informationen über die tatsächliche Lage und über die tatsächlichen politischen Entscheidungen vorenthalten, sondern es wird ihnen auch noch vorgegaukelt, daß die Ausländer "orientalische" Vorrechte genossen hätten, als Ausländer in der Bundesrepublik; diese hätten sie nun den deutschen Verhältnissen anzupassen, nachdem die Massenarbeitslosigkeit wohl auch zu einem Gutteil von ihnen zu verantworten wäre.

In der Tat es herrscht eine Verrohung der Sitten, der sprachlichen und der politischen, besonders bei den Politikern, bei vielen von ihnen, eine Verrohung insofern, als eine Diskrepanz besteht und größer wird zwischen Sprache und Wirklichkeit, zwischen Gesagtem und Gemeintem, zwischen dem, was die Bevölkerung wissen und denken soll und dem, was tatsächlich geschieht. Entweder es wird gelogen oder Tatsachen werden bewußt verschwiegen oder die sprachlichen Mittel werden geschickt so gewählt, daß falsche Vorstellungen in den Köpfen der Menschen entstehen.

Sozialverantwortliche Steuerung des Familiennachzugs heißen die neuen Regelungen in Sachen Ausländer, die von Bundesregierung empfohlen und von den Länderregierungen praktiziert werden. Die Familienzusammenführung, ein Teil der Konsolidierungspolitik der Bundesregierung in den Jahren von 1973 bis 1980 wird von seiten des Staates sozial verantwortlich gesteuert, und das heißt - man kann es nicht deutlich genug sagen -drastisch eingeschränkt.

Diese Einschränkung betrifft nach wie vor die Ehepartner und die Kinder der ausländischen Kolleginnen und Kollegen. Andere Familienmitglieder hatten nie die Möglichkeit, im Rahmen der Familienzusammenführung in dieses Land einzureisen.

Die neuen Erlasse bestehen im Kernn aus vier Punkten:

Der bisher - unter Erfüllung bestimmter Bedingungen - erlaubte Zuzug ist zu unterbinden

1. bei Ehepartnern und Kindern von Studenten,
2. bei Kindern jeden Alters, wenn nur ein Elternteil rechtmäßig hier lebt,
3. bei Kindern von ausländischen Arbeitnehmern, wenn sie über 16 Jahre alt sind,
4. bei Ehepartnern von Kindern ausländischer Arbeitnehmer.

Hier wird noch einmal deutlich, was mit sprachlicher Verrohung, ~~gemeint~~ moralische Verrohung zugrunde liegt, gemeint ist: Sozialverantwortliche Steuerung der Familienzusammenführung nennt man das Verbot der Familienzusammenführung; denn Punkt 1., 2. und 3 sind grundsätzliche Einreiseverbote von engsten Familienangehörigen, nämlich von Kindern und Ehepartnern und der Punkt 4. kommt einem Verbot nahe, denn die folgenden Bedingungen müssen erfüllt sein, wenn Kinder von ausländischen Arbeitern, einen Landsmann aus dem Heimatland heiraten wollen. Diese Bedingungen sind, alle zusammen, fast unerfüllbar:

1. Der hier lebende Partner muß über 18 Jahre alt sein.

Da fragt man sich, was geht es die Behörden des Inneren an, wie alt die Ehepartner sind, wenn es übergreifende gesetzliche Regelungen bezüglich der Ehefähigkeit gibt?

2. Der gemeinsame Lebensunterhalt muß aus eigener Erwerbstätigkeit des hier lebenden Partners und ausreichender Wohnraum den Behörden gegenüber nachgewiesen werden können.

Und wenn, wie es auch bei Deutschen oft der Fall ist, die Eltern der jungen Familie unter die Arme greifen. Oder alle zunächst in einer gemeinsamen Wohnung ein wenig zusammenrücken? Der Staat läßt das nicht zu. Scheinheilig wird Fürsorge vorgespiegelt, wo brutale Restriktionen gemeint sind.

3. Der hier lebende Partner muß (und damit natürlich auch seine Eltern) mindestens 8 Jahre rechtmäßig im Bundesgebiet oder Westberlin seinen Aufenthalt haben.

Da die Kinder in aller Regel einige Jahre nach den Eltern eingereist sind, wird hier gefordert: mindestens 10jähriger Aufenthalt der Eltern, bevor sich auch die Kinder auf einen längeren Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland einrichten können, z. B. indem sie ihrerseits eine Familie gründen.

Bun

4. Die Ehe muß schon ein Jahr bestehen (in Bayern und Baden-Württemberg sind es gar drei Jahre), bevor der dortige Partner nachreisen darf.

Das ist eine polizeilich verordnete eheliche Probezeit, eine Verlobung nach dem Standesamt, eine staatlich angeordnete, gewaltsame Trennung des Paares, und damit die Grundlage für spätere Konflikte und Probleme in der jungen Familie.

"Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung." heißt es in Artikel 6 Abs. 1 des Grundgesetzes. Die neuen Erlasse dieses Staates aber sind geeignet, Ehe und Familie von Staatswegen zu zerstören.

Diese Politik widerspricht den Grundsätzen des Kühn-Memorandums, sie widerspricht der Neuorientierung der Ausländerpolitik der Bundesregierung vom März 1980. Diese Politik ist eine Abkehr von der Integrationskonzeption, die bisher im Vordergrund stand. Durch die neuen Erlasse wird die Unsicherheit der ausländischen Bevölkerung verstärkt, die Familienplanung unmöglich gemacht. Spezialverantwortliche Steuerung der Familienzusammenführung werden die Beschlüsse genannt. Sie sind unsozial, unverantwortlich, familienfeindlich und schüren den Ausländerhaß. Sie widersprechen den Menschenrechten, ebenso wie im Grundgesetz verankerten Grundrechten.

Kinder ab 16 dürfen generell nicht mehr zu ihren Eltern in der Bundesrepublik nachreisen.

Das ist der zweite wichtige Punkt in den Einschränkungen der Familienzusammenführung der ausländischen Kollegen.

Kinder dürfen nicht mehr zu ihren Eltern.

Und dazu heißt es im Grundgesetz Art. 6 Abs. 3.

"Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen."

Als Argument gegen den Widerspruch zwischen diesem Grundgesetz-Artikel und dem Nachzugsverbot von Kindern ausländischer Arbeiter - und auf diesen Widerspruch stützt der Bremer Senat seine Entscheidung, Jugendliche über 16 zunächst doch noch nachreisen zu lassen - als Argument gegen diesen Widerspruch wurde immer auf die Selbstän-

digkeit von 16jährigen, der sich leichter schon von der Familie lösen würde, besonders bei den Jugendlichen aus den südlichen Ländern! hingewiesen.

Nun aber, Kolleginnen und Kollegen, nachdem die Empörung über die Beschränkung der Familienzusammenführung, wie sie noch im letzten Jahr beschlossen wurde, nachzulassen schien, werden die eigentlichen Pläne aus den Schubladen gezogen, nach denen generell Kinder ausländischer Arbeitnehmer nicht mehr nachziehen können sollen, es sei denn sie sind unter 12, oder wie andere fordern, unter 6 Jahre alt.

Was spricht dagegen, wenn allmählich das Einreiseberechtigungs-
alter von 18 auf 16, dann auf 12 oder gar auf 6 Jahre gesenkt wurde, dann auch irgendwann, vielleicht im nächsten Jahr, den Familiennachzug überhaupt zu untersagen? D.h. Familie ist dann definiert als Familie, die im deutschen Raum gewachsen ist, nur diese Familie ist dann des staatlichen Schutzes wert.

Jetzt also wird deutlich, daß es dem Staat nicht um den Schutz der Familie geht, im Gegenteil, der Staat selbst ist dabei, die Familie der ausländischen Kollegen zu zerstören.

Die Diskrepanz zwischen dem, was sie sagen, die Regierenden und Verwaltenden, und dem, was Sache ist zeigt sich auch in der Begründung zu den neuen Erlassen.

Die Integrationsfähigkeit und der Integrationswille der ausländischen Familien werden ins Felde geführt. Einmal wird grundsätzlich in Zweifel gezogen, daß die Ausländer - und an dieser Stelle wird immer der ehemals arme Bauer aus Anatolien genannt, gemeint sind also die Kollegen aus der Türkei - diese Eigenschaften besäßen, und dann kommt man zu der Erkenntnis, daß eigentlich nur die Ausländer echt integrierbar sind, die mit sechs Jahren oder jünger eingereist sind, zumindest kommt man zu dieser Erkenntnis 1982, 1973 war das anders, 1981 auch. So geschähe es nur zum Schutz der Betroffenen, wenn ihre Kinder nicht mehr reinließe.

Überhaupt ginge es grundsätzlich nach wie vor um die Integration, al-1

lerdings eben um die der schon hier lebenden Ausländer. Ihre Integration wäre nicht mehr gewährleistet, wenn noch mehr nachkämen. Schließlich so hört man als Begründung, müsse man Auseinandersetzungen befürchten zwischen Deutschen und Ausländern, wenn die Grenzen nicht abgeriegelt würden.

Jahrelang, jahrzehntelang findet eine Ausländerpolitik statt, rechtlich, sozial und schulisch, die den Ausländern eine Randposition zuweist, und dabei wird ihnen und den Deutschen deutlich gemacht, daß eine wirkliche Integration nicht gewünscht ist, jedenfalls nicht für die Mehrheit der Ausländer. Und plötzlich und unvermittelt wird vom Integrationswillen und von der Integrationsfähigkeit der einzelnen gesprochen und ihnen die Schuld der gescheiterten Integrationspolitik zugewiesen.

Einerseits wird am Integrationswillen und an der Integrationsfähigkeit derer gezweifelt, die hier sind, und die Behauptung aufgestellt, eigentlich könnten nur 6jährige oder Jüngere integriert werden, andererseits werden die Grenzen geschlossen mit dem ausdrücklichen Ziel, die hier Anwesenden meist doch über 6jährigen, integrationsunwilligen und integrationsunfähigen Ausländer besser zu integrieren. Was ist das für eine Integrationspolitik, die Familien auseinanderreißt mit der Begründung, den Rest besser einzeln eingliedern zu können.

Der Staat und Politiker dieses Staates schüren diese Ausländerfeindlichkeit, tun alles die Bevölkerung zu spalten, besonders die Arbeiterschaft, um dann weitere Maßnahmen drastischer Einschränkungen, hier gegen die ausländischen Arbeiter, mit angeblich zu erwartenden sozialen Konflikten zu begründen.

Nicht nur daß sich dieser Staat hiermit aus seiner Verantwortung gegenüber Grundgesetz und den Menschen in diesem Land und besonders auch gegenüber denen, die er ins Land geholt hat, heimlich verdrücken will, er gibt auch noch den Vernachlässigten, den

an den Rand gedrängten, den Betrogenen selbst die Schuld an ihrer Lage ihrer Lage, impliziert sogar auch die Schuld an den prognostizierten Störungen des sozialen Friedens.

Das einleitende Beispiel der zynisch-ironischen Bemerkung über die Großfamilie, die wohl als Symbol orientalischer Eigenheiten, besser Absonderlichkeiten stehen sollte, kennzeichnet die augenblickliche Situation:

Man führt unsoziale und ausländerfeindliche Restriktionen angeblich zum Wohl der Bevölkerung ein. Stellt sie in der Öffentlichkeit als kleine, von den Betroffenen selbst zu verantwortenden Einbußen von "orientalischen Vorrechten", die es natürlich nie gegeben hat, dar. Macht diese orientalischen "Marotten" lächerlich und hat damit abgelenkt auf eine Bevölkerungsgruppe, nämlich die schwächste, die angreifbarste, die ohne Lobby, ohne Aufenthaltsgarantie, die sich also das meiste wird gefallen lassen müssen, und man hat zugleich die Grundlage geschaffen für zukünftige Einschränkungen, indem man - man muß schon sagen willentlich und absichtlich, zumindest grob-fahrlässig - Aggressionen geschürt hat.

Wenn der Bundeskanzler einmal sagt, daß es ein Fahler war, daß man so viele Ausländer ins Land geholt habe, wenn der Ministerpräsident von Hessen fordert, zum Schutz vor den Ausländern die Grenzen zu schließen, und der Innenminister von NRW diese Forderung auch für die kleinsten Kinder der ausländischen Familien ausdenkt, wenn andere Politiker in aller Öffentlichkeit Integrationswille und -fähigkeit der Ausländer - ohne daß man ihnen je eine Chance gegeben hätte - in Zweifel zieht, wenn durch ständiges Wiederholen der gleichen abgedroschenen Klischees der "Asylantenschwemme", der "Ausländerüberflutung", der "Wirtschaftsflüchtlinge", der "Scheinehe", des "Türkenstroms" der Bevölkerung eingebleut wird, sich Ausländer mehr als Naturkatastrophe denn als Menschen vorzustellen, dann ist es kein Wunder, daß bei dann noch entsprechend manipulierten Umfragen, viele das wiedergeben, was man ihnen über andere Wege vorgegeben hat.

Eine wichtige Ursache, wenn nicht die wichtigste, für die ausländerfeindlichen Äußerungen in der Bevölkerung, als Parolen an Hauswänden, als Türkenwitze, als Beschimpfungen in der Schule, liegt in der offiziellen Behandlung der Ausländer. Ausländerfeindlich sind nicht nur die Arbeitslage und Wohnsituation der ausländischen Familien, nicht nur ihre soziale und medizinische Versorgung, nicht nur die Möglichkeit ihrer kulturellen Entfaltung, nicht nur die schulischen Möglichkeiten der Kinder und damit auch ihre beruflichen Perspektiven. Ausländerfeindlich ist ihre gesellschaftliche Position in diesem Lande. Wenn man eine zahlenmäßig so große Gruppe, die man nicht mehr Minderheit nennen kann, politisch entmündigt dadurch, daß man ihr kein Wahlrecht einräumt und auch sonstige politische Betätigung drastisch einschränkt und streng kontrolliert, dann ist





es kein Wunder, wenn die Bevölkerung die Verachtung mit-
 verspürt und zum Teil übernimmt, die den Ausländern von
 Staats wegen zuteil wird. Wenn diese große Gruppe von Mens-
 chen entrechtet ist dadurch, daß sie in regelmäßigen Abstän-
 den um die Genehmigung zum Wohnen und zum Arbeiten bet-
 teln muß, dann ist es kein Wunder, wenn die deutschen Mit-
 bürger sie zuweilen auch als Bittstellende ansieht, wie es die
 Behörden tun. Wenn eine gesellschaftliche Gruppe entwürdigt
 ist dadurch, daß sich der Staat das Recht nimmt, in die Intim-
 bereich von Familie und Wohnung nicht nur totalen Einblick zu
 nehmen, sondern auch einzugreifen, ja diese Bereiche als
 Druckmittel verwendet, dann ist es kein Wunder,
 Teile der deutschen Bevölkerung an der Würde dieser Grup-
 pe zu zweifeln beginnen. Und dennoch, ausländerfeindliche Aus-
 serungen aus der Bevölkerung stehen in keinem Verhältnis zu
 diesen massiven Angriffen auf die Grundrechte, denen auslän-
 dische Familien von staatlicher Seite her ausgesetzt sind.

Die Entwicklung der Ausländerpolitik scheint weiteren Höhepunkten entgegenzugehen. Berlin, und dort besonders der Innensenator, zeigt ein wenig die Zukunft an:

- Jugendliche können ausgewiesen werden, wenn sie keinen Arbeitsplatz oder keine Ausbildungsstelle haben,
 - die Behörden behalten sich generell Ausweisungen vor, wenn ihre Integrationskraft, das heißt die des Staates nicht ausreicht,
 - Ausländer sollen noch weniger am politischen Geschehen beteiligt werden, bzw. noch mehr in ihrer politischen Einstellung überprüft werden.
- oo Mancherorts wird schon eine gesonderte Aufenthaltsgenehmigung auch für Kinder unter 16 gefordert.
- oo Überallspricht man schon von der Einreisegrenze bei Sechsjährigen, was bedeutet, daß Familienzusammenführung nur noch für Kinder und sechs Jahren stattfinden soll.

Wir warnen davor, nur noch die Exekutive mit den Ausländern zu befassen und somit die Entscheidung über Sein oder Nicht-Sein ausländischer Familien allein den Ausländerbehörden zu überlassen.

Wir warnen auch davor, das Thema Ausländer unter dem besonderen Kalkül der anstehenden Landtagswahlen zu behandeln oder gar wahltaktische Entscheidungen zu fällen.

Wir protestieren gegen die drastischen Einschränkungen des Rechts auf Familie bei Ausländern.

Wir protestieren auch gegen die Begrenzung des Asylrechts, gegen die Zwangsarbeit von Asylbewerbern, sowie gegen die Visumpflicht, durch die für die Verfolgten aus vielen Ländern die BRD als Ort politischen Asyls gestorben ist.

Wir protestieren auch gegen die Irreführung der deutschen und der ausländischen Bevölkerung, wenn immer wieder eine enge Verbindung zwischen Ausländerbeschäftigung und Arbeitslosigkeit gezogen wird.

Wir fordern Maßnahmen gegen ausländerfeindliche rechtsextreme Initiativen.

Wir fordern auch Maßnahmen gegen die faschistischen und damit integrationsfeindlichen Untertöne der Grauen Wölfe.

Und wir fordern nach wie vor eine konsequente Integrationspolitik, für die 1. und zweite und die folgenden Generationen, durch die allein die Entfaltung der Persönlichkeit der Ausländer, besonders ihrer Kinder gewährleistet werden kann.

Referat des Bundestagsabgeordneten Klaus Thüsing (SPD)

Die Generale haben begonnen, ihre Junta als die der Türkei gemäße Form der Regierung und Herrschaft darzustellen, ihre Herrschaft ideologisch zu überhöhen. Vom Übergang zur Demokratie ist höchstens in Erklärungen gegenüber dem Ausland noch die Rede. Zwar ist eine Verfassungsgebende Versammlung zusammengetreten, im Herbst letzten Jahres, aber schon die Aufgabenbestimmung dieser Verfassungsgebenden Versammlung macht klar, daß an Rückkehr zur Demokratie nicht gedacht werden kann. Und Rückkehr zur Demokratie heißt für uns, Zulassung, Wiederzulassung der gewerkschaftlichen Freiheiten, die Möglichkeit, sich politisch und gewerkschaftlich zu betätigen, nicht Verbot und Zerschlagung der Organisationen der Arbeiter in der Türkei. Die Verfassungsgebende Versammlung dient, wie auch in anderen Diktaturen - Militärdiktaturen dieser Welt - als Fassade, hinter der die Herrschaft der Junta sich zunehmend befestigt und sie dient dazu, der Junta einen verfassungsmäßigen Anstrich zu geben, ihr eine Scheinlegitimation zu verschaffen. Man spricht davon, daß die Parteien in der türkischen Geschichte eine Rolle gespielt haben, gerade auch die Parteien, die die Interessen der arbeitenden Menschen, der Unterdrückten vertreten haben, nicht wieder zugelassen werden sollen. Man muß annehmen, daß wenn Parteien wieder zugelassen werden, einen Platz in der neuen Verfassung finden, es Parteien sein werden, die staatlich lizenziert sind, die vom Staat zugelassen und genehmigt werden und hineinpassen in einen bürokratischen Obrigkeitsstaat, in einen Militärstaat.

Wir haben auf der sozialen und ökonomischen Ebene festzustellen eine zunehmende Verelendung der Bevölkerung. Sicherlich ist es so gewesen, daß zunächst einmal viele Bürgerinnen und

Bürger in der Türkei es begrüßt haben, daß die offenen Auseinandersetzungen revalisierender Gruppen auf der Straße beendet wurden, daß eine gewisse Ordnungsfunktion von den Militärs zunächst einmal wahrgenommen wurde. Aber der Terror hat sich von der Straße in die Gefängnisse verlagert und die Hoffnung der Bevölkerung, daß sie ihrem Elend, ihrem sozialen Elend netkommen könnte, hat sich nicht erfüllt. Das Gegenteil ist der Fall. Und es gibt keine Ansätze, soziale und wirtschaftliche Ansätze, die eine Kehrtwende versprechen könnten. Im Gegenteil setzen die türkischen Militärs, wie auch andere Militärdiktaturen in der Welt auf die Segnungen des ausländischen Kapitals. Und sie betrachten nach wie vor die in Westeuropa arbeitenden Landsleute, Staatsbürger der Türkei, als Hauptdevisenquelle. Der Export von Arbeitsnehmern soll fortgesetzt werden, aus dem wesentlichen Grunde, weil durch sie Kapital zurückfließt in die Türkei.

Was ist unsere Rolle? Wir können, so meine ich, nicht einfach die Lage in der Türkei beklagen, ohne den Versuch zu machen, die Rolle der Bundesrepublik ebenfalls zu analysieren.

Die Türkei ist Mitglied der NATO, Mitglied des Europarates, assoziiertes Mitglied der Europäischen Gemeinschaft mit der Aussicht, noch in diesem Jahrzehnt Vollmitglied der Europäischen Gemeinschaft zu werden. Wenn man den historischen Quellen nachgeht, kann man heute feststellen, daß der Militärputsch nicht ohne Wissen und Billigung des Westens geschehen ist, nicht ohne Billigung der Vereinigten Staaten und nicht ohne Unterstützung der Vereinigten Staaten, die zur Zeit des Putsches, den Putsch auch bereit waren, militärisch abzusichern. Der Putsch wurde gebilligt und unterstützt und mitgeplant, um

westliche Machtpositionen abzusichern die gefährdet schienen bei zunehmenden sozialen und politischen Konflikten in der Türkei vor dem Putsch. Soziale und politische Konflikte, die eine falsche Politik des Westens mit verursacht hatte. Aber obwohl diese Politik zum Scheitern verurteilt war, haben die westlichen Länder, im wesentlichen die Vereinigten Staaten, nicht gegriffen zu einer Politik der sozialen Veränderungen, der demokratischen Entwicklung, sondern der Absicherung von Machtpositionen durch militärische Mittel. Eine Machtposition, die wegen der geographischen Lage der Türkei zwischen der Sowjetunion und den Konfliktfeldern des Nahen Ostens und den nahöstlichen und mittelöstlichen Ölstaaten hinreichend gekennzeichnet ist. Und so hat der Westen in dem Putsch eine Stabilisierung ihrer Machtposition im Mittleren und Nahen Osten gesehen, also die Sicherung der Türkei als Pufferstaat im westlichen militärischen und ökonomischen Interesse; als Landbasis auch für die Raketen der Vereinigten Staaten gegen die Sowjetunion. So paßt der Militärputsch hinein in die Politik, die dann unter dem neuen amerikanischen Präsidenten Reagan ihre Ausformung weiter gefunden hat, die endgültig klare Konturen gewonnen hat, eine Politik, die durch zwei dramatische Veränderungen oder Festlegungen gekennzeichnet ist, nämlich: Militärische Überlegenheit gegenüber dem Osten und zweitens Unterstützung der Staaten in der Dritten Welt und verbündeter Staaten nach kurzfristigen militärischen und ökonomischen Interessen der Vereinigten Staaten, unabhängig von der jeweiligen Staatsform, wobei sogar jeder demokratische und soziale Fortschritt, jede soziale und gesellschaftliche Veränderung als Risiko erscheint und nicht erscheint als Chance. So ist zu erklären, daß die Militärjunta der Türkei in den

westliche Machtpositionen abschwächen die gefährdet schien
 letzten Monaten großes Lob erfahren haben vom amerikanischen
 Außenminister und Verteidigungsminister, ohne jegliche Andeu-
 tung der Erwartung etwa, daß die Türkei zur Demokratie zurück-
 kehrt und die sozialen Grundlagen für die Rückkehr zur Demo-
 kratie geschaffen werden. Nein, die Herrschaft der Junta an
 sich, wie sie sich darstellt, als Stabilitätsfaktor nach
 innen und außen - was nach innen heißt: Unterdrückungsfaktor -
 wurde gelobt und für richtig befunden. Dahinter steht noch
 etwas anderes, nämlich eine geradezu rassistische Verachtung
 für die Türken, die man nicht fähig glaubt zur Demokratie, zu
 einer sozialen und politischen Entwicklung im Rahmen demokra-
 tischer Strukturen. Dieses Element der rassistischen Verachtung
 ist bisher in den Diskussionen, so glaube ich, viel zu kurz
 gekommen, auch wenn man dieses Element mit hineinnimmt in die
 Analyse der Ausländerfeindschaft in der Bundesrepublik. Türken



Am 8. Mai in Duisburg: Demonstration für die gewerkschaftlichen und demokratischen Rechte in der Türkei und für die Solidarität mit den ausländischen Kollegen in der Bundesrepublik.

Foto: Scholz



Türkische Arbeiter in Köln: Trauer um den ermordeten Gewerkschaftsführer Kemal Türkler. Foto: Rose

sind zur Demokratie nicht fähig, sie brauchen die harte Hand, das ist ihre Tradition. Solche Dinge hört man ja allenthalben und dann wird sehr schnell historisches Material herangezogen, das beliebig verbogen und verdreht wird zum Beweis dieser These. Tatsächlich hat sich die Politik der Bundesregierung in das Konzept, das ich dargestellt habe, eingepaßt. Als so dramatische Veränderung wurde ja bekanntlich die Machtübernahme durch die Militärs der Türkei nicht gesehen; scheinheilig wurde gesagt: "Was blieb eigentlich der Türkei noch übrig, die Militärs können jedenfalls wieder für Ordnung sorgen und da muß man einmal sehen, wie das in der Türkei weitergeht." Sehr aufgeregt hat der Putsch ja hier niemand und die damals erkennbare Gefahr ist jetzt zur Alltäglichkeit geworden, daß wir uns gewöhnt haben an die Herrschaft der Militärs in der Türkei. Das trifft zu für die öffentliche Meinung, das trifft

aber auch zu für politische Institutionen, vom Bundestag angefangen bis hin zum Europarat. Gerade der Europarat ist ein sehr illustratives Beispiel für die Gewöhnung an eine Diktatur.

Die Bundesregierung hat nichts dabei gefunden, die Türkeihilfe so fortzusetzen als sei nichts gewesen. Vor dem Putsch wurde gesagt zur Begründung der Türkeihilfe - ich erinnere daran: innerhalb der OECD war die Bundesrepublik Koordinator der Türkeihilfe der westeuropäischen Staaten - vor dem Putsch hat man gesagt: Die Türkeihilfe dient dazu, die Demokratie zu stabilisieren. Dann war man nach dem 12. September 1980 sehr schnell bei der Hand mit der Erklärung, nun diene die Türkeihilfe dazu, die Demokratie wiederherzustellen. Das war also beliebig austauschbar als Argument. Und Demokratie sollte dann wohl wesentlich wiederhergestellt werden durch Militärhilfe, denn das ist ja der Kern der Türkeihilfe vor dem Putsch gewesen und nach dem Putsch stärker geworden.

Die Türkeihilfe hat betragen jeweils zwischen 400 und 500 Millionen Mark, sicherlich gab es innerhalb dieser Hilfe auch einige Projekte die sinnvoll fortgeführt wurden, Bau eines Staudamms beispielsweise, einige kleinere landwirtschaftliche Projekte, wo man direkt den Zusammenhang zwischen Hilfe und Verbesserung der Lage der Bevölkerung, der Grundbedürfnisbefriedigung nachweisen kann, aber das sind nur einige Tropfen am Rande dieser Hilfe. Im Grunde ist die Militärhilfe eine Stabilitätshilfe für die Junta den Bankrott des türkischen Staates zu vermeiden, denn die prekäre finanzielle Lage der Türkei hat unter der Junta wegen der von ihr eingeschlagenen Wirtschaftspolitik zugenommen. Die ökonomische Lage hat sich rapide verschlechtert.

Die Hilfe, auch die Militärhilfe, wurde ohne politische Bedingungen gegeben. Es wurden auch vom Bundestag, das will ich ausdrücklich sagen als jemand der im Parlament sitzt, lediglich Erwartungen zum Ausdruck gebracht. Daß nur einige wenige Kollegen, die man an einer Hand aufzählen kann, die Widerstand geleistet haben, zwei von denen sind inzwischen nicht mehr in der Fraktion, ein dritter sitzt hier und zwei andere wären zu nennen, nämlich Rudolf Windig und Uwe Holtz und vielleicht habe ich einen vergessen, mag auch sein zwei, denen ich keine Unehre antun will, aber mehr als sieben waren es auf gar keinen Fall, von über 100 Beteiligten innerhalb der Koalition. Daß die Freigabe der Mittel sozusagen pünktlich erfolgte zum Jahrestag des Putsches, das hat nur noch wenige gestört. So sensibel ist das Parlament und die Politiker, was die Entwicklung in der Türkei angeht, und ich will das hier sehr offen sagen.

Eine kritische Debatte zur Verabschiedung des Haushalts '82 und der vorgesehenen Weiterzahlung der Türkeihilfe wurde unterbunden. Wir wurden verwiesen auf den Februar, in dem der Bundestag eine eigene Türkei-Debatte ansetzen sollte. Der Februar ist längst vorbei und vor Mai wird eine Debatte nach der Tagesordnungslage des Bundestages gar nicht mehr möglich sein. Aber ich habe auch schon lange nichts mehr von diesem Plan gehört. Lediglich bei der Verabschiedung des Haushalts hat ein Abgeordneter, Manfred Coppik, im Namen von Karl-Heinz Hansen und mir eine Erklärung abgegeben zur Türkeihilfe und begründet, weshalb wir den Etat des Außenministers als Koalitionsabgeordnete nicht zugestimmt haben. Aber das war nur noch ein kleiner symbolischer Akt am Rande, kaum bemerkt und nur noch ein letzter Versuch, noch einmal einen Protest wenigstens anzumerken, sozusagen

protokollarisch, weiteres und anderes war schon nicht mehr möglich. Und das politische Gewicht bekommt diese Tatsache eigentlich erst angesichts von Afghanistan. Es gab im Parlament eine Afghanistan-Debatte und mehrere Debatten über die Lage in der Volksrepublik Polen. Darüber kann man reden und kann sich darüber unterhalten, ob das sein soll oder nicht, das ist nicht die Frage, aber über die Türkei, NATO-Staat, Partner, mit uns freundschaftlich verbunden, wie man sagt, Mitglied des Europarates, da findet eine solche Debatte nicht statt, und tatsächlich hat es seit dem Putsch keine kritische Debatte des Deutschen Bundestages über die Türkei gegeben, sondern nur immer am Rande hat es kritische Betrachtungen im Bundestag gegeben und Fragen von einzelnen Abgeordneten in der Fragestunde des Bundestages.

Bei der Türkei, mit uns verbündet und aus unserem Haushalt mit subventioniert, Empfänger von Millionen an Militärhilfe, wäre dieser Anlaß zur Debatte ständig gegeben. Ich habe auf das Europäische Parlament, auch den Europarat schon verwiesen, da hat es im Europarat auch zunehmend schwammige Berichte und Erklärungen gegeben. Der Steiner-Bericht war sozusagen noch von demokratischem Geist geprägt. Der hat wenigstens noch ein paar Ansprüche formuliert. Der neue Bericht, der im Europarat vorliegt, ist sehr viel weicher, sehr viel vorsichtiger, hat sehr viel weniger Maßstäbe entwickelt an dem die Entwicklung gemessen wird, sondern verweist sozusagen auf das Prinzip Hoffnung: es wird schon wieder alles werden in Türkei. Aber bekanntlich besteht Politik darin, daß für bestimmte Ziele klare Schritte angegeben werden und hier klare Schritte zur Rückkehr zur Demokratie und der Verstärkung der Voraussetzungen

für Demokratie. Denn Demokratie beruht auf sozialen Fundamenten. Und diese sozialen Fundamente müssen in der Türkei gestärkt und wieder geschaffen werden. Das Europäische Parlament ist immerhin in den Resolutionen noch einigermaßen klar orientiert, allerdings in der Politik weniger. Und wenn man überlegt, daß der Europarat debattiert hat auf Ausschluß der Türkei, dann sieht man auch hier die Entwicklung. Auch die Mitgliedschaft der Türkei in der NATO ist ja höchst problematisch. Die NATO will ja auch nach dem NATO-Vertrag die Freiheit verteidigen. Und wenn jetzt beispielsweise gesagt wird, ich glaube vor drei Wochen vom Verteidigungsminister der Bundesrepublik, die NATO sei ja nicht nur ein Verteidigungsbündnis, sondern eine auf Werten beruhende Gemeinschaft. So muß man einmal fragen, wie ist das mit der Türkei, wenn das schon so ist, daß die NATO ein wertgebundenes Bündnis ist. Da müßte die Türkei aus der NATO ja sofort unter diesen Umständen ausgeschlossen werden. Man kann das drehen oder wenden wie man will, es ist sehr klar, daß hier unter sehr kurzfristigen militärischen und ökonomischen Interessen ein Regime unterstützt wird, daß man nur verlangt von diesem Regime, unter propagandistischen Aspekten die Mär von der Rückkehr zur Demokratie aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig wird aber übersehen, daß Unterdrückung, Folter und Repression nicht fortbestehen, sondern zunehmen. Man braucht ja nur einmal hineinzusehen in die augenblicklich stattfindenden Prozesse und die Verurteilung bis hin zu möglichen Todesurteilen. Ich sagte schon, die Junta selbst entwickelt zunehmend eine ideologische Überhöhung ihrer Herrschaft, die ideologische Überhöhung dieser Herrschaft ist der erste Schritt der auf Faschismus deutet, der wegführt von der zunächst obrigstaatlichen Herrschaft durch das Militär, auf eine zunehmende faschistische Komponente

innerhalb dieser Herrschaft. Wobei die Militärs sich dann als die vom Schicksal sozusagen auserwählten Herren der Türkei sehen, die auch eine zunehmend aggressive Außenpolitik betreiben und die Elemente entwickeln, die faschistische Regime kennzeichnen. Wir haben es zu tun mit einer Entwicklung die durchaus so verläuft, auf der politisch-ideologischen Ebene, wie beispielsweise in Chile.

Was ist notwendig?

Notwendig ist für die Türkei eine soziale Revolution, eine soziale Revolution als Voraussetzung für Demokratie und Freiheit. Das Gegenteil geschieht mit unserer Unterstützung. Welche Chancen haben wir?

Wir dürfen nichts unversucht lassen, trotz aller Rückschläge, die Politik der Bundesregierung zu verändern durch öffentlichen Protest auf allen Ebenen. Wir dürfen da nicht nachlassen, wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, daß die Militärherrschaft akzeptiert wird. Aber wir müssen etwas zweites tun, was bisher zu wenig genutzt wurde. Wir müssen das demokratische Potential, das die türkischen Mitbürger und Mitbürgerinnen hier darstellen, mehr nutzen für die demokratische Entwicklung in der Türkei. Denn hier können sich die demokratischen Türken äußern, trotz aller Repression und trotz aller kritischen Beobachtung solcher demokratischer Gruppen der Türken in der Bundesrepublik. Das heißt aber, wenn wirklich die demokratischen türkischen Mitbürger und Mitbürgerinnen hier eine Chance haben wollen, daß eine Veränderung der Ausländerpolitik auch unter diesem Aspekt zu fordern ist. Denn bedroht durch jederzeitige Ausweisung, können sich demokratische Strukturen nur schwerlich entwickeln und haben die Faschisten ihre Chance in der Bundesrepublik,

die faschistischen Organisationen der Türken. Denn von einem türkischen Arbeitnehmer, der arbeitslos wird und dann eines Tages Sozialhilfeempfänger wird und als Sozialhilfeempfänger an sich ausgewiesen werden kann, und zwar in die Türkei zwangsweise ausgewiesen, kann man nicht unbedingt erwarten, daß er zum politischen Märtyrer dadurch wird. Er kann ja wegen der geringsten Strafen, beispielsweise auch wegen Verkehrsdelikten schon ausgewiesen werden, auch nach langjährigem Aufenthalt in der Bundesrepublik. Die Rechtssicherheit ist also die Rechtssicherheit des ständigen Aufenthaltes in der Bundesrepublik als Fundament, auf dem überhaupt sich demokratische Strukturen entwickeln können. Dazu gehört auch das Verbot der faschistischen Organisationen, ihrer Publikationen und ihrer Institutionen. Und die haben ja ein Zentrum fast in jeder größeren Stadt. Wir müssen das ergänzen durch eine Massenaufklärung über gerade die türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die Geschichte der Türkei, die politische und soziale Lage der Türkei, natürlich die Kultur und auch die Möglichkeit, daß die Türken, die hier leben, uns bereichern in unserer Kultur. Wir brauchen eine andere Anerkennung und Einschätzung der Arbeitsleistung der Ausländer auch durch den Deutschen Gewerkschaftsbund, der ja auch keine sehr aktive, sondern mehr eine passive, duldende Rolle spielt. Ich erinnere mich mit Schaudern an eine Rede des DGB-Vorsitzenden, wo er beispielsweise gesagt hat, ich glaubte meinen Ohren nicht zu trauen, wenn die Ausländer herkämen um treu und brav zu arbeiten, hätte ja niemand von den Kollegen im DGB was dagegen, aber wenn die anfangen hier herumzupolitisieren, dann müßte der DGB ja wohl einige klare Worte sprechen. So geschehen auf einer Konferenz hier im Ruhrgebiet, die sich beschäftigte mit den

Chancen der jugendlichen Ausländer der Bundesrepublik. Andere Maßnahmen kommen dazu, wie Schule, Wohnung, Weiterbildung, eine andere Rolle der Parteien und der Gewerkschaften.

Ich glaube wir können hier, durch die Chance die wir haben, demokratische Impulse geben für die Türkei, für das Heimatland der türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Nur, diese Chance ist bisher viel zu wenig genutzt worden. Nicht abschieben, sondern die Entwicklungschancen nutzen, die wir durch dieses Potential haben, das wäre die Aufgabe aller Demokraten, wenn wir an die Chance für Demokratie, Freiheit und friedliche Entwicklung in Europa und darüber hinaus glauben.

TÜRKİYE SOSYAL
TÜSTAV
TARİH ARASTIRMA VAKFI

Referat von Peter Schütt, Schriftsteller

Gegen Ausländerfeindlichkeit - Solidarität mit ausländischen Arbeitern!

Türkenwitze sind im Umlauf - wie in schlimmeren Zeiten die Judenwitze. Zum Beispiel: "Die Berliner Mauer soll jetzt abgerissen werden. Sie soll aus neuem Material wiederaufgebaut werden. Aus welchem Material? Aus übereinandergeschichteten Türkenweibern. Da geht keiner rüber!" Frauenfeindlichkeit, Antikommunismus und Ausländerhaß sind an dieser Stammtischgemeinschaft zu gleichen Teilen beteiligt. Andere Witze gehen in offenkundiger Nazimaniere noch weiter. "Was ist der Unterschied zwischen den Juden und den Türken? Antwort: Die Juden haben es hinter sich, die Türken noch vor sich!" Oder: "Wieviel Türken gehen in einen VW? Fünfzehn, fünf ins Auto, zehn in den Aschenbecher!"

Vor mehr als einem Jahr habe ich in einer Streitschrift unter dem Titel "Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan" den neu entstehenden bundesdeutschen Rassismus angeprangert. Damals waren viele meiner Leser und Kritiker noch geneigt, anzunehmen, ich hätte um der Polemik willen übertrieben, aber heute hat mich schon, fürchte ich, die Wirklichkeit eingeholt und überholt.

Kein Zweifel: Die Ausländerfeindlichkeit ist ein Bereich, in dem der Faschismus, mehr als 35 Jahre nach dem Ende des Krieges, immer noch oder schon wieder eine Massenbasis hat. Der Rassismus äußert sich längst nicht mehr in barbarischen Witzen und ausländerfeindlichen Parolen an Zäunen und Wänden, er ist längst zur offenen Gewaltandrohung gegenüber den 4,7 Millionen auslän-

dischen Mitbürgern geworden und hat bei Bombenanschlägen von rechten Terroristen gegenüber Vietnamesen, Juden, Türken und Asylsuchenden bereits mehrere Todesopfer gefordert.

In Kiel hat zur Landtagswahl 1982 eine neofaschistische "Liste für Ausländerbegrenzung" kandidiert und trotz Proteste und Demonstrationen auf Anhieb 3,7 Prozent der Stimmen bekommen, nicht zuletzt in klassischen Arbeiterwohngebieten.

Die Autoren des berüchtigten "Heidelberger Professoren-Manifestes" und die Neonazis rufen: Ausländer raus! Die Bundesregierung und die im Bundestag vertretenen Parteien rufen nur: Ausländerstopp! Es sind, sage ich, zwei Varianten ein und derselben Kampagne. Der Zweck ist derselbe, unterschiedlich sind einstweilen nur die Methoden.

Wie hat es damals angefangen, 1933? Es begann mit Professoren-erklärungen, in denen wie im Heidelberger Manifest vom Dezember 1981 einangebliches Recht auf völkische oder nationale Identität gefordert wurde, es begann mit Zuzugs- und Einwanderungsverboten gegenüber Juden, Zigeunern und sogenannten "Bastarden" und endete - wie bekannt.

Zur Klärung möchte ich den Heidelberger, Kieler und Bonner Ausländerfeinden vorschlagen, der Einfachheit halber im Bundestag ein neues Gesetz "zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" einzubringen. Es könnte analog zu den Nürnberger Gesetzen vom September 1935 folgenden Wortlaut haben:

"Paragraph 1 - Eheschließungen zwischen Ausländern und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten.

Paragraph 2 - Außerehelicher Geschlechtsverkehr zwischen Aus-

ländern und Staatsangehörigen deutschen und artverwandten Blutes ist verboten.

Paragraph 3 - Ausländer dürfen weibliche Staatsangehörige deutschen und artverwandten Blutes unter 45 Jahren nicht in ihrem Haushalt beschäftigen.

Paragraph 4 - Ausländern ist das Hissen der Flagge der Bundesrepublik Deutschland verboten.

Paragraph 5 - Wer den Verboten zuwiderhandelt, wird mit Zuchthaus bestraft ..."

Wer geglaubt hätte, der faschistische Rassenwahn hätte in unserer Heimat nach dem Holocaust keine Wurzeln mehr, sieht sich durch die Erfahrungen der letzten Monate bitter getäuscht. Wenn rechte Politiker jetzt ultimativ die "Lösung der Gastarbeiterfrage" fordern, muß man-frau dann nicht an die "Endlösung der Judenfrage" denken - mit all ihren mörderischen Konsequenzen?

Antifaschistische, antirassistische Wachsamkeit ist geboten. Zögernd formiert sich der demokratische Widerstand gegen die Woge von Fremdenhaß und Ausländerfeindlichkeit, die offenbar in einem vielfältigen Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Krisenerscheinungen, mit der Massenarbeitslosigkeit und mit dem Abbau sozialer und demokratischer Rechte, steht. In einer ganzen Reihe bundesdeutscher Städte, so in Offenburg, Frankfurt, Duisburg, Krefeld, Hanau, Bad Kreuznach, Kiel, Bremen und Hamburg, haben sich in den letzten Monaten bemerkenswerte, breite Bürgerinitiativen gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus gebildet. Initiiert von der Vereinigung türkischer Arbeitervereine, der FIDEF, haben im Dezember 1981 in über 20

Städten der Bundesrepublik "Wochen der Freundschaft" zwischen ausländischen und deutschen Mitbürgern stattgefunden. Am 30. Januar 1982, dem 49. Jahrestag der faschistischen Machtergreifung, demonstrierten in Hamburg mehr als 5 000 Bürger gegen die Ausländerhetze und für die Solidarität von deutschen und ausländischen Kollegen. Aufgerufen hatten insgesamt 66 Organisationen, unter ihnen 32 ausländische Vereine. Im Demonstrationenzug sah ich Exbürgermeister Klose, den DKP-Bezirksvorsitzenden Wolfgang Gehrcke, die Sprecherin der Hamburger "Grünen", Christiane Kukielka, das internationale Staatsopernballet mit seinem Leiter John Neumeyer, die Frauen der IAF, die Hamburger Anti-Apartheid-Gruppe, die Vereinigung thailändischer Frauen, den koreanischen Schwesternbund, die nigerianische Studentenvereinigung und viele Gastarbeiter aus der Türkei, aus Griechenland, Jugoslawien, Italien, Spanien und Portugal. Der Anfang zu einer Bürgerrechtsbewegung wurde gemacht. Inzwischen gibt es in Hamburg einen ständigen Arbeitskreis, der von den Initiatoren der Demonstration getragen wird, und es wird die Herausgabe einer regelmäßigen Zeitung für Ausländerfragen in Hamburg vorbereitet.

Die Hamburger Demonstration machte anschaulich deutlich, wie sich sehr das Gesicht unseres Volkes im Laufe der letzten zwei Jahre gewandelt hat.

Ich halte die Überwindung der rassistischen Diskriminierung unserer ausländischen Mitbürger für eine unentbehrliche, innenpolitische Ergänzung zur Friedensbewegung. Sowie der Raketenkurs der Rüstungslobbyisten im Innern des Landes einhergeht mit der Propagierung neuer Feindbilder, mit Fremden- und Ausländerfeindlichkeit, so muß unser Kampf gegen den Rüstungswahn-

sinn gepaart sein mit einem ehrlichen Engagement für Völkerfreundschaft und Versöhnung im eigenen Land. Herrschen im inneren eines Landes Unfrieden und Feindseligkeit, kann es auch nach außen hin keine wirkungsvolle Friedenspolitik geben. Darum ist die Stellung gegenüber den Rechten unserer ausländischen Mitbürger zugleich eine Stellungnahme zur Hauptfrage unserer Zeit, zur Frage Krieg oder Frieden.

In der Bundestagsdebatte vom 28. Januar 1982 haben alle Redner ihre ausländerfeindlichen Beschlüsse damit gerechtfertigt, daß sie immer wieder betonten, die Bundesrepublik sei kein "Einwanderungsland". Diese stets wiederholte Feststellung dient aber zur Rechtfertigung ihrer familienfeindlichen Maßnahmen, ja zur Rechtfertigung einer Politik, die die ausländischen Arbeiter aus unserem Land vertreiben soll. Das ist doch der wahre Hintergrund.

Vor 15 oder 20 Jahren wurden ausländische Arbeiter massenhaft in unser Land geholt. Wardenn damals die Bundesrepublik Deutschland ein Einwanderungsland? Das Argument, oder besser gesagt die Feststellung, die Bundesregierung Deutschland sei kein Einwanderungsland, ist sehr durchsichtig und gefährlich zugleich. Es schürt die Ausländerfeindlichkeit, den Nationalismus, Chauvinismus und Rassismus.

Ich sage es ehrlich: Als 1939 in einem faschistischen Elternhaus geborener Deutscher, als Deutscher, der mit einer afroamerikanischen Ehefrau verheiratet ist, habe ich den faschistischen Rassenwahn gründlich satt, ich habe keine Angst vor Überfremdung und Unterwanderung, ich mische mich gern unter die Fremden.

In meinem Haus gehen Deutsche und Ausländer ein und aus, und ich möchte entschieden, daß das auch in Zukunft so bleibt. Unser Land hat kein Nachholbedarf für Fremdenhaß und Chauvinismus, sondern umgekehrt für Gastfreundlichkeit, internationale Offenheit und Kulturaustausch. Mehr noch als andere Länder haben wir die Verpflichtung zum äußeren und zum inneren Frieden, wir haben die Verpflichtung, Probleme des Zusammenlebens auf der Basis von Toleranz und Freiheit nicht durch administrativen Druck zu lösen. Die Menschheit wird, wenn es ihr gelingt, ihr Leben vor dem Krieg und dem Untergang zu bewahren, künftig nur als multinationaler Völkerbund miteinander auskommen, die nationalen Grenzen werden überwunden werden, und dieser Prozeß wird sich umso schneller vollziehen, wenn sich der Annäherungs- und Verständigungsprozeß der verschiedenen Kulturen und Völker schon vorher im Landesinneren durchgesetzt hat. Zerschlagen wir unsere innenpolitischen Feindbilder, und dazu gehört neben dem Kommunisten vor allem der Ausländer, so verlieren auch die außenpolitischen Feindbilder, die Bedrohungslügen und die angeblichen Gefahren, die aus dem Osten kommen, rascher an Wirksamkeit.

Vergessen wir nicht: In der materiellen Großproduktion haben die Minderheiten der Gastarbeiter zusammen die Mehrheit. Türken, Griechen, Jugoslawen, Italiener, Spanier und Portugiesen gehören zum Kern der Arbeiterklasse unseres Landes. 72 Prozent der heimischen Kohle werden von Ausländern gefördert, mehr als 40 Prozent der Chemieprodukte werden von Gastarbeitern hergestellt, 35 Prozent des Stahls von Nichtdeutschen gegossen. Gerade für die Arbeiterklasse unseres Landes trifft es zu, daß sie sich in ihrem Kampf für Frieden und soziale Sicherheit nicht spalten

läßt, die Ausländerhetze entschlossen zurückweist und gemeinsam für die Durchsetzung ihrer Ziele handelt. Gelingt es jedoch den Herrschenden, die Arbeiter unseres Landes durch Ausländerfeindlichkeit gegeneinander auszuspielen und ihr die ausländischen Kollegen als Sündenböcke vorzusetzen, als Prellböcke und Blitzableiter für die zunehmende soziale Unzufriedenheit, stehen die Aussichten für die Verteidigung der sozialen und demokratischen Rechte denkbar schlecht.

Mit Ausländerfeindlichkeit schaden wir uns letztlich selber, die Vorurteile fallen auf uns selber zurück. Da die Ausländer in ihrer großen Mehrheit Arbeiter sind, ist Ausländerfeindlichkeit immer auch Arbeiterfeindlichkeit, und wo ausländische Kinder schon wegen ihrer Mehrzahl diskriminiert werden, überträgt sich diese Kinderfeindlichkeit gleichermaßen auf die deutschen Kinder.

Unsere ausländischen Mitbürger brauchen alle Rechte, nicht bloß das kommunale Wahlrecht. Wer drei oder fünf Jahre bei uns gelebt und gearbeitet hat, hat einen Anspruch auf die Gewährung aller Menschen- und Bürgerrechte. Ich halte es für unumgänglich, daß sich alle demokratischen Kräfte unseres Landes und namentlich die Gewerkschaften einig werden in dem Ziel, das grundgesetzlich verankerte Grundrecht auf Asyl vorbehaltlos zu verteidigen. Politisch Verfolgten muß unser Land Asyl bieten, schon darum, weil während der Hitlerjahre Millionen Deutsche im Ausland Schutz und Hilfe gefunden haben.

Ein besonderes Problem sind die illegalen Zuwanderer. Der DGB fordert die Bekämpfung der illegalen Arbeit. Ich halte diese

Forderung im Prinzip für richtig. Diesen Firmen oder Scheinfirmen, die in Wahrheit Sklavenhändler sind, muß das schmutzige Handwerk gelegt werden. Sie nutzen die Not der Arbeiterinnen und Arbeiter schamlos aus. Praktisch bekommen sie nur ein Handgeld für harte Arbeit und sind weder in der Krankenkasse versichert, noch in der Arbeitslosen- und Sozialversicherung. Doch die Bekämpfung der illegalen Arbeit hat noch eine andere Seite. Soll das etwa heißen, daß ich z.B. die drei Frauen aus Trinidad, die gegenüber in der Küche eines Restaurants für sieben Mark die Stunde "schwarz" arbeiten, der Ausländerpolizei anzeige, damit sie ins Gefängnis geworfen und danach in das namenlose Elend zurückbefördert werden, dem sie gerade mit Müh und Not entronnen sind? Nein! Die Verantwortung auch für illegale Arbeit tragen die Herrschenden und Regierenden im Lande, die dieses morsche kapitalistische System mit Zähnen und Klauen verteidigen, die jetzt die ausländischen Arbeiter verteufeln und als "Puffer" auf dem Arbeitsmarkt nutzen, bzw. ausnutzen.

Die Regierenden unseres Landes beraten darüber, wie sie den Ausländerzustrom wirksam begrenzen können - etwa nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Ich halte das alles für vergebliche Haßmühen. Die USA haben an ihrer Grenze zur Dritten Welt, zu Mexiko, einen riesigen Stacheldraht entlang gezogen, sie haben Schießbefehle an ihre Grenzsoldaten erteilt und haben 1981 wiederum 46 illegale Grenzgänger erschossen. Dennoch sind in den letzten zehn Jahren mindestens sieben Millionen Einwanderer aus Mittel- und Südamerika zum allergrößten Teil illegal ins Land gekommen. Aus Haiti kamen über 700 000 Auswanderer in die USA, und das obwohl jährlich etwa 1 400 boat people auf der Flucht umkommen oder umgebracht werden. Aber so-

lang in vielen Ländern der Dritten Welt nackter Terror, Not, Elend, Barbarei und offener Faschismus herrschen, kann man die Menschen nicht von der Flucht abhalten, und koste es ihr Leben. Das einzige Ergebnis der Repressalien gegen Einwanderer aus der Dritten Welt in den USA ist: Der Preis der illegalen Arbeit sinkt weiter, die Reservearmee der "undocumented workers" steigt und drückt immer mehr auf die sozialen Rechte und Löhne der legal vermittelten Arbeitskräfte.

Was ist zu tun gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus? Kein Zweifel, wir müssen die entstehende Bürgerrechtsbewegung gegen Ausländerfeindlichkeit, für internationale Solidarität und Freundschaft nach Kräften unterstützen. Wir müssen Bürgerinitiativen, Clubs der Freundschaft und Aktionsbündnisse fördern, in denen Deutsche und Ausländer gemeinsam Front machen gegen Rassismus und Chauvinismus. Wir müssen vor allem in den Gewerkschaften aktiv und wachsam sein, damit die Arbeitersolidarität stark genug wird, um alle Spaltungsversuche zwischen ausländischen und deutschen Kolleginnen und Kollegen zurückzuweisen. Wir müssen neofaschistische Provokationen, wie das Heidelberger Professoren-Manifest oder die Kieler und jetzt auch Hamburger Liste für Ausländerbegrenzung wirksam, öffentlichwirksam, entgegentreten.

Darüber hinaus sollten wir alle konkreten Maßnahmen unterstützen, die den ökonomischen, sozialen und kulturellen Ursachen des Ausländerproblems zu Leibe rücken. Die GEW hat gefordert, 50 000 arbeitslose Lehrer einzustellen, um durch gezielte Förderung die Benachteiligung ausländischer Kinder und Jugendlicher in der Bildung und Ausbildung zu beseitigen. Ich halte das für

einen gerade genialen Vorschlag. Es würde viele durchaus miteinander verbundene Probleme, die ausländische und deutsche Mitbürger gleichermaßen betreffen, lösen helfen.

Im Bausektor sind gegenwärtig mindestens 10 Prozent der deutschen und über 20 Prozent der ausländischen Beschäftigten arbeitslos. Wäre es da nicht an der Zeit, von der Bundesregierung im Rahmen ihres Beschäftigungsprogramms einen umfassenden Plan zur Sanierung der verslumten Altbaustadtteile zu verlangen, um so die zunehmende Ghettoisierung unserer ausländischen Mitbürger zu stoppen und die Arbeitslosigkeit deutscher und ausländischer Bauarbeiter abzubauen?

Auch über die Entwicklungshilfe wäre neu nachzudenken. Sollte sich die Friedensbewegung nicht stark machen für den Vorschlag der UNO, die Rüstung jährlich um 10 Prozent zu reduzieren und die freiwerdenden ökonomischen, finanziellen und technischen Mittel für die Entwicklungshilfe zu nutzen? Damit könnten in den ärmsten Ländern der Erde schrittweise die Ursachen beseitigt werden, die Millionen Menschen von Jahr zu Jahr zu Flucht und Auswanderung veranlassen, und es könnte jenen Ausländern, die gern in ihre Heimat zurückkehren möchten, wenn sie dort nur Arbeit und Brot fänden, eine sinnvolle und für alle lohnende Tätigkeit geboten werden.

Liebe Freunde!

Zur Zeit wird die bürgerliche Presse wellenweise mit einer wahren Flut ausländerfeindlicher Artikel überschwemmt. Aus dieser Artikelflut möchte ich eingangs einen Kommentar hervorheben, der mich besonders betroffen gemacht hat. Er stand am 15.3.1982 in der WAZ, in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung. Es ging um die von Frau Funke aufgeworfene Frage, ob man nicht durch Rückzahlung von Sozialbeiträgen Rückkehrwilligkeit, insbesondere von Türken, fördern könne. Der Kommentator meinte dazu: es wäre freilich Illusion zu glauben, daß sich dadurch allein und kurzfristig eine Lösung der Gastarbeiterfrage erreichen ließe. Eine Lösung der Gastarbeiterfrage - soweit sind wir also schon wieder! Fast allen Kollegen, die diesen Satz gelesen hatten, war es genau so wie mir gegangen, es war ihnen dazu spontan das Wort Endlösung eingefallen. Dies ist kein Zufall. Es ist nämlich ein fundamentaler Unterschied, ob man von der Lösung der Probleme der Gastarbeiter spricht, wie das früher wirklich war, oder ob man die Gastarbeiterfrage lösen will, wie das offensichtlich in Mode kommt. Wer die Existenz der ausländischen Arbeiter in unserem Land zu einer offenen Frage erklärt, kann nur einen Lösungsweg im Sinne haben, die ausländischen Arbeiter müssen weg, auf welche Weise auch immer. Die Entwicklungstendenz zu dieser krassen und unverdeckten Form der Ausländerfeindlichkeit ist in den verschiedensten Lebensbereichen zu erkennen. Dies gilt auch für den Bereich von Bildung und Ausbildung, wo einerseits den ausländischen Kindern und Jugendlichen immer mehr die Möglichkeit genommen wird sich zu qualifizieren und wo andererseits immer stärker die Tendenz in den Vordergrund tritt, die ausländischen Schüler von den deutschen Schülern zu isolieren. Ich möchte diese Entwicklung am Beispiel von Nordrhein-Westfalen mit einem Drittel der Wohnbevölkerung und einem Drittel der betroffenen ausländischen Kinder und Jugendlichen kurz und zusammenfassend darstellen.

Der Grundmechanismus der zur Isolierung und Dequalifizierung ausländischer Schüler führt funktioniert folgendermaßen:

Es werden zunächst nicht die Lehrer instandversetzt, hier auf die besonderen Lernbedürfnisse der ausländischen Schüler sachgerecht einzugehen. Es gibt zur Zeit kaum einen, oder vielleicht hier im Lande keinen einzigen Lehrer der spezifisch für die Aufgabe ausgebildet ist, ausländische Schüler auf den Besuch von Regelklassen vorzubereiten. Das hat zur Folge, daß die ausländischen Schüler nicht ausreichend auf den Unterricht in der Regelklasse vorbereitet werden. Zwar schafft trotzdem mancher ausländischer Schüler den Anschluß, jedenfalls auf Hauptschulniveau, mehr oder weniger aus eigener Kraft. Für die meisten aber bedeutet die mangelhafte Vorbereitung, daß sie selbst auf diesem Niveau den Anschluß nicht wirklich schaffen. Sie geraten deshalb an den Rand der Regelklasse und entwickeln sich zum Störfaktor. Von hier erklärt es sich, warum selbst nach offiziellen Angaben bisher nur 58 Prozent der ausländischen Schüler den niedrigsten Bildungsabschluß, den der Hauptschule, schaffen. Von hier erklärt sich auch das an sich unsinnige Bestreben, Quoten von ausländischen Kindern herauszufinden, die in der Regelklasse gerade noch zu verkraften sind. In der offiziellen Diskussion bewegen sich diese Quoten zur Zeit zwischen 20 und 50 Prozent. Die niedrige Schulerfolg der ausländischen Schüler senkt ihr Ansehen in der Schule, was wiederum dazu beiträgt, daß noch weniger für sie getan wird, als sowieso schon getan wird. Andererseits nimmt ihr Anteil an der Gesamtzahl der Schüler ständig zu. Sie liegt im Landeschnitt in Nordrhein-Westfalen bei allen Schulformen bei 9,2 Prozent. Das bedeutet für die Ballungsgebiete, und dort wiederum besonders in den Arbeitervierteln, in den Grund- und Hauptschulen einen Ausländeranteil von 30 bis 80 Prozent und mehr. Bei einem so hohen Anteil kann man die ausländischen Schüler nicht mehr als Randerscheinungen behandeln. Es ist deshalb seit langem üblich und wird immer

üblicher, sie in segregierte Beschulungsformen abuschieben, wo sie den Deutschen nicht mehr zur Last fallen können. Die segregierte Beschulung hat sich zunächst dadurch entwickelt, daß die Vorbereitungsklassen umfunktioniert wurden. Vorbereitungsklassen wurden in Nordrhein-Westfalen ab 1969 verstärkt eingeführt. Hier sollten die ausländischen Schüler innerhalb eines Jahres, später innerhalb von zwei Jahren, von deutschen und ausländischen Lehrern gemeinsam auf die Regelklassen vorbereitet werden. Da jedoch die Lehrer mit dieser Aufgabe völlig alleingelassen wurden, funktionierte die Vorbereitung nicht. Es bildete sich deshalb die Tendenz heraus, die ausländischen Schüler in diesen Klassen langfristig zu belassen und sie dort zu verwahren. Diese Tendenz wurde 1976 durch einen neuen Beschulungs-Erlass legalisiert, der erstmals 6-jährige Vorbereitungsklassen in Langform vorsah. Von gewerkschaftlicher Seite wurde damals bereits das Scheitern dieser Klassen vorausgesagt und erklärt, hier geht es nicht mehr um Vorbereitung sondern nur um mehr oder weniger endgültige Segregation. Es entstand das Schlagwort von der Rassentrennung in unseren Schulen. Die Entwicklung hat diese Einschätzung vollauf bestätigt. Inzwischen ist die Landesregierung vom Modell der 6-jährigen Vorbereitungsklasse wieder abgekommen. Dies bedeutet aber nicht etwa eine Einschränkung der Segregation, das genaue Gegenteil ist der Fall. Die Landesregierung unterläuft das gesamte Konzept der Vorbereitung auf die Regelklasse und steuert statt dessen für alle Ballungsgebiete die Bildung sogenannter Regelklassen mit ausschließlich ausländischen Schülern an. Diese Klassen sollen zwar ausschließlich ausländische Schüler enthalten, aber wie eine Regelklasse ausschließlich vom deutschen Lehrer in deutscher Sprache nach den hier gültigen Richtlinien der Regelklasse unterrichtet werden. Es sind die unrühmlichen westberliner besonderen Klassen, die hier von der SPD-Landesregierung eingeführt werden sollen.

Ihr völliges pädagogisches Scheitern in Westberlin ist damit offenbar kein Hinderungsgrund, da diese Klassen ohnehin nicht aus pädagogischen sondern aus rein ökonomischen Gründen eingerichtet werden. Der Hintergrund ist ein doppelter: einmal hat der Anteil der ausländischen Schüler in vielen Gebieten in einem Maße zugenommen, daß sich die Dauersegregation nicht mehr unter dem Vorwand der Vorbereitung auf die Regelklasse kaschieren läßt, zum anderen will die Landesregierung die früher in den Vorbereitungsklassen die ausländischen Lehrer völlig allein gelassen hat, heute die im Landesdienst beschäftigten ausländischen Lehrer möglichst weitgehend abbauen. Das geht aber nur indem man die Einsatzmöglichkeiten für ausländische Lehrer beschränkt. Das einfachste Mittel dazu ist es, die segregierten Klassen ab jetzt als Regelklassen zu definieren, denn für Regelklassen gibt es kein Lehrdeputat für den ausländischen Lehrer. Die veränderte Einstellung der Landesregierung zur Beschäftigung ausländischer Lehrer hat ebenfalls keine pädagogischen sondern rein ökonomische Gründe. Früher hat man ausländische Lehrer gern beschäftigt, weil sie im Prinzip billiger sind als deutsche, einmal werden sie nur im Angestelltenverhältnis und dort nach BAT 4 B oder BAT 4 A bezahlt, nicht nach BAT 3 A wie deutsche Lehrer, zum anderen spart man die gesamten Ausbildungskosten die vom Herkunftsland bezahlt worden sind. Unverschämterweise wurde sogar argumentiert, der Unterricht für die ausländischen Arbeiterkinder könne nur dann verbessert werden, wenn die Herkunftsländer endlich speziell für die Bundesrepublik geeignete Lehrer ausbilden würde. Wenn heute die Beschäftigung ausländischer Lehrer abgebaut wird, so hat auch dies einen ökonomischen Grund. Die Landesregierung will nämlich bis 1990 Jahr für Jahr ca. 4 500 Planstellen abbauen, durch Pensionierung und Todesfälle werden aber nur wenig mehr als 1 000 Stellen pro Jahr frei. Die Landesregierung muß daher nach anderen Möglichkeiten suchen Lehrer von ihren Arbeitsstellen zu verdrängen. Die ausländischen Lehrer sind

dabei das schwächste Glied in der Kette, weil man ihre Aufgaben per Erlaß wegdefinieren kann. Genau dies tut die Landesregierung. Die von der Landesregierung angestrebten Veränderungen sind zunächst probeweise an einzelnen Orten durchgesetzt worden. So gibt es in mehreren Duisburger Schulen seit einigen Jahren sogenannte ausländische Regelklassen. Seit dem Frühjahr 1981 versucht das Kultusministerium nun auch, einen neuen Beschulungserlaß durchzusetzen. Dieser Erlass sollte im Schnellverfahren durchgedrückt und noch zum 1.8.1981 gültig werden. Dies konnte durch heftige öffentliche Kritik und eine breite Diskussion, insbesondere seitens der GEW, zunächst verhindert werden. Die Diskussion hat neben einigen Detailverbesserungen auch bewirkt, daß der Erlass-Entwurf jetzt im zuständigen Landtagsausschuß für Schule und Weiterbildung beraten werden mußte, um von dort seinen Segen zu erhalten. Nun aber wird er aller Voraussicht nach in Kraft gesetzt werden, und zwar in den entscheidenden Punkten sogar noch in verschärfter Form. Der neue Erlass, der ab 1.8.1982 in Praxis umgesetzt werden soll bringt Beseitigung des Rechtes auf Vorbereitungsklassen, weitestgehenden Abbau des muttersprachlichen Anteils in den Vorbereitungsklassen, soweit sie noch weiterlaufen, Zulassung von Dauersegregationen in Ballungsgebieten in Form von ausländischen Regelklassen, Abbau der Einsatzmöglichkeiten für ausländische Lehrer. Es ist aber nicht uninteressant wie hier im einzelnen vorgegangen wird, um auch die Öffentlichkeit zu täuschen. Bezüglich der Vorbereitungsklassen geht man zwei Wege. Einmal hat man die Bildung von Vorbereitungsklassen überhaupt zur Disposition gestellt. d.h., sie können gebildet werden wenn Bedarf existiert, nicht sie müssen gebildet werden, wenn Bedarf existiert. Zum anderen können Vorbereitungsklassen demnächst auch multinational gebildet werden und zwar auch dann, wenn man sie sprachhomogen, d.h. mit Schülern gleicher Ausgangssprache, bilden könnte. Dadurch wird natürlich die Möglichkeit der Vorbereitung faktisch unterlaufen. Hinzu kommt, daß die

Möglichkeit Vorbereitungsklassen schulbereichsübergreifend zu bilden eingeschränkt oder sogar ganz abgebaut wird, so daß man also Vorbereitungsklassen nur noch einrichten kann, wenn zufällig im Wohngebiet der Schule genügend ausländische Schüler, die noch nicht genügend deutsch können, zusammenkommen. All dies alles zusammen genommen gibt bereits die Möglichkeit, Vorbereitungsklassen in denen der ausländische Lehrer noch einsetzbar wäre, weitgehend zu vermeiden. Hinzu kommt aber, daß man den Unterricht in der Muttersprache und Landeskunde aus der Stundentafel der Vorbereitungsklasse herausgenommen hat. Schon früher, 1976, hat man die Möglichkeit zweisprachigen Fachunterricht in den Vorbereitungsklassen durch ausländische Kollegen erteilen zu lassen, wesentlich eingeschränkt. Schüler, die die Vorbereitungsklasse besuchen und auf die Weiterentwicklung ihrer Muttersprache Wert legen, müssen vom nächsten Schuljahr an den freiwilligen muttersprachlichen Ergänzungsunterricht besuchen, der nachmittags außerhalb des Klassenverbandes stattfindet. Als Einsatzmöglichkeit für den ausländischen Lehrer bleibt in der Vorbereitungsklasse nur der Religionsunterricht, in der Grundschule außerdem zwei Stunden Förderunterricht und in der Hauptschule bis zu drei Stunden weiterer Fachunterricht. Diese Einsatzmöglichkeiten, die nicht einmal festgeschrieben sind, sind überhaupt erst auf den Druck der GEW hin in den Erlaß-Entwurf aufgenommen worden. Die Einrichtung von ausländischen Regelklassen wird im Absatz 1,5 des neuen Erlasses vorgesehen. Dieser Absatz war zunächst vom Kultusministerium damit begründet worden, man wolle die Entwicklung kontrollieren - unter Kontrolle bringen, und einen Flächenbrand verhindern, denn unter der Hand würden diese Klassen sowieso entstehen. Deshalb sei vorgesehen, daß sie nur im Einzelfall vom Regierungspräsidium jeweils für ein Jahr genehmigt werden können. So sollte angeblich die Segregationswelle, die sich von unten her entwickle, von oben her eingedämmt werden. Wie unehrlich diese Argumentation ist sieht man, wenn man in den neuesten Erlaß-Entwurf hineinschaut, den das

Kultusministerium am 26.2.1982 für die Beratung im Landtagsausschuß aus der Tasche gezogen hat.

Hier lautet der fragliche Absatz jetzt so: Regelklassen, die ausschließlich von ausländischen Schülern besucht werden, sollen grundsätzlich vermieden werden. Sie dürfen von der Schulaufsicht nur in solchen Gebieten zugelassen werden, in denen der Ausländeranteil so hoch ist, daß eine die Integration fördernde Klassenbildung gemeinsam für alle deutschen und ausländischen Schüler nicht zustande kommen kann und andere pädagogische und organisatorische Maßnahmen nicht zu vertreten sind. Kein Wort mehr von einem Genehmigungsverfahren, kein Wort mehr vom Eingreifen des Regierungspräsidiums, kein Wort mehr von Befristung. Statt dessen kann in den Ballungsgebieten solche Klassen bilden wer immer will. Und die Schulaufsichtsbehörden dürfen dies zulassen, d.h. sie brauchen nicht einzuschreiten. Was die Einschränkung Wert ist, daß andere pädagogische und organisatorische Maßnahmen nicht zu vertreten sind, hat Minister Girgensohn dankenswerterweise selbst in einem WAZ-Interview am 18.2. 1982 deutlich gemacht. Gefragt, ob ihm die Türkenklasse lieber sei als der Schülertransport, antwortete er schlicht und ergreifend: ja. Herr Girgensohn hat in diesem Interview von der Entideologisierung der Integration geredet. Ihm geht es also darum, Hemmschwellen abzubauen, politische Hemmschwellen abzubauen. Gefragt, ob er mit der Integration nicht die deutschen Eltern überfordere, antwortete er - die Frage lautete dann, wenn die deutschen Eltern merken, daß ihre Kinder in die Minderzahl geraten, spielen sie doch einfach nicht mehr mit. Antwort: Warum soll man dann den Eltern nicht nachgeben und reine Klassen bilden. Bisher haben wir das ideologisch verhindert. Die Diskussion lief so, daß selbst wenn nur drei deutsche Kinder da waren, die Integration auf Biegen und Brechen aufrechterhalten werden mußte. Warum sollen wir da nicht zu flexibleren Lösungen kommen und den deutschen Kindern eine deutsche Klasse geben und den ausländischen Kindern eine Nationalitätenklasse.

Die WAZ bohrt nach und fragt, ist das nicht ein gefährlicher Trend?

Girgensohn: Warum? Das kann sich an der selben Schule vollziehen. Sie müssen doch einfach davon ausgehen, daß wir solche nur von Ausländern bewohnte Wohnumfelder haben.

Also, die Schule hat ein nur von Ausländern bewohnte Wohnumfeld und an der selben Schule vollzieht sich sowohl die rein deutsche Klasse als auch die reine Nationalitätenklasse für Ausländer.

So einen Kultusminister haben wir hier im Lande!

Erzeugen sie, fragt die WAZ dann, auf diese Weise nicht schon in jungen Jahren zwischen Deutschen und Türken eine Distanz die nicht gewollt werden kann? Diese Distanz ist in Berlin weiß Gott zu beobachten, wo man in manchen Schulen die deutschen Klassen und die Türkenklassen in getrennten Pausen auf den Hof läßt.

Erzeugen sie also nicht eine solche Distanz?

Die Schule, sagt Herr Girgensohn, kann die Integration von Ausländern doch nicht alleine lösen, sie kann in der jeweiligen örtlichen Situation lediglich einen Beitrag zur Lösung der Probleme leisten.

Dabei kann die Nationalitätenklasse solch ein Beitrag sein.

Also, die segregierte Ausländerklasse ein Beitrag zur Integration.

So löst das Kultusministerium seine integrativen Aufgaben.

Wer so anfängt, oder wer so weitermacht, der nimmt eine Reihe von Dingen in Kauf. Das steigert auf der einen Seite den Haß zwischen Deutschen, zwischen manchen Deutschen und Ausländern auch im Bildungsbereich. Er ist andererseits für die effektive Dequalifizierung der ausländischen Schüler. Ausländerklassen, das bedeutet, der Lehrer ist der einzige Deutsche in der Klasse, er hampelt vorne herum und versucht deutsch zu reden, ob die Schüler darauf eingehen, das ist eine ganz andere Frage. Ausländerklassen, das bedeutet Konzentration von Defiziten in einer Klasse. Denn Ausländerkinder sind gleichzeitig auch Kinder aus einer sozialen Schicht und da wieder Kinder von am wenigsten privilegierten Eltern. Ausländerklassen, das bedeutet Umverteilung der ohnehin viel zu knappen Mittel in der Schule. Ausländerklassen, das bedeutet das Wissen der Schüler

Bürgerinitiative Ausländerstopp

NEUES VOLKSBEGEHREN

Sehr geehrte Damen und Herren!

"Die ausländischen Schulkinder belasten seit zehn und mehr Jahren die Hauptschulen, und die Schule ist eine Last für sie... Wo die Hälfte der Kinder im Unterricht schwer oder gar nicht folgen kann, ist kein gedeihliches Klima zu schaffen. Die Fremden hindern die Deutschen. Die werden aggressiv. Animositäten und Feindseligkeiten sind an der Tagesordnung, die Lehrer sind Überfordert".

Dieses Zitat stammt aus einem Artikel der liberalen Wochenzeitung: "Die Zeit" vom 23. Juni 1978 mit der Überschrift "Die vertürkte Schule".

In der sozialdemokratischen Zeitung "Demokratische Gemeinde" Nr. 7/80 schrieb Josef Krings, Oberbürgermeister von Duisburg: "In den Schulen mit besonders hohem Ausländeranteil entsteht eine ernste Benachteiligung der deutschen Kinder".

In der "WELT am SONNTAG" vom 5. Oktober 1980 hieß es: "Verheerende Konsequenzen der Integrationsbemühungen für die deutschen Kinder an den von Ausländern überfluteten Schulen: Sie lernen, dem Tempo ihrer ausländischen Mitschüler angepaßt, langsamer Lesen und Schreiben, schlechter Rechnen und Reden - mit katastrophalen Folgen.

In der gleichen Ausgabe der "WELT am SONNTAG" äußerte sich der Bundestagsabgeordnete und Bildungsexperte der christdemokratischen Fraktion, Volker Rühle, wie folgt: "Um den ausländischen Kindern auch nur ein minimales Maß an Betreuung zukommen zu lassen, müssen die deutschen Kinder zwangsläufig vernachlässigt werden". Daher fordert er reine Nationalitätsklassen.

Anfang 1979 klagte Kurt Wacker, Direktor des staatlichen Schulamtes, über die Schulsituation in Mannheim. Dort gibt es Grundschulklassen, in denen mehr kleine Ausländer sitzen als deutsche Kinder. Die Folge: weder die deutschen noch die ausländischen Schüler erfahren die Förderung, wie sie in anderen Schulen möglich ist. Chancengleichheit sei für beide nicht mehr gegeben. Die Lehrer stünden vor unlösbaren Problemen in Klassen, in denen sechs verschiedene Nationen saßen. Zwischenzeitlich wurden in Mannheim getrennte Klassen eingerichtet.

"Jetzt werden die deutschen Kinder doch nicht mehr so gebremst", lobt, laut Süddeutscher Zeitung vom 9. Dezember 1980, ein Direktor die nunmehr günstigeren Unterrichtsbedingungen. Gemeinsam mit den vielen Ausländern sei das Pensum immer weniger zu schaffen gewesen. "In der Grundschule haben wir nur noch das Niveau der dritten Klasse erreicht". Die Trennung scheine in begrenztem Maße auch den Ausländern eher gerecht zu werden.

Schon am 10. Februar 1978 berichtete die "Frankfurter Rundschau", daß "nicht wenige" ausländische Elternvertreter separate Schulen und Klassen wünschten. Gualtiero Zamboni, Redakteur für ausländische Sendungen im deutschen Rundfunk, merkt in der Zeitschrift PZ, August 1980 (Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung) an, daß der "Ruf nach nationalen Schulen in der Bundesrepublik auch bei den Italienern immer lauter wird". Gleiches wird bei den Türken wahrgenommen, denn, so Klaus Reinmöller in den "Ruhr Nachrichten" vom 31. Dezember 1979, reine Ausländerklassen seien bei den Türkeneltern sehr beliebt. Sie würden nämlich den Kindern jene kulturelle und sprachliche Homogenität sichern, um die die Eltern als gläubige Muslims so sehr bemüht seien.

Besonders die Griechen wehren sich gegen die zwangsweise Schulintegration ihrer Kinder in deutsche Regelklassen. Der führende DGB-Funktionär Karl Schwab berichtet, daß griechische Elternvereine in München und Umgebung eigene Schulen und ein eigenes Gymnasium für ihre Kinder fordern.

-bitte wenden-

Verschiedentlich kam es schon zu Schulstreiks griechischer Eltern, ja sogar zu Hungerstreiks für die Einrichtung getrennter Schulen, so zum Beispiel in Wuppertal. Bei seinem letzten Deutschland-Besuch betonte der griechische Erziehungsminister Varvitsiotis, daß die Mehrzahl der griechischen Eltern die in der Bundesrepublik überwiegende Tendenz zur Zwangsintegration in deutsche Regelklassen ablehne.

Auch und besonders bei den deutschen Eltern wächst der Wunsch nach Beseitigung des "Babylons in der Klasse", nach Einführung muttersprachlicher Klassen für Ausländer. Dies beweist unter anderem eine Untersuchung des Infas-Institutes von 1980.

Viele Eltern und Lehrer haben sich an die BÜRGERINITIATIVE AUSLÄNDERSTOPP mit der Bitte gewandt, dieses Problem aufzugreifen. Alle Versuche, mit Eingaben bei der Regierung etwas zu erreichen, seien vergeblich gewesen.

Aufgrund einer riesigen Zahl von entsprechenden Bitten und aufgrund der oben aufgeführten Argumente hat sich die BI AUSLÄNDERSTOPP entschlossen, ein Volksbegehren zur Einrichtung von muttersprachlichen Klassen als Regelklassen in Nordrhein-Westfalen zu starten.

Unsere Landesverfassung räumt den Bürgern die Möglichkeit ein, direkt in der Gesetzgebung mitzuwirken - durch Volksbegehren und Volksentscheid. Dieses verfassungsmäßige Grundrecht nehmen wir nunmehr in Anspruch, um dem Willen vieler Bürger Ausdruck zu verleihen.

Vor diesem verfassungsmäßig begründeten Volksbegehren können nur diejenigen Angst haben, die befürchten, mit ihrer Meinung in der Minderheit zu sein. Selbst wer anderer Auffassung sein sollte, müßte an einer demokratischen Klärung der Frage interessiert sein.

Daher informieren wir Sie mit diesem Schreiben über die Hintergründe des Volksbegehrens der BI Ausländerstopp. Wir bitten alle, die gleicher Auffassung sind, um Unterstützung. Und wir hoffen, daß alle Andersdenkenden die demokratische Entscheidung nicht scheuen.

Zu weiterer Information stehen wir Ihnen gern zur Verfügung:

Bürgerinitiative Ausländerstopp, Günnigfelder Straße 101a, 4630 Bochum 6*

4630 Bochum 6, den 8. Januar 1982

Mit freundlichem Gruß
Hagen Prehl
Prof. Hagen Prehl
-Vertrauensmann-

PS: Mitbürgerin! Mitbürger!

Werden Sie aktiv! Melden Sie sich zu Wort! Schließen Sie sich der BÜRGERINITIATIVE AUSLÄNDERSTOPP an!

Unterschreiben Sie heiliegenden Antrag auf Listenauslegung für das neue Volksbegehren! Fordern Sie bei Bedarf weitere Listen an!

Denken Sie auch daran, daß die Durchführung dieses Volksbegehrens viel Geld erfordert. Jede Spende ist wichtig. Auch DM 5,-- oder DM 10,-- helfen weiter!

Spendenkonto: Prof. Hagen Prehl - Sonderkonto - Postleitzahl Köln Nr. 180 207 - 507
oder Nationalbank AG C Hagen Nr. 7 5 (BLZ 365 200 30)

darüber, daß diese Klasse sowieso ziellos ist, daß sie aus dieser Klasse sowieso nicht herauskommen können, daß sie sowieso später keinen Beruf haben werden. Ausländerklassen, das bedeutet schließlich und endlich Entwertung aller Hauptschulabschlüsse für ausländische Kinder, der wer wird einem Türken, der beim Arbeitgeber ankommt noch abnehmen, daß das kein geschenkter Ausländerabschluß ist. Wer so anfängt, oder wer so weitermacht, der landet eben da, wo Herr Lummer schon heute ist, nämlich daß er jeden ausländischen Jugendlichen, der mit 18 keinen Beruf oder keine Berufsausbildung oder keinen Arbeitsplatz hat, aus der Bundesrepublik abschieben muß. Denn was will er denn mit diesen Jugendlichen sonst machen? Es gibt kaum eine härtere Diskriminierung einer Bevölkerungsgruppe, als den Kindern dieser Bevölkerungsgruppe weder zu erlauben ihre Muttersprache weiter zu entwickeln noch in dieser Gesellschaft lebensfähig und berufsfähig zu werden. Im gleichen Zusammenhang ist auch der Versuch zu sehen, ein Höchstintegrationsalter festzusetzen. Also früher waren es 18 Jahre, jetzt 16 Jahre, demnächst, nach Herrn Farthmann, 13 Jahre oder auch 6 Jahre. Das bedeutet doch nur, wir erklären von vornherein wir sind unfähig Kinder die älter sind in unseren Schulen noch zu unterrichten. Wir sind unfähig, sie an die deutsche Sprache heranzuführen, wir machen gar nicht erst den Versuch. Wir verhalten uns weiter defensiv. Das ist das, was dahinter steckt, das ist die Erklärung der Kultusbeamten zu ihrer Politik gegenüber den ausländischen Kindern und Jugendlichen. Das ist eine Politik, die ihr eigenes Ergebnis den Betroffenen anlastet. Und dann wiederum als Gipfel der Unverschämtheit Herr Girgensohn in seinem Interview auf die Frage: Warum so spät die Lehrerfortbildung angefangen hat - und sie hat noch gar nicht wirklich angefangen. Die Frage lautete: Sie kennen das Ausländerproblem doch seit mindestens 10 Jahren. Girgensohn: Das streite ich ab! In der Schärfe ist das Problem erst in den letzten Jahren durch

die Seiteneinsteiger auf uns zugekommen. Wir sind in den ersten Jahren davon ausgegangen, daß die Türken, die hierher kommen und die hier ihre Familie haben, ihre Kinder dann auch auf die deutschen Schulen schicken, wenn sie hier geboren werden. In den letzten drei vier Jahren hat sich dann herausgestellt, daß die türkischen Eltern sich sehr unterschiedlich verhalten. Ein großer Teil schickt seine Kinder sobald sie in der Türkei schulpflichtig werden dorthin zurück und holen sie wieder, wenn der Schulpflicht dort genüge getan ist. Diesen Fakt gibt es tatsächlich. Wodurch wird er erzeugt? Durch Aufenthaltsunsicherheit und dadurch, daß den Kindern es unmöglich wird, ihre Muttersprache in der Schule neben dem Deutschen zu entwickeln. Und der Minister, der jetzt erst recht verhindert hat, daß es in unseren Schulen möglich ist, der erklärt, er habe nicht voraussehen können was kommt und die Eltern seien selber schuld, wenn sie ihre Kinder zwischenzeitlich in die Türkei schicken. Dies alles ist Wasser auf die Mühlen der Neofaschisten, die gerade eine Kampagne durchführen mit dem Ziel, ein Volksbegehren zur Beschulung der Ausländerkinder durchzusetzen. Ihre Parole: Muttersprachliche Klassen unter deutscher Schulaufsicht und Berücksichtigung der heimatlichen Lehrpläne als Regelform für ausländische Kinder. Aufnahme in die deutsche Regelklasse bei guten Deutschkenntnissen auf Antrag der Eltern. Natürlich wird dieses Volksbegehren von CDU und SPD einmütig verurteilt. Das hindert diese Parteien aber nicht daran, mit ihrer eigenen Beschulungspolitik genau diesen Tendenzen in die Hände zu arbeiten. Genau so katastrophal wie die Lage in der Schule ist auch die Ausbildungssituation. Fast alle ausländischen Jugendlichen landen nach ihrer Schulzeit im BVJ oder gar in MBSE-Kursen. Ausbildungsverträge sind noch immer eine Seltenheit. Aber selbst wo sie abgeschlossen werden, scheitern die Jugendlichen oft an der Berufsschule. Bei den MBSE-Kursen handelt es sich um Kurse, die nicht von der Kultusbürokratie finanziert werden, sondern mit den Geldern der Arbeitslosenversicherung. Die Schüler in diesen Kursen sind, zählen

größtenteils in den 10. Klassen der Hauptschulen, deswegen kommen sie dort nicht in die Schüler-Lehrerstellenrelation, es werden entsprechend weniger Planstellen eingerichtet und die Bundesanstalt für Arbeit erklärt dann, man möge in den MBSE-Kursen doch bitte arbeitslose Lehrer beschäftigen, selbstverständlich mit Einjahresverträgen und der entsprechenden sozialen Absicherung. Dieselbe Bundesanstalt für Arbeit wird im Herbst in Köln ein Seminar für arbeitslose Lehrer durchführen, wo erprobt werden soll, welche neuen sozialen Räume für arbeitslose Lehrer erschlossen werden können.

Seit April letzten Jahres sind auch die Hochschulen für alle die geschlossen worden, die in ihrer Heimat zwar das Abitur gemacht haben, aber dort keinen Studienplatz erhalten konnten; ganz egal ob ihre Eltern hier wohnen oder nicht. Und im Herbst kam dann der Beschluß, das Nachzugsalter auf 16 Jahre zu beschränken.

Damit ist der Versuch mancher Eltern, ihre Kinder im Herkunftsland die Schulausbildung beenden zu lassen, bevor man sie zur Familie nachholt, endgültig versperrt worden. Schon wird angekündigt, das Nachzugsalter erneut, diesmal auf 5 bis 6 Jahre, zu begrenzen, wobei demagogisch damit argumentiert wird, nur so könne den Kindern geholfen werden, sich an unsere Schulen anzupassen. Es ist abzusehen, daß die Bildungskatastrophe für die Kinder der ausländischen Arbeiter sich weiter verschärfen wird, wenn es uns nicht gelingt, die vorhandenen Gegenkräfte in einem ganz anderen Ausmaß als bisher zu mobilisieren. Und Gegenkräfte gibt es in der Tat. Es gibt Hunderte, ja Tausende von Lehrern, die z.B. freiwillig und auf eigene Knochen türkisch lernen, um ihren türkischen Schülern besser gerecht werden zu können. Es gibt auch Krankenschwestern und Ärzte, die aus ähnlichen Gründen für ihre Patienten türkisch lernen. Diese Menschen sind nicht auf den ausländerfeindlichen Kurs einzuschwören. Es gibt weitere Gegenkräfte, es gibt unsere Gewerkschaften. In unseren Gewerkschaften gibt es sehr viele Aktivitäten, die sich gegen

die ausländerfeindlichen Politiker richten. Diese Aktivitäten müssen gesteigert, müssen vorangebracht werden. Wachheit und Aktivität ist gerade in dieser Frage gefordert.

Die Ausländerfeindlichkeit kommt nicht aus dem deutschen Volk, die Ausländerfeindlichkeit kommt nicht breit aus der Bevölkerung, sondern sie wird dorthin transportiert. Wir müssen folgendes sehen: Die allgemeinen ausländerfeindlichen Parolen sind, lt. Infas-Institut, schon relativ gut eingeschliffen. Die Frage der Beschulung ist offensichtlich von den Medien zu stark vernachlässigt worden. Denn noch zwei Drittel der deutschen Bevölkerung sind für gemeinsame Beschulung von deutschen und ausländischen Kindern. Nur die Masse der bürgerlichen Politiker sind dagegen. Diese Situation gilt es zu nutzen, bevor sie umgekehrt worden ist, bevor Politiker und Medien die Bevölkerung auch in diesem Punkt auf Vordermann gebracht hat. Deswegen müssen wir unsere Arbeit besonders in den Gewerkschaften, auch in den Elternverbänden, in der nächsten Zeit entschieden aktivieren.

Es geht um folgende Aufgaben: Wir müssen unsere ausländischen Kollegen vor der Entlassung schützen. Das muß sowohl allgemein als auch in jedem konkreten Fall vor Ort passieren. Und da ist mir auch ganz egal, ob der ausländische Kollege z.B. türkische Schüler in den Koran-Kurs schickt oder nicht, auch ein Lehrer, der seine Schüler in den Koran-Kurs schickt, muß von uns verteidigt werden, weil, wenn er weg ist, dann rückt an seine Stelle kein anderer Lehrer nach. Wir müssen mit diesen Kollegen diskutieren, aber wir dürfen nicht zulassen, daß er geschaßt wird. Die Lehrer, die deutschen und ausländischen Lehrer, müssen qualifiziert werden. Dazu gibt uns die Kultusbürokratie fast keine Möglichkeit. Die wenigen Ansätze die möglich sind, müssen optimal ausgenutzt werden. Den Lehrern muß bewußt werden, in welchem Maße sie besser arbeiten können, wenn sie nicht so unter Druck stehen würden, wenn man ihnen mehr eine bessere Ausbildung geben würde, wenn man ihnen mehr Zeit geben würde. Dann

lehren sie sich auch gegen solche Versuche, wie sie jetzt von der Kultusbürokratie vorgenommen werden.

Die örtlichen und überregionalen Arbeitsgruppen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zur Frage der Ausländer müssen aktiviert und verbreitert werden und insbesondere, sie müssen stärker in die Fachgruppen, stärker in die übrige Basis hineinwirken. Chauvinistische Positionen, die wir hier und da auch in der Gewerkschaft finden, müssen zurückgedrängt werden. Die ausländischen Eltern müssen sich stärker organisieren als bisher, und müssen anfangen, mit den Elternvertretungen und mit den deutschen Elternverbänden zusammenzuarbeiten. Auch dies ist eine Aufgabe, die nicht mehr lange vor uns hergeschoben werden darf, und ich hoffe, daß unsere heutige Diskussion mit dazu beiträgt, in all diesen Fragen weiterzukommen.

Gerd Siebert, Journalist

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben vorhin im Einführungsreferat von Prof. Liebe-Harkort eine große Zahl von Daten und Tatsachen zur allgemeinen Situation der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik gehört. Diese Situation wird - wie auch bei den deutschen Arbeitern und Angestellten - zunehmend von den Wirkungen der Wirtschaftskrise bestimmt. Nur trifft die Politik der Krisenabwälzung auf die Rücken der abhängig Beschäftigten die ausländischen Kollegen noch viel härter.

Im Januar dieses Jahres betrug der Prozentsatz der arbeitslosen Arbeitnehmer 8,2 Prozent. Aber unter den ausländischen Kollegen betrug die Arbeitslosenrate 12 Prozent. Dieser Trend zu einer überproportionalen Diskriminierung von Ausländern bei Entlassungen (aber ebenso auch von Frauen, Jugendlichen und Schwerbehinderten) wurde auch in einer Untersuchung des Max-Planck-Instituts bestätigt, das im Auftrage des Bundesarbeitsministeriums die Praxis der Kündigungen und des Kündigungsschutzes in den Betrieben studierte und feststellte, daß die genannten Personengruppen überdurchschnittlich oft betroffen sind. Obwohl die türkischen Arbeitnehmer unter der ausländischen Bevölkerung etwa ein Drittel ausmachen, sind sie unter den arbeitslosen Ausländern mit 40 % beteiligt. Was als allgemeine Folgeerscheinung der Krise mit einem Arbeitslosenheer von 2 Millionen wiederholt festgestellt wurde: nämlich die Verunsicherung am Arbeitsplatz, die Angst vor der Entlassung, die daraus resultierende Disziplinierung und Erhöhung des Leistungsdrucks - alles das trifft die ausländischen Arbeitnehmer mindestens ebenso hart wie die deutschen. Diese gemeinsame und im Prinzip gleichartige Objektstellung der ausländischen und deutschen Lohnabhängigen als Ausgebeutete bildet zugleich auch die Basis für die Notwendigkeit der gemeinsamen und solidarischen Gegenwehr.

Wie so oft schon in der Vergangenheit wird von den Verursachern der Wirtschaftsmisere, den Unternehmern und ihren Bediensteten in den Bonner Parteien, zu dem uralten Hausmittel der Ablenkung durch Spaltung gegriffen. Sie und ihre zu jeder Schandtat bereiten Handlanger in den Medien erklären kurzerhand große Teile der Bevölkerung zu "Randgruppen", die dann in einer hemmungslosen Diffamierungskampagne als die Schuldigen dargestellt werden: die Ausländer, die nach Hause gehen sollen; die Frauen, die an den Kochtopf gehören; die Arbeitslosen, die nur zu faul zum Arbeiten sind; ferner Kinderreiche, Jugendliche, Rentner, Sozialhilfeempfänger usw.

Das kapitalistische System, das zwangsläufig immer wieder Wirtschaftskrisen hervorbringt, und die Rüstungspolitik, die die finanzielle Basis des Sozialsystems zerstört, sollen dabei aus dem Blickfeld geraten.

Nimmt man aber alle die sogenannten Randgruppen zusammen, dann handelt es sich um einen großen Teil des arbeitenden Volkes, das nicht am Rande, sondern im Zentrum des Geschehen steht. Dies muß jedem bewußt werden - vor allem in den Betrieben, am Arbeitsplatz.

Die nationalistische Parole, die Ausländer sollen nach Hause gehen, weil sie den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen, wird leider auch von manchem deutschen Arbeiter geglaubt, und selbst bei Gewerkschaftskollegen hört man gelegentlich Verständnis für diese Forderung. Das ist bereits die Frucht der Diffamierungs- und Spaltungskampagne. Wenn das so einfach wäre, daß man bei einer Bevölkerung von rund 60 Millionen nur die 4,5 Millionen Ausländer nach Hause zu schicken braucht, um die Arbeitslosigkeit loszuwerden, dann müßte doch jedes Land mit weniger als 55 - 56 Millionen Einwohnern Vollbeschäftigung haben!

Warum aber gibt es dann trotzdem in Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland, Irland, Holland, Belgien, Italien usw., ja auch in dem kleinen Luxemburg Arbeitslosigkeit, wo es weniger als 500 000 Einwohner gibt.?! Man sieht - die Größe der Bevölkerung und ihre Zusammensetzung ist für die Frage, ob es genügend Arbeitsplätze gibt oder nicht, völlig unwesentlich!

Man muß diese Lüge, daß die Ausländer angeblich den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen, völlig zertrümmern, denn sie ist eine wesentliche Basis für die hochkommende Ausländerfeindlichkeit. Und hier haben die Gewerkschaften als Schutz- und Solidarorganisation aller Arbeitnehmer eine wichtige Rolle zu spielen.

Ferdinand Koob vom geschäftsführenden Vorstand der IG Metall schrieb im Dezember-Heft 1981 des "Gewerkschafters" ein klares Wort zu den immer lauterem Abschiebeforderungen. Er sagt:

"Wer sich in Europa umschaut, weiß, was auf dem europäischen Arbeitsmarkt los ist (nämlich mehr als 10 Mill. Arbeitslose). Rückkehrförderungsprogramme heute sind nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein in der Wüste der Arbeitslosigkeit. Ausländische Arbeitnehmer haben Jahrzehntelang zum Aufbau unserer Wirtschaft ihren Anteil beigetragen. Sie jetzt in die Perspektivlosigkeit ihrer Heimatländer zu drängen, hieße Arbeitslosigkeit zu exportieren und die wirtschaftliche Situation in diesen Ländern drastisch zu verschärfen." ... "Die ausländischen Arbeitnehmer sind an der derzeitigen miesen Situation der Wirtschaft (in der Bundesrepublik) nicht schuld."

Koob stellt dann eine Reihe von Fragen, die es wert sind, hier wiederholt zu werden:

"Was ist denn mit unserer Vision vom Europa der Arbeitnehmer? Was bedeutet uns denn internationale Solidarität in der Arbeiterbewegung? ... Wie wollen wir eigentlich morgen mit denen reden, denen wir heute die Tür gewiesen haben? Wo bleibt denn unser Anspruch auf arbeits- und sozialrechtliche Gleichstellung unserer ausländischen Kolleginnen und Kollegen? Wie ernst war denn die Aufnahme gewerkschaftlich organisierter ausländischer Kollegen in unserer Mitte? Haben wir nicht die Pflicht und Verantwortung, uns vor jene schützend zu stellen, die seit vielen Jahren neben uns in den Betrieben ihr hartes Brot verdienen? Ist es vermessen, wenn die ausländischen Arbeitnehmer nach jahrelanger Arbeit bei uns sich wünschen, ihre Familie bei sich zu haben?"

Und Koob fordert, diese Fragen und Probleme in den Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Arbeit zu stellen.

Um auf die "Vision vom Europa der Arbeitnehmer" zurückzukommen: Auch in der Frage der Behandlung der ausländischen Arbeitnehmer zeigt sich, daß die sogenannte Europäische Gemeinschaft (EG) genau das ist, was ihre Kritiker von Anfang an immer gesagt haben: ein Europa der Monopole, eine Gemeinschaft der wirtschaftlich Mächtigen, denen der nationale Markt zu eng geworden war. Jahrelang hatte man versucht, mit Parolen und Versprechungen über die kommende Freizügigkeit der Arbeitnehmer und ihre soziale Gleichstellung die arbeitende Bevölkerung und die Gewerkschaften für den Supermarkt der Monopole zu begeistern. Die Wirklichkeit aber zeigt, daß nicht Freizügigkeit, sondern Freiwild gemeint war, das man - sozial und national entwurzelt - als Manövriermasse für die Profitinteressen des großen Kapitals immer kreuz und quer durch Westeuropa schieben kann.

Die türkischen Mitbürger, die mit 1 Mill. und 560 tausend den größten Anteil - nämlich 33,5 Prozent - an der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik stellen, bekommen das besonders hart zu spüren. Ebenso auch die 300 000 Griechen. Griechenland ist EG-Vollmitglied seit Januar 1981. Aber nach wie vor brauchen griechische Arbeiter eine Arbeitserlaubnis, eine Aufenthaltserlaubnis und müssen eine Wartezeit absolvieren, um in der Bundesrepublik arbeiten zu können. Für sie ist die Freizügigkeit eine Phrase.

Die Türkei ist assoziiertes Mitglied der EG und die dortigen Kapitalisten drängen nach der Vollmitgliedschaft. Aber die türkischen Arbeiter sind hinsichtlich ihrer Arbeits-, Aufenthalts- und Zuzugsmöglichkeit diskriminiert wie keine andere Nationalität in dieser angeblichen Europäischen Gemeinschaft. Die Bundesregierung drängt auf Verhandlungen mit der Türkei, um die im Assoziierungsvertrag festgelegte Einführung der Freizügigkeit ab 1986 nicht wirksam werden zu lassen. Im Gegenteil, es wird fieberhaft an Modellen gearbeitet, besonders die türkischen Kollegen wieder aus dem Lande zu drängen. Stichworte dafür sind: die Auszahlung von Rentenbeiträgen, Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung, die Zahlung von Rückkehrprämien usw. Sie sollen also 'rausgekauft werden.



Im Schatten der Schöte in Bock protestierten gestern mehrere tausend Beschäftigte der Eisen- und Stahlindustrie für mindestens 4,2 Prozent mehr Lohn und Gehalt.

RP-Foto: Andreas Probst

Von besonderer Niedertracht und Menschenverachtung sind die vielfältigen Formen der administrativen Druckausübung, vor allem gegen die türkischen Kollegen, wie Verweigerung der Familienzusammenführung, Entzug der Aufenthaltserlaubnis bei Arbeitslosigkeit und Inanspruchnahme von Sozialhilfe, bei konsequentem Auftreten gegen schikanierende Vorgesetzte, bei schuldhafter oder auch schuldloser Berührung mit der Justiz usw. (Die Diskussion wird gewiß noch viele Beispiele dazu ergeben.)

In der Praxis werden von den Behörden in der Bundesrepublik wesentliche Bestimmungen der insgesamt negativen und diskriminierenden Ausländergesetzgebung besonders dann nicht angewandt, wenn sie den Betroffenen wichtige Rechte einräumen. Beispielsweise haben ausländische Arbeitnehmer, die sich in der deutschen Sprache verständlich machen können (sie müssen also längst nicht die Sprache beherrschen), die eine Wohnung haben und ihre Kinder regelmäßig zur Schule schicken, nach fünf Jahren ununterbrochenem und rechtmäßigem Aufenthalt einen Anspruch auf eine unbefristete Aufenthalts-

erlaubnis. Man schätzt, daß rund 1 Million ausländische Kollegen diese Voraussetzungen erfüllen, aber nur 27 Prozent von ihnen wurde die Daueraufenthaltsgenehmigung zugestanden.

Kollegen,
machen wir uns einmal am Beispiel einer Stadt deutlich, welche große Rolle die ausländischen Arbeitnehmer im Arbeits- und Wirtschaftsleben spielen. Nehmen wir Frankfurt.

Zitat: "Frankfurt stinkt zum Himmel. Um die öffentlichen Toilettenanlagen müssen die Menschen einen großen Bogen machen. Vor den Häusern türmen sich Abfallberge. Die Wagen der Müllabfuhr verkehren zwar noch, aber ihre Besetzung hat sich um die Hälfte dezimiert. Hinter den Wagen des städtischen Reinigungsamtes schwingt nur noch ein winziges Häuflein Aufrechter den Besen. Die Stadt erstickt in ihrem Dreck." (Der Gewerkschafter, Monatszeitschrift der IGM für Funktionäre, 12/1981)

Mit diesen Worten beginnt eine Studie der Industriegewerkschaft Metall, die sehr interessante Zahlen zutage gefördert hat. Vor allem bestätigt sie auch, was eigentlich jeder schon weiß, daß nämlich die Ausländer die schmutzigsten und die schwersten Arbeiten verrichten müssen.



Maidemonstration des DGB in Frankfurt „Arbeit für alle“,
Foto: Seibert

Frankfurt hat mit etwa 21 Prozent einen besonders hohen Anteil von Ausländern an der Wohnbevölkerung.

Eine größere Zahl von Tätigkeiten, die kein gutes "Sozialprestige" haben, sind nach und nach zur Domäne von Ausländern geworden. So sind 93 Prozent der Kehler beim Reinigungsamt, 60 Prozent der Toilettenreinigungsdienste und 52 Prozent der Mülltonnenschlepper Ausländer, und zwar hauptsächlich Algerier, Tunesier, Marokkaner und Griechen. Knapp 20 Prozent der Reinigungskräfte an den Schulen, ein Drittel der Gärtner und der Grabmacher auf den Friedhöfen und etwa 50 Prozent der Beschäftigten in den chemischen Reinigungen sind ausländische Kolleginnen und Kollegen.

Auf dem Frankfurter Schlachthof arbeiten 14 Prozent Ausländer, und in der Städtischen Zentralküche 33 Prozent. Ebenso hoch, nämlich 34 Prozent, ist der Anteil der Beschäftigten in der Gastronomie. Jeder zehnte Friseur in Frankfurt ist ein ausländischer Kollege.

Bei Bundesbahn und Bundespost ist es nicht anders. Jeder 4. Bahnarbeiter kommt aus dem Ausland. Im Briefkasten-Entleerungsdienst und im Paketumschlag der Frankfurter Post arbeiten Tausende ausländische Kollegen. Selbst der Caritas-Verband müßte in seinen Heimen, Beratungsstellen und Bahnhofsmmissionen die Tätigkeit einstellen, hätte er nicht ausländisches Personal zur Verfügung.

Die 380 Betriebe der Frankfurter Pelzbranche lassen in einer großen Zahl kleiner Lohnnähereien für sich arbeiten, wo bis zu 80 Prozent der Beschäftigten Ausländer - vorwiegend Griechinnen - sind. Ja, überhaupt sind 50 Prozent aller Arbeiter in den Industriebetrieben Frankfurts Ausländer. In den Farbwerken Hoechst ist jeder 5. Beschäftigte eine Kollegin oder ein Kollege aus dem Ausland. Es werden also nicht nur die schmutzigen und schweren Arbeiten von ausländischen Arbeitnehmern verrichtet, sondern auch solche in qualifizierten und hochqualifizierten Berufen - wenn auch seltener!

So sind in den 83 Kliniken in Südhessen 270, das sind 14 Prozent, ausländische Ärzte beschäftigt. Beim Pflegepersonal beträgt der Anteil oft 25 Prozent und bei Reinigung und Transport bis zu 70 Prozent (so in Hoechst).

Natürlich sieht das in anderen Städten oder Gegenden ähnlich aus. Die ausländischen Kollegen sind aus dem Wirtschaftsleben der Bundesrepublik nicht mehr wegzudenken. Ganze Branchen leben von ihnen.

Der Baukonzern Holzmann AG hat einen Ausländeranteil an den Beschäftigten von 20 Prozent und an den Arbeitern von 30 Prozent. Bei Opel in Rüsselsheim würde kaum noch ein Auto fertiggestellt, wenn man die Türken von den Bändern wegnähme. Bei BMW in München sind 58 Prozent der 14 000 Arbeiter ausländische Kolleginnen und Kollegen, darunter 4000 Türken, 1 500 Griechen und 1 400 Jugoslawen. In der Fertigung sind es sogar 90 Prozent Ausländer. Der Betriebsratsvorsitzende von BMW-München, Golda, sagte unlängst einmal: "Ohne die Ausländer hätte BMW die einmalige Entwicklung zwischen 1975 und 1980 nicht geschafft."

Kolleginnen und Kollegen, diese Beispiele für den hohen Wert der ausländischen Arbeitskräfte in der Bundesrepublik, aber auch für den erkämpften - gemeinsam mit ihnen erkämpften - sozialen Standard ließen sich noch lange fortsetzen. Ich möchte aber gerade in diesem Zusammenhang an einen aktuellen sozialpolitischen Vorgang erinnern, der wahrscheinlich noch nicht - auch von den Gewerkschaften nicht - in seiner ganzen Tragweite erkannt wurde.

Vor ein paar Tagen haben Tausende Gewerkschafter in Nürnberg gegen die Verschärfung der Zumutbarkeitsregelung für Arbeitslose demonstriert. Ihr kennt alle die geplante "Qualifikationsrutschbahn", auf der Arbeitslose in sechs Stufen von hochqualifizierter Facharbeit in die unqualifizierte Hilfsarbeit abrutschen sollen, andernfalls man ihnen Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe sperren will. Ich sehe da einen politischen Zusammenhang mit den Bestrebungen, die Ausländer aus dem Lande zu drängen.

Wenn die neue Zumutbarkeitsregelung in Kraft treten sollte, wird es möglich sein, einen in die Heimat abgeschobenen türkischen Kollegen von der Müllabfuhr durch einen arbeitslosen deutschen Facharbeiter zu ersetzen. Die sogenannten Arbeiten mit geringem Sozialprestige, von denen inzwischen auch schon

viele deutsche Arbeiter glaubten, daß sie ihnen nicht zuzumuten sind, werden dann durch die Kombination von Ausländerfeindlichkeit und Arbeitslosendiffamierung den deutschen Arbeitern wieder zugänglich gemacht. Das ist ein Ziel, von dem Unternehmer und Bonner Politiker ohnehin schon lange träumen.

Kollegen,

es gibt zu den Arbeits- und Lebensbedingungen unserer ausländischen Kollegen noch sehr viel zu sagen. Da wäre zum Beispiel auch die Situation der ausländischen Jugendlichen. Symptomatisch mag ein Beispiel aus München sein, wobei die Zahlen fast haargenau auch auf Nürnberg und Augsburg zutreffen: Rund 50 Prozent der ausländischen Jugendlichen erreichen aus den bekannten vielfältigen Gründen keinen Schulabschluß. Die Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen ist bekanntlich auch bei den Deutschen überdurchschnittlich hoch. Aber in den genannten Städten sind 66 Prozent der arbeitslosen ausländischen Jugendlichen schon seit ihrer Schulentlassung arbeitslos. Dabei haben es die ohne Schulabschluß natürlich wieder am schwersten. Sie finden kaum Beschäftigung und erst recht keine Ausbildungsplätze.

(Wir sollten die verschiedenen von mir nicht angesprochenen Probleme dann in der Diskussion behandeln.)

Ich möchte abschließend zu unserem Thema noch ein paar Gesichtspunkte zur Aufgabenstellung der Gewerkschaften sagen. Denn es sind in erster Linie die Gewerkschaften, die gefordert sind, in dieser komplizierten Situation solidarisch für die Belange unserer ausländischen Kollegen einzustehen. Die DGB-Landesbezirkskonferenz Baden-Württemberg stellte Ende Januar in ihrem Beschluß zu Problemen ausländischer Arbeitnehmer fest: "Gerade in Krisenzeiten muß sich unsere Solidarität mit ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien bewähren."

Wer sich mal das DGB-Grundsatzprogramm ansieht, stellt auch dort den Anspruch des DGB und seiner Gewerkschaften fest, sich für und mit den ausländischen Kollegen gemeinsam zu engagieren. Die kurze Formel des Grundsatzprogramms lautet:

"Der Deutsche Gewerkschaftsbund setzt sich gemeinsam mit den ausländischen Arbeitnehmern für die Beseitigung ihrer besonderen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Benachteiligung ein mit dem Ziel, ihre Gleichberechtigung zu verwirklichen."

Diese allgemeine Aussage erfordert natürlich ganz konkrete Zielsetzungen und Maßnahmen. Wer die Äußerungen und Beschlüsse des DGB und seiner Gewerkschaften daraufhin untersucht, wird ein komplettes Programm und prinzipiell richtige Forderungen für die Durchsetzung der Interessen unserer ausländischen Kollegen vorfinden. Das geht von der praktizierten Gleichstellung in der Tarifpolitik über Wohnungsfragen und die Verbesserung des Ausländerrechts, über Proteste gegen die Politik der Abschiebung bis hin zu einem ganz detaillierten Programm für eine interessengerechte Politik der schulischen und beruflichen Bildung für die ausländischen Arbeitnehmer.

Auf den Landesbezirkskonferenzen des DGB, die von Januar bis März stattgefunden haben, wurden alle diese Forderungen erneut bekräftigt, und sie werden ebenso Gegenstand der Diskussion und Beschlußfassung auf dem kommenden DGB-Kongreß im Mai sein.

Worum es jetzt aber geht, ist nicht so sehr die Bekräftigung und Erneuerung richtiger Forderungen und Beschlüsse, sondern die Einleitung konkreter Kampfmaßnahmen für ihre Durchsetzung. Den Herrschenden in der Bundesrepublik muß in gewerkschaftlichen Versammlungen, in öffentlichen Veranstaltungen wie zum 1. Mai, in Demonstrationen wie vor einigen Tagen gegen die Zumutbarkeitsregelung und bei vielen anderen Gelegenheiten mit Nachdruck klar gemacht werden, daß die Gewerkschaften für die Menschenrechte der Millionen ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik zum Kampf bereit sind.

Viel muß auch noch getan werden, um in der gewerkschaftlichen Organisation und Struktur selbst die ausländischen Kollegen und ihre Belange stärker zur Geltung zu bringen. Das gilt insbesondere schon für die Kandidatenaufstellung bei Betriebsratswahlen. Wenn von 1 000 gewählten Betriebsräten bei der Wahl 1978 nur 32 ausländische Kollegen waren (also 3,2 %), und wenn

dieser Anteil dann 1981 nur um einen auf 33 (also 3,3 %) gestiegen ist, dann ist das nicht in Ordnung. Allerdings muß dazu auch gesagt werden, daß die ausländischen Kollegen oft nicht zu Kandidaturen bereit sind, weil sie Nachteile durch Unternehmer und Ausländerbehörden bis hin zum Verlust der Aufenthaltserlaubnis befürchten.

Bei der IG Metall beträgt übrigens der Anteil an den Betriebsräten 4,5 Prozent, was aber zeigt, daß er in den anderen Gewerkschaften noch niedriger ist als der Durchschnittswert 3,3 Prozent.

Eine ganz besonders wichtige Maßnahme der gleichberechtigten Integration der ausländischen Kollegen in die Gewerkschaft ist die aktive Mitarbeit in den gewerkschaftlichen Vertrauensleutkörpern. Hier können die Forderungen und Bedürfnisse der ausländischen Arbeitnehmer am unmittelbarsten berücksichtigt werden. Auch hier steht die IG Metall mit einem Anteil von 7,5 Prozent Ausländern unter den Vertrauensleuten noch am besten da. Aber diesen 7,5 Prozent steht die Tatsache gegenüber, daß 350 000 Mitglieder der IG Metall und damit 12,5 Prozent der Gesamtzahl Ausländer sind. Auch hier also ein Mißverhältnis, das in anderen Gewerkschaften noch stärker ist.

Auf der Funktionärssebene sieht das noch viel schlechter aus. So gibt es nur in 19 Ortsverwaltungen der IG Metall Ausländer als Funktionäre. Die schon 1974 beschlossene und 1977 bekräftigte Bildung von gewerkschaftlichen Arbeitskreisen für ausländische Arbeitnehmer kam bisher nur in 21 Städten zustande. Es gibt also in den gewerkschaftlichen Reihen selbst noch viel zu tun, um die Forderung nach Gleichberechtigung auch auf diese Weise glaubhaft zu machen.

Die Durchsetzung der Gleichberechtigung der Ausländer im Arbeits- und Gesellschaftsleben der Bundesrepublik, unter Berücksichtigung ihrer nationalen und kulturellen Eigenheiten und Traditionen, ist eine Aufgabe aller demokratischen Kräfte - nicht nur der Gewerkschaften. Der Kampf dafür muß Bestandteil sein des allgemeinen und aktuellen Kampfes der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung für die Verteidigung und Verbesserung

des sozialen Standards, der Arbeits- und Lebensbedingungen. Und er muß ebenso eingebettet sein in die großen sozialen und politischen Bewegungen unserer Zeit. Das gilt für den Kampf um Mitbestimmung in den Betrieben und in der Gesamtwirtschaft ebenso wie für den Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit, Neofaschismus oder den atomaren Rüstungswahn der NATO. In allen diesen Fragen werden elementare Lebensinteressen von Deutschen und Ausländern entschieden. Sie müssen diesen Kampf darum solidarisch und gemeinsam führen.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMALARI
TÜSTAV

Ute Jochimsen, Lehrerin, Frankfurt (Main)

zur Wohnungsproblematik ausländischer Arbeiter

Das Referat zur Wohnungsfrage auf dem Forum "Solidarität mit den Demokraten der Türkei", ich möchte mein Referat eigentlich nennen: zur Wohnungsnot. Ich möchte zu Anfang einen Brief verlesen, der mich sehr bestürzt gemacht hat.

"Liebe türkische Mitbürger,

ca. 200 türkische Familien suchen eine Wohnung. So viele leere Wohnungen sind jedoch nicht vorhanden. Von den 6 000 Wohnungen in Stadt Allendorf vermietet die Stadt 1 500. Es gibt auch andere Wohnungsgesellschaften, die jedoch immer zurückhaltender werden türkischen Familien Wohnungen zu vermieten. Oft sollen die türkischen Familien nicht bereit sein, die in Deutschland übliche Miete zu zahlen. Deshalb gibt es an Sie die dringende Bitte, sich auf eine Miete von mindestens 4 D-Mark pro Quadratmeter einzustellen. Im deutschen Mietrecht gilt nämlich grundsätzlich die freie Marktwirtschaft, die staatlichen Eingriffe sind beschränkt. Bei Ausklagung müssen sich die Beklagten vor Gericht verteidigen, da sonst Nachteile drohen, z.B. Zwangsräumung. Wer nicht in der Lage ist, die Miete aufzubringen, erhält vom Staat Wohngeld. Teilweise wird auch darüber geklagt, daß sich die türkischen Familien den deutschen Lebensgewohnheiten nicht anpassen. Das fördert Vorurteile der Deutschen, so daß sich diese mit Kontakten zurückhalten. So ist es z.B. in Deutschland nicht üblich, daß man sich auf die Grünflächen um die Häuser und im Volkspark legt, so daß die Stadtverwaltung und Vermieter bitten, die Grünflächen zu schonen. Sonntags wird in der Öffentlichkeit nicht gearbeitet. Da Deutschland

ein Industrieland ist und alle Menschen arbeiten, beachtet man abends und nachts Ruhe. Wäsche hängt man sonntags nie zum Trocknen auf.

Nach Erlaß des hessischen Innenministers gilt: Für jede Person über 6 Jahre müssen 12 Quadratmeter zur Verfügung stehen, für jede Person unter 6 Jahren 8 Quadratmeter. Auf die Einhaltung dieser Mindestanforderung ist die Ausländerbehörde in Marburg bedacht. Es wird deshalb dringend davon abgeraten, unterstrichen, Familienangehörige ohne vorherige, auch unterstrichen, Fühlungnahme mit der Ausländerbehörde vorher einreisen zu lassen." - So ungefähr geht der Brief weiter, es werden noch einige Verhaltensregeln angeführt, wie man, d.h. also wir Deutschen, den Müll beseitigen, daß wir die Mülltonne verschließen usw..

Unterschrift: Der Bürgermeister der Stadt Allendorf, Mai 1979.

Was mich daran schockiert hat, daß also nicht nur einzelne Passagen eine Unverschämtheit sind sondern für mich liegt das Schlimme an diesem Briefe eigentlich daran, wie diese Probleme überhaupt abgehandelt werden und welche Probleme da als Probleme überhaupt miteinander verwischt werden. Meiner Meinung nach würde eine Analyse dieses Briefes genügend Aufschluß darüber geben, wie deutsche Behörden mit den ausländischen Kollegen umgehen sollen, umzugehen haben. Ich möchte nicht diesen Brief damit abtun, daß ich sage, es ist ein gewisser Grad von Naivität, denn wenn man die Wirklichkeit kennt muß man doch sagen, dieser Brief ist eine wahnsinnige Unverschämtheit.

Wenn ich mein Referat nenne nicht zur Wohnungsfrage sondern zur Wohnungsnot, dann möchte ich daß dabei grundsätzlich berücksichtigt wird, daß die Wohnungsnot auch für bestimmte

einkommensschwache deutsche Familien gilt und daß sich für die ausländischen Familien die Aspekte nur krasser und auch wirklich existentieller darstellen. In der Schlußakte von Helsinki heißt es: Die Gleichberechtigung zwischen Wanderarbeitern und Bürgern der Gastländer ist zu gewährleisten und es ist darauf zu achten, daß Wanderarbeitern zufriedenstellende Lebensbedingungen und insbesondere Wohnverhältnisse zuteil werden. Demgegenüber stehen die folgenden Zeitungsartikel-Überschriften. Im Originalton habe ich einige zusammengestellt. U.a.: "500 000 leben in Massenquartieren", "Badewanne für 63 Mann", "Wuchermieten für Gastarbeiter", "Der Feuertod geht um in Frankfurts brüchigen Ausländerquartieren", "Die Wohnverhältnisse sind katastrophal", "Zuchtshausordnung für Ausländerinnen", "Mietwucher gegen Ausländer blieb ungesühnt", "Mit dem Beil die Miete kassiert", "22 Ausländerfamilien gekündigt, jetzt droht die Ausweisung", "Getto-Bildung im Bergbaurevier beklagt", "Ratten im Gemäuer und Schimmel an den Wänden", "Nix Wohnung - hau ab!"

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß, wenn man diese Überschriften dem Brief des Bürgermeisters gegenüberstellt, dem eigentlich nichts mehr hinzuzufügen ist.

Zu einer Bestandsaufnahme der Wohnungssituation in der Bundesrepublik ist folgendes anzumerken, daß es kaum, also für mich zugängliche, Gesamtübersichten über statistische Daten gibt. Ich kann also jetzt nur einige statistische Beispiele geben, aus denen aber sicherlich Verallgemeinerungen möglich sind.

Unter anderem das Deutsche Institut für Urbanistik stellt 1981 fest: die rechtliche Situation der Ausländer, insbesondere auf dem Wohnungsmarkt sowie die Diskriminierung bei der Wohnungssuche macht eine Verbesserung der Wohnverhältnisse

der Ausländer fast unmöglich. D.h., es besteht ein sehr enger Zusammenhang zwischen der ausländerrechtlichen Situation und der Wohnungsproblematik.

Hier zunächst einige Beispiele, es betrifft Frankfurt.

Es gibt in Frankfurt offiziell gemeldete Wohnungssuchende 20 000, der Ausländeranteil an den Wohnungssuchenden beträgt bei einer 4-köpfigen Familie 60 Prozent, bei einer 5-köpfigen Familie 70 Prozent, 6-köpfigen 76 Prozent, 7-köpfigen 74 Prozent, 8-köpfigen 72 Prozent. Das Fazit daraus ist, daß besonder von der Wohnungsnot betroffen sind die ausländischen Familien die mehr als zwei Kinder haben und die Statistik gibt auch gleichzeitig einen Hinweis darauf, daß es wahrscheinlich Familien sind, in denen auch andere Familienangehörige leben - Stichwort: Großfamilie.

Unter den Wohnungssuchenden in Frankfurt sind also insgesamt 28 Prozent Ausländer, das waren so gut 5 000. Im Jahresbericht des Amtes für Wohnungswesen für 1981 heißt es dazu:

"Die Versorgung dieses Personenkreises bereitet zusätzliche Schwierigkeiten, da der Ausländeranteil innerhalb des sozialen Wohnungsbestandes in den letzten Jahren spürbar angestiegen ist und sich nunmehr zunehmend die Notwendigkeit ergibt, einer weiteren Konzentration von Ausländern in bestimmten Wohngebieten entgegenzuwirken"

Neben dem Problem, nur schwer eine Wohnung finden zu können, kommt ein weiteres hinzu, und zwar daß die ausländischen Familien überhöhte Mieten zahlen. Zur Verfügung standen mit ein paar Zahlen aus Frankfurt. Die Tendenz ist ansteigend.

Von z.B. 278 festgestellten Mietzinsüberhöhungen waren 1979 146 ausländische Arbeiter betroffen, das sind 50 Prozent, 1980: 62 Prozent, 1981: 67 Prozent. Wohlgedenkt: das sind nur die festgestellten Mietüberhöhungen. Für Frankfurt ist

aus: Deutsche Volkszeitung, 11.2.1982



„ICH MÖCHTE SIE BITTEN, mir Gelegenheit zu geben, mich bei Ihnen vorzustellen, da ich dringend eine menschenwürdige Wohnung für meine Familie möchte“, so schreibt ein türkischer „Gastarbeiter“ an die Gemeinnützige Wohnungsbau AG in Westberlin. Mit der Gastlichkeit hat er schlechte Erfahrungen hierzulande gemacht: „Wir sind seit 9 Jahren in Deutschland, und nie ist es uns gelungen, eine vernünftige Wohnung zu bekommen, wohl hauptsächlich deshalb, weil wir Türken sind. Ich kann Ihnen versichern, daß wir fleißig und sauber sind und immer regelmäßig unserer Arbeit nachgegangen sind. Leider müssen wir in einer sehr kalten 2 1/2-Zimmer-Wohnung leben mit 67 qm und verbrauchen mindestens für 15 DM Heizmaterial täglich, damit es einigermaßen warm wird. Die Kinder sind 19, 15 und 10 Jahre alt und gehen zur Schule.“

Text und Bild entnahmen wir dem deutsch-türkischen Bildband „... weil wir Türken sind“, den Kemal Kurt und Erika Meyer in der Express Edition, Westberlin 1981, 92 S., zum Preis von 19,80 DM herausgegeben haben. Zu den Bildern und Texten von Türken schreiben die Herausgeber: „Die Ausgangspositionen sind verschieden — bei mir die persönliche Betroffenheit, bei Erika die Neugier; gemeinsam aber ist uns die Wut, die Empörung über die Zustände.“ Überwältigend sind allerdings auch die Bilder türkischer Lebens- und Kinderfreude.

M. JUNG

zu sagen, daß der Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung über 20 Prozent liegt, daß er aber in einigen Stadtteilen wie am Bahnhof, im Stadtviertel an die 70 bis 80 Prozent liegt. Das sind zum einen Stadtteile, die alte Arbeiterstadtteile sind oder eben inzwischen sanierungsbedrohte Stadtteile, die langsam umkippen. Lt. Frankfurter Rundschau vom August '81: Die Stadt Frankfurt plant für 150 Millionen Investitionskosten ein Museums-Ufer, obwohl ein Drittel der Ausländerhaushalte mit vier oder mehr Personen nur 1- oder 2-Zimmerwohnungen haben.

Das kann man noch erweitern mit dem Stichwort: Alte Oper oder mit der Römer-Bebauung; die Kosten für ein Haus auf dem Römer sollen, im Moment zumindest, eine Million betragen. Als für sehr aufschlußreich habe ich noch eine andere Statistik gefunden und zwar betrifft die Duisburg. Es gibt eine Statistik über die Anzahl der Personen pro Zimmer. Bezeichnenderweise steht diese Untersuchung in einem Buch, das heißt, "Wohnungsarchitektur und Kriminalität", von einem leitenden Regierungsdirektor im Bundeskriminalamt verfaßt, - ich glaube, auch das spricht für sich - man kann also einen Zusammenhang zwischen der Wohnsituation und Kriminalität herstellen. Nur ganz kurz, die Tabelle ergibt folgendes: Bei den Türken, mehr als vier Personen wohnen zu 18,7 Prozent in einem Zimmer, 4 Personen zu 29,2 Prozent und 3 Personen zu 22,9 Prozent in einem Zimmer. Ein anderes Beispiel möchte ich noch anfügen, es betrifft München. Es ist eine Untersuchung vom Frühjahr '81, dort leben 52 Prozent der ungelerten Arbeiterhaushalte, d.h. Deutsche und Ausländer, in weniger als 70 Quadratmeter. Deutsche Familien wohnen zu 51 Prozent in Wohnungen die kleiner sind als 80 Quadratmeter, jugoslawische zu 80,6 Prozent, türkische zu 78,2 Prozent und griechische zu 75,8 Prozent. Die abzuleitenden Verallgemeinerungen,

die man bisher wohl machen kann, ist:

1. Die ausländischen Familien haben größere Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche,
2. sie zahlen Supermieten,
3. sie haben zu kleine Wohnungen.

Die Tendenz in einigen Großstädten ist also klar, deshalb möchte ich jetzt gerne noch ein Beispiel anfügen aus einem ländlichen Bereich und zwar Stadt Allendorf. Es gibt eine Untersuchung, Ausländerpolitik in einem ländlichen Zentrum von der Universität Marburg, dargestellt am Beispiel der Stadt Allendorf. Und auf Seite 76 dieser Untersuchung heißt es: Die Lage auf dem Wohnungsmarkt in Stadt Allendorf und Umgebung ist für die ausländischen Arbeitnehmer sehr prekär und wird sich in den nächsten Jahren weiter verschärfen. Geht man davon aus, daß die Firma Ferrero ihre Beschäftigungspolitik beibehält, werden als Nachfrage nach zusätzlichem Wohnraum jedoch ausschließlich türkische Familien auftreten. Dafür sind zwei Gründe verantwortlich:

1. leben die meisten Türken im zum Teil völlig überbelegten Wohnungen, während 81 Prozent der Unterkünfte lediglich zwischen einem und drei Zimmern, einschließlich Küche und Bad, haben, ist ein gleich hoher Prozentsatz von Wohnungen mit drei und mehr Personen belegt.
2. sind 91 Prozent der türkischen Arbeitnehmer verheiratet, hingegen leben erst 74 Prozent zusammen mit ihren Familien in Stadt Allendorf. Es wird also prognostiziert für einen Wohnungsbedarf für Stadt Allendorf von ca. 400 Wohnungen unterschiedlicher Größe für türkische Familien. Soweit auch dieses Zitat.

Ich habe dann noch einmal ausgerechnet, wie hoch eigentlich ein Quadratmeter Wohnraum in Stadt Allendorf kostet, weil

ja der Bürgermeister in seinem Brief geschrieben hatte, die ausländischen Bewohner sollten sich mindestens auf 4 Mark pro Quadratmeter einstellen - eine übliche Miete - ein Zimmer in Stadt Allendorf hat einen Quadratmeterpreis von 8,88 D-Mark - nur als Beispiel.

Das Zitat über die Entwicklung in Stadt Allendorf hat mir aber auch gezeigt, daß natürlich die Wohnungsfrage sehr eng mit der Arbeitsplatzstruktur und mit der Betriebsstruktur in einer Region zusammenhängt. Allgemein läßt sich sagen, daß die Situation, wie sie Ende der 50er und in den 60er Jahren gestanden hat, daß nämlich die meisten ausländischen Kollegen in den Wohnheimen der Betriebe wohnten, sich stark verändert hat und auch rückläufig ist. Für Frankfurt ist zu sagen, daß nur noch 8 Prozent in Wohnheimen wohnen, d.h. zur Wohnsituation der ausländischen Kollegen sind neue Aspekte hinzugekommen, das ist

1. die zunehmende Aufenthaltsdauer und die Vergrößerung oder die Vervollständigung der Familien, indem die Familienangehörigen nachgekommen sind. D.h. sie sind inzwischen abhängig vom, in Anführungsstrichen, freien Wohnungsmarkt. Trotzdem, oder immer noch, spielen die Großbetriebe eine wichtige Rolle beim Lösen der Wohnungsnot ausländischer Arbeiterfamilien. Ich möchte als Beispiel nur die FHG in Frankfurt anführen. Insgesamt hat die FHG 6 600 Beschäftigte davon sind 750 türkische Kollegen, das Werk hat 520 werksgeförderte Wohnungen. 200 Familien suchen über die FHG Wohnungen, davon sind 80 bis 90 Prozent Ausländer, teilweise sind sie seit drei bis vier Jahren als Wohnungssuchende gemeldet. Seit eineinhalb Jahren hat sich das Problem in ungeheurer Weise zugespitzt. Der Betriebsrat wird verstärkt damit konfrontiert und zwar mit diesem sogenannten Notfällen.

Für den Betriebsrat stellt sich die Frage, wie kann man unter

Einhaltung der Gesetze eine Wohnung finden.

Das Hauptproblem also ist, wenn inzwischen die Familienangehörigen in die Bundesrepublik gekommen sind, die ausländischen Kollegen brauchen also einfach größere Wohnungen.

Aber das Problem fängt bereits bei der Angabe der bisherigen Wohnverhältnisse an. Wenn also die Kollegen bei den Anträgen ausfüllen müssen, wo sie wohnen, wie groß die Wohnung ist und wieviel Leute darin wohnen, dann ist das schon manchmal ein Grund, daß das Ordnungsamt dann schon zugreift.

Das heißt meist Überbelegung, so heißt es offiziell, die Kinder sind manchmal gar nicht rechtmäßig da, aus dem Grunde, sie sind nicht gemeldet, es besteht ganz klar die Gefahr der Ausweisung für die Kinder oder für die Eltern oder für die Kinder und Eltern und der Betriebsrat hat auch die Erfahrung gemacht, daß er des öfteren Kollegen bei der Ausländerpolizei zurückholen mußte.

Das nächste Problem ist die Bindungsbescheinigung, die von der Behörde ausgestellt werden muß, d.h. die Kollegen kommen nur dann für eine sozialgeförderte Wohnung infrage, wenn sie unterhalb der maximalen Verdienstgrenze liegen, die ungefähr jetzt im Moment brutto bei 30 000 D-Mark im Jahr liegen könnte. Es gibt aber Beispiele, daß Betriebe diese Verdienstbescheinigungen nicht richtig ausfüllen, also das geringer ausstellen, dann kommt noch ein zusätzliches Problem hinzu, wenn also der Betriebsrat agiert für eine Familie mit drei Kindern, die jetzt in einer Eineinhalbzimmerwohnung lebt, ist es unmöglich eine Dreizimmerwohnung zu bekommen, denn mit drei Kindern sind vom Gesetz her zwingend Vierzimmerwohnungen vorgeschrieben. Das heißt, die Familie muß in den eineinhalb Zimmern bleiben. Die Konsequenz daraus ist, man kann nur unter Umgehung der Vorschriften etwas tun.

Die Lösung, die die ausländischen Kollegen selbst finden, ist dann z.B. so eine, daß sie ihre Kinder vorübergehend zurückschicken. Weitere Ursachen für die Verschärfung des Problems, der Situation seit zwei bis drei Jahren, ist, daß die Familienzusammenführung z.B. aus der Türkei auch politisch motiviert ist, daß viele Eltern ihre Kinder aufgrund der politischen Situation hierher holen, daß die Tendenz hierzubleiben dadurch auch noch größer geworden ist und daß durch eine zunehmende Ausländerfeindlichkeit die Anmeldung von Eigenbedarf an Wohnungen sich verstärkt, so daß auch ausländische Kollegen ihre Wohnung verlieren.

Der große Konflikt liegt aber eigentlich beim sozialen Wohnungsbau, da der sozialgeförderte Wohnungsbau weitestgehend zu 70 bis 80 Prozent mit Krediten finanziert wurde und jetzt die Kreditzinsen auch angehoben wurden, steigen die Mieten. Eine Vierzimmerwohnung im sozialen Wohnungsbau mit 90 bis 100 Quadratmetern kostet inzwischen 1 000 D-Mark plus Heizkosten, das hat zur Konsequenz, diejenigen, die sich die Wohnung leisten könnten, kommen nicht rein, wegen der Bindungsbescheinigung, und die die rein könnten, können die Miete nicht bezahlen. Für mich zeigt dieses Beispiel eines Betriebes ziemlich deutlich, daß die Wohnungsproblematik sehr eng mit der Ausländerrechtsproblematik zusammenhängt und das Problem ist eigentlich auf der betrieblichen Ebene allein gar nicht zu lösen. Mich würde in dem Zusammenhang interessieren, wie das in anderen Großbetrieben aussieht.

Als Deutscher eine Wohnung zu finden, ist schon mit entwürdigenden Begleiterscheinungen verbunden. Zum Beispiel der Nachweis, ob man schwanger ist, welchen Beruf man hat, ob man einen Kredit zu zahlen hat, ob man Referenzen vorweisen kann, ob man verheiratet ist, und wenn, mit wem. Man kann also sagen, nirgendwo wird das Verfassungsgebot der Gleich-

behandlung und die Achtung vor der Intimsphäre der Menschen so mißachtet wie bei der Wohnungssuche.

Zur Veranschaulichung der allgemeinen Situation habe ich einige Daten genommen, die sind auch aus der Deutschen Volkszeitung vom Januar '82. Die Zahlen sind folgende:

Mindestens 1,2 Millionen Wohnungen fehlen, etwa 800 000 Althäuser sind vom Verfall und mutwilliger Zerstörung bedroht, jeden Tag fallen in der BRD 60 Wohnungen dem Abrißbagger zum Opfer, mindestens 4,5 Millionen Wohnungen erfüllen nicht die zeitgemäßen allgemeinen Ansprüche, d.h. sie sind ohne Bad und WC. 4 Millionen Haushalte wohnen in unwürdigen Verhältnissen. 1,5 Millionen Haushalte können die Miete aus einem Einkommen gar nicht mehr zahlen, d.h. die wären angewiesen auf Wohngeld, aber das Wohngeld ist wiederum geknüpft an einen längerfristigen, perspektivischen Lebensunterhalt, d.h. sie werden auch dieses Wohngeld nur in den wenigsten Fällen bekommen. 14,5 Millionen hätten Anspruch auf eine Sozialwohnung, dem stehen aber im ganzen Bundesgebiet nur 4,2 Millionen gegenüber. Und die Ausländersituation ist noch dadurch gekennzeichnet, daß es keinen staatlichen Wohnungsbau mehr gibt im Moment. In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal erklären, warum ich von Wohnungsnot sprechen möchte, denn Wohnungsnot, hat mal jemand gesagt, ist nicht nur Wohnungslosigkeit sondern auch Einschränkung bei der Ernährung und Kleidung zugunsten der Miete, drei- bis vierstündige Wegezeiten von und zur Arbeit, Wohnung in Abbruchvierteln, Kinder ohne eigenen Raum, leben unter dem Druck der Mietpreiserhöhungen bei Modernisierung oder unter der Angst, daß die Wohnungen zu Eigentumswohnungen gemacht werden. Daraus ist ersichtlich, daß ein Recht auf Wohnen eigentlich ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben ist und daß in diesem Zusammenhang die ganze Frage nach der Integration der

der ausländischen Arbeiter neu auf der Tagesordnung steht.

Nicht erst seit dem Memorandum ist bekannt, daß die Ausländer zum überwiegenden Teil, nämlich drei Viertel der Befragten, in Bereichen wohnen wollen, in denen mindestens ebenso viele Deutsche wohnen. Das heißt, die Auffassung, wonach die Gettoisierung als Beitrag zur Problemlösung erscheint, ignoriert die Position der Betroffenen und ist wohl weitestgehend auf eine Romantisierung des Problems zurückzuführen. Das Memorandum gibt auch zu, daß

"die Steuerungsmöglichkeiten der öffentlichen Hand relativ beschränkt sind. Wir wissen natürlich, wenn die öffentliche Hand steuern will, dann steuert sie auch und Beispiele gibt es genug, z.B. die Zuzugssperre in Berlin und Hamburg - in manchen Stadtteilen. Die wahren Ursachen für Getto-Bildung will der Bericht auch gar nicht sehen.

Ich möchte noch einmal auf ein paar Angaben zurückgreifen, die ich im "Liviatan", das ist eine Zeitschrift für Sozialwissenschaften Nr. 3/4 '81 gefunden habe und zwar steht da drin, die ausländischen Arbeiter sind zu 95 Prozent Mieter, davon sind 30 Prozent in schlecht ausgestatteten Wohnungen untergebracht. Also diese Zahlen beziehen sich auf das Bundesgebiet. Davon sind insgesamt 43 Prozent in Altbauwohnungen - und dann habe ich die Zahl gefunden, daß in Sozialwohnungen 1972 nur 10 Prozent Ausländer wohnten. Die Wohnungsstichprobe von '78 müßte man heranziehen, das wären die neuesten Zahlen, aber die kenne ich nicht.

Sie zahlen überhöhte Mieten bundesdurchschnittlich 15 bis 25 Prozent.

Jetzt ein Zitat aus dieser Studie: "... so zeigt sich,

daß die ausländischen Haushalte Wohnungen in Anspruch nehmen,

• die wegen hoher Mietpreise oder schlechter Ausstattung nur

noch geringe Chancen hätten, von deutschen Haushalten gemietet zu werden."

Diese Einschätzung, die wohl richtig ist, bedeutet, daß ein erzwungener Gettoisierungsprozeß stattfindet, der wiederum eine ideologische Fanatisierung begünstigt.

Wie sieht nun die aktuelle Situation und die Perspektive aus?

Im sozialen Wohnungsbau liegt im Moment keine Perspektive, die beschlossenen Zinsen für die Altkredite aus öffentlichen Mitteln im sozialen Wohnungsbau um 6 bis 8 Prozent macht den sozialen Wohnungsbau kaputt, die Mieten werden steigen. Dazu kommt die angekündigte Fehlbelegungsabgabe, die bezahlt werden soll, wenn jemand inzwischen zuviel verdient und weiter im sozialen Wohnungsbau wohnt, dazu kommen Ankündigungen über Staffelmieten und Zeitmietverträge, d.h., die Kündigungen sollen wieder problemlos möglich werden. Die Tendenz ist Aufweichung und Auflösung der mieterschützenden Vorschriften durch die Bundesregierung. In der Zukunft kann man sagen, es wird durch drei Strömungen, durch drei Aspekte der Wohnungsmarkt enger werden.

1. Der soziale Wohnungsbau ist im Moment gestoppt, der
2. Aspekt ist die verstärkte Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen, d.h. ausländische Kollegen haben da keine Chancen einzusteigen und der
3. Aspekt ist die angebliche Sanierung, Umwandlung von Wohnungen in Büros, Geschäfte, Hotels und Bordelle.

Wenn wir bedenken, der Bodenbesitz in der Bundesrepublik liegt in der Hand von einem Prozent der Bevölkerung, der Boden in Großstädten ist Eigentum von 3 bis 5 Prozent der Bevölkerung. Trotz zurückgegangener Bautätigkeit sind die Grundstückspreise in den letzten zwei Jahren um 40 bis 50 Prozent gestiegen. Eine Gruppe von Milliardären kontrol-

liert mit Konzernen, Versicherungsgesellschaften und Großbanken 83 Prozent des Miethausbesitzes, den großen Grundbesitz und die Masse der Hypotheken. Die Deutsche Bank AG hat die Mehrheit bei den beiden größten deutschen Hypothekenbanken und damit einen entscheidenden Einfluß auf die Bau- und Bodenpreise.

Die gegenwärtige Politik der Bundesregierung sieht also so aus, Aufweichung und Auflösung der Bestimmungen, der mieterschützenden Bestimmungen, Unterstützung und Ausweitung der Bodenspekulation, Zunahme der Obdachlosigkeit.

Daß der Staat der Wohnungsplage weder helfen kann noch will, ist damit klar. Der Staat ist nichts als die organisierte Gesamtmacht der besitzenden Klasse. Was die einzelnen Kapitalisten nicht wollen, das will auch der Staat nicht. In einer solchen Gesellschaft ist die Wohnungsnot kein Zufall, sie ist eine notwendige Institution, sie kann mit samt ihren Rückwirkungen auf die Gesundheit usw. nur beseitigt werden, wenn die gesamte Gesellschaftsordnung der sie entspringt, von grundauf umgewälzt wird....." (Friedrich Engels)

Das hat er schon vor langer Zeit geschrieben zur Wohnungsfrage. Wir müssen also die Lage im Moment so einschätzen, das Wohnungsproblem wird eines der wichtigsten sozialen Probleme der nächsten Jahre werden bzw. bleiben. Deshalb ist es auch besonders wichtig, eine grundsätzliche gesellschaftspolitische Position dazu zu beziehen.

Da die Wohnung eine Lebensvoraussetzung jedes Menschen ist, muß das Wohnungswesen zu einer sozialen Aufgabe erklärt werden, die jede Spekulation, jeden Wucher, jede Willkür und Ausbeutung mit dem Gut Wohnung ausschließt.

Organisierung politischer und praktischer Solidarität

Liebe Freunde ...

Diese Arbeitsgruppe hat sich die Frage der Organisierung von politischer und praktischer Solidarität mit den Arbeitern und ihren Familien ausländischer Herkunft zur Aufgabe gestellt.

Hierzu einige Thesen:

Mir scheint notwendig, die politische Solidarität auf zwei wesentliche Fragen zu konzentrieren ohne damit andere Problem-
punkte zu vernachlässigen:

1. Zweifelsohne wird in der nächsten Zeit mit weiteren ausländischerfeindlichen Kampagnen durch reaktionäre, aber insbesondere durch neonazistische Kräfte zu rechnen sein. Zwei Aspekte sind dabei zu unterscheiden: 1. Die offene ausländischerfeindliche, rassistische Hetze in Form von "Bürgerinitiativen" und "Listen zur Ausländerbeschränkung" u.ä., sowie Pamphlete ("Heidelberger Manifest") und Schmierereien ("Stop Tierversuche - Nehmt Türken!" - Düsseldorf, Worringer Platz) und 2. die verdeckte, mit subtileren Mitteln arbeitende Gruppe von Politikern, "Wissenschaftlern" und Managern. Diese 2. Gruppe hausiert angesichts der Massenarbeitslosigkeit mit der These: "Wir brauchen nur die ausländischen Arbeitnehmer nach Hause zu schicken und den deutschen Arbeitslosen die freiwerdenden Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen." Oder kurz: Die ausländischen Arbeiter sind an der Massenarbeitslosigkeit schuld. Diese These wird in Zukunft

noch weiter verstärkt werden. Doch was passiert, wenn die ausländischen Kolleginnen und Kollegen zurückgehen? Ohne hier auf die so wichtige Frage der politischen Ökonomie der Ausländerbeschäftigung eingehen zu wollen, können wir doch festhalten: "Ausländer nehmen oft Arbeitsplätze ein, die zum Funktionieren der Gesamtwirtschaft besetzt sein müssen" (Stingl, BfA, siehe ÖTV-Magazin 2/81). So sind alleine im Bergbau 22,1 Prozent der Bergleute Ausländer. In den Fertigungsberufen sind 20,6 Prozent der arbeitenden Frauen Ausländerinnen. Oder die Daimler Benz AG, bei der über 1/4 der Produktionsarbeiter ausländischer Herkunft sind.

Erlauben sie mir an dieser Stelle eine kleine Anmerkung: Der Staat und die Unternehmer bemühen sich zwar in der Krise den Abbau der Ausländerbeschäftigung zu forcieren, allerdings wäre es ein Fehler zu glauben, sie verzichten nun auf die Beschäftigung der ausländischen Arbeiter. Denn das Interesse des Kapitals an der ökonomischen Funktion der Ausländer als unterste Schicht der Arbeiterklasse, als Heer von Unqualifizierten im Rationalisierungsprozeß, liegt weiterhin auf der Hand. Sie brauchen die ausländischen Arbeiter als mobile Arbeitskräftearmee, mit der Arbeitslosigkeit außer Landes exportiert werden kann. Aber Familiennachzug und die damit verbundenen Folgekosten verteuern die ausländische Arbeitskraft und der Effekt des Extra-Profits ist hin. Wenn also Unternehmer und Politiker tatsächlich die ausländischen Arbeiter und ihre Familien abschieben wollten, werden sie sogleich Alternativen überlegen, wie nun dieser Extra-Profit auf andere Weise gesichert werden kann; etwa dadurch, daß die schlechten Arbeitsplätze, die bisher von Ausländern besetzt waren, in "Billig-Lohn-Länder" per Kapitalexport ver-

lagert werden. Weitere Massenarbeitslosigkeit bei den deutschen Arbeitern und damit soziale Spannungen wären die Folge. Abgesehen davon, sind bestimmte Arbeitsplätze überhaupt nicht exportierbar, insbesondere die "traditionell" von Arbeitern ausländischer Herkunft besetzt sind, wie Bergwerke, die Landwirtschaft und die Dienstleistungsbereiche.

Fakt ist aber andererseits, daß bereits heute ein beständiger Anteil an den ausländischen Arbeitern besteht, die gewillt sind hierzubleiben. Und es ist anzunehmen, daß ein ziemlich hoher Sockel an ausländischen Arbeitern für die schmutzigsten, gefährlichsten und am schlechtesten bezahlten Arbeiten bestehen bleiben wird; daß im Rahmen der Ausweitung der EG eine größere Zahl ausländischer Arbeiter hier leben und arbeiten wird; daß selbst ohne Zustrom aus den Heimatländern, die Zahl der Ausländer infolge höherer Geburtenraten steigen kann.

So ist den Autoren des Buches "Die sogenannten Gastarbeiter" Rüdiger Bech und Renate Faust voll zuzustimmen, wenn sie auf Seite 19 5 schreiben: "... die insgesamt düsteren wirtschaftlichen Zukunftsaussichten des Kapitalismus" können durch den Ausländeranteil an der arbeitenden Bevölkerung "eine weitere Verschärfung der sozialen Probleme und wachsende Gefahren chauvinistischer Stimmungen nach sich ziehen. Es wird eine wichtige Aufgabe der Arbeiterbewegung und der demokratischen Kräfte insgesamt sein, zu verhindern, daß diese Situation in der BRD 'auf amerikanische Art gelöst' wird: Durch Erzeugung eines Heeres von Dauerarbeitslosen, das... als Druckmittel gegen gewerkschaftliche Forderungen und als Nährboden für faschistische Bewegungen benutzt

werden kann. Kampf für die Gleichberechtigung der ausländischen Mitbürger ist für die deutschen Arbeiter und Angestellten kein karikatives Werk, sondern Sicherung auch der eigenen Interessen für die Zukunft."

2. Ein zweiter Schwerpunkt unserer aktiven Solidarität ist die Solidarität mit den in ihren Heimatländern verfolgten Demokraten und Gewerkschafter. Wir können hier in unserem Land aktive Solidarität mit ihnen üben. Wir meinen, die Solidarität in erster Linie mit den Verfolgten aus der Türkei, die in unser Land gekommen sind um Schutz und Hilfe von uns zu erhalten: die Asylbewerber. Dabei sagt der Artikel 16 (2) Satz 2 GG: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht." Wir sollten verstärkt in der öffentlichen Diskussion sagen, daß dieses Asylrecht ein Grundrecht unserer Verfassung ist, daß die Erfüllung, die volle Verwirklichung des Asylrechts auch ein Gradmesser für die Rechtsstaatlichkeit in unserem Land ist. Dieses Asylrecht ist die Konsequenz aus der leidvollen Erfahrung deutscher Emigranten während der Nazi-Herrschaft. Die Vorschläge, das Asylrecht einzuschränken, sind verfassungswidrig und sie fordern den Widerstand aller Demokraten heraus. Es ist zu beachten, daß das Asylrecht im Grundgesetz festgeschrieben ist. Es kann daher nicht durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes eingeschränkt werden. (Artikel 19 (1), Satz 1 GG) Es darf auch in keinem Fall in seinem Wesensgehalt angetastet werden. (Artikel 19 (2) GG) Aber die Praxis belegt, daß aus Gründen des Antikommunismus, der Bündnistreue gegenüber der NATO und ähnlicher politischer Aspekte ein sehr unterschiedliches Anerkennungsverfahren betrieben wird. Von den 107 818 Asylbewerbern wurden 1980 nur

12 488 anerkannt, das sind knappe 11 Prozent. Aufgrund der sich verschärfenden faschistischen Terrorakte in der Türkei flüchteten 1980 alleine aus diesem Land 57 813 Menschen. Die Einführung der Visumpflicht durch die Bundesregierung, u.a. auch für die Türkei, hat viele verfolgte Demokraten der Türkei dazu gezwungen, trotz Folter und Militärstiefeln, im Lande zu bleiben. Rechnet man die Prozentzahlen der Abgelehnten mit der Zahl der Antragsteller aus der Türkei hoch, so sieht man: Mindestens 20 581 politische Flüchtlinge aus der Türkei wurden 1980 abgelehnt und durch Abschiebung der Militärjunta ausgeliefert. Dabei ist es die Spitze des Skandals, daß das Frankfurter Oberlandesgericht verkündete, daß Folter kein Asylgrund sei! Müssen die verfolgten Demokraten erst als Leichen hierher gebracht werden? Genügt nicht zu wissen, daß seit dem Putsch der fünf NATO-Generäle im September 1980 das Parlament aufgelöst wurde und alle demokratischen Massenorganisationen, die DISK-Gewerkschaften und politischen Parteien verboten sind? Ist es verwunderlich, wenn angesichts der Tatsache, daß seit dem Putsch "bei Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften" 600 Menschen ermordet wurden, daß über 100 Menschen in den Kerkern der Junta zu Tode gefoltert wurden, daß über 170 000 Menschen seit dem seit dem September 1980 verhaftet sind und derzeit 47 000 Personen aus politischen Gründen vor den Militärgerichten stehen und viele von ihnen, unter ihnen die 52 DISK-Gewerkschafter, vom Tod durch den Strang bedroht sind? Ist es angesichts dieser Fakten also verwunderlich, wenn die Demokraten ihr Leben retten wollen und in der BRD um Asyl bitten? Ist es da nicht eine unglaubliche Lüge und Diskriminierung von "Scheinasylanten" und "Wirtschaftsflüchtlingen" zu spre-

chen? "Wirtschaftsflüchtlinge" die vor ihrer Flucht wissen, daß ihnen hier das Recht auf Arbeit verweigert wird? Nein! Die verfolgten Demokraten, die in unserem Land um politisches Asyl bitten, haben unsere uneingeschränkte Solidarität. Ihnen gilt unsere praktische Solidarität. Sie und vor allem die in der Heimat verbliebenen Familienangehörigen müssen wir moralisch und materiell unterstützen.

Wie können wir praktische Solidarität üben?

Dazu einige Überlegungen:

Angesichts der Tatsache, daß fast 4,7 Millionen ausländische Arbeiter mit ihren Familienangehörigen und Asylsuchende zum Teil unter unwürdigen Verhältnissen hier arbeiten und leben, sollte es unser oberstes Gebot sein, mit ihnen gemeinsam



Türkische Kinder protestieren in Köln gegen das Militärregime in der Türkei, das ihre Väter einsperrte, weil sie Gewerkschafter sind. 52 führenden Funktionären der progressiven Gewerkschaftsföderation DISK droht jetzt vor einem Gericht die Todesstrafe. Foto: Rose



GEGEN DIE SCHÜRUNG VON AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT wandte sich eine gemeinsam mit ausländischen Mitbürgern veranstaltete Demonstration zu den Kommunalwahlen in Kiel. Der Protest richtete sich aktuell gegen das Auftreten einer neonazistisch-rassistischen Wählervereinigung „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung“ sowie gegen die allgemein diskutierte Ausländerfeindlichkeit, gegen die sich die Demonstranten bei ihrem Marsch, beginnend im Kieler Arbeiterstadtteil Gaarden wandten. Eine der Parolen lautete: „Nicht Ausländer raus, sondern ausländische Waffen raus!“
Foto: Klaus Rose

für ein menschenwürdiges Dasein zu kämpfen. Es sind Menschen, ob auf der Flucht vor dem Terror in der Türkei oder jene Kollegen die z.T. seit Jahrzehnten mit uns arbeiten. Sie alle haben Menschenrechte, die auch und vor allem in unserem Land gewahrt sein müssen. Dafür müssen wir gemeinsam kämpfen. Dabei eventuell entstehende Sprachprobleme sind vielleicht schwierig, aber der Erfolg von zwei- oder mehrsprachigen Materialien machen die Mühe der Übersetzung wieder wett. Wendet Euch bei Übersetzungs- und Dolmetscherfragen rechtzeitig an die örtlichen Ausländerberatungsstellen, an die demokratischen Ausländervereine und die ausländischen Betriebsräte und Vertrauensleute der Gewerkschaften. Sollte dies dennoch nicht möglich sein, wendet Euch an die Initiative. Die Sprachbarrieren zu durchbrechen ist die wichtigste Grundlage zum gemeinsamen Kampf der in- und ausländischen Kollegen. Daher gehört es auch zu unserem Kampf, die Behörden

und öffentlichen Institutionen mit Aktionen und persönlichen Vorsprachen zu drängen, in den Muttersprachen der jeweiligen ausländischen Einwohner Bekanntmachungen und Hinweise zu schreiben. Es ist doch ein Skandal, daß in den meisten Museen beispielsweise deutsch, englisch, französisch, ja sogar japanisch gesprochen wird, türkisch aber vergebens gesucht wird.

Bei den Betroffenen denken wir vor allem an die 1,5 Millionen Menschen aus der Türkei, an 600 000 Jugoslawen, an die über 600 000 aus Italien, 300 000 Griechen, 176 000 Spanier und 110 000 Portugiesen.

Als von Gewerkschaftern und gewerkschaftlich orientierten Politikern und Intellektuellen gegründete Initiative ist es besonders wichtig daraufhinzuweisen, daß bei der praktischen Solidarität vorrangig die ausländischen Arbeiter und ihre Familien zu unterstützen sind. Dementspricht, daß wir verstärkt die deutschen Gewerkschafter für die praktische Solidarität gewinnen. Die DGB-Führung muß endlich damit aufhören, demokratische Ausländerorganisationen im Stile der sogenannten Verfassungsschutzberichte zu diffamieren. Die Versuche, bestimmte demokratische Ausländerorganisationen als "kommunistisch unterwandert" zu diffamieren, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß aus den Reihen der Ausländerorganisationen viele aufrichtige und konsequente Gewerkschafter hervorgegangen sind. Solidarität ist unsere Kraft und daher muß auch der Kernpunkt aller solidarischen Aktionen der Kampf gegen die vielschichtigen Versuche sein, in den Arbeitern ausländischer Herkunft eben nur die "benutzbare" Arbeitskraft zu sehen. Wir Gewerkschafter und Demokraten sehen den ganzen Menschen ausländischer Herkunft. Das heißt:

Eintreten für die volle Gleichberechtigung im Betrieb, im politischen und juristischen Sinne, ebenso wie im sozialen und kulturellen Bereich.

Das reaktionäre Ausländergesetz muß fallen. Wir müssen dieses Gesetz, seine Ausführungsbestimmungen und seine diskriminierenden praktischen Auswirkungen auf allen Ebenen bekämpfen. Ebenso muß das aktive und passive Wahlrecht durchgesetzt werden. So gesehen, wird die Frage Anwerbestopp ja - nein?, Grenzen auf oder zu, zweitrangig. Der Kern des ökonomisch-politischen Interesses der Unternehmer an den ausländischen Arbeitern, welcher sich in der sozialen, politischen und kulturellen Diskriminierung manifestiert, muß bekämpft werden. Muß schließlich beseitigt werden.

Darum schlage ich vor, örtliche Initiativen der "Solidarität mit den ausländischen Arbeitern", gegen Ausländerfeindlichkeit zu gründen. Hier sollten sich insbesondere deutsche Gewerkschafter, Betriebs- und Jugendvertreter mit Ausländern engagieren.

Informiert Euch über die Geschichte und Ökonomie der Heimatländer, über die aktuelle Lage der Arbeiter, der Jugend und der Frauen in diesen Ländern. Setzen wir der halbherzigen und mehr von den Interessen der Unternehmer bestimmten "Integrationspolitik" der Bundesregierung unsere Solidarität, unsere "solidarische Integration" entgegen. Vergessen wir dabei nicht, von beiden Seiten aufeinander zuzugehen. Die demokratischen Jugend- und Frauengruppen, die Gewerkschaftsjugend sind aufgerufen, noch größere Anstrengungen zu unternehmen, um möglichst viele der ausländischen Jugendlichen und Frauen in multination-

nen Gruppen zu organisieren. Die ausländischen Kolleginnen und Kollegen fordern wir auf, sich in den demokratischen Massenorganisationen der BRD, den Gewerkschaften und demokratischen Bürgerinitiativen zu organisieren. Ich denke auch daran, z.B. aktiv im Deutschen Mieterschutzbund zu arbeiten. Prüft, ob ihr in die demokratischen und Arbeiterparteien eintreten wollt. Studiert mit uns die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die Geschichte der demokratischen Bewegung der BRD. Erzählt vom Kampf in Euren Herkunftsländern. So werden wir im gemeinsamen Kampf gegen neue Atomraketen, gegen Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und Wohnungsnot noch erfolgreicher!

Deutsche und Ausländer!

Gründet in der Freizeit multinationale sozialkulturell-tätige Gruppen, etwa Musik-, Sport- und Folkloregruppen und lernt dabei fortschrittliche Traditionen Eurer Länder kennen.

Wichtig ist auch, das Meinungsmonopol der deutschen und bestimmter ausländischer Medien zu durchbrechen. Schafft mehrsprachige Zeitungen in Euren Orten und stellt Euch, Eure Lage und Euren Kampf dar. Wehrt Euch auch gemeinsam gegen die rassistischen und faschistischen Hetzparolen, insbesondere vor Schulen und Kindergärten. Sammelt gegen diese Schmierereien in der näheren Nachbarschaft aus Protest Unterschriften und verlangt dabei, daß die kommunalen Behörden sie beseitigen. Und wenn alles nichts nützt, greift selbst zu Pinsel und Farbe. "Ausländer raus" ist die falsche Parole, ist gegen die Völkerverständigung und für Krieg gegen andere Völker. Richtig muß es heißen: "Ausbeuter raus!".

Liebe Freunde!

Schreibt verstärkt Leser-, Zuschauer- und Hörerpost. Und zwar wenn Euch mal ein Beitrag gefallen hat, als auch, wenn dem nicht so ist (was zweifelsohne öfters der Fall sein wird). Kritisiert darin verkappte und offene Ausländerfeindlichkeit, unterstützt jeden fortschrittlichen, auf Solidarität gerichteten Ansatz!

Auch wenn unsere Erfahrung mit der Justiz in unserem Lande nicht immer gut ist, Klassenjustiz ist Klassenjustiz, sollten wir dennoch alle juristischen und rechtlichen Möglichkeiten nutzen, um gegen Volksverhetzung vorzugehen. An dieser Stelle appellieren wir an die Rechtsanwälte in der Bundesrepublik: Es gibt bereits heute unter ihnen hervorragende Beispiele des selbstlosen Einsatzes für die durch Ausländerpolitik und Ausländergesetze diskriminierten Kolleginnen und Kollegen ausländischer Herkunft. Die Angriffe auf die ausländischen Familien, die eingeschränkte Handhabung des Asylrechts gegen politische Flüchtlinge aus "befreundeten" Staaten, die Aushöhlung des Asylrechts zur Schaffung völlig entrechteter Arbeitskräfte in Form von Zwangsarbeitern, die, wenn sie nicht gefügig sind, durch Sanktionen gefügig gemacht werden; aber auch die sich häufenden tätlichen Angriffe auf Männer, Frauen und Kinder ausländischer Herkunft; all diese Angriffe erfordern großes Engagement gerade auch der demokratischen und liberalen Rechtsanwälte in unserem Land.

Wir rufen die Wissenschaftler und Studenten auf: Setzt Euer Wissen und Können dafür ein, die Möglichkeiten des gleichberechtigten Zusammenlebens zu untersuchen und die demokratischen

Wege aufzuzeigen, mit denen wir auch mit sprachlichen und kulturellen Minderheiten zusammenleben können. Gerade unser Land darf die Fehler der Geschichte nicht wiederholen. Gerade wir müssen eine breite internationale Offenheit und Kulturtoleranz, müssen gastfreundschaft zeigen! So begrüßen wir herzlich die Erklärung der Bochumer Wissenschaftler gegen das "Heidelberger Manifest" und gegen das NPD-gesteuerte Volksbegehren für Schul-Apartheid. Ihr gegründeter interdisziplinärer "Arbeitskreis zur Lösung der Integrationsprobleme und gegen den Mißbrauch der Wissenschaft für rassistische Zwecke" an der Ruhr-Universität ist zu begrüßen.

Wir schlagen den demokratischen Schriftstellern, Autoren und Verlagen vor, die Literatur zwei- und mehrsprachig zu gestalten. Übersetzt und verlegt noch viel mehr als bisher in den Sprachen der Arbeiter aus den traditionellen Herkunftsländern. Auch die Schaffenden in den Rundfunk- und Fernsehanstalten sind gehalten über Möglichkeiten der stärkeren Einbeziehung der Arbeiterfamilien und Familien ausländischer Herkunft in die Programmgestaltung nachzudenken und zu praktizieren. Berücksichtigt dabei deren spezifischen Interessen und Bedürfnisse!

Laßt mich zum Schluß eine weitere Überlegung anstellen: Wenn wir die konkreten Lebensbedingungen vieler ausländischer Familien sehen, wenn wir sehen, wie beispielsweise die Wohnungsspekulanten gerade die Häuser und Wohnungen, in denen überwiegend Ausländer wohnen, verrotten lassen, wie die Kommunen die Asylantenheime und Unterkünfte verkommen lassen, Kolleginnen und Kollegen, da ist auch unsere praktische, unsere tat-

kräftige Hilfe, unsere Nachbarschaftshilfe gesucht. Der Kollege Schlosser und die Kollegin, die tapezieren und anstreichen kann, sie setzen den ausländerfeindlichen Kampagnen, dem massiven Versuch der Regierenden und des Kapitals, die in- und ausländischen Arbeiter zu spalten und gegeneinander auszuspielen, unverrückbare Barrieren entgegen!

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

INITIATIVE
Solidarität mit den Demokraten
der Türkei



Peter Heinrich, Betriebsrat, Herten
Michael Höhn, Pfarrer, Gummersbach
Klaus Liebs-Herkert, Prof. Dr., Bremen
Karl-Heinz Stommel, Betriebsrats-
vorsitzender, Duisburg
Klaus Thüsing, MdB, Bonn

c/o Karl-Heinz Stommel
Postfach 10 06 82
4100 Duisburg 1

Konto Pfarrer Michael Höhn
Sparkasse OU, Nr. 210-003240
Bankleitzahl 350 500 00

An die
Botschaft der Türkei
Utestraße 47

5300 Bonn

Düsseldorf, 21. März 1982

Protestentschließung

Deutsche und ausländische Arbeiter - Gewerkschafter, Lehrer, Schriftsteller, Professoren - erheben schärfsten Protest gegen die ständigen Verletzungen der Menschenrechte in der Türkei.

Wir wenden uns entschieden gegen die laufenden und weiter geplanten Massenprozesse gegen DISK-Gewerkschafter und andere Demokraten in der Türkei.

Gemeinsam mit anderen Demokraten in der Bundesrepublik fordern wir:

- Schluß mit den Massenprozessen!
- Sofortige Freiheit für die DISK-Gewerkschafter, den Präsidenten der Anwaltskammer in Istanbul, die 44 Mitglieder des Friedensrates und alle anderen Demokraten!
- Schluß mit der Unterdrückung des Kurdischen Volkes!
- Wiedezulassung und freie Betätigung der DISK-Gewerkschaften, demokratischer Parteien und anderer Organisationen der Werktätigen!
- Schluß mit den Folterungen und den Verletzungen der Menschenrechte!
- Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse in der Türkei!

Die Teilnehmer des Forums: "Gegen Ausländerfeindlichkeit - Solidarität mit den ausländischen Kollegen - Solidarität mit den Demokraten der Türkei".

i.A. gez. *Stommel*

INITIATIVE
Solidarität mit den Demokraten
der Türkei

Peter Heinrich, Betriebsrat, Herten
 Michael Höhn, Pfarrer, Gummerbach
 Klaus Liebe-Harkort, Prof. Dr., Bremen
 Karl-Heinz Stommel, Betriebsrats-
 vorsitzender, Duisburg
 Klaus Thüsing, MoB, Bonn

c/o Karl-Heinz Stommel
 Postfach 10 06 82
 4100 Duisburg 1

Konto Pfarrer Michael Höhn
 Sparkasse DU, Nr. 210-003240
 Bankleitzahl 350 500 00

Düsseldorf, den 21. März 1982

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

Presse- und Rundfunkmeldungen der letzten Tage entnehmen wir, daß in der Nacht vom 25. zum 26. Februar 44 Funktionäre und Vorstandsmitglieder der Friedensgesellschaft der Türkei verhaftet wurden. Unter ihnen sind Journalisten demokratischer Zeitungen, unter ihnen sind Abgeordnete der CHP, der Schwesterpartei der SPD in der Türkei, unter ihnen sind Professoren und Schriftsteller, Frauen und Männer, die sich für Frieden und Demokratie eingesetzt haben. Unter den Verhafteten ist auch der Präsident der Anwaltskammer, Orhan Apaydin, Orhan Apaydin ist gleichzeitig der Verteidiger der 52 DISK-Funktionäre, jener Gewerkschafter, für die die Militärstaatsanwaltschaft die Todesstrafe gefordert hat. Ihre "Schuld" ist die gewerkschaftliche Arbeit der Vergangenheit im Verband der progressiven Gewerkschaften der Türkei.

Neben der Bedrohung von Einzelpersonen, die sich für Demokratie und Recht einsetzen, soll auf diese Weise, auch durch den neuen Schlag der Junta gegen die Opposition, eben diese Opposition und ganz besonders die gewerkschaftliche Opposition eingeschüchtert werden.

Um den weiteren Abbau der demokratischen Rechte und Einrichtungen in der Türkei aufzuhalten, hat weltweit längst schon Protest und Anklage gegen die derzeitige türkische Regierung eingesetzt.

Wir bitten sie, schließen Sie sich mit dem ganzen Gewicht Ihrer Person als Politiker und Regierungschef, als Sozialdemokrat und als humanistisch gebildeter Mann diesem Protest an, indem auch Sie

- alle Verletzungen von Menschen- und Gewerkschaftsrechten in der Türkei verurteilen,
- Untersuchungen der immer wieder glaubwürdig geschilderten Folterungen fordern,
- die Freilassung der 44 Personen der Friedensgesellschaft der Türkei, der 52 mit der Todesstrafe bedrohten Gewerkschafter und der 2 000 DISK-Mitglieder, gegen die demnächst ein Massenprozeß beginnen soll, verlangen,
- die jüngsten Verhaftungen brandmarken,
- Ihre Solidarität mit den Verhafteten bekunden,
- die sofortige Rückkehr zur Demokratie mit allen in Ihrer Macht stehenden Mitteln herbeiführen helfen.

Hochachtungsvoll

Stommel

INITIATIVE
Solidarität mit den Demokraten
der Türkei

Peter Heinrich, Betriebsrat, Merten
 Michael Höhn, Pfarrer, Gummersbach
 Klaus Liebe-Merkort, Prof. Dr., Bremen
 Karl-Heinz Stommel, Betriebsrats-
 vorsitzender, Duisburg
 Klaus Thusing, MdB, Bonn

c/o Karl-Heinz Stommel
 Postfach 10 08 82
 4100 Duisburg 1

Konto Pfarrer Michael Höhn
 Stadtkasse DU, Nr. 210-003240
 Bankleitzahl 350 500 00

Düsseldorf, 21. März 1982

An die
 Bundestagsfraktionen
 von SPD, FDP, CDU und CSU

5300 Bonn

Sehr geehrte Damen und Herren!

Mit diesem Brief wenden sich deutsche und ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter - Gewerkschafter, Lehrer, Professoren - an Sie mit der dringenden Bitte, nicht zuzulassen, daß ausländische Mitbürger in unserem Land als Menschen zweiter Klasse behandelt werden.

Vor Jahren wurden ausländische Arbeiter massenhaft in die Bundesrepublik geholt. Man rief Arbeitskräfte, aber Menschen kamen: Menschen, die nicht nur das Bedürfnis hatten zu arbeiten, sondern auch unter menschlichen Bedingungen zu leben. Ausländische Arbeiter haben gemeinsam mit ihren deutschen Kollegen in den Jahrzehnten hart gearbeitet, Steuern bezahlt, Beiträge zur Sozial- und Arbeitslosenversicherung sowie an Krankenkassen entrichtet.

Heute stehen sich ausländische Mitbürger einer wachsenden Ausländerfeindlichkeit gegenüber. Die Rahmenrichtlinien der Bundesregierung sowie die Maßnahmen der Länderregierungen behindern in sehr drastischer Weise eine Familienzusammenführung, bzw. reißen Familien wieder auseinander. Die Wohnungssituation ausländischer Arbeiter und Familien ist zum erheblichen Teil katastrophal. Ausländische Kinder und Jugendliche leiden sehr an der mangelnden Bildung und Ausbildung, an ihrer Perspektivlosigkeit.

Wir meinen: Jeder Mensch in unserem Lande, jeder der hier lebt und arbeitet hat ein Recht auf menschliche Arbeits- und Lebensbedingungen, auch unsere ausländischen Kollegen und Mitbürger.

Die Ausländerpolitik der Bundesregierung und Länderregierungen darf sich nicht nur auf Fragen des Arbeitsmarktes und der Arbeitskräfte beschränken.

Wir verurteilen entschieden eine Politik die nach dem Motto handelt: "Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen."
 Wir fordern Sie auf, umfassende Maßnahmen einzuleiten, damit unseren ausländischen Kollegen und Mitbürgern das Leben erleichtert und dem internationalen Ansehen der Bundesrepublik Deutschland kein Schaden zugefügt wird.

ja. Spund
 Hochachtungsvoll

Die Teilnehmer des Forums - "Gegen Ausländerfeindlichkeit,
 für Solidarität mit ausländischen Arbeitern - Solidarität
 mit den Demokraten der Türkei"

Errata

Page 2, line 8: 'from 1971 to 1973',
not 'from 1970 to 1973'

Page 7, line 16: 'Yeneli Maden 1s',
not 'Yeneli Maden I'

Page 34, line 25: 'another room',
not 'room'

Page 65, line 3: 'detained in Antakya',
not 'detained in Ankara'

TURKEY

Testimony on Torture



Amnesty International Publications

First published 1985 by Amnesty International Publications
1 Easton Street, London WC1X 8DJ, United Kingdom

©Copyright Amnesty International Publications 1985

ISBN 0 86210 088 7
AI Index: EUR 44/23/85
Original Language: English

Printed by Shadowdean Limited, Mitcham, Surrey

All rights reserved. No part of this publication may be reproduced, stored in a retrieval system, or transmitted, in any form or by any means, electronic, mechanical, photocopying, recording and/or otherwise, without the prior permission of the publishers.

Contents

Introduction	1
Testimony	
Chapter I	12
Chapter II	21
Chapter III	27
Chapter IV	31
Chapter V	33
Chapter VI	50
Chapter VII	57
Chapter VIII	61
Chapter IX	65
Chapter X	71
Amnesty International — a worldwide campaign	72

The illustrations on pages 42 and 43 were drawn by a former Turkish political prisoner.

Introduction

"I loosened the blindfold and looked around. The scene was horrific. People were piled up in the corridor waiting their turn to be tortured. Ten people were being led blindfold and naked up and down the corridor and were being beaten to force them to sing reactionary marches. Others, who were incapable of standing, were tied to hot radiator pipes

"An old man of about 50 had been stripped naked and was being made to hand out bread rations. The same man was forced to watch while his children were tortured, and vice versa.

"Those lying on the ground were kicked and punched by passing torturers. The torture never let up Even when they stopped torturing you physically, the screams of the others began to torment you psychologically. After a while I was able to pick out which torture was being applied – from the screams." (Former political prisoner's testimony to Amnesty International in June 1984.)

Torture is widespread and systematic in Turkey. Anybody detained in the country for political reasons is at great risk of being tortured, and very few detainees are not subjected to some form of ill-treatment in police stations, security forces' interrogation and detention centres and prisons.

These conclusions by Amnesty International are based on thousands of reports of what has happened to prisoners under all administrations in Turkey from the early 1970s up to the time of writing in May 1985. The reports have come from a wide range of sources and have included numerous first-hand testimonies by former prisoners supported, in a number of cases, by medical examinations showing consistency between the findings and the tortures alleged.

The reports have included also accounts of courtroom statements by prisoners that they had been tortured – on a number of occasions press photographs have shown the apparently poor physical condition of some of these prisoners in court. In October 1984 a Turkish Govern-

ment Minister made serious allegations of torture by the police, telling Parliament he had documents proving that the allegations were well-founded.



Torture of political detainees was already a major concern of Amnesty International before the military coup of 12 September 1980. The number of such allegations at any time appears to relate directly to the number of people detained. During an earlier period of military intervention, from 1970 to 1973, when several thousand people were seized and held, Amnesty International received hundreds of allegations of torture and believed torture to be widespread and systematic. Fewer allegations were received during the mid-1970s, when there were comparatively fewer political prisoners, but after the introduction of martial law in some provinces in Turkey in December 1978 and the subsequent increase in both the number of detentions of political suspects and the length of incommunicado detention (to 15 days), Amnesty International once again began to receive more allegations. In May 1980 Amnesty International sent a research mission to Turkey. As a result of this mission Amnesty International concluded that most people detained by the police and martial law authorities were tortured, and in some cases tortured to death.

After the military coup of September 1980 thousands of people were taken into custody by the security forces. According to the Turkish newspaper *Milliyet* of 21 September 1984, 178,565 people had been taken into custody by the security forces for preliminary investigation since the coup. The length of the incommunicado detention period was immediately increased to 30 days and then, in November 1980, to 90 days, which it remained until September 1981 when it was reduced to 45 days. In April 1985 the length of the incommunicado detention period was still 45 days in the 23 of Turkey's 67 provinces which were still under martial law. These included all the major cities, such as Ankara, Istanbul, Izmir, Diyarbakir and Adana.*

The number of torture allegations and of reported deaths as a result of torture increased dramatically immediately after the military coup. In subsequent years the number of allegations, including those of alleged deaths, gradually became fewer, but only relatively. Throughout 1984 Amnesty International continued to receive allegations of torture and of deaths caused by torture and believed that any person detained for suspected political offences was in danger of being tortured. Continuing reports of torture during recent months point to the fact that the pattern

*In May 1985 the period of incommunicado detention in the 23 provinces still under martial law was reduced from 45 days to 30 days.

has shown no significant change during the first part of 1985.

Amnesty International's detailed information on torture relates mostly to political prisoners, but the organization sometimes receives reports of ordinary criminal suspects being tortured, in order to induce confessions, and information received over many years strongly suggests that the torture of criminal suspects is routine in Turkish police stations.

In most cases torture is reported to have been inflicted by the police in police stations, but Amnesty International has received detailed allegations of people being tortured in prisons and other establishments run by the armed forces, including the military prisons of Diyarbakir and Erzurum, and of Mamak, near Ankara, and Metris, in Istanbul. Severe beating of political prisoners has also been reported as routine in the special "E-type" civilian prison of Malatya, one of several prisons established in recent years specifically for political prisoners and arms smugglers; and in Buca Prison in Izmir.

The main purpose of the beatings which take place in prisons appears to be the maintenance of discipline. This was made explicit after the death in custody of the detainee Ilhan Erdost on 7 November 1980, when the Commander of Mamak Military Prison, Colonel Raci Tetik, made this statement to the Ankara Martial Law Prosecutor:

"I had given orders that after the preliminaries were completed all prisoners with the exception of the aged, women and children, the lame and the diseased, should be struck with a truncheon once or twice each below the waist in their rude places [buttocks] and on the palms of their hands and they should be warned not to come to prison again. I am not going to deny my order. My aim is to ensure discipline."

The main purpose of torture in police stations appears to be the extraction of information and confessions. In both military prisons and police stations intimidation and humiliation of prisoners is an important element and this is clearly illustrated in the detailed allegations of torture contained in this book.

Methods of torture include electric shocks, *falaka* (the beating of the soles of the feet), burning with cigarettes, hanging from the ceiling by hands or feet for prolonged periods, punching and kicking, and beating and assaults with truncheons, sticks and iron rods on all parts of the body, including the sexual organs.

Amnesty International also knows of instances of prisoners having been taken again for interrogation and subjected again to torture, even after several years in prison.

Mümtaz Kotan, a 41-year-old lawyer who was adopted by Amnesty International as a prisoner of conscience, was imprisoned from April 1980 until May 1985. He is said to have been tortured during

his interrogation and repeatedly throughout his imprisonment in Diyarbakir Military Prison. He was sentenced in July 1982 to eight years' imprisonment for belonging to a Kurdish organization and for alleged secessionist activities.

Mehdi Zana, also an adopted prisoner of conscience, is serving a 31-year prison term, reportedly in connection with alleged Kurdish secessionist activities. He was detained immediately after the September 1980 coup and he, too, is reported to have been tortured repeatedly throughout his imprisonment in Diyarbakir Military Prison.

In May 1982 Amnesty International asked to be allowed to send a team to check on reports that nearly 100 Kurdish prisoners in Diyarbakir Military Prison were in poor health as a result of torture and harsh conditions.

One of the people it named at the time, Kurdish lawyer Hüseyin Yildirim, was later released and left Turkey – he gave a horrific account of tortures he said he and other Kurdish prisoners had suffered, including being beaten and given electric shocks on sensitive parts of the body while tied to a wooden cross. Three of these prisoners are known to have died in custody. The authorities acknowledged one of the deaths: they said the prisoner had committed suicide.

There have been repeated hunger-strikes by inmates of prisons in different parts of the country in protest against torture. In July 1983 Amnesty International received reports that approximately 2,000 prisoners in Metris, Sultanahmet, Sıgırmacılar and Kabakoz prisons in Istanbul were on hunger-strike in protest against prison conditions, executions, torture and restrictions on access to lawyers. During the hunger-strike, which lasted for a month, an Amnesty International delegate visited Istanbul to seek information about the treatment and condition of the prisoners.

In September 1983 a hunger-strike by political prisoners took place in Diyarbakir Military Prison in protest against torture, bad prison conditions and restrictions on access to lawyers. On 8 September Amnesty International expressed concern to President Kenan Evren and the Martial Law Commander of Diyarbakir, General Kaya Yazgan, about reports that prisoners on hunger-strike had been tortured. The strike ended after the authorities had reportedly given assurances that torture would be ended and conditions improved.

Another hunger-strike began only months later, at the end of December, and lasted until 3 March 1984. Once again the authorities reportedly agreed to prisoners' demands for a halt to torture, and the restoration of concessions granted after the September 1983 strike but then withdrawn.

At least two people died directly as a result of this second hunger-strike and 45 were taken to hospital, many reportedly in a critical condition.

In January 1984 an Amnesty International delegate had visited Diyarbakir and on 16 February the organization had called on the head of the Turkish armed forces to account publicly for seven people reported to have died in the prison in unexplained circumstances in January.

In reply the authorities said one prisoner had died of a brain tumour and one after an operation for cancer of the pancreas; the names of two were not known to the prison authorities; one named prisoner was still alive; and the other two had committed suicide.

Prisoners at Mamak Military prison went on hunger-strike from 22 February 1984 to 4 April 1984 in protest against alleged torture and ill-treatment.

Between April and June 1984 inmates of Metris and Sıgırmacılar military prisons went on hunger-strike in protest against, among other things, torture and bad conditions. The authorities acknowledged that four people died during the prisoners' action.

In January 1985 Amnesty International received reports that more than 400 political prisoners in Mersin Military Prison had begun a hunger-strike in protest against torture. The news agency *Agence France Presse* reported on 23 January 1985 that according to relatives the hunger-strike had started after "inhuman treatment" of the prisoners began with the arrival of a new prison director. Forty-two parents of prisoners were reported to have signed a protest petition which was sent to the Ministry of Justice.

Over the years Amnesty International has continued to receive reports of a number of prisoners having died in custody after torture. One such case is that of Mustafa Hayrullahoğlu, who was detained in October or November 1982.

In December 1982 Amnesty International was informed that he had been tortured and was critically ill. On 9 December it asked the Turkish Ambassador in London, Rahmi Gümrükcuoğlu, for information about him and called for an investigation into the allegation that he had been tortured. No reply was received, so on 5 January 1983 Amnesty International sent its inquiries to the Turkish Foreign Minister. No reply was received.

On 5 April 1983 Amnesty International received information that Mustafa Hayrullahoğlu was dead. After months of trying to discover his whereabouts his family finally learned that he had been buried in Kasımpaşa cemetery in Istanbul. They subsequently received two letters from the authorities:

- The Martial Law Prosecutor for Istanbul stated that Mustafa Hayrullahoğlu had been detained on 21 October 1982 and had committed suicide on 26 October.

● The Public Prosecutor for Istanbul stated that he had been detained on 5 November 1982, had become sick on 16 November and had died on the way to hospital.

On 11 May 1983 Amnesty International wrote again to Ambassador Gümrükcüoğlu, asking to be informed if any investigation had taken place into Mustafa Hayrullahoğlu's death. No reply has been received.

Since the September 1980 coup Amnesty International has submitted to the authorities the names of more than 100 people alleged to have died in custody since September 1980. In reply Amnesty International has received information from the authorities concerning 82 of these cases. In some cases trials or investigations were said to be in progress. Other replies indicated deaths as a result of suicide, accident or illness or referred to lack of information or any record of detention. In nine cases the person concerned was still alive. Where no replies have been received Amnesty International does not know whether any investigations took place.

On 16 March 1982 the Minister of State, İlhan Öztrak, acknowledged publicly that 15 people had died as a result of torture since 12 September 1980. However, a report issued by the Chief of the General Staff's Office on 29 October 1982 stated that investigations into 204 deaths alleged to have been caused by torture had determined that in only four cases were the deaths caused by torture. Twenty-five deaths were said to be from natural causes, 15 had been suicides, five people were killed while trying to escape and 25 had been killed during clashes.

In 1984 the Prime Ministry Directorate General of Press and Information published the following information in a document titled, *The Human Rights Situation in Turkey*:

As of 24 July 1984:

— Total number of alleged cases of torture and ill-treatment	897
— Cases under investigation	153
— Cases declared without ground for further investigation	584
— Cases referred to competent courts	46
— Cases finalized	114
— Number of suspects under arrest	9
— Number of suspects tried, not yet under arrest	69
— Number of suspects acquitted	218
— Number of persons sentenced to various terms of imprisonment	102

The Turkish authorities have repeatedly denied that torture is

systematic. They maintain that all complaints of torture are investigated and that when torture has occurred those responsible are prosecuted. From time to time official figures are published of investigations which have taken place, prosecutions, convictions and acquittals. Amnesty International is informed of many cases in which complaints of torture have been made, very often by defendants in court during their trials, and no investigation of any kind appears to have taken place. The organization believes that the number of torture allegations which have been investigated by the authorities is very small compared with the number of allegations made.

In the Turkish press alone there have been reports of hundreds of defendants in political trials retracting statements which they allege were made as a result of torture. F.H. Koers, a Dutch lawyer who attended hearings in three mass trials in Turkey in January 1983, on behalf of the Netherlands Trade Union Federation (FNV), the Netherlands Council of Churches and *Yeralti Maden I*, a mine-workers' union, reported that in each trial defendants said that the statements being used as evidence had been obtained by torture. At the opening session of the trial known as the "Fatsa trial" on 12 January, one of the defendants refused to cooperate in establishing his identity until the court first heard his complaints concerning treatment in detention and during interrogations. The spokesperson for the court said that complaints should be filed at "the appropriate place" and that they were not in order at that time. The defendant replied that up to that time the many complaints made by the detainees had yielded no results. Many of the original 53 defendants in the DISK, Confederation of Progressive Trade Unions, trial made statements alleging ill-treatment during detention, but as far as Amnesty International knows no investigation into their allegations has taken place.

On 21 March 1984 *Agence France Presse* reported that Mustafa Kemal Kacaroglu, a political prisoner in Mamak Military Prison in Ankara who had given evidence of torture before a military court, had been charged with "insulting the army" during his testimony. The military prosecutor asked for an eight-year sentence. Mustafa Kemal Kacaroglu was sentenced to one year and four months' imprisonment in May 1984.

In another similar case a prisoner (whose name is known to Amnesty International, but is withheld at the request of his family) made a detailed statement in court in April 1983 alleging that he had been tortured. Following this he was informed by the prosecutor's office that proceedings would be opened against him on charges of false testimony and insulting Turkish officials. The prisoner in question informed his family that proceedings had been opened against all defendants in his trial who had made torture allegations in court.

The testimonies contained in this book describe torture alleged to have occurred from immediately after the September 1980 coup up to early 1984. In April 1985 Amnesty International received further allegations that people in detention were being tortured, but was not able to obtain detailed statements. It is usually only when a prisoner has been released that Amnesty International receives a full account of his or her treatment and in most instances only when former prisoners have been able to leave Turkey clandestinely.

Only exceptionally does confirmation of torture follow soon after the initial reports. One such case is that of Sevgi Kiliç. In February 1984 Amnesty International received reports that she and other teachers were being tortured at Police Headquarters in Ankara, one of the places most frequently cited by former prisoners as a torture centre. The First Branch of the Ankara Security Directorate operates from these headquarters and is reputed to use as a holding centre a building there known as the *Değerlendirme ve Arastırma Laboratuvarı* (DAL), Evaluation and Research Laboratories.

As soon as it received the reports about Sevgi Kiliç, Amnesty International issued urgent appeals for the authorities to ensure her safety and that of the other teachers.

Amnesty International was subsequently informed that eight teachers, including Sevgi Kiliç, had been held incommunicado in the DAL and that they had been tortured between 23 January and 11 February when they were transferred to Mamak Military Prison. On 16 March they appeared in Military Court No. 2 in Ankara, facing charges connected with organizing and participating in demonstrations and belonging to banned organizations. The court acquitted them, reportedly ruling that the only evidence against them were statements they had made under torture.

In a letter to her husband who lives in exile abroad, Sevgi Kiliç stated that she and her co-defendants had been tortured while detained at Ankara Police Headquarters. She said she had been kept blindfold, beaten, kicked, given electric shocks and subjected to *falaka* – “I wanted to die,” she said.

Confirmation of her release and acquittal came from the Turkish Embassy in Austria, which wrote in May 1984 to Amnesty International there:

“Following a campaign initiated by Amnesty International, we have received letters stating that Sevgi Kiliç has been arrested and ill-treated and that there is concern about her whereabouts.

“Sevgi Kiliç was placed in pre-trial detention on 24 January 1984 because of her membership of an illegal underground organization. According to a decision of Military Court II in

Ankara to continue trial proceedings against her while she was at liberty, she was released on 13 February 1984 and was acquitted on 16 March 1984.”

There was no reference to the court's ruling on torture. Nor does Amnesty International know of any investigation into the allegations of torture at Ankara's Police Headquarters which prompted the court's ruling.

Extracts from a long letter Sevgi Kiliç wrote to her husband in France in February 1984, following her release, are included in this report. Sufficient information has reached Amnesty International during 1984 and 1985 to indicate that the practices described in the statements by Sevgi Kiliç and others contained in this report have not ceased.

In late June and early July 1984, 31 adherents of the Jehovah's Witnesses religion were detained in Ankara and eventually charged under Article 163 of the Turkish Penal Code with attempting to change the secular nature of the Turkish state. During their detention at Ankara Police Headquarters it is alleged that they were subjected to severe beating, including *falaka*, and were forced to stand, blindfold and handcuffed behind their backs, for up to 15 hours — in some cases for five hours on one leg. Some men had their testicles squeezed or beaten with an iron bar. These allegations are consistent with the continuing pattern Amnesty International has monitored over the years.

The organization received verbal reports of widespread ill-treatment and torture carried out during security operations in Eastern Anatolia, following attacks by guerrilla groups on military and police posts in August 1984. Large numbers of the local civilian population were detained and interrogated, allegedly under torture. However, Amnesty International was not able to obtain detailed information about specific cases: the area is remote and the local population is alleged to have been intimidated.

During the latter part of 1984 reports appeared in the Turkish press about the apparent torture of high-ranking customs officials in the course of an investigation into alleged smuggling activities at the customs post of Kapikule, on the border with Bulgaria. The Turkish English-language weekly *Briefing* reported on 29 October that six days earlier the Minister of Finance and Customs, Vural Arıkan, had made accusations in the Turkish Parliament that the police had tortured customs officials and that the Minister of the Interior had protected the police from public scrutiny. He was said to have claimed to possess documents, based on the complaints by relatives of those in custody, proving that the police had used torture. A government spokesman, State Minister Mesut Yılmaz, stated in reply that the Ministry of Justice was investigating the torture allegations and that a report had been

presented to the Prime Minister. Subsequently the Minister of the Interior, Ali Tanriyar, resigned — when Vural Arıkan refused to resign, he was dismissed. On 8 November in an opposition censure motion against the government it was stated that the removal of Vural Arıkan from his post should not prevent the accusations made by him from being discussed in parliament. Speaking in support of the motion, the opposition National Democracy Party deputy Kamran Inan referred to the allegations of torture arising from the Kapikule investigations and criticized the government for their insensitivity to the seriousness of these claims which, he said, were damaging Turkey's image abroad (BBC *Summary of World Broadcasts*, 12 November 1984 and *Briefing*, 19 November 1984).

In late January 1985, 46 customs officials went on trial in Military Court No. 4 of the Ankara Martial Law Command on charges of bribery and corruption. According to the Turkish daily newspaper *Cumhuriyet* of 5 February, one defendant, Numan Baha Eskioglu, said he had been interrogated under torture at Police Headquarters in Ankara:

"I shouted, 'Enough! Have you no fear of God?' They asked, 'Who's that?' They were torturing me. Their breath smelled of *raki* [a Turkish liquor]."

Cumhuriyet said all the other defendants alleged that they had been tortured at Police Headquarters and forced to sign statements.

While welcoming any steps by the Turkish authorities to stop torture, Amnesty International believes that they are totally inadequate so far, particularly in the light of the extent of the human rights abuses in most police stations and military prisons.

In view of the recurrent and detailed reports of torture in Turkey over the years, Amnesty International believes that the Turkish Government should indicate its commitment to stop torture and uphold human rights by implementing the following measures:

- The highest authorities in Turkey should issue clear public instructions to all officials involved in the custody, interrogation or treatment of prisoners that torture will not be tolerated under any circumstances.
- Safeguards should be adopted to ensure that incommunicado detention does not become an opportunity for torture. The government should ensure that all detainees are brought before a judicial authority promptly after being taken into custody and that relatives, lawyers and doctors have prompt and regular access to them.
- Relatives and lawyers should be informed promptly of the where-

abouts of detainees. No one should be held in secret or unacknowledged detention.

- There should be regular independent visits of inspection to places of detention to ensure that torture does not take place.
- The Turkish Government should establish an impartial body to investigate all complaints and reports of torture. Its findings and methods of investigation should be made public.
- Steps should be taken to ensure that confessions or other evidence obtained through torture may never be invoked in legal proceedings.
- In every case where it is proved that an act of torture has been committed by or at the instigation of a public official, criminal proceedings should be instituted against the alleged offender, as called for in the United Nations Declaration against Torture.
- It should be made clear during the training of all officials, including members of the armed forces, who are involved in the custody, interrogation or treatment of prisoners, that torture is a criminal act. They should be instructed that they are obliged to refuse to obey any order to torture. The United Nations Code of Conduct for Law Enforcement Officials and the Standard Minimum Rules for the Treatment of Prisoners should be widely distributed.
- Victims of torture and their dependants should be afforded redress and compensation for their material and moral sufferings, without prejudice to any other civil or criminal proceedings.

Chapter I

The following excerpts come from interviews in 1984 with a couple from Artvin, northeast Turkey, who were arrested on the morning of 12 September 1980 and detained with many others in the provincial police (*jandarma*) headquarters in the city.

Enver Karagöz, 37, a teacher and at the time head of the Artvin branch of the teachers' association TOB-DER, and Isilay Karagöz, a civil servant, say that they and other detainees were interrogated under torture at the *jandarma* centre, which was formerly a teachers' training college. The tortures alleged include savage beatings and electric shocks. Enver Karagöz says he was also sexually abused and had hot water poured into his mouth. He says he heard his wife screaming under torture in an adjacent room and once she was given electric shocks beside him, while interrogators threatened to assault her sexually.

She says she heard his screams under torture and that once when she managed to see him "his entire chest had become encrusted [with burns resulting from the application of electricity]. His feet looked terrible, all burst open. You could see the bones. . . . It was terrible beyond description".

Isilay Karagöz was released after 45 days in this place. Her husband was kept there for 40 days, then moved to another police centre between Kars and Erzurum. He says he was tortured during the next 30 days he spent there and that the torture continued when he was moved to Erzurum Military Prison. By then, he says, "I could no longer walk . . . we thought there would be no torture in this prison, but torture went on there as well. . . . All these practices . . . lasted until I was released on 3 January 1984. They continue today without interruption [stated during an interview with Amnesty International in March 1984]."

In March 1981 Enver Karagöz was found to have cancer of the throat and spent six weeks in Gülhane Military Hospital, Ankara. Doctors there "gave me a certificate stating that I would die of cancer" – but he was sent back to Erzurum Military Prison, "where they continued to torture me every day, although they knew about the certificate".

In May 1984 an ear, nose and throat specialist in the Federal Republic of Germany (FRG) who examined Enver Karagöz stated in a medical certificate: "His condition was, according to the [military] hospital's written report, considered to be generally fatal and Mr K was informed accordingly. The [hospital's] treatment was meant to be palliative without any prospect of further improvement of the disease. It is, however, well known that with proper treatment and regular follow-up there is a reasonable chance of cure."

Enver Karagöz says he was taken to court for the first time 18 months after arrest. "In court we all described the tortures we had been subjected to in the prisons. I made an application for steps to be taken to end our torture, as my life was at stake.

"The judge responded: 'We do not try torturers here; we are trying you . . . you must complain to another authority. I am not interested whether you are tortured or not. That is not my business.'"

After his release on bail on 3 January 1984, he managed to leave Turkey.

Testimony

Enver Karagöz: I was a teacher in Artvin from 1975 until 12 September 1980. In 1978 I was the Chairman of TOB-DER in Artvin. We were active in this association over teachers' problems, the democratization of the educational system and getting more democratic rights for teachers. I assume that because of these activities I have always been watched by the police . . .

The police and *jandarma* arrested me together. They searched my bookshelves and confiscated two bags full of my books. Then they took me first to the *jandarma* headquarters in the town. It had previously been a teachers' training college so it had large rooms. There were also similar rooms in the cellar.

That day they brought hundreds of people to this building – women, children, old people, teachers, members of all professions. We were all in these rooms. We stayed there for about one week – without being interrogated – without blankets or anything on the bare concrete floor. During this week we got no food either. I think that they wanted to soften people up physically . . .

After a week they took me away for interrogation. First they said: "Talk". I replied: "What am I to say?" Then they said: "Tell what you know." I started to tell them what TÖB-DER is, what it does; that it's a legal association that does trade union work, tries to make the educational system more democratic, fights for teachers' rights, etc. Then they said: "We don't want to hear that. You must tell us about Dev

Yol [a militant left-wing group]." I was alleged to have been the Chairman of Dev Yol in Artvin. I said: "I am not responsible for Dev Yol. I don't know about Dev Yol and can't tell you anything about it." Then they said: "Strip." I said: "Why? I won't."

They immediately assaulted me and tore off my clothes until I was naked. Then right away they started with electric shocks. They attached a wire to my toe. I lay naked on the concrete floor and they poured water over me. They kept alternating: cold water, electricity, cold water, electricity. That lasted for about three to four hours. All the time they kept saying that I was the chairman of Dev Yol and that I had to talk.

Then they put on my trousers (without underwear) and gave me a pullover. After that they handcuffed my left hand to a heating pipe high up so that I had to stand and could not sit down. I remained like that for two days, without being given any food or water. I was blindfolded the whole time.

After two days they took me for interrogation again, always asking the same questions: They wanted to force me to admit that I was the Chairman of Dev Yol, but I refused to.

Then they started the electric shocks again. The voltage was increased and they again attached wires to my toes, and also to my penis and tongue. This, again, lasted for three to four hours.

After the electric shocks they tied my feet together with a piece of cloth, pushed a stick through it, pulled my feet up and hit me on the soles of my feet. I screamed and swore at them, so they jammed a piece of cloth soaked in salt-water into my mouth.

During this torture I lost almost my entire physical resistance, but my head remained clear.

Afterwards they took me to the toilet (we have toilets which are a hole in the floor), pushed my head down so that my mouth was in the hole, opened the tap above me and let cold water run over my back. Then they locked the toilet and said: "Now you must remain like that." I don't know how long I was left like that, but it was a very long while before they came back to get me.

They put me naked on a piece of canvas for a short while, then they hung me again handcuffed to the heating pipe. I lost all sense of time. I didn't know whether it was day or night because they took my watch away.

While I was hanging from the heating pipe... I could hear the shrieks of other people, including women and children, being tortured. I recognized a woman teacher by her voice. She was pregnant. She cried and begged them not to harm her unborn baby. This is something I still can't get out of my mind.

All this time I received neither food nor water.

In between - I was blindfolded - they brought two glasses. There was

water in one and they kept pouring it from one glass into the other. I could not see anything, but I could hear the sound of the water. I kept nearly passing out from hunger and thirst.

Then I was tortured again. The beating on my soles had made my feet swell and under the ensuing lashes they burst open and became open sores. At this time they also pushed a police truncheon into my anus.

At the same time they tortured my wife with electric shocks in the adjacent room. I heard her scream. They told me that they had stripped her naked...

They undressed me and began to apply the current. One of the wires was attached to my toe - they applied the end of the other to my earlobes and nipples. They applied another wire to my anus.

They brought my wife beside me and put her under the current, threatening me, saying they would assault her if I did not talk...

While I was semi-conscious they forced my mouth open with a spoon and poured hot water into it. This they repeated later several times.

There was not a spot on my body that wasn't injured. I had burn marks from the electric shocks all over. My feet were in shreds. They couldn't find a spot on me, where they could still torture me. I was totally finished anyway - that is why they started using the water.

İsıl Karagöz: By that time I had told some lies and thus managed to see him.

I myself saw that his entire chest had become encrusted. His feet looked terrible, all burst open. You could see the bones and you'd have had to see it to believe it. I couldn't believe he would survive. Even the police and the doctors were surprised he survived. They, too, had thought he would soon die.

Enver Karagöz: About this time the police spread a rumour through the entire building that I had died. The building is near a river. They said that I had tried to escape and had drowned in the river, because they themselves didn't believe I would survive, so they prepared for this by spreading this rumour.

In the course of a month they drove me several times by car outside this building with my hands and feet tied. Each time the police and *jandarma* shot at my hands and feet. They shot from above saying: "Now we're going to shoot you. Tell us now where the person we're looking for is. You must tell us what the others have done.

You must admit that you are the Chairman of Dev Yol." They threw me into the river with my hands and feet tied and said: "Now we will let you drown and be washed away by the river."

We were tortured by soldiers of every rank. Artvin has a population of approximately 13,000; everybody knows everybody else. I was a teacher in that town. Although I was blindfolded, I recognized the Artvin military commander by his voice. He said to me: "Enver, just say what you know, why don't you talk? If I were captured in a war against Russia, I myself would not say anything, but we aren't a communist army, we aren't the Russian army. You must tell everything now, because that's why we came, to stop fascism, as you say."

I don't know the military ranks, but when he said that he was commander in Artvin and later he became general.

In the end [after 40 days] they were informed that we were to be transferred to Erzurum. They tried to heal the wounds and burns on my body within a few days. But in my condition this was not easy. Because of the open wounds on my soles I could not walk. They allowed me to have crutches.

And early one morning we set out for Erzurum. We were continuously beaten and insulted on the way. The police and army officers told us that no one could now call them to account for anything they did to us, that we were going to be shot. With me were a woman teacher, a retired worker, two retired teachers and colleagues from the school at which I taught. They had all been savagely tortured. The woman teacher fainted several times on the way, but they did not undo her handcuffs. There were 16 of us. I thought they were going to hand us over to the prison in Erzurum but I was mistaken.

At the 9th Army Corps and Martial Law Command in Erzurum we were handed over to the Political Police and taken to the Regional Traffic Department between Kars and Erzurum. I had heard this was the torture centre of the Erzurum region.

It is a single-storey building, quite simple, but pretty. From outside it looks perfectly harmless, but there is a multi-storey cellar where we were put in single cells.

From above I could hear the terrible shrieks of the people under torture. Patriots from Erzurum, Kars, Agri and Artvin were being interrogated a second time here.

The place was so crowded that they could not torture me more than four times in a whole month.

At the door of my cell I was blindfolded. With the aid of my crutches and following the directions shouted by someone I climbed the stairs into the torture chamber. As they knew my weakest point was the terrible condition of my soles, I was beaten and given electric shocks on my feet.

In the same building there were others from Kars, Artvin and Erzurum . . . In all about 50 people.

Then [after 30 days in the second centre] I was taken to the military

prison in Erzurum. As I could no longer walk my friends carried me to the toilet. At first we thought that there would be no torture in this prison, but torture went on here as well. Here they started off with military training. For half an hour every day we were taken out into the fresh air and during this half hour we had to sing military marching songs. We were allowed to use the toilet only once a day, and then only during this half hour. We still had to queue for the toilet for 15 minutes, which left us only 15 minutes in the fresh air. We were not allowed to smoke a single cigarette without asking the guard for permission. During this half hour we had to stand; we were not allowed to sit. Everything had to be done to order. We were not allowed to move unless ordered to do so. We were also not allowed to walk freely, but had to march.

I applied several times to the prison doctor and the military hospital for a medical certificate stating that I had been tortured. I never got one, as it is "state torture"; that is, it was policy to inflict torture and torture went on everywhere. I didn't find anyone who would certify my tortures; my applications were all rejected.

The first time I saw a doctor was at the military hospital. However, the doctors there just looked at my injuries, they did not prescribe any medicines or ointment; the wounds healed on their own.

Then I began to lose my voice. My neck became swollen on one side. Three or four times the doctors said this was due to tonsils; I had caught a cold. In March 1981 cancer of the throat was diagnosed at the military hospital in Erzurum. So I was sent to Gülhane Military Hospital in Ankara. I stayed there in the prison ward for one and a half months and received treatment. They gave me a certificate stating that I would die of cancer. Then they sent me back to Erzurum Military Prison where they continued to torture me every day, although they knew about the certificate issued in Ankara. I got the same treatment as before.

One and a half years after my arrest I was taken to court for the first time. In court we all described the torture that went on in the prisons. I made an application for steps to be taken to end my torture and the others, as my life was at stake. The judge responded: "We do not try torturers here; we are trying you. We are not interested in that. This is a different matter. You must make a different application about torture; you must complain to another authority. I am not interested whether you are tortured or not. That is not my business". The court was in league with them; they did whatever was asked. It was always agreed in advance, what should be said, when and what should be done. Many defendants showed the judge the injuries caused by torture. This was recorded in the minutes. As we kept showing our torture marks, they adopted a new approach. During the trials women and children were present and so they thought we wouldn't display our bottoms publicly. Consequently we were tortured on this part of the body so that there

should be no marks on other parts. For instance, they would inflict 50 to 100 lashes on the bottom until it was black and blue, so that one couldn't sit down any more. All the same many of my friends exposed this part of the body, and this too was recorded in the minutes.

What I am telling can be read in the trial records. These tortures are still going on to this day.

They always find a reason to torture people. For instance they say: "You aren't to walk from here to there," and immediately start torturing. Or they take letters written to relatives and say: "What does this word mean? Why did you write this word?" and one is immediately taken away to be tortured. So they always find a reason; torture is still going on.

In all political trials the "evidence" submitted by the prosecution is only what has been obtained by the police using torture as a method of investigation. Though the judges in trials are perfectly aware of this fact, they still try to force defendants to admit the "truth" of what has been extracted from them by the police. Defendants who refuse to do so are again tortured either on their return to the prison or in the police department where they are sent back, in violation of the regulations.

Despite the fact that I was physically ill and had been in prison for nearly three years, I was taken, on 30 August 1983, from prison together with two friends and delivered to the police department. There they tortured me again to force me to admit a crime I had not committed, but had been accused of by another prisoner under torture.

Nothing had changed in these three years . . . [In a number of prisons, including Mamak and Erzurum military prisons,] a hunger-strike was started to protest against the denial of our most fundamental rights and the terrible conditions prevailing in the prison. For instance we were daily subjected to mass beatings by the soldiers. The reason was said to be our not standing to attention during the daily roll-call. Those of us who resisted being beaten were taken away to be tortured. They were struck with heavy sandbags and then thrown into solitary confinement cells.

Very frequently our daily half an hour open air exercise was dispensed with. When we were allowed out of the wards we were forced to do military drill and to sing military marching songs. We were again beaten most savagely because we refused to do it and not allowed to go into the open air . . .

At the end of the first week we were attacked by the police and a special commando unit. Teargas was used to force us to come out of our ward. We were cruelly beaten by the police and the military. It lasted for hours . . . After a month the prison administration promised there would be no torture and that some conditions would be improved . . . But only 15 days later torture began on a wider scale . . . We were beaten with

sandbags or on our private parts so that we could not show any evidence of torture. We had no choice, therefore, but to strip off our clothes and show the sore patches on our backsides to the court.

All these practices, designed on purpose to humiliate us as human beings, lasted until I was released on 3 January 1984. They continue today without interruption.

Isilay Karagöz: We were detained together. The women were put with pregnant women, old women and children. After one night they put me with five friends in an empty classroom and stood us in one corner. We were not allowed to talk; we were given no food or water. We had to stand in the corner and look at the white wall . . .

For five days we had to stand like this without food or drink. Then they took us to be interrogated.

They asked me about my husband, about our home. I am a civil servant and they asked about my work. They tried to make me confess things which we never did – things my husband or I were alleged to have done. Meanwhile, they beat me.

During interrogation I heard screams. After a short while I realized that they came from my husband . . . I said: "That's Enver's voice." Then they said: "No, that is not Enver's voice, that's the voice of an animal." Then they took us back into the classroom. We had to stay there for several days; then they took me back to the interrogation room. Each time I was blindfolded with a wet cloth . . . My hands were handcuffed behind my back. I had to sit tied to a chair. They attached electrodes to my thumb and little finger, then poured water over me so that the electricity would go everywhere. Then they applied electricity . . . That was terrible. During the electric shocks one is shaken with the entire chair. They had to hold the chair otherwise it would have fallen over.

I recognized the voices of the men from the political police from before. They said: "We will kill you". At that moment somebody entered and said: "My commander, Enver Karagöz is dead. We buried him. We finished the job." They said to me: "It's all over now. Listen, we will release you now and then you can go home. If you just admit everything, then everything will be all right." I had heart trouble. They were then rather scared because my condition deteriorated. After this interrogation I could no longer move my arms. For 15 days I was unable to eat. I couldn't even put my hands in my pockets. At this time I was back with the other women – they fed me.

I asked the lieutenant who was responsible for this department: "What's all this for? What have we done? You are killing my husband." . . . During these days my husband's condition had deteriorated. He had

just been taken to the Martial Law Command and had been given some milk for two days . . .

One day they brought a student of about 15 or 16 from the gymnasium into the classroom. She cried. We asked her why she was crying, what they had done to her. At first she didn't want to say. She had just left this lieutenant. Those who arrived here always came from his room. In this room he had touched her, caressed her face. Such things happened frequently . . .

The screams which I heard coming from his room still ring in my ears. Screaming, crying, at the same time they play loud music. One can hear the torture screams of the others. . . .

During interrogation the lieutenant sat with his knees pressed close against mine. When I refused to answer his questions he threatened to lay me on the floor and rape me. He used swear words; I can't repeat them here now. You come to believe they would do anything, even rape you. They want to get you to think that all is now lost, so you can't do anything any more, then they order you to tell them whatever they want you to.

For instance, we had to stand upright facing the wall, arms outstretched with our fingers touching the wall. Our knees had to be quite straight. If you bent your knee after an hour you were beaten with a stick . . . We thought we would die . . .

Then we were taken back to the classroom, where we were not tortured, but had to wait. Then a friend came into the room crying. Her father is an old, retired worker. He has a daughter and two sons: all three were at the interrogation centre. My friend was a teacher. She said they had stripped her naked in front of her father and had become physical. They had done that to get the old man to confess something . . . After release, the father couldn't speak to his daughter for months, because he was so ashamed.

They got a certificate from the gynaecologist about this woman which stated that she was no longer a virgin and had been deflowered by revolutionaries.

Another example: one day they brought in a young girl. She was unconscious, could not walk; they carried her. For the first few days she couldn't speak; later she said that she had been given electric shocks on her genitals and nipples. It was like that all the time.

I was under interrogation for 45 days. Then my dossier was sent to the Martial Law Command in Erzurum and as there was nothing in it – I had said nothing – I was released. Then the Martial Law Command in Artvin protested about my release. After three to four months, when I stayed with Enver in Erzurum because he was in such bad condition, another order for my arrest was issued. I learned about it, but did not return to Artvin but went into hiding instead. For three years I lived like that in Turkey, unable to help my husband . . .

Chapter II

In February 1985 Amnesty International received the following statement from a former political prisoner who had fled Turkey the previous year. His name has been withheld at his request. He had been arrested in August 1982 and held for 12 days in the Ankara Security Department, and then for 25 days in the Istanbul Security Department. He says he was repeatedly tortured in both places; the tortures he describes include deprivation of food and water, electric shocks and beatings. He was later transferred to Metris Military Prison where, he says, his ill-treatment continued. He remained there until his release in August 1983. He left Turkey in 1984.

Testimony

I was seized on 12 August 1982 in Ankara while I was in the office of a friend whom I had known for some time. I had gone to Ankara to get my university entrance card . . . As I entered the office . . . a man came from behind and grabbed me by the arm. He was fat, with blondish hair and a moustache. He said he was a policeman, asked to see my identity card and searched me. . . . Then I had to go with two others, a driver and a guard, in a civilian Renault car to Ankara Security Department. I was taken to the fifth floor and registered, after which my money, my belt and keys were taken and put in a cupboard. At that moment I saw that some of our close family friends were there as well – many members of the same family, almost the whole family. The policeman in charge of me went out briefly and I had a moment to exchange a few words with them.

Afterwards I was blindfolded and, with orders like "Turn right", "Turn left", "Bend your head" and "Stop!" I was guided into a room. From under my blindfold I could only see the tips of my feet, but as I passed along a corridor I managed to make out a number of people in trousers and shirts who were standing or sitting against the walls.

I was led into a room and told to undress immediately. I think there were about five or six people in the room to interrogate me. Their first

words to me were: "Will you talk like a human being or shall we make you talk like a human being?" Before I had a chance to reply they pounced on me, one shouting and the other ripping off my clothes. Within a minute I was lying stark naked on a bed-like thing which they called "workshop". They put some quilted pads around my arms and then tied me down with thick cord . . . In the meantime they were continuously cursing, swearing and beating me. One of the policemen shouted: "Bring the water with *kezzap* [a strong household cleaning acid]." When they poured that *kezzap* over my body I noticed that it wasn't acid, but ordinary tap water. The reason they poured water over me, as I soon discovered, was for easy conductivity of the electric shocks they were about to give to me. As far as I could see from under my blindfold, there were two men on my right and one on my left. I guessed the others were sitting at a table taking notes. The policeman standing at my feet connected the electric cable to my small toe. Turning on the current they started asking questions. They kept increasing the voltage. Naturally, I began shouting with pain.

They asked me to give the whereabouts of close family friends, to tell them about people I did not know, to own up to activities I had nothing to do with and to give statements against my father and a friend of his. They kept torturing me to give them this information. My interrogators used military ranks when addressing one another - "my commander", "my captain" etc.

When they saw that one electric cable was not enough, they connected a second cable to my penis. Meanwhile they were saying things like: "My son, you are still young. Why ruin yourself? You are a young man. Look and think well; so many people have died in these workshops; there isn't much life in you anyway . . .".

At one point the shocks were so great that I tore my arms free. The interrogators thought I was going to take off my blindfold and, fearing I would see them, turned their faces towards the wall. But the first thing I did was to rip off the cables.

Two of the policemen grabbed me, laid me down again and tied me down more securely. Then they put the second cable to various parts of my body - my teeth, my lips, my earlobes and my forehead and continued torturing me for another half-hour.

Eventually they took me off the "bed" and said: "Don't drink any water, or you'll die!" Then they made me do some gymnastic movements, before taking me out into the corridor, where the other people were still standing, and depositing me in a heap next to a pillar.

All this happened in the first two hours of my detention. They gave me nothing to eat [at lunchtime] . . . In the afternoon, they allowed us to go to the toilet only once. There I secretly drank a few drops of water from the toilet. Those under interrogation and torture were forbidden to

drink water. The guard rushed us back to the corridor.

I was taken for more torture that night, at about 2 am. After a radio conversation between the Ankara and Istanbul police, my interrogators stepped up my torture. This time I was given electric shocks and subjected to the "tyre method" . . . In this type of torture you are doubled up and forced through a lorry tyre, like a monkey . . . then they start rolling and bouncing the tyre . . . give electric shocks and beat you with sandbags. With this type of torture, the superficial damage is minimal, but one's inner organs really do get smashed up! I passed out. When I came round I was lying on the floor in the corridor, blindfolded.

On the second day, new people were brought in. Most were women, either wives, sisters or close relatives of people wanted by the police but not yet apprehended. The police were holding these people as hostages for those who were still on the run. My interrogation and torture lasted three more days. Two sessions a day, morning and evening, of beatings, electric shocks, tyres, sandbags, hunger and sleeplessness.

I think they were satisfied with my answers, because on the sixth day they put me into the cell on the orders of the head of the interrogation team. It was a single cell but there were three of us in it. One of them was...a defendant in the Ankara Dev Yol trial...

During the period of my interrogation and torture on the fifth floor of Ankara Security Department I met many people who had been severely and systematically tortured.

The three of us remained in the cell for six days. We had one blanket. All we were given for food was a bit of dry bread, some cheese and jam. We were allowed to go to the toilet twice a day, once in the morning and once in the evening . . .

On the 12th day, a team from Istanbul came and took me, Y and his fiancée [to Istanbul by bus]. Y and I were handcuffed with cuffs that automatically tightened with any movement. During the eight-hour journey the police team in charge of us constantly abused us . . . Our journey . . . with the handcuffs getting tighter and tighter making our wrists swell, ended at the Second Branch of Istanbul Security Department. We were signed in; Y's fiancée was put into the wireless room and he and I into a bloodstained single cell smelling of urine and blood . . .

The policemen who handed us over said: "You should be thankful that our interrogation team is not here at the moment, otherwise you'd be bent!" That night we were left alone . . . [at about 8 or 9 am] the door of my cell opened and I was thrown out by the scruff of my neck. Later I learned the name of the policeman who did this to me . . . he was working at the Second Branch . . . spoke Kurdish of the Kars region, wore metal-rimmed glasses and squeezed the throat and the testicles during torture sessions.

He took me to the head of the team conducting our operation. (He

is from the Black Sea region. I learned later that he was transferred to Agri Security Department in 1983.) At that time he was deputizing for the head of the Second Branch . . . [who] was on leave.

He asked me a few questions, then he told me that two of my relatives were in their hands and that they had set up a station in our house in Istanbul; with that he handed me over to [another interrogator]. Up to then I had not been blindfolded that morning. [Then he] blindfolded me and took me straight to the torture chamber . . . on the top floor . . . behind the cells.

I guess there were about five or six people there when I entered. They made me sit down on a bench. They put a plank on my shoulder. A policeman (I learned his name later as well) tried to tie my arms to the plank, but he must have done it incorrectly because another torturer scolded him, saying: "What on earth are you doing? You still haven't learned to do a straightforward tie!" and did it himself.

This torturer, whose name I learned later . . . was tall, with a pointed nose, bald around the forehead. In 1983 his photograph appeared in the daily *Günes* alongside the Governor of Istanbul on the roof of the Governor's Office building.

The torturers hung me between two big metal filing cupboards with my arms tied to the plank. While I was suspended like this, they tied an electrode to one of my toes and another to one of my fingertips. I was given electric shocks in this position for half an hour.

This is the most horrible torture [called *aski*], hanging and receiving electric shocks at the same time. Meanwhile the torturer whom I mentioned earlier kept squeezing my testicles. During this process I was asked in particular to give a statement about my father, who was in a military prison, and a friend of his. . . . The aim of the police was to extract a statement from me accusing my father and his friend. The true statements I insisted on giving did not satisfy them. They wanted fabrications from me but I refused to give fabricated statements — so they continued torturing me . . .

They took me down from the *aski* . . . [then made me do] some physical exercises, then took me to my cell. A few hours later I was blindfolded and taken to the torture room again. This time it was just crude beating . . . two or three torturers beat and kicked me left, right and centre, then threw me against the wall . . . It lasted for about an hour. Every now and then the torturers stopped and asked me questions. They went on when they did not like my answers.

Four policemen were involved in this session: one, who took me from my cell and blindfolded me; one asked the questions during torture; one from the Second Branch — he is from Bursa, has no teeth and the other torturers addressed him as "The old one"; and one other.

All of the above worked at the serious criminal offences section of the

Second Branch of Istanbul Security Department in August 1982. They tortured me and many people who were in detention at the same time as me.

They subjected me to the *aski* torture twice more within the next three days. [Then they stopped] because I repeated my initial statement and because I had been interrogated in Ankara as well . . .

From the names I give above [withheld by Amnesty International in order to protect those concerned] M in particular was very severely tortured in front of me. His neck still has bilateral swellings, that is, his shoulders and his ears are on the same level. M and J tried to commit suicide because of the tortures inflicted on them — but their torture did not end: it continued under a doctor's supervision . . .

One month after we had been taken prisoner, they started taking our written statements. In fact, they wrote them themselves including things we had never ever mentioned. We were forced to sign these statements blindfolded, without reading them. When we demanded to read the statements they had prepared on our behalf, all the torturers pounced on us and beat us with fists and kicks. Because of the fabricated nature of the statement, I did not sign it with my real signature, the signature I use in all official procedures or documents, but with another false signature I had never used before . . .

I remained in custody at the Ankara and Istanbul Security Departments for a total of 37 days. I spent nine days in the military prison at Selimiye. On the 46th day I was brought before the military prosecutor of the Istanbul Martial Law Command, who formally arrested me and sent me [back] to Selimiye prison . . .

In the dormitories [at Selimiye prison], our first instructions came with fists, kicks and truncheon raps. We were not affected by these beatings somehow, because they were not much compared to what the police had put us through. The soldiers read out our names one by one and gave us a good beating one after the other . . .

[After about a week] they transferred us from the detention dormitories to those for prisoners proper. Meanwhile, we were beaten twice a day (morning and evening) and truncheoned continually in order to get us to conform to the military-style education, to sing racist . . . marching songs and shout their slogans . . .

When we were first brought to Selimiye . . . the military doctor noted in his examination book all signs of torture on our bodies and the methods of torture used, *aski*, electric shocks, beatings, etc. However, whenever we sent a petition stating that we had been tortured either our petitions got "lost" or we were sent for medical examination at the coroner's between six and 12 months later, that is, after the traces of torture had disappeared completely. We remained at Selimiye prison for about three weeks. Not a single day passed without our daily ration

of beatings . . . twice a day.

We were sent to Metris Military Prison three or four days before the Kurban Bayrami [a Muslim religious festival]. Before our arrest we had heard that resistance by the Metris inmates had ended successfully, so we were full of confidence when we arrived there . . .

This period of truce between us and the prison authorities lasted until the end of April 1983. From 1 May onwards commandos . . . together with specially trained teams . . . started carrying out operations . . .

On the journeys to the courts we were continuously beaten and truncheoned. In addition we and our families were beaten during the family visits. The number of executions increased suddenly . . .

In July 1983 we started an open-ended hunger-strike, demanding an end to the tortures and the return of our rights. This resistance action . . . soon spread to the Sağmalcılar, Diyarbakir, Sultanahmet, Mamak, Adana, Canakkale, Buca and Bartın prisons . . .

At the end of 27 days [however] we were back to square one, without any new rights. If anything, things got worse . . .

I was released on 17 August 1983. They took me to Gayrettepe First Branch Headquarters . . . They blindfolded me and took me to the interrogation room. My interrogators followed me into the room.

"Why did you take part in the hunger-strike? Haven't you had enough? We know how to make you obey. Beware if you come here again. A man who comes here twice will never leave here alive."

Nine months later, on 30 April 1984, the political police started detaining the people who had been released but in the meantime had been involved in political activity. I had a very narrow escape from these operations and had to flee my country.

Chapter III

Sevgi Kiliç, mother of two, was one of a number of teachers arrested in Ankara on 23 and 24 January 1984 and taken to Police Headquarters in Ankara. She was reported to have been tortured. In March she was acquitted by Ankara Military Court No. 2, which is reported to have ruled that the only evidence against her was her own signed statement, which she had retracted in court, saying that it had been obtained under torture. In February, after her release from the women's section of Mamak Military Prison, Sevgi Kiliç wrote about her ill-treatment to her husband, who lives in exile in France. The following are extracts from that letter.

Testimony

Dear Ali,

For a long time I have been unable to write to you . . . about my arrest and torture. I still have a headache, because the police hit me on the head a lot, and that is why I haven't been able to write.

First of all I want to explain to you how I was arrested by the police and brought to the torture centre.

It was 1.30 am on 24 January 1984, and the doorbell rang . . . I was in the bedroom, not yet asleep; I heard a noise but couldn't tell exactly what was going on. I got up and met the police, they asked me for an identity document and I showed it to them. "That's her", they said.

[They spent two hours searching the Kiliç home and removing books which they put into three large bags.]

We got into the car and drove off towards the police headquarters Emniyet Sarayı. Once there we went up to the sixth floor. This housed the political headquarters of the torture centre . . . They blindfolded me, and . . . After half an hour, I was taken for questioning.

The police used vulgar language and slang [saying]: "We'll give you he stick in your _____", and they also said: "Don't think just because you're a woman you'll get tortured any less. Your husband isn't here,

either. Just tell us at once what political grouping you belong to. You know, several members of the central committees have been made to talk here." I told them I belonged to the Republican People's Party (CHP). They didn't believe me . . . [and] attacked me ceaselessly with kicks and blows, pulling my hair out and constantly bashing my head against the wall. They tried every method of torture. It lasted over an hour. Then they brought me back into the room blindfolded, and left me standing in front of the wall . . . all night long.

They tormented me like that, and repeated more than five times cross-questioning me, [asking about a group called the "Road to Freedom"] . . . However much I was tortured and beaten, I finally convinced them that I didn't know anything . . . They kept on asking questions about you. "Tell us, what political group does your husband belong to?" I replied that you belonged to no political grouping, and were simply a good philosopher. They took away the snapshot of you that I carry in my wallet . . .

After that, they showed me a list on which I saw the name Ali Kiliç: it was a list of the founders of the Kurdistan Socialist Party of Turkey (TKSP). I don't think it was you, because his place of work was at the hospital or university of Hacettepe . . . I replied: "My husband works at the Cumhuriyet University in Sivas, and that is 430 km from the other university". They didn't believe me, and asked me the following questions:

"Where did you get to know this evil Kurd, who is the enemy of our state and nation? Why did you marry such a Kurd? Why? Were there no young Turks in your native town?" And again they asked me: "Tell us what demonstrations and meetings you have taken part in".

I gave no reply.

This time they gave me electric shocks . . . this was something horrible, unbelievable and terribly painful. As they stepped up the voltage they kept asking me the names of teachers who had left-wing tendencies. I didn't give their names, so as not to put their lives at risk.

We eight comrades stayed at the torture centre, blindfolded on the flagstones for a fortnight, [always] facing the wall. They treated us as "traitors", "enemies of the motherland".

For the first week, all they gave us was a piece of bread; the second week we got a piece of bread and some jam as well. That's how they let us live. We didn't die in the end, but for my part, I tried to die . . . It happened one night – my blood pressure dropped. When my comrades were subjected to the *falaka* I fell . . . to the ground. The torture centre was in commotion because of it. The head of the political section called for an end to the torture. It was the first time this had happened. They laid me on a bench. My face was as yellow as a painted wall. The comrades took my blood pressure. It had dropped to 38 – 44 is usual fatal.

Because of all this, my torturers gathered at my side and suggested I go to hospital. I categorically refused the suggestion. I said no, I don't want to go. Torturers are like that, you know. They torture you to death but they don't want you to actually die. Anyway, after this they didn't do anything much.

After a fortnight we were taken to Mamak prison. I stayed there two days in the military prison for women. Next we were summoned before the military procurator for interrogation, and after that, we were released. But the military procurator requested that four of us be sentenced to five to 12 years' imprisonment under Article 141 (para. 5) of the Penal Code.

At our house, out of 328 books they found 28 that were forbidden. Among them was the Program of the Communist Party of Turkey. I didn't know we had it at home.

Now we are awaiting sentence . . .

I have lived through some terrible days. I can't sleep at night. Because of it all I am afraid, and always think they're coming to arrest and torture me . . . My dreams at night are nightmares . . .

That's all I can write to you for the present. My writing is poor, but I can't write any better . . . When I said "I love my husband" under torture, they tortured me all the more, but I do love you very much.

Chapter IV

The following excerpts come from an Amnesty International interview with a former political prisoner in April 1984. He had worked at a steel factory in Ankara for 12 years when he was arrested at his home in the capital in March 1982. He says he was blindfolded, beaten and driven to Police Headquarters in Ankara and held there for 36 days. During this time, he says, he was denied food or drink and tortured constantly for 13 days, being beaten, given electric shocks, hung from the ceiling and tied to a wooden cross. On 20 April 1982 he was moved to Mamak Military Prison, where, he says, the torture continued. After 13 days there he was released for lack of evidence against him. Although he is now outside Turkey, his wife and children remain in the country. He says they are constantly on the move, changing addresses frequently out of fear of arrest and torture. He has requested that his name not be disclosed. His left elbow was broken during his detention. His left arm is now 5cm shorter than his right. He says his legs are still painful because of what happened to him.

Testimony

My house was raided by police on 14 March 1982 at 2.30 am as a result of an informant's report. They pulled out their guns and searched the whole house. They were infuriated when they could not find anything. They started to threaten my wife and ask her questions: "Where is Devrimin Sesi [Voice of the Revolution]? Where does your husband keep it? Who comes to this house? Who stays in this house? Where does your husband go? What time does he come home at night?" When he said: "I don't know anything!" the Police Chief...pounced on her, grabbed her by the hair and laid her down on the floor and ordered her to "speak or we'll kill your husband and we'll take you to the Fifth Branch [political police]".

When my wife kept screaming, our three children got out of bed and came to the room and flung themselves upon their mother.

neighbours were woken by these cries and they all saw what happened.

The police took me out to a white Renault car parked in front of the house, blindfolded me and pushed me into the car. They took me to the sixth floor of Ankara Police Headquarters. They made me stand on one foot, still blindfolded. They pinned a notice on my back. On it was written that I was not to eat, drink or sit down.

That night they took me to the torture chamber. They undressed me. There was something like a specially prepared stretcher with electrical connections. They made me lie down on it and tied me with leather straps by my arms, legs, and waist. They said: "Answer our questions. If you don't we'll kill you. Where is *Devrimin Sesi* printed? Where is it distributed? Who prints it?"

When I told them I didn't know they started giving me electric shocks. They carried on with the electric shocks and vile abuse. They got me into a terrible state. It went on for hours. Then they dressed me. They told me to stand against the wall again. Blindfolded. On one foot. No bread. No water.

They took me to the toilet once in the morning and once in the evening. They wouldn't remove the blindfold. They beat me with their truncheons going to and from the toilets. They left toilet doors open so that I could not [try to] drink any water. They never allowed me to drink water.

Then they took me to the second torture chamber. They undressed me and made me lie down. They started giving me electric shocks, on my tongue, earlobes, toes and fingers. Then they administered shocks to my rectum and penis. I could hear them count the voltage, they started with 15 volts and went up to 65 volts. Blood gushed out of my mouth and nose. Then they...dragged me to the wall. They removed the blindfolds from the revolutionary youths by the wall, showing them the blood all over my face, and told them: "We'll do the same to you if you don't talk."

After a while they made me get up and stand by the wall again. Still no bread; still no water.

They continued torturing me day and night... They hung me by my arms from the ceiling...made me stand against the wall again on one leg (I was still blindfolded). Then they said: "Just own up to what we are calling you; there is no other way out of here!" They "crucified" me [tied me to a cross]. I remained on the cross for three days. Still no bread, no water. Continual torture...

On the ninth day they threw a man called Satilmis, who was a worker at Hacettepe [university and medical complex in Ankara] and father of four, out of the window. Our eyes were tightly blindfolded and we couldn't see him, but we heard him shouting: "They're throwing me out of the window, and they're torturing everyone." They threw him down

the back of the building. Then they took me to the same window on the sixth floor and removed my blindfold. I looked down and saw him nailed to the ground. They told me that they would do the same to me if I refused to talk. Then they blindfolded me again and started giving me electric shocks. It went on like this. On the 13th night I fainted. They took me to another room. When I came round they took me to cell No. 1 and started giving me bread and water. But I was too weak to eat the bread. They carried on with the tortures inside the cell. They started giving electric shocks to my penis and squeezing my testicles. For the next four or five months I bled from the mouth and there was blood in my urine. I was also tied and beaten on the feet for days on end. They blindfolded me and took me from my cell to the torture chamber where women and girls were undergoing inhuman tortures. They were now living as a political refugee in the United Kingdom. He was released naked and the police were harassing them sexually and doing all sorts of things and what was worse, they did it in front of others. It was great psychological torture for me . . .

The following statement, received by Amnesty International in 1984, was written by Yavuz Budak, a former Kurdish political prisoner who is now living as a political refugee in the United Kingdom. He was released while his trial continued and then escaped abroad. He has since been sentenced *in absentia* to eight years' imprisonment. He states that he and other detainees were tortured in a secret centre in Diyarbakir and in Diyarbakir Military Prison [Diyarbakir Military Prison No. 5].

I had been detained on 14 March. I was moved to Mamak Military Prison on 20 April. I remained at the police station for 36 days.

[In Mamak] they put me in an iron cage in Block A. I remained there for two days. We were forced to obey orders day and night: "Sit down. Get up. Sing this marching song. Sing that marching song . . .". They would beat us if we were not loud enough . . .

Then they . . . put us in dormitories. The torture continued day and night . . . They took us out for air only when they felt like it. And it was among those who were detained on 16 September 1980, four days after the military takeover, during an operation by the martial law forces at my school. I was handcuffed immediately, put into a vehicle and taken to Yenisehir military station. The same day I was handed over to the First Division Political Police. I remained at the Police Headquarters for two days. At the end of the second day they took my personal belongings and put me in a cell. The police chief who interrogated me asked me to tell him what I had joined the People's Revolutionary Cultural Association (DHKD) and what sort of activities I was involved in at school. I told him that DHKD was a legal organization and it was my legal right to join an organization. The police chief was . . . furious and said: "I'll ask you again during interrogation!" . . .

When the prisoners were being taken to court they were continuously beaten and warned that if they mentioned any of this in court they would be put in a cell. And they certainly carried out their threats. Those who mentioned any of the ill-treatment in court were immediately taken away to be beaten till they were unrecognizable and then thrown into a cell for days on end. No newspapers, nor even pencil or paper. They put their dogs on us. They sent anyone they chose, arbitrarily, back to the police to be tortured . . .

Chapter V

Testimony

Finally they put me in a black Renault car and took me to the Martial Law Command. A plainclothes policeman . . . told me: "Yes, you've been caught! You are going to be in detention for a few days!" . . . From there I was taken to Detention Centre No. 5, where hundreds of [Kurds] . . . were being held . . . Many of them were wounded, scarred, bruised etc. because there were no empty beds in the dormitory, many of them slept on the concrete floor. And those from Diyarbakir who had not been tortured yet were called in to be tortured. Every day new torture lists

were read out. [His name was on a list of 12 read out in mid-October. Some time later we were called outside one by one and taken into a pitch-dark room. There were plainclothes policemen inside. Each of us was tightly blindfolded with a specially made eye-band. They put us in a row . . . and asked everyone to hold on to the jacket of the person in front of him. Then we were led away by a policeman.]

[They were put into a vehicle and taken on a journey lasting 15 to 20 minutes.]

They took us down to a place with a concrete floor. It was very quiet . . . Inside we were searched one by one. Our money, watches, belts etc. were confiscated. Afterwards we were taken into the torture room and made to squat down, with our backs against the wall. It smelled of sweat, dampness and something terrible, difficult to define. We could hear the screams of a woman: "Don't! Don't do it! I am not guilty!" . . .

I tried to put my head between my knees. I did not want to hear her screams. But I couldn't manage it. It really was hair-raising. I could not define my emotions. Everything was in an upheaval. As far as I could tell from the sound of coughs and moans, there were more than just 12 of us in this room. All were listening to the woman's screams, which became weaker and gradually died away.

The torture room was rectangular, with two facing doors. People were led to torture through both doors. The one facing south led to the toilet and the dining room.

At about 3.00 pm a civilian policeman led me through two doors into a room. . . They started beating me with truncheons, fists and kicks. I was trying to protect myself with my arms, but could not move my arms quick enough to shield the blows. Every blow they dealt hurt very much. After a while I fell on the floor. While I was lying on the floor they started hitting me with what I thought was either a sandbag or a rubber bag. They kept asking me: "Why did you join DHKD? What sort of activities did you carry out? What do the Kurds want to do? What do you talk about at school with your fellow students? What were you doing at seminars on? etc., etc." Endless questions. Finally one of the torturers said: "Chief, take this away!" So two of my torturers lifted me by the arms and carried me back to the hall.

That evening we were taken to eat. The dining room was approximately a dozen steps away from the torture room. We were told to take off our blindfolds only enough to allow us to see what we were eating. After dinner we were taken away again . . . Our hands were tied behind our backs. We were made to lie down on the concrete floor with our faces down. We wanted to put our shoes under our heads, but the soldiers refused it . . .

We were kicked awake by soldiers' boots. We waited for breakfast until 8.00 am, but there was none that morning. The torturers

were already there. It was another day in the torture chamber. I was trying to contemplate how I could get away from here without being killed or disabled. One realizes the value of life somehow better while one's life is in danger or under threat. I was engrossed in such thoughts when somebody wearing ordinary civilian shoes approached. They dragged away the man next to me. He remained inside for about 90 minutes. The sound of the beating with the sandbags echoed in the whole building . . . This man remained in the torture centre for three months, blindfolded, and sometimes tortured continuously for five hours a day. When he emerged from the torture chamber that morning, the policemen told us all to face the wall, while the man was dragged along and dumped in the middle of the hall. All his clothes were torn and he was unconscious.

I was taken into the torture chamber with a friend called V. G. (who is still in prison) . . . and had to wait a few minutes. It was terribly quiet—then all of a sudden they started to kick and beat, left, right and centre, with truncheons and wooden sticks. Minutes later they took V. G. away. They made me sit on a chair and ordered me to take off my socks, trousers and underpants. They attached wires to my toes and my fingers. After a few minutes they gave me an electric shock which made me feel like vomiting. They turned the voltage up: it gave me a prickly sensation all over my body, a terrible pain and convulsions . . . At one point I lost my balance and fell down with the chair and all. They frightened me up with kicks and curses, and carried on. That day I received electric shocks for 30-40 minutes, on and off, sometimes on my earlobes, lips and nostrils. On succeeding days, I was given more electric shocks and the following tortures were inflicted on me:

Alaka: I lay on the floor and had my feet tied very tightly together and raised up. Then they beat my soles with either truncheons or wooden sticks. Meanwhile one of the police officers stepped on my chest with one foot, making breathing even more difficult.

Hanging from the ceiling: An I-shaped iron bar hung from the ceiling. They used to tie my wrists to this bar, then pull the rope so that I was fully stretched with my toes just touching the ground. When I was left in this position for a long time my arms ached as if they were being torn out of their sockets and my neck felt as though it was going to break.

Beating with a sandbag: This is one of the most widespread tortures, inflicted on the majority of prisoners, because the beatings leave no marks, bruises etc. I was often beaten with this sandbag . . . while hanging from the iron bar. It hurt like hell. I had difficulty in breathing, and it felt as if my lungs were about to burst . . . Sometimes they made me lie face down on the floor and beat me on the back with these sandbags. After a session of beatings I invariably collapsed in a heap.

On the ninth day of torture, my hands were once more tied to the iron bar and I was given repeated blows on my back. Sometimes my torturer came round to face me and dealt heavy blows and slaps on my face. The questions they asked were always the same. Finally my hands were undone and I collapsed on the floor. My arms were numb. I tried to collect my mind when I heard the sound of typing. They were typing my "statement". After a while I was taken to the hall.

A short time later they summoned Mehdi Zana, the Mayor of Diyarbakir . . . Mehdi Zana was tortured only two or three doors away from us.

His greatest "crime" was to be Kurdish and have a Kurdish surname. To top it all, he was the Mayor of a city like Diyarbakir, which has a predominantly Kurdish population.

There were no laws in this place except the law of the police truncheon and the soldier's boot.

On the 10th day I was taken to the torture chamber again. They only beat me and kicked me this time – nothing more. They kept asking me questions and were typing something . . . After a while they pushed my chair towards the table and told me to sign where they indicated.

On the 15th day I was driven away from the torture centre [to an as yet unknown detention centre]. They handed me over to the soldiers. At the entrance to the detention centre a soldier ordered me to undo my blindfold . . . At first I blinked because the daylight was too much for me . . . then I saw that this was Detention Centre No. 5 again.

I was held there for two days, then taken to court, after which I was formally arrested. Four other prisoners were with me. After our arrest we were taken to a cell in a prison known as "No. 2", just beyond the trachoma clinic. For 20 days the five of us were kept in a tiny cell which had only two beds. Afterwards we were transferred to Bağlar Prison (Prison No. 5).

I remained in this prison for about 11 months. The torture and violence here was even worse than in the police centre. Torture in the Bağlar Prison became continuous and systematic about three or four months after the military takeover. Commandos took the prisoners out to the yard for air and made them go on all fours for hours on end as they sang military marching songs. Then they beat and tortured them, again for long periods, with whatever they could lay their hands on – truncheons, sticks, iron rods . . . After these "airings" many of the prisoners were carried into the dormitories unconscious. One prisoner completely lost his mind, but was never taken to the doctor; instead he was constantly tortured. (He was a prisoner called Hüseyin Kızılcık from a village in Kızıltepe District, Mardin province, where he used to drive a combine harvester.)

In my dormitory there were many defendants in one TKSP trial who

were continuously tortured, mostly by the commandos . . . Sometimes the prisoners were tortured in the corridor and their screams could be heard in the other dormitories . . .

Nazif Kaleli got his lumbar bones broken during torture in the police centre . . . He was maimed for life and could only walk with a stick. Even so, he was often tortured both inside the prison and outside in the police detention centres . . .

If a prisoner did not shout or march well enough, did not sing the marches loudly enough or did not crawl properly, he was beaten right there and then in the presence of the other prisoners until he collapsed or fell unconscious.

There were sometimes common or joint punishments for a whole dormitory. There was a hole, about one metre in diameter, in the middle of the yard, with a metal cover. The prison's waste water was piped through it . . . Prisoners were ordered to dip their heads into that water, one by one. If a prisoner did not dip his head in completely, a soldier would step on his head and push it into the waste water . . .

Visits: . . . On Fridays prisoners who had a visitor were called out into the corridor, lined up . . . and marched to the section for visits. There were small booths there. In each the prisoner was flanked by two soldiers. If the prisoner spoke of or even hinted at any ill-treatment during the visit, he was immediately taken back to the cell and tortured for days on end . . .

Medical attention and doctors: There are precious few healthy inmates in Diyarbakir prison. Most prisoners bear traces left by the torturers . . . Prisoners who undergo torture continuously spit out blood and many suffer from tuberculosis. None of these prisoners is allowed to see the doctor, nor do they receive any medical attention. There is only one doctor in the whole prison and only one sick-bay. When it comes to "exercise sessions" even the most critically ill who cannot lift themselves out of the bed are taken out to the "exercise". A prisoner has to be virtually taking his last breath before he is taken to the military hospital . . .

Defence and courts: We were given the indictment prepared by the military prosecutor only shortly before the trial started. It was impossible to prepare a defence statement in prison because we were not allowed pens or paper. During that period they were very anxious for us not to see our lawyers . . . All prisoners were warned by security officers inside to keep their speeches to a minimum and not to complain about anything. If a prisoner even mentioned [in court] the practices inside the prison, his life would really be at stake. As soon as the prisoners returned to the prison, those who "spoke" in the courtroom would be taken into small special cells and then tortured until unconscious. The torture team used to sit in the back row in court and

On the ninth day of torture, my hands were once more tied to the iron bar and I was given repeated blows on my back. Sometimes my torturer came round to face me and dealt heavy blows and slaps on my face. The questions they asked were always the same. Finally my hands were undone and I collapsed on the floor. My arms were numb. I tried to collect my mind when I heard the sound of typing. They were typing my "statement". After a while I was taken to the hall.

A short time later they summoned Mehdi Zana, the Mayor of Diyarbakir. ... Mehdi Zana was tortured only two or three doors away from us.

His greatest "crime" was to be Kurdish and have a Kurdish surname. To top it all, he was the Mayor of a city like Diyarbakir, which has a predominantly Kurdish population.

There were no laws in this place except the law of the police truncheon and the soldier's boot.

On the 10th day I was taken to the torture chamber again. They beat me and kicked me this time – nothing more. They kept asking questions and were typing something. ... After a while they pushed me in a chair towards the table and told me to sign where they indicated.

On the 15th day I was driven away from the torture centre [to an as yet unknown detention centre]. They handed me over to the soldiers. At the entrance to the detention centre a soldier ordered me to undress and blindfold. ... At first I blinked because the daylight was too much for me. ... then I saw that this was Detention Centre No. 5 again.

I was held there for two days, then taken to court, after which I was formally arrested. Four other prisoners were with me. After our arrest we were taken to a cell in a prison known as "No. 2", just beyond the trachoma clinic. For 20 days the five of us were kept in a tiny cell which had only two beds. Afterwards we were transferred to Bağlar Prison (Prison No. 5).

I remained in this prison for about 11 months. The torture and violence here was even worse than in the police centre. Torture in Bağlar Prison became continuous and systematic about three or four months after the military takeover. Commandos took the prisoners to the yard for air and made them go on all fours for hours on end and sing military marching songs. Then they beat and tortured them, again for long periods, with whatever they could lay their hands on – truncheons, sticks, iron rods. ... After these "airings" many of the prisoners were carried into the dormitories unconscious. One prisoner completely lost his mind, but was never taken to the doctor; instead he was constantly tortured. (He was a prisoner called Hüseyin Kizilirmak from a village in Kiziltepe District, Mardin province, where he used to drive a combine harvester.)

In my dormitory there were many defendants in one TKSP trial

were continuously tortured, mostly by the commandos. ... Sometimes the prisoners were tortured in the corridor and their screams could be heard in the other dormitories. ...

Nazif Kaleli got his lumbar bones broken during torture in the police centre. ... He was maimed for life and could only walk with a stick. Even so, he was often tortured both inside the prison and outside in the police detention centres. ...

If a prisoner did not shout or march well enough, did not sing the marches loudly enough or did not crawl properly, he was beaten right there and then in the presence of the other prisoners until he collapsed or fell unconscious.

There were sometimes common or joint punishments for a whole dormitory. There was a hole, about one metre in diameter, in the middle of the yard, with a metal cover. The prison's waste water was piped through it. ... Prisoners were ordered to dip their heads into that water, one by one. If a prisoner did not dip his head in completely, a soldier would step on his head and push it into the waste water. ...

Visits: ... On Fridays prisoners who had a visitor were called out into the corridor, lined up. ... and marched to the section for visits. There were small booths there. In each the prisoner was flanked by two soldiers. If the prisoner spoke of or even hinted at any ill-treatment during the visit, he was immediately taken back to the cell and tortured for days on end. ...

Medical attention and doctors: There are precious few healthy inmates in Diyarbakir prison. Most prisoners bear traces left by the torturers. ... Prisoners who undergo torture continuously spit out blood and many suffer from tuberculosis. None of these prisoners is allowed to see the doctor, nor do they receive any medical attention. There is only one doctor in the whole prison and only one sick-bay. When it comes to "exercise sessions" even the most critically ill who cannot lift themselves out of the bed are taken out to the "exercise". A prisoner has to be virtually taking his last breath before he is taken to the military hospital. ...

Defence and courts: We were given the indictment prepared by the military prosecutor only shortly before the trial started. It was impossible to prepare a defence statement in prison because we were not allowed pens or paper. During that period they were very anxious for us not to see our lawyers. ... All prisoners were warned by security officers inside to keep their speeches to a minimum and not to complain about anything. If a prisoner even mentioned [in court] the practices inside the prison, his life would really be at stake. As soon as the prisoners returned to the prison, those who "spoke" in the courtroom would be taken into small special cells and then tortured until unconscious. The torture team used to sit in the back row in court and

Torture is widespread and systematic in Turkey. Anybody detained in the country for political reasons is at great risk of being tortured...



Sevgi Kiliç with her two children.

Isilay Karagöz (right), a civil servant was arrested with her husband Enver on the day of the military coup in September 1980 and taken to the police headquarters in Artvin, north east Turkey. "They asked me about my husband, they asked me about my work...They tried to make me confess things which we never did...Meanwhile they beat me. During interrogation I heard screams. After a short while I realized they came from my husband...They attached electrodes to my thumb and little finger, then poured water over me so the electricity would go everywhere. Then they applied electricity... that was terrible...The screams that I heard still ring in my ears."

Testimony, page 19.

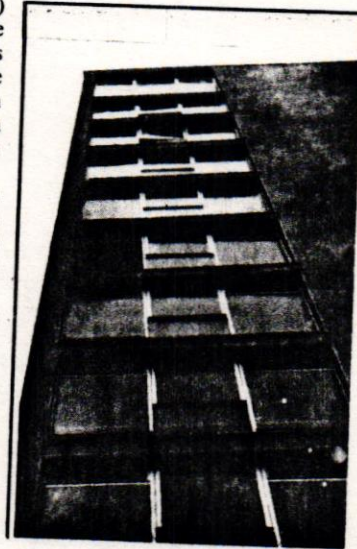


Sevgi Kiliç (left), a teacher, was arrested in January 1984 and taken to Ankara Police Headquarters. In a letter to her husband, Sevgi Kiliç wrote "For a long time I have been unable to write to you about my arrest and torture. I still have a headache, because the police hit me on the head a lot, and that is why I haven't been able to write to you...They gave me electric shocks. This was something horrible, unbelievable and terribly painful. As they stepped up the voltage they kept asking me the names of teachers who had left wing tendencies...I have lived through some terrible days...my dreams are nightmares...When I said 'I love my husband' under torture, they tortured me all the more, but I do love you very much." *Testimony, page 27.*



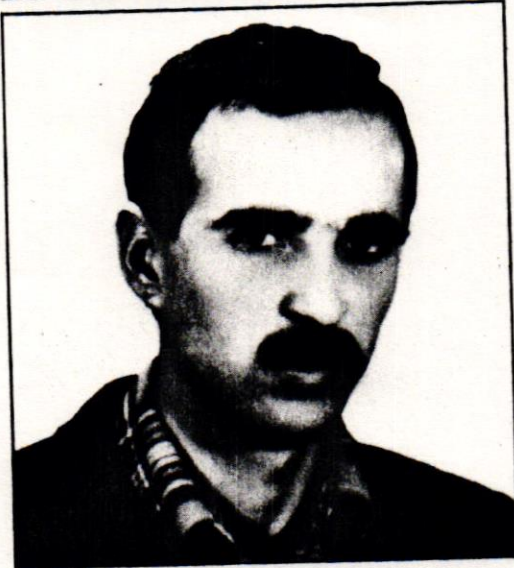
Inside a Turkish police station (above) prisoners suspected of guerrilla activities are held at gunpoint. Amnesty International has received verbal reports of widespread torture during security operations in Eastern Anatolia, which followed attacks by guerrilla groups on military and police posts in August 1984.

The Ankara Police Headquarters (right). On 7 May 1985 Vedat Aldogan fell to his death from the sixth floor. The police stated that he was being taken to the site of his alleged crime when he escaped and jumped out the window. They threw a man called Satilimis out of the window (of Ankara Police Headquarters). Our eyes were tightly blindfolded and we couldn't see him, but we heard him shouting: 'they're throwing me out of the window and torturing everyone'. Then they took me to the same window on the sixth floor and removed my blindfold. I looked down and saw him. They told me they would do the same to me if I refused to talk." *Testimony, page 30.*



In most cases torture is reported to have been inflicted by the police in police stations. Its main purpose appears to be the extraction of information and confessions.

Amnesty International has also received detailed allegations of people being tortured in prisons and other establishments....



"Torture in the Bağlar prison became continuous and systematic about three or four months after the military takeover. Commandos took the prisoners out to the yard for air and made them go on all fours for hours on end and sing military marching songs. Then they beat and tortured them again for long periods with whatever they could lay their hands on: truncheons, sticks, iron rods. After these 'airings' many of the prisoners were carried into the dormitories unconscious. One prisoner completely lost his mind, but was never taken to the doctor; instead he was constantly tortured." *Yavuz Budak (left), page 33.* "One day as I was being taken to the toilet, I loosened the blindfold and looked around. The scene was horrific. People were piled up in the corridor waiting their turn to be tortured. Ten people were being led blindfolded and naked around the corridor and were being beaten to force them to sing reactionary marches. An old man of about 50 was stripped naked and made to hand out bread. The same man was made to watch while his children were tortured and vice versa." *Sema Oğuz (below, left), page 56.*



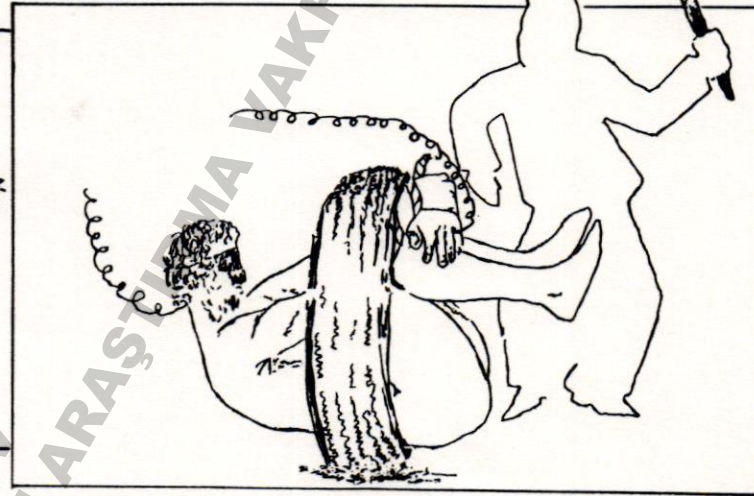
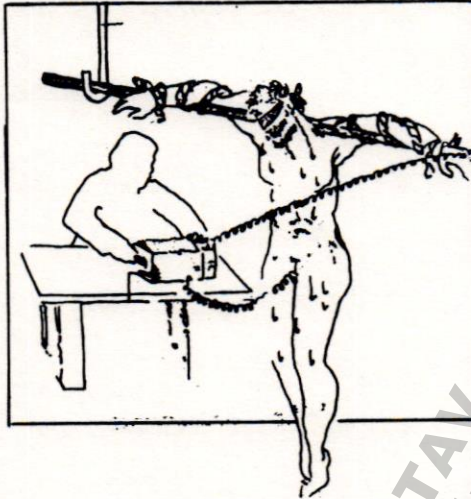
"Countless hours of the most unimaginable affronts to human dignity began with the first kicks as I was bundled into the police car. I was blindfolded. The policeman next to me pushed my head between his legs and began beating my back. 'We are going to what you might call a beauty parlour,' he said, 'you go in looking like this and you come out a different shape.'" *Meryem Şendil Çolakoglu (right), page 56.* "We were taken to Iskenderun prison on the road to Adana. The four of us were put in a room facing 15 soldiers with clubs. They beat our palms and wrists until they were bruised and bleeding. We were ordered to lie face down on the floor and were hit on the head and all over the body. We were ordered to scream so that other prisoners might hear and be intimidated... Torture was a daily occurrence..."

There was hardly a day when we did not hear the screams of the tortured." *Şahabeddin Buz (right), page 57.* "They made me watch while my fiancé was tortured. They hung him by his wrists. His body would not stay straight — it arched — I suppose because of the pain. He was blindfolded and his trousers were undone. They had given him electric shocks to his penis." *Nursal Yilmaz (left), page 55.*

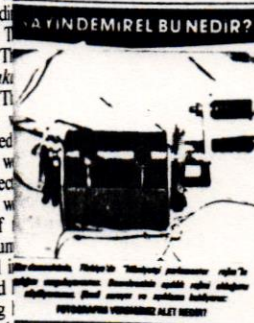


Methods of torture include beating the soles of the feet, burning with cigarettes, hanging from the ceiling by hands or feet for prolonged periods, assault with truncheons, sticks and iron rods...

"The torturers hung me between two big metal filing cupboards with my arms tied to the plank. While I was suspended like this, they tied an electrode to one of my toes and another to one of my fingertips. I was given electric shocks in this position for half an hour. This is the most horrible torture, called *aski*." *Testimony, page 21.* "They took me to the second torture chamber. They undressed me and made me lie down. They started giving me electric shocks, on my tongue, earlobes, toes and fingers. Then they administered shocks to my rectum and penis. I could hear them count the voltage. They started with 15 volts and went up to 65 volts. Blood gushed out of my mouth and nose." *Testimony, page 30.* "He grabbed my hair and began to beat my head against the wall. He lost his temper and started to beat and kick me. When he fell down he trampled on me. Later he stopped and, speaking quite calmly, said: 'Look my daughter, you are very young; you have a good life ahead of you.' I was then: 'If you accept these accusations you will live a happy life, otherwise it will be for you.'...They asked me again when I accepted the charges. As I replied they started to hit my hands with the truncheons. My right wrist was bleeding. The skin had started to peel off. Then they hit my fingers and nails. They laid me on the floor and started *falaka*. I lost consciousness after a while...They brought in another girl. She too was naked. Her whole body was covered with black bruises and her genitals were inflamed and torn to shreds from electric shocks. In this place human beings were distorted and deformed. None of the men or women here looked like a human being. One day they brought a girl to the torture chamber. They grabbed her by her breasts and started to drag her along the floor. The girl made sounds as though she were being strangled. Then they undressed her, put her in a car tyre; they bent her feet and tied her by her knees to a wire, then they started to beat her with truncheons in her vagina." *Gülşen Tokmak, page 65.*

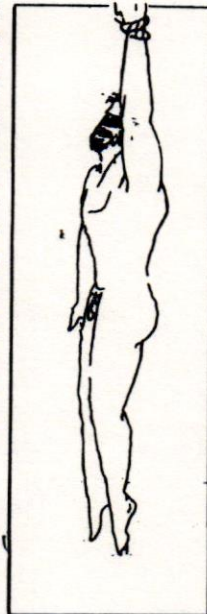


"They sat me inside a car tyre, pulling it up so that I was stuck. They tilted the tyre so that my head was on the ground and my feet in the air, and began beating the soles with a thick stick. I had made the acquaintance of *falaka*. For a long time the blows were rhythmical. When I could no longer feel the blows for numbness, they broke the rhythm. This brought the pain back. I felt as though I would never be able to stand on my feet again. In the end I could no longer breathe for screaming." *Sema Oğur, page 50.* "I was taken to another room; it had an iron bar from which hung several butchers' hooks. I was stripped naked and hung by my wrists. I was hung like this for four days and nights. I was given neither food nor drink, was not allowed to use the toilet and was threatened with being forced to eat and drink my own excreta. I was punched and beaten with fists and hard blunt objects. My testicles and penis were squeezed and pulled while they insulted me." *Şahabeddin Buz, page 58.*



"In May 1980 *Democrat*, a Turkish newspaper, published this picture of what it believed to be a machine for electric shock torture made at a government factory."

"In Diyarbakir Military Prison it is a luxury to be beaten with a truncheon — they use the handles of shovels and pick-axes, thick wooden sticks and chains." *Testimony, page 61.*



Some prisoners have been taken for interrogation and torture even after they have spent several years in prison...



Mümtaz Kotan (left), a lawyer adopted by Amnesty International as prisoner of conscience, was imprisoned from April 1980 until May 1982. He was sentenced in July 1982 to eight years' imprisonment for belonging to a Kurdish organization and for alleged secessionist activities. He is said to have been tortured during his interrogation and repeatedly throughout his imprisonment in Diyarbakir Military Prison. Mehdi Zana (below, centre) is also an adopted prisoner of conscience. He is serving a 31-year prison term, in connection with alleged Kurdish secessionist activities. He is reported to have been tortured repeatedly throughout his imprisonment in Diyarbakir Military Prison. "They summoned Mehdi Zana, Mayor of Diyarbakir... Mehdi Zana was tortured only two or three days away from us. His greatest 'crime' was to be Kurdish, and have a Kurdish surname. To top it all, he was mayor of a city like Diyarbakir, which has a predominantly Kurdish population. There were no laws in place except the law of the police, the truncheon and the soldier's boot." *Testimony, page 33.*



There have been repeated hunger strikes by prisoners in different parts of the country in protest against torture.

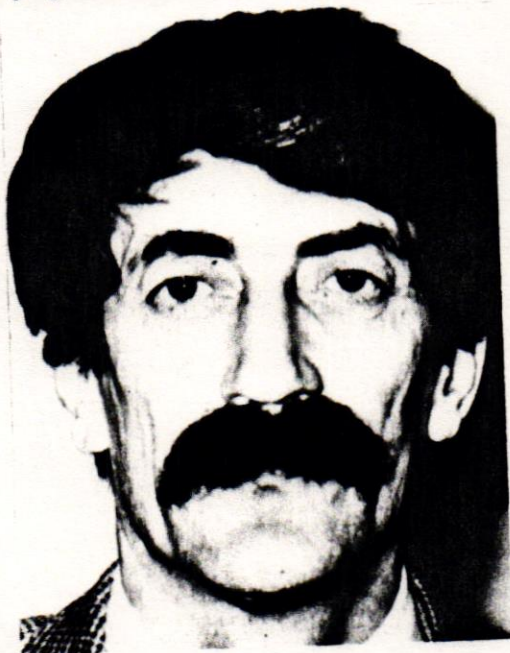


Enver Karagöz: (above), on 24 March 1984, three months after his release, (below), on 11 September 1980, the day before he was arrested.



A hunger strike was started to protest against the denial of our most fundamental rights and the terrible conditions in the prison. For instance we were daily subjected to mass beatings by the soldiers. Those of us who resisted being beaten were taken away to be tortured, struck with heavy sandbags and then thrown into solitary confinement cells. Frequently our only half an hour open air exercise was dispensed with. When we were allowed out of the wards we were forced to do military drill and sing military marching songs. We were again beaten most savagely because we refused to do it.... At the end of the first week of the hunger strike we were attacked by the police and a special commando unit. Teargas was used to force us to come out of our ward. We were cruelly beaten by the police and the military. It lasted for hours. After a month the prison administration promised there would be no torture and that some conditions would be improved. But only 15 days later torture began on a wider scale." *Enver Karagöz, page 13.*

A report published by the Turkish authorities on 29 October 1982 stated that investigations into 204 deaths alleged to have been caused by torture had determined that in four cases deaths were caused by torture. Twenty-five deaths were from natural causes, 15 had been suicides, five were killed while trying to escape and 25 had been killed during clashes.



This photograph of Süleyman Cihan (below) was taken after his death in custody on 29 July 1981. According to the authorities he committed suicide by jumping from the fifth floor of a building in Istanbul.



In May 1982 Amnesty International asked the Turkish authorities to send a team to investigate reports of Kurdish prisoners in Diyarbakir Military Prison in poor health as a result of torture and harsh conditions. One of the prisoners named, Kurdish lawyer Hüseyin Yildirim, who was later released and returned to Turkey — he gave a horrific account of torture he and other Kurdish prisoners had suffered. Three of these prisoners were known to have died in custody. Amnesty International has submitted the names of the authorities the names of 100 people alleged to have died in custody since the military coup of September 1980 and received information on 82 of the names. Some cases trials or investigations were said to be in progress. Other reports indicated deaths as a result of suicide, accident or illness or referred to lack of information. In nine cases the person concerned was still alive. "They tortured a 42-year-old man accused of smuggling. First they administered electric shocks... they stuck thin sticks into his fingernails. This went on for hours. He lay on the floor unconscious. The head sergeant who was supervising the torture couldn't control his anger and started to pull out the man's fingernails — he realized he was already dead because he couldn't utter a sound. This incident was kept secret." — Gülhan Tomak, page 47



Prisoners in the exercise yard of Diyarbakir Military Prison (above, and below left). Prisoners marching in Mamak Military Prison (right). One of the five blocks of Diyarbakir Military Prison (bottom left).



watch and listen to the prisoners, earmarking them for further torture and return to the prison. And indeed they would take them back to the torture chambers and beat the hell out of them.

It is absolutely forbidden to look at the press, the audience or the defence lawyers. The prisoners have to sit "according to the regulation and look only ahead.

These are the torture centres in or near Diyarbakir that I know of:

1. One centre is just behind the Martial Law Command building and the courtrooms, about 250m to 300m away from them. All kinds of torture are carried out at this centre. The screams of those under torture here can be heard by the Martial Law Command as well as the courts. Sometimes the doors of the torture chambers were shut tightly and music was played very loudly in order to prevent the screams from being heard outside. And sometimes the prisoner under torture was gagged so that he could not utter a sound. . . . During torture, the prisoner's hands are tied behind his back. At this centre hundreds of people were subjected to barbaric tortures both before and after 12 September 1980. This torture centre is known to prosecutors and judges who live near there as well as the Martial Law Commander himself. . . . Anyone who visits the Martial Law Command buildings or the courtrooms can see the exterior of the torture centre. It's an old-looking building with a flat roof. It is surrounded by young trees, about 1.5m to 2m high. Near it there is a high tower with a water tank on top. During the day the guards are usually inside.

2. Kurtoglu Barracks: This is about a kilometre from Diyarbakir, on the right of the road leading out of the city. Follow the road to the centre of Diyarbakir, past the Martial Law Offices, courtrooms, the polygon (where they practise shootings etc.), the military vehicle and the military football ground. The last building on the left is the barracks, with red and white painted iron bars in front. Two soldiers are posted on each side. The doors are kept shut. It is an enormous building and quite old. Only the front and side are visible from the road. On the lower floor there are dozens of small cells. This centre is also called the Military Discipline Centre. It is impossible to hear tortures from outside – because the walls are quite thick and victims are tortured in the inner rooms. . . .

3. Deve Geçidi (Camel's Path) is another torture centre in the area. It is about 15km to 20km outside the city. Troops are stationed here.

4. Yenişehir Military Station: This is in the Ofis District of Diyarbakir.

5. Prison No. 5 in the Bağlar District of Diyarbakir: The most terrible tortures took place here after the 12 September coup. Many people were killed here, and many were maimed. . . . Torture is carried out by police and military personnel. The lives of the prisoners here are at serious risk. . . .

Chapter VI

The following extract comes from a statement and interview with Sema Oğur, who was a student when she and her husband were arrested in Ankara in February 1981. She told Amnesty International in February 1984 that she was tortured and ill-treated every day for a total of 47 days in a detention centre in Ankara, and beaten and subjected to continuous cruel, inhuman and degrading treatment for 14 months in Mamak Military Prison. The tortures she alleges include being given electric shocks, kicked, punched, beaten with truncheons; subjected to flogging, being hung by the arms from ropes attached to ceiling water pipes, being put in a torture centre known as the DAL [*Değerlendirme ve Arastırma Laboratuvarı*, Evaluation and Research Laboratory], attached to the First Branch of Ankara Security Directorate . . .

Her torturers threatened to sterilize her with electricity, she said, and, in her husband's presence, threatened to rape her.

She says that her husband was tortured – with electric shocks applied to the genitals – in front of her, and that she was tortured with electricity in front of him.

Sema Oğur's testimony about both the detention centre and Mamak Prison is consistent with testimonies received by Amnesty International from two other former detainees held in these places at about the same time and also now living outside Turkey. These two others are Nur Yilmaz and Meryem Şendil Colakoglu. The three were sentenced to *absentia* in May 1983 to six years and eight months' imprisonment belonging to a prohibited organization. All three testimonies are consistent with other information about both places which Amnesty International has received in the past.

Testimony

On 15 February 1981 my husband and I went to visit some friends at their home. The door was opened by three armed people we had never seen before. Our friend had been captured and the police had staked their flat to apprehend and question visitors. When they learned that

he was still a student and that my husband had graduated from the Middle East Technical University, they said: "You must have engaged in political activity, we are bound to find out something when we get here." So they blindfolded us and put us in a car. They pushed down our heads so that people could not see that we were blindfolded. At that age I did not know where we were going. Shortly before the car stopped we went down a kind of ramp. I heard a roller-type garage door opening.

We got out in front of the door and were led a few metres to the left to a glass cubicle. (I was still blindfolded but I saw these details later when I was taken to and from hospital on two occasions without the blindfold. A few times I was also able to loosen the blindfold and see where I was, what was going on and who the torturers were.) This was a sort of registration area. They removed all our personal belongings except our clothes . . .

Leaving this room we walked about 30m inside the garage, between the cars. The faint sound of screaming that I had heard when we first entered became an intolerable piercing screaming as we went down a single step and through a door which we had to bow our heads to go through. I immediately realized where we were. This was the notorious torture centre known as the DAL [*Değerlendirme ve Arastırma Laboratuvarı*, Evaluation and Research Laboratory], attached to the First Branch of Ankara Security Directorate . . .

When I was there, there were about 200 prisoners and some were sleeping in the corridor, so full were the cells.

Every single second of my 21 days at the DAL was spent under physical and psychological torture....

When I first arrived I was made to wait for one hour on one foot with my fingers against the wall. The slightest shift in my position and they beat me. I was on the verge of collapse, my fingers numb from pain and my head swimming from the screams around me, when they dragged me into the torture room opposite Cell No. 1.

They began by kicking and punching me. Then they stood me up on a stool (I was still blindfolded) and tied straps around my wrists. They tied these around my jumper sleeves so as not to leave burns. The straps were attached to a pipe on the ceiling. I was in the crucifixion position when they kicked the stool from under me and my arms were left to support my whole weight. The ache soon turned into an excruciating pain. It was as if my arms would come off. To increase the pain they pressed under my arms and swung me to and fro. The pain became so bad, my screams drowned their voices. When they failed to get the information they wanted from me, they became even more hostile and loosened one of the straps so that now I was suspended by one arm. I feared that my arm would come off so I would be rid of this terrible pain.

... [Afterwards] my hands were purple and my wrists were bleeding.

About four or five hours later they came back again to take me to the cell. They beat me all the way to the torture room, where they punched by passing torturers. The torture never let up Even when my left arm to a radiator pipe behind me. I felt something being tied to the little finger of my right hand. Suddenly my whole body shook with the electric shock. They constantly varied the current. By the time they returned me to the cell, I could barely stand There were five other women in the cell with me. It was impossible to sleep because of the endless screaming and shouts of the torturers. This in itself was psychological torture.

Next day I thought I heard my husband screaming . . . the door flung open and I was again taken blindfolded to the torture room opposite. Once inside, they took off the blindfold and sure enough it was my husband.

He was lying naked under a black-tiled wall. His hands were behind his back and they were administering electricity to his genital area. After showing him to me they retied the blindfold and in a voice that my husband could hear, threatened to strip and rape me. They wanted to reveal our address. [The couple did not want to do so for fear of endangering friends.] They said I could save my husband if I gave them the address.

On another occasion I was again suspended from the ceiling by my arms. Electricity was being administered to my toes. I was semi-conscious when I heard them bring my husband in. They also told him that he could save me if he talked.

Another torture was to strip you naked and hose you with pressurized cold water. Your jaws would lock and the effect was one of suffocation.

Twice during this period I was removed to hospital as I was unable to stand. On one of these occasions I stayed overnight in the hospital ward of the Ankara Faculty of Medicine Hospital. I do not remember the date on which I was admitted The police prevented any medical examination of torture marks being made in the hospital report I showed the doctors the marks on my wrists and asked them to record these, but they put down what the police told them to write [that she had fainted].

On my return from hospital the torture continued, right until the day I was transferred to prison.

One day as I was being taken to the toilet, I loosened the blindfold and looked around. The scene was horrific. People were piled up in the corridor waiting their turn to be tortured. Ten people were being blindfolded and naked around the corridor and were being beaten. Others, who were incapable of standing, were tied to hot radiator pipes.

An old man of about 50 was stripped naked and made to hang from a radiator.

bread rations. The same man was made to watch while his children were tortured and vice versa. Those lying on the ground were kicked and punched by passing torturers. The torture never let up Even when they stopped torturing you physically, the screams of the others began to torment you psychologically. After a while I was able to pick out which torture was being applied – from the screams

My husband, in his court statement, told of the torture known as the "Palestine method". This involves being trussed up by the hands and feet from behind and being suspended thus from the ceiling from these four limbs, face down....

[On 7 March 1981 she was moved to a women's prison and spent another 25 days there before being released.]

My husband, however, was formally charged and arrested. After my release, I began to visit him once a week, for five minutes. At every visit I saw that his hands were swollen. Apparently they were regularly beaten with truncheons

[On 17 November she was rearrested] . . . two of them grabbed my arms and another one stuck a gun in my back. They immediately hustled me into a car and blindfolded me. As soon as we got in they began punching and kicking. When the car stopped I heard the familiar garage door open. We were back at the DAL again. They dragged me all the way to the torture room, kicking and punching me all the while. I did not even have a chance to ask them why I had been taken there. Blows were coming down on my face from all sides and I could not hear for the howling in my ears.

Inside the torture room they sat me inside a car tyre on the floor, with my head stuck in it so that I was stuck. Then they tilted the tyre so that my head was on the ground and my feet in the air, and began beating the soles of my feet with a thick stick. I had made the acquaintance of the *falaka*. For a long time the blows were rhythmical. When after a time I could no longer feel the blows for numbness, they broke the rhythm. This brought the pain back. I felt as though I would never be able to stand on my feet again. In the end I could no longer breathe from screaming. When they saw this they stopped. To prevent permanent marks from forming they walked around the corridor. The swelling on my feet lasted 10 days, during which I was unable to stand on them

I was left in solitary confinement for 26 days. To be alone in a pitch-black stone cell for that period of time is very disturbing. I was taken to the torture chamber several times a day One time, I was again taken blindfolded to the torture chamber. One of them tied my ankles. I thought they were going to hoist me up again, but instead they tied my arms, and one of them took down my skirt. They wet the inside of my crotch with water and began applying electricity. One of the torturers shouted: "If you don't give us what we

want we'll continue to apply electricity to your ovaries and sterilise you." Again they were varying the current. This went on for about an hour. By the time they dragged me to the cell I was barely conscious.

They also brought my husband from the prison to the DAL. They tortured him for a week, mainly to bring pressure to bear on me.

I witnessed and experienced the same tortures as the first time. I will not repeat the details here . . .

After 26 days I was taken to prison, after being formally arrested. From 11 November 1981 to 22 December 1982 I spent 14 months in the Ankara Mamak Special Military Prison, A-Block, Ward 1. During 14 months I was there, I experienced more tortures . . .

On arrival I was kept for two days and nights in a cage outside Block. (This was exactly like a lion's cage.) We were given only a blanket and had to sleep on the bare stone floor. After two days we were put in our respective dormitories . . .

Because I refused to submit to the rules I was beaten with truncheons for days. Visits from my family were banned for four months, and I was deprived of tea, cigarettes, newspapers and books for eight months.

The only ventilation in the dormitory was through tiny windows which they later fitted with iron shutters. With 50 people in a dormitory we were virtually suffocating. Many people contracted lung infections.

We staged a 10-day hunger-strike. During this protest 20 of us (myself included) were incarcerated in the so-called "death cells" in the basement of A-Block. These were tiny stone cells, measuring four metres by four hand spans (about a metre square). They put two or three people in a cell which would normally not accommodate one person comfortably. There was a small ventilation hole at the top and a drawer for toilet. For 10 days we squatted in the darkness, without food, for we were determined to complete our hunger-strike, despite the conditions. And we did. When they let us out we could not recognise each other, we were so exhausted . . .

At my trial I told the panel of judges about the repression in prison and expressed my wish to make a formal complaint against the prison administration . . . But the judges did not want to know and cut my statement short . . . Because of this speech I was confined to the cell and beaten heavily. A truncheon blow came directly onto my thumb which is now slightly larger than the left.

Although my husband and I were in the same cell-block, we were not allowed to see or write to each other for 14 months.

Morning and evening inspections were the scene of daily beatings. They hit you for the slightest infringement of the rules: for talking sideways, not shouting out your name at the top of your lungs, for standing straight, not stamping your foot like a soldier, etc. The beatings took place in the presence of the prison doctor, who was always

with an inspection team. Our bodies were constantly bruised black and blue from these beatings so we would prepare bowls of salty water beforehand to ease the pain after inspection was over. Some of the bruises are still visible on my legs.

When the beatings were particularly brutal, and it showed, they prevented us from attending our trial hearings . . .

Every day of the 14 months I spent in Mamak was torment. This torment finally ended on 22 December 1982 when I was released from custody by the court . . .

The testimonies of Nursal Yilmaz and Meryem Çolakoglu catalogue the same brutalities inflicted on prisoners as Sema Oğur's: each describes how she was beaten, kicked, punched, given electric shocks, and from ceiling pipes (including by the "Palestine method"), subjected to the "car tyre", *falaka* torture and hosed down with icy water.

Nursal Yilmaz was arrested with her fiancé (whom she later married), his sister and a friend on 12 February 1981. All four were tortured at the DAL, she says. She was held there twice, for 25 days in 1981, after rearrest in October, for 23 days. She was subsequently moved to Mamak Military Prison, where she was held for 14 months. Her husband is still there, serving a 25-year sentence.

Testimony

Nursal Yilmaz: I was subjected to the torture . . . of being suspended by my wrists three times. . . . Once they made my fiancé watch while I was being tortured . . .

Similarly they made me watch while he was being tortured. They hit him on the wall by his wrists. . . . His body would not stay straight. . . . It arched. . . . I suppose because of the pain. He was blindfolded. . . . and his trousers were undone. From this I deduced that they had given him electric shocks to his penis. . . . He later confirmed that this had been so. . . . a long time he passed blood with his urine because of the severe torture . . .

One day . . . I saw from under my blindfold that they were doing something to his leg in the corridor. When I came closer I saw that they were washing a gaping wound across his ankle . . . open to the bone.

Meryem Sendil Çolakoğlu says she was held in the DAL for 23 days from 17 October 1981, then moved to Mamak and detained there just over a year, until her release on 24 November 1982.

Chapter VII

Testimony

Countless hours of the most unimaginable affronts to human dignity began with the first kicks as I was bundled into the police car. ... My demands to know what was happening, where I was being taken, were met with kicks and punches. Once in the car I was blindfolded and the policeman next to me pushed my head between his legs and he was beating my back – “We are going to what you might call a *behabeddin Buz*, who was imprisoned and tortured after his return to Turkey from the Federal Republic of Germany in September 1982. Following his trial and acquittal he was released and eventually left Turkey clandestinely. He now lives again in the Federal Republic of Germany.”

[Of one period of her detention in a DAL cell]...I was unable to distinguish day from night....The screams never let up. The doors were constantly opening and shutting, prisoners were taken out and others thrown back in, in a flurry of kicks and abuse. ...

I lay there semi-conscious until they came back for me. ... Then they dragged me out in my bare feet, as my shoes no longer fitted me, and carried me to the room where I had first been tortured. [There] at 4 September 1982 I went back to Turkey to do my military service, which I was due to begin after 1 November 1982. At about 1.00 am on 4 September 1982 about 20 members of the *jandarma* surrounded my house in Gümtüsgöze and began to search for illegal books and weapons. They found none. They then explained to my father that I had accompanied them to the headquarters in Antakya to give a statement. I was taken in a military vehicle by the *jandarma* unit of Harbiye district to the police station. On arrival there I was blindfolded and then pushed into a room in which three Afghan refugees were held. The following morning an officer of the political police entered and asked which of the detainees came from West Germany. I identified myself and was immediately punched in the face and given blows with the ball of the hand on the chin; I was told that this was because one had got up when a member of the police entered the room. The officer left the room and returned a few minutes later. After all detainees had been pushed to their feet, he hit me again, this time asking why I had got up. Other members of the political police then entered the room at irregular intervals, hit me in the face, on the head and all over the body, and treated me as well. This treatment continued until late in the afternoon. Towards evening I was taken blindfolded to another room. I was asked whether I knew why I was there. When I said I did not know,

Testimony

swollen all over and I could not move. I was given no food or drink that day.

One police officer wrote on a piece of paper the names of the left-wing groups that were active in Hanoi before and after the military coup. I started at 10 o'clock political organizations in Hanoi before and after the military coup.

Each stage of my torture was supervised by a different police officer, and I was taken from one to the next by different groups of men.

During this time I was punched and beaten in sudden assaults on all . . . face, chest and abdomen by several officers who used their fists. [Later] I was told that I would be given electric shocks, and that the hard blunt objects. In addition, my testicles and penis were squashed would be increased until I either lost my virility or died. They and pulled while they insulted me. . . . me on a Friday evening at 10 o'clock and tortured me all night and all

For two days and nights they applied electricity at irregular intervals, increasing the voltage – they knew exactly how far they could go – and asked me whether I was now willing to accept the accusations. I refused. All this time I lay on the wet, cold concrete floor. Frequently I lost consciousness and then ice cold water, shivering in my face.

consciousness. When I came round I lay on the concrete floor and I did not recognize the other detainees who had hung there with me. I could neither stand nor walk because my legs were so swollen. On the second evening the head of the political police came into the cell – other detainees were there as well – and told me, while I was lying on the floor, that this was my last night and that I had to get up.

stripped naked and made to lift my right arm. A few days later, I was taken to the mountains of Antakya early in the morning. As I had to take this threat seriously, I agreed towards night and signed this so-called confession without being allowed to read it.

to beat my soles and to kick me all over again. When I came round, he continued that no traces of him to tread in salt water in a corner of the room. When I could not comment had been found on me, although I was not even able to put on

shoes because my feet and legs were swollen so much. With a medical certificate I was brought to a detention centre in a military compound in Iskenderun, to which police had access at all times.

During my time in police detention I had twice been taken at request to the state hospital in Antakya by the police, who ordered hospital staff not to enter my name in the registration log – so there was no official record of my visits.

At the Iskenderun detention centre I asked to be taken to a doctor's hospital. When a doctor came 10 days later, most of the swellings and traces had disappeared.

At this centre we had to get up at 5.30 am, wash and sit down at 9 o'clock at night. When we talked or laughed too loud, we were beaten. Although I and others were ill, we were not allowed to lie down during the day. My request for permission not to put on shoes was not granted although my feet were swollen and the soles split open.

At the beginning of November I was presented to a judge, who issued a formal arrest order. Then we were taken to Iskenderun prison, which was in a military compound on the road to Adana. The four of us were put in a very damp room facing 15 soldiers with clubs in their hands. They beat our palms and wrists until they were bruised red and, in some cases, were bleeding. We then were ordered to lie face down on the wet floor so that the other prisoners might hear and be intimidated . . .

Torture was a daily occurrence in the prison. Although I was privileged due to publicity abroad about my case, I was still tortured three times . . . once because I had not sung the national anthem loudly enough, once because I had not shouted "Here, my commander" at the roll-call, and once for no reason at all. There was hardly a day when I did not hear the screams of the tortured, when no one was selected for our midst to be taken for torture.

Three court hearings took place in my trial – I was allowed to attend only one. On 29 March 1983 I was acquitted *in absentia* due to lack of evidence, apart from my "confession". My release was ordered and I was allowed to return home on 1 April.

After my acquittal I was constantly threatened during my attempts to have my passport returned. I was shown a dossier documenting my activities which had been undertaken abroad on my behalf during my detention. Some torturers were cynical enough to invite me to tea after meeting me in my home town, in an attempt to find out if I recognised them . . . I was refused permission to leave Turkey; no reasons were given.

Chapter VIII

The following account is by a former Turkish prisoner who was released while his trial continued and is thought to be in hiding. His name is known to Amnesty International but is being withheld for his protection.

Testimony

I was seized in one of the most crowded streets of Ankara . . . Suddenly I was surrounded by a plainclothes team . . . Two of them took me by the arms . . . [and] pushed me into a white Renault car . . . side, they blindfolded me with a dirty rag. The two men sitting on either side of me in the back of the car started hitting me with their fists with wooden canes. They kept telling me that they were going to take me to Mamak and hand me over to a military unit there. But I knew Ankara's streets and roads quite well . . . [and] the car stopped at what I guessed was somewhere behind the Police Headquarters . . . [There] one of them, taking me by the arms, took me somewhere where they "hung" me. While I was in this "hung" position, I could hear the screams of those under torture and the voices of the torturers and their questions . . .

Suddenly I received heavy blows on my face, back and abdomen. Blood started streaming down my face. It was impossible to defend myself against the blows or to change my position to evade them, because I was handcuffed to a rail at the wall and dangling from there with the tips of my feet just touching the floor. I was just like a sandbag in a boxing training saloon . . . When I was half-unconscious they took me down from the railing and dragged me by the arms along the floor into a small and narrow room . . . [where] they started my first interrogation. I had to stand while being questioned. At the same time they beat me with their truncheons. Then they connected a wire to my little finger and administered electric shocks. They kept asking me who were in the leading centres of *Devrimci Halk Kültür Derneği* (DHKD) and *Ozgürlük Yolu*

[Kurdish organizations] and whom did I know among them. I told them I did not know any of those people and I had nothing to do with them whatsoever. The questions were asked not by those actively torturing but by two others who seemed to be the "specialists" . . . [The others then] hung me again as if I was being crucified. They stripped me naked. At the same time they beat me continuously, hitting me on the face with their fists. Then they put wires to my toe and to my penis and started electric shocks . . .

When they stopped, blood was streaming down my face and my whole body was numb. They untied my hands and arms from the "cross" and I collapsed on the floor. They dressed me. The man who probably was their head and who was sitting at the same table said in the same voice: "Apply all the measures necessary to soften Mr _____. Take him away now. If he poses problems like this again next time, we'll kill him."

So they took me by my arms . . . and finally they brought me somewhere where they hung me again by my left arm in such a way that only my toes touched the floor. After a while they came again and they pinned something onto my back . . .

At the beginning of the next shift one of the torturers spoke in a loud and coarse voice: "I am Captain Gestapo. Have you ever heard of the name Gestapo? You will all die soon." He started beating us with a thick wooden cane. Afterwards his accomplices splashed us with cold water from a hose . . .

They took [the others] to the toilet, one by one, starting from the first cell. When they finished with the cells, it was the turn of those "hanging" in the hall....I said: "Don't forget me." I heard the now familiar loud voice of Gestapo say: "There is a big notice pinned on your back, my son. You'll be allowed nothing. You'll be dying soon anyway!"

Soon afterwards they started delivering heavy blows to various parts of my body . . .

[They then dragged him to another room.] There were different torture instruments in this room. They immediately hanged me by my two arms . . . They tied a very heavy object to my feet which were dangling in the air, so my wrists had to carry this additional weight. I could not even feel the pain in my wrists because the muscle fibres were paralysed and my hands and my arms felt numb. They beat my swinging body with sandbags . . .

They started interrogating me all over again . . . As my replies were unsatisfactory to them they undressed the lower part of my body. They connected wires to my fingers and my penis. The electric shocks caused unbearable pain. The durations of the shocks were almost the same. This session lasted for about 15 minutes, then they untied my arms and

took me down. I was unable to dress myself. I could not even walk alone. They dressed me, then two of them took me by the arms to where I had been hung before . . . and, after some beating, they went away, leaving me hanging . . .

[During a change of shift he managed to rip off the notice on his back.] I had to look through a narrow slit underneath the blindfold to see what was written on it. This is what I could read: "To be banned from water, bread, sleep and toilet." It was impossible to hide or throw away the piece of paper. If they saw it, God knows what they would do. The best thing I could think of doing at that moment was to swallow it. And so I did.

[He was later beaten unconscious for removing the notice.]

Once, I was the "starter" for a new torture session immediately after a change of shift. Two men dragged me into a torture chamber. The torturers had already taken their places and were waiting for their victims. God only knows in which country they had been trained, how many years of their lives they had given to master all those torture methods. In their coarse and loud voices they told me: "You son of a bitch, you take up too much of our time and you worry us a lot. There are only two things that you can do: either give us decent, correct answers, or you die!"

This time they produced a different question, or rather statement. They told me somebody had already told them that I was a member of the Socialist Party of Turkish Kurdistan (TKSP) . . . I told them that I had no idea what they were talking about . . . They undressed me again, took off everything I had on and made me lie down on a big piece of ice. Then they poured ice-cold water all over me, and started beating me again with truncheons and wooden canes. I was completely numb all over my body. I could not feel the pain of the ice, of the ice-cold water and of the beatings . . .

My body was gradually losing its normal balance due to the days of severe tortures, hunger, thirst and sleeplessness. My hearing was impaired. I could not feel any pain, or felt very little pain and almost forgot about my other needs. I could gather from the voices, screams, groans and moans that I heard that I was by no means the only one in this position. There were many who had lost their mental balance, who were not aware of what they were saying and did not know who and what they were facing. Somebody with the initials P.E. had been struggling with death on the concrete floor for days . . .

I did not know any longer when and how the shifts changed. I was exhausted. I woke up when the next shift started the tortures . . .

When I opened my eyes I was lying on the concrete floor of a cell. My whole body was swollen and felt like a wooden stick. There I was lying on the floor, alone with my wounds and scars. It seemed I had been

promoted from continuous hanging to the cell, which was relatively better . . .

In the cell, we were given a quarter of a loaf of bread, two or three olives and occasionally about one ounce of halva once in 24 hours. We had to pay 100 Turkish lira for this food. Every day more and more people were brought in for torture. Every day one or two were taken to my cell. I did not stay in the cell for a long time. The last day I was there seven of us were in the cell . . . Sometimes they blindfolded us and ordered us to sign some documents of which we did not know the contents.

[In mid-December 1980 he was transferred to Mamak and after that to Diyarbakir Military Prison. Beatings in both places were routine, he says, but Diyarbakir was "much worse".] All practices there were absolutely ruthless and pitiless . . . In Diyarbakir Military Prison No. 5 hundreds of prisoners had their bones broken . . . [there] it is a luxury to be beaten with a truncheon – the truncheon isn't used. Instead they use the handles of shovels and pickaxes, and specially-made thick wooden sticks and chains for routine daily beatings . . .

Chapter IX

The following statement about her detention, torture and imprisonment was made to Amnesty International by Gülhan Tomak, a former prisoner who was detained in Ankara when she was 16. She says she was tortured at a centre used by the First Branch (political police) and later in civilian prisons in Iskenderun and Antakya.

Testimony

I was apprehended by the police on 13 June 1981 in Antakya. This is what happened. We, as a family, were invited to a wedding. I was at home with my father and four children; my mother was not at home. I didn't want to go to the wedding because my father was ill but, as he wanted me to go, I went with my elder sister who is married. About 20 minutes after our arrival my brother came and told me that my father wanted to see me. I was very worried in case he had died. My brother, who was 11 years old, looked very frightened and pale.

As soon as I was out of the house I was surrounded by a number of police. They hurriedly put me in a police car. I didn't understand what was going on. I didn't know why they were seizing me. They had frightened my brother so badly that he hadn't told me the police were waiting outside the building.

They started to swear at me and harass me in the car. When I asked why they were apprehending me and what I was accused of they said that I would find out at the First Branch [security police]. We went to a police station first. They said that I had better accept everything they said otherwise things would go very badly for me. They phoned the Martial Law Command, the Governor and a few other places and told them that they had seized an anarchist.

The police superintendent approached and handed to me the accusations: producing and handing out leaflets, communist propaganda, membership of an illegal organization, insulting the leaders of the state, agitating etc. I told him that I rejected them all because I had never been involved in any such activities. When he heard this he was

furious. He grabbed my hair and began to hit my head against the wall. He lost his temper and started to beat and kick me. When I fell down he trampled on me. He shouted like mad. Later he stopped and speaking quite calmly said: "Look my daughter you are very young; you have a good life ahead of you." (I was 16 then.) "If you accept these accusations you will live a happy life, otherwise it will be hell for you." He put a sheet of paper in front of me with 20 questions on it and gave me until 5 o'clock in the morning to answer them.

They came in the morning and read the papers. They didn't like my replies. "So you don't understand the meaning of words," they said. "It's up to you, you'll face the consequences." We left the police station and went to the First Branch. The first thing they did was to blindfold me. They asked me again whether I accepted, that is, accepted the charges or not. As I replied as before they started to hit my hands with their truncheons. I couldn't open my hands any more; my fingers kept closing. My right wrist was bleeding. The skin started to peel off. This time, they hit my fingers and nails. They laid me on the floor and started *falaka*. I don't remember how long this went on. I lost consciousness after a while. When I came round and opened my eyes I saw five or six of them in the room. I was still lying on the floor. One of them was massaging my swollen feet.

When they saw that I had regained consciousness, they blindfolded me again. They forced me to run around the room for some time then started up the *falaka* again. I lost consciousness yet again. When I came round they told me I could think it over until next morning. If I did not accept, they would go further with torture. Then they handcuffed me to the water pipe on the wall, my feet barely touching the floor. Then they left me and went into another room to torture other people. I could hear hair-raising screams.

I tried to prepare myself for the morning session, but I was so exhausted I couldn't stand; most of the time I was left suspended by the wrists. In the morning they brought a 19-year-old youth into the room. They undressed him, hung him on the wall and started to hit him with their truncheons. They hit him hard on the shoulders, arms and legs and especially on his penis and testicles. He screamed as though he were being torn to pieces. After a while they stopped hitting him and started administering electric shocks to various parts of his body – ears, lips, tongue, armpits, nipples and penis. Sometimes they increased the voltage, sometimes decreased it. The youth could not stand it and fainted. They took him off the hook from which he was hanging and laid him on the floor. All over his body where the electric shocks had been administered were burns. I knew that in a minute I was going to go through the same thing. They took him away; then it was my turn.

They took me off the hook. After undressing me, they started

inflicting the same tortures, one by one. Sometimes I lost consciousness. The inner parts of my body hurt as though they were about to break apart. I felt very thirsty because of the electric shocks which burned various parts of my body. I still have the burn marks on my fingers and other parts of my body. I couldn't stand upright. They pushed me into a corner of the torture chamber. They brought in another girl. She too was naked. Her whole body was covered in black bruises, parts of her body were inflamed and her genitals were inflamed and torn to shreds from continuous electric shocks.

In this place human beings were distorted and deformed into other beings, anything but human. None of the men or women here looked like or in the least resembled a human being. Other people were brought into the torture room, one after the other. They were tortured before my very eyes then taken away. After each session they asked me if I had changed my mind, and when they heard my negative answer started torturing me again. Sometimes they kept me on the hook until I fainted; sometimes they administered electric shocks until I could neither shout nor scream. Later they used fresh methods: they started to stub out their cigarettes on my feet and cut my soles with razor blades. The marks of all of this are still there on my feet. For six days I didn't eat anything. I probably looked like a living skeleton. My teeth were clenched; they couldn't open my mouth. And when they couldn't get my mouth open they cursed me, saying I was deliberately not opening my mouth, and beat my head against the wall. This caused a large wound on my forehead which can still quite clearly be seen.

Finally they told me that that was the end of me. They rubber-stamped my hand and sent me to the maternity clinic. There I had to undergo a virginity test. They started trying to preach and influence me with moral arguments. Then they threatened me with rape. They continually abused me, both verbally and physically. The degree of torture increased each day. One day they brought a girl into the torture room. They grabbed her by her breasts and started to drag her along the floor by the breasts. The girl made sounds as though she were being strangled. Then they undressed her, put her in a lorry tyre and started to turn her with the tyre. After a while they stopped doing this. They bent her feet and tied her by the knees to a wire; then they started to stick their truncheons in her vagina. It was intolerable.

People were denied food and water. Screams and groans could be heard everywhere. A youth who had been at the centre for over two months knew his end had come. His ribs were broken and his lungs were torn. He was continuously vomiting blood. In a final session they hung him again on the hook and burned cotton wool under his feet so that his soles got burned and swollen. Then they took him off the hook and made him stand and run on the blisters under the soles of his feet. His voice

was just a faint moan. Next to him there was another young man in much the same horrible condition. They were both taken from that centre to the centre at Maraş.

Periodically my condition got worse because I had not eaten any food. I had black marks all over my body. I was eventually taken to hospital, but was soon brought back to the centre. Finally they fabricated a statement on my behalf and sent me to the Martial Law Command. I had spent 17 days in detention in the centre.

At the Martial Law Command I was put in a dormitory with 17 other women and girls aged 15 to 55. A 15-year-old girl was paralysed as a result of what she had seen at the centre. The others were trying to help her to walk. They [the police] were pursuing the 55-year-old woman's sons. They couldn't find them so they were holding and torturing the mother instead. Her arm was broken as a result of these tortures. The wrist of a 19-year-old girl had burst open due to continuous truncheon beatings. She tried to bandage her wrist with the help of some other women. The fingers of the 42-year-old woman were covered with black marks – electric shock burns.

The police could come any time to the Martial Law Command, pick out anybody they chose and take him or her back to the centre to torture. They took two girls from our dormitory. They returned completely done in. They screamed at night in their sleep because of the tortures they had undergone. The two youths who had been taken to the centre in Maraş previously had been murdered there. This incident was thus described by the press and television: two terrorists were found frozen to death during a search in some caves.

After two months at the Martial Law Command my arrest warrant arrived. I was removed and sent to prison. There were 45 of us in one room. The political prisoners had particularly restricted sleeping space, so they took it in turn to lie down to sleep. Five didn't fall asleep until 5.00 am when five people got up to make space for them. We had put two bunks side by side for eight women; each woman had to lie on her side and not move until morning.

In prison torture was inflicted by soldiers and sergeants. The prison torture chambers were under our dormitory. One day they started torturing somebody at 11.00 pm; this person was screaming so horribly that we started crying. The screams continued for five hours until 4.00 am, then they stopped. Two girls, aged 14 and 15, fainted with horror at the sounds they heard. Later that morning we gathered from the guards, who had themselves taken part in the session, that they had tortured a 42-year-old man accused of smuggling. At first they administered electric shocks. They increased the voltage when he kept repeating that he was not guilty, then they stuck thin sticks down his fingernails. This went on for hours, and at last he couldn't stand it any longer and fell

down on the floor unconscious. The head sergeant who was supervising the torture couldn't control himself and started to pull out the man's fingernails – then realized that he was already dead because he didn't utter a sound. This incident too was kept secret.

As political prisoners we were taken every day to the prison authorities on some pretext to be beaten up one by one. Sometimes the head sergeant was drunk when he came into the dormitory, and took us all out into the yard, drew small circles on the ground and ordered us all to step into them. As we couldn't do the impossible he beat and beat us. Finally I and my nine friends were thrown into a cell. One of us had had tuberculosis for a long time. We were not allowed to go out to the toilet. We had to do it in a small gutter in the cell. We had no food while we were in the cell. We got only water. My friends stayed there for five days, I for seven. While there two of us became very ill. They took these two to hospital, gave them some serum and brought them back.

Before our time was up they took 15 more political prisoners from our dormitory to the cell. Because the cell was full, they put these people in the cubby-hole where they stored coal for the winter. When the five days were up my nine friends went back to the dormitory; I was left alone in the cell. So they put some of the others in the cell. We were obliged to lie on the floor, with our heads over the toilet gutter and our feet piled on top of each other. After two days (that is, at the end of seven days) they took me out of the cell and to the prison authorities. The head sergeant and the prison governor started to beat me as soon as I set foot inside the office. Then they inflicted *falaka* – beat the soles of my feet – for a while then took me back to my dormitory. My punishment was over for the time being.

A week later my nine friends and I, the first 10 to be thrown in the cell, received our court orders for exile. We got ready and we were taken to another town the same day. The new prison was no improvement on the previous one. The police could remove any prisoner they chose – he or she either died under torture or returned to prison with broken ribs, arms or legs, or a smashed face. Conditions were extremely bad. There were no bunks in the men's dormitory; everybody lay on the floor. As it was winter it was freezing cold. One of the prisoners with tuberculosis died there. All of us had various illnesses. I couldn't look at light. Sometimes my eyesight got blurred and I couldn't see at all. Later I had blood clotting in my legs. And my breasts were inflamed.

Finally I was brought to court where I described everything I had undergone and produced as evidence the medical certificates, obtained by my lawyer when I was in hospital, stating that I had been tortured. I told the court I was not guilty and did not accept the accusations. I demanded my release. The court had to release me.

Chapter X

A mother of two sent the following testimony to Amnesty International in 1984. She describes the arrest of her husband in September 1980 and his condition when she saw him 18 days later in hospital. He died there the following June. The widow's name is known to Amnesty International but is being withheld for her protection.

Testimony

On 12 September 1980 a military lorry full of soldiers came to our house. They took away my husband. When I asked them: "Where are you taking him? Why are you taking him?" they said: "Go and find out from the Martial Law authorities. We were ordered to take him away." I subsequently went to these authorities and repeated my questions. "Where is my husband? Why did you take him?" The captain on duty told me that they had orders to take away all TÖB-DER [Turkish Teachers' Association] leaders. They took my husband to military prison. When I went there, they wouldn't let me see him. They said: "He's not there. He's been taken to the political police." They told me he was to be interrogated.

I saw him 18 days later [in hospital]. He was unrecognizable. They had beaten him with sandbags and given him electric shocks on various parts of the body. They tortured him for 18 days and nights. His crime was to be the Chairman of the local TÖB-DER branch and a member of TSIP [Turkish Socialist Workers' Party – legal before the military coup].

He had lost so much blood that he had to be given serum . . . the doctors told me: "Don't bother, or you'll be in trouble as well. Your husband is going to die. We have been ordered not to do anything to save him."

[In June] I was talking to my husband for the last time. I couldn't keep back my tears. He asked me: "Why are you crying?" then added: "Who are we?" I told him that we were husband and wife and that we were

human beings. He looked around to see if there were any soldiers about, then with his head indicated the fire bucket standing in the corner. I went up to see what was there. I saw that the initials TSIP had been written in the sand in the bucket. When I came back to his bedside, he said: "What does it matter if another bit of flesh and bone is gone. They cannot kill humanity. Be brave. Take care of the children. I know that I am going to die."

Now I am left with two children, aged three and five . . .

My children, before they even started to live, began asking questions like: "What is death, Mum? Why did our father die? Isn't he going to come back at all? Why did the soldiers kill our dad?" They keep asking and asking and asking!

Amnesty International — a worldwide campaign

In recent years, people throughout the world have become more and more aware of the urgent need to protect human rights effectively in every part of the world.

- Countless men and women are in prison for their beliefs. They are being held as prisoners of conscience in scores of countries—in crowded jails, in labour camps and in remote prisons.
- Thousands of political prisoners are being held under administrative detention orders and denied any possibility of a trial or an appeal.
- Others are forcibly confined in psychiatric hospitals or secret detention camps.
- Many are forced to endure relentless, systematic torture.
- More than a hundred countries retain the death penalty.
- Political leaders and ordinary citizens are becoming the victims of abductions, “disappearances” and killings, carried out both by government forces and opposition groups.

An international effort

To end secret arrests, torture and killing requires organized and worldwide effort. Amnesty International is part of that effort.

Launched as an independent organization over 20 years ago, Amnesty International is open to anyone prepared to work universally for the release of prisoners of conscience, for fair trials for political prisoners and for an end to torture and executions.

The movement now has members and supporters in more than 160 countries. It is independent of any government, political group, ideology, economic interest or religious creed.

It began with a newspaper article, “The Forgotten Prisoners”, published on 28 May 1961 in *The Observer* (London) and reported in *Le Monde* (Paris).

Announcing an impartial campaign to help victims of political persecution, the British lawyer Peter Benenson wrote:

Open your newspaper any day of the week and you will find a report from somewhere in the world of someone being imprisoned, tortured or executed because his opinions or religion are unacceptable to his government. . . . The newspaper reader feels a sickening sense of impotence. Yet if these feelings of disgust all over the world could be united into common action, something effective could be done.

Within a week he had received more than a thousand offers of support—to collect information, publicize it and approach governments. The groundwork was laid for a permanent human rights organization that eventually became known as Amnesty International. The first chairperson of its International Executive Committee (from 1963 to 1974) was Sean MacBride, who received the Nobel Peace Prize in 1974 and the Lenin Prize in 1975.

The mandate

Amnesty International is playing a specific role in the international protection of human rights.

It seeks the *release* of men and women detained anywhere because of their beliefs, colour, sex, ethnic origin, language or religious creed, provided they have not used or advocated violence. These are termed *prisoners of conscience*.

It works for *fair and prompt trials* for *all political prisoners* and works on behalf of such people detained without charge or trial.

It opposes the *death penalty* and *torture* or other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment of *all prisoners* without reservation.

Amnesty International acts on the basis of the Universal Declaration of Human Rights and other international covenants. Amnesty International is convinced of the indivisibility and mutual dependence of all human rights. Through the practical work for prisoners within its mandate, Amnesty International participates in the wider promotion and protection of human rights in the civil, political, economic, social and cultural spheres.

Amnesty International does not oppose or support any government or political system. Its members around the world include supporters of differing systems who agree on the defence of all people in all countries against imprisonment for their beliefs, and against torture and execution.

Amnesty International at work

The working methods of Amnesty International are based on the principle of international responsibility for the protection of human rights. The movement tries to take action wherever and whenever there are violations of those human rights falling within its mandate. Since it was founded, Amnesty International groups have intervened on behalf of more than 25,000 prisoners in over a hundred countries with widely differing ideologies.

A unique aspect of the work of Amnesty International groups—placing the emphasis on the need for *international* human rights work—is the fact that each group works on behalf of prisoners held in countries other than its own. At least two prisoner cases are assigned to each group; the cases are balanced geographically and politically to ensure impartiality.

There are now 3,341 local Amnesty International groups throughout the world. There are sections in 43 countries (in Africa, Asia, the Americas, Europe and the Middle East) and individual members, subscribers and supporters in more than 120 other countries. Members do not work on cases in their own countries. No section, group or member is expected to provide information on their own country and no section, group or member has any responsibility for action taken or statements issued by the international organization concerning their own country.

Continuous research

The movement attaches the highest importance to balanced and accurate reporting of facts. All its activities depend on meticulous research into allegations of human rights violations. The International Secretariat in London (with a staff of 175, comprising 30 nationalities) has a Research Department which collects and analyses information from a wide variety of sources. These include hundreds of newspapers and journals, government bulletins, transcriptions of radio broadcasts, reports from lawyers and humanitarian organizations, as well as letters from prisoners and their families. Amnesty International also sends fact-finding missions for on-the-spot investigations and to observe trials, meet prisoners and interview government officials. Amnesty International takes full responsibility for its published reports and if proved wrong on any point is prepared to issue a correction.

Once the relevant facts are established, information is sent to sections and groups for action. The members then start the work of trying to protect the individuals whose human rights are reported to have been violated. They send letters to government ministers and

embassies. They organize public meetings, arrange special publicity events, such as vigils at appropriate government offices or embassies, and try to interest newspapers in the cases they have taken up. They ask their friends and colleagues to help in the effort. They collect signatures for international petitions and raise money to send relief, such as medicine, food and clothing, to the prisoners and their families.

A permanent campaign

In addition to case work on behalf of individual prisoners, Amnesty International members campaign for the abolition of torture and the death penalty. This includes trying to prevent torture and executions when people have been taken to known torture centres or sentenced to death. Volunteers in dozens of countries can be alerted in such cases, and within hours hundreds of telegrams and other appeals can be on their way to the government, prison or detention centre.

Amnesty International condemns as a matter of principle the torture and execution of prisoners by *anyone*, including opposition groups. Governments have the responsibility of dealing with such abuses, acting in conformity with international standards for the protection of human rights.

In its efforts to mobilize world public opinion, Amnesty International neither supports nor opposes economic or cultural boycotts. It *does* take a stand against the international transfer of military, police or security equipment and expertise likely to be used by recipient governments to detain prisoners of conscience and to inflict torture and carry out executions.

Amnesty International does not grade governments or countries according to their record on human rights. Not only does repression in various countries prevent the free flow of information about human rights abuses, but the techniques of repression and their impact vary widely. Instead of attempting comparisons, Amnesty International concentrates on trying to end the specific violations of human rights in each case.

Policy and funds

Amnesty International is a democratically run movement. Every two years major policy decisions are taken by an International Council comprising representatives from all the sections. They elect an International Executive Committee to carry out their decisions and super-



Symbol of
Amnesty International

vise the day-to-day running of the International Secretariat.

The organization is financed by its members throughout the world, by individual subscriptions and donations. Members pay fees and conduct fund-raising campaigns—they organize concerts and art auctions and are often to be seen on fund-raising drives at street corners in their neighbourhoods.

Its rules about accepting donations are strict and ensure that any funds received by any part of the organization do not compromise it in any way, affect its integrity, make it dependent on any donor, or limit its freedom of activity.

The organization's accounts are audited annually and are published with its annual report.

Amnesty International has formal relations with the United Nations (ECOSOC), UNESCO, the Council of Europe, the Organization of African Unity and the Organization of American States.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV